

Antrag**des Bundesministeriums der Finanzen****Finanzhilfen zugunsten Griechenlands:
Vierte und letzte Überprüfung des ESM-Anpassungsprogramms,
mittelfristige schuldenbezogene Maßnahmen**

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen – 2018/0516108 – vom 25. Juni 2018

Anlagen: 16 (jeweils Original und informelle deutsche Arbeitsübersetzung)

Anlage 1	Erklärung der Eurogruppe vom 22. Juni 2018
Anlage 1 a	deutsche Arbeitsübersetzung
Anlage 2	Vereinbarung über die spezifische wirtschaftspolitische Konditionierung (Supplemental MoU)
Anlage 2 a	deutsche Arbeitsübersetzung
Anlage 3	MoU Annex 1
Anlage 3 a	deutsche Arbeitsübersetzung
Anlage 4	MoU Annex 2
Anlage 4 a	deutsche Arbeitsübersetzung
Anlage 5	MoU Ergänzung (Technical MoU)
Anlage 5 a	deutsche Arbeitsübersetzung
Anlage 6	Überprüfungsbericht (Compliance Report)
Anlage 6 a	deutsche Arbeitsübersetzung
Anlage 7	Note des ESM zur 5. Tranche
Anlage 7 a	deutsche Arbeitsübersetzung
Anlage 8	Erklärung des Internationalen Währungsfonds (IWF)
Anlage 8 a	deutsche Arbeitsübersetzung

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Bundesministerium der Finanzen übersendet die beigefügten Dokumente mit der Gelegenheit zur Stellungnahme

- gemäß § 5 Absatz 3 des ESM-Finanzierungsgesetzes (ESMFinG) zur Freigabe einer letzten Tranche des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe

von 15 Mrd. Euro sowie zur erforderlichen technischen Anpassung des Reformprogramms durch Anpassungen des Memorandum of Understanding (MoU);

und beantragt mit diesem Schreiben die Zustimmung des Deutschen Bundestages

2. gemäß § 3 Absatz 1 i. V. m. Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (StabMechG) zur Änderung der Bedingungen der bestehenden Finanzhilfefazilität zur Abschaffung der in der Finanzhilfevereinbarung mit Griechenland vorgesehenen zusätzlichen Zinsmarge (step-up-margin) auf die Schuldenrückkaufstranchen der Darlehen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ab dem Jahr 2018;
3. zur Fortführung der Abführung des rechnerischen Gegenwertes der Zentralbankgewinne aus dem Halten griechischer Staatsanleihen im Rahmen des SMP-Programms (SMP: Securities Markets Programme) aus dem Bundeshaushalt (Titel: „Zahlung an die Hellenische Republik“) ab dem Bundeshaushalt 2018 an Griechenland sowie zur Weiterleitung der 2014 aus dem Bundeshaushalt an den ESM bereits aus o. g. Titel geleisteten Zahlung an Griechenland;
4. gemäß § 3 Absatz 1 i. V. m. Absatz 2 Nummer 2 StabMechG zur Änderung der Bedingungen der bestehenden Finanzhilfefazilität zur Verlängerung der maximalen durchschnittlichen gewichteten Laufzeit der EFSF-Kredite um zehn Jahre sowie zur weiteren Verschiebung des Tilgungsbeginns und zu weiteren Zinsstundungen bei den EFSF-Krediten von zehn Jahren.

Begründung

Am 20. August 2018 endet das ESM-Anpassungsprogramm für Griechenland. Die Eurogruppe hat am 21. Juni 2018 zu den Bedingungen des Programmabschlusses beraten und eine politische Einigung zur letzten Kredittranche, zu mittelfristigen schuldenbezogenen Maßnahmen und zur Nachprogrammüberwachung erzielt (Anlage 1).

Die Institutionen haben dargelegt, dass die Auflagen der vierten Programmüberprüfung und damit auch das Programm insgesamt erfolgreich umgesetzt wurden. Die Eurogruppe hält eine letzte Kredittranche von 15 Mrd. Euro für sachgemäß. Damit soll auch wie von der Eurogruppe im Juni 2017 vereinbart der Aufbau eines Liquiditätspuffers unterstützt werden (vgl. Nummer 1).

Die Eurogruppe hatte zu Beginn des ESM-Anpassungsprogramms im August 2015 entsprechend den Vorgaben des Eurogipfels vom 12. Juli 2015 ihre Bereitschaft zu möglichen schulden erleichternden Maßnahmen erklärt, bei erfolgreicher Programmumsetzung und falls für die Sicherung der Schuldentragfähigkeit notwendig. Hierzu hatte die Eurogruppe im Mai 2016 und Juni 2017 einen konkreten Rahmen vereinbart. Ziel ist es, dass der jährliche Bruttofinanzierungsbedarf Griechenlands, ausgehend von einer fortgesetzt nachhaltigen Haushaltspolitik, bestimmte Schwellen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) einhält. Einige kurzfristige Maßnahmen wurden bereits nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Programmüberprüfung umgesetzt. Jetzt hat sich die Eurogruppe innerhalb der von der Eurogruppe in 2016 und 2017 vereinbarten Eckpunkte auf drei Mittelfristmaßnahmen geeinigt: a) Abschaffung der gestaffelten Zinsmarge beim EFSF (vgl. Nummer 2); b) Fortführung der Abführung der sogenannten SMP-Gewinne (vgl. Nummer 3) und c) gezielte Anpassungen am EFSF-Kreditprofil (vgl. Nummer 4). Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, dass die hinsichtlich des Bruttofinanzierungsbedarfs vereinbarten Ziele auf Basis der Schuldentragfähigkeitsanalyse der Institutionen auch auf der Grundlage konservativer Annahmen für das Wirtschaftswachstum erreicht werden. Die Eurogruppe hat als Voraussetzung für die Abschaffung der gestaffelten Zinsmarge und die Fortführung der Abführung der SMP-Gewinne vereinbart, dass Griechenland auch nach Programmende seine Zusicherungen einhält.

Weiterhin hat die Eurogruppe eine Überprüfung zum Ende der tilgungsfreien Zeit für die EFSF-Kredite im Jahr 2032 vereinbart. Es soll auf der Grundlage einer von den europäischen Institutionen vorzulegenden Schuldentragfähigkeitsanalyse überprüft werden, ob – unter der Voraussetzung der Einhaltung der EU-Haushaltsregeln – zusätzliche Schuldenmaßnahmen zur Gewährleistung der von der Eurogruppe gesetzten Ziele erforderlich sind.

Auf längere Sicht hat die Eurogruppe an die Absprache vom Mai 2016 bezüglich eines Eventualmechanismus erinnert, der im Falle eines unerwartet stärker negativ ausfallenden Szenarios aktiviert werden kann.

Für die Zeit nach Programmende schlägt die Europäische Kommission (KOM) eine intensivierete Überwachung Griechenlands vor. Die Eurogruppe unterstützt diesen Vorschlag. Griechenland hat zugesichert, den Reformkurs weiter fortzusetzen und bis zum Jahr 2022 einen Primärüberschuss von 3,5 Prozent des BIP zu erzielen und danach die europäischen Fiskalregeln einzuhalten. Die Fortsetzung des Reformkurses ist von Wichtigkeit, da dieser die Grundlage bildet für ein nachhaltiges Wachstum und nachhaltige öffentliche Finanzen. Griechenland hat hierzu eine umfassende Wachstumsstrategie vorgelegt, die auch auf ein verbessertes Investitionsklima abzielt. Griechenland hat darüber hinaus gegenüber der Eurogruppe eine Reihe spezifischer Zusagen abgegeben, die im Annex der Erklärung festgehalten sind. Die Einhaltung der Zusicherungen Griechenlands wird im Rahmen der Nachprogrammüberwachung überprüft.

Die Geschäftsführung des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat die erfolgreiche Umsetzung des ESM-Anpassungsprogramms und die durch die Mitgliedstaaten vorgenommene weitere Spezifizierung der Schuldenmaßnahmen in einer Erklärung begrüßt (Anlage 8). Dies werde die mittelfristige Schuldentragfähigkeit verbessern. Der IWF bleibt weiterhin mit an Griechenland geleisteten Krediten in Höhe von derzeit rd. 10 Mrd. Euro finanziell engagiert. Eine weitere Auszahlung des IWF ist finanziell nicht notwendig und nicht mehr vorgesehen. Der IWF wird im Rahmen der Nachprogrammüberwachung gemeinsam mit den europäischen Institutionen in Griechenland eingebunden sein.

1. Zur Freigabe einer Tranche des ESM (Vierte Programmüberprüfung)

Vertreter der KOM, der Europäischen Zentralbank (EZB), des ESM und des IWF haben die vierte Überprüfung des ESM-Anpassungsprogramms für Griechenland durchgeführt. Sie haben sich auf technischer Ebene mit Griechenland verständigt. Die KOM hat den Entwurf für ein angepasstes MoU (Anlage 2) mit zwei Annexen (Anlagen 3 und 4) und ergänzendem technischen MoU (Anlage 5) sowie den Überprüfungsbericht (Anlage 6) vorgelegt. Wesentliche Maßnahmen der vierten Programmüberprüfung waren als vor Freigabe der nächsten Tranche umzusetzende Vorabmaßnahmen (Prior Actions) im MoU-Entwurf verankert worden.

Im Überprüfungsbericht erklären die Institutionen, dass das Programm insgesamt umgesetzt ist („on track“). Die Umsetzung aller 88 Vorabmaßnahmen wurde von den Institutionen bestätigt. Auf dieser Basis wird die Freigabe der nächsten Tranche empfohlen. Die Eurogruppe hat am 21. Juni 2018 die Umsetzung der Maßnahmen begrüßt. Die Eurogruppe sieht vorbehaltlich des Abschlusses der nationalen Verfahren zur Parlamentsbeteiligung die Voraussetzungen für die Freigabe einer Tranche des ESM-Programms in Höhe von 15 Mrd. gegeben. Auf der Grundlage der Bestätigung der Umsetzung der Vorabmaßnahmen befürwortet die Bundesregierung die Freigabe der nächsten Kredittranche an Griechenland und die entsprechende technische Anpassung des Reformprogramms durch Anpassungen des MoU.

Die freizugebende Tranche von 15 Mrd. Euro soll der Deckung des Schuldendienstbedarfs (5,5 Mrd. Euro) und zum Aufbau des Liquiditätspuffers des griechischen Staates (9,5 Mrd. Euro) betragen. Die Eurogruppe hatte am 15. Juni 2017 Hilfe beim Aufbau eines Liquiditätspuffers zugesagt, um die Rückkehr Griechenlands an den Markt zu unterstützen. Eine etwaige zukünftige Nutzung der für den Liquiditätspuffer ausgezahlten Mittel für ein effizientes Schuldenmanagement wird Griechenland mit dem ESM und den anderen europäischen Institutionen vereinbaren. Mit Freigabe der jetzt vorgeschlagenen Tranche wird das vom ESM freigegebene Programmvolumen 61,9 Mrd. Euro erreichen (rd. 72 Prozent der ESM-Finanzhilfe von bis zu 86 Mrd. Euro).

Mit diesem Schreiben wird gemäß § 5 Absatz 3 ESMFinG Gelegenheit zur Stellungnahme zu den technischen Anpassungen des MoU und zur Freigabe der Tranche eingeräumt. Die Beschlussfassung des ESM-Gouverneursrates zur Anpassung des MoU ist für den 12. Juli 2018; die anschließende Freigabe der Tranche durch das ESM-Direktorium für den 12. oder 13. Juli 2018 vorgesehen. Die Auszahlungsfrist des ESM-Programms endet am 20. August 2018.

Hinweis: Entwürfe der Anlagen 2 bis 6 hat der Deutsche Bundestag bereits vorab erhalten.

2. Zur Abschaffung der gestaffelten Zinsmarge

Als Mittelfristmaßnahme hat die Eurogruppe vereinbart, die in der Finanzhilfvereinbarung mit Griechenland vorgesehene zusätzliche Zinsmarge (step-up-margin) auf die Schuldentranchen der EFSF-Darlehen ab dem Jahr 2018 abzuschaffen und damit die Konditionen an die der anderen Teiltranchen der EFSF-Darlehen anzupassen. Diese Maßnahme steht unter der Voraussetzung, dass Griechenland seine Zusicherungen für die

Nachprogrammphase umsetzt, die von den Institutionen überwacht werden. Die zusätzliche Zinsmarge von 200 Basispunkten sollte ab 2017 für die EFSF-Darlehen an Griechenland erhoben werden, die zur Finanzierung eines Schuldenrückkaufs verwendet worden waren.

Die Maßnahme betrifft nur einen kleinen Teil (11,3 Mrd. Euro) der EFSF-Darlehen an Griechenland, bei dem eine höhere Marge (ein Zinsaufschlag) als bei den übrigen Darlehen vereinbart war. Der Wegfall der zusätzlichen Marge ist mit jährlichen Mindereinnahmen der EFSF verbunden bis die entsprechende Teiltranche des EFSF-Darlehens zurückgezahlt ist (derzeit ist die Rückzahlung schrittweise zwischen 2023 und 2042 geplant, mit Umsetzung der Laufzeitverlängerung – s. u. – kann sich das Rückzahlungsprofil ändern). Die jährliche Mindereinnahme beträgt anfänglich rd. 220 bis 230 Mio. Euro im Jahr 2018 und sinkt proportional mit der geplanten schrittweisen Rückzahlung ab.

Die Abschaffung der zusätzlichen Marge ändert nichts an der Vorgabe, dass die EFSF kostendeckend arbeiten muss. Griechenland zahlt auch weiterhin – wie die anderen Programmländer – eine Servicegebühr zur Deckung der operativen Kosten, außerdem stellt die EFSF ihre Refinanzierungskosten den Programmländern in Rechnung. Das Risiko der Inanspruchnahme der Garantien erhöht sich ebenfalls nicht, da die Rückzahlung des EFSF-Darlehens durch den Wegfall der Marge nicht beeinträchtigt wird. Die Rückzahlungsfähigkeit Griechenlands soll durch die Maßnahme vielmehr mittelfristig gestärkt werden.

Die technische Umsetzung dieser Mittelfristmaßnahme erfolgt durch eine entsprechende Anpassung der zwischen der EFSF und Griechenland abgeschlossenen Finanzhilfevereinbarung, die anschließend von den Garantiegebern und durch das EFSF-Direktorium gebilligt werden muss. Die Gremienbeschlüsse sind derzeit für September 2018 vorgesehen.

Ein zustimmender Beschluss des Deutschen Bundestages gemäß § 3 Absatz 1 i. V. m. Absatz 2 Nummer 2 Stab-MechG würde dem Vertreter der Bundesregierung ermöglichen, der Änderung der Finanzhilfevereinbarung in den europäischen Gremien zuzustimmen. Die Bundesregierung wird dem Deutschen Bundestag die angepasste Finanzhilfevereinbarung übermitteln, sobald sie bei der Bundesregierung eingegangen ist.

3. Zur Fortführung der Abführung des Gegenwertes der SMP-Gewinne

Als weitere Mittelfristmaßnahme hat die Eurogruppe vereinbart, die auf einem Sonderkonto des ESM liegenden rechnerischen Zentralbankgewinne aus dem sogenannten Securities Market Programme (SMP) des Jahres 2014 zu nutzen und die Abführung der rechnerischen Gegenwerte der ANFA- und SMP-Gewinne an Griechenland auf das Sonderkonto beim ESM ab dem Haushaltsjahr 2017 fortzuführen. Die verfügbaren rechnerischen Gegenwerte sollen dann halbjährlich in gleichen Teilbeträgen an Griechenland transferiert werden, beginnend im Jahr 2018 bis Juni 2022. Sie werden für die Reduzierung des Bruttofinanzbedarfs oder für vereinbarte Investitionen verwendet. Diese Maßnahme steht unter der Voraussetzung, dass Griechenland seine Zusicherungen für die Nachprogrammphase umsetzt, die von den Institutionen überwacht werden.

Bereits im Rahmen des zweiten Hilfsprogramms hatte die Eurogruppe am 27. November 2012 (vgl. Schreiben des BMF vom 27. November 2012) vereinbart, ab 2013 den rechnerischen Gegenwert der Gewinne, die auf im Rahmen des sogenannten SMP-Programms der EZB angekauften griechischen Staatsanleihen zurückzuführen sind, an Griechenland abzuführen. Das zweite Hilfsprogramm wurde im Jahr 2015 von Griechenland beendet. Daraufhin betrachtete die Eurogruppe die Vereinbarung zur Weiterleitung der sogenannten SMP-Mittel ebenfalls als beendet.

Die Eurogruppe hat vereinbart, die SMP-Mittel des Jahres 2014 für Griechenland zu nutzen. Die SMP-Mittel des Jahres 2014 wurden damals von den Mitgliedstaaten des Euroraums auf ein Sonderkonto beim ESM gezahlt, aber wegen des zwischenzeitlichen Endes des zweiten Hilfsprogramms nicht vom ESM im Auftrag der Mitgliedstaaten an Griechenland ausgezahlt. Insgesamt wurden im Jahr 2014 rd. 1,8 Mrd. Euro an SMP-Gewinnen auf das Sonderkonto beim ESM überwiesen; davon 532 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) beantragt mit diesem Schreiben die Zustimmung zur Weiterleitung der im Jahr 2014 gezahlten Mittel an Griechenland.

Die Eurogruppe hat weiterhin vereinbart, die Abführung der SMP-Gewinne ab dem Jahr 2017 wieder aufzunehmen. Die Bundesregierung hat daher mit dem Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2018 im Titel „Zahlung an die Hellenische Republik“ Mittel in Höhe von 416,67 Mio. Euro veranschlagt. Dies entspricht der Summe der im Jahr 2016 kalkulierten rechnerischen SMP-Gewinne aus den Jahren 2017 und 2018.

Von der ebenfalls von der Eurogruppe vereinbarten Fortführung der Abführung der sogenannten ANFA-Gewinne (Agreement on Net Financial Assets) ist Deutschland nicht betroffen, da die Bundesbank keine entsprechenden

Anteile hält.

4. Zur Laufzeitverlängerung, zur Verschiebung des Rückzahlungsbeginns und der Zinsstundung der EFSF-Kredite

Als weitere Mittelfristmaßnahmen hat die Eurogruppe in Bezug auf die Kredite der EFSF eine weitere Zinsstundung und eine weitere Verschiebung des Rückzahlungsbeginns um zehn Jahre sowie eine Verlängerung der maximalen durchschnittlichen gewichteten Laufzeit um zehn Jahre vereinbart. Alle Maßnahmen bewegen sich strikt im Rahmen des genehmigten Gewährleistungsrahmens (Programme Authorised Amount, PAA) und der von der Eurogruppe in den Jahren 2016 und 2017 vereinbarten Eckpunkte für schuldenerleichternde Maßnahmen.

Die maximale durchschnittliche gewichtete Laufzeit der EFSF-Kredite beträgt derzeit 32,5 Jahre. Sie wird sich durch die o. g. Maßnahme auf 42,5 Jahre erhöhen. Der Tilgungsbeginn der Haupttranche der EFSF-Kredite ist derzeit das Jahr 2023. Er wird sich auf das Jahr 2033 verschieben. Die Zinsen auf die Haupttranche der EFSF-Kredite sind derzeit bis 2022 gestundet. Ende des Jahres 2017 betrug das Volumen der bis dato gestundeten Zinsen 5,5 Mrd. Euro. Durch die o. g. Maßnahme wird die Zinsstundung bis zum Jahr 2032 verlängert. Das Volumen der zusätzlichen Zinsstundung über zehn Jahre ist abhängig von der tatsächlichen Zinsentwicklung und wird vom BMF derzeit in einer Größenordnung von rd. 34 Mrd. Euro geschätzt.

Diese Maßnahmen führen zu einer höheren und längeren Garantiauslastung der EFSF. Die Bundesregierung befürwortet diese Mittelfristmaßnahmen im Sinne der Erreichung der von der Eurogruppe in den Jahren 2016 und 2017 getroffenen Vereinbarungen zur Sicherung der Schuldentragfähigkeit Griechenlands, auf der Basis einer vollständigen Programmumsetzung.

Die technische Umsetzung dieser Mittelfristmaßnahmen erfolgt durch eine entsprechende Anpassung der zwischen der EFSF und Griechenland abgeschlossenen Finanzhilfvereinbarung, die anschließend von den Garantiegebern und durch das EFSF-Direktorium gebilligt werden muss. Die Gremienbeschlüsse sind derzeit für September 2018 vorgesehen.

Ein zustimmender Beschluss des Deutschen Bundestages gemäß § 3 Absatz 1 i. V. m. Absatz 2 Nummer 2 Stab-MechG würde dem Vertreter der Bundesregierung ermöglichen, der Änderung der Finanzhilfvereinbarung in den europäischen Gremien zuzustimmen. Die Bundesregierung wird dem Deutschen Bundestag die angepasste Finanzhilfvereinbarung übermitteln, sobald sie bei der Bundesregierung eingegangen ist.

Weitere Erläuterung

Reformen der vierten Programmüberprüfung

Haushalt

Griechenland hat eine mittelfristige Haushaltsstrategie verabschiedet. Sie enthält die Verpflichtung auf das Erreichen des Primärüberschussziels von 3,5 Prozent des BIP bis 2022 und bestätigt das Auslaufen der Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf den Inseln, die bisher noch von dieser Ermäßigung profitiert haben, bis Ende Juni 2018.

Griechenland hat bei der Immobiliensteuer eine Reform durchgeführt, die die steuerliche Bemessungsgrundlage an den Marktwert angenähert hat. Die Steuersätze wurden so angepasst, dass die Reform ungefähr aufkommensneutral ist. Griechenland hat sich verpflichtet, die Bemessungsgrundlage bis 2020 an den Marktwert anzupassen. Für die im Rahmen des Programms aufgebaute unabhängige Steuerverwaltung hat Griechenland auf Kabinetts-Ebene die Beschlüsse gefasst, um 2000 offene Stellen zu besetzen. Im Rahmen der Reform des öffentlichen Beschaffungswesens wurde eine Beschwerdestelle geschaffen und die Mitglieder des Beschwerdegremiums ernannt. Die Umsetzung der Rentenreform wurde fortgesetzt.

Inzwischen ist die Neuberechnung der Renten für mehr als 2 Millionen Rentner abgeschlossen. Alle versicherten Personen wurden in den einheitlichen Rententräger EFKA überführt. Maßnahmen zur Rationalisierung der Gesundheitsausgaben wurden fortgesetzt. So wurde die Ausgabendeckelung für einzelne Bereiche (u. a. Arzneimittel, stationäre und ambulante Versorgung) bis 2022 fortgeführt und auf Optikerleistungen erweitert.

Bei der im Februar 2017 neu eingeführten bedürftigkeitsgeprüften Sozialhilfe hat sich die Anzahl der Bezieher bei ungefähr 600 000 Personen stabilisiert. Erwachsene Bezieher wurden verpflichtet, sich als arbeitssuchend zu registrieren. Griechenland hat die Regeln für ein neues bedürftigkeitsgeprüftes Wohngeld verabschiedet, welches 2019 eingeführt werden soll.

Finanzsektor

Die verbesserte Liquiditätslage der Banken hat Griechenland erlaubt, weitere Schritte zum Abbau der Kapitalverkehrskontrollen zu unternehmen. So wurde die monatliche Obergrenze für Barabhebungen ab 1. Juni 2018 von 2 300 Euro auf 5 000 Euro erhöht. Die vier griechischen systemrelevanten Banken wurden vor Programmende einem weiteren Stresstest unterzogen. Sie wurden bereits zu Programmbeginn einem Stresstest unterzogen und damals auch unter Nutzung von Mitteln aus dem ESM-Programm (5,4 Mrd. Euro) rekapitalisiert. Im Ergebnis des erneuten, am 5. Mai 2018 veröffentlichten Stresstests war keine weitere Rekapitalisierung nötig. Der Anteil notleidender Kredite in Griechenland ist leicht rückgängig, aber weiter hoch. Die Quote der notleidenden Forderungen (non-performing exposures, NPE ratio) betrug Ende März 2018 48,5 Prozent. Um den Abbau der notleidenden Kredite zu unterstützen wurden die bereits zuvor erfolgten Reformen des Sekundärmarkts für notleidende Kredite, der Regeln für außergerichtliche Einigungen, der Privatinsolvenzen und zu den elektronischen Auktionen überprüft und gezielt angepasst, insbesondere um die Verfahren zu vereinfachen. Das neu eingeführte Instrument der elektronischen Auktionen zur besseren Verwertung von Kreditsicherheiten wird verstärkt genutzt. Seit Start Ende November 2017 wurden bis Ende Mai 2018 insgesamt 4 349 elektronische Auktionen durchgeführt, davon allein 2 079 im Mai 2018. Auch die geografische Verteilung der elektronischen Auktionen hat sich verbessert.

Arbeits- und Produktmärkte

Die Bekämpfung der Schwarzarbeit wurde durch die Einführung eines automatischen Informationsaustauschs zwischen verschiedenen Behörden (u. a. dem Finanz- bzw. dem Arbeits- und Sozialministerium unterstehend) verbessert. Zur Verwaltung des Katasters hat Griechenland im Januar 2018 eine neue Behörde gegründet. In dieser Behörde werden auch die bisher separaten Hypothekenregister integriert. Die Weltbank leistet dabei technische Hilfe. Der griechische Plan zum Aufbau des Katasters sieht den Abschluss der Übergangsphase auf die neue Katasterbehörde für Mitte 2020 und Abschluss des Katasters für Mitte 2021 vor.

Zur Verbesserung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für die Abgabe von zwei Braunkohlekraftwerken durch den dominierenden Stromversorger geschaffen. Die internationale Ausschreibung der beiden Kraftwerke startete am 30. Mai 2018. Die Reform des Systems der Unterstützung erneuerbarer Energien wurde fortgesetzt, um einen ausgeglichenen Haushalt des Systems abzusichern. Auf dem Gasmarkt können die Kunden seit Januar 2018 ihren Lieferanten frei wählen. Im Rahmen der vierten Programmüberprüfung wurde die Restrukturierung der Gasgesellschaft DEPA vereinbart, die in eine Gasnetz- und eine Gasvertriebsgesellschaft aufgeteilt werden soll. Dabei ist vorgesehen, dass der griechische Staat einen Mehrheitsanteil an der Gasvertriebsgesellschaft verkauft. Das Gesetz zu den Aufsichtsbehörden für Wasserversorger wurde angepasst, um die Entscheidungen effizienter zu gestalten. Eine neue Organisationseinheit des Spezialsekretariates für Wasserversorgung, die sich mit Kosten und Preissetzung der Wasserversorger befasst, wurde mit Personal ausgestattet und hat ihre Arbeit aufgenommen.

Privatisierung

In Bezug auf den 2016 eingerichteten Privatisierungsfonds (HCAP) hat Griechenland weitere Maßnahmen unternommen. So hat der HCAP seine internen Regularien finalisiert. Der mit der zweiten Programmüberprüfung vereinbarte Transfer staatseigener Betriebe zum HCAP wurde abgeschlossen und weitere Immobilien an den HCAP transferiert. Unternehmen im Mehrheitseigentum des HCAP haben ihre Businesspläne vorgelegt. In Bezug auf einzelne Privatisierungsprojekte berichten die Institutionen von einem gemischten Bild mit Abschlüssen aber auch Verzögerungen. Abgeschlossene Projekte im Jahr 2018 beinhalten den Verkauf von Anteilen am Hafen Thessaloniki für 231 Mio. Euro sowie Anteilen an der Telekomgesellschaft OTE für 284 Mio. Euro. Die Privatisierungserlöse im ersten Halbjahr 2018 werden laut Überprüfungsbericht insgesamt rd. 734 Mio. Euro betragen. Die Institutionen erwarten im zweiten Halbjahr 2018 den finanziellen Abschluss des Hellenikon-Projektes (Entwicklung alter Flughafen Athen), der Konzessionsverlängerung des neuen Athener Flughafens, des Verkaufs des Gasnetzbetreibers DESFA und des Bahnzulieferers ROSCO. Das würde laut Institutionen zu erwarteten Erlösen von rd. 1,5 Mrd. Euro im zweiten Halbjahr 2018 führen. Das MoU-Ziel für Privatisierungserlöse im Jahr 2018 beträgt 2 Mrd. Euro und würde damit erreicht.

Verwaltungsreform

Im Bereich der Verwaltungsreform lag bei der vierten Programmumsetzung der Schwerpunkt auf der Umsetzung der mit den vorigen Reformen verabschiedeten Regelungen. Ein Ziel ist die erhöhte Personalmobilität innerhalb

des öffentlichen Sektors unter stärkerer Nutzung von Versetzungen an Stelle von befristeten Abordnungen. Derzeit läuft der erste Zyklus der geplanten regelmäßigen internen Mobilitätszyklen. Das Ministerium für Verwaltungsreform hat eine einheitliche digitale Plattform bereitgestellt, auf der die einzelnen Verwaltungen derzeit ihre Organigramme und Stellenbeschreibungen einstellen. Im Zuge der Neuausschreibung der Leitungspositionen der öffentlichen Verwaltung wurden bis Mitte Juni 62 Generaldirektoren neu ernannt, die verbleibenden 28 sollen bis Ende Juli ernannt werden. Bei der Ersetzung der bisher politisch ernannten Generalsekretäre durch Verwaltungssekretäre ist es zu Verzögerungen gekommen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb des öffentlichen Sektors hat Griechenland ein Handbuch für die interministerielle Kooperation ausgearbeitet.

Schuldentragfähigkeitsanalyse und Beschlüsse der Eurogruppe zu Mittelfristmaßnahmen

Im Überprüfungsbericht der Europäischen Kommission ist eine Schuldentragfähigkeitsanalyse mit einem Basisszenario und einem adversen Szenario mit pessimistischeren Annahmen enthalten. Beide Szenarien gehen davon aus, dass der Primärüberschuss wie in der Erklärung der Eurogruppe vom 15. Juni 2017 vereinbart, in den Jahren 2018 bis 2022 jeweils 3,5 Prozent des BIP beträgt und dass im Rahmen des ESM-Programms insgesamt 61,9 Mrd. Euro ausgezahlt werden bzw. 24,1 Mrd. Euro der bis zu 86 Mrd. Euro des ESM-Programmvolumens ungenutzt bleiben. Es wurden 2 Mrd. Euro der vergebenen Darlehen für die Bankenrekapitalisierung bereits zurückgezahlt. Die bereits umgesetzten kurzfristigen schuldenreichernden Maßnahmen des ESM sind berücksichtigt. Die Szenarien unterscheiden sich hauptsächlich in den langfristigen Annahmen zum Primärüberschuss und zum Wachstum, aber auch bei den angenommenen Refinanzierungssätzen.

Im Basisszenario unter Annahme eines durchschnittlichen Primärüberschusses von 2,2 Prozent des BIP ab 2023 (damit werden laut Europäischer Kommission die europäischen Fiskalregeln eingehalten) und eines langfristigen Realwachstums von 1 Prozent bzw. Nominalwachstums von 3 Prozent ergäben sich im Jahr 2060 ein Schuldenstand von 127 Prozent des BIP und ein Bruttofinanzbedarf von 28,1 Prozent des BIP. Im adversen Szenario unter Annahme eines durchschnittlichen Primärüberschusses von 1,5 Prozent des BIP ab 2023 und eines langfristigen Nominalwachstums von 2,8 Prozent ergäben sich im Jahr 2060 ein Schuldenstand von 234,8 Prozent des BIP und ein Bruttofinanzbedarf von 53,3 Prozent des BIP.

Zudem zeigt der Bericht wie sich die von der Eurogruppe vereinbarten Mittelfristmaßnahmen auswirken. Im Basisszenario ergäben sich – nach Umsetzung der vereinbarten Mittelfristmaßnahmen – im Jahr 2060 ein Schuldenstand von 96,8 Prozent des BIP und ein Bruttofinanzbedarf von 19,8 Prozent des BIP. Die Analyse bestätigt, dass im Basisszenario, bei Umsetzung der vereinbarten Mittelfristmaßnahmen, Schuldentragfähigkeit hergestellt wird. Das von der Eurogruppe vereinbarte Kriterium für die Schuldentragfähigkeit eines langfristigen Bruttofinanzbedarfs von unter 20 Prozent des BIP wird eingehalten.

Der Internationale Währungsfonds hat mit der Verabschiedung seines Programms im Juli 2017 ebenfalls eine Schuldentragfähigkeitsanalyse veröffentlicht. Darin ging er von einem langfristigen Primärüberschuss von 1,5 Prozent des BIP und von einem langfristigen Nominalwachstum von 2,8 Prozent des BIP aus. Bei der Eurogruppe am 21. Juni 2018 hat der IWF erklärt, die Vereinbarung der Eurogruppe werde die mittelfristige Schuldentragfähigkeit verbessern und hat auf die Bereitschaft der Eurogruppe zu einer erneuten Überprüfung der Schuldentragfähigkeit verwiesen. Der IWF hat gleichzeitig angekündigt, in der nächsten Woche seine regelmäßig stattfindenden Konsultationen (Artikel-IV-Überprüfung) mit Griechenland zu beginnen, in deren Rahmen er seine Schuldentragfähigkeitsanalyse aktualisieren wird.

Finanz- und Wirtschaftslage

Griechenland hat den Zeitraum des ESM-Programms genutzt, um seinen laufenden Haushalt zu konsolidieren. Das Ziel im Staatshaushalt bei Programmende (2018) einen Primärüberschuss (Saldo ohne Zinsausgaben) von 3,5 Prozent des BIP zu erreichen, hat Griechenland bereits zwei Jahre vorfristig im Jahr 2016 erreicht (Tabelle). Das Jahr 2016 war auch das Jahr, in dem Griechenland erstmalig seit Beitritt zur Währungsunion einen Haushaltsüberschuss erzielt hat. Allerdings erfordert der nach wie vor sehr hohe Schuldenstand (178,6 Prozent des BIP Ende 2017), dass Griechenland die Haushaltsdisziplin noch lange nach Programmende fortsetzt. Griechenland hat sich gegenüber der Eurogruppe verpflichtet, bis 2022 einen Primärüberschuss i. H. v. 3,5 Prozent des BIP zu erbringen und danach die europäischen Fiskalregeln einzuhalten (laut KOM ist dafür ein Primärüberschuss von 2,2 Prozent im Durchschnitt im Zeitraum 2023 bis 2060 nötig). Ein entsprechender Primärüberschuss sowie die geringen Zinsausgaben aufgrund der günstigen Konditionen der Hilfskredite werden voraussichtlich dazu führen, dass Griechenland bereits in den Jahren unmittelbar nach Programmende seine Staatsschuldenquote deutlich reduzieren kann.

Angaben in % bzw. % des BIP	2015	2016	2017	2018	2019
BIP-Wachstum	-0,3	-0,2	1,4	1,9	2,3
Arbeitslosenquote	24,9	23,6	21,5	20,1	18,4
Inflation (HICP)	-1,1	0,0	1,1	0,5	1,2
Leistungsbilanzsaldo	0,0	-0,7	-0,9	-0,4	-0,5
Haushaltssaldo	-5,7	0,6	0,8	0,4	0,2
Primärsaldo Ist	0,7	3,9	4,2	3,5	3,8
vgl. Programmziel	-0,25	0,5	1,75	3,5	3,5
Schuldenquote	176,8	180,8	178,6	188,6	178,3

Quelle: KOM Frühjahrsprog. Mai 2018 und Überprüfungsbericht (insbes. zu Schuldenquote 2018 und 2019 ohne Mittelfristmaßnahmen); Primärsaldo in Programmdefinition.

Das BIP des Landes ist nach schwierigen Jahren der Rezession und Stagnation im Jahr 2017 wieder gewachsen, um 1,4 Prozent. Für das Jahr 2018 erwartet die KOM ein Wachstum von 1,9 Prozent. Der Start in das aktuelle Jahr fiel mit einem Wachstum von 0,8 Prozent im ersten Quartal positiv aus. Eine gute Basis für die Zukunft ist das Wachstum der Investitionen um rd. 10 Prozent letztes Jahr, eine Zunahme in ähnlicher Größenordnung wird auch dieses Jahr erwartet. Wichtig für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft wird sein, dass Griechenland auch nach Programmende sein Wachstumspotenzial durch fortgesetzte Reformen und die deutliche Verbesserung der Attraktivität des Investitionsstandorts stärkt. Dafür hat Griechenland einen eigenen Wachstumsplan vorgelegt.

Weitere Unterstützung Griechenlands

Neben den drei Hilfsprogrammen, deren Ende im August 2018 bevorsteht, wird Griechenland von seinen europäischen Partnern bisher und auch weiterhin in vielfältiger Weise unterstützt. Als Mitglied der Europäischen Union erhält Griechenland Mittel aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds, zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt sowie aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, dem Internen Sicherheitsfonds und dem EU-Soforthilfeinstrument; zusätzlich erhalten griechische Landwirte Direktzahlungen im Rahmen des europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft. Im Zeitraum 2007 bis 2013 hat Griechenland rd. 42 Mrd. Euro an EU-Mitteln erhalten. Für den Zeitraum 2014 bis 2020 sind für Griechenland Mittel in Höhe von bis zu 37 Mrd. Euro aus EU-Fonds vorgesehen. Förderbanken wie die Europäische Investitionsbank unterstützen die Finanzierung griechischer Unternehmen; so auch die KfW in der Vergangenheit, abgesichert durch eine Bundesgarantie. Schließlich helfen die europäischen Partner und europäische Institutionen Griechenland bei der Umsetzung der notwendigen Reformen durch technische Hilfe und transferieren so wertvolles Know-How.

Eurogroup statement on Greece 22 June 2018

Completion of the fourth and final review and growth strategy

The Eurogroup commends the Greek authorities for the completion of all the agreed prior actions of the final review of the ESM programme. We congratulate the Greek authorities and Greek people for the successful conclusion of the ESM programme. The Eurogroup acknowledges the significant efforts made by the Greek citizens over the last years. Greece is leaving the financial assistance programme with a stronger economy building on the fiscal and structural reforms implemented. It is important to continue these reforms, which provide the basis for a sustainable growth path with higher employment and job creation, which in turn is Greece's best guarantee for a prosperous future.

The Eurogroup welcomes the commitment of the Greek authorities to continue and complete all key reforms adopted under the ESM programme and to ensure that the objectives of the important reforms adopted are safeguarded. We also welcome the finalization of a comprehensive growth strategy by the Greek authorities. This strategy, which aims at enhancing Greece's long-term growth potential and improving the investment climate, underlines the Greek ownership of the reform process following the ESM programme. The Eurogroup further welcomes the signature of a 'Cooperation and Support Plan' between the Greek authorities and the European Commission's Structural Reform Support Services, which provides the continued provision of technical assistance to support reform implementation in the coming years.

DSA and primary surplus

The Eurogroup returned to the sustainability of Greek debt on the basis of an updated debt sustainability analysis provided by the European institutions. The implementation of an ambitious growth strategy and of prudent fiscal policies will be the key ingredients for debt sustainability. In this context the Eurogroup welcomes the commitment of Greece to maintain a primary surplus of 3.5% of GDP until 2022 and, thereafter to continue to ensure that its fiscal commitments are in line with the EU fiscal framework. Analysis of the European

22 June 2018

Commission suggests that this will imply a primary surplus of 2.2% of GDP on average in the period from 2023 to 2060.

The Eurogroup recalled the assessment of debt sustainability with reference to the agreed benchmarks for gross financing needs: GFN should remain below 15% of GDP in the medium term and below 20% of GDP thereafter while ensuring that debt remains on a sustained downward path.

The Eurogroup stressed the importance of basing its assessment on realistic and cautious assumptions, taking into account compliance with the EU fiscal framework and the impact of growth enhancing reforms and investment initiatives.

The Eurogroup agreed to implement, in addition to the short-term debt measures already in place, the following medium-and long-term debt measures in order to ensure that the agreed GFN objectives are respected also under cautious assumptions.

For the medium term, this includes the following upfront measures:

- The abolition of the step-up interest rate margin related to the debt buy-back tranche of the 2nd Greek programme as of 2018.
- The use of 2014 SMP profits from the ESM segregated account and the restoration of the transfer of ANFA and SMP income equivalent amounts to Greece (as of budget year 2017). The available income equivalent amounts will be transferred to Greece in equal amounts on a semi-annual basis in December and June, starting in 2018 until June 2022, via the ESM segregated account and will be used to reduce gross financing needs or to finance other agreed investments.

The two measures mentioned above are subject to compliance with policy commitments and monitoring, as outlined below.

- A further deferral of EFSF interest and amortization by 10 years and an extension of the maximum weighted average maturity (WAM) by 10 years, respecting the programme authorized amount.

We agreed that based on a debt sustainability analysis to be provided by the European institutions, the Eurogroup will review at the end of the EFSF grace period in 2032, whether

22 June 2018

additional debt measures are needed to ensure the respect of the agreed GFN targets, provided that the EU fiscal framework is respected, and take appropriate actions, if needed. The Eurogroup will take into account a positive assessment in the post programme surveillance, particularly in the fiscal area and economic reform policies.

In this context, **for the long term**, the Eurogroup also recalled the May 2016 agreement on a contingency mechanism on debt which could be activated in the case of an unexpectedly more adverse scenario. If activated by the Eurogroup, it could entail measures such as a further re-profiling and capping and deferral of interest payments of the EFSF to the extent needed to meet the GFN benchmarks defined above.

Post programme surveillance framework

The Eurogroup stressed that debt relief measures should include incentives to ensure a strong and continuous implementation by Greece of the reform measures agreed in the programme. To ensure the market credibility of the package of debt measures, we agreed that policy commitments related to the programme will be linked to the return of SMP-ANFA income equivalent amounts as well as to the abolition of the step-up interest rate margin up to 2022. In this context, the Greek authorities have made specific policy commitments, as set out in the annex, to complete key structural reforms initiated under the ESM programme (including commitments to complete actions whose implementation is not fully in the hands of government) against agreed deadlines and made a general commitment to continue the implementation of all key reforms adopted under the ESM programme.

The Eurogroup welcomes the intention of the European Commission to activate the Enhanced Surveillance procedure in the coming weeks and also the support for this approach by the Greek authorities. The quarterly reports under Enhanced Surveillance will enable closer monitoring of the economic, fiscal and financial situation and the post programme policy commitments and will serve as a basis for the Eurogroup to agree on the return of SMP-ANFA income equivalent amounts and the cancellation of the step-up interest margin on EFSF.

ELSTAT/COEX:

We recalled that the ongoing legal proceedings against the members of the Committee of Experts (CoEx) of TAIPED are a matter of very serious concern and we reaffirm our full confidence in the work of the experts, which was also confirmed by the Hellenic Court of

22 June 2018

Auditors. Preoccupations also concern the proceedings against the former President and senior staff of ELSTAT, notably as regards the alleged falsification of fiscal data. The Eurogroup continues to have full confidence that the data validated by Eurostat and delivered by ELSTAT since 2010, including the 2009 general government balance outturn, is in compliance with the rules that are applied in all Member States. The Eurogroup mandates the institutions to continue monitoring the developments in those cases and the supporting actions taken by the Greek authorities, including legislative actions if needed, for instance strengthening the independence of ELSTAT, in full respect of the independence of the judiciary, and report back to the Eurogroup in the context of the post programme surveillance.

Disbursement and cash buffer

Subject to the completion of national procedures, the ESM governing bodies are expected to approve the disbursement of the fifth and last tranche of the ESM programme amounting to EUR 15 bn. Out of this total amount, EUR 5.5 bn will be disbursed to the segregated account, to be used for debt servicing and EUR 9.5 bn will be disbursed to a dedicated account set up to build up cash buffers, to be used for debt service in case of needs. Such an account will be subject to appropriate safeguards and any possible future utilization of its funds for an efficient debt management will be agreed by the Greek authorities with the ESM/European institutions. Overall, Greece will be leaving the programme with a sizeable cash buffer of EUR 24.1 bn covering the sovereign financial needs for around 22 months following the end of the programme in August 2018, which represents a significant backstop against any risks.

IMF Participation

The IMF management welcomed the successful implementation of the ESM programme and the further specification of the debt measures given today by Member States. Although the Fund's own Stand-By Arrangement (SBA) can no longer be activated, the IMF confirmed its continued involvement in Greece in the post-programme surveillance framework alongside the European Institutions.

Finally, we also reaffirmed our commitment to continue to support Greece in its reform efforts to return to sustainable growth.

22 June 2018

Specific commitments to ensure the continuity and completion of reforms adopted under the ESM programme

1: Fiscal and fiscal structural. Greece will fully respect its commitment to ensure that its **annual budget** achieves a primary surplus of 3.5% of GDP over the medium-term which respects the objectives of key reforms enacted under the ESM programme. To this end, it will complete the full offsetting and collection of the clawback by June every year for the previous calendar year. On **tax policy**, Greece will undertake, by mid-2019 and mid-2020, nationwide valuation exercises of property tax value based on market values and will update property tax values for ENFIA and other taxes fully in line with market values by mid-2020. On **tax administration**, Greece will reach the agreed permanent staffing positions at the Independent Authority of Public Revenue (IAPR) of 12.000 by end-2018, 12.500 by end 2019 and 13.322 by mid-2021, by when the end-to-end IT collection systems will also be fully operational. Greece will continue to implement reforms in the area of **public financial management**, avoiding the accumulation of new arrears and will, by mid-2019, complete the implementation of reforms identified by the Hellenic Court of Auditors. In addition, Greece commits to complete the cash monitoring and forecasting for the General Government Treasury account system (end-2019), complete the Chart of Accounts for the central administration by implementing the fund and functional classifications in the 2021 State budget (mid-2021) and extend to this reform to General Government entities (mid-2022).

2: Social welfare. Greece will continue with efforts to modernise its social welfare system, working closely with technical assistance provided through the SRSS. The setup of the single **pension** fund EFKA will be completed by mid-2020. As part of the Greek authorities' strategy to modernise the **health care** sector, Greece will ensure the rollout of the primary health care system, in particular by opening at least 120 primary health care centres (TOMYs) by end-2018 and all 240 TOMYs by mid-2020. The main body responsible for central procurement (EKAPY) will be set up by end-2018, with a view to achieving a share of centralised procurement in total hospital expenditure of 30% in mid-2020 and 40% in mid-2022. Greece will complete the reform of **social safety nets** launched under the programme; to this end it will apply to all disability benefits the new approach for disability determination based on both medical and functional assessment by mid-2019, review the system of subsidies for local public transport by end-2019, and complete the roll-out of all three pillars of the Social Solidarity Income (SSI) scheme by end-2019.

3: Financial stability. Greece will continue to implement reforms aimed at restoring the health of the banking system, including **NPL resolution** efforts by ensuring the continued effectiveness of the relevant legal framework (i.e. household and corporate insolvency, out-of-court workout, NPL sales, e-auctions) and taking all necessary actions to this effect. Greece will implement the comprehensive action plan on household insolvency with the objective to eliminate the backlog of cases, including the process of pending applications, by end-2021. Financial training to judges, related to the above, will be provided by end-2018. In the context of implementing the Three-Year Action Plan on Justice, phases I and II of the establishment of the e-justice system (OSDDY-PP) will be completed by end-2018 and mid-2020 respectively and the electronic filing of legal documents will be implemented throughout the Courts by end-2019, having completed the tendering procedure by mid-2019. The **HFSF** will by end-2018 develop an exit strategy for the sale of its stakes in the systemic banks and the mandate of the Selection Panel of the HFSF shall align with the mandate of the HFSF; the independence of the HFSF will be fully respected and it shall continue to operate under commercial terms and without any political or other interference. The decision on liquidation or extension of the mandate for the HFSF will be taken by mid-2022. Greece will continue the relaxation of **capital controls** in line with the published roadmap.

4: Labour and product markets. Regarding the **labour market**, Greece will safeguard competitiveness through an annual update of the minimum wage in line with the provisions of Law 4172/2012. The implementation of the action plan on undeclared work will be completed by end-2019. Greece will complete the **investment licensing** reform, and to this end adopt all enabling licensing legislation (end-2018), finalise inspection legislation (mid-2020), revise the nuisance classification (mid-2021), finalise the simplification of investment licensing procedures in the agreed remaining sectors (mid-2020) and fully deploy the relevant ICT (end-2019). Greece will complete the **cadastre** project by ratifying the complete cadastral mapping and forest maps by mid-2021, and as intermediate steps will complete the drawing of the remaining forest maps by mid-2019 and fully establish the cadastral agency and complete 45% of cadastral mapping by mid-2020. With a view to completing reforms in the **energy sector**, the agreed divestment of Public Power Corporation's lignite-fired

22 June 2018

capacity will be completed by end-2018. The Target Model will be fully launched by mid-2019, while the measures agreed as part of the joint assessment on the NOME auction system will be implemented by end-2019.

5. HCAP and privatisation. The Asset Development Plan and the Strategic Plan of HCAP will be implemented on a continuous basis. With a view to swiftly attracting investment to support a sustained economic recovery, Greece confirms its intention to complete of the transactions on the AIA concession, Hellinikon and DESFA (end-2018); HELPE (including transfer of remaining shares to HCAP) and Marina of Alimos (mid-2019); Egnatia, DEPA commercial, AIA shares, EYDAP, EYATH and the regional ports of Alexandroupoli and Kavala (end-2019); the sale or other form of monetisation of PPC shares, DEPA network, regional ports of Igoumenitsa and Kerkyra, and Kavala underground storage (mid-2021) and a number of other regional ports, based on the recommendations of the consultants of TAIPED and following the agreed process between the authorities and TAIPED (mid-2022). The transfer of OAKA to HCAP and the restructuring of ETAD will be completed by end-2018 and the review/replacement of all SOE boards by mid-2019.

6. Public administration. The implementation of reforms to modernise the public administration will be sustained. As part of this effort, Greece will complete reforms to **modernise human resource management in the public sector**, and in particular the appointment of Administrative Secretary Generals and all Directors General according to law 4369/2016 by end-2018 and independent assessment of this process, including follow-up measures (mid-2019), complete the 3rd cycle of mobility and performance assessments by mid-2019, and complete the integrated HR Management System (digital organigram for all public entities and link with single payment authority) by end-2019. In view of enhancing legal certainty and access to law through **legal codification**, the Labour Law Code and Code of Labour Regulatory Provisions will be adopted by mid-2020, and the National Gateway for Codification and Reform of Greek Legislation will be completed by mid-2022. Greece will implement all GRECO (Groupe d'Etats contre la Corruption) recommendations in the context of the implementation of its overall national **anti-corruption** plan by mid-2021.

22. Juni 2018

Erklärung der Eurogruppe zu Griechenland

22. Juni 2018

Abschluss der vierten und abschließenden Überprüfung, Wachstumsstrategie

Die Eurogruppe würdigt, dass die griechische Regierung alle für die abschließende Überprüfung des ESM-Anpassungsprogramms vereinbarten Vorabmaßnahmen erledigt hat. Wir gratulieren der griechischen Regierung und dem griechischen Volk zum erfolgreichen Abschluss des ESM-Anpassungsprogramms. Die Eurogruppe erkennt die erheblichen Anstrengungen an, die die griechischen Bürger in den vergangenen Jahren auf sich genommen haben. Griechenland verabschiedet sich aus den Finanzhilfe-Maßnahmen mit einer stärkeren Wirtschaft, die auf den durchgeführten Haushaltsreformen und strukturellen Reformen aufbaut. Die Fortsetzung des Reformkurses ist von Wichtigkeit, da dieser die Grundlage bildet für ein nachhaltiges Wachstum mit einem höheren Beschäftigungsgrad und mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen – die besten Garanten einer Zukunft Griechenlands im Wohlstand.

Die Eurogruppe begrüßt die Zusicherung der griechischen Regierung, alle im Rahmen des ESM-Anpassungsprogramms verabschiedeten, zentralen Reformen weiterzuführen und zum Abschluss zu bringen, um die Erreichung der mit den wesentlichen beschlossenen Reformen beabsichtigten Ziele zu gewährleisten. Des Weiteren begrüßen wir die Fertigstellung durch die griechische Regierung einer umfassenden Wachstumsstrategie. Mit dieser Strategie, die auf eine Optimierung des langfristigen Wachstumspotenzials von Griechenland und ein verbessertes Investitionsklima abzielt, wird die eigenverantwortliche Fortführung des Reformprozesses durch Griechenland im Anschluss an das ESM-Anpassungsprogramm verdeutlicht. Die Eurogruppe begrüßt außerdem die Unterzeichnung eines ‚Maßnahmenprogramms zur Zusammenarbeit und Unterstützung‘ durch die griechische Regierung und den Dienst zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSS) der Europäischen Kommission, in dem die fortlaufende Bereitstellung von fachlichem Beistand zur Unterstützung bei der Umsetzung der Reformen in den kommenden Jahren geregelt wird.

22. Juni 2018

Schuldentragfähigkeitsanalyse und Primärüberschuss

Die Eurogruppe ist auf der Grundlage einer aktualisierten Schuldentragfähigkeitsanalyse durch die europäischen Institutionen zur Tragfähigkeit der griechischen Schulden zurückgekehrt. Die Umsetzung einer ehrgeizigen Wachstumsstrategie und einer umsichtigen Haushaltspolitik auf allen Ebenen sind wesentliche Voraussetzungen für die Schuldentragfähigkeit. In diesem Zusammenhang begrüßt die Eurogruppe die Zusage Griechenlands, bis 2022 einen Primärüberschuss von 3,5 % des BIP zu wahren und im Anschluss daran weiter dafür Sorge zu tragen, dass die Haushaltsverpflichtungen des Landes die EU-Haushaltsregeln einhalten. Aus Analysen der Europäischen Kommission geht hervor, dass dies einen durchschnittlichen Primärüberschuss von 2,2% des BIP im Zeitraum von 2023 bis 2060 voraussetzt.

Die Eurogruppe hat an die Bewertung der Schuldentragfähigkeit anhand der vereinbarten Benchmarks für den Bruttofinanzierungsbedarf erinnert: Der Bruttofinanzierungsbedarf sollte mittelfristig unter 15 % des BIP und danach unter 20 % des BIP bleiben, wobei eine kontinuierliche Reduzierung der Verschuldung zu gewährleisten ist.

Die Eurogruppe hat betont, wie wichtig es ist, ihrer Einschätzung realistische und vorsichtige Annahmen zugrundezulegen und dabei die Einhaltung des EU-Haushaltsrahmens und die Auswirkungen der wachstumsfördernden Reformen und Investitionsinitiativen zu berücksichtigen.

Die Eurogruppe hat zugesagt, zusätzlich zu den bereits eingeführten kurzfristigen Schuldenmaßnahmen die folgenden mittel- und langfristigen Schuldenmaßnahmen umzusetzen, um dafür Sorge zu tragen, dass die hinsichtlich des Bruttofinanzierungsbedarfs vereinbarten Ziele auch auf der Grundlage vorsichtiger Annahmen fortgelten.

Mittelfristig beinhaltet dies unter anderem die folgenden vorab zu ergreifenden Maßnahmen:

- Abschaffung der gestaffelten Zinsmarge bei der Schuldentrückkauftranche des zweiten Programms für Griechenland ab 2018.
- Verwendung von SMP-Gewinnen des Jahres 2014 aus dem Sonderkonto des ESM und Wiedereinführung der Abführung an Griechenland der den ANFA- und SMP-Gewinnen entsprechenden Beträge (ab dem Haushaltsjahr 2017). Die den Gewinnen

22. Juni 2018

entsprechenden Beträge werden an Griechenland über das ESM-Sonderkonto halbjährlich (im Dezember und Juni) in jeweils gleicher Höhe überwiesen, beginnend im Jahr 2018 bis Juni 2022; sie werden genutzt, um den Bruttofinanzierungsbedarf zu senken oder um andere vereinbarte Investitionen zu finanzieren.

Die beiden vorgenannten Maßnahmen unterliegen dem Vorbehalt der Einhaltung der verbindlich zugesagten Reform-Maßnahmen und der entsprechenden Überwachung, wie nachstehend beschrieben.

- Weitere Stundung der EFSF-Zinsen und Tilgung über 10 Jahre sowie Verlängerung der maximalen, gewichteten durchschnittlichen Laufzeit (WAM) um 10 Jahre, unter Einhaltung des EFSF Gewährleistungsrahmens (Programme Authorized Amount) festgesetzten Höhe.

Wir sind überein gekommen, dass die Eurogruppe auf der Grundlage einer von den europäischen Institutionen vorzulegenden Schuldentragfähigkeitsanalyse zum Ende der tilgungsfreien Zeit für die EFSF-Mittel im Jahr 2032 überprüfen wird, ob – unter der Voraussetzung der Einhaltung der EU-Haushaltsregeln – zusätzliche Schuldenmaßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der hinsichtlich des Bruttofinanzierungsbedarf gesetzten Ziele erforderlich sind, und dass die Eurogruppe erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen ergreifen wird. Die Eurogruppe wird bei der Nachprogrammüberwachung eine positive Bewertung insbesondere in den Bereichen Haushaltspolitik und Wirtschaftsreformen berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang hat die Eurogruppe auch **auf längere Sicht** an die Absprache vom Mai 2016 bezüglich eines Eventualmechanismus für die Verschuldung erinnert, der im Falle eines unerwartet stärker negativ ausfallenden Szenarios aktiviert werden kann. Wird dieser Eventualmechanismus von der Eurogruppe aktiviert, könnten dies Maßnahmen wie weitere Anpassungen am EFSF-Darlehensprofil sowie eine Deckelung und Stundung von Zinszahlungen auf die EFSF-Mittel nach sich ziehen, soweit dies zur Erfüllung der o. g. Benchmarks für den Bruttofinanzierungsbedarf erforderlich ist.

Rahmen für die im Anschluss an das Anpassungsprogramm durchzuführende Überwachung

Die Eurogruppe hat betont, dass Schuldenerleichterungsmaßnahmen Anreize für eine energische und anhaltende Umsetzung der im Anpassungsprogramm vorgesehenen

22. Juni 2018

Reformmaßnahmen seitens Griechenlands bieten sollten. Um zu gewährleisten, dass das Paket an Schuldenmaßnahmen auf dem Markt Vertrauen erlangen kann, sind wir überein gekommen, dass auf das Anpassungsprogramm bezogene, verbindlich zugesagte Reformmaßnahmen mit der Rückerstattung von den SMP- und ANFA-Gewinnen entsprechenden Beträgen verknüpft werden, wie auch mit der Abschaffung der gestaffelten Zinsmarge bis 2022. In diesem Zusammenhang hat die griechische Regierung die im Anhang aufgeführten, konkreten Reform-Maßnahmen verbindlich zugesagt, um die im Rahmen des ESM-Anpassungsprogramms begonnenen, zentralen Strukturreformen (einschließlich verbindlicher Zusagen zum Abschluss von Maßnahmen, für deren Durchführung die Regierung nicht vollumfänglich zuständig ist) termingerecht zum Abschluss zu bringen, und hat grundsätzlich verbindlich zugesagt, die Umsetzung aller gemäß dem ESM-Anpassungsprogramm verabschiedeten zentralen Reformen fortzusetzen.

Die Eurogruppe begrüßt die Absicht der Europäischen Kommission, in den kommenden Wochen das Verfahren für eine verstärkte Überwachung einzuleiten, und begrüßt ebenfalls die von der griechischen Regierung für diesen Ansatz zugesagte Unterstützung. Die im Rahmen der verstärkten Überwachung zu erstellenden Quartalsberichte werden eine stärkere Kontrolle der wirtschaftlichen und finanziellen Situation sowie der Haushaltslage ermöglichen, ebenso wie eine stärkere Kontrolle der verbindlich für die Zeit nach dem Anpassungsprogramm zugesagten Maßnahmen; darüber hinaus werden sie der Eurogruppe als Grundlage für die Vereinbarung der Rückerstattung von den SMP- und ANFA-Gewinnen entsprechenden Beträgen und der Streichung der gestaffelten Zinsmarge auf die EFSF-Mittel dienen.

ELSTAT/CoEx:

Wir haben daran erinnert, dass die gegen die Mitglieder des Expertenkomitees (CoEx) von TAIPED anhängigen Gerichtsverfahren Anlass zu größter Sorge bieten, und bestätigen erneut unser volles Vertrauen in die von den Experten geleistete Arbeit, wie dies auch vom griechischen Rechnungshof bestätigt wurde. Mit Bedenken werden auch die gegen den ehemaligen Präsidenten und gegen leitende Mitarbeiter von ELSTAT angestregten Verfahren gesehen, insbesondere soweit diese die vorgebliche Verfälschung von Haushaltsdaten betreffen. Die Eurogruppe vertraut nach wie vor voll und ganz darauf, dass die von Eurostat validierten, seit 2010 von ELSTAT übermittelten Daten einschließlich des

22. Juni 2018

Saldos des gesamtstaatlichen Haushaltsergebnisses für 2009 den in allen Mitgliedstaaten angewandten Vorschriften entsprechen. Die Eurogruppe beauftragt die Institutionen, unter vollumfänglicher Respektierung der Unabhängigkeit der Justiz, die Entwicklungen in diesen Angelegenheiten sowie die von der griechischen Regierung ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen, beispielsweise zur Stärkung der Unabhängigkeit von ELSTAT, weiterhin zu überwachen, einschließlich der etwaig erforderlich werdenden Gesetzgebungsverfahren, und diesbezüglich der Eurogruppe im Zusammenhang mit der Überwachung während der Zeit nach dem Anpassungsprogramm Bericht zu erstatten.

Auszahlung und Liquiditätspuffer

Vorbehaltlich des Abschlusses der nationalen Verfahren werden die ESM-Leitungsgremien voraussichtlich die Auszahlung der fünften und abschließenden Tranche des ESM-Programms in Höhe von 15 Mrd. EUR genehmigen. Von diesem Gesamtbetrag werden 5,5 Mrd. EUR auf das Sonderkonto zur Nutzung im Rahmen des Schuldendienstes überwiesen und 9,5 Mrd. EUR werden auf ein für den Aufbau des Liquiditätspuffers vorgesehenes Konto überwiesen; dieser Betrag kann erforderlichenfalls für den Schuldendienst genutzt werden. Ein solches Konto wird angemessenen Sicherungsmaßnahmen unterliegen und jegliche mögliche, zukünftige Nutzung der darauf gutgeschriebenen Mittel für eine effiziente Schuldenverwaltung ist von der griechischen Regierung mit dem ESM / den europäischen Institutionen zu vereinbaren. Insgesamt wird Griechenland aus dem Anpassungsprogramm mit einem ansehnlichen Liquiditätspuffer von 24,1 Mrd. EUR hervorgehen, der den staatlichen Finanzbedarf für ungefähr 22 Monate nach dem Ende des Anpassungsprogramms im August 2018 deckt, womit ein bedeutsamer Auffangmechanismus für jegliche Risiken gesichert ist.

Beteiligung des IWF

Die IWF-Leitung hat die erfolgreiche Umsetzung des ESM-Anpassungsprogramms und die heute durch die Mitgliedstaaten vorgenommene weitere Spezifizierung der Schuldenmaßnahmen begrüßt. Obwohl die Bereitschaftskredit-Vereinbarung des Fonds (Stand-By Arrangement, SBA) nicht mehr genutzt werden kann, bestätigte der IWF, dass er weiterhin, im Rahmen der Überwachung nach dem Anpassungsprogramm, gemeinsam mit den europäischen Institutionen in Griechenland eingebunden sein wird.

22. Juni 2018

Schließlich haben wir erneut unsere verbindliche Zusage bestätigt, Griechenland weiterhin bei den Reform-Anstrengungen und bei der Rückkehr auf den Weg des nachhaltigen Wachstums zu unterstützen.

22. Juni 2018

Konkrete verbindliche Zusicherungen, mit denen die Kontinuität und der Abschluss der im ESM-Anpassungsprogramm beschlossenen Reformen gewährleistet wird

1: Haushaltsreformen und haushaltspolitische Strukturreformen. Griechenland wird vollumfänglich die geleistete, verbindliche Zusage einhalten, dafür Sorge zu tragen, dass der **Jahreshaushalt** mittelfristig einen Primärüberschuss in Höhe von 3,5% des BIP erzielt und dabei die Ziele der zentralen, gemäß dem ESM-Anpassungsprogramm verabschiedeten Reformen einhält. Zu diesem Zweck wird Griechenland die vollumfängliche Aufrechnung und Beitreibung der Rückforderung für das jeweils vorausgegangene Kalenderjahr bis zum Juni eines Jahres abschließen. In **steuerpolitischer Hinsicht** wird Griechenland bis Mitte 2019 und Mitte 2020 landesweite Bewertungen des grundbesitzsteuerlichen Werts auf der Grundlage des Marktwerts durchführen und die grundbesitzsteuerlichen Werte für die Immobiliensteuer ENFIA und sonstige Steuern bis Mitte 2020 vollumfänglich dahingehend anpassen, dass sie den Marktwerten entsprechen. Im Hinblick auf die **Steuerverwaltung** wird Griechenland die vereinbarte Anzahl von dauerhaft beschäftigten Mitarbeitern bei der unabhängigen Behörde für öffentliche Einnahmen (IAPR) von 12.000 Mitarbeitern bis Ende 2018, 12.500 bis Ende 2019 und 13.322 bis Mitte 2021 erreichen; zu diesem Zeitpunkt werden die ganzheitlichen IT-gestützten Steuererhebungssysteme auch vollumfänglich funktionsfähig sein. Griechenland wird weiterhin im Bereich des **öffentlichen Finanzwesens** Reformen umsetzen und die Anhäufung neuer Zahlungsrückstände vermeiden; bis Mitte 2019 wird Griechenland die Umsetzung der vom griechischen Rechnungshof benannten Reformen abschließen. Darüber hinaus sichert Griechenland verbindlich zu, die Liquiditäts-Überwachung und -Prognose für das Kontensystem für den gesamtstaatlichen Haushalt (Ende 2019) abzuschließen, die Kontendarstellung für die Zentralverwaltung durch Umsetzung der Haushaltsgliederungsstruktur nach Mitteln und Funktionen im Staatshaushalt für 2021 (Mitte 2021) zum Abschluss zu bringen und diese Reform auch auf gesamtstaatliche Körperschaften auszudehnen (Mitte 2022).

2: Sozialhilfe. Griechenland wird seine Anstrengungen zur Modernisierung des Sozialhilfesystems fortsetzen und dabei die von den SRSS bereitgestellte fachliche Unterstützung nutzen. Die Einrichtung der einheitlichen **Rentenversicherung** EFKA wird bis Mitte 2020 abgeschlossen sein. Im Rahmen der von der griechischen Regierung verfolgten Strategie zur Modernisierung des **Gesundheitsversorgungssystems** wird Griechenland dafür Sorge tragen, dass ein primäres Gesundheitsnetzwerk eingerichtet wird, insbesondere indem bis Ende 2018 mindestens 120 TOMYs (Einrichtungen der primären Gesundheitsversorgung) eröffnet werden; die Gesamtheit aller 240 TOMYs wird bis Mitte 2020 eröffnet. Die für das zentrale Beschaffungswesen verantwortliche Hauptverwaltung (EKAPY) wird bis Ende 2018 eingerichtet; Ziel ist, dass diese bis Mitte 2020 einen Anteil von 30 % der über die zentrale Beschaffung getätigten Ausgaben an den Gesamtausgaben der Krankenhäuser erreicht und 40 % bis Mitte 2022. Griechenland wird die im Rahmen des Anpassungsprogramms begonnene Reform der **sozialen Sicherungssysteme** abschließen; zu diesem Zweck wird Griechenland das neue Verfahren zur Einstufung der Erwerbsunfähigkeit, basierend sowohl auf einer medizinischen als auch auf einer funktionalen Einschätzung, für alle Erwerbsunfähigkeitsleistungen bis Mitte 2019 anwenden, das System der Bezuschussung von Fahrscheinen für den öffentlichen Nahverkehr bis Ende 2019 überprüfen und die Einführung aller drei Säulen des garantierten Mindesteinkommens (Social Solidarity Income – SSI) bis Ende 2019 abschließen.

3: Finanzstabilität. Griechenland wird die Reformen fortsetzen, die auf die Wiederherstellung der Gesundheit des Bankensystems abzielen, einschließlich der Bemühungen zur **Abwicklung notleidender Kredite** durch die Sicherstellung der fortdauernden Wirksamkeit des maßgeblichen rechtlichen Rahmenwerks (m.a.W. Privat- und Unternehmensinsolvenz, außergerichtliche Abwicklung, Veräußerung notleidender Kredite, E-Auktionen) und einschließlich der Ergreifung aller für diesen Zweck erforderlichen Maßnahmen. Griechenland wird den umfassenden Maßnahmenplan zu Privatinsolvenzen umsetzen, mit dem Ziel, bis Ende 2021 den diesbezüglichen Bearbeitungsrückstand aufzuarbeiten, einschließlich der Bearbeitung von anhängigen Insolvenzanträgen. Ab Ende 2018 werden Richtern einschlägige Finanzschulungen angeboten. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Dreijahres-Maßnahmenplans für die Justiz werden die Phasen I und II der Einrichtung von E-Justice-Anwendungen in Gerichten (OSDDY-PP) bis Ende 2018 bzw. Mitte 2020 abgeschlossen und die elektronische Einreichung von rechtlichen Unterlagen wird in sämtlichen Gerichten bis Ende 2019, nach Abschluss der Ausschreibung Mitte 2019, umgesetzt. Bis Ende 2018 wird der griechische Finanzstabilitätsfonds **HFSF** eine Exit-Strategie für den Verkauf seiner Beteiligungen an systemrelevanten Banken entwickeln und das Mandat des

22. Juni 2018

Auswahlausschusses des HFSF wird mit dem Mandat des HFSF in Einklang gebracht; die Unabhängigkeit des HFSF wird dabei vollumfänglich respektiert und er wird nach wie vor unter kaufmännischen Bedingungen geführt, ohne dass es dabei zu politischen oder sonstigen Eingriffen kommt. Eine Entscheidung über die Abwicklung des HFSF oder über die Verlängerung seines Mandats erfolgt bis Mitte 2022. Griechenland wird die Lockerung der **Kapitalverkehrskontrollen** entsprechend dem veröffentlichten Maßnahmenplan fortsetzen.

4: Arbeitsmarkt und Produktmarkt. Hinsichtlich des **Arbeitsmarkts** wird Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit durch eine jährliche Anpassung des Mindestlohns entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes 4172/2012 gewährleisten. Die Umsetzung des Maßnahmenplans zu Schwarzarbeit wird bis Ende 2019 abgeschlossen. Griechenland wird die Reform der **Verfahren zur Genehmigung von Investitionen** fortsetzen und wird zu diesem Zweck alle diesbezüglichen, Genehmigungen regelnde Rechtsvorschriften verabschieden (Ende 2018), wird die Rechtsvorschriften zu Kontrollen abschließend bearbeiten (Mitte 2020), die Klassifikation von Belästigungen überarbeiten (Mitte 2021), die Vereinfachung der Verfahren zur Genehmigung von Investitionen in den vereinbarten verbleibenden Bereichen abschließend bearbeiten (Mitte 2020) und die maßgeblichen IKT-Systeme vollumfänglich einsetzen (Ende 2019). Griechenland wird das Projekt „**Kataster**“ durch Ratifizierung der vollständigen katastermäßigen Erfassung und der Waldkarten bis Mitte 2021 abschließen, und wird als Zwischenschritte die Erstellung der verbleibenden Waldkarten bis Mitte 2019 fertigstellen und das Katasteramt vollumfänglich einrichten; bis Mitte 2020 wird Griechenland 45 % der katastermäßigen Erfassung abgeschlossen haben. Im Hinblick auf den Abschluss der Reformen im **Energiesektor** wird die vereinbarte Veräußerung der Braunkohlekapazitäten von Public Power Corporation (PPC) bis Ende 2018 abgeschlossen. Das Zielmodell wird bis Mitte 2019 vollumfänglich eingeführt sein, während die im Rahmen der gemeinsamen Bewertung des Systems für NOME-Auktionen vereinbarten Maßnahmen bis Ende 2019 umgesetzt werden.

5. HCAP und Privatisierung. Der Vermögensentwicklungsplan (ADP) und der Strategieplan des Privatisierungs- und Investmentfonds „Hellenic Corporation of Assets and Participations“ (HCAP) wird fortlaufend umgesetzt. Um zur Unterstützung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung rasch Anreize für Investitionen zu bieten, bestätigt Griechenland die Absicht, die folgenden Transaktionen abzuschließen: bezüglich der Konzession des Internationalen Flughafens Athen (AIA), des ehemaligen Flughafen von Athen Hellinikon und des Hochdruckgasnetzes DESFA (Ende 2018); bezüglich des Ölkonzerns HELPE (einschließlich der Übertragung der verbleibenden Anteile an HCAP) und des Yachthafens von Alimos (Mitte 2019); bezüglich der Autobahn Egnatia, des Gaskonzerns DEPA, der Anteile am AIA, der Wasserwerke von Athen EYDAP, der Wasserwerke von Thessaloniki EYATH und der regionalen Häfen Alexandroupoli und Kavala (Ende 2019); bezüglich des Verkaufs oder der sonstigen Monetarisierung von Anteilen an der PPC, am DEPA-Netz, an den regionalen Häfen von Igoumenitsa und Kerkyra, und an der unterirdischen Erdgasspeicherung in Kavala (Mitte 2021) sowie an einer Reihe von weiteren regionalen Häfen; dies jeweils auf der Grundlage der Empfehlungen der Berater von TAIPED und entsprechend dem zwischen der Regierung und TAIPED vereinbarten Verfahren (Mitte 2022). Die Übertragung der Olympiahalle OAKA an HCAP und die Umstrukturierung des Immobilienfonds ETAD wird bis Ende 2018 abgeschlossen und die Überprüfung / Ersetzung aller Vorstände staatseigener Unternehmen Mitte 2019.

6. Öffentliche Verwaltung. Die Reformen zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung werden weiter umgesetzt. Im Rahmen dieser Bemühungen wird Griechenland die Reformen zur **Modernisierung der Personalverwaltung im öffentlichen Sektor** zum Abschluss bringen, insbesondere die Ernennung von Verwaltungsgeneralsekretären und allen Abteilungsleitern gemäß dem Gesetz 4369/2016 bis Ende 2018 und die unabhängige Bewertung dieses Verfahrens einschließlich Folgemaßnahmen (Mitte 2019), wird bis Mitte 2019 den dritten Mobilitätszyklus und Leistungsbeurteilungen durchführen und das integrierte Personalverwaltungssystem (digitales Organigramm für alle öffentlichen Körperschaften und Verbindung zur zentralen Zahlstelle) bis Ende 2019. Zur Verbesserung der Rechtssicherheit und zur Ermöglichung des Zugangs zum Rechtssystem für Bürger durch **die Kodifizierung der Rechtsvorschriften** werden das Arbeitsgesetzbuch und der Kodex verwaltungsrechtlicher Bestimmungen zum Arbeitsmarkt bis Mitte 2020 verabschiedet; das nationale Portal für die Kodifizierung und Reform der griechischen Gesetzgebung wird bis Mitte 2022 fertiggestellt. Griechenland wird bis Mitte 2021 alle Empfehlungen der GRECO (Groupe d'Etats contre la Corruption) im Zusammenhang mit der Umsetzung der nationalen griechischen Gesamt-Maßnahmen zur **Bekämpfung von Korruption** umsetzen.

Supplemental Memorandum of Understanding

Fourth Review of the ESM Programme

DRAFT – 20 June 2018

1. Outlook and strategy

In July 2015, Greece requested support from its European partners to restore sustainable growth, create jobs, reduce inequalities, and address the risks to its own financial stability and to that of the euro area. In August 2015, the Hellenic Republic concluded an agreement for stability support in the form of a loan from the European Stability Mechanism for an availability period of three years. In accordance with Article 13(3) of the ESM Treaty, a Memorandum of Understanding was signed which details the conditionality attached to the financial assistance facility covering the period 2015-18. The conditionality is updated regularly, taking into account the progress in reforms achieved over the previous months. In each review the specific policy measures and other instruments to achieve these broad objectives outlined here are fully specified in detail and timeline. This update reflects the agreement among the ESM, the European Commission acting on its behalf, and the authorities upon conclusion of the fourth review of the ESM programme.

Success requires ownership of the reform agenda by the Greek authorities. The government therefore stands ready to take any measures that may become appropriate for this purpose as circumstances change. The government commits to consult and agree with the European Commission, the European Central Bank and the International Monetary Fund on all actions relevant for the achievement of the objectives of the Memorandum of Understanding before these are finalized and legally adopted.

The recovery strategy takes into account the need for social justice and fairness, both across and within generations. Fiscal constraints have imposed hard choices, and it is therefore important that the burden of adjustment is borne by all parts of society and taking into account the ability to pay. Priority has been placed on actions to tackle tax evasion, fraud and strategic defaults, as these impose a burden on the honest citizens and companies who pay their taxes and loans on time. Product market reforms seek to eliminate the rents accruing to vested interest groups as the associated higher prices undermine the disposable income of consumers and the competitiveness of companies. The pension reform takes into account that existing pensioners find it more difficult to compensate for income losses and it has applied cuts progressively, based on the level of pensions. To get people back to work and prevent the entrenching of long-term unemployment, the authorities have accelerated the absorption of ESIF funds and are working to ensure an effective impact on the economy, both in the short and the long run. A fairer society requires that Greece continues to improve the design of its welfare system, so that there is a genuine social safety net which targets scarce resources at those who need them most. In this context, the authorities have taken measures to provide access to health care for all (including the uninsured) and rolled out nationally a basic social safety net in the form of a Social Solidarity Income (SSI) in early 2017.

Implementation of the reform agenda provides the basis for a sustainable recovery, and the policies are built around four pillars:

- Restoring fiscal sustainability (section 2): Greece will target a medium-term primary surplus of 3.5 percent of GDP. This is supported by an ambitious programme to strengthen tax compliance and public financial management, and fight tax evasion, while ensuring adequate protection of vulnerable groups, including through the Independent Agency for Public Revenues (IAPR).
- Safeguarding financial stability (section 3): Further efforts are needed to tackle the large stock of Non-Performing Loans (NPLs). This requires in particular the effective implementation of the strengthened framework to support NPL resolution (market for NPLs, out-of-court workout (OCW), e-auctions, insolvency framework). Banks and the public sector need to speed up the restructuring of debts and the liquidation of non-viable businesses to support the recovery of the economy along with the gradual phasing out of capital controls.
- Growth, competitiveness and investment (section 4): Greece will continue to design and implement a wide range of structural reforms that not only ensure full compliance with EU requirements, but which also aim at achieving European best practices. The authorities will continue to implement an ambitious privatisation programme, and the independent Privatisation and Investment Fund (HCAP) has been established supporting a more efficient monetisation of valuable State assets..
- A modern State and public administration (section 5): Particular attention is being paid to the implementation of reforms to increase the quality and efficiency of the public sector in the delivery of essential public goods and services. Measures will be carried forward to enhance the efficiency and improve the capacity of the judicial system and to upgrade the fight against corruption. Reforms include strengthening the institutional and operational independence and effectiveness of key institutions and agencies such as the statistics institute (ELSTAT), the Hellenic Competition Commission and other regulatory agencies.

Technical support

The success of recovery will require the sustained implementation of agreed policies over many years - which necessitates the political commitment, but also the technical capacity of the Greek administration to deliver - and to this end the authorities have committed to make full use of the available technical support. Technical support on the European side is coordinated by the Structural Reform Support Service (SRSS) of the European Commission. Technical support is already in place for some key reform commitments, including on tax policy and Public Financial Management (PFM), the reform of the custom and tax administrations, the review of regulatory barriers to competition, licensing simplification and doing business reforms, the social welfare review, the national roll-out of the Guaranteed Minimum Income (GMI), the consolidation of pension funds into one single fund, the fight against corruption, the implementation of the Greek energy policy objectives, the reform of the Greek health programme, the modernisation of the judicial system and the administrative reform. In October 2015, the Greek authorities and the European Commission finalised a medium-term technical support plan in line with the MoU signed in August 2015. In December 2015, the Greek authorities informed the Commission that they would allocate EUR 30 million to technical support projects in the areas of PFM and privatization; economic development and procurement; justice and anti-corruption; public administration reform at both central and local level; labour, employment and social protection (including health and education). The transport sector and other sectors such as

tourism, energy, waste and water are also addressed. In July 2017, the Commission agreed with the Greek authorities on a complementary plan aligning the framework to the newly established Structural Reform Support Programme (SRSP) for the period 2017-2020. This complementary plan defined technical support projects with a value of EUR 2.9 million for SRSP 2017 and EUR 2 million for SRSP2 2018. The support projects funded are aligned with previous technical support requests (that they deepen and / or complement) and with the MoU, including this update. Moreover, the Greek authorities have activated Article 11 of the SRSP on January 30 for EUR 20 million to continue in the coming years technical support for ongoing projects where the reform has still not yet been completed and for new technical support needs that may arise from the Growth Strategy.

Growth strategy

Greece needs to build upon the agreed recovery strategy and pursue a genuine growth agenda which is Greek-owned and Greek-led and fully uses available resources, including those provided by the EU. This should take into account the reforms included in this SMOU, relevant European Union initiatives, the Partnership Agreement of the implementation of the National Strategic Reference Framework (NSRF) and other best practices. Greece must benefit fully from the substantial means available from the EU budget and the European Investment Bank (EIB) to support investment and reform efforts. For the period 2007-2013, Greece was eligible for EUR 38 billion in grants from EU policies, and should ensure that all projects funded under that financing envelope are completed as planned according to the EU regulations. For the 2014-2020 period, more than EUR 35 billion is available to Greece through EU funds and Greece should continue in its effort to maximise and speed up absorption of this envelope. The European Commission's Investment Plan for Europe and the EBRD will provide additional sources of investment, as well as technical help for public and private investors to identify, promote and develop high-quality and feasible projects to fund, and the Greek authorities and operators should make full use of this opportunity.

The Greek authorities have presented a draft Growth Strategy to the Eurogroup on 27 April 2018, which sets out key priorities in the areas of ensuring fiscal sustainability, strengthening the business environment, wage setting framework, ensuring effective functioning of network industries and management of state assets, fostering fair and inclusive growth, and strengthening the financing of growth (financial instruments, development bank, reduction of non-performing loans). It also aims at designing sectorial priorities in areas such as transport and logistics, energy, circular economy, agri-food, manufacturing, shipping, pharmaceutical sector, health and environment, tourism and culture. The Growth Strategy builds upon reforms agreed under the programme as well as existing medium-term action plans in key areas. The authorities will consult social partners and other stakeholders in finalising the growth strategy. Where the draft growth strategy remains general in scope, the authorities will use it as a basis for further elaborating and operationalising concrete policy measures, so as to enhance its traction and credibility. The authorities will implement the Strategy with the assistance of a Scientific Development Council including social partners and sectoral business organisations as well as an Advisory Panel of foreign investors.

End-November 2017, the authorities presented a concept paper aimed at establishing a National Development Bank that will coordinate the implementation of development and promotional activities, in line with the Eurogroup statement of 15 June 2017. The new entity will not accept deposits from the public nor engage in direct lending. The new entity's

functions, final structure and by-laws will reflect in-depth consultation and agreement with the institutions and will be designed to ensure no risks to public finances and financial stability; its objectives, instruments and governance will be established in line with international best practice and with the benefit of technical support.

2. Delivering sustainable public finances that support growth and jobs

2.1 Fiscal policy

The general government primary balance in programme terms reached 4.2% of GDP in 2017, significantly outperforming the programme target for three consecutive years. The outturn of 2017 was supported by a large amount of measures, in particular the 2016 pension reform and the reform of indirect taxation, while the yield from the PIT reform was below expectations. An additional boost was provided by sizeable payments of tax arrears through the Voluntary Disclosure Initiative and through social contributions, while most of the over-performance was however accounted for by lower-than-expected spending, in particular on investment.

The Greek authorities commit to ensuring sustainable public finances by pursuing the fiscal path agreed in August 2015 that is based on a **primary surplus target of 3.5 percent of GDP in 2018**. The primary surplus target of 3.5% of GDP will be maintained over the medium term until 2022.

The government as a **prior action** will adopt the Medium-Term Fiscal Strategy (MTFS) 2019-22 that will set spending ceilings consistent with ESM programme targets and a primary surplus of 3.5% of GDP for 2019-2022.

The Greek government will monitor fiscal risks, including existing and future court rulings, and will take offsetting measures as needed to meet the medium-term fiscal targets in the context of the Medium-term Fiscal Strategy and in its annual updates.

The authorities have pre-legislated a fiscal package in June 2017 in support of rebalancing the budget toward more growth-friendly and distributionally just policies. Specifically, the package contains the following elements:

- a pension reform, to be implemented in 2019, delivering net savings of 1% of GDP in 2019-2022 and a personal income tax reform to be implemented in 2020 and delivering net savings of 1% of GDP in 2020, 2021 and 2022 (see TMU Section L);
- a growth-enhancing tax package matching in net terms the yield from the personal income tax reform encompassing (i) a reduction in PIT rates and the solidarity surcharge with a medium-term fiscal impact of 0.8% of GDP; (ii) a reduction in CIT rates with a medium-term fiscal impact of 0.1% of GDP, and (iii) a reduction in property tax (ENFIA) with an impact of 0.1% of GDP (see TMU Section L);
- a targeted spending package matching in net terms the yield from the pension reform composed of an increase in (i) spending on targeted welfare benefits (housing allowance; child benefits; school meals; nursery/pre-school education; means-tested reduction in health co-payments) by 0.7% of GDP, (ii) high-quality public infrastructure investment by 0.15% of GDP, and (iii) active labour market policies by 0.15% of GDP (see TMU Section L). To the extent that elements of the social welfare package have been advanced to 2018, the use of available fiscal space will be specified in agreement with the institutions.

The authorities, as a **prior action**, will bring forward the implementation of the personal income tax measures to 2019 if the IMF, in cooperation with the European institutions and the Greek authorities, in the context of the final programme review, considers that, based on a transparent forward looking assessment, a frontloaded implementation is needed in order to reach the agreed 3.5% primary surplus fiscal target in 2019, which should be reached without growth-detrimental measures, and if needed will adopt legislation, in agreement with the institutions, to ensure the exact achievement of the fiscal target, in a manner that is positive for growth. In addition and based on an assessment and agreement by all institutions and in consultation with the Greek authorities, following a transparent process, the authorities will adopt the necessary secondary legislation for the implementation of the expansionary package starting in 2019. The amount to be implemented will be in line with the institutions' projected over-performance relative to the agreed medium-term targets – on the assumption that the contractionary measures will have already been built into the baseline scenario – in order to ensure the achievement of the targets.

2.2 Tax policy reforms

The authorities will as a **prior action**: (a) review preferential tax treatments for the shipping industry in the light of the indications of the European Commission; (b) undertake a technical review of the ITC provisions after its 3-year application, identifying problems and loopholes and proposing amendments with the objective of clarifying and ameliorating its application and eliminating conflicting provisions, (c) reform the business tax incentives for employment, environmental protection, and the production of audio-visual work in agreement with the institutions; (d) codify and simplify the VAT legislation, aligning it with the TPC and eliminating outstanding loopholes and (e) review the TPC interest regime and (f) the authorities have amended the Code of Public Revenue Collection to provide for the extension of the e-auctions mechanism to auctions conducted by the revenue authorities under the Code of Public Revenue Collection under its provisions.

By June 2018, the authorities will (a) review the Stamp duty code with the aim of modernising and simplifying the Stamp duty regime by taking into account the modern business environment; (b) review of the imputed income system of ITC and legislate if change needed.

In parallel with the review by the Ministry of Justice, the IAPR will review the effectiveness of the application of the KEDE for auctions and e-auctions; and, if needed, adopt legal or procedural amendments (**prior action**).

As a **prior action**, (i) the authorities with the aid of technical support will align property tax assessment zonal values with market prices, through legislation if needed and will issue legislation for a permanent unit dedicated to property revaluation; (ii) the authorities will legislate to adjust tax rates and broaden the property tax base if necessary in a revenue neutral way in order to issue ENFIA bills by August 2018. By July 2018, the authorities with technical support will (i) develop plans for the permanent IT system for property revaluation and will identify the required budget and (ii) establish the property evaluation unit within the Ministry of Finance organigramme.

The authorities will review the implementation of the capital gains tax on real estate and adopt legislation if needed by May 2018.

The authorities will ensure that the VAT discount on the remaining islands is eliminated by end-June 2018 (**prior action**).

2.3. Public revenue reforms

Revenue collection has been hampered by complicated legislation, poor administration reflected by chronically weak enforcement, political interference and generous amnesties. To break from this practice and build a responsible tax and social security payment culture, the government firmly commits to take strong actions to ensure the independence of the revenue services and improve compliance and collection.

The authorities will continue to improve operations as measured by key performance indicators (KPIs) (see TMU Section H and I). The authorities will continue the reforms improving public revenue administration in agreement with the institutions, and taking into account recommendations of technical support.

The Independent Authority of Public Revenue

The authorities will take the necessary measures to ensure an effective functioning of the Independent Authority of Public Revenue (IAPR). In this respect, the authorities will, taking into account the experience gained since the January 2017 inception of the Management board, take any necessary measures for improvement by June 2018 taking into account as necessary technical support suggestions..

The authorities will undertake an assessment of the experience with the 2017 performance contract of the Head of the Agency together with the institutions in May 2018 (see TMU Section R).

With the help of technical support, the IAPR has produced the Human Resources policy paper for the agency staff, in terms of grading, assessment, promotion and remuneration. The authorities will pass primary and/or secondary legislation as appropriate on the grading of staff and will initially allocate staff to appropriate grades by June 2018. The authorities will pass primary and/or secondary legislation as appropriate for remuneration and on the individual assessment of staff by July 2018. A specific appropriation will be agreed in May 2018 for the implementation of the new remuneration system.

The IAPR will be given a specific budget envelope, within General Secretariat of Information Systems (GSIS) budget line, for central IT hardware and systemic software (see TMU Section S). The IAPR will define the priorities within this envelope. The GSIS will provide the hardware and systemic software as service provider on the basis of agreed costs. The framework and level of budget envelope within GSIS budget line will be agreed by May 2018.

The authorities will ensure that the tax and customs academy is fully in place by June 2018.

The authorities will (**prior action**) proceed with the following hiring plan for 2017 – 2018, as agreed with the one-off injection of resources through the Supreme Council for Civil Personnel Selection (ASEP) (see TMU Section T):

- starting the process for hiring through ASEP 728 staff, including 28 IT staff
- implementing an attrition rule 1:1 (i.e. one entry for one exit) for 2018 and going forward,
- applicants through the mobility schemes: IAPR has the capacity to screen staff coming from the 1997 ASEP recruitment and from the mobility scheme if they do not meet the qualification requirements corresponding to the IAPR needs and decided by IAPR.
- After IAPR concludes the screening of applicants through the mobility scheme, 60% of the remaining vacant positions will be covered by recruitments in 2018 and 40% in

early 2019, with a maximum threshold of 900 people. The decisions on the 2018 and 2019 recruitments will be taken and the hiring process will be launched.

IAPR makes the final decision on staff to be transferred to it. For the ASEP recruitments, in order to limit delays, a reserve list system will be created by May 2018 and ASEP will schedule its recruitment process to ensure that the reserve list contains sufficient candidates for a year of future recruitment.

With a view to reinforce fight against corruption, the authorities will proceed with a yearly publication of disciplinary proceedings and infringements.

Finally, the authorities will provide the institutions with regular updates on the activities of the IAPR including :

- monthly updates on the budget execution, and on the situation of staffing and actual hiring of the Authority;
- the semi-annual updates of the service-level agreement implementing corrective actions where needed.

Improving compliance

To further improve compliance, the government will pursue, and will quarterly report to the institutions on the progress of the implementation of the action plan for the promotion and facilitation of the use of electronic payments (through both transfers and cards) and the reduction in the use of cash and cheques: in 2018 this should take place in April and July. The authorities will update regularly the action plan, and in 2018 do so by the month of May.

The authorities will fully implement the operational roadmap to improve compliance, according to its timeline.

The authorities will procure or lease the risk-assessment software allowing substantially increased detection of carousel fraud to be used as from May 2018.

The authorities will commit not to provide any filing extension and to put in place in time the necessary information campaign to encourage taxpayers to fulfil their declarative obligations by due date (continuous action).

Improving the fight against tax evasion

The authorities will implement the new system of organisation of fight against financial crime between Justice and IAPR. The previously received pending orders not in their final stage of audit will be transferred back to the prosecutors as a **prior action** (see TMU Section U).

The authorities will adopt legislation establishing a central registry of beneficial ownership information of legal persons to ensure public authorities access to adequate, accurate and current information in line with the Financial Action Task Force standard by May 2018.

The authorities will address the problem of base erosion, and propose by May 2018 an action plan which will use risk assessment measures to identify for priority audit Greek taxpayers engaged in profit shifting through manipulation of transfer pricing or avoidance of Permanent Establishment status.

In order to reduce unnecessary litigations the authorities will reinforce the dispute resolution unit by providing it by May 2018 with a case management system.

Improving public revenue collection and debt management

To improve the collection of tax debt the authorities will fully implement the agreed national collection strategy. This will include:

- i. following the completion as **prior action** of a key procedural step as specified in the TMU (Section V), the pursuit of the procurement of the software allowing for further automation of the debt collection, embracing notably fully automatized garnishment procedure.
- ii. if needed, the possible amendment of the legislation establishing clear criteria of non-collectability to enable the write-off of tax claims, to be implemented by May 2018,
- iii. review and amend, if necessary, of the statute of limitation for collection to ensure an adequate ceiling on the total number of years that collection of a tax claim can be enforced, by May 2018,
- iv. a study on the possibility to introduce a system of regular monthly payment by automated electronic means for the taxes paid by individual taxpayers, to be completed by May 2018,
- v. publication of the yearly update of the list of large tax debtors with the next publication due in March 2019 (see TMU Section X),
- vi. commitments to review and amend if necessary the TPC framework relative to actions to regularly revert against persons who are jointly and severally liable for the liabilities of legal persons by May 2018,
- vii. the commitment, necessary to improve payment compliance, not to introduce new instalment or other amnesty or settlement schemes nor extend existing schemes and to take immediate enforcement action regarding debtors who fail to pay their instalments or current obligations on time (continuous action).

After the first phase of the triage of the large debtors on the basis of the analysis of economic and financial data determining their viability (see TMU Section W), starting by the debtors of the Large Debtor Unit (LDU) and of the Single Collection Centre for Social Security Contribution Debt (KEAO), and in the framework of the second phase of the triage the LDU and the KEAO will finalize a report classifying large debtors and proposing solutions by May 2018. The report will also include timelines and specific KPIs.

The authorities will produce, by May 2018, a policy paper on the ways and means to curb the regular increase in public tax debt.

Fight smuggling and improve customs efficiency

The authorities will implement the anti-smuggling strategy for excisable products according to its timeline. They will report progress on a quarterly basis (see TMU Section Y). The anti-smuggling strategy implementation will include the fight against fuel smuggling and the full and timely implementation of the joint ministerial decision taken to combat fuel smuggling and its measures for locating storage tanks (fixed or mobile) and for installing the inflow-outflow system. The authorities will install and operationalize the Operational Coordination Centre against Excisable Product Smuggling. It has access to IT systems and a detailed business

plan has been agreed. The interoperable IT system will be up and running by May 2018. The centre will be fully staffed by October 2018. The authorities will also register equipment and licence warehousing, companies and individuals by December 2018. The authorities will implement the action plan for the procurement of an effective fuel marker system to be put in place for full scale application expected in May 2019.

The authorities will pass, if necessary, legislation as a **prior action** to reinforce domestic tobacco manufacturers' responsibility of their distributors by supply chain agreements (see TMU Section Z). The authorities will fully implement the customs reorganisation, with the mobile control units and regional centres fully financed and equipped, and to be fully staffed by December 2018. To improve customs efficiency the authorities, with the participation of public and private stakeholders, will implement in a timely manner the trade facilitation roadmap for the national single window including the streamlining of pre-customs procedures and will report quarterly on the implementation.

Centralise the collection of social security contributions into a single social security fund

With the scope of merging all contributions and debt collection into EFKA and KEAO, and in order to ensure full completion of the registration of all social-security-contribution debts in the single social-security-contribution debt database managed by KEAO, the authorities have set up a dedicated team to start clearing the paper cases and introduce the relevant information into KEAO database. As a **prior action** (see TMU Section AA),

- The dedicated team will produce a report about the cases that have been dealt with and, based on the number of the remaining cases to be checked, will propose a timeplan for completion of the integration into the KEAO debt database; and
- All social security contributors debt in all instalments schemes will be entirely transferred to KEAO.

To improve social security debt collection, the authorities will publish regularly the list of large debtors for social security debt at the same time as they publish the list of large tax debtors (see TMU Section X). The authorities will further improve the rules for quarantining and writing off debt in order to align them with rules applicable to tax debt, one month after the publication of the relevant rules for tax debt. They will also improve, if necessary, the framework in order to allow restructuring of public debt for viable businesses in distress. KEAO's business process will be reviewed and adapted by May 2018 (see TMU Section BB).

2.4 Public Financial Management and Public Procurement

2.4.1 Public financial management

The authorities commit to continuing reforms that aim at streamlining and improving the budget process and expenditure controls, clearing arrears, strengthening budget reporting and making cash management more effective.

The government is implementing a new Government Budget Classification structure and Chart of Accounts. The authorities commit to: (i) implement the Chart of Accounts for the economic and administrative classifications in the 2019 State budget and to (ii) complete the Chart of Accounts for central administration concerning the remaining segments. In detail,

the fund classification will be adopted for its implementation in the 2020 State budget and the functional classification in the 2021 State budget. The programme and project classifications will be introduced in line with the performance budgeting framework to be agreed with the technical support. The implementation of the new classifications will be also in view of supporting the cash management functions. The authorities will modify the presentation of the State Budget bulletin, t-report and MTFs to align with international statistical standards and the General Government monthly bulletin. The finalization of the Chart of Accounts for the general government will be done in consultation with the relevant stakeholders of the reform. Furthermore, the authorities commit to: (iii) set up an action plan for the implementation of the Chart of Accounts in the general government. These actions require adequate staff resources allocated to the reform in GAO. A pilot phase will be conducted ahead of the implementation of the Chart of Accounts in the 2019 State budget. The pilot phase will conduct a test exercise, the mapping of the Chart of Accounts to fiscal reporting in line with international standards and a parallel run of the old and new FMIS in at least one ministry. Moreover, the authorities commit to: (iv) amend the conflicting provision with reference to the sectoral Chart of Accounts (Article 40 of Law 4483/2017) to specify it is meant to be transitional pending the full implementation of the single Chart of Accounts for general government; (v) finalize the design of the integration of the Financial Management Information System (FMIS) and the new Chart of Accounts (**prior action**) so as to ensure the full use of the FMIS to support the implementation of the new Chart of Accounts in the 2019 State budget; and (vi) develop a programme of communication and training covering all the stakeholders.

The authorities will make sufficient progress in clearing arrears to the private sector by June 2018. With a view to fully clear the outstanding stock by the end of the programme, and the authorities will implement their arrears clearance plan taking also account of the disbursement plan under the ESM programme. The authorities will clear the outstanding stock of arrears, including overdue but unprocessed tax refund and pension claims by using own resources and designated programme financing. The authorities will continue producing detailed monthly reports on the arrears cleared and on outstanding gross and net arrears. In parallel to the arrears clearance programme, and without hampering or delaying it, the authorities will ensure that the assessment by the independent auditor will be completed by May 2018, covering the government accounts payable and the use of ESM programme funds from end-June 2016 up to end-December 2016. The assessment will check the accounts to verify proper use of the funds, identify the extent of structural problems and assess the optimality of the arrears clearance plan sequencing. Based on the recommendations of the final report presented to the authorities and the institutions, the authorities will take corrective actions to address structural shortcomings leading to the accumulation of new arrears (see TMU Section N) (**prior action**). The supervising Ministries will ensure the implementation of these actions by the concerned entities. The implementation will be assessed through the Hellenic Court of Auditors follow-up compliance audit in 2019 and monitored by GAO on an ongoing basis. The government will ensure that budgeted social security contributions are transferred from social security funds to health funds and hospitals evenly throughout the year so as to clear the stock of health sector-related arrears, in line with the KPI targets.

The authorities will provide all relevant information for the institutions to assess progress in the implementation of the Late Payment Directive and will continue to improve operations as measured by KPIs. In order to facilitate the clearance of hospitals' late payments the government will submit by May 2018 a roadmap on: i) the implementation of measures to make allocation of staff in financial departments more efficient, as well as improving their technical capability, ii) the roll out of the business intelligence system to improve the quality and quantity of data and for calculating average payment terms, and late payment amounts

(interests) on a monthly basis. The government will take appropriate measures to ensure that payments to suppliers of public and military hospitals arising from contracts signed after 15 February 2016 comply fully with Law 4152/2013, and will avoid taking legal or administrative measures or implementing practices that are not in conformity with it.

The government will continue the work on improving the fragmented cash management system transferring general government surplus reserves to the Bank of Greece accounts. The transfer is to be conducted in cooperation with the Bank of Greece and taking into account financial stability implications and operational needs of general government entities. The amounts to be transferred are to be determined in agreement with the institutions. Following the implementation of the cash management reform the authorities will close accordingly unused central government accounts in commercial banks and consolidate them in the Treasury Single Account (TSA). By May 2018, the authorities will prepare the new legislative framework defining the TSA and the timeline for the full integration of the general government accounts into it.

The authorities will fully implement the action plan to improve the management of state guarantees granted to individuals and enterprises for proven damages as a result of natural disasters or to private enterprises operating in geographical areas characterized by exceptionally low economic activity.

The Ministry of Finance will continue using the established ring-fenced account for the management of the EU Home Affairs Funds (AMIF/ISF). A bi-monthly detailed reporting of the activities of this account will be provided to DG Home of the European Commission.

The Greek government is committed to making the Fiscal Council fully operational by ensuring better coordination of information flows with relevant entities (e.g. ELSTAT and IAPR) through a memorandum of understanding or amending the relevant legislation if needed.

2.4.2 Public procurement

Greece has made significant progress in the area of public procurement to increase efficiency and transparency of the Greek public procurement system, prevent misconduct, and ensure more accountability and control. Further action is needed to complete the reforms in the area of public procurement.

In particular, the authorities will, as a **prior action**, appoint the remaining members of the Remedies Review Body and will complete the selection procedure and appoint its scientific and administrative personnel (as provided for in Article 357 of Law 4412/2016).

2.5 Sustainable social welfare

2.5.1 Pensions

The authorities have adopted a comprehensive reform of the pension system, to strengthen long-term sustainability while targeting savings of around 1 percent of GDP by 2018, mostly from the expenditure side, on top of the full absorption of the impact of the Council of State ruling on the pension measures of 2012, around 2 percent of GDP. To fully implement the new legislative provisions, the authorities:

- i. *Recalibrate pension benefits.* In order to achieve intra- and inter-generational equity and fully absorb the Council of State ruling, recalibrated all the existing pensions on the basis of the new parameters of the uniform pension rule applied to the pensionable earnings in current value, with the exception of OGA. For ETEA insured persons, accrued rights up to 2014 were recalculated with an accrual rate of 0.45, to align them to the current NDC system and taking into account higher contribution rates than those specified with the harmonised contribution rules. Lump-sum calculation will be revised to guarantee actuarial fairness.
- ii. The cross-check between digital records and paper documents for the individual recalculation of the pension benefit under the new uniform rules will be completed as a **prior action**.
- iii. As a **prior action**, the authorities will calculate and process all main pension applications of 2016 and 30% of main pensions applications submitted in 2017 and at least 13.800 of supplementary pension applications submitted from 1.1.2015 and 31.12.2016.
- iv. *Eliminate EKAS.* Phase out the solidarity grant (EKAS) for all pensioners by end-December 2019, reducing it by EUR 570 million by 2017; EUR 808 million by 2018; and EUR 853 million by 2019. The authorities will adopt as a **prior action** the Ministerial Decision setting all the details for the awarding of EKAS in 2019.
- v. *Benefits for past higher contributions.* Benefits should be provided in a fiscally neutral manner based only on accrual rates as defined in the primary law.
- vi. For the full implementation of the pension reform, the authorities have issued the Ministerial decisions of art. 70.2 of Law 4387/2016 and the Presidential Decree of art. 52 of the same law. The authorities will finalise and implement this Presidential Decree within one month after the opinion of the Council of State.

To complete the full merge of all insured persons and related data into the single pension fund EFKA:

- i. As a **prior action**, the incorporation of the public-sector pension scheme in EFKA, including transfers of relevant staff from the General Accounting Office, and any legal or administrative step required for the actual transfer of databases, software and IT infrastructure will be fully completed;
- ii. On 2 May 2018, Eurostat has published its official opinion on the classification of the journalists pension fund (EDOEAP) within the general government periphery. In light of this opinion, as a **prior action**, the authorities, within one month following the publication, will adopt the necessary measures (see TMU Section O) in consultation with the institutions and in compliance with the supreme court ruling (5/2002), including measures to ensure the full alignment to ETEAEP rules as defined in Articles 96 and 97 of law 4387/2016 and any other measure necessary to guarantee that no public funding of EDOEAP's deficit can occur. Additional revenues (if any) can only fund health care services offered by EDOEAP.
- iii. Automatic electronic records shall be created in EFKA also for insured persons. The authorities will record data on insured persons targeting those over 55-years old ensuring that 90% of the relevant data are entered in the system by June 2018 ; and the process will be fully completed by the end of the programme.

The merging of the social security funds into EFKA will lead to efficiency gains including through a reduction of overall staff. The authorities will implement the action plan adopted as

part of the second review. As a matter of priority, qualified personnel will be directed to clearing unprocessed pension claims and creating electronic registries for the insured and retirees (see ¶2.3) or transferred to other administrations. Staff who are not retained should be transferred to other entities – including KEAO, the National Actuarial Authorities and EOPYY (the National Organisation for the Provision of Health Services), in order to strengthen their operational capacity– taking into account their hiring needs, and making use, to the extent possible, of the new mobility system introduced with law 4440/2016.

As a **prior action**, EFKA will take concrete steps for the diversification of its investment portfolio in line with best practices, to ensure that it holds no controlling stakes in any private company.

The authorities will continue the regular publication of the Helios report whose structure and content will be defined in agreement with the institutions (continuous action).

2.5.2 Health care

The authorities have committed to further reforming the health care sector, with the aim of universal, equal and effective care, controlling public expenditure, managing prices of pharmaceuticals, improving hospital management, increasing centralized procurement of hospital supplies, managing demand for pharmaceuticals and health care through evidence-based e-prescription protocols, commissioning private sector health care providers in a cost effective manner, modernizing IT systems, developing a new electronic referral system for primary and secondary care that allows to formulate care pathways for patients. As the full implementation of these objectives requires time, the authorities are committed to implement necessary additional necessary measures also beyond the deadlines referred to this document.

2.5.2.1 Rationalisation of health expenditure

The authorities will, in line with detailed targets and deadlines set out in the TMU (Section P),

- a. in order to address the remaining part of the recent overspending on "other items" in the EOPYY budget for "Other Illness Benefits" (125 million in 2017) EOPYY will extend the clawback to include optometrist services and special education services (**prior action**);
- b. as a **prior action**, the authorities will implement the 14 measures included in the EOPYY Action Plan to reduce the amount of excess spending;
- c. by May 2018, they will develop a mapping of overall public sector capacity; by December 2018, based on this mapping, the authorities will develop an in-depth assessment to be used in the future to commission private providers per region subject to insufficient public capacity;
- d. implement a new system of electronic referrals (e-referrals) to secondary care to be used by family doctors. (May 2018);
- e. develop, by May 2018, a critical mass of prescription guidelines and therapeutic protocols for patient care pathways (primary and secondary care) for the pathways that have the greatest therapeutic and cost implications, to feed into the e-prescription system; as a **prior action**, at least additional (compared to December 2017) 20 of these therapeutic protocols will be introduced in the e-prescription.

- f. develop an annual report on human resources for the whole health care sector (to be used as a human resource planning instrument) with a focus on PHC (first report to be published by May 2018);
- g. closely monitor and fully implement universal coverage of health care and inform citizens of their rights in that regard and proceed with the gradual implementation of the new Primary Health Care System. To this end, the authorities have adopted all the necessary legislation to implement this new system in May 2017. Within this framework, EOPYY will change the way it provides primary health care by introducing compulsory patient registration with a family doctor, who will act as a gatekeeper in charge of referrals to specialists. As a **prior action**: a) the complete matching of all Social Security Number (AMKA) holders with the available family doctors will be finalised by May 2018 and b) the compulsory patient registration system with a family doctor, who will act as a gatekeeper, will be in place and fully operational by end of May 2018, with gatekeeping to be gradually implemented over 2018. In parallel, the roll-out of Local Health Units, started in December 2017, will lead to creation of a critical mass of Local Health Units (at least 85) by May 2018, with full implementation to be achieved subsequently. As new Local Health units become operational, the existing contractual arrangements of EOPYY with private GPs will be correspondingly reduced so as to avoid duplications in the local provision of primary care;

2.5.2.2. Execution of clawbacks and regular audit¹

- a. The authorities will execute the clawbacks every six months and perform regular audits.
- b. The authorities will continue to collect relevant data from EOPYY, the National Organisation for the Provision of Health Services, and regularly publish it.
- c. The authorities will apply and collect outstanding clawbacks, continuously until they are cleared. As a **prior action**, (i) EOPYY will finalise the legal procedure for the offsetting of the residual outstanding clawback (2013-2015) for all outstanding amounts except those for which it is not legally/technically possible to perform the offset; (ii) any outstanding uncollected clawback amount related to 2016 will be offset and collected for health care providers and (iii) the authorities will extend the clawback ceilings for diagnostics, private clinics, pharmaceuticals up to 2022. The ceiling will rise in line with the authorities' forecast of the annual growth of GDP at constant prices; (iv) the clawbacks of 2017 (and for 2016, for pharmaceutical companies) will be collected/offset according to the timetable specified in the TMU (Section P).
- d. To assess and improve the performance of health care providers, EOPYY will carry out systematic monthly auditing of private clinics.

¹ Details on specific targets by deadline contained in the TMU (Section P ¶¶64-70).

2.5.2.3. Measures to improve the financial management and cost effectiveness of hospitals

The authorities will:

- a. take concrete steps to increase the proportion of centralised procurement by May 2018, following the adoption of the Law on centralised health procurement; for details see TMU (Section P); in May 2018 present the plan to increase the proportion further in 2019. The appointment procedures under the rules set by Law 4369/2016 will be started as a **prior action** (see TMU section P).
- b. by December 2018, reduce waiting times (including for elective surgery) with respect to the previous year in line with the Social Pillar and reduce unwarranted variation in waiting times across providers and patients (including across socio-economic and other patient characteristics); for details see TMU (Section P);
- c. by May 2018, start the implementation of the DRGs system in pilot hospitals;
- d. produce regular quarterly and yearly reports, based on financial data for hospitals and hospital performance (benchmarking based on activity related indicators).

2.5.2.4. Reducing pharmaceuticals spending through generic penetration and price reduction

- a. The authorities will update and publish on a regular basis (for details see TMU Section P), and at least every six months, the positive and the negative list.
- b. As a **prior action**, the authorities will publish a revised price bulletin in May 2018.
- c. As a **prior action**, the authorities will adopt further measures to improve cost-effectiveness of pharmaceutical spending with a view to reaching the 40% generics penetration target. These measures may target many relevant areas, such as updating the set-up of reimbursed prices and of patients' participation to ensure they promote the choice of cost-effective drugs and by further improving the incentive structure of pharmacists to encourage the sale of less costly drugs for any given active substance prescribed.
- d. To further reduce prices, they will make use of the negotiating committee to develop price volume and risk agreements, such as MEAs (Managed Entry Agreements), in line with other EU countries standards and international expertise, especially for innovative and high cost drugs and regularly report on the progress. The authorities will set-up a Health Technology Assessment (HTA) centre to evaluate which products to reimburse and under what conditions and agreements, in line with existing guidelines and with evidence of best-practice in the EU, to become active once fully operational after June 2018.

2.5.3 Social safety nets and activation

The economic crisis has had an unprecedented impact on social welfare. The most pressing priority for the government remains to provide immediate support to the most vulnerable to help alleviate the impact of the crisis. A fairer society will require that Greece improves the design of its welfare system in line with EU best practices, so that there is a genuine social safety net which targets scarce resources to those in most need.. The SSI was successfully rolled out at national level in February 2017. To further support the smooth implementation of

the scheme the authorities have established a disputes resolution system and developed an internal capacity to provide risk assessment, auditing, and inspections.

The social inclusion component (2nd pillar) of the SSI scheme includes linkages with social services and other benefits. The objective is to widen access to the existing available social services (such as psycho-social and health-related support and legal counselling) aiming at inclusion and removing barriers to work. The Greek authorities have adopted an operational strategy for the delivery of this 2nd pillar. The registries of social services and service providers have become operational at the end of February 2018 and will be maintained up to date on a real time basis. Links between the Community Centres, municipal social services and service providers are being further developed including by establishing an automatic exchange of information with major providers.

With regards to the activation component (3rd pillar) of the SSI, the Greek authorities will formalise the cooperation arrangements between the municipalities/community centres and the local offices of the public employment services, also in light of the results of the pilot testing the new delivery model of ALMPs. As a **prior action**, the requirement will be introduced for all individuals in SSI-beneficiary households who are able to work and are not employed nor in education or training, to register as jobseekers at OAED. Individuals in beneficiary households who can be integrated in the labour market will be offered access to personalised active labour market (ALM) measures. This will include the systematic preparation of individual action plans by OAED employment counsellors. The menu of ALM measures offered to SSI beneficiaries will include amongst others training, reintegration employment schemes (including public work schemes with an embedded training component), participation in activation and job search assistance sessions, mentoring, apprenticeships/traineeships. The aforementioned ALM measures will be progressively offered under the open-framework delivery model as described in Section 4.1.

The authorities will agree with the institutions, the implementation of the next steps towards further welfare reforms and specifically as **prior actions** (see TMU Section Q):

- i. with the view to apply a new disability assessment to all contributory disability and welfare benefits (including under Law 4387/2016) by end-2018, on the basis of the results from the on-going pilot programme, adopt legislation to extend gradually to the entire country the new business processes for disability welfare benefits and to expand the pilot testing of the new functional disability assessment;
- ii. commence the implementation of the reform of the system of transport subsidies, following the introduction of the electronic ticket reform by transportation companies, starting from the city of Athens;
- iii. adopt new legislation to specify the design of a means-tested housing benefit, developed with advice from the World Bank, to be rolled out as part of the growth-enhancing measures.

With regards to institutional welfare reforms, the authorities have:

- i. implemented the National Mechanism for the Coordination, Monitoring and Evaluation of social inclusion and social cohesion policies, which is fully operational since February 2018;
- ii. established in February 2018 a benefits agency (OPEKA) as a single payment authority for all welfare benefits.

3. Safeguarding financial stability

All necessary policy actions will be taken to safeguard financial stability and strengthen the viability of the banking system. No unilateral fiscal or other policy actions will be taken by the authorities, which would undermine the liquidity, solvency or future viability of the banks. All measures, legislative or otherwise, taken during the programme period that may have an impact on banks' operations (i.e. solvency, liquidity, asset quality etc.) should be taken in close consultation with the institutions.

The authorities will proceed with actions in a timely manner included in the comprehensive strategy for the financial system related to reinforcing the banking sector by (i) normalising liquidity and payment conditions and strengthening capital, (ii) addressing NPLs and (iii) enhancing governance of the financial institutions.

3.1 Preserving liquidity and capital in the banking system

The authorities are committed to preserving sufficient liquidity in the banking system in compliance with Eurosystem rules and to achieving a sustainable bank funding model for the medium term. In this context, banks are required to submit quarterly funding plans to the Bank of Greece so as to ensure continuous monitoring and assessment of their liquidity needs.

The impact of the capital controls will be monitored with full information sharing with the institutions. The authorities are committed to the implementation of the published roadmap aiming to ultimately abolish capital controls consistent with the milestones. They will manage, in timely consultation with the institutions, the process for implementing the relaxation steps, taking into account liquidity conditions of the banking system and aiming to minimise the macroeconomic impact of the controls. The Bank of Greece will send quarterly to the institutions a standardised report on agreed key statistics related to capital controls and liquidity, as well as its assessment and proposals for actions. The banks should keep adequate cash buffers to facilitate the smooth implementation of the relaxation of capital controls.

Taking into account regulatory requirements, including the latest Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) decision by the Bank of Greece, any potential capital shortfalls in the cooperative banks will be addressed by June 2018.

3.2 Resolution of Non-Performing Loans (NPLs)

3.2.1 *Enable an active NPL secondary market*

The authorities will continue to take any necessary actions to enhance the functioning of a dynamic NPLs' secondary market as a **prior action** (see TMU section CC).

3.2.2 *Monitoring the banks' non performing exposure*

The Bank of Greece, in cooperation with the ECB-SSM, will make every effort to ensure that the NPE targets remain both realistic and ambitious and that banks' NPE strategies are adequately designed and executed to reach the targets. The Bank of Greece will assess and analyse banks' performance in achieving targets on an ongoing basis. The Bank of Greece will publish quarterly an aggregated summary report on the developments with regard to banks' NPE strategies and targets. Furthermore, the Bank of Greece will, on a quarterly basis, present to the institutions a report, which includes a) detailed analyses on the

developments of the targets and KPIs, b) the reasons for missed targets and underperformance, and c) recommendations to remedy the problems' drivers.

3.2.3 Debt restructuring and insolvency procedures

Out-of-Court Debt Workout (OCW)

In order to improve the application of the OCW framework, the authorities, on the basis of the assessment of administrative and technical impediments to filing a complete application and reaching an agreement between debtors and borrowers, will address these impediments as a **prior action**, including through necessary legal amendments (see TMU section DD).

In-court insolvency

The authorities will by June 2018 appoint the new support staff for the trial of household insolvency cases selected through the ASEP competition launched on March 2017, in order to reduce the backlog of pending applications under law 3869/2010.

Insolvency legislation

As a **prior action**, the authorities will amend the household insolvency law and take additional actions to address the identified shortcomings as specified in the Technical Memorandum of Understanding (see TMU Section EE), most notably by putting in place an appropriate mechanism for filtering out non-admissible petitions and for taking all necessary actions to significantly shorten the time span between the filing of the petition and the issuance of the court decision as well as eliminating the backlog of cases.

Starting from April 2017, the Ministry of Justice has been providing, on a quarterly basis, detailed information to the institutions on the backlog and processing of cases related to Law 3869/2010. The Ministry of Finance and the Secretariate of Private Debt will, on a quarterly basis, provide information to the institutions on the take-up of state subsidies related to Law 3869/2010.

3.3 Governance of the HFSF and the banks

As a **prior action**, the authorities will take all necessary actions to ensure that any future ordinary shareholdings of the central administration (State) in credit institutions will be transferred *ipso jure* to the HFSF.

As a **prior action**, the current mandate of the HFSF shall be extended until end-2022. The *independence of the HFSF* will be fully respected, its governance reinforced and it shall operate under commercial terms and without any political or other interference.

The *independence of the management, decision-making and commercial operations of banks* will be fully respected and the banks will continue to operate strictly in accordance with market principles. Any potential replacement of board members and senior management of the banks will be carried out without any political or other interference. Appointments will be made in line with best international practice.

The HFSF will continue to make every reasonable effort to ensure the compliance of all four systemic banks' board members with the eligibility criteria of the HFSF law. The authorities will also ensure that potential future Greek State representatives will meet these eligibility

criteria.

Following the review and reconstitution of the banks' boards, the HFSF will make every effort through its representative on the boards of the banks, on the basis of the Relationship Framework Agreements (RFAs) and as an active shareholder, to ensure that the boards function effectively in overseeing the performance of management. The HFSF as shareholder and also on the basis of the RFAs should assess regularly, using if needed external expertise, the banks' overall governance framework and the performance of the banks' Boards of Directors and recommend, if needed, changes. The HFSF will make every reasonable effort to ensure that the banks' Boards of Directors assess regularly, using if needed external expertise, the effectiveness of Banks' middle and senior management.

4. Structural policies to enhance competitiveness and growth

4.1 Labour market and human capital

In recent years, major changes have been made to Greek labour market institutions and wage bargaining systems to make the labour market more flexible. The Greek authorities are committed to achieve EU best practice across labour market institutions and to foster constructive dialogue amongst social partners. The approach not only needs to balance flexibility and fairness for employees and employers, but also needs to consider the very high level of unemployment and the need to pursue sustainable and inclusive growth and social justice.

Review of labour market institutions. Following up on the labour market review undertaken in the context of the second review, the authorities will implement the following measures:

- i. With a view to promote and monitor the representativeness of sectoral collective agreements, the government, after consultation with the social partners and in agreement with the institutions, will issue a circular specifying the administrative procedure to assess representativeness at sectoral level (**prior action**).
- ii. The authorities have delivered a report early May 2018 with an independent legal opinion on the role of arbitration in collective bargaining. As a **prior action**, the authorities, taking account of the independent legal report and the outcome of the consultations with the social partners, will adopt legislation to :
 - a. reintroduce the discretion of the mediator to submit a proposal to allow parties to resume bilateral negotiations;
 - b. allow the unilateral recourse to arbitration only for the party that has accepted a mediation proposal while the other refused it, or in case that the other party had refused to enter in the mediation procedure;
 - c. extend the duration of the term of the OMED Board members;
 - d. review the list of criteria to be taken into account in the arbitration decision to add the purchasing power of wages.

In addition, the authorities will take appropriate measures in conjunction with OMED to ensure the expertise of mediators and arbitrators, by improving the selection and evaluation procedure.

Simplification of labour legislation. Existing labour laws will be streamlined and rationalised through the codification into a Labour Law Code and a Code of Labour Regulatory Provisions. In line with the dedicated technical support project which was launched in June 2017, the first draft of the Labour Law Code will be delivered by May 2018.

Undeclared work. The authorities in cooperation with the social partners will continue the implementation of the Action Plan for fighting undeclared work. In particular:

- i. the existing system of fines for undeclared work will be revised in May 2018, providing sufficient incentives for compliance, promoting the regularisation of workers found undeclared and discouraging fraudulent behaviour (repeated offences in particular);
- ii. as a **prior action**, the automatic exchange of information between the databases of the Ministry of Labour, the Ministry of Finance, SEPE, IAPR, OAED, IKA (EFKA) and the Greek police will be completed.

Vocational education and training (VET). As part of the 3rd review, the authorities have launched pilot tenders for a series of major business community-led partnerships for VET involving sectoral and local employer representative bodies and social partners, targeting a total of 4,000 apprenticeship places between 2017-18 and 2018-19. In order to reach the desired targets, the Ministry of Labour with the support of the Public Employment Service (OAED), the Ministry of Education and relevant stakeholders will have made fully operational these major VET partnerships by May 2018 (implementation report to be provided). The partnerships will *inter alia* provide outreach to companies and find apprenticeship places, provide training and mentoring services, and verify, foster and enhance the quality and effectiveness of apprenticeships. As part of the 3rd review, a cohesive and inclusive governance structure for VET has been put in place (JMD). In addition, local apprenticeship coordination committees (OYM) will be activated in the KPAs of OAED taking on board the role of the newly introduced employer counsellors in OAED and extending their composition to include representatives of local employer bodies by May 2018. By May 2018 a technical assistance contract will be signed with SRSS to prepare an integrated plan for Human Capital development of the Labour Force addressing economic growth and supported by the VET Reform.

Capacity building. The need has been identified to strengthen over the medium term the institutional capacity in the field of labour administration (encompassing the Ministry of Labour as well as all responsible implementing bodies and agencies). The on-going exercise of upgrading and reinforcing the public employment service (OAED) will ensure that by May 2018: (i) the role of employer counsellors is fully activated in all local offices (KPAs) and the counsellors play a proactive role in engaging employers; (ii) quality employment counselling is provided to jobseekers of priority groups through regular pre-scheduled appointments with employment counsellors; (iii) along with the roll-out of the new profiling and segmentation methodology, individual action plans are upgraded to offer tailor-made activation paths.

Active labour market policies. The Ministry of Labour will engage in further improving the design, impact and efficiency of the active labour market programmes (ALMPs), in line with the adopted ALMP strategy. The implementation of the strategy encompasses the following elements:

- a. the application of the reformed mutual obligations, adopted in April 2018;

- b. a new framework of quality specifications for ALMP training providers, to be finalised in cooperation with the Ministry of Education by May 2018;
- c. a blueprint, to be drafted by June 2018, for establishing an evaluation and monitoring system to draw lessons and inform the design of future ALMPs;
- d. the phased introduction of a new delivery model for ALMPs, starting with the launch of a pilot project as a **prior action**. The new delivery model for ALMPs will encompass open framework programmes to ensure the continuous availability of a core menu of actions and services and the enhanced role of employment counsellors in referring the jobseekers to ALMPs based on individual profiling.
- e. a reform to further upgrade the design of ALMPs, in line with technical support provided by the World Bank.

Education. Greece will further modernize its education system at all levels to substantially improve educational outcomes while safeguarding equity. The final report of the OECD review of the Greek educational system was published by the OECD in April 2018. The authorities will address the recommendations of the Report through a concrete action plan to be adopted with technical support by July 2018.

In agreement with the institutions, the authorities will, as a **prior action**: (i) adopt legislative measures on future appointments and evaluation of head teachers and senior ministry of education staff to ensure a depoliticised, transparent and meritocratic process including the involvement of ASEP in relevant committees and upgrade their role within the school units and specifying their career prospects (ii) pass a law on upgrading the bodies responsible for evaluations and (iii) pass a law on the evaluation of senior education staff, school self-evaluation and rational use of resources. By May 2018 they will adopt a strategy on initial and continuous teacher training in pre-primary, primary and secondary education; the authorities will agree with the institutions the fiscal aspects of changes in the organisation of secondary and higher education and will safeguard the revenues of HEI coming from overheads, fees for graduate education, services to third parties and exploitation of University property.

The framework for dismissals legislated in the Private Education Act Art. 56 of Law 4472/2017 has been assessed in April 2018. Any amendments deemed necessary will be taken up in consultation the institutions and legislated by May 2018 and put into effect for the school year 2018-19.

4.2 Product markets and business environment

More open markets are essential to create economic opportunities and improve social fairness, by curtailing rent-seeking and monopolistic behaviour, which has translated into higher prices and lower living standards. In this context, the alleviation of unjustified and disproportionate restrictions in the access to market and the conduct of professions and economic activities shall adhere to the principles of proportionality, justification of any restrictions and non-discrimination. In line with their growth strategy, the authorities will intensify their efforts to bring key initiatives and reform proposals to fruition as well as enrich the agenda with further ambitious reforms that will support the country's return to sustainable growth, attract investments and create jobs.

The authorities will adopt the following measures:

Competition: Toolkit I recommendations: On building materials, the authorities will, as **prior action**, enter into a contract with the Standardisation Body in order to start by June 2018 the harmonisation of the 372 technical specifications according to its categorisation (Project 2).

Investment licensing. The authorities have agreed with the institutions to implement as **prior actions**: (i) horizontal reforms on specific sectors (see TMU Section HH); (ii) the launch of the tender to renew the licensing ICT system for notifications, approvals and inspections; (iii) the second phase of installation licensing. A mapping of the status of investment licensing reform in the Greek economy will be completed as a **prior action**, including sectors included in law 4442/2016 as well as the rest of the economy. Following the time-bound action plan for the promotion of effective and coordinated ex-post controls and inspections for businesses, implementation of pilot projects is progressing in the areas of slaughterhouses, hygiene inspections for food and service businesses, and fire safety inspections. For slaughterhouses, the training activities will be finalised and pilot inspections will be launched as a **prior action**.

On competition, investment licensing and administrative burden: as **prior actions**, the government will:

- i. address the pending recommendations no. 4 and 17 of the ex-post assessment on business parks through the publication of a KYSOIP decision and the issuance of a circular;
- ii. address the recommendations of the ex-post assessment on book prices; and
- iii. address the recommendations of the ex-post assessment on tourism;

(see TMU section II).

To *modernize company law*, the government

- a) has prepared a review on changes needed to bring Law 3190/1955 in line with best practices. Based on the recommendations of the review, the government will, as a **prior action**, amend Law 3190/1955;
- b) has prepared an assessment in cooperation with the European Commission and involving the consultation of key stakeholders. Based on the recommendations of the review, the government will, as a **prior action**, submit a progress report, along with draft provisions on mergers and acquisitions, with a view to adopting legislation by October 2018;
- c) has prepared a review on changes needed to bring Law 2190/1920 in line with best practices. Based on the recommendations of the review, the government will, as a **prior action** amend Law 2190/1920.

On regulated professions, the authorities will, following agreement with the institutions, as a **prior action**, place under public consultation the draft law relating to the requirements and procedure for the establishment of private clinics with a view to adopting it by mid-July 2018. On one-day clinics, the authorities will as a **prior action** amend the legal framework in agreement with the institutions in order to reduce restrictions (including on different medical specialties and on mixed operations) to the establishment and operation of one-day clinics, taking into consideration EU best practices; (see TMU Section JJ).

On *export promotion*, the authorities with the participation of public and private stakeholders, will proceed with the timely implementation of the agreed export promotion action plan, whose implementation is monitored on a quarterly basis.

On *land use*, the authorities have continued with the adoption of secondary legislation related to the implementation of law 4447/2016. They have adopted a Ministerial Decision with the technical specifications for special spatial plans and town plans in January 2018. They will further adopt a Ministerial Decision with technical specifications for regional spatial plans by June 2018.

In addition to the forest maps covering 35.72% of the country which were uploaded in 2017, forest maps covering an additional 9% of the country's surface completed by the Hellenic Cadastre or forestry services and endorsed by the forestry services have been uploaded for public consultation. Another 8% is pending for upload until September 2018, while the drafting of forest maps for the rest of the country will take place in the period summer 2018 to summer 2019 (14 months). To date, 32.2% of the country's surface has ratified and definitive maps. In areas where objections were raised during 2017, the ratification will follow the prescribed process, and will be completed at the latest by November 2018 following the relevant legislative provisions.

On *cadastre*, the authorities will, as a **prior action**, produce and agree with the institutions a roadmap and timetable with key steps for a) the completion of the cadastral mapping and b) the completion and ratification of the forest maps, with a final deadline 30/06/2021 for both (see TMU Section KK).

On *agriculture*, the rural development strategy will be formally adopted by the government by May 2018. In accordance with the strategy, by June 2018, the authorities will make proposals to (a) introduce incentives to boost the organisation of farmers into producer groups, and (b) in support of young farmers, aged up to 40 years of age.

With a view to limiting the risk of financial corrections relating to direct aid, the government shall:

- a) Renew by 50% the ortho-photos by May 2018, with the most recent imagery, digitise and update the corresponding reference parcel boundaries and maximum eligible area in accordance with the requirements of the European Commission and implement an appropriate and continuous update of the system thereafter.
- b) as a **prior action**, ensure that the Greek Payment Authority of Common Agricultural Policy Aid Schemes (OPEKEPE) is staffed with the necessary permanent staff in specific fields (technicians, agronomists and surveyors) trained in Geographic Information System and photo-interpretation in order to perform the regular update of the Land Parcel Information System (LPIS) and assure the correct yearly execution of the LPIS Quality Assessment, including the definition of appropriate remedial action when so required.

On *structural funds*, the Ministerial Decision associated with legislation setting up a registry of experts to ensure the supervision of co-financed projects will be agreed with the institutions and adopted as a **prior action**.

Significant municipal engineering projects of a value in excess of 500,000 EUR (water supply, sewerage & waste water treatment, and solid waste management) in municipalities with up to 10,000 inhabitants that are co-financed with EU funds will be supported with a

Technical Advisor encompassed in the design contract according to law 4412/2016 (especially articles 136, 144) for new projects or through the register of experts of article 28.8 of law 4314/2014 for on-going projects.

The selection and appointment of the Director General and Director positions for all ESPA structures will be completed by July 2018. The authorities will also implement the new rules for evaluation and mobility of staff.

The authorities have agreed with the European Commission as part of the 3rd review a list of 15 to 20 large, emblematic projects for the period 2014-2020 including timelines from approval to completion. The inter-ministerial committee on major projects will convene after a proposal of the Alternate Minister of Economy and Development responsible for ESIF to its Chair to consider the progress made with these 2014-2020 projects and to resolve any blockages as may occur. The General Secretariat for Public Investments and Structural Funds will send regular reports to the Commission.

The authorities have committed that the Information System for State Aid (PSKE): (i) remains the sole and unique management tool for co-financed state aid operations under all ESIF programmes, (ii) includes on a continuous basis all relevant data to verify the legality and regularity of all such co-financed state aid operations, (iii) provides all necessary means (staffing, organisation, processes) in order to achieve a smooth and fully integrated management - within the PSKE system - of all incoming requests for state aid operations emanating from managing authorities of ESIF programmes, and (iv) will be technically upgraded in order to increase speed and capacity.

On *technical support*, in order to ensure an effective reform implementation the authorities will continue the support as appropriate in the critical areas of a) the investment licensing reform with support of the World Bank; b) education; c) export promotion; d) trade facilitation, e) competition, f) environment including, the completion of the national cadastre and the systematisation and digitisation of environmental legislation. The authorities will use technical support in other areas as needed, including through Commission services, Member State experts, international organisations, and independent consultants. This includes areas such as, agriculture and fisheries and structural funds.

4.3 Regulated Network Industries (Energy, Water, Transport)

Energy

The Greek energy markets need wide-ranging and structural reforms to bring them in line with EU legislation and policies, make them more modern and competitive, reduce monopolistic rents and inefficiencies, promote innovation, favour a wider adoption of renewable energy and gas, and ensure the transfer of benefits of all these changes to consumers.

i. Structural measures relating to lignite-fired generation capacity.

With a view to complying with recent judgments of the European Courts in relation to Commission decisions C(2008) 824, C(2009) 6244 and C(2018) 2104 (adopted on 17 April 2018) on lignite, the authorities have agreed to implement structural measures relating to lignite-fired generation capacity.

The following principles, which have been endorsed by KYSOIP, apply to the structural measures relating to lignite-fired generation capacity:

- a. The measures shall consist of the divestment of the Public Power Corporation's (PPC) lignite-fired generation capacity to existing or new alternative suppliers and other investors.
- b. PPC shall not have any participation or link, including preferential supply of electricity, with any divested entity. In line with the European Commission's practice as set out in the merger remedies notice, the purchaser(s):
 - shall be independent of and unconnected to PPC and its affiliated undertakings;
 - shall have the financial resources, proven expertise and incentive to maintain and develop the divested generation capacity as a viable and active competitive force in competition with PPC and other competitors;
 - shall neither be likely to create, in light of the information available, prima facie competition concerns nor give rise to a risk that the implementation of the structural measures will be delayed.
- c. The divestment shall represent around 40% of PPC's lignite-fired generation capacity, in accordance with the Commission Decision (C(2018) 2104) adopted on 17 April 2018 and the law "Structural measures on access to lignite and the further opening of the wholesale electricity market and other provisions" (FEK A 75/2018, Law 4533/2018) that was passed by the Hellenic Parliament on 25 April 2018. The exact percentage will be defined with technical discussions with Commission, according to the aforementioned judgments and decisions on lignite. The divestment shall have equivalent economic characteristics to PPC's lignite-fired generation capacity, in particular in terms of efficiency and lifetime, reflecting commissioning and decommissioning of lignite-fired generation capacity.
- d. The measures will be designed and implemented following the applicable competition procedural rules.

Commission Decision C(2018) 2104 and Law 4533/2018 confirm the divestment through two spin-off businesses of (1) the lignite-fired plant of Meliti 1 and option for a new Meliti 2 plant; and (2) units 3 and 4 of Megalopoli and of all related assets and resources as described in the Schedule of the Commitments (hereafter the Divestment Business(es)) as going concern(s) to one or more purchaser(s), according to the terms of sale, divestment procedure and timeframe approved by the Commission. The adopted law by the Parliament also includes specific rules as concerns the employees at the Divestment Business(es). Regarding the lignite-fired power plants which are not part of the Divestment Business(es) as defined in the Commitments, it is upon PPC to decide on investments and consider life-time extensions.

Following the adoption of Law 4533/2018, the Hellenic Republic will, as a **prior action**, fully and correctly implement all the necessary steps for the effective divestment to the purchaser(s) of the Divestment Business(es) in accordance with the Commission Decision

(C(2018) 2104), including the adoption of all the necessary legislative, regulatory and corporate measures and/or resolutions, the carve-out and spin-off of the Divestment Business(es), as well as the official launch of the international open tender procedure run by PPC, that will be based on a fair valuation and will ensure the legitimate financial interests of the company and its shareholders. The Divestment will effectively be completed by end-2018.

ii. NOME auctions and possible additional structural measures

NOME auctions will be continued, with the quantities to be auctioned adjusted following the monitoring mechanism, so that, in combination with the adopted structural measures, they ensure the agreed market share reduction targets for PPC, as laid down in the MoU. With a view to continuing reducing, progressively, PPC's retail and wholesale market share below 50% in a sustainable and permanent way, promoting competition in the electricity market and removing distortions, RAE has decided, in accordance with the provisions of the KYSOIP NOME Action Plan, (i) the overall ex-ante quantities to be auctioned for 2018, i.e. 19% (13% multiplied by the total volume of electricity in the interconnected system in 2017 plus 6% rollover of the 2016 total volume in the interconnected system, with the physical deliveries of the rollover starting in December of the year), unless promptly adjusted by the monitoring mechanism in the two auctions following the ascertainment of a deviation, (ii) the number of auctions which will need to be launched in 2018 in order to achieve the target and (iii) the quantities per auction.

In June 2018, the authorities will, as a **prior action**, revise the reserve price of the auctions based on RAE's proposal, to incorporate (i) CO₂ prices as specified in law 4389/2016, as amended by law 4393/2016, and (ii) updated data for PPC production costs, in line with the methodology deriving the initial Reserve Price.

Following the first joint assessment with the institutions, taking into account the lignite structural measures and the indicative plan for the introduction of the forward market under the Target Model, the authorities will, as a **prior action**, amend the KYSOIP action plan and legislation related to NOME. In particular:

- a. Once the launch of the international tender and the spin-off of the lignite divestiture businesses takes place, additional quantities due to the adjustment mechanism on the assessment of the interim targets of June 2018 will be reduced by 50%. RAE will implement the modified monitoring mechanism, such that the adjusted quantities will be equally spread over the two auctions following the ascertainment of a deviation, which occurred in semester S;
- b. Once the selection of preferred bidder(s) and the signature of the SPA with the selected bidder(s) regarding the lignite divestiture will be finalized, the above adjustment mechanism will cease to be in effect;
- c. Once the financial closure of the agreement(s) and the selected bidder(s) take over the management of the respective plant(s) the overall NOME quantities to be auctioned in 2019 will be 13% multiplied by the total volume of electricity in the interconnected system in 2018;
- d. When the new electricity markets are introduced under the Target Model, the NOME regulated forward products characteristics will converge with the characteristics of the new markets (forward, day-ahead and balancing), in particular with respect to their financial settlement, physical delivery and balance responsibility.

The authorities will undertake a new joint assessment by September 2019 with the institutions in addition to the already existing semestrial impact assessment, *inter alia* taking into account:

- the introduction of the new markets under the Target Model, including the forward market,
- the completion of the structural measures relating to lignite-fired generation capacity,
- the effect of the NOME mechanism in the electricity market,
- the evolution of the retail market shares,
- the potential need for alternative policy and/or structural measures with the overall objective of maximizing the benefit to consumers.

The first such joint assessment by the authorities and institutions has taken place regarding the adjustment of the NOME mechanism due to the structural measures relating to lignite-fired generation capacity. For the future planned joint assessments the authorities will provide all relevant information for this assessment to the institutions (see TMU Section NN);

LAGIE shall provide full and timely information on auction results, nominations, deliveries and re-sales on the secondary market, as well as market shares per player, on a monthly basis (see TMU Section MM).

iii. PPC financial situation.

PPC will implement the action plan to address arrears agreed as part of the second review and report on its implementation. In particular, the authorities will (i) as a **prior action**, finalise the electricity supply contract between the Hellenic Republic and PPC for public entities as agreed in the 3rd review and clear all arrears of public sector entities covered by this supply contract; and (ii) take all necessary action to ensure the smooth implementation of the action plan and provide a detailed report on its implementation, including the report submitted by the contracted consultant, on the basis of which further potential efforts regarding private sector arrears can be specified. As a **prior action** the authorities will introduce a legislative amendment in the Law 4067/2012 that will ensure that no fiscal issue will arise for the years 2018, 2019 and 2020 from the review of the Social Residential Tariff for electricity that is part of the PSO account (see TMU section RR).

The PSO level going forward will be adjusted as needed, such that no new deficit will be accumulated on an annual basis, taking into account the interconnections entering into operation in each year, which will be ensured by a monitoring and adjustment mechanism that provides for the respective actions taken through secondary legislation in case of any over or under performance of the PSO account. Any financing from the State budget will be dependent on the available fiscal space for that year.

iv. RES account.

As a **prior action**, (i) the supplier surcharge will be reduced by the forecast annual surplus in the RES account for 2018 (Step 1 – amendment adopted on 25 April 2018 by the Hellenic Parliament, Article 143 of Law 4001/2011, included as Article 12 of FEK A 75/2018); (ii) the supplier surcharge will be further reduced and equal (a) by 1 January 2019, 50% of the total charge; and (b) further reduced by 1 January 2020, 30% of the total charge; and (c) will be completely phased out by end of 2020; (iii) the CO₂ permission rights (current revenue stream of RES account) will be set at least at 65% for 2019 and 2020; (iv) any surplus of the

RES account, beyond the buffer, until full removal of the supplier surcharge will be allocated to the reduction of the supplier surcharge; (v) commitment to maintain a buffer of EUR 70 million; and (vi) if a deficit arises of the RES account other revenue streams, including the ETMEAR will need to be increased accordingly. Further, the authorities commit to maintain the RES account in balance, for example through committing to notify to EC and introduce a new RES revenue scheme that will become operational in 2021 and be fully compliant with the Energy and Environmental Guidelines (EEAG). The reformed scheme and any additional revenues to be applied as of January 2021 should ensure that RES account remains in balance and viable on the way forward (see TMU Section LL).

v. Capacity mechanism.

The authorities will, as a **prior action**, notify a new flexibility mechanism, replacing the temporary one, which has expired in April 2017, in line with Energy and Environmental Aid Guidelines. In particular, the flexibility mechanism should be based on a thorough adequacy assessment including a reliability standard and it should be based on a competitive allocation process. In order to achieve this, the authorities will also implement the commitments agreed with the European Commission under the approval decision on the temporary flexibility mechanism scheme (review of secondary reserve price cap, actual hydro power availability, market-based methods for tertiary reserve). Subsequently, the authorities will also notify, based on a thorough adequacy assessment including a reliability standard, and implement a permanent capacity mechanism in line with the Energy and Environmental Aid Guidelines, including a competitive allocation process and open to all potential capacity providers.

vi. Gas market roadmap.

The authorities will, as a **prior action**, agree with the institutions on the overall corporate restructuring and tender structure for DEPA assuming the successful completion of transactions for the EPAs and in a way that will eliminate any horizontal or vertical conflict of interest for the entity(ies) to be sold and, if/where applicable, propose specific and effective mitigating measures. The agreement reached as concerns the overall tender structure of DEPA will need to be consistent with the agreed privatisation commitments of HELPE.

vii. Gas release programme.

Quarterly auctions under the revised gas release programme as endorsed by decision of HCC will take place according to schedule. The quantity auctioned for 2018 will amount to 17% of DEPA's yearly gas supply to customers. HCC and RAE will provide the institutions, after every auction, with a report on its outcomes (see TMU Section OO).

viii. Renewable energy support.

In April 2018, the authorities issued the two Ministerial Decisions setting a new framework for the support of renewable energies. The first auctions will take place in July 2018.

ix. Target model.

Following the entry into force of EU Regulation 2015/1222 establishing a guideline on

capacity allocation and congestion management (CACM)² and EU Regulation 2017/2195 establishing a guideline on electricity balancing, Greece needs to take the necessary steps for joining the day-ahead and intraday market coupling on its borders and establish the balancing market (Target model). LAGIE (and Hellenic Energy Exchange (HENEX) as its successor), acting as the nominated electricity market operator (NEMO) in accordance with CACM and national legislation/decisions put in place in 2016, needs to have all required codes and technical means in place to comply with the obligations of CACM or appoint another third party to perform these tasks. Respective codes need to be drafted by LAGIE (or HENEX) and approved by RAE. ADMIE will act as the operator of the balancing market based on the balancing code to be drafted by ADMIE and approved by RAE. The authorities will launch the Target Model, including the day-ahead, intraday, forward and balancing markets by April 2019. To implement this, the authorities will, as **prior action**, (i) set up the entity to be created as a successor of LAGIE (i.e. HENEX³); (ii) ensure that HENEX and IPTO will submit to the Regulator all market Rulebooks for day-ahead, intraday and balancing markets, removing any bidding restrictions such as maximum and minimum bidding and clearing prices without prejudice to the maximum and minimum technical limits set in accordance with Article 41(1) and 54(1) of Regulation 2015/1222, in order to be fully compliant with EU legislation at the time the Target Model will be launched in April 2019; (iii) ensure that HENEX will complete the functional design specifications for the IT systems for the day-ahead and intraday market; and (iv) undertake a joint assessment with the institutions on the progress made regarding the corporate and technical aspects of the project, and take the necessary actions in line with the agreed roadmap to ensure that the Target Model is functioning will be launched by April 2019. The authorities will ensure that the Rulebook for the forward market will be submitted by HENEX to the Regulator by August 2018. The authorities will ensure that functional IT systems is put into place for the day ahead and intraday markets by December 2018 and for the forward and balancing market by February 2019. The authorities will also ensure that all necessary licenses for the operation of the markets will be obtained by the responsible legal entities by the time of approval of the day-ahead, intraday and balancing market Rulebooks (September 2018).

x. Day-ahead market coupling

For day-ahead market coupling (Italy-Greece and Bulgaria-Greece), the authorities will ensure that Greece is coupled with Italy and Bulgaria on the day-ahead timeframe at the time of the go-live of the new day-ahead market in Greece; and utmost effort is made to achieve intraday coupling with Italy and Bulgaria through continuous trading or auctions as soon as possible and in accordance with CACM. The authorities will provide to the institutions information about the progress as specified in the TMU (Section PP and QQ).

The authorities will make use of technical support, provided by the SRSS of the European Commission, for implementing all energy market reforms.

² Commission Regulation (EU) 2015/1222 of 24 July 2015 establishing a guideline on capacity allocation and congestion management.

³ In accordance with the omnibus law (FEK A 5/2018, Law 4512/2018, Article 96, 15th January 2018) the electricity exchange should had been established by 15 April 2018.

Water utilities

A stable regulatory regime is key for allowing much needed investment in the water networks and to protect consumers in terms of pricing policies.

As prior action,

- i. the SSW, with technical support, will deliver an evaluation report on the existing system of regular collection of information and on the progress towards the development of the Full Information System. It will also finalise the assessment of the business plans of the Athens Water Company (EYDAP) and the Thessaloniki Water Company (EYATH);
- ii. the authorities, with technical support, will launch: (ii.a) the strategic plan for SSW for a six year period, from 2018 to 2023, with the aim to strengthen the governance, the administrative capacity and the financial autonomy of the SSW within the Ministry of Environment and Energy; (ii.b) an operational plan for the years of 2018-2019 including specific actions, steps, timelines for the remainder of 2018 and for 2019, that will contribute to the implementation of the 6 year Strategic Plan; (ii.c) the authorities will provide input to the Plans specifying the role, mission and competences for the SSW in relation to other organisations in the water sector; (ii.d) in the context of the preparation of the Strategic Plan, the authorities will ensure access to information to SSW from the relevant ministries and local authorities on water companies, in order for them to have a full picture of the sustainability and needs of the water system. Inter alia, the required information set includes data on water quality and data and projections on detailed administration costs and revenues, physical assets and investments of water companies;
- iii. the authorities will amend law 3199/2003 to further strengthening the inclusiveness, transparency, and efficiency of the decision-making process in the water system by reviewing the composition and functioning of the National Water Commission, the National Water Committee and the Advisory Commission for Water;
- iv. the new unit "Costing & Pricing of Water Services" of SSW will be operational.

Transport and logistics

The authorities will undertake reforms to increase the efficiency and viability of the urban bus transportation in Thessaloniki (OASTH). By May 2018 the government, in agreement with the institutions, will take action to ensure a maximum deficit before any state transfer of EUR 40 mn per year for the remaining duration of the concession. In order to show progress towards this objective, the authorities will provide a quarterly update on the evolution of operational savings.

The authorities will ensure stronger governance, financial autonomy through distinct budgeting and enhance the administrative capacity of the Regulatory Authority for Passenger Transport (RAEM) (see section 5.4) taking into account Law 4199/2013.

The authorities have launched a general transport master plan for Greece covering all transport modes (road, railways, maritime, air and multi-modal, including logistics aspects), and appointed a steering committee and project team for the preparation and monitoring of the master plan. The authorities will continue with the timely implementation of the Transport

master plan; to this end the authorities will report to the institutions every two months on the project implementation progress.

On logistics, the authorities have activated the logistics law by issuing the JMD of art. 8, par. 8 law 4302/2014 and adopted the logistics strategy with a time-bound action plan. As part of the logistics action plan, the authorities will complete the modernisation of the legislative framework affecting logistics.

In line with the logistics strategy and action plan, the authorities will ensure the operation and maintenance of the Logistics centre (Freight Centre) on the 588 acres foreseen by the Thriassio Complex Freight Centre, by signing a concession contract after the approval by the Court of Auditors. The maintenance and operation of the other (1,600) acres of the Thriassio Freight Complex will be secured through a PPP following another international tender procedure.

In view of the above, the following actions will have to be achieved: i) parliamentary ratification of the concession contract for the 588 acres Logistics center by end of June 2018, ii) completion of the options analysis for the PPP scheme for the operation and maintenance of the other (1,600) acres of the Thriassio Freight Complex by end of May 2018, iii) decision on PPP scheme for the operation and maintenance by June 2018 and iv) the tender documents of the international tender for the PPP scheme on operation and maintenance will be finalised by July 2018.

In support of this reform agenda on network industries, the authorities intend to use technical support as needed, including on transport and logistics and on the strengthening of regulators (for the latter, see section 5.4).

4.4 Privatisation

Privatisation can help to make the economy more efficient and contribute to reducing public debt. The government and the Hellenic Republic Asset Development Fund (TAIPED) have taken important steps in advancing the privatisation programme forward and are committed to proceed with the ambitious, ongoing privatisation programme of TAIPED.

Implementation of the agreed TAIPED Asset Development Programme (by means of direct sale, concessions, securitisations, or other forms of monetisation) regarding all its core assets is key to stimulate private investment, increase efficiency, and provide financing to the State.

To maintain investor interest in key tenders, the Hellenic Republic commits to proceed with the on-going privatisation programme. The Board of Directors of the TAIPED will approve its updated Asset Development Plan (ADP), which includes for privatisation assets under TAIPED as of April 2018. It will be subsequently endorsed by KYSOIP. HCAP in mid-2019 will review the mandate of TAIPED.

The implementation of this programme aims to generate further annual proceeds (excluding bank shares) for 2018 and 2019 of EUR 2.0 bn and EUR 1.0 bn, respectively, on top of EUR 0.3 bn, EUR 0.5 bn and EUR 1.4 bn collected in 2015, 2016 and 2017, respectively.

The government commits to facilitate the privatization process and complete all needed government actions to allow tenders to be successfully executed. In this respect, it will

complete all actions needed as agreed on a quarterly basis between TAIPED, the institutions and the government. The list of Government Pending Actions is attached to this Memorandum as an Annex and constitutes an integral part of this agreement.

As prior actions:

- i. The Asset Development Plan (ADP) is attached to this Memorandum as Annex and constitutes an integral part of this agreement. The ADP will be updated on a semi-annual basis and approved by TAIPED. KYSOIP will endorse the updated plan;
- ii. The authorities will conclude the remaining Government Pending Actions identified by the institutions and TAIPED and which are due by May 2018 and that are not listed in this section (continuous action).
- iii. On **DESFA**, the nomination of the preferred bidder has been completed on 19 April 2018. The Share Purchase Agreement and Shareholders' Agreement will be signed (subject to approval by the Court of Audit), with a view to achieve a financial closing by the end of 2018.
- iv. On **Egnatia**,
 - (a) By 22 May, the Minister for Infrastructure and Transport and the Minister for Finance in agreement with the institutions and TAIPED will revise Joint Ministerial Decision (JMD) 6686/2014 (as in force) to provide for the disconnection/exemption of the Egnatia motorway concession from the ongoing e-tolls tendering process of the Ministry of Infrastructure and Transport. The Concession Agreement for Egnatia will provide that the EGNATIA concessionaire will be:
 1. free to select, design/procure, finance, install, and operate a distance-based e-toll system (GNSS technology for heavy vehicles over 3.5 tons, ANPR technology for all other vehicle) or decide to join the system procured by the Ministry of Infrastructure and Transport for the other motorways, if applicable;
 2. allowed to design and operate the above system as a barrier controlled system;
 3. exclusively responsible for the management and control of Egnatia toll revenue collection;
 4. required to ensure that the tolls system implemented in Egnatia is compliant with applicable EU law; and
 5. required to ensure that the tolls system implemented in Egnatia is interoperable and compatible with the electronic tolls system of the Ministry of Infrastructure, if applicable, and those of other EU member states systems.

The revised JMD should also guarantee the above under 1-5.

The JMD will be accompanied by a relevant amendment of the tender documents of the ongoing e-tolls tendering procedure of the Ministry of Infrastructure to implement the disconnection of the two projects by 15 June 2018.

- (b) Following the adoption of the revised JMD and the amendment of the tender documents, TAIPED will release the draft Concession Agreement to the tender participants by 15 June; in this regard, by 30 May, the Ministry of Infrastructure and Transport will provide to TAIPED all necessary technical specifications to allow TAIPED prepare the draft Concession Agreement.
- (c) By 22 May, the Ministry of Infrastructure and Transport, in cooperation and in agreement with TAIPED, will submit its response to the clarification questions sent by DG MOVE regarding the new tolling policy that will be implemented in the Egnatia motorway and its vertical axes.
- (d) By 30 May, the Ministers of Infrastructure and Transport and Finance will issue a JMD providing for the new toll pricing policy for the Egnatia motorway and its vertical axes. The JMD will provide for the implementation of the toll pricing policy which was approved by the Board of TAIPED and notified by the Greek authorities to DG MOVE for clearance. The JMD will stipulate that this new tolling policy will enter into force in Egnatia motorway on 1/1/2019 subject to clearance by DG MOVE. If DG MOVE's decision clears a different pricing policy, the JMD and the draft Concession Agreement will be revised accordingly. The Ministry of Transport and Infrastructure will issue a new MD (or amend the existing MD) providing that the applicable exemptions granted to residents and businesses in several prefectures and municipalities adjacent to the Egnatia motorway from payment of tolls will apply until 31/12/2018 and no further extension will be given.
- (e) By 22 May, Egnatia S.A. will sign the contract for the construction of the Asprovalta toll station with the preferred bidder and instruct the constructor to commence its construction immediately. Within a week upon completion of the construction of the toll stations of Asprovalta and Thessaloniki (Oreokastro), the Minister for Infrastructure and Transport and the Minister of Finance will adopt, in agreement with TAIPED, a JMD by virtue of which (a) the abovementioned toll stations will be put in operation and (b) the toll rates to be applied respectively shall be determined based on the current toll pricing policy applied to the already existing Egnatia toll stations.
- (f) By 22 May, Egnatia SA will immediately instruct the contractor of the two, new Operations & Maintenance Contracts (O&M) to commence construction of the Frontal Toll Stations of Strymoniko and Kavala.
- (g) Upon the approval of the modification of environmental terms permits by the competent Ministry for Energy & Environment (no later than mid-June 2018), Egnatia SA will immediately trigger and put in effect the options of the two O&M contracts for the immediate commencement of construction of all remaining Frontal Toll Stations and of all Lateral Toll Stations (except four, for which the commencement of the construction will follow by the end of July) envisaged in JMD 6686/29.5.2017 (no later than end-June 2018).

- (h) By 30 May, the Inter-ministerial Committee of Assets Restructurings and Privatizations will issue a decision (text to be agreed with TAIPED), in accordance with article 2 par. 5 of Law 3986/2011, pursuant to which TAIPED shall be entitled to include in the scope of the services concession agreement of the Egnatia tender the obligation of the concessionaire to finance, study and perform all the necessary works pertaining to the upgrade of motorway standards of (a) the Halastra – Polykastro section of the Halastra – Evzoni vertical road axis and (b) the Christos – Ambela section of the Thessaloniki – Serres – Promachonas vertical road axis, such sections measuring approximately 54 km in total. Egnatia S.A. will be transferred to the Ministry of Infrastructure and Transport following the date of commencement of the concession.
- v. On **Hellenikon**, the authorities will complete (a) the relocation of the existing users (actions included in the GPAs); (b) the enactment of a law for the establishment of the management authority of open and public areas and facilities and (c) implement the revised timetable agreed in the working group on the fulfilment of all Conditions Precedent relating to the adoption of the necessary ministerial decisions and the award of the casino licence (actions included in the GPAs) to ensure financial closing by December 2018.
- vi. **Other projects:**
- (a) The authorities have launched the tender for the sale of 5% of **OTE** and for the joint sale (by PANEUROPEAN and TAIPED) of at least 50.1% of **HELPE**. The unsold stake of TAIPED (15.5%) will be transferred to HCAP. They will launch the tender for the sale of 30% of **AIA** (subject to clearance of the extension of the concession agreement by DG COMP).
- (b) On **DEPA**: the updated ADP will provide for the sale of 65 percent of DEPA or another form of transaction of equivalent effect. To this end, the ADP will provide for the agreed privatization transaction structure between the Greek authorities and the institutions. The tender will be launched once the assessment of potential obstacles to competition, as a result of the exit of any of the current shareholders of the EPAs, will be concluded.
- (c) On **PPC**: the launch of the tender for the sale or other form of monetization of 17% of PPC provided it generates at least equivalent financial benefits to the Hellenic Republic compared to the sale will follow at a subsequent stage.
- vii. On **Athens International Airport** the extension of the concession agreement will be ratified in Parliament (subject to the prior issuance of the required decisions by the relevant European authorities).
- viii. On **OLTH** the concession agreement has been ratified in Parliament.
- ix. The Board of Directors of TAIPED, with the help of external advisors, will (a) review the corporate governance structure of DEPA and Egnatia S.A. and assess the Board of Directors of the specific companies and (b) replace executive and non-executive members if needed.

Hellenic Corporation of Assets and Participations

The Hellenic Corporation of Assets and Participations (HCAP), which will have in its

possession valuable Greek assets, was established through law 4389/2016 in line with the statement of the Euro Summit of 12 July 2015. The overarching objective of the Fund is to manage valuable Greek assets; and to protect, create and ultimately maximize their value which it will monetize through privatisations and other means. The Fund is established in Greece and is managed by its Board of Directors, overseen by a Supervisory Board; two members of the Supervisory Board have been nominated jointly by the European Commission and the ESM and appointed by the Minister of Finance, together with three members nominated by the Minister. The Fund is expected to fulfil its objective by adhering to international best practices and OECD guidelines in terms of governance, oversight and transparency of reporting standards, and compliance, as well as best practices for socially and environmentally sustainable business and consultation with stakeholders. The Fund and its assets will be under professional management at arm's length from the State. The monetisation of the assets will be one source to make repayments of the new loan of ESM, in line with the Euro Summit Statement.

As prior actions:

- i. The General Assembly shall adopt the chapter of the company's internal regulation on the investment policy, following agreement with the institutions on the specific content of this document;
- ii. Submission of business plans to HCAP by the SOEs transferred to HCAP, in which HCAP is the majority shareholder;
- iii. The Board of Directors of HCAP will review the Boards of ELTA, OASA and replace executive and non-executive members if needed. For the listed companies, the review and replacement of executive and non-executive members if needed, will be in full compliance with the regulatory framework in place;
- iv. The additional non-executive members of the Board of Directors of HCAP have been appointed;
- v. Based on the process agreed among the authorities and the institutions, identification of the real estate assets to be transferred, and completion of the transfer of the real estate assets;
- vi. SOEs transfer to HCAP: (i) Amendment of the articles of association of the SOEs transferred to HCAP, in which HCAP has the majority shareholding, so that there is compliance with the codified company law 2190/1920. (ii) Due to implementation difficulties related to the carve-out of GAIAOSE assets and rights from the company as set out in the TMU of July 2017, the HCAP law will be amended for the transfer of the shares of GAIAOSE to HCAP. Policy goals relevant to the company will be addressed in accordance with the HCAP coordination mechanism. The transfer will be effective from 1 July 2018. (iii) With a view to transferring OAKA to HCAP by the end of 2018, and as a prior action, the authorities shall provide a list of actions needed to achieve this transfer, and a timetable for their completion. The list shall include the determination of the amounts needed to maintain or overhaul OAKA facilities as applicable, provision for these amounts by the State in compliance with any applicable legal constraints, conversion of OAKA to a sufficiently capitalised *societe anonyme*, and transfer to HCAP. As a further prior action, the authorities shall establish a committee or working group, including representatives of HCAP, to oversee implementation of those actions.

The Ministry of Finance, using the technical support of HCAP or other experts as it judges appropriate, will review on a regular basis the portfolio of real estate assets belonging to the state as well the portfolio of SOEs (including newly set up SOEs). Within this framework, the real estate assets of OSE will be reviewed following their transfer to the Greek State. The State shall transfer to HCAP those complying with the purposes of HCAP.

5. A modern State and Public Administration

5.1. Public administration

The authorities will continue to modernise and significantly strengthen the Greek administration, and to put in place a programme, in close collaboration with the European Commission, for capacity-building and de-politicizing the Greek administration at all levels. Significant reforms have already been adopted in the context of the ESM Programme, and now attention is turned to their full implementation.

In this context:

- (i) *Mobility*. The authorities are already implementing the new mobility scheme. The appointing authorities of the receiving services will as a **prior action** i) issue the selection certificates regarding the first cycle signifying the completion of the selection process and ii) adopt a legal amendment to facilitate the swift completion of the salary fiche allowing for the actual transfer to take place without the risk of the originating entity holding it up. Actual transfers will be completed by July 2018. Final decision on employee mobility will be taken by the receiving service with a vacant position, without involvement of the political level, and according to pre-defined rules to limit disruption in the departing service. This will rationalize the allocation of resources as well as the staffing across the general government. According to Law 4440/2016, mobility is primarily carried out in the form of transfers, whereas secondments are only allowed in special circumstances and for strict time periods that cannot be extended.
- (ii) *Appointments*:
 - As **prior action**, (a) the authorities will complete a study in conjunction with technical support of the minimum requirements of the job announcements for all Administrative, Alternate Administrative and (Special) Sector-Level Secretaries positions listed in the TMU (Section VV), taking into account the factors included in Article 7 of 4369/2016. Based on the results of the study the authorities will take appropriate actions where needed by July 2018; (b) the appointments of 55 thematic Directors General will be completed with the remaining 35 thematic Directors General by July; and (c) the call for 220 of all Directors will be launched with the remaining 175 by July.
 - All Directors will be appointed by October 2018. The call for all Heads of Division will be launched in October 2018 with all appointments completed by December 2018.
 - The authorities will provide a detailed report on the implementation of the above actions by June 2018 (see TMU section VV).
- (iii) *Performance assessment*. As a **prior action** (i) the web-based/online tool/platform for performance assessment, at the initiative of M.A.R., has been launched and is fully operational; (ii) a Ministerial Decision, setting the timeframe for the second performance assessment will be issued and iii) the first step (self-assessment by

the employee) will be completed for the majority of positions, with the remaining steps to be completed by July.

- (iv) *Organigrams and job descriptions*: A comprehensive Human Resource Management System (HRMS) will be created that will allow for the effective management of the all public administration's personnel. As a first step the authorities will initiate a platform in which both digital organigramms and job descriptions will be interconnected. As a **prior action** a manual will be circulated to all public sector entities and a training programme started on populating the database; and a selective number of pilot entities will complete organigrams and job descriptions thorough setting out at the unit level respective job descriptions for all unit positions.
- (v) *Allowances*. As a **prior action**, the authorities will (i) publish the short-term plan on protection and prevention as specified in the law, (ii) provide to the institutions the initial opinion of the Committee regarding allowances for hazardous and dangerous work, together with the detailed study and provisional quantifications, as specified in the law, and (iii) agree with the institutions the guidance provided by the ministers to the Committee.
- (vi) *Coordination*. The authorities will strengthen the capacity for coherent policy making, to ensure effective planning and coordination of governmental work, of legislative initiatives, of monitoring of implementation of reforms, and of arbitrage functions on all policies. As a **prior action**, following the submission of an Inter-Ministerial Coordination Manual in April 2018, the authorities will (i) formally adopt the Manual to enhance structures and procedures within the government and the public administration, which includes the preparation, coordination and arbitration of policies, and (ii) commit to an implementation plan of how the structure and procedures will be applied by the government, notably by re-enforcing the role of the existing Secretariat General for Coordination.

Further actions include:

- i. *Curricula*. By mid-June the current 'klados' system will be mapped and streamlined with the generic and specific job descriptions with the cooperation of the available technical support.
- ii. *Wage bill*. The MTFS 2019-22 will establish ceilings for the wage bill and the level of public employment consistent with achieving the fiscal targets and ensuring a declining path of the wage bill relative to GDP during the period, inter alia through the use of the attrition rule which will go from 1:3 in 2018 to 1:1 from 2019 onwards, while exempting from the calculation of the total annual number of hirings those that are due to staff mobility within the public sector, except from Chapter B companies. Conversions of temporary contracts into permanent contracts following a final Court decision will require action to ensure adherence to the projected wage bill in the 2018 budget and the 2019-22 MTFS.

Furthermore, a ceiling on temporary contracts will be introduced to ensure that the average number of contracts burdening the budget, as reported in the Census database, remains unchanged in 2018, preserving the projected general government wage bill. Additional temporary contracts to cover needs coming from the refugee crisis, natural disasters and humanitarian crisis will be exempt from the ceiling.

- iii. *ASEP (Supreme Council for Civil Personnel Selection)*: Setting up a committee to provide a detailed review of ASEP's existing capacity and develop an action plan to

ensure that ASEP has the resources required to fulfil its mandate, including ensuring appointments/recruitments within a reasonable time plan, which needs to be defined for each appointment/selection process.

- iv. *Illegal hires.* The authorities will continue to identify illegal hires and temporary injunctions, as well as disciplinary cases, and take appropriate enforcement action.
- v. *Development of an Internal Control System.* To strengthen the transparency and accountability of the public administration, the authorities will develop and implement a system of internal control including internal audits, making the best use of technical support. By May 2018, the authorities will present to the Commission the proposal of the system of internal control including internal audit in view of its subsequent implementation. The internal control systems will be developed in close cooperation with the on-going technical support activities on Anti-Corruption and on Administrative Reform undertaken respectively by the OECD and Expertise France.
- vi. *Access to law.* The authorities will engage, with the help of technical support, in a programme to improve access to law by citizens. This includes a long-term plan of codification of the main legislations which will be proposed by May 2018, with a view to fully implement it by the end of 2018. This also includes the creation of a publicly and freely accessible electronic portal giving access to legislation, both in the form published in the Gazette (FEK form) and in the consolidated version of the various provisions.

5.2 Justice

The authorities will implement the three-year strategic plan for the improvement of the functioning of the judicial system. The plan encompasses key actions aimed at enhancing judicial efficiency, speeding up judicial proceedings and addressing shortcomings in the functioning of courts such as, but not limited to, collecting information on the situation of the courts, computerization, developing alternative means for dispute resolution, such as mediation, rationalizing the cost of litigation and improving in court functioning and court management.

The authorities will continue to ensure a regular and unimpeded flow of e-auctions (see TMU Section GG).

In order to support lenders' capacity to auction foreclosed properties, the authorities will make an assessment of potential legal and technical impediments to the further improvement of electronic auctions by May 2018. These impediments, if any, will be addressed, by adopting necessary legal amendments as a **prior action** including a review of the mechanism for decreasing the asking price in the event of failed auctions.

The authorities, making use of technical support as appropriate, will:

- i. Integrate in the growth strategy the three-year strategic plan for the improvement of the functioning of the judicial system, since timely, efficient and reliable justice is a key driver for growth, and implement the plan according to its schedule; submit biannual reports to the institutions on the progress of integration, starting from June 2018. Assess the implementation and effectiveness of proposed measures to reduce the backlog of cases in civil courts, and deliver to the institutions a report by June 2018. Potential identified problems, impediments or shortcomings will be addressed, including by enacting the necessary legal amendments, by December 2018.

Assess the implementation and effectiveness of proposed measures comprised in the agreed action plans to improve e-justice, mediation and judicial statistics by June 2018. Disseminate the relevant information on the new legal framework of mediation to the legal practitioners and the public at large, so as to increase awareness of the availability of this mechanism and encourage its use (June 2018).

5.3 Anti-corruption

The authorities will fully implement the legal framework for the financing of the political parties, notably by ensuring that all necessary secondary legislation is adopted (**prior action**, TMU Section WW). They will also ensure the publication of the report from the authority in charge of controlling the financing of the 2015 elections by May 2018.

The authorities will revise the legal framework of the declaration of assets system in light of the recent Council of state ruling. This implies revising primary legislation and ensuring that secondary legislation is fully in place by June 2018. The authorities will also ensure that the bodies in charge of controlling the declarations of assets are fully staffed and operational by May 2018. The authorities will ensure that all declarations up to 2016 (based on 2015 income) are processed by December 2018.

The authorities will continue to implement the Strategic Plan against corruption in full and in line with its timeline. The update of the national anti-corruption plan (**prior action**, TMU Section XX) will include a commitment to assess the implementation of the Code of Conduct of members of Parliament and, based on this assessment, it will be revised, if needed, by June 2018. The updated plan will also include the creation by September 2018 of a monitoring mechanism of a selection of important financial crimes, including notably corruption and money laundering cases with the objective to build a credible track-record of prosecuting and sanctioning such crimes.

Following the assessment of the reduction of penalties for financial crimes provided by Law 4312/2014, the authorities will by October 2018 deliver a draft and by December 2018 amend this legislation.

The authorities will continue to pursue technical support with the European Commission SRSS in the fields of anti-corruption.

5.4 Independent agencies and regulatory bodies

Hellenic Statistical Authority (ELSTAT)

The government fully respects the independence of ELSTAT in carrying out its tasks and providing high quality statistics in a timely manner. For this, the government will continue implementing necessary reforms and investigate all the support possibilities available to provide ELSTAT with adequate human resources, sufficient financial means and continue providing effective access to administrative data.

This follows up the commitments taken by the government in the Commitment on Confidence in Statistics signed in March 2012, in order to support ELSTAT in upholding confidence in Greek statistics and to defend them against any efforts to undermine their credibility, as well as to report annually to the Hellenic Parliament and to the European Commission.

Independent agencies and entities

A unified approach should be adopted towards all independent agencies, irrespective of whether they are constitutionally protected or not. A common set of rules, applicable horizontally, would simplify the normative framework and would enhance effective governance of the relevant agencies and unhindered performance of their functions.

Following the agreement on the principles and key elements to strengthen the autonomy and effectiveness of all independent agencies and entities in the context of the second review, the authorities will, as a **prior action**, enact legislation to reorganize the field, including, where appropriate, merging eligible entities, reassigning functions to relevant services of the central administration and abolishing redundant entities; and finalize and enact, after consultation with the institutions, the legislation on bringing horizontal provisions in line with the results of the horizontal review and best practices.

In addition:

- i. *Hellenic Competition Commission (HCC)*: the government commits to safeguard the independence and the effectiveness of the Hellenic Competition Commission in line with EU requirements. As a **prior action**, the authorities will agree with the institutions the principles of future legislation, included detailed drafting where possible so as to bring these in line with best practices, including on issues relating to the conflicts of interest of the HCC's Board members and the staffing of the HCC's internal legal office, consistent with the general framework for the appointment of legal staff of the entities of the public sector, as defined by law. The advocacy unit of the Hellenic Competition Commission will be strengthened by twelve additional posts and a review will be conducted with the support of the European Commission and international expertise to ensure that the competition law is in line with EU best practice. This legislation shall be adopted by July 2018, in agreement with the institutions and after consulting the relevant Commission services.
- ii. *Regulatory Authority for Energy (RAE)*: As a **(prior action)**, the authorities will agree with the institutions the principles of future legislation, included detailed drafting where appropriate, so as to bring these in line with best practices. By July 2018, the authorities, in agreement with the institutions and after consulting the relevant services of the European Commission, will adopt or amend any primary and secondary legislation, including the Internal Operation Rules of RAE under Article 45 of Law 4001/2011.
- iii. *Regulatory Authority for Passenger Transport (RAEM)*: As a **prior action**, the authorities will agree with the institutions the principles of future legislation, included detailed drafting where appropriate, so as to bring these in line with best practices. By July 2018, in agreement with the institutions and after consulting the relevant Commission services, the legislation will be adopted.

Ergänzendes Memorandum of Understanding

Vierte Überprüfung des ESM-Programms

ENTWURF – 20. Juni 2018

1. Ausblick und Strategie

Im Juli 2015 hat Griechenland seine europäischen Partner um Unterstützung ersucht, um zu nachhaltigem Wachstum zurückzukehren, Arbeitsplätze zu schaffen, Ungleichheiten abzubauen und die Risiken für seine eigene und die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets aktiv anzugehen. Im August 2015 schloss Griechenland eine Vereinbarung über Stabilitätshilfe in Form eines Darlehens des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einem Bereitstellungszeitraum von drei Jahren. In Übereinstimmung mit Artikel 13 Absatz 3 ESM-Vertrag wurde ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet, in dem die mit der Finanzhilfefazilität für den Zeitraum 2015 bis 2018 verbundenen Auflagen im Einzelnen aufgeführt werden. Die Auflagen werden regelmäßig aktualisiert, wobei die in den vorangegangenen Monaten erzielten Reformfortschritte berücksichtigt werden. Bei jeder Überprüfung werden die konkreten politischen Maßnahmen und anderen Instrumente zur Verwirklichung der hier skizzierten allgemeinen Ziele in allen Einzelheiten und mit Zeitplan umfassend präzisiert. Diese aktualisierte Fassung spiegelt die Vereinbarung zwischen dem ESM, der in seinem Namen agierenden Europäischen Kommission und den Behörden nach Abschluss der vierten Überprüfung des ESM-Programms wider.

Notwendige Vorbedingung für den Erfolg ist die Identifikation der griechischen Behörden mit der Reformagenda. Daher ist die Regierung bereit, die Maßnahmen zu ergreifen, die im Fall geänderter Umstände hierfür gegebenenfalls erforderlich werden. Die Regierung verpflichtet sich, alle zur Verwirklichung der Ziele des Memorandum of Understanding erheblichen Maßnahmen mit der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds zu beraten und zu vereinbaren, bevor sie abschließend ausgearbeitet und rechtsgültig verabschiedet werden.

In der Konsolidierungsstrategie wurde der Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit und Fairness innerhalb der und zwischen den Generationen Rechnung getragen. Fiskalische Zwänge haben schwierige Entscheidungen erforderlich gemacht. Daher ist es wichtig, dass die Last der Anpassung von allen Teilen der Gesellschaft getragen und die finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird. Der Schwerpunkt wurde auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung, des Steuerbetrugs und der strategischen Säumigkeit gelegt, da durch diese Praktiken ehrliche Bürger und Unternehmen belastet werden, die ihre Steuern und Darlehen fristgerecht zahlen. Durch Produktmarktreformen sollen die Gewinne unterbunden werden, die Gruppen mit althergebrachten Ansprüchen zufließen, denn die damit einhergehenden höheren Preise unterminieren das verfügbare Einkommen der Verbraucher und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Bei der Rentenreform wird berücksichtigt, dass es für die derzeitigen Rentner schwieriger geworden ist, Einkommensausfälle auszugleichen; daher wurden Kürzungen schrittweise in Abhängigkeit von der jeweiligen Rentenhöhe vorgenommen. Um die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern, haben die Behörden die Ausschöpfung von ESIF-Mitteln beschleunigt und ergreifen Maßnahmen, um sowohl kurz- als auch langfristig einen wirksamen Effekt auf die Wirtschaft sicherzustellen. Eine

gerechtere Gesellschaft setzt voraus, dass Griechenland die Struktur seines Sozialsystems weiter verbessert, sodass ein echtes soziales Sicherungssystem vorhanden ist, das die knappen Mittel denen zukommen lässt, die sie am dringendsten benötigen. Vor diesem Hintergrund haben die Behörden Anfang 2017 Maßnahmen ergriffen, mit denen alle (auch nicht versicherte Personen) Zugang zur Gesundheitsversorgung haben und landesweit ein Basissystem der sozialen Sicherung in Form eines garantierten Mindesteinkommens (Social Solidarity Income – SSI) eingeführt.

Die Umsetzung der Reformagenda schafft die Grundlage für eine nachhaltige Erholung, wobei die Maßnahmen vier Säulen zuzuordnen sind:

- Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (Abschnitt 2): Griechenland strebt einen mittelfristigen Primärüberschuss von 3,5 % des BIP an. Unterstützt wird dies durch ein ehrgeiziges Programm zur Verbesserung der Steuerehrlichkeit und der öffentlichen Haushaltsführung sowie zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung bei gleichzeitiger Gewährleistung eines angemessenen Schutzes von Randgruppen. Diese Ziele sollen u. a. durch die unabhängige Steuerbehörde IAPR erreicht werden.
- Wahrung der Stabilität des Finanzsystems (Abschnitt 3): Zum Abbau des hohen Bestands an notleidenden Krediten bleiben weitere Bemühungen erforderlich. Insbesondere muss hierzu der gestärkte Rahmen zur Unterstützung der Abwicklung notleidender Kredite wirksam umgesetzt werden (Sekundärmarkt für notleidende Kredite, außergerichtliche Abwicklung (OCW), elektronische Auktionen, Insolvenzregelungen). Bei den Banken und im öffentlichen Sektor müssen Umschuldungen sowie die Abwicklung nicht tragfähiger Unternehmen beschleunigt werden, um bei gleichzeitigem Auslaufen der Kapitalverkehrskontrollen die wirtschaftliche Erholung zu fördern.
- Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionstätigkeit (Abschnitt 4): Griechenland wird auch weiterhin ein breites Spektrum an Strukturreformen ausarbeiten und umsetzen, die nicht nur die EU-Vorgaben uneingeschränkt erfüllen, sondern auch das Erreichen europäischer bewährter Verfahren zum Ziel haben. Die Behörden werden ihr ambitioniertes Privatisierungsprogramm fortsetzen, außerdem wurde zur effizienteren Verwertung werthaltiger staatlicher Vermögenswerte der unabhängige Privatisierungs- und Investitionsfonds (HCAP) eingerichtet.
- Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung (Abschnitt 5): Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Umsetzung von Reformen zur Steigerung der Qualität und Effizienz des öffentlichen Sektors bei der Bereitstellung unentbehrlicher öffentlicher Güter und Dienste gelegt. Die Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und der Kapazitäten des Justizwesens und zum Ausbau der Korruptionsbekämpfung werden fortgeführt. Durch Reformen werden u. a. die institutionelle und operative Unabhängigkeit und Wirksamkeit wichtiger Institutionen und Einrichtungen erhöht, z. B. der Statistikbehörde ELSTAT, der griechischen Wettbewerbskommission und anderer Aufsichtsstellen.

Technische Unterstützung

Notwendige Vorbedingung für die erfolgreiche Erholung ist die kontinuierliche Umsetzung vereinbarter Maßnahmen über viele Jahre hinweg, wofür sowohl politischer Wille erforderlich ist als auch die fachliche Fähigkeit der griechischen Verwaltung zur Bewältigung ihrer Aufgaben. Die Behörden haben sich daher verpflichtet, die verfügbare technische Unterstützung umfassend zu nutzen. Diese wird auf europäischer Seite vom Dienst zur Unterstützung von Strukturreformen (Structural Reform Support Service; SRSS) der Europäischen Kommission koordiniert. Technische Unterstützung steht bereits für einige zentrale Reformzusagen bereit, darunter die Steuerpolitik und das öffentliche Finanzwesen, die Reform der Zoll- und Steuerverwaltung, die Überprüfung der regulatorischen Beschränkungen des Wettbewerbs, die Vereinfachung von Genehmigungen und Umsetzung von Geschäftsreformen, die Überprüfung der Sozialfürsorge, die landesweite Einführung des garantierten Mindesteinkommens (Guaranteed Minimum Income – GMI), die Zusammenlegung der Rentenfonds zu einem Fonds, die Korruptionsbekämpfung, die Umsetzung der energiepolitischen Ziele Griechenlands, die Reform des griechischen Gesundheitswesens, die Modernisierung der Justiz sowie die Verwaltungsreform. Im Oktober 2015 haben die griechischen Behörden und die Europäische Kommission einen mittelfristigen Plan für technische Unterstützung in Einklang mit dem im August 2015 unterzeichneten MoU abgeschlossen. Im Dezember 2015 informierten die griechischen Behörden die Kommission über die Bereitstellung von 30 Mio. EUR für Projekte zur technischen Unterstützung in den Bereichen öffentliches Finanzwesen und Privatisierung, wirtschaftliche Entwicklung und Beschaffung, Justiz und Korruptionsbekämpfung, Reform der öffentlichen Verwaltung auf zentraler und kommunaler Ebene sowie Arbeit, Beschäftigung und soziale Sicherung (einschließlich Gesundheit und Bildung). Auch der Verkehrssektor und andere Branchen wie Tourismus, Energie, Abfall und Wasser werden einbezogen. Im Juli 2017 vereinbarte die Kommission mit der griechischen Regierung einen Ergänzungsplan zur Anpassung des Rahmens an das neu eingeführte Programm zur Unterstützung von Strukturreformen (Structural Reform Support Programme – SRSP) für den Zeitraum von 2017 bis 2020. Dieser Ergänzungsplan sieht für das SRSP 2017 Projekte zur technischen Unterstützung im Wert von 2,9 Mio. EUR und für das SRSP2 2018 im Wert von 2 Mio. EUR vor. Die geförderten Unterstützungsprojekte werden mit vorangegangenen Ersuchen um technische Unterstützung (die dadurch erweitert bzw. ergänzt werden) sowie mit dem MoU, einschließlich dieser aktualisierten Fassung, abgestimmt. Ferner haben die griechischen Behörden am 30. Januar den Artikel 11 des SRSP ausgelöst, sodass in den kommenden Jahren weiterhin technische Unterstützung im Wert von 20 Mio. EUR für laufende Projekte in Bereichen, in denen die Reform noch nicht abgeschlossen wurde, und für neuen Bedarf an technischer Unterstützung, der sich durch die Wachstumsstrategie ergeben kann, geleistet werden kann.

Wachstumsstrategie

Griechenland muss auf die vereinbarte Konsolidierungsstrategie aufbauen und eine echte Wachstumsagenda verfolgen, mit der Griechenland sich identifiziert, die unter griechischer Führung steht und bei der die verfügbaren Ressourcen einschließlich der von der EU bereitgestellten voll ausgeschöpft werden. Hierbei sollten die im vorliegenden ergänzenden MoU enthaltenen Reformen, die maßgeblichen Initiativen der Europäischen Union, die

Partnerschaftsvereinbarung für die Umsetzung des einzelstaatlichen strategischen Rahmenplans (National Strategic Reference Framework; NSRF) und andere bewährte Verfahren berücksichtigt werden. Griechenland muss von den erheblichen Mitteln in vollem Umfang profitieren, die der EU-Haushalt und die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Unterstützung von Investitionen und Reformanstrengungen zur Verfügung stellen. Im Zeitraum 2007-2013 standen Griechenland Zuschüsse aus EU-Programmen in Höhe von 38 Mrd. EUR zu und Griechenland sollte sicherstellen, dass alle in diesem Rahmen finanzierten Projekte entsprechend den EU-Verordnungen plangemäß abgeschlossen werden. Für den Zeitraum 2014-2020 stehen Griechenland mehr als 35 Mrd. EUR durch EU-Mittel zur Verfügung und Griechenland sollte weiterhin bemüht sein, die Ausschöpfung dieses Finanzierungsrahmens zu maximieren und zu beschleunigen. Der Investitionsplan für Europa der Europäischen Kommission und die EBWE werden zusätzliche Investitionsquellen sowie technische Hilfe für öffentliche und private Investoren zwecks Ermittlung, Förderung und Entwicklung hochwertiger und durchführbarer zu finanzierender Projekte bereitstellen, und die griechischen Behörden und Betreiber sollten diese Möglichkeit in vollem Umfang nutzen.

Die griechischen Behörden haben der Eurogruppe am 27. April 2018 einen Entwurf für eine Wachstumsstrategie vorgelegt, welche Schwerpunkte in Bezug auf die Bereiche Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Förderung unternehmerfreundlicher Bedingungen, Tarifsysteem, Gewährleistung eines wirksamen Funktionierens der Netzindustrien und der Verwaltung staatlicher Vermögenswerte, Förderung eines gerechten und inklusiven Wachstums sowie Stärkung der Wachstumsfinanzierung (Finanzinstrumente, Entwicklungsbank, Abbau notleidender Kredite) enthält. Zudem sollen sektorale Prioritäten in Bereichen wie Verkehr und Logistik, Energie, Kreislaufwirtschaft, Lebensmittel, verarbeitendes Gewerbe, Schifffahrt, Pharmabranche, Gesundheit und Umwelt, Tourismus und Kultur ausgearbeitet werden. Die Wachstumsstrategie gründet auf im Rahmen des Programms vereinbarten Reformen sowie bestehenden mittelfristigen Aktionsplänen in Schwerpunktbereichen. Zur Fertigstellung der Wachstumsstrategie werden die Behörden Sozialpartner und andere Beteiligte hinzuziehen. Allgemein gehaltene Bereiche des Entwurfs für eine Wachstumsstrategie werden von den Behörden zwecks Steigerung der Zugkraft und Glaubwürdigkeit als Grundlage für die weitere Erarbeitung und Umsetzung konkreter politischer Maßnahmen genutzt. Umsetzen werden die Behörden die Strategie mit der Unterstützung eines wissenschaftlichen Entwicklungsrats, der sich aus Vertretern von Sozialpartnern und Branchenverbänden zusammensetzt, sowie eines Beirats aus ausländischen Investoren.

Ende November 2017 legten die Behörden ein Konzeptpapier zur Schaffung einer nationalen Entwicklungsbank vor, die im Einklang mit der Erklärung der Eurogruppe vom 15. Juni 2017 die Umsetzung von Entwicklungs- und Fördermaßnahmen koordinieren wird. Der neue Rechtsträger wird keine Einlagen des Publikums annehmen und keine direkte Kreditvergabe betreiben. Die Aufgaben, die endgültige Struktur und die Satzung des neuen Rechtsträgers werden aus einer eingehenden Beratung und Abstimmung mit den Institutionen hervorgehen und so ausgestaltet, dass die Staatsfinanzen und die Finanzstabilität keinen Risiken ausgesetzt werden; die Festlegung der Ziele, Instrumente und Führungsstruktur erfolgt im Einklang mit international bewährten Verfahren und mit technischer Unterstützung.

2. Schaffung tragfähiger Staatsfinanzen zur Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung

2.1 Haushaltspolitik

Der gesamtstaatliche Primärsaldo gemäß der Programmdefinition belief sich 2017 auf 4,2 % des BIP und überstieg damit das dritte Jahr in Folge deutlich das Programmziel. Das Ergebnis 2017 wurde durch zahlreiche Maßnahmen erreicht, insbesondere die Rentenreform 2016 und die Reform der indirekten Steuern, während der Ertrag aus der Einkommensteuerreform unter den Erwartungen lag. Für zusätzlichen Auftrieb sorgten erhebliche Zahlungen zur Begleichung von Steuerrückständen im Rahmen der Initiative zur Selbstanzeige bzw. durch Sozialabgaben. Der Großteil der Übererfüllung ist gleichwohl auf niedriger als erwartet ausgefallene Ausgaben, insbesondere für Investitionen, zurückzuführen.

Die griechischen Behörden verpflichten sich, durch Einhaltung des im August 2015 vereinbarten haushaltspolitischen Kurses tragfähige öffentliche Finanzen zu gewährleisten. **Dieser Kurs sieht ein Primärüberschussziel von 3,5 % des BIP im Jahr 2018 vor.** Das Primärüberschussziel von 3,5 % des BIP wird mittelfristig, d. h. bis 2022, beibehalten werden.

Als **Vorabmaßnahme** wird die Regierung die mittelfristige Haushaltsstrategie 2019-2022 beschließen, in der Ausgabenobergrenzen für 2019-2022 festgelegt werden, die mit den Zielen nach dem ESM-Programm und einem Primärüberschuss von 3,5 % des BIP vereinbar sind.

Die griechische Regierung wird Haushaltsrisiken einschließlich bestehender und künftiger Gerichtsentscheidungen überwachen und ausgleichende Maßnahmen ergreifen, soweit diese zur Erreichung der mittelfristigen Haushaltsziele im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsstrategie und ihrer jährlichen Aktualisierungen erforderlich sind.

Als Beitrag zu einer wachstumsfreundlicheren und verteilungsgerechteren Neuausrichtung des Haushalts haben die Behörden im Juni 2017 vorab ein Haushaltspaket verabschiedet. Im Einzelnen enthält das Paket die folgenden Maßnahmen:

- eine 2019 umzusetzende Rentenreform, die für 2019-2022 zu Nettoeinsparungen von 1 % des BIP führen soll, und eine 2020 umzusetzende Einkommensteuerreform, die 2020, 2021 und 2022 zu Nettoeinsparungen von 1 % des BIP führen soll (siehe TMU Abschnitt L);
- ein wachstumsförderndes Steuerpaket, das netto den Einnahmen aus der Einkommensteuerreform entspricht und i) eine Absenkung der Einkommensteuersätze und des Solidaritätsbeitrags mit einer mittelfristigen Konsolidierungswirkung von 0,8 % des BIP, ii) eine Absenkung der Körperschaftsteuersätze mit einer mittelfristigen Konsolidierungswirkung von 0,1 % des BIP sowie iii) eine Absenkung der Grundsteuer (ENFIA) mit einer Konsolidierungswirkung von 0,1 % des BIP umfasst (siehe TMU Abschnitt L);
- ein gezieltes Ausgabenpaket, das netto den Einnahmen aus der Rentenreform entspricht, bestehend aus einer Erhöhung i) der Ausgaben für gezielte Sozialleistungen (Wohngeld, Kindergeld, Schulverpflegung, Krippen- und Kindergärtenplätze, bedarfsorientierte Senkung der

Zuzahlungen für Gesundheitsleistungen) um 0,7 % des BIP, ii) der öffentlichen Investitionen in hochwertige Infrastruktur um 0,15 % des BIP sowie iii) der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen um 0,15 % des BIP (siehe TMU Abschnitt L). Soweit Teile des Sozialleistungspakets auf 2018 vorgezogen wurden, wird die Nutzung von verfügbarem Haushaltsspielraum in Abstimmung mit den Institutionen festgelegt.

Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden die Umsetzung der Maßnahmen zur Einkommensteuer auf das Jahr 2019 vorziehen, wenn der IWF in Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und den griechischen Behörden im Rahmen der abschließenden Programmüberprüfung zu dem Schluss gelangt, dass auf Grundlage einer transparenten vorausschauenden Bewertung eine vorgezogene Umsetzung erforderlich ist, um ohne wachstumsschädliche Maßnahmen das vereinbarte Haushaltsziel eines Primärüberschusses von 3,5 % des BIP im Jahr 2019 zu erreichen; sofern erforderlich, werden sie im Einvernehmen mit den Institutionen außerdem Rechtsvorschriften erlassen, um sicherzustellen, dass das Haushaltsziel auf wachstumsfördernde Weise genau erreicht wird. Zusätzlich werden die Behörden auf Grundlage einer Bewertung und Vereinbarung durch alle Institutionen in Absprache mit den griechischen Behörden im Anschluss an ein transparentes Verfahren die sekundärrechtlichen Vorschriften erlassen, die zur Umsetzung des expansiven Pakets erforderlich sind, das im Jahr 2019 anlaufen soll. Der Umsetzungsumfang wird sich nach der von den Institutionen vorausgerechneten Übererfüllung der vereinbarten mittelfristigen Ziele richten – unter der Annahme, dass die restriktiven Maßnahmen bereits im Basisszenario berücksichtigt sind –, damit die Erfüllung der Ziele gewährleistet ist.

2.2 Steuerreformen

Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden a) die steuerlichen Vergünstigungen für die Schifffahrtsbranche vor dem Hintergrund der Hinweise der Europäischen Kommission überprüfen, b) nach dreijähriger Anwendung eine technische Überprüfung des Einkommensteuergesetzes vornehmen und dabei Schwachstellen und Schlupflöcher aufzeigen sowie Änderungsvorschläge machen, um die Anwendung des Gesetzes zu klären und zu verbessern und widersprüchliche Bestimmungen zu beseitigen, c) unternehmensteuerliche Anreize für Beschäftigung, Umweltschutz und audiovisuelle Produktionen in Abstimmung mit den Institutionen reformieren, d) das Mehrwertsteuerrecht kodifizieren und vereinfachen, es an das Steuerverfahrensgesetz anpassen und die noch vorhandenen Schlupflöcher schließen, e) die Verzinsungsregelung des Steuerverfahrensgesetzes überprüfen, und f) die Behörden haben das Gesetz über die Erhebung öffentlicher Einnahmen dahingehend geändert, dass auch Auktionen der Finanzbehörden nach diesem Gesetz im Rahmen des Verfahrens für elektronische Auktionen durchgeführt werden können.

Bis Juni 2018 werden die Behörden a) unter Berücksichtigung des modernen Unternehmensumfelds das Gesetz über die Stempelsteuer zur Modernisierung und Vereinfachung der Stempelsteuer überarbeiten und b) die im Einkommensteuergesetz festgelegte Methode, bei der ein fiktives Einkommen zugrunde gelegt wird, überprüfen und ggf. Rechtsvorschriften erlassen.

Parallel zur Überprüfung durch das Justizministerium wird die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) die Effizienz der Anwendung des Gesetzes über die Erhebung öffentlicher Einnahmen auf Auktionen und elektronische Auktionen überprüfen und, falls erforderlich, entsprechende gesetzliche oder verfahrensrechtliche Änderungen vornehmen (**Vorabmaßnahme**).

Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden i) mithilfe technischer Unterstützung die bei der Grundsteuerveranlagung zugrunde gelegten gebietsbezogenen Werte an die Marktpreise anpassen und ggf. entsprechende Rechtsvorschriften erlassen sowie Rechtsvorschriften zur Schaffung einer dauerhaften Arbeitseinheit für die Neubewertung von Immobilien erlassen und ii) Rechtsvorschriften erlassen, durch die erforderlichenfalls einnahmenneutral die Steuersätze angepasst und die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer erweitert werden, damit bis August 2018 die ENFIA-Bescheide erstellt werden können. Bis Juli 2018 werden die Behörden mit technischer Unterstützung i) Pläne für das dauerhafte IT-System für die Neubewertung von Immobilien erarbeiten sowie die dafür erforderlichen Haushaltsmittel ermitteln und ii) die Arbeitseinheit für Immobilienbewertung in das Organigramm des Finanzministeriums aufnehmen.

Die Behörden werden die Anwendung der Kapitalertragsteuer auf Immobilien überprüfen und, falls erforderlich, bis Mai 2018 Rechtsvorschriften erlassen.

Die Behörden werden sicherstellen, dass die auf den verbleibenden Inseln noch geltenden Mehrwertsteuerrabatte bis Ende Juni 2018 beseitigt werden (**Vorabmaßnahme**).

2.3 Reformen der Finanzverwaltung

Die Erhebung der Steuereinnahmen wird bislang durch komplizierte Rechtsvorschriften, Defizite in der Verwaltung, die sich in einem chronisch geringen Beitreibungsniveau niederschlagen, politische Einflussnahme und großzügige Amnestien beeinträchtigt. Um diese Praxis zu beenden und die Zahlungsdisziplin bei Steuern und Sozialabgaben zu verbessern, verpflichtet sich die Regierung nachdrücklich, konsequente Maßnahmen zur Gewährleistung der Unabhängigkeit der Steuerbehörden und zur Verbesserung der Steuerehrlichkeit und Steuererhebung zu ergreifen.

Die Behörden werden die Arbeitsabläufe weiter verbessern, was anhand der zentralen Leistungsindikatoren gemessen wird (siehe TMU Abschnitte H und I). Die Behörden werden die Reformen zur Verbesserung der staatlichen Steuerverwaltung in Abstimmung mit den Institutionen und unter Berücksichtigung der im Rahmen der technischen Unterstützung ausgesprochenen Empfehlungen fortsetzen.

Unabhängige Steuerbehörde (IAPR)

Die Behörden werden Maßnahmen treffen, die erforderlich sind, um eine wirksame Funktionsweise der unabhängigen Steuerbehörde IAPR sicherzustellen. Diesbezüglich werden die Behörden unter Berücksichtigung der seit Einsetzung des Leitungsgremiums im Januar 2017 gewonnenen Erfahrungen bis Juni 2018 sämtliche zur Verbesserung erforderlichen Maßnahmen ergreifen und dabei ggf. Vorschläge im Rahmen der technischen Unterstützung berücksichtigen.

Im Mai 2018 werden die Behörden zusammen mit den Institutionen die Erfahrungen mit dem Leistungsvertrag 2017 der Behördenleitung auswerten (siehe TMU Abschnitt R).

Mit technischer Unterstützung hat die IAPR ein Papier zur Personalpolitik erarbeitet, in dem die Einstufung, Beurteilung, Beförderung und Vergütung ihrer Mitarbeiter geregelt wird. Die Behörden

werden primär- und/oder sekundärrechtliche Vorschriften in Bezug auf die Einstufung der Mitarbeiter erlassen und diese zunächst bis Juni 2018 in Gehaltsstufen eingruppiert. Bis Juli 2018 werden sie primär- und/oder sekundärrechtliche Vorschriften in Bezug auf die Vergütung und die individuelle Beurteilung der Mitarbeiter erlassen. Im Mai 2018 wird eine besondere Zuweisung zur Umsetzung des neuen Vergütungssystems vereinbart.

Die IAPR wird im Rahmen der Haushaltslinie des Generalsekretariats für Informationssysteme (GSIS) mit Sonderhaushaltsmitteln für zentrale IT-Hardware und systemische Software ausgestattet (siehe TMU Abschnitt S). Die IAPR wird die Schwerpunkte dieser Mittel festlegen. Das GSIS wird als Dienstleister auf Grundlage der vereinbarten Kosten die Hardware und systemische Software bereitstellen. Rahmen und Höhe der Haushaltsmittel werden innerhalb der Haushaltslinie des GSIS bis Mai 2018 vereinbart.

Die Behörden werden sicherstellen, dass die Steuer- und Zollakademie bis Juni 2018 voll funktionstüchtig ist.

Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden den folgenden Einstellungsplan für 2017/2018 zur einmaligen Zuführung von Ressourcen über die Einstellungsbehörde für den öffentlichen Dienst (ASEP) wie vereinbart weiter umsetzen (siehe TMU Abschnitt T):

- Einleitung des ASEP-Einstellungsverfahrens für 728 Mitarbeiter, darunter 28 IT-Mitarbeiter
- Anwendung einer Personalabbauquote von 1:1 (d. h. eine Neueinstellung für einen ausgeschiedenen Mitarbeiter) ab 2018
- Bewerber aus den Mobilitätsprogrammen: Die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) ist befugt, Mitarbeiter aus der ASEP-Einstellungsrunde von 1997 bzw. dem Mobilitätsprogramm auszusortieren, sofern sie die von der IAPR für ihren Bedarf festgelegten Qualifikationsanforderungen nicht erfüllen.
- Nach Abschluss des IAPR-Auswahlverfahrens für Bewerber aus dem Mobilitätsprogramm werden 60 % der noch freien Stellen im Jahr 2018 und 40 % Anfang 2019 besetzt, wobei die Höchstgrenze bei 900 Einstellungen liegt. Die Entscheidungen über die Einstellungen für 2018 und 2019 werden getroffen und das Einstellungsverfahren wird eingeleitet.

Die unabhängige Steuerbehörde selbst trifft die endgültige Entscheidung über die an sie zu versetzenden Mitarbeiter. Was die ASEP-Kandidaten betrifft, wird bis Mai 2018 eine Reserveliste erstellt, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden; die ASEP plant ihre Auswahlverfahren so, dass diese Liste eine ausreichende Anzahl an Nachrückkandidaten für eventuelle Nachbesetzungen innerhalb eines Jahres enthält.

Zur Verstärkung der Korruptionsbekämpfung werden die Behörden einen jährlichen Bericht über Disziplinarverfahren und Verstöße veröffentlichen.

Zudem werden die Behörden den Institutionen regelmäßig aktuelle Informationen zu den Tätigkeiten der IAPR zur Verfügung stellen, u. a. durch

- monatliche Berichte zum Haushaltsvollzug und zur Lage in Bezug auf Personalausstattung und Einstellungen der IAPR und
- die halbjährliche Aktualisierung der Dienstleistungsvereinbarung und ggf. die Umsetzung von Korrekturmaßnahmen.

Verbesserung der Steuerehrlichkeit

Zur weiteren Verbesserung der Steuerehrlichkeit wird die Regierung die Umsetzung des Aktionsplans zur Förderung und Erleichterung der Nutzung elektronischer Zahlungsmittel (Überweisungen und Kartenzahlungen) und zur Verringerung der Nutzung von Barmitteln und Schecks fortsetzen und den Institutionen vierteljährlich über den Umsetzungsfortschritt berichten (im Jahr 2018 geplant für April und Juli). Die Behörden werden den Aktionsplan regelmäßig aktualisieren (im Jahr 2018 bis Mai).

Die Behörden werden den operativen Fahrplan zur Verbesserung der Steuerehrlichkeit fristgerecht und vollständig umsetzen.

Die Behörden werden die Risikobewertungssoftware beschaffen oder mieten, die ab Mai 2018 zur deutlichen Verbesserung der Aufklärungsquote von Mehrwertsteuer-Karussellbetrugsfällen eingesetzt werden soll.

Die Behörden verpflichten sich, keine Abgabefristverlängerungen zu gewähren und rechtzeitig die erforderliche Informationskampagne zu starten, mit der die Steuerpflichtigen dazu aufgerufen werden, ihrer Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung fristgerecht nachzukommen (fortlaufende Maßnahme).

Verbesserung der Bekämpfung von Steuerhinterziehung

Die Behörden werden das neue Organisationssystem zur Bekämpfung der Finanzkriminalität durch Justiz und IAPR (unabhängige Steuerbehörde) umsetzen. Als **Vorabmaßnahme** werden die bereits erhaltenen, noch nicht abschließend umgesetzten Anordnungen, die sich nicht in der letzten Prüfphase befinden, wieder der Staatsanwaltschaft übergeben (siehe TMU Abschnitt U).

Die Regierung wird bis Mai 2018 Rechtsvorschriften erlassen über die Einrichtung eines Zentralregisters mit Informationen über die wirtschaftlichen Eigentümer juristischer Personen, um den Zugang der Behörden zu geeigneten, korrekten und aktuellen Informationen gemäß FATF-Standard zu gewährleisten.

Die Regierung wird sich mit dem Problem der Gewinnverkürzung (Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage) befassen und bis Mai 2018 einen Aktionsplan vorschlagen. Diesem Plan

zufolge werden mit Hilfe von Risikobewertungsmaßnahmen griechische Steuerpflichtige, die Gewinne durch Manipulation von Verrechnungspreisen oder Umgehung des Betriebsstättenstatus verlagern, für prioritäre Prüfungen ermittelt.

Um die Anzahl unnötiger Rechtsstreitigkeiten zu verringern, wird die Regierung die Arbeitseinheit für Streitbeilegung verstärken und bis Mai 2018 ein Fallmanagementsystem einrichten.

Verbesserung der Beitreibung staatlicher Einnahmen und des Forderungsmanagements

Zur Verbesserung der Beitreibung von Steuerschulden wird die Regierung die vereinbarte nationale Beitreibungsstrategie vollständig umsetzen. Dies umfasst Folgendes:

- i. nach Abschluss einer zentralen verfahrenstechnischen Maßnahme gemäß TMU (Abschnitt V) als **Vorabmaßnahme** die Beschaffung der Software zur weiteren Automatisierung der Beitreibung, insbesondere mit einem voll automatisierten Pfändungsverfahren,
- ii. ggf. Änderung der Rechtsvorschriften zur Aufstellung eindeutiger Kriterien für die Abschreibung uneinbringlicher Steuerforderungen, umzusetzen bis Mai 2018,
- iii. Prüfung und ggf. Änderung der Verjährungsfrist für die Beitreibung bis Mai 2018, um den Zeitraum, in dem die Beitreibung einer Steuerforderung durchgesetzt werden kann, angemessen zu begrenzen,
- iv. Studie über die Möglichkeit der Einführung eines automatisierten elektronischen Systems zur regelmäßigen monatlichen Steuerentrichtung durch natürliche Personen, abzuschließen bis Mai 2018,
- v. Veröffentlichung der jährlich aktualisierten Liste der Großschuldner, nächste Veröffentlichung fällig im März 2019 (siehe TMU Abschnitt X),
- vi. Verpflichtung zur Überprüfung und ggf. Änderung der Regelungen im Steuerverfahrensgesetz über den regelmäßigen Rückgriff auf Personen, die für die Verbindlichkeiten juristischer Personen gesamtschuldnerisch haften, bis Mai 2018,
- vii. zur Verbesserung der Zahlungsmoral erforderliche Verpflichtung, weder neue Teilzahlungs-, sonstige Amnestie- oder Vergleichsregelungen einzuführen noch bestehende Regelungen zu verlängern sowie sofortige Vollstreckungsmaßnahmen gegenüber Schuldnern zu ergreifen, die ihre Teilzahlungen nicht leisten oder laufenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen (fortlaufende Maßnahme).

Nach der ersten Phase der Klassifizierung der Großschuldner anhand einer Analyse von Wirtschafts- und Finanzdaten zur Ermittlung ihrer Leistungsfähigkeit (siehe TMU Abschnitt W), angefangen bei den Schuldnern der Arbeitseinheit für Großschuldner (Large Debtor Unit – LDU) und der zentralen Inkassostelle für Sozialversicherungsschulden (KEAO), werden LDU und KEAO im Rahmen der zweiten

Klassifizierungsphase bis Mai 2018 einen Bericht fertigstellen, in dem Großschuldner klassifiziert und Lösungen vorgeschlagen werden. Der Bericht wird außerdem Zeitvorgaben und konkrete Leistungskennzahlen enthalten.

Die Regierung wird bis Mai 2018 ein Strategiepapier über Mittel und Wege zur Eindämmung des regelmäßigen Anstiegs der staatlichen Steuerforderungen erstellen.

Bekämpfung des Schmuggels und Steigerung der Effizienz der Zollverwaltung

Die Regierung wird die Strategie zur Bekämpfung des Schmuggels verbrauchsteuerpflichtiger Waren fristgerecht umsetzen. Über entsprechende Fortschritte wird sie vierteljährlich berichten (siehe TMU Abschnitt Y). Die Umsetzung der Schmuggelbekämpfungsstrategie wird die Bekämpfung des Treibstoffschmuggels umfassen sowie die vollständige und fristgerechte Umsetzung des gemeinsamen Ministerialbeschlusses zur Bekämpfung des Treibstoffschmuggels und dessen Maßnahmen zur Lokalisierung von (stationären oder mobilen) Speichertanks und zur Installation des Zufluss-Abfluss-Systems. Die Regierung wird ein operatives Koordinationszentrum zur Bekämpfung des Schmuggels verbrauchsteuerpflichtiger Waren einrichten und in Betrieb nehmen. Dieses Zentrum hat Zugang zu IT-Systemen und es wurde ein detaillierter Geschäftsplan vereinbart. Das interoperable IT-System wird bis Mai 2018 eingerichtet und in Betrieb sein. Das Zentrum wird bis Oktober 2018 vollständig mit Personal ausgestattet sein. Außerdem wird die Regierung bis Dezember 2018 die Ausrüstung registrieren sowie Lagereinrichtungen, Gesellschaften und natürliche Personen mit Zulassungen ausstatten. Die Regierung wird den Aktionsplan zur Beschaffung eines wirksamen Kraftstoffmarkierungssystems umsetzen, das voraussichtlich im Mai 2019 umfassend zur Anwendung kommen wird.

Sofern erforderlich, werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** Rechtsvorschriften erlassen zur Stärkung der Verantwortung inländischer Tabakhersteller für ihre Händler durch Lieferkettenvereinbarungen (siehe TMU Abschnitt Z). Die Regierung wird die Neustrukturierung der Zollverwaltung vollständig umsetzen, wobei die mobilen Kontrolleinheiten und die regionalen Zentren bis Dezember 2018 vollständig finanziert, ausgerüstet und mit Personal ausgestattet sein sollen. Um die Effizienz der Zollverwaltung zu steigern, wird die Regierung unter Beteiligung staatlicher und privater Akteure zügig den Ablaufplan für Handelserleichterungen für die einzige Anlaufstelle („Single Window“) auf nationaler Ebene einschließlich Vereinfachung der Zollverfahren umsetzen und vierteljährlich über die Umsetzung berichten.

Zentralisierung der Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen bei einem Sozialversicherungsträger

Mit dem Ziel der Zentralisierung der Beitragserhebung und Schuldenbeitreibung bei EFKA und KEAO und um den vollständigen Abschluss der Erfassung aller Sozialversicherungsschulden in der zentralen KEAO-Schuldendatenbank zu gewährleisten, haben die Behörden ein eigenes Team eingerichtet, das mit der Bearbeitung der Papierfälle beginnt und die entsprechenden Informationen in die KEAO-Datenbank aufnimmt. Als **Vorabmaßnahme** (siehe TMU Abschnitt AA)

- wird dieses Team einen Bericht über die bereits bearbeiteten Fälle erstellen und auf Grundlage der Anzahl der verbleibenden zu prüfenden Fälle einen Zeitplan für den Abschluss der Integration in die KEAO-Schuldendatenbank vorschlagen sowie
- werden sämtliche Schulden der Beitragszahler der Sozialversicherungen in allen Teilzahlungsplänen vollständig an die KEAO übertragen.

Zur Verbesserung der Beitreibung von Sozialversicherungsschulden werden die Behörden regelmäßig die Liste der Großschuldner von Sozialversicherungsbeiträgen zeitgleich mit der Liste der Großschuldner von Steuerforderungen veröffentlichen (siehe TMU Abschnitt X). Die Behörden werden die Vorschriften für die Aussonderung und Abschreibung von Forderungen weiter verbessern, um sie einen Monat nach Veröffentlichung der entsprechenden Vorschriften für Steuerforderungen mit diesen in Einklang zu bringen. Außerdem werden sie bei Bedarf den Rechtsrahmen verbessern, um rentablen Unternehmen mit Zahlungsschwierigkeiten eine Umstrukturierung öffentlich-rechtlicher Verbindlichkeiten zu ermöglichen. Die Geschäftsabläufe der KEAO werden bis Mai 2018 überprüft und angepasst (siehe TMU Abschnitt BB).

2.4 Öffentliches Finanz- und Beschaffungswesen

2.4.1 Öffentliches Finanzwesen

Die Behörden verpflichten sich, die Reformen zur Straffung und Verbesserung des Haushaltsverfahrens und der Ausgabenkontrollen fortzusetzen, Zahlungsrückstände zu begleichen, die Haushaltsberichterstattung zu stärken und die Kassenführung effizienter zu gestalten.

Die Regierung führt eine neue Haushaltsgliederung und Kontendarstellung ein. Die Behörden verpflichten sich, i) die Kontendarstellung für die wirtschaftliche und administrative Gliederung im Staatshaushalt 2019 umzusetzen sowie ii) die Kontendarstellung für die Zentralverwaltung hinsichtlich der verbleibenden Bereiche zu vervollständigen. Im Einzelnen werden die Gliederung der Mittel im Staatshaushalt 2020 und die funktionale Gliederung im Staatshaushalt 2021 umgesetzt. Die Gliederungen der Programme und Projekte werden entsprechend dem leistungsorientierten Haushaltsführungsrahmen eingeführt, der mit der technischen Unterstützung abzustimmen ist. Die Umsetzung der neuen Gliederungen erfolgt auch im Hinblick auf die Unterstützung der Aufgaben im Bereich des Kassenwesens. Die Behörden werden die Darstellung des Mitteilungsblatts zum Staatshaushalt, des t-Berichts und der mittelfristigen Haushaltsstrategie den internationalen Statistikstandards und dem monatlich erscheinenden Mitteilungsblatt der Regierung anpassen. Die Fertigstellung der Kontendarstellung für den Gesamtstaat wird in Abstimmung mit den an der Reform beteiligten Akteuren erfolgen. Die Behörden verpflichten sich außerdem, iii) einen Aktionsplan zur gesamtstaatlichen Umsetzung der Kontendarstellung aufzustellen. Diese Maßnahmen erfordern angemessene personelle Ressourcen für die Reform des Obersten Rechnungshofs. Vor der Umsetzung der Kontendarstellung im Staatshaushalt 2019 wird eine Pilotphase durchgeführt. Die Pilotphase umfasst einen Probedurchlauf, die Anpassung der Kontendarstellung an die fiskalische Rechnungslegung nach internationalen Standards und eine parallele Nutzung des alten und neuen Finanzmanagement-Informationssystems (FMIS) in mindestens einem Ministerium. Darüber hinaus verpflichten sich die Behörden, iv) die widersprüchliche Bestimmung zur Kontendarstellung nach Branchen (Art. 40 Gesetz 4483/2017) zu ändern, um klarzustellen, dass es sich um eine

Übergangsbestimmung handelt, die bis zur vollständigen Umsetzung der zentralen Kontendarstellung auf gesamtstaatlicher Ebene gilt; v) das Konzept für die Integration des Finanzmanagement-Informationssystems (FMIS) und der neuen Kontendarstellung fertigzustellen (**Vorabmaßnahme**), sodass das FMIS zur Unterstützung der Umsetzung der neuen Kontendarstellung im Staatshaushalt 2019 voll einsatzfähig ist; sowie vi) ein Kommunikations- und Schulungsprogramm für alle Beteiligten zu entwickeln.

Die Behörden werden bis Juni 2018 ausreichende Fortschritte bei der Begleichung von Zahlungsrückständen gegenüber dem Privatsektor erzielen. Zur vollständigen Begleichung der verbleibenden Zahlungsrückstände bis zum Programmende werden die Behörden – auch unter Berücksichtigung des Auszahlungsplans des ESM-Programms – ihren Plan zur Begleichung von Zahlungsrückständen umsetzen. Die Behörden werden die verbleibenden Zahlungsrückstände begleichen, einschließlich überfälliger, bisher unbearbeiteter Steuererstattungen und Rentenansprüche, und hierfür eigene Ressourcen sowie dafür vorgesehene Mittel aus der Programmfinanzierung verwenden. Die Behörden werden weiterhin ausführliche Monatsberichte über die beglichenen Zahlungsrückstände sowie ausstehende Brutto- und Nettzahlungsrückstände vorlegen. Parallel zur Umsetzung des Programms zum Abbau von Zahlungsrückständen und ohne dessen Behinderung oder Verzögerung werden die Behörden sicherstellen, dass die Bewertung der Verbindlichkeiten des Staates und der Verwendung der Mittel des ESM-Programms ab Ende Juni 2016 bis Ende Dezember 2016 durch den unabhängigen Prüfer bis Ende Mai 2018 abgeschlossen ist. Diese Bewertung umfasst die Prüfung der Konten im Hinblick auf die ordnungsgemäße Mittelverwendung, die Ermittlung des Umfangs struktureller Probleme und die Bewertung der optimalen zeitlichen Ausgestaltung des Plans für den Abbau von Zahlungsrückständen. Auf Grundlage der Empfehlungen des den Behörden und den Institutionen vorgelegten Abschlussberichts werden die Behörden Korrekturmaßnahmen ergreifen, um strukturelle Defizite, die zum Aufbau neuer Zahlungsrückstände führen können, zu beheben (siehe TMU Abschnitt N) (**Vorabmaßnahme**). Die aufsichtsführenden Ministerien werden die Umsetzung dieser Maßnahmen durch die betroffenen Einrichtungen sicherstellen. Die Umsetzung wird im Rahmen der nachbereitenden Compliance-Prüfung des griechischen Rechnungshofs im Jahr 2019 bewertet und laufend vom Obersten Rechnungshof überwacht. Die Regierung wird sicherstellen, dass die im Haushalt eingeplanten Sozialversicherungsbeiträge gleichmäßig das ganze Jahr über von den Sozialversicherungsträgern auf Gesundheitsfonds und Krankenhäuser übertragen werden, um die Zahlungsrückstände im Gesundheitsbereich entsprechend den angestrebten Leistungskennzahlen zu begleichen.

Die Behörden werden den Institutionen sämtliche für die Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Zahlungsverzugsrichtlinie relevanten Informationen vorlegen und die Arbeitsabläufe weiter verbessern, was anhand der zentralen Leistungsindikatoren gemessen wird. Um den Abbau von Zahlungsverzug in Krankenhäusern zu erleichtern, wird die Regierung bis Mai 2018 einen Fahrplan vorlegen für i) die Umsetzung von Maßnahmen zur effizienteren Zuweisung von Personal in Finanzabteilungen und Verbesserung ihrer Fachkenntnisse, ii) die Einführung eines Business-Intelligence-Systems zur Verbesserung der Datenqualität und -quantität sowie zur monatlichen Berechnung durchschnittlicher Zahlungsfristen und der Verzugszinsen. Die Regierung wird geeignete Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, dass Zahlungen an Lieferanten von staatlichen und Militärkrankenhäusern, die sich aus nach dem 15. Februar 2016 unterzeichneten Verträgen ergeben, vollumfänglich dem Gesetz 4152/2013 entsprechen, und wird von Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen oder Umsetzungsverfahren absehen, die nicht im Einklang mit diesem Gesetz stehen.

Die Regierung wird das fragmentierte Kassenwesen weiter verbessern, indem sie gesamtstaatliche Überschussreserven auf die Konten der griechischen Zentralbank überträgt. Die Übertragung soll in Zusammenarbeit mit der griechischen Zentralbank erfolgen, unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Finanzstabilität und der betrieblichen Anforderungen der gesamtstaatlichen Einrichtungen. Die zu übertragenden Beträge sind in Abstimmung mit den Institutionen festzulegen. Nach Umsetzung der Reform des Kassenwesens werden die Behörden also ungenutzte Staatskonten bei Geschäftsbanken schließen und im zentralen Haushaltskonto zusammenführen. Bis Mai 2018 werden die Behörden den neuen Rechtsrahmen vorbereiten zur Definition des zentralen Haushaltskontos und Festlegung des Zeitplans für die vollständige Zusammenführung der Staatskonten in diesem Konto.

Die Behörden werden den Aktionsplan vollständig umsetzen, mit dem die Verwaltung der Staatsgarantien verbessert werden soll, die natürlichen Personen und Unternehmen bei nachgewiesenen Schäden durch Naturkatastrophen oder Privatunternehmen in Gegenden mit außergewöhnlich geringer Wirtschaftsaktivität gewährt werden.

Das Finanzministerium wird das eingerichtete zweckgebundene Konto zur Verwaltung der Mittel aus den EU-Fonds AMIF (Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds) und ISF (Fonds für die innere Sicherheit) weiterhin nutzen. Die für die Bereiche Migration und Inneres zuständige Generaldirektion der Europäischen Kommission (GD Home) erhält alle zwei Monate einen ausführlichen Bericht über die entsprechenden Kontobewegungen.

Die griechische Regierung verpflichtet sich, für volle Einsatzfähigkeit des Finanzplanungsrats (Fiscal Council) zu sorgen, indem sie eine verbesserte Koordination des Informationsflusses mit den betreffenden Einrichtungen (z. B. ELSTAT und IAPR) sicherstellt, ggf. durch eine Absichtserklärung oder durch Änderung der einschlägigen Rechtsvorschriften.

2.4.2 Öffentliches Beschaffungswesen

Griechenland hat erhebliche Fortschritte im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens erzielt, um die Effizienz und Transparenz des öffentlichen Beschaffungswesens in Griechenland zu erhöhen, Fehlverhalten zu verhindern und eine erhöhte Rechenschaftspflicht und Kontrolle zu gewährleisten. Es sind jedoch weitere Maßnahmen erforderlich, um die Reformen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens abzuschließen.

Insbesondere werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** die übrigen Mitglieder des Gremiums zur Prüfung von Rechtsbehelfen benennen sowie das Auswahlverfahren abschließen und die wissenschaftlichen und administrativen Mitarbeiter des Gremiums benennen (wie in Artikel 357 des Gesetzes 4412/2016 vorgesehen).

2.5 Nachhaltigkeit der Sozialfürsorge

2.5.1 Renten

Die Behörden haben eine umfassende Reform des Rentensystems verabschiedet, um dessen langfristige Tragfähigkeit zu stärken. Gleichzeitig sollen – überwiegend durch Ausgabenkürzungen – die Mehrbelastungen aufgrund der Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichts in Bezug auf die Rentenreform von 2012 (rund 2 % des BIP) vollständig kompensiert und darüber hinaus bis 2018 Einsparungen in Höhe von 1 % des BIP erzielt werden. Zur vollständigen Umsetzung der neuen Rechtsvorschriften haben die Behörden folgende Maßnahmen ergriffen bzw. werden diese ergreifen:

- i. *Umgestaltung von Rentenleistungen.* Zur Herstellung der Generationengerechtigkeit und vollständigen Kompensation der Kosten der Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichts wurden die bestehenden Rentenleistungen neu kalibriert, und zwar anhand der neuen Parameter der einheitlichen Rentenformel, die auf den aktuellen Wert der berücksichtigungsfähigen Einkünfte angewendet wurden (Ausnahme Rentenleistungen der Versicherungsanstalt für die Landwirtschaft (OGA)). Bei über ETEA versicherten Personen wurden die bis 2014 entstandenen Ansprüche mit einer Steigerungsrate von 0,45 neu berechnet, um sie an das gegenwärtige fiktiv beitragsorientierte System anzupassen und höhere Beitragssätze als die in den harmonisierten Beitragsregeln festgelegten Sätze zu berücksichtigen. Die Berechnung von Kapitalabfindungen wird zur Gewährleistung der versicherungsmathematischen Gerechtigkeit überarbeitet.
- ii. Der Datenabgleich zwischen elektronischer und Papierakte zur individuellen Neuberechnung der Rentenleistung nach den neuen einheitlichen Formeln wird als **Vorabmaßnahme** abgeschlossen.
- iii. Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden alle Anträge auf eine Hauptrente aus dem Jahr 2016 und 30 % der Anträge auf eine Hauptrente aus dem Jahr 2017 sowie mindestens 13.800 Anträge auf eine Zusatzrente, die im Zeitraum 1.1.2015 bis 31.12.2016 gestellt wurden, berechnen und bearbeiten.
- iv. *Abschaffung der Solidaritätszulage (EKAS).* Die Solidaritätszulage (EKAS) für alle Rentner wird bis Ende Dezember 2019 schrittweise abgeschafft; dabei wird sie bis 2017 um 570 Mio. EUR, bis 2018 um 808 Mio. EUR und bis 2019 um 853 Mio. EUR verringert. Die Behörden werden als **Vorabmaßnahme** den Ministerialbeschluss verabschieden, der die Anspruchsvoraussetzungen für EKAS im Jahr 2019 regelt.
- v. *Leistungen für in der Vergangenheit höhere Beiträge.* Leistungen sollten steuerlich neutral und ausschließlich auf Grundlage der im Primärrecht festgelegten Steigerungsraten gewährt werden.
- vi. Zur vollständigen Umsetzung der Rentenreform haben die Behörden die Ministerialbeschlüsse aus Art. 70.2 des Gesetzes 4387/2016 und den Präsidialerlass aus Art. 52 desselben Gesetzes verabschiedet. Die Behörden werden diesen Präsidialerlass

innerhalb eines Monats nach Stellungnahme des obersten Verwaltungsgerichts fertigstellen und umsetzen.

Maßnahmen zur vollständigen Zusammenführung aller Versicherten und der dazugehörigen Daten im einheitlichen Rentenversicherungsträger EFKA:

- i. Als **Vorabmaßnahme** werden die Eingliederung des öffentlichen Rentensystems in den einheitlichen Sozialversicherungsträger EFKA einschließlich Versetzung der betreffenden Mitarbeiter vom Obersten Rechnungshof sowie alle für die effektive Übertragung von Datenbanken, Software und IT-Infrastruktur erforderlichen rechtlichen und administrativen Maßnahmen vollständig abgeschlossen.
- ii. Am 2. Mai 2018 veröffentlichte Eurostat seine offizielle Stellungnahme zur Zuordnung des Pensionsfonds der Journalisten (EDOEAP) im gesamtstaatlichen Umfeld. Angesichts dieser Stellungnahme werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** in Abstimmung mit den Institutionen und gemäß Urteil 5/2002 des Obersten Gerichtshofs die erforderlichen Maßnahmen ergreifen (siehe TMU Abschnitt O), darunter solche, mit denen die vollständige Anpassung an die ETEAEP-Vorschriften im Sinne der Art. 96 und 97 des Gesetzes 4387/2016 sichergestellt wird, sowie weitere erforderliche Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass es nicht zu einer staatlichen Finanzierung des EDOEAP-Defizits kommen kann. Zusätzliche Einnahmen können ggf. nur zur Finanzierung von EDOEAP-Gesundheitsleistungen verwendet werden.
- iii. Bei EFKA sollen auch für Versicherte automatische elektronische Datensätze erstellt werden. Die Behörden werden Versichertendaten (mit Schwerpunkt auf Personen über 55 Jahre) erfassen und dabei sicherstellen, dass 90 % der entsprechenden Daten bis Juni 2018 ins System eingegeben werden und der Vorgang bis zum Programmende vollständig abgeschlossen ist.

Die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger in EFKA wird u. a. durch eine Personalreduzierung zu einer Effizienzsteigerung führen. Die Behörden werden den im Rahmen der zweiten Überprüfung verabschiedeten Aktionsplan umsetzen. Vorrangig wird qualifiziertes Personal in der Bearbeitung unbearbeiteter Rentenanträge und der Erstellung elektronischer Register für Versicherte und Rentner eingesetzt (siehe Abschnitt 2.3) oder in andere Verwaltungsstellen versetzt. Nicht bei EFKA verbleibende Mitarbeiter sollten in andere Einrichtungen versetzt werden – z. B. KEAO, die nationale Behörde für Versicherungsmathematik oder EOPYY (nationaler Träger für Gesundheitsleistungen), um deren Arbeitsfähigkeit zu steigern – unter Berücksichtigung des Personalbedarfs dieser Einrichtungen und soweit möglich unter Anwendung des mit Gesetz 4440/2016 eingeführten neuen Mobilitätsprogramms.

Als **Vorabmaßnahme** wird EFKA konkrete Schritte zur Diversifizierung des eigenen Anlageportfolios im Einklang mit bewährten Verfahren vornehmen, um sicherzustellen, dass die Einrichtung keine beherrschenden Anteile an Privatunternehmen hält.

Die Behörden werden die regelmäßige Veröffentlichung des Helios-Berichts fortsetzen, dessen

Struktur und Inhalt im Einvernehmen mit den Institutionen festgelegt wird (fortlaufende Maßnahme).

2.5.2 Gesundheitswesen

Die Behörden haben sich zu weiteren Reformen im Gesundheitswesen verpflichtet, um eine universelle, gerechte und wirksame Versorgung zu leisten. Dies umfasst die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben, Steuerung der Arzneimittelpreise, Verbesserung der Krankenhausverwaltung, Ausweitung der zentralen Beschaffung von Krankenhausbedarf, Steuerung der Nachfrage nach Arzneimitteln und Gesundheitsleistungen durch evidenzbasierte elektronische Verschreibungsprotokolle, kosteneffiziente Beauftragung von privaten Gesundheitsdienstleistern, Modernisierung von IT-Systemen sowie Entwicklung eines neuen elektronischen Überweisungssystems für die primäre und sekundäre Patientenversorgung, das die Festlegung von Versorgungswegen ermöglicht. Da die vollständige Umsetzung dieser Ziele Zeit erfordert, verpflichten sich die Behörden auch über die in diesem Dokument aufgeführten Fristen hinaus zur Umsetzung erforderliche Zusatzmaßnahmen.

2.5.2.1 Rationalisierung der Gesundheitskosten

Entsprechend der im TMU (Abschnitt P) festgelegten Ziele und Fristen werden die Behörden

- a. die Rückforderung auf Optiker- und Sonderpädagogikleistungen ausweiten (**Vorabmaßnahme**), um den verbleibenden Anteil der kürzlichen Mehrausgaben für „sonstige Posten“ im EOPYY-Haushalt für „sonstige Gesundheitsleistungen“ (125 Mio. im Jahr 2017) abzubauen,
- b. als **Vorabmaßnahme** die 14 Maßnahmen aus dem EOPYY-Aktionsplan umsetzen, um die Mehrausgaben zu reduzieren,
- c. bis Mai 2018 eine Bestandsaufnahme der Gesamtkapazitäten des öffentlichen Sektors durchführen und bis Dezember 2018 anhand dieser Bestandsaufnahme eine eingehende Bewertung vornehmen, die künftig bei unzureichenden öffentlichen Kapazitäten zur Beauftragung von Privat Anbietern in der jeweiligen Region genutzt werden soll,
- d. ein neues System für elektronische Überweisungen an die Sekundärversorgung zur Nutzung durch Hausärzte einführen (Mai 2018),
- e. bis Mai 2018 eine kritische Masse an Verschreibungsleitlinien und Therapieprotokollen für die mit den größten Kosten- und Therapieauswirkungen verbundenen Patientenversorgungswege (Primär- und Sekundärversorgung) zur Einspeisung ins elektronische Verschreibungssystem erarbeiten; als **Vorabmaßnahme** mindestens 20 weitere dieser Therapieprotokolle (im Vergleich zu Dezember 2017) bei der elektronischen Verschreibung einführen,
- f. einen jährlichen Bericht über die personellen Ressourcen für den gesamten Gesundheitssektor erstellen (als Personalplanungsinstrument heranzuziehen), mit Schwerpunkt auf öffentlichen Gesundheitszentren (Vorlage des ersten Berichts bis

Mai 2018),

- g. die flächendeckende Gesundheitsversorgung engmaschig überwachen und vollständig umsetzen, die Bürger über ihre diesbezüglichen Rechte aufklären sowie die schrittweise Einführung des neuen Systems der primären Gesundheitsversorgung fortsetzen. Zu diesem Zweck haben die Behörden alle für die Einführung dieses neuen Systems im Mai 2017 erforderlichen Rechtsvorschriften erlassen. Auf dieser Grundlage wird EOPYY seine Primärversorgung anders organisieren und eine obligatorische Patientenregistrierung bei einem Hausarzt einführen, der Überweisungen an Fachärzte steuert. Als **Vorabmaßnahme** wird a) die Zuweisung sämtlicher Inhaber einer Sozialversicherungsnummer (AMKA) zu verfügbaren Hausärzten bis Mai 2018 abgeschlossen und b) die obligatorische Patientenregistrierung bei einem die Überweisungen an Fachärzte steuernden Hausarzt bis Ende Mai 2018 eingerichtet und voll funktionsfähig sein, wobei die Steuerung der Überweisungen an Fachärzte durch Hausärzte im Laufe des Jahres 2018 schrittweise eingeführt werden soll. Parallel dazu wird die im Dezember 2017 begonnene Einführung der lokalen Gesundheitseinrichtungen bis Mai 2018 zur Einrichtung einer kritischen Masse von Gesundheitseinrichtungen (mindestens 85) führen, anschließend soll die vollständige Umsetzung erfolgen. Mit der Inbetriebnahme der neuen lokalen Gesundheitseinrichtungen werden die bestehenden Verträge zwischen EOPYY und privaten Allgemeinärzten entsprechend reduziert, um Doppelangebote in der örtlichen Primärversorgung zu vermeiden.

2.5.2.2 Vollstreckung von Rückforderungen und regelmäßige Prüfung¹

- a. Die Behörden werden die Rückforderungen alle sechs Monate vollstrecken und regelmäßige Prüfungen durchführen.
- b. Die Behörden werden weiterhin einschlägige Daten von EOPYY (nationaler Träger für Gesundheitsleistungen) erheben und regelmäßig veröffentlichen.
- c. Die Behörden werden offene Rückforderungen weiterhin geltend machen und betreiben, bis diese beglichen sind. Als **Vorabmaßnahme** i) schließt EOPYY das Rechtsverfahren zur Verrechnung der verbleibenden offenen Rückforderungen (2013-2015) für alle ausstehenden Beträge ab, soweit eine Verrechnung rechtlich/technisch möglich ist, ii) werden alle offenen, nicht beigetriebenen Rückforderungsbeträge aus 2016 für Gesundheitsdienstleister verrechnet und beigetrieben, iii) verlängern die Behörden die Rückforderungsobergrenzen für Diagnostik, Privatkliniken und Arzneimittel bis 2022; diese werden entsprechend der Prognose der Behörden zum jährlichen BIP-Wachstum bei konstanten Preisen angehoben, iv) werden die Rückforderungen aus 2017 (und aus 2016 für Pharmaunternehmen) gemäß TMU-Zeitplan (Abschnitt P) beigetrieben/verrechnet.
- d. Zur Bewertung und Verbesserung der Leistung von Gesundheitsdienstleistern wird EOPYY

¹ Einzelheiten zu konkreten Zielen nach Fristen finden sich im TMU (Abschnitt P, Rdnrn. 64-70).

systematische monatliche Prüfungen von Privatkliniken durchführen.

2.5.2.3 Maßnahmen zur Verbesserung des Finanzmanagements und der Kosteneffizienz von Krankenhäusern

Die Behörden werden folgende Maßnahmen ergreifen:

- a. Nach Verabschiedung des Gesetzes zur zentralisierten Beschaffung im Gesundheitswesen erfolgen konkrete Schritte zur Steigerung des Anteils der zentralen Beschaffung bis Mai 2018, Einzelheiten siehe TMU (Abschnitt P); im Mai 2018 Vorlage des Plans zur weiteren Erhöhung des Anteils im Jahr 2019. Die Ernennungsverfahren nach den im Gesetz 4369/2016 festgelegten Vorschriften werden als **Vorabmaßnahme** eingeleitet (siehe TMU Abschnitt P).
- b. Bis Dezember 2018 Reduzierung der Wartezeiten (auch für geplante Operationen) gegenüber dem Vorjahr entsprechend der sozialen Säule sowie Verringerung ungerechtfertigter Unterschiede bei den Wartezeiten je nach Anbieter und Patient (u. a. in Abhängigkeit von sozioökonomischen und weiteren Patientenmerkmalen), Einzelheiten siehe TMU (Abschnitt P).
- c. Beginn der Einführung des Systems diagnosebezogener Fallgruppen (DRG) in Pilotkrankenhäusern bis Mai 2018.
- d. Erstellung regelmäßiger Quartals- und Jahresberichte auf Grundlage der Finanzdaten und der Leistung von Krankenhäusern (Benchmarking anhand tätigkeitsbezogener Kennzahlen).

2.5.2.4 Verringerung der Arzneimittelausgaben durch die Verbreitung von Generika und Preissenkungen

- a. Die Behörden werden regelmäßig, jedoch mindestens alle sechs Monate, die Positiv- und Negativlisten aktualisieren und veröffentlichen (Einzelheiten siehe TMU Abschnitt P).
- b. Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden im Mai 2018 eine überarbeitete Preisliste veröffentlichen.
- c. Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Kosteneffizienz von Arzneimittelausgaben verabschieden, um die Zielgröße von 40 % bei der Verbreitung von Generika zu erreichen. Diese Maßnahmen können diverse wichtige Bereiche betreffen, z. B. die Aktualisierung der Struktur von Erstattungspreisen und Patientenbeteiligung zur Förderung der Entscheidung für kostengünstige Arzneimittel sowie die weitere Verbesserung der Anreizstruktur für Apotheker zur Förderung des Verkaufs günstigerer Arzneimittel bei allen verschriebenen Wirkstoffen.

- d. Um eine weitere Preissenkung zu erzielen, werden die Behörden den Verhandlungsausschuss anrufen, der entsprechend den Standards anderer EU-Länder und internationalem Fachwissen mengen- und risikogebundene Preisvereinbarungen wie z. B. MEAs (Managed Entry Agreements) erarbeiten soll, insbesondere für innovative und hochpreisige Arzneimittel, und regelmäßig über die Fortschritte berichten wird. Die Behörden werden ein Zentrum zur Bewertung von Gesundheitstechnologien (HTA) einrichten, das im Einklang mit vorhandenen Leitlinien und ggf. bewährten Verfahren der EU-Mitgliedstaaten ermittelt, welche Produkte unter welchen Bedingungen und Vereinbarungen zu erstatten sind; es wird seine Arbeit aufnehmen, sobald es voll einsatzfähig ist (nach Juni 2018).

2.5.3 Soziale Sicherungssysteme und Aktivierung

Die Wirtschaftskrise hat sich in bisher nicht gekannter Weise auf das Sozialwesen ausgewirkt. Höchste Priorität hat für die Regierung nach wie vor die unmittelbare Unterstützung der sozial Schwächsten, um die Auswirkungen der Krise zu lindern. Eine gerechtere Gesellschaft setzt voraus, dass Griechenland die Struktur seines Sozialsystems auf der Grundlage bewährter Verfahren aus den EU-Mitgliedstaaten verbessert, sodass ein echtes soziales Sicherungssystem entsteht, das die knappen Mittel denen zukommen lässt, die sie am dringendsten benötigen. Das garantierte Mindesteinkommen (Social Solidarity Income – SSI) wurde im Februar 2017 erfolgreich landesweit eingeführt. Zur weiteren Unterstützung der reibungslosen Umsetzung dieses Grundsicherungssystems haben die Behörden ein Streitbeilegungssystem eingerichtet und interne Kompetenzen für Risikobewertung, Prüfungen und Kontrollen entwickelt.

Im Rahmen der zweiten Säule des SSI-Systems (soziale Eingliederung) wird eine Kopplung mit sozialen Diensten und anderen Unterstützungsleistungen erfolgen. Ziel ist es, den Zugang zu den verfügbaren sozialen Diensten (z. B. psychosoziale und gesundheitliche Unterstützung sowie rechtliche Beratung) zu erleichtern, um die Eingliederung zu fördern und Beschäftigungshindernisse abzubauen. Die griechischen Behörden haben eine operative Strategie zur Umsetzung dieser zweiten Säule verabschiedet. Die Register für soziale Dienste und deren Träger sind seit Ende Februar 2018 funktionsfähig und werden in Echtzeit aktualisiert. Die Kontakte zwischen Gemeindezentren, kommunalen sozialen Diensten und deren Trägern werden weiterentwickelt, auch durch die Schaffung eines automatischen Informationsaustauschs mit den wichtigsten Trägern.

Im Hinblick auf die Aktivierungskomponente (dritte Säule) des SSI-Systems werden die griechischen Behörden die Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kommunen/Gemeindezentren und den örtlichen Dienststellen der staatlichen Arbeitsvermittlung (OAED) formalisieren, auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Pilotprojekts zum neuen Bereitstellungsmodell für aktive Arbeitsmarktprogramme. Als **Vorabmaßnahme** wird für alle SSI-Bezieher, die arbeitsfähig sind und sich weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in Aus- oder Fortbildung befinden, die Verpflichtung eingeführt, sich bei der OAED als arbeitssuchend registrieren zu lassen. SSI-Bezieher, die in den Arbeitsmarkt integriert werden können, erhalten Zugang zu personalisierten aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen. Dazu gehört die systematische Erstellung individueller Aktionspläne durch die OAED-Arbeitsvermittler. Die SSI-Empfängern angebotenen aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen umfassen Qualifizierung, Programme zur beruflichen Wiedereingliederung (z. B. öffentliche Arbeitsprogramme mit integrierter Weiterbildung), Teilnahme an Veranstaltungen zur Aktivierung

und Unterstützung bei der Arbeitssuche, Mentoring und Berufsausbildungen/Praktika. Die o. g. aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen werden schrittweise nach dem in Abschnitt 4.1 beschriebenen Bereitstellungsmodell mit offenen Rahmenprogrammen angeboten.

Die Behörden werden mit den Institutionen die Umsetzung der nächsten Schritte für weitere Reformen des Sozialsystems vereinbaren und insbesondere die nachstehenden **Vorabmaßnahmen** ergreifen (siehe TMU Abschnitt Q):

- i. Erlass von Rechtsvorschriften zur allmählichen Einführung der neuen Geschäftsabläufe für Erwerbsunfähigkeits- und Sozialleistungen im ganzen Land sowie Ausweitung des Pilotprojekts für die neue Beurteilung funktionaler Beeinträchtigungen, um bis Ende 2018 auf Grundlage der Ergebnisse des laufenden Pilotprojekts eine neue Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit auf alle beitragsfinanzierten Erwerbsunfähigkeits- und Sozialleistungen (u. a. nach Gesetz 4387/2016) anzuwenden.
- ii. Beginn der Umsetzung der Reform der Subventionen im Beförderungswesen nach Einführung elektronischer Fahrausweise durch die Verkehrsgesellschaften, zunächst in Athen.
- iii. Erlass neuer Rechtsvorschriften zur konkreten Ausgestaltung eines bedarfsorientierten Wohngelds, das in Beratung mit der Weltbank konzipiert wurde und als Teil der wachstumsfördernden Maßnahmen eingeführt werden soll.

Hinsichtlich der institutionellen Reformen im Sozialsystem haben die Behörden

- i. den nationalen Mechanismus für die Koordinierung, Überwachung und Bewertung der Maßnahmen für soziale Eingliederung und sozialen Zusammenhalt eingeführt, der seit Februar 2018 voll funktionsfähig ist,
- ii. im Februar 2018 eine Leistungsagentur (OPEKA) als zentrale Zahlstelle für alle Sozialleistungen eingerichtet.

3. Wahrung der Stabilität des Finanzsystems

Es werden alle erforderlichen politischen Maßnahmen ergriffen, um die Stabilität des Finanzsystems zu wahren und die Tragfähigkeit des Bankensystems zu verbessern. Die Behörden werden keine einseitigen haushaltspolitischen oder sonstigen Maßnahmen ergreifen, die die Liquidität, Solvenz oder künftige Tragfähigkeit der Banken beeinträchtigen würden. Alle gesetzgeberischen oder anderweitigen Maßnahmen, die während der Programmlaufzeit ergriffen werden und Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit (d. h. die Solvenz, Liquidität, Werthaltigkeit der Aktiva usw.) der Banken haben könnten, sollten in enger Abstimmung mit den Institutionen durchgeführt werden.

Die Behörden werden fristgerecht die im Rahmen der umfassenden Strategie für das Finanzsystem vorgesehenen Maßnahmen fortführen, die die Stärkung des Bankensektors durch i) eine Normalisierung der Liquiditäts- und Zahlungslage und eine Verbesserung der Kapitalausstattung,

ii) den Abbau notleidender Kredite sowie iii) eine Verbesserung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen der Finanzinstitute betreffen.

3.1 Sicherung der Liquidität und Kapitalausstattung im Bankensystem

Die Behörden sind bestrebt, im Bankensystem ausreichende Liquidität entsprechend den Vorgaben des Eurosystems zu erhalten und mittelfristig ein nachhaltiges Bankenfinanzierungsmodell einzurichten. In diesem Zusammenhang müssen die Banken der griechischen Zentralbank vierteljährliche Finanzierungspläne vorlegen, damit eine kontinuierliche Überwachung und Bewertung ihres Liquiditätsbedarfs gewährleistet ist.

Die Auswirkungen der Kapitalverkehrskontrollen werden beobachtet, wobei ein vollumfänglicher Informationsaustausch mit den Institutionen stattfindet. Die Behörden bekennen sich zur Umsetzung des veröffentlichten Fahrplans, mit dem die Kapitalverkehrskontrollen entsprechend den Meilensteinen schließlich aufgehoben werden sollen. Sie werden in rechtzeitiger Abstimmung mit den Institutionen das Verfahren zur Umsetzung der Lockerungsmaßnahmen steuern und dabei die Liquiditätslage des Bankensystems berücksichtigen sowie gleichzeitig die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Kontrollen zu minimieren versuchen. Die griechische Zentralbank wird den Institutionen im vierteljährlichen Rhythmus standardisierte Berichte über vereinbarte wesentliche Statistiken zu den Kapitalverkehrskontrollen und zur Liquidität sowie eine Auswertung und Maßnahmenvorschläge übermitteln. Die Banken sollten weiterhin ausreichende Kapitalpuffer vorsehen, um die Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen möglichst reibungslos zu gestalten.

Unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben, u. a. des jüngsten Beschlusses der griechischen Zentralbank im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP), werden bis Juni 2018 alle potenziellen Kapitallücken bei den Genossenschaftsbanken geschlossen.

3.2 Abwicklung notleidender Kredite

3.2.1 Aktiven Sekundärmarkt für notleidende Kredite ermöglichen

Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden weiterhin sämtliche Maßnahmen ergreifen, die für das bessere Funktionieren eines dynamischen Sekundärmarkts für notleidende Kredite erforderlich sind (siehe TMU Abschnitt C).

3.2.2 Überwachung des Bestands an notleidenden Krediten der Banken

Die griechische Zentralbank wird sich in Zusammenarbeit mit dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) der EZB nach Kräften bemühen sicherzustellen, dass die Ziele in Bezug auf notleidende Kredite sowohl realistisch als auch ehrgeizig bleiben und die Strategien der Banken zum Abbau dieser Kredite so konzipiert und umgesetzt werden, dass die Ziele erreicht werden. Die griechische Zentralbank wird die Leistung der Banken bei der Umsetzung der Ziele fortlaufend beurteilen und auswerten. Sie wird vierteljährlich einen zusammenfassenden Gesamtbericht über die Entwicklung der Strategien und Ziele der Banken zum Abbau der notleidenden Kredite

veröffentlichen. Darüber hinaus wird die griechische Zentralbank den Institutionen vierteljährlich einen Bericht vorlegen, der a) genaue Analysen zu den Entwicklungen der Ziele und Leistungskennzahlen, b) die Gründe für verfehlte Ziele und schlechte Entwicklungen sowie c) Empfehlungen zur Lösung der Ursachen von Problemen enthält.

3.2.3 Schuldenumstrukturierung und Insolvenzverfahren

Außergerichtliche Schuldenregulierung

Zur Optimierung der Anwendung des Rahmens für die außergerichtliche Schuldenregulierung werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** auf der Grundlage der Analyse der administrativen und technischen Hürden, die das Stellen vollständiger Anträge und das Erzielen einer Einigung zwischen Schuldner und Gläubigern behindern, diese Hürden beseitigen, ggf. auch durch erforderliche gesetzliche Änderungen (siehe TMU Abschnitt DD).

Gerichtliche Insolvenz

Bis Juni 2018 werden die Behörden die neu geschaffenen Stellen für Privatinsolvenzverfahren mit den Bewerbern besetzen, die erfolgreich aus dem im März 2017 gestarteten ASEP-Auswahlverfahren hervorgegangen sind, um den Antragsrückstau in Zusammenhang mit dem Gesetz 3869/2010 zu reduzieren.

Insolvenzrecht

Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden das Gesetz über Privatinsolvenzen ändern und zusätzliche Maßnahmen zur Behebung der in der Technischen Absichtserklärung (TMU) (siehe TMU Abschnitt EE) genannten festgestellten Mängel ergreifen, insbesondere durch die Einrichtung eines geeigneten Mechanismus zur Aussortierung nicht zulässiger Anträge und zur Durchführung aller notwendigen Maßnahmen zur erheblichen Verkürzung der Zeitspanne zwischen dem Stellen eines Antrags und der Bekanntgabe der gerichtlichen Entscheidung sowie durch den Abbau des Bearbeitungsrückstands.

Seit April 2017 stellt das Justizministerium den Institutionen vierteljährlich detaillierte Informationen über den Antragsrückstau und die Bearbeitung der Fälle in Verbindung mit dem Gesetz 3869/2010 zur Verfügung. Das Finanzministerium und das Sekretariat für private Verschuldung werden den Institutionen vierteljährlich Informationen über die Inanspruchnahme staatlicher Fördermittel in Verbindung mit dem Gesetz 3869/2010 zur Verfügung stellen.

3.3 Governance des HFSF und der Banken

Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, damit künftige Stammbeteiligungen der Zentralverwaltung (Staat) an Kreditinstituten von Rechts wegen auf den HFSF übergehen.

Als **Vorabmaßnahme** wird das laufende Mandat des HFSF bis Ende 2022 verlängert. Die *Unabhängigkeit des HFSF* bleibt unangetastet, er wird in seinen Governance-Strukturen gestärkt und soll unter Marktbedingungen operieren, ohne politische oder sonstige Einflussnahme.

Die *Unabhängigkeit von Geschäftsführung, Entscheidungsprozessen und Geschäftsbetrieb bei Banken* bleibt unangetastet, und die Geschäftstätigkeit von Banken vollzieht sich weiterhin streng nach Marktgrundsätzen. Jeder eventuelle Wechsel von Mitgliedern der Geschäftsleitung und hochrangigen Führungskräften der Banken erfolgt ohne politische oder sonstige Einflussnahme. Die Besetzung der entsprechenden Posten erfolgt im Einklang mit international bewährten Verfahren.

Der HFSF wird weiterhin alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass alle Vorstandsmitglieder der vier systemrelevanten Banken die Kriterien gemäß dem HFSF-Gesetz erfüllen. Außerdem werden die Behörden sicherstellen, dass mögliche künftige Vertreter des griechischen Staates diese Kriterien erfüllen.

Nach der Prüfung und Neukonstituierung der Bankenvorstände unternimmt der HFSF über seinen Vertreter in den Vorständen der Banken, auf Grundlage der Rahmenvereinbarungen über die Geschäftsbeziehungen (RFAs) und als aktiver Anteilseigner alle Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Vorstände als oberste Geschäftsführungsinstanz effektiv arbeiten. In seiner Funktion als Anteilseigner und auch auf Grundlage der RFAs sollte der HFSF – bei Bedarf mit Unterstützung externer Sachverständiger – in regelmäßigen Abständen die Governance-Struktur der Banken und die Geschäftsführung der Bankenvorstände prüfen und gegebenenfalls Änderungen empfehlen. Der HFSF wird alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um dafür zu sorgen, dass die Bankenvorstände – ggf. mit Unterstützung externer Sachverständiger – in regelmäßigen Abständen prüfen, wie effektiv die mittlere und obere Führungsebene der Banken arbeitet.

4. Strukturpolitische Maßnahmen zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum

4.1 Arbeitsmarkt und Humankapital

In den vergangenen Jahren wurden bei den griechischen Arbeitsmarktinstitutionen und Tarifverhandlungssystemen bedeutende Veränderungen vorgenommen, um die Flexibilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen. Die griechischen Behörden haben sich verpflichtet, in allen Arbeitsmarktinstitutionen bewährte Verfahren aus EU-Mitgliedstaaten umzusetzen und einen konstruktiven Dialog zwischen den Sozialpartnern zu fördern. Bei diesem Ansatz muss nicht nur ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Fairness für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gefunden, sondern auch die sehr hohe Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit, auf nachhaltiges und integratives Wachstum sowie soziale Gerechtigkeit hinzuwirken, berücksichtigt werden.

Prüfung der Arbeitsmarktinstitutionen. Nach der Prüfung des Arbeitsmarkts im Rahmen der zweiten Überprüfung werden die Behörden folgende Maßnahmen umsetzen:

- i. Zur Förderung und Überwachung der Repräsentativität von Branchentarifverträgen wird die Regierung nach Abstimmung mit den Sozialpartnern und im Einvernehmen mit den Institutionen ein Rundschreiben herausgeben, in dem das Verwaltungsverfahren zur Beurteilung der Repräsentativität auf Branchenebene erläutert wird (**Vorabmaßnahme**).
- ii. Anfang Mai 2018 haben die Behörden einen Bericht mit einem unabhängigen Rechtsgutachten zur Rolle der Schlichtung bei Tarifverhandlungen vorgelegt. Als **Vorabmaßnahme** werden sie auf Grundlage des unabhängigen Rechtsgutachtens und des Ergebnisses aus der Abstimmung mit den Sozialpartnern Rechtsvorschriften erlassen, die Folgendes vorsehen:
 - a. Wiedereinführung der Möglichkeit für den Vermittler, einen Vorschlag vorzulegen, damit die Verhandlungspartner erneut in bilaterale Verhandlungen treten können
 - b. Möglichkeit der einseitigen Einleitung des Schlichtungsverfahrens nur für den Verhandlungspartner, der einen Vermittlungsvorschlag angenommen hat, während der andere Verhandlungspartner ihn abgelehnt hat, oder im Fall der Ablehnung eines Vermittlungsverfahrens durch den anderen Verhandlungspartner
 - c. Verlängerung der Amtszeit der Vorstandsmitglieder der griechischen Vermittlungs- und Schlichtungsstelle (OMED)
 - d. Überarbeitung der Liste der bei der Schlichtungsentscheidung zu berücksichtigenden Kriterien zur Aufnahme der Kaufkraft der Löhne

Darüber hinaus werden die Behörden in Zusammenarbeit mit der OMED geeignete Maßnahmen ergreifen, um durch ein besseres Auswahl- und Evaluierungsverfahren die Fachkompetenz der Vermittler und Schlichter zu gewährleisten.

Vereinfachung des Arbeitsrechts. Bestehende arbeitsrechtliche Vorschriften werden durch Kodifizierung in einem Arbeitsgesetzbuch und einer Sammlung arbeitsrechtlicher Bestimmungen vereinfacht und zusammengefasst. In Einklang mit dem Sonderprojekt für technische Unterstützung, das im Juni 2017 initiiert wurde, wird der erste Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs bis Mai 2018 vorgelegt.

Schwarzarbeit. In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern werden die Behörden den Aktionsplan zur Bekämpfung von Schwarzarbeit weiter umsetzen. Dies umfasst insbesondere Folgendes:

- i. Das bestehende Geldbußensystem für Schwarzarbeit wird im Mai 2018 so überarbeitet, dass ausreichende Anreize für vorschriftskonformes Verhalten bestehen,

die Überführung von Schwarzarbeitern in reguläre Beschäftigungsverhältnisse gefördert wird und Betrug (v. a. wiederholte Verstöße) unattraktiv wird.

- ii. Als **Vorabmaßnahme** wird der automatische Informationsaustausch zwischen den Datenbanken von Arbeitsministerium, Finanzministerium, SEPE, IAPR, OAED, IKA (EFKA) und griechischer Polizei vollständig eingerichtet.

Berufliche Aus- und Weiterbildung. Im Rahmen der 3. Überprüfung haben die Behörden für eine Reihe wichtiger Aus- und Weiterbildungspartnerschaften mit der Wirtschaft unter Einbeziehung von Arbeitgeberverbänden verschiedener Branchen und Regionen sowie der Sozialpartner Pilotausschreibungen durchgeführt, mit dem Ziel, in den Jahren 2017-18 und 2018-19 insgesamt 4.000 Ausbildungsplätze zu schaffen. Um die anvisierten Ziele zu erreichen, wird das Arbeitsministerium mit Unterstützung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstelle (OAED), des Bildungsministeriums und der beteiligten Akteure dafür Sorge tragen, dass diese wichtigen Aus- und Weiterbildungspartnerschaften bis Mai 2018 vollumfänglich laufen (Umsetzungsbericht ist vorzulegen). Im Rahmen der Partnerschaften sollen u. a. Kontakte zu Unternehmen hergestellt, Ausbildungsplätze gefunden, Schulungen und Mentorendienste angeboten und die Qualität und Effektivität der Ausbildungen überprüft, gefördert und verbessert werden. Im Rahmen der 3. Überprüfung wurde eine kohärente und integrative Verwaltungsstruktur für das Aus- und Weiterbildungssystem geschaffen (gemeinsamer Ministerialbeschluss). Darüber hinaus werden in den lokalen Arbeitsvermittlungsstellen (KPA) der OAED bis Mai 2018 Ausbildungskoordinationsschüsse (OYM) eingerichtet, in die die in der OAED neu geschaffene Funktion des Arbeitgeberberaters einbezogen wird und denen auch Vertreter lokaler Arbeitgeberverbände angehören. Bis Mai 2018 wird mit dem Dienst zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSS) eine Vereinbarung über technische Unterstützung geschlossen, deren Gegenstand die Ausarbeitung eines integrierten Plans für die Entwicklung des Humankapitals der Erwerbsbevölkerung ist, der zu mehr Wirtschaftswachstum führen soll und von der Reform des Aus- und Weiterbildungssystems flankiert wird.

Kapazitätsaufbau. Es wurde festgestellt, dass mittelfristig ein Ausbau der institutionellen Kapazitäten im Bereich der Arbeitsverwaltung (bestehend aus dem Arbeitsministerium sowie allen zuständigen Durchführungsbehörden und -stellen) erforderlich ist. Durch die derzeit laufende Aufwertung und Stärkung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstelle (OAED) wird gewährleistet, dass bis Mai 2018 i) die Arbeitgeberberater in allen lokalen Arbeitsvermittlungsstellen (KPA) voll einsatzfähig sind und eine proaktive Rolle bei der Einbeziehung der Arbeitgeber spielen, ii) Arbeitssuchende aus Gruppen mit hoher Priorität durch regelmäßige, vorab vereinbarte Termine mit Arbeitsvermittlern eine kompetente Arbeitsberatung erhalten und iii) in Verbindung mit der Einführung der neuen Profil- und Einstufungsmethoden die individuellen Aktionspläne optimiert werden, damit passgenaue Aktivierungsmaßnahmen angeboten werden können.

Aktive Arbeitsmarktmaßnahmen. Das Arbeitsministerium wird die Ausgestaltung, Wirkung und Effizienz der aktiven Arbeitsmarktprogramme in Einklang mit der verabschiedeten Strategie der aktiven Arbeitsmarktprogramme weiter verbessern. Die Umsetzung der Strategie umfasst folgende Punkte:

- a. Anwendung der im April 2018 verabschiedeten reformierten gegenseitigen Verpflichtungen

- b. ein neues System der Qualitätsanforderungen an Ausbildungsanbieter im Rahmen aktiver Arbeitsmarktprogramme, das bis Mai 2018 in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium fertiggestellt werden soll
- c. ein bis Juni 2018 zu erarbeitendes Konzept zur Einrichtung eines Evaluierungs- und Überwachungssystems, das Erkenntnisse zur Gestaltung künftiger aktiver Arbeitsmarktprogramme liefern soll
- d. schrittweise Einführung eines neuen Bereitstellungsmodells für aktive Arbeitsmarktprogramme, beginnend mit dem Start eines Pilotprojekts als **Vorabmaßnahme**; das neue Bereitstellungsmodell für aktive Arbeitsmarktprogramme wird offene Rahmenprogramme umfassen, um zu gewährleisten, dass dauerhaft ein Kernbestand an Maßnahmen und Angeboten zur Verfügung steht und den Arbeitsvermittlern eine stärkere Rolle bei der Überweisung von Arbeitssuchenden in aktive Arbeitsmarktprogramme auf der Grundlage individueller Profile zukommt
- e. eine Reform zur weiteren Verbesserung der Ausgestaltung der aktiven Arbeitsmarktprogramme in Einklang mit der technischen Unterstützung der Weltbank

Bildung. Um die Bildungsergebnisse deutlich zu verbessern, wird Griechenland sein Bildungssystem auf allen Ebenen weiter modernisieren und gleichzeitig sicherstellen, dass es gerecht bleibt. Im April 2018 wurde der Abschlussbericht zur Überprüfung des griechischen Bildungssystems durch die OECD veröffentlicht. Die Behörden werden die Empfehlungen aus dem Bericht durch einen konkreten Maßnahmenplan umsetzen, der bis Juli 2018 mit technischer Unterstützung erstellt werden soll.

In Abstimmung mit den Institutionen werden die Behörden folgende **Vorabmaßnahmen** ergreifen: i) Verabschiedung von Rechtsvorschriften für die künftige Ernennung und Beurteilung von Schulleitern und Führungskräften des Bildungsministeriums, um ein unpolitisches, transparentes und auf dem Leistungsprinzip beruhendes Verfahren unter Einbeziehung der Einstellungsbehörde ASEP in die einschlägigen Gremien zu gewährleisten, ihre Rolle innerhalb der schulischen Einrichtungen aufzuwerten und ihre Aufstiegschancen zu präzisieren, ii) Verabschiedung eines Gesetzes über die Aufwertung der Beurteilungsgremien und iii) Verabschiedung eines Gesetzes über die Beurteilung von Führungskräften im Bildungswesen, die Selbstbewertung von Schulen und den effizienten Ressourceneinsatz. Bis Mai 2018 werden sie eine Strategie für die Aus- und Weiterbildung von Lehrern im Vorschul-, Primar- und Sekundarbereich verabschieden. Die Behörden werden sich mit den Institutionen auf die finanziellen Aspekte der organisatorischen Änderungen in der Sekundar- und Hochschulbildung verständigen und die Einnahmen von Hochschuleinrichtungen aus laufenden Zuweisungen, Gebühren für Graduiertenstudiengänge, Dienstleistungen für Dritte und der Verwertung von Universitätsimmobilien sichern.

Die im Rahmen des Gesetzes zu privaten Bildungseinrichtungen (Art. 56 des Gesetzes 4472/2017) erlassene Regelung zu Entlassungen wurde im April 2018 überprüft. Sämtliche als erforderlich erachteten Änderungen werden in Abstimmung mit den Institutionen eingeleitet, bis Mai 2018 gesetzlich verankert und im Schuljahr 2018/19 umgesetzt.

4.2 Produktmärkte und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Offenere Märkte sind unabdingbare Voraussetzung für mehr Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit und erschweren Rent-Seeking-Verhalten und monopolistische Strategien, die zu Preissteigerungen und einem Absinken des Lebensstandards geführt haben. In diesem Zusammenhang sind beim Abbau ungerechtfertigter und unverhältnismäßiger Beschränkungen beim Marktzugang sowie bei der Ausübung einer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Rechtfertigung von Beschränkungen und der Gleichbehandlung zu beachten. Im Rahmen der Wachstumsstrategie werden die Behörden ihre Bemühungen intensivieren, wichtigen Initiativen und Reformvorschlägen zum Erfolg zu verhelfen und weitere ambitionierte Reformen auf die Tagesordnung zu setzen, die dazu beitragen werden, dass die Wirtschaft des Landes wieder nachhaltig wächst, attraktiv ist für Investitionen und Arbeitsplätze schafft.

Die Behörden werden folgende Maßnahmen ergreifen:

Wettbewerb: Toolkit-I-Empfehlungen: Im Bereich Baustoffe werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** einen Vertrag mit dem Normungsausschuss schließen, um bis Juni 2018 mit der Harmonisierung der 372 technischen Spezifikationen entsprechend der Klassifizierung beginnen zu können (Projekt 2).

Investitionsgenehmigungen. Die Behörden haben sich mit den Institutionen auf die Umsetzung folgender **Vorabmaßnahmen** verständigt: i) horizontale Reformen in bestimmten Branchen (siehe TMU Abschnitt HH); ii) Veröffentlichung der Ausschreibung für die Verlängerung des IKT-Genehmigungssystems für Bekanntmachungen, Zulassungen und Inspektionen; iii) zweite Phase der Anlagenehmigungen. Als **Vorabmaßnahme** wird eine Bestandsaufnahme der Investitionsgenehmigungsreform in der griechischen Wirtschaft abgeschlossen, sowohl in den unter das Gesetz 4442/2016 fallenden Branchen als auch in den übrigen Wirtschaftszweigen. Nachdem der Aktionsplan mit Terminvorgaben zur Förderung effektiver und koordinierter Ex-post-Kontrollen und Inspektionen bei Unternehmen inzwischen vorliegt, schreitet die Durchführung der Pilotprojekte in den Bereichen Schlachthöfe, Hygienekontrollen bei Lebensmittel- und Dienstleistungsunternehmen sowie Brandschutzkontrollen voran. Als **Vorabmaßnahme** werden die Schulungen für Schlachthöfe abgeschlossen und die Pilotkontrollen aufgenommen.

Wettbewerb, Investitionsgenehmigungen und Bürokratieabbau: Als **Vorabmaßnahmen** wird die Regierung

- i. durch Veröffentlichung eines KYSOIP-Beschlusses und Herausgabe eines Rundschreibens die noch offenen Empfehlungen Nr. 4 und 17 aus den Ex-post-Bewertungen zu Gewerbeberufs umsetzen,
- ii. die Empfehlungen aus den Ex-post-Bewertungen zu Buchpreisen umsetzen und
- iii. die Empfehlungen aus den Ex-post-Bewertungen zum Tourismus umsetzen

(siehe TMU Abschnitt II).

Modernisierung des Gesellschaftsrechts: Die Regierung hat

- a) das Gesetz 3190/1955 auf erforderliche Änderungen geprüft, um es an bewährte Modelle anzugleichen. Als **Vorabmaßnahme** wird die Regierung auf Grundlage der Empfehlungen aus der Prüfung das Gesetz 3190/1955 ändern.
- b) in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission eine Evaluierung durchgeführt, in deren Rahmen auch wichtige Akteure konsultiert wurden. Auf Grundlage der Empfehlungen aus der Evaluierung wird die Regierung als **Vorabmaßnahme** einen Sachstandsbericht sowie einen Entwurf für Bestimmungen zu Fusionen und Übernahmen vorlegen, damit bis Oktober 2018 eine Rechtsvorschrift verabschiedet werden kann.
- c) das Gesetz 2190/1920 auf erforderliche Änderungen geprüft, um es an bewährte Modelle anzugleichen. Als **Vorabmaßnahme** wird die Regierung auf Grundlage der Empfehlungen aus der Prüfung das Gesetz 2190/1920 ändern.

Reglementierte Berufe: Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden nach Abstimmung mit den Institutionen den Gesetzentwurf über die Voraussetzungen und das Verfahren für die Errichtung von Privatkliniken zur öffentlichen Konsultation stellen, damit das Gesetz bis Mitte Juli 2018 verabschiedet werden kann. In Bezug auf Tageskliniken werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** in Abstimmung mit den Institutionen die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern, um Beschränkungen (u. a. bei verschiedenen medizinischen Fachrichtungen und gemischtem Betrieb) bei der Errichtung und dem Betrieb von Tageskliniken abzubauen, wobei die in der EU bewährten Verfahren zu berücksichtigen sind (siehe TMU Abschnitt JJ).

Exportförderung: Mit Beteiligung der Akteure aus dem öffentlichen und privaten Sektor werden die Behörden den vereinbarten Aktionsplan zur Exportförderung, dessen Umsetzung vierteljährlich kontrolliert wird, weiterhin termingerecht umsetzen.

Flächennutzung: Die Behörden haben weitere sekundärrechtliche Vorschriften zur Umsetzung des Gesetzes 4447/2016 verabschiedet. So haben sie im Januar 2018 einen Ministerialbeschluss mit den technischen Spezifikationen für besondere Raumentwicklungspläne sowie Stadtentwicklungspläne erlassen. Ferner werden sie bis Juni 2018 einen Ministerialbeschluss mit technischen Spezifikationen für regionale Raumentwicklungspläne erlassen.

Zusätzlich zu den 2017 hochgeladenen Waldkarten, auf denen 35,72 % des Landes erfasst sind, wurden Waldkarten zu weiteren 9 % der Landesfläche, die von der griechischen Katasterbehörde oder den Forstbehörden erstellt und von den Forstbehörden bestätigt wurden, zur öffentlichen Konsultation hochgeladen. Weitere 8 % sollen bis September 2018 hochgeladen werden. Die Erstellung der Waldkarten für die übrige Landesfläche wird im Zeitraum Sommer 2018 bis Sommer 2019 (14 Monate) erfolgen. Aktuell liegen zu 32,2 % der Landesfläche genehmigte endgültige Karten vor. In Gebieten, in denen 2017 Widerspruch eingelegt wurde, erfolgt die Genehmigung gemäß dem

vorgeschriebenen Verfahren und wird in Übereinstimmung mit den maßgeblichen Rechtsvorschriften bis spätestens November 2018 abgeschlossen sein.

Kataster: Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden einen Zeit- und Fahrplan mit wesentlichen Schritten für a) den Abschluss der katastermäßigen Erfassung und b) die Fertigstellung und Genehmigung der Waldkarten vorlegen und mit den Institutionen abstimmen; Frist für beide Punkte ist der 30.06.2021 (siehe TMU Abschnitt KK).

Landwirtschaft: Die Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raums wird bis Mai 2018 offiziell von der Regierung beschlossen. Entsprechend dieser Strategie werden die Behörden bis Juni 2018 Vorschläge a) zur Schaffung von Anreizen zum Zusammenschluss von Landwirten zu Erzeugergruppen und b) zur Förderung junger Landwirte im Alter von bis zu 40 Jahren unterbreiten.

Um das Risiko finanzieller Korrekturen in Bezug auf direkte Beihilfen zu begrenzen, wird die Regierung

- a) bis Mai 2018 50 % der Orthofotos erneuern und durch die aktuellsten Bilder ersetzen, die entsprechenden Grenzen der Referenzparzellen sowie die beihilfefähigen Höchstflächen gemäß den Vorgaben der Europäischen Kommission digitalisieren und aktualisieren sowie das System anschließend in angemessenem Umfang und kontinuierlich auf dem neuesten Stand halten;
- b) als **Vorabmaßnahme** sicherstellen, dass die griechische Zahlstelle für landwirtschaftliche Gemeinschaftsbeihilfen (OPEKEPE) in spezifischen Bereichen mit dem nötigen Stammpersonal (Techniker, Agrarwissenschaftler und Vermessungsingenieure) ausgestattet ist, das zudem über die nötigen Kompetenzen in Bezug auf das geografische Informationssystem und die Bildauswertung verfügt, um das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen (LPIS) in regelmäßigen Abständen zu aktualisieren und die korrekte Durchführung der jährlichen LPIS-Qualitätsprüfung einschließlich der etwaigen Festlegung angemessener Abhilfemaßnahmen zu gewährleisten.

Strukturfonds: Als **Vorabmaßnahme** wird der Ministerialbeschluss im Zusammenhang mit der Rechtsvorschrift zur Einrichtung eines Sachverständigenregisters zur Gewährleistung der Überwachung kofinanzierter Projekte mit den Institutionen abgestimmt und erlassen.

Bei größeren kommunalen Bauprojekten mit einem Wert von über 500.000 EUR (Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung) in Kommunen mit bis zu 10.000 Einwohnern, die mit EU-Mitteln kofinanziert werden, ist Unterstützung durch einen Fachberater vorgesehen, der bei neuen Projekten gemäß Gesetz 4412/2016 (insbesondere Art. 136 und 144) in den Planungsvertrag aufgenommen wird bzw. bei laufenden Projekten über das Sachverständigenregister gemäß Art. 28.8 des Gesetzes 4314/2014 zugezogen wird.

Die Auswahl und Ernennung der Generaldirektoren und Direktoren bei allen Strukturen im Zusammenhang mit dem nationalen strategischen Rahmenplan (ESPA) wird bis Juli 2018 abgeschlossen. Außerdem werden die Behörden die neuen Vorschriften zur Personalbeurteilung

und -mobilität umsetzen.

Im Rahmen der 3. Überprüfung haben sich die Behörden mit der Europäischen Kommission auf eine Liste von 15 bis 20 großen, symbolträchtigen Projekten für den Zeitraum 2014-2020 verständigt und dabei auch den Zeitrahmen von der Genehmigung bis zur Fertigstellung festgelegt. Der ressortübergreifende Ausschuss für große Projekte tritt auf Vorschlag des stellvertretenden Ministers für Wirtschaft und Entwicklung mit Zuständigkeit für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (ESIF) an den Ausschussvorsitzenden zusammen, um über den Fortschritt bei den Projekten für den Zeitraum 2014-2020 zu beraten und mögliche Hindernisse auszuräumen. Das Generalsekretariat für öffentliche Investitionen und Strukturfonds wird der Kommission regelmäßige Berichte vorlegen.

Die Behörden haben zugesagt, dass das Informationssystem für staatliche Beihilfen (PSKE) i) das einzige Verwaltungssystem für kofinanzierte staatliche Beihilfen im Rahmen aller ESIF-Programme bleibt, ii) regelmäßig alle einschlägigen Daten zur Überprüfung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit aller derartigen kofinanzierten staatlichen Beihilfen erfasst, iii) alle notwendigen Ressourcen (Personal, Organisation, Abläufe) für eine reibungslose, voll integrierte Bearbeitung – innerhalb des PSKE-Systems – aller eingehenden Anträge auf staatliche Beihilfen, die aus ESIF-Programme verwaltenden Behörden stammen, bereitstellt und iv) zur Geschwindigkeits- und Kapazitätssteigerung technisch nachgerüstet wird.

Technische Unterstützung: Um eine effektive Umsetzung der Reformen sicherzustellen, werden die Behörden die Unterstützung in den nachfolgend genannten kritischen Bereichen in angemessenem Umfang weiter in Anspruch nehmen: a) Investitionsgenehmigungsreform mit Unterstützung durch die Weltbank, b) Bildung, c) Exportförderung, d) Handelserleichterungen, e) Wettbewerb, f) Umwelt einschließlich der Fertigstellung des nationalen Katasters sowie der Systematisierung und Digitalisierung des Umweltrechts. Je nach Bedarf werden die Behörden auch in anderen Bereichen auf technische Unterstützung zurückgreifen, u. a. über Dienststellen der Kommission, Sachverständige der Mitgliedstaaten, internationale Organisationen und unabhängige Berater. Dies gilt beispielsweise für die Bereiche Landwirtschaft und Fischerei sowie Strukturfonds.

4.3 Regulierte Netzindustrien (Energie, Wasser, Verkehr)

Energie

Für die griechischen Energiemärkte sind weitreichende Strukturreformen notwendig, um sie mit EU-Rechtsvorschriften und -Vorgaben in Einklang zu bringen, sie moderner und wettbewerbsfähiger zu gestalten, Monopolrenten und Ineffizienzen zu reduzieren, Innovation zu fördern, die stärkere Nutzung von erneuerbaren Energien und Gas zu unterstützen und die Weitergabe der Vorteile all dieser Änderungen an die Verbraucher sicherzustellen.

i. Strukturelle Maßnahmen in Bezug auf die Braunkohlekapazitäten

Um den jüngsten Urteilen des Europäischen Gerichtshofs im Zusammenhang mit den Kommissionsbeschlüssen C(2008) 824, C(2009) 6244 und C(2018) 2104 (vom 17. April 2018) zu

Braunkohle Rechnung zu tragen, haben sich die Behörden zur Umsetzung von Strukturmaßnahmen in Bezug auf die Braunkohlekapazitäten verpflichtet.

Für die Strukturmaßnahmen in Bezug auf die Braunkohlekapazitäten gelten folgende vom KYSOIP gebilligte Grundsätze:

- a. Die Maßnahmen umfassen die Veräußerung der Braunkohlekapazitäten der staatlichen Stromversorgungsgesellschaft PPC an bestehende oder neue alternative Versorger und andere Investoren.
- b. PPC wird an veräußerten Unternehmensteilen keine Beteiligungen mehr halten und zu diesen auch anderweitig in keinerlei Verbindung mehr stehen, d. h. auch nicht mehr bevorzugt mit Strom beliefert werden. In Übereinstimmung mit der Praxis der Europäischen Kommission, wie in der Mitteilung über Auflagen bei Fusionen erläutert, gelten für Käufer folgende Anforderungen:
 - Käufer müssen von PPC und deren verbundenen Unternehmen unabhängig sein und dürfen nicht mit diesen verbunden sein;
 - sie müssen über die erforderlichen finanziellen Mittel, die ausgewiesene Fachkompetenz und das nötige Interesse verfügen, um die veräußerten Stromerzeugungskapazitäten als existenzfähiger, aktiver Wettbewerber in Konkurrenz zu PPC und anderen Mitbewerbern aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln;
 - es dürfen auf Basis der verfügbaren Informationen in Bezug auf den Käufer allem Anschein nach keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken oder das Risiko bestehen, dass sich die Umsetzung der Strukturmaßnahmen verzögert.
- c. Gemäß dem Kommissionsbeschluss vom 17. April 2018 (C(2018) 2104) und dem am 25. April 2018 vom griechischen Parlament verabschiedeten Gesetz „Strukturmaßnahmen betreffend den Braunkohlezugang und die weitere Öffnung des Stromgroßhandelsmarkts sowie weitere Bestimmungen“ (FEK A 75/2018, Gesetz 4533/2018) müssen etwa 40 % der Braunkohlekapazitäten von PPC veräußert werden. Der genaue Prozentsatz wird im Rahmen von Fachgesprächen mit der Kommission und in Übereinstimmung mit den vorgenannten Urteilen und Beschlüssen zu Braunkohle festgelegt. Das veräußerte Geschäft muss insbesondere hinsichtlich Effizienz und Laufzeiten dasselbe wirtschaftliche Profil aufweisen wie die Braunkohlekapazitäten von PPC, d. h. die Inbetriebnahme und Stilllegung von Braunkohlekraftwerken muss sich darin widerspiegeln.
- d. Die Maßnahmen werden gemäß den anwendbaren wettbewerbsrechtlichen Verfahrensvorschriften konzipiert und umgesetzt.

Mit dem Kommissionsbeschluss C(2018) 2104 und dem Gesetz 4533/2018 wird die per Abspaltung durchzuführende Veräußerung 1) des Braunkohlekraftwerks Meliti 1 mit Option auf ein neues Kraftwerk Meliti 2 sowie 2) der Anlagen Megalopoli 3 und 4 und aller dazugehörigen Vermögenswerte und Ressourcen wie in der Angebotsaufstellung beschrieben (im Folgenden „zu veräußernde(s) Unternehmen“) als fortbestehende Unternehmen an einen oder mehrere Käufer gemäß den von der Kommission genehmigten Verkaufsbedingungen, Veräußerungsverfahren und Terminen bestätigt. Das vom Parlament verabschiedete Gesetz enthält auch konkrete Regelungen zu den Beschäftigten des/der zu veräußernden Unternehmen(s). In Bezug auf die Braunkohlekraftwerke, die nicht zu den in den Angeboten genannten zu veräußernden Unternehmen gehören, kann PPC über Investitionen und Laufzeitverlängerungen entscheiden.

Nach Verabschiedung des Gesetzes 4533/2018 wird Griechenland als **Vorabmaßnahme** alle notwendigen Schritte für die effektive Veräußerung des/der zu veräußernden Unternehmen(s) an den/die Käufer gemäß dem Kommissionsbeschluss C(2018) 2104 vollständig und korrekt umsetzen, darunter die Verabschiedung aller erforderlichen Gesetzes-, Regulierungs- und Unternehmensmaßnahmen bzw. -beschlüsse, die Ausgliederung und Abspaltung des/der zu veräußernden Unternehmen(s) sowie die offizielle Einleitung des internationalen offenen Ausschreibungsverfahrens durch PPC, das auf einer angemessenen Bewertung beruhen wird und bei dem die berechtigten finanziellen Interessen der Gesellschaft und ihrer Anteilseigner gewahrt bleiben. Die Veräußerung wird bis Ende 2018 wirksam abgeschlossen.

ii. NOME-Auktionen und mögliche zusätzliche Strukturmaßnahmen

Die NOME-Aktionen werden fortgesetzt. Dabei werden die zu versteigernden Mengen entsprechend dem Überwachungsmechanismus angepasst, sodass in Kombination mit den verabschiedeten Strukturmaßnahmen die vereinbarten Vorgaben für die Reduzierung des Marktanteils von PPC gemäß MoU erfüllt werden. Um den Marktanteil von PPC am Endkunden- und Großhandelsmarkt nachhaltig und dauerhaft weiter schrittweise auf unter 50 % zu senken, um den Wettbewerb am Strommarkt zu stärken und Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen, hat die RAE entsprechend dem NOME-Aktionsplan des KYSOIP Folgendes festgelegt : i) die zu versteigernden Ex-ante-Gesamt mengen für das Jahr 2018, d. h. 19 % (13 % multipliziert mit dem Gesamtstromvolumen im Verbundnetz im Jahr 2017 plus Übertragung von 6 % des Gesamtvolumens im Verbundnetz aus dem Jahr 2016, wobei mit den physischen Lieferungen der Übertragung im Dezember dieses Jahres begonnen wird), sofern in den zwei Auktionen nach Feststellung der Abweichung keine sofortige Anpassung durch den Überwachungsmechanismus erfolgt, ii) die Anzahl der Auktionen, die 2018 durchgeführt werden müssen, um die Zielvorgabe zu erfüllen, sowie iii) die Mengen je Auktion.

Im Juni 2018 werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** den Mindestpreis für die Auktionen auf der Grundlage eines Vorschlags der RAE neu festsetzen und dabei i) die CO₂-Preise gemäß Gesetz 4389/2016 in der durch Gesetz 4393/2016 geänderten Fassung und ii) aktuelle Angaben zu den Produktionskosten von PPC gemäß der Methode zur Ableitung des ersten Mindestpreises berücksichtigen.

Nach der ersten gemeinsamen Evaluierung mit den Institutionen werden die Behörden unter Berücksichtigung der Strukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Braunkohle sowie des Leitplans für die Einführung des Terminmarkts nach dem Zielmodell als **Vorabmaßnahme** den

KYSOIP-Aktionsplan und die NOME-bezogenen Rechtsvorschriften ändern. Dies umfasst insbesondere Folgendes:

- a. Sobald die internationale Ausschreibung veröffentlicht ist und die Abspaltung der zu veräußernden Braunkohleunternehmen läuft, werden die zusätzlichen Mengen aufgrund des Anpassungsmechanismus bei Evaluierung der Zwischenziele für Juni 2018 um 50 % reduziert. Die RAE wird den modifizierten Überwachungsmechanismus so umsetzen, dass sich die angepassten Mengen nach Feststellung der im Halbjahr H aufgetretenen Abweichung gleichmäßig auf die zwei Auktionen verteilen.
- b. Nach erfolgter Auswahl des/der bevorzugten Bieter(s) und Unterzeichnung der Aktienerwerbsvereinbarung (SPA) über die Braunkohleveräußerung mit dem/den ausgewählten Bieter(n) tritt der oben genannte Anpassungsmechanismus außer Kraft.
- c. Sobald die Vereinbarung(en) finanziell erfüllt wurde(n) und der/die ausgewählte(n) Bieter die Leitung der betreffenden Anlage(n) übernimmt/übernehmen, betragen die 2019 zu versteigernden NOME-Gesamt mengen 13 % multipliziert mit dem Gesamtstromvolumen im Verbundnetz im Jahr 2018.
- d. Bei Einführung der neuen Strommärkte nach dem Zielmodell nehmen die regulierten NOME-Terminprodukte die Merkmale der neuen Märkte (Termin-, Day-Ahead- und Regelreservemarkt) an, insbesondere in Bezug auf die finanzielle Abrechnung, physische Lieferung und Bilanzkreisverantwortung.

Bis September 2019 werden die Behörden zusätzlich zu der bereits vorgesehenen halbjährlichen Folgenabschätzung eine erneute gemeinsame Evaluierung mit den Institutionen durchführen und dabei u. a. Folgendes berücksichtigen:

- die Einführung der neuen Märkte nach dem Zielmodell, einschließlich des Terminmarkts
- den Abschluss der Strukturmaßnahmen in Bezug auf die Braunkohlekapazitäten
- die Auswirkungen des NOME-Mechanismus auf dem Strommarkt
- die Entwicklung der Endkundenmarktanteile
- die mögliche Notwendigkeit alternativer politischer und/oder struktureller Maßnahmen mit dem Gesamtziel der Nutzenmaximierung für die Verbraucher

Die erste derartige gemeinsame Evaluierung der Behörden und der Institutionen hinsichtlich der Anpassung des NOME-Mechanismus aufgrund der Strukturmaßnahmen im Zusammenhang mit den Braunkohlekapazitäten hat bereits stattgefunden. Bei den geplanten künftigen gemeinsamen

Evaluierungen legen die Behörden den Institutionen alle dafür relevanten Informationen vor (siehe TMU Abschnitt NN).

LAGIE legt monatlich vollständige und zeitnahe Informationen über Auktionsergebnisse, Nominierungen, Lieferungen und Weiterverkäufe auf dem Sekundärmarkt sowie Marktanteile je Anbieter vor (siehe TMU Abschnitt MM).

iii. Finanzlage von PPC

PPC wird den Aktionsplan zu Zahlungsrückständen umsetzen, der im Rahmen der zweiten Überprüfung vereinbart wurde, und über die Umsetzung berichten. Im Einzelnen werden die Behörden i) als **Vorabmaßnahme** den Stromliefervertrag zwischen dem griechischen Staat und PPC für öffentliche Stellen wie im Rahmen der 3. Überprüfung vereinbart fertigstellen und alle Zahlungsrückstände der unter diesen Liefervertrag fallenden öffentlichen Stellen begleichen sowie ii) alle zur reibungslosen Umsetzung des Aktionsplans erforderlichen Maßnahmen ergreifen und einen ausführlichen Umsetzungsbericht, der auch den Bericht des beauftragten Beraters umfasst, vorlegen, auf dessen Grundlage weitere mögliche Maßnahmen in Bezug auf die Zahlungsrückstände des Privatsektors festgelegt werden können. Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden das Gesetz 4067/2012 so ändern, dass sich aus der Überprüfung des Sozialtarifs für Strom, der zum Konto für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen gehört, für die Jahre 2018, 2019 und 2020 keine Haushaltsprobleme ergeben (siehe TMU Abschnitt RR).

Der Umfang der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen wird künftig je nach Bedarf angepasst, sodass jährlich kein neues Defizit entsteht, wobei die im jeweiligen Jahr in Betrieb gehenden Verbundnetze zu berücksichtigen sind; gewährleistet wird dies durch einen Überwachungs- und Anpassungsmechanismus, der im Fall einer über- oder unterplanmäßigen Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen entsprechende Maßnahmen in Form von sekundärrechtlichen Vorschriften vorsieht. Jede eventuelle Finanzierung aus dem Staatshaushalt hängt vom verfügbaren Haushaltsspielraum im betreffenden Jahr ab.

iv. Konto für erneuerbare Energiequellen (RES-Konto)

Als **Vorabmaßnahme** i) wird der Lieferantenzuschlag um den voraussichtlichen Jahresüberschuss auf dem RES-Konto für 2018 gekürzt (Schritt 1 – am 25. April 2018 vom griechischen Parlament verabschiedete Änderung, Art. 143 des Gesetzes 4001/2011, enthalten in Art. 12 von FEK A 75/2018), ii) wird der Lieferantenzuschlag a) bis zum 1. Januar 2019 weiter auf 50 % der Gesamtgebühr gekürzt, b) bis zum 1. Januar 2020 weiter auf 30 % der Gesamtgebühr gekürzt und c) bis Ende 2020 vollständig abgeschafft, iii) werden die CO₂-Berechtigungen (aktuelle Einnahmen auf dem RES-Konto) für 2019 und 2020 auf mindestens 65 % festgesetzt, iv) fließen sämtliche Überschüsse auf dem RES-Konto, die den Sicherheitspuffer übersteigen, bis zur vollständigen Abschaffung des Lieferantenzuschlags in dessen Kürzung, v) verpflichten sich die Behörden, einen Sicherheitspuffer in Höhe von 70 Mio. EUR beizubehalten und vi) müssen im Fall eines Defizits auf dem RES-Konto andere Einnahmenarten – auch die Sonderabgabe für erneuerbare Energien (ETMEAR) – entsprechend erhöht werden. Darüber hinaus verpflichten sich die Behörden, das RES-Konto ausgeglichen zu halten, z. B. durch die Verpflichtung zur Meldung an die Europäische Kommission und Einführung eines neuen RES-Einnahmenmodells, das ab 2021 angewendet wird und

vollständig den Leitlinien für Energie- und Umweltschutzbeihilfen entspricht. Durch das reformierte Modell und etwaige zusätzliche Einnahmen, die ab Januar 2021 angewendet werden, soll gewährleistet werden, dass das RES-Konto in Zukunft ausgeglichen und tragfähig bleibt (siehe TMU Abschnitt LL).

v. *Kapazitätsmechanismus*

Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden einen neuen Flexibilitätsmechanismus anmelden, der den im April 2017 ausgelaufenen vorläufigen Mechanismus in Übereinstimmung mit den Leitlinien für Energie- und Umweltschutzbeihilfen ablöst. Insbesondere sollte der Flexibilitätsmechanismus auf einer umfassenden Angemessenheitsanalyse einschließlich Zuverlässigkeitsstandard sowie auf einem wettbewerbsfähigen Zuteilungsverfahren basieren. Zu diesem Zweck werden die Behörden auch die mit der Europäischen Kommission in Zusammenhang mit der Genehmigung für den vorläufigen Flexibilitätsmechanismus vereinbarten Auflagen erfüllen (Überprüfung der Obergrenze für den Sekundärreservepreis, der tatsächlichen Verfügbarkeit von Wasserkraft sowie der marktbasieren Methoden für die Tertiärreserve). Anschließend werden die Behörden außerdem auf Grundlage einer umfassenden Angemessenheitsanalyse einschließlich Zuverlässigkeitsstandard einen dauerhaften Kapazitätsmechanismus anmelden und umsetzen, der den Leitlinien für Energie- und Umweltschutzbeihilfen entspricht und insbesondere auf einem wettbewerbsfähigen Zuteilungsverfahren basiert sowie allen potenziellen Kapazitätsanbietern offensteht.

vi. *Fahrplan für die Reform des Gasmarkts*

Als **Vorabmaßnahme** werden sich die Behörden mit den Institutionen auf die Unternehmensumstrukturierung und die Ausschreibungsstruktur für den Gasversorger DEPA verständigen und dabei vom erfolgreichen Abschluss der Transaktionen in Bezug auf die Gasverteilungsunternehmen (EPAs) in einer Weise, bei der horizontale wie vertikale Interessenkonflikte für das/die zu veräußernde(n) Unternehmen beseitigt werden, ausgehen; ggf. werden sie konkrete wirksame Abhilfemaßnahmen vorschlagen. Die in Bezug auf die Ausschreibungsstruktur des DEPA erzielte Einigung muss mit den vereinbarten Privatisierungszusagen von HELPE in Einklang stehen.

vii. *Programm zur Freigabe von Gasmengen*

Planmäßig werden vierteljährliche Auktionen nach dem überarbeiteten Programm zur Freigabe von Gasmengen entsprechend der Genehmigung per Beschluss der griechischen Wettbewerbsbehörde (HCC) stattfinden. Die im Jahr 2018 versteigerte Menge wird sich auf 17 % der jährlichen Gaslieferungen von DEPA an Kunden belaufen. Die HCC und die RAE werden den Institutionen nach jeder Auktion einen Bericht über deren Ergebnisse übermitteln (siehe TMU Abschnitt OO).

viii. *Förderung erneuerbarer Energien*

Im April 2018 haben die Behörden die zwei Ministerialbeschlüsse über die Festlegung eines neuen Rahmens für die Förderung erneuerbarer Energien erlassen. Die ersten Auktionen werden im Juli 2018 stattfinden.

ix. Zielmodell

Nach Inkrafttreten der EU-Verordnung 2015/1222 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement (CACM-Verordnung)² sowie der EU-Verordnung 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem muss Griechenland die erforderlichen Schritte für eine Teilnahme an der Day-Ahead- und Intraday-Marktkopplung an seinen Grenzen ergreifen und den Regelreservemarkt einrichten (Zielmodell). Die gemäß CACM-Verordnung und nationalen Rechtsvorschriften/Beschlüssen aus dem Jahr 2016 als nominierter Strommarktbetreiber (NEMO) handelnde LAGIE (und die griechische Energiebörse HENEX als ihre Nachfolgerin) muss über alle zur Erfüllung der Pflichten aus der CACM-Verordnung erforderlichen Kodizes und technischen Voraussetzungen verfügen oder einen Dritten damit beauftragen. Die entsprechenden Kodizes sind von LAGIE (bzw. HENEX) zu erarbeiten und von der RAE zu genehmigen. ADMIE wird auf Grundlage des von ADMIE zu erarbeitenden und von der RAE zu genehmigenden Systemausgleichskodex als Betreiber des Regelreservemarkts fungieren. Die Behörden werden das Zielmodell einschließlich des Day-Ahead-, Intraday-, Termin- und Regelreservemarkts bis April 2019 einführen. Dazu werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** i) die Nachfolgestelle der LAGIE (d. h. HENEX) einrichten³, ii) dafür sorgen, dass HENEX und IPTO der Regulierungsbehörde alle Vorschriften für den Day-Ahead-, Intraday- und Regelreservemarkt vorlegen, durch die jegliche Gebotseinschränkungen wie Höchst- und Mindestgebots- und -clearingpreise abgeschafft werden müssen, jedoch unbeschadet der technischen Höchst- und Mindestgrenzen nach Art. 41 Abs. 1 und Art. 54 Abs. 1 der Verordnung 2015/1222, damit bei Einführung des Zielmodells im April 2019 alle EU-Rechtsvorschriften vollständig erfüllt werden, iii) dafür sorgen, dass HENEX die Spezifikationen zur funktionalen Gestaltung der IT-Systeme für den Day-Ahead- und Intraday-Markt fertigstellt, und iv) eine gemeinsame Evaluierung mit den Institutionen zu den Fortschritten hinsichtlich der unternehmensrechtlichen und technischen Aspekte des Projekts durchführen und die notwendigen Maßnahmen gemäß dem vereinbarten Fahrplan ergreifen, damit das Zielmodell bis April 2019 funktionsfähig ist und eingeführt werden kann. Die Behörden werden sicherstellen, dass der Regulierungsbehörde die Vorschriften zum Terminmarkt bis August 2018 von HENEX vorgelegt werden. Sie werden dafür sorgen, dass bis Dezember 2018 funktionierende IT-Systeme für den Day-Ahead- und Intraday-Markt und bis Februar 2019 funktionierende IT-Systeme für den Termin- und Regelreservemarkt geschaffen werden. Ferner werden sie dafür sorgen, dass die zuständigen Körperschaften bis zum Zeitpunkt der Billigung der Vorschriften für den Day-Ahead-, Intraday- und Regelreservemarkt (September 2018) alle für den Betrieb der Märkte erforderlichen Genehmigungen einholen.

x. Day-Ahead-Marktkopplung

In Bezug auf die Day-Ahead-Marktkopplung (Italien-Griechenland und Bulgarien-Griechenland) werden die Behörden dafür sorgen, dass Griechenland zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des neuen Day-Ahead-Markts in Griechenland für die Day-Ahead-Zeitspanne mit Italien und Bulgarien verbunden wird; gleichzeitig wird intensiv versucht, so bald wie möglich und im Einklang mit der

² Verordnung (EU) 2015/1222 der Kommission vom 24. Juli 2015 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement.

³ Gemäß dem Artikelgesetz (FEK A 5/2018, Gesetz 4512/2018, Art. 96, 15. Januar 2018) hätte die Strombörse bis zum 15. April 2018 eingerichtet werden müssen.

CACM-Verordnung durch stetigen Handel oder Auktionen eine Intraday-Kopplung mit Italien und Bulgarien zu erreichen. Die Behörden werden den Institutionen gemäß den Vorgaben in der Technischen Absichtserklärung (TMU) (Abschnitte PP und QQ) Informationen zur den dabei erzielten Fortschritten vorlegen.

Die Behörden werden bei der Umsetzung aller Energiemarktreformen auf die technische Unterstützung durch den SRSS der Europäischen Kommission zurückgreifen.

Wasserversorger

Ein stabiler Regulierungsrahmen ist unabdingbare Voraussetzung für die dringend erforderlichen Investitionen in das Wassernetz sowie für einen wirksamen Schutz der Verbraucher vor überhöhten Preisen.

Vorabmaßnahmen:

- i. Das Sondersekretariat für Wasser (SSW) wird mit technischer Unterstützung einen Evaluierungsbericht über das bestehende System zur regelmäßigen Erhebung von Informationen sowie über die bei der Entwicklung eines umfassenden Informationssystems erzielten Fortschritte vorlegen. Außerdem wird es die Bewertung der Geschäftspläne der Wasserwirtschaftsunternehmen von Athen (EYDAP) und Thessaloniki (EYATH) abschließen.
- ii. Mit technischer Unterstützung werden die Behörden ii.a) den Strategieplan für das SSW für den 6-Jahres-Zeitraum von 2018 bis 2023 mit der Zielsetzung auf den Weg bringen, die Governance, die Verwaltungskapazitäten und die finanzielle Unabhängigkeit des SSW innerhalb des Ministeriums für Umwelt und Energie zu stärken, ii.b) einen operativen Plan für die Jahre 2018/19 auf den Weg bringen, der konkrete Maßnahmen, Schritte und Fristen für das Restjahr 2018 und das Jahr 2019 vorsieht und mit dem ein Beitrag zur Umsetzung des 6-Jahres-Strategieplans geleistet wird, ii.c) für die Pläne nähere Informationen zur Funktion, Aufgabe und den Zuständigkeiten des SSW im Verhältnis zu anderen Einrichtungen im Wassersektor bereitstellen und ii.d) im Zusammenhang mit der Erstellung des Strategieplans dafür sorgen, dass das SSW Zugang zu Informationen der einschlägigen Ministerien und Kommunalbehörden über Wasserwirtschaftsunternehmen erhält, damit es sich ein vollständiges Bild von der Nachhaltigkeit und den Anforderungen des Wassernetzes machen kann. Zu den benötigten Informationen zählen u. a. Daten zur Wasserqualität sowie Daten und Prognosen zu genauen Verwaltungskosten und -einnahmen, Sachvermögen sowie Investitionen von Wasserwirtschaftsunternehmen.
- iii. Zur Erzielung eines noch inklusiveren, transparenteren und effizienteren Entscheidungsprozesses im Wassersektor durch Prüfung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der nationalen Wasserkommission, des nationalen Wasserausschusses und des Beratungsausschusses für Wasser werden die Behörden das Gesetz 3199/2003 ändern.
- iv. Die Arbeitsfähigkeit der neuen SSW-Organisationseinheit „Kosten- und Preisgestaltung der Wasserversorgung“ wird hergestellt.

Verkehr und Logistik

Die Behörden werden Reformen zur Verbesserung der Effizienz und wirtschaftlichen Tragfähigkeit der städtischen Busgesellschaft von Thessaloniki (OASTH) durchführen. Bis Mai 2018 wird die Regierung in Abstimmung mit den Institutionen Maßnahmen ergreifen, um für die Restlaufzeit der Konzession das Defizit vor staatlichen Transferleistungen auf maximal 40 Mio. EUR pro Jahr zu begrenzen. Zur Dokumentation der Fortschritte im Hinblick auf dieses Ziel werden die Behörden vierteljährlich aktuelle Daten zur Entwicklung der operativen Einsparungen vorlegen.

Die Behörden werden unter Berücksichtigung des Gesetzes 4199/2013 für bessere Governance und finanzielle Unabhängigkeit durch eigene Haushaltsmittel sowie eine Ausweitung der Verwaltungskapazitäten der Regulierungsbehörde für Personenbeförderung (RAEM) sorgen (siehe Abschnitt 5.4).

Die Behörden haben einen allgemeinen Verkehrsentwicklungsplan für Griechenland auf den Weg gebracht, der alle Transportwege umfasst (Straße, Schiene, See, Luft und multimodale Wege, einschließlich logistischer Aspekte), und einen Lenkungsausschuss sowie eine Projektgruppe für die Erarbeitung und Überwachung dieses Plans eingerichtet. Sie werden die fristgerechte Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans fortsetzen; zu diesem Zweck werden sie den Institutionen alle zwei Monate über die Fortschritte bei der Projektumsetzung berichten.

Im Logistikbereich haben die Behörden durch den in Artikel 8 Absatz 8 des Gesetzes 4302/2014 vorgesehenen gemeinsamen Ministerialerlass das Logistikgesetz aktiviert und die Logistikstrategie mit einem Aktionsplan mit Terminvorgaben verabschiedet. Im Zuge des Logistikaktionsplans werden die Behörden die Modernisierung des Rechtsrahmens zur Logistik abschließen.

Im Einklang mit der Logistikstrategie und dem Logistikaktionsplan werden die Behörden den Betrieb und die Instandhaltung des Logistikzentrums (Frachtzentrums) auf dem vom Frachtkomplex Thriassio geplanten 2,4 km² großen Gelände sicherstellen, indem sie nach Genehmigung durch den Rechnungshof eine Konzessionsvereinbarung unterzeichnen. Die Instandhaltung und der Betrieb der übrigen 6,5 km² des Frachtkomplexes Thriassio werden nach einer weiteren internationalen Ausschreibung durch eine ÖPP gewährleistet.

Mit Blick auf die vorstehenden Punkte sind folgende Maßnahmen zu ergreifen: i) parlamentarische Genehmigung der Konzessionsvereinbarung über das 2,4 km² große Logistikzentrum bis Ende Juni 2018, ii) Abschluss der Optionsanalyse zum ÖPP-Modell für den Betrieb und die Instandhaltung der übrigen 6,5 km² des Frachtkomplexes Thriassio bis Ende Mai 2018, iii) Beschluss über das ÖPP-Modell für den Betrieb und die Instandhaltung bis Juni 2018 sowie iv) Fertigstellung der Ausschreibungsunterlagen für die internationale Ausschreibung des ÖPP-Modells für den Betrieb und die Instandhaltung bis Juli 2018.

Um diese Reformagenda zu Netzindustrien voranzutreiben, beabsichtigen die Behörden, bei Bedarf auf technische Unterstützung zurückzugreifen, u. a. in den Bereichen Verkehr und Logistik sowie zur Stärkung der Regulierungsbehörden (zu Letzteren siehe Abschnitt 5.4).

4.4 Privatisierungen

Privatisierungen können dazu beitragen, die Wirtschaft effizienter zu gestalten und die Staatsverschuldung zu verringern. Die Regierung und der griechische Privatisierungsfonds TAIPED haben bei der Umsetzung des Privatisierungsprogramms große Fortschritte erzielt und werden dieses ambitionierte Privatisierungsprogramm weiter fortsetzen.

Die Umsetzung des vereinbarten TAIPED-Vermögensentwicklungsprogramms (durch unmittelbare Veräußerung, Konzessionen, Verbriefungen oder andere Verwertungsmethoden) in Bezug auf alle wesentlichen Vermögenswerte ist für die Ankurbelung von Privatinvestitionen, Effizienzsteigerungen und als Finanzierungsquelle für den Staat entscheidend.

Um das Investoreninteresse an großen Ausschreibungen aufrechtzuerhalten, verpflichtet sich Griechenland zur Fortführung des laufenden Privatisierungsprogramms. Der Vorstand von TAIPED wird den aktualisierten Vermögensentwicklungsplan genehmigen, der die zur Privatisierung über TAIPED vorgesehenen Vermögenswerte nach dem Stand vom April 2018 enthält. Anschließend soll der Plan von KYSOIP gebilligt werden. Mitte 2019 wird der Privatisierungs- und Investitionsfonds HCAP das Mandat von TAIPED überprüfen.

Durch die Umsetzung dieses Programms sollen zusätzlich zu den 2015, 2016 und 2017 erzielten 0,3 Mrd. EUR, 0,5 Mrd. EUR bzw. 1,4 Mrd. EUR in den Jahren 2018 und 2019 weitere jährliche Einnahmen (ohne Bankenanteile) in Höhe von 2,0 Mrd. EUR bzw. 1,0 Mrd. EUR erzielt werden.

Die Regierung verpflichtet sich, das Privatisierungsverfahren zu vereinfachen und alle zur erfolgreichen Durchführung der Ausschreibungen notwendigen staatlichen Maßnahmen endgültig umzusetzen. Dazu wird sie alle erforderlichen Maßnahmen umsetzen, die zwischen TAIPED, den Institutionen und der Regierung vierteljährlich vereinbart werden. Die Liste der ausstehenden Regierungsmaßnahmen ist diesem MoU als Anlage beigefügt und ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Vorabmaßnahmen:

- i. Der Vermögensentwicklungsplan ist diesem MoU als Anlage beigefügt und ist Bestandteil dieser Vereinbarung. Er ist halbjährlich zu aktualisieren und von TAIPED zu genehmigen. Der aktualisierte Plan ist von KYSOIP zu billigen.
- ii. Die Behörden schließen die von den Institutionen und TAIPED als noch ausstehend identifizierten Regierungsmaßnahmen ab, die bis Mai 2018 umzusetzen sind und in diesem Abschnitt nicht genannt werden (fortlaufende Maßnahme).
- iii. Zu **DESFA**: Die Benennung des bevorzugten Bieters erfolgte am 19. April 2018. Der Anteilskaufvertrag und der Gesellschaftsvertrag sind zu unterzeichnen (vorbehaltlich der Genehmigung durch den Rechnungshof), damit der finanzielle Geschäftsabschluss bis Ende 2018 erfolgen kann.

iv. Zu **Egnatia**:

- (a) Bis zum 22. Mai überarbeiten der Minister für Infrastruktur und Verkehr und der Finanzminister in Abstimmung mit den Institutionen und TAIPED den gemeinsamen Ministerialbeschluss 6686/2014 (in der geltenden Fassung), um die Konzession für die Egnatia-Autobahn vom laufenden E-Maut-Ausschreibungsverfahren des Ministeriums für Infrastruktur und Verkehr zu trennen/auszunehmen. Der Konzessionsvertrag für Egnatia wird vorsehen, dass der Egnatia-Konzessionsinhaber
1. frei entscheiden kann, ob er ein entfernungsabhängiges E-Maut-System (GNSS-Technologie bei schweren Fahrzeugen über 3,5 Tonnen, ANPR-Technologie bei allen anderen Fahrzeugen) auswählt, konstruiert/beschafft, finanziert, installiert und betreibt oder sich dem vom Ministerium für Infrastruktur und Verkehr ggf. für die übrigen Autobahnen beschafften System anschließt,
 2. das oben genannte System als schrankengesteuertes System konstruieren und betreiben darf,
 3. ausschließlich für die Verwaltung und Überwachung der Mauterhebung auf der Egnatia-Autobahn zuständig ist,
 4. dafür sorgen muss, dass das auf der Egnatia-Autobahn angewandte Mautsystem dem geltenden EU-Recht entspricht, und
 5. dafür sorgen muss, dass das auf der Egnatia-Autobahn angewandte Mautsystem mit dem etwaigen elektronischen Mautsystem des Ministeriums für Infrastruktur und den Systemen anderer EU-Mitgliedstaaten interfunktionstauglich und kompatibel ist.

Im überarbeiteten gemeinsamen Ministerialbeschluss sollten die Punkte 1 bis 5 ebenfalls garantiert werden.

Parallel zum gemeinsamen Ministerialbeschluss werden die Ausschreibungsunterlagen des laufenden E-Maut-Ausschreibungsverfahrens des Ministeriums für Infrastruktur entsprechend geändert, sodass die Trennung der beiden Projekte bis zum 15. Juni 2018 umgesetzt werden kann.

- (b) Nach Erlass des überarbeiteten gemeinsamen Ministerialbeschlusses und Änderung der Ausschreibungsunterlagen wird TAIPED bis zum 15. Juni den Entwurf des Konzessionsvertrags für die Ausschreibungsteilnehmer freigeben; dazu wird das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr TAIPED bis zum 30. Mai alle erforderlichen technischen Spezifikationen vorlegen, damit TAIPED den Entwurf des Konzessionsvertrags aufsetzen kann.

- (c) Bis zum 22. Mai legt das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr in Zusammenarbeit und Abstimmung mit TAIPED seine Antworten auf die von der GD Mobilität und Verkehr eingereichten Klärungsfragen zum neuen Mautsystem auf der Egnatia-Autobahn und ihren Vertikalachsen vor.
- (d) Bis zum 30. Mai erlassen der Minister für Infrastruktur und Verkehr und der Finanzminister einen gemeinsamen Ministerialbeschluss über die neue Mautgebührenrichtlinie für die Egnatia-Autobahn und ihre Vertikalachsen. Dieser Beschluss wird die Umsetzung der Mautgebührenrichtlinie vorsehen, die vom TAIPED-Vorstand genehmigt und der GD Mobilität und Verkehr von den griechischen Behörden zur Billigung übermittelte wurde. In dem Beschluss wird geregelt sein, dass die neue Mautgebührenrichtlinie vorbehaltlich der Billigung durch die GD Mobilität und Verkehr am 01.01.2019 auf der Egnatia-Autobahn in Kraft treten wird. Falls sich die GD Mobilität und Verkehr in ihrer Entscheidung für eine andere Gebührenstruktur ausspricht, werden der gemeinsame Ministerialbeschluss und der Entwurf des Konzessionsvertrags entsprechend abgeändert. Das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr wird einen neuen Ministerialbeschluss erlassen (oder den bestehenden Ministerialbeschluss ändern), dem zufolge die geltende Befreiung der Anwohner und Unternehmen in mehreren an die Egnatia-Autobahn angrenzenden Präfekturen und Gemeinden von der Maut noch bis zum 31.12.2018 gilt und nicht weiter verlängert wird.
- (e) Bis zum 22. Mai wird die Egnatia S.A. den Vertrag über den Bau der Mautstation Asprovalta mit dem bevorzugten Bieter unterzeichnen und den Bauträger anweisen, unverzüglich mit den Bauarbeiten zu beginnen. Innerhalb einer Woche nach Fertigstellung der Mautstationen Asprovalta und Thessaloniki (Oreokastro) werden der Minister für Infrastruktur und Verkehr und der Finanzminister in Abstimmung mit TAIPED einen gemeinsamen Ministerialbeschluss erlassen, nach dem a) die genannten Mautstationen in Betrieb genommen werden und b) auf Grundlage der aktuellen Mautgebührenrichtlinie für die bereits bestehenden Mautstationen auf der Egnatia-Autobahn die jeweils zu erhebenden Mautgebühren festgelegt werden.
- (f) Bis zum 22. Mai wird die Egnatia S.A. den Auftragnehmer der zwei neuen Betriebs- und Instandhaltungsverträge unverzüglich anweisen, mit dem Bau der frontalen Mautstationen Strymoniko und Kavala zu beginnen.
- (g) Nach Billigung der Änderung der Genehmigungen zu Umweltauflagen durch das zuständige Ministerium für Energie und Umwelt (spätestens Mitte Juni 2018) wird die Egnatia S.A. unverzüglich die Optionen der beiden Betriebs- und Instandhaltungsverträge für den sofortigen Beginn des Baus aller verbleibenden frontalen Mautstationen sowie aller lateralen Mautstationen (bis auf vier, mit deren Bau bis Ende Juli begonnen wird) gemäß dem gemeinsamen Ministerialbeschluss 6686/29.5.2017 auslösen und umsetzen (spätestens Ende Juni 2018).
- (h) Bis zum 30. Mai erlässt der Interministerielle Ausschuss für Vermögensumstrukturierung und Privatisierung einen Beschluss (Wortlaut mit TAIPED zu vereinbaren)

gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes 3986/2011, der TAIPED dazu berechtigt, in den Servicekonzessionsvertrag der Egnatia-Ausschreibung die Pflicht des Konzessionsinhabers aufzunehmen, alle notwendigen Arbeiten im Zusammenhang mit der Verbesserung der Autobahnstandards a) des Abschnitts Halastra-Polykastro der vertikalen Straßenachse Halastra-Evzoni und b) des Abschnitts Christos-Ambela der vertikalen Straßenachse Thessaloniki-Serres-Promachonas, die zusammen etwa 54 km lang sind, zu finanzieren, zu ermitteln und durchzuführen. Nach dem Laufzeitbeginn der Konzession wird die Egnatia S.A. auf das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr übertragen.

v. Zu **Hellenikon**: Die Behörden werden a) den Umzug der derzeitigen Nutzer abschließen (Maßnahmen siehe Liste der ausstehenden Regierungsmaßnahmen), b) ein Gesetz über die Errichtung der Verwaltungsstelle für offene und öffentliche Bereiche und Einrichtungen erlassen sowie c) den in der Arbeitsgruppe vereinbarten überarbeiteten Zeitplan für die Erfüllung aller Vorbedingungen für den Erlass der erforderlichen Ministerialbeschlüsse und die Vergabe der Casinolizenz umsetzen (Maßnahmen siehe Liste der ausstehenden Regierungsmaßnahmen), damit ein finanzieller Geschäftsabschluss bis Dezember 2018 gewährleistet ist.

vi. **Sonstige Projekte:**

(a) Die Behörden haben die Ausschreibung für den Verkauf von 5 % an der Telekommunikationsgesellschaft **OTE** sowie für den gemeinsamen Verkauf (durch PANEUROPEAN und TAIPED) von mindestens 50,1 % am Ölkonzern **HELPE** veröffentlicht. Der unverkaufte Anteil von TAIPED (15,5 %) wird auf den Privatisierungs- und Investitionsfonds HCAP übertragen. Sie werden die Ausschreibung für den Verkauf von 30 % an der Flughafengesellschaft **AIA** veröffentlichen (vorbehaltlich der Genehmigung der Verlängerung des Konzessionsvertrags durch die GD Wettbewerb).

(b) Zu **DEPA**: Der aktualisierte Vermögensentwicklungsplan wird den Verkauf von 65 % am Gasversorger DEPA oder eine andere Art von Transaktion mit demselben Effekt vorsehen. Zu diesem Zweck wird der Vermögensentwicklungsplan Angaben zur Struktur der zwischen den griechischen Behörden und den Institutionen vereinbarten Privatisierung enthalten. Die Ausschreibung wird veröffentlicht, sobald die Analyse der potenziellen Wettbewerbshindernisse infolge des Ausscheidens eines der derzeitigen Anteilseigner der Gasverteilungsunternehmen (EPAs) abgeschlossen ist.

(c) Zu **PPC**: Die Ausschreibung für den Verkauf von 17 % am Stromversorger PPC oder eine andere Art der Verwertung, sofern Griechenland damit einen im Vergleich zum Verkauf mindestens gleichwertigen finanziellen Erlös erzielt, folgt in einer späteren Phase.

vii. Zum **Internationalen Flughafen Athen**: Die Konzessionsverlängerung wird vom Parlament ratifiziert (vorbehaltlich der vorherigen Bekanntgabe der erforderlichen Beschlüsse der

einschlägigen europäischen Behörden).

- viii. Zu **OLTH** (Hafenbehörde Thessaloniki): Der Konzessionsvertrag wurde vom Parlament ratifiziert.
- ix. Der TAIPED-Vorstand wird mithilfe externer Berater a) die Leitungsstrukturen von DEPA und Egnatia S.A. überprüfen und den Vorstand dieser Unternehmen bewerten sowie b) geschäftsführende und nicht geschäftsführende Mitglieder ggf. ersetzen.

Privatisierungs- und Investitionsfonds HCAP

Der Privatisierungs- und Investitionsfonds HCAP, dessen Portfolio werthaltige griechische Vermögenswerte umfassen wird, wurde durch Gesetz 4389/2016 gemäß der Erklärung des Euro-Gipfels vom 12. Juli 2015 eingerichtet. Übergeordnetes Ziel des Fonds ist die Verwaltung werthaltiger griechischer Vermögenswerte sowie die Sicherung, die Schaffung und letztlich die Maximierung ihres Werts, der durch Privatisierung und andere Maßnahmen verwertet werden soll. Leitungsorgan des in Griechenland ansässigen Fonds ist der Vorstand, der von einem Aufsichtsrat kontrolliert wird; zwei Mitglieder der Aufsichtsrats wurden gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem ESM bestimmt und vom Finanzminister ernannt, drei weitere Mitglieder wurden vom Minister bestimmt. Der Fonds soll seine Aufgaben in Einklang mit den international anerkannten *Best Practices* und OECD-Richtlinien zu Governance, Überwachung und Transparenz von Berichtsstandards sowie Compliance und in Einklang mit den *Best Practices* für sozial und ökologisch nachhaltige Unternehmen sowie Stakeholder-Konsultation erfüllen. Der Fonds und seine Vermögenswerte werden professionell und unabhängig vom Staat verwaltet. Die Verwertung der Vermögenswerte soll gemäß der Erklärung des Euro-Gipfels neben anderen Maßnahmen dazu dienen, die Rückzahlung des neuen ESM-Darlehens zu gewährleisten.

Vorabmaßnahmen:

- i. Die Hauptversammlung wird – nach Einigung mit den Institutionen über den konkreten Inhalt – das Kapitel zur Anlagepolitik in die Geschäftsordnung aufnehmen.
- ii. Die auf den HCAP übertragenen staatseigenen Unternehmen, bei denen dieser Mehrheitseigner ist, legen dem HCAP Geschäftspläne vor.
- iii. Der Vorstand des HCAP wird den Vorstand von ELTA und OASA überprüfen und geschäftsführende und nicht geschäftsführende Mitglieder ggf. ersetzen. Bei den börsennotierten Unternehmen erfolgt die Überprüfung der geschäftsführenden und nicht geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sowie deren ggf. erforderlicher Austausch in voller Übereinstimmung mit dem geltenden Regulierungsrahmen.
- iv. Die zusätzlichen nicht geschäftsführenden Mitglieder des HCAP-Vorstands wurden ernannt.

- v. Ermittlung des zu übertragenden Immobilienvermögens auf Grundlage des zwischen den Behörden und den Institutionen vereinbarten Verfahrens sowie Abschluss der Übertragung des Immobilienvermögens.
- vi. Übertragung der staatseigenen Unternehmen auf den HCAP: i) Änderung der Satzungen der auf den HCAP übertragenen staatseigenen Unternehmen, bei denen der HCAP Mehrheitseigner ist, zur Einhaltung des kodifizierten Gesellschaftsgesetzes 2190/1920. ii) Aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ausgliederung der GAIAOSE-Vermögenswerte und -Rechte aus dem Unternehmen gemäß dem TMU vom Juli 2017 wird das HCAP-Gesetz dahingehend geändert, dass es die Übertragung der Anteile an GAIAOSE auf den HCAP vorsieht. Die das Unternehmen betreffenden politischen Ziele werden im Einklang mit dem HCAP-Koordinierungsmechanismus umgesetzt. Die Übertragung wird am 1. Juli 2018 wirksam. iii) Zwecks Übertragung des Olympia-Sportkomplexes OAKA auf den HCAP bis Ende 2018 und als Vorabmaßnahme legen die Behörden eine Liste der für die Übertragung erforderlichen Maßnahmen sowie einen Zeitplan für deren Durchführung vor. Die Liste muss folgende Punkte umfassen: Ermittlung der für die Instandhaltung bzw. Instandsetzung der OAKA-Einrichtungen benötigten Mittel, Bereitstellung dieser Mittel durch den Staat unter Beachtung geltender rechtlicher Beschränkungen, Umwandlung von OAKA in eine Aktiengesellschaft mit ausreichender Kapitalausstattung sowie Übertragung auf den HCAP. Als weitere Vorabmaßnahme richten die Behörden einen Ausschuss oder eine Arbeitsgruppe ein, dem bzw. der auch Vertreter des HCAP angehören und der bzw. die die Umsetzung dieser Maßnahmen überwacht.

Das Finanzministerium wird mit technischer Unterstützung des HCAP oder anderer von ihm als geeignet erachteter Sachverständiger das staatseigene Immobilienvermögen sowie das Portfolio an Staatsbetrieben (einschließlich neu gegründeter Staatsbetriebe) regelmäßig überprüfen. Innerhalb dieses Rahmens wird das Immobilienvermögen der Bahngesellschaft OSE nach der Übertragung auf den griechischen Staat überprüft. Der Staat wird alle dem Zweck des HCAP entsprechenden Vermögenswerte auf den HCAP übertragen.

5. Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung

5.1 Öffentliche Verwaltung

Die Behörden werden weiterhin die griechische Verwaltung auf allen Ebenen modernisieren und erheblich stärken sowie in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission ein Programm zum Aufbau von Kapazitäten in der griechischen Verwaltung und zu deren Entpolitisierung auflegen. Im Rahmen des ESM-Programms wurden bereits weitreichende Reformen verabschiedet, nun geht es um deren vollständige Umsetzung.

Dies gilt für folgende Bereiche:

(i) *Mobilität.* Das neue Mobilitätsprogramm wird bereits umgesetzt. Die ernennenden Behörden der aufnehmenden Dienststellen werden als **Vorabmaßnahme** i) die Auswahlbescheinigungen zum ersten Zyklus ausstellen, um damit den Abschluss des Auswahlverfahrens anzuzeigen, und ii) eine Gesetzesänderung beschließen, um die zügige Fertigstellung der Gehaltstabelle zu ermöglichen, damit die tatsächliche Versetzung vorgenommen werden kann, ohne dass die Gefahr besteht, dass sie von der veranlassenden Stelle verzögert wird. Die tatsächlichen Versetzungen werden bis Juli 2018 abgeschlossen. Die endgültige Entscheidung über eine Umsetzung wird von der aufnehmenden Dienststelle getroffen, die eine freie Stelle hat; dies erfolgt ohne Beteiligung der politischen Ebene und nach vorab festgelegten Regeln, um Störungen bei der entsendenden Stelle gering zu halten. Dadurch wird die Ressourcenverteilung und Personalausstattung auf gesamtstaatlicher Ebene rationalisiert. Gemäß dem Gesetz 4440/2016 wird Mobilität in erster Linie durch Versetzungen hergestellt; Abordnungen sind nur unter besonderen Umständen und nur für ganz bestimmte Zeiträume zulässig, die nicht verlängert werden können.

(ii) *Ernennungen:*

- Als **Vorabmaßnahme** a) werden die Behörden mithilfe technischer Unterstützung eine Studie zu den Mindestanforderungen der Stellenausschreibungen für alle im TMU (Abschnitt VV) aufgeführten Stellen für Verwaltungssekretäre, stellvertretende Verwaltungssekretäre und Fach- bzw. Fachsondersekretäre durchführen und dabei die in Artikel 7 des Gesetzes 4369/2016 genannten Faktoren berücksichtigen. Auf Grundlage der Ergebnisse der Studie werden die Behörden ggf. bis Juli 2018 geeignete Maßnahmen ergreifen; b) die Ernennungen von 55 Fachabteilungsleitern werden mit den verbleibenden 35 Fachabteilungsleitern bis Juli erfolgen; c) 220 aller Unterabteilungsleiterstellen werden mit den verbleibenden 175 bis Juli ausgeschrieben.
- Alle Unterabteilungsleiter werden bis Oktober 2018 ernannt. Alle Referatsleiterstellen werden im Oktober 2018 ausgeschrieben, alle Ernennungen erfolgen bis Dezember 2018.
- Bis Juni 2018 legen die Behörden einen ausführlichen Bericht über die Umsetzung der o. g. Maßnahmen vor (siehe TMU Abschnitt VV).

(iii) *Leistungsbeurteilung.* Als **Vorabmaßnahme** i) wurde auf Veranlassung des Ministeriums für die Reform der öffentlichen Verwaltung das/die web-/online-basierte Programm/Plattform zur Leistungsbeurteilung eingeführt, das/die inzwischen voll einsatzfähig ist, ii) wird ein Ministerialbeschluss erlassen, der den Zeitrahmen für die zweite Leistungsbeurteilung festlegt, und iii) wird für die meisten Stellen der erste Schritt (Selbstbeurteilung der Bediensteten) abgeschlossen (die übrigen Schritte sind bis Juli abzuschließen).

(iv) *Organigramme und Tätigkeitsbeschreibungen.* Es wird ein umfassendes Personalverwaltungssystem eingerichtet, das die effektive Verwaltung aller Bediensteten der öffentlichen Verwaltung ermöglicht. Im ersten Schritt werden die Behörden eine Plattform schaffen, auf

der digitale Organigramme und Tätigkeitsbeschreibungen vernetzt werden. Als **Vorabmaßnahme** wird an alle öffentlichen Stellen ein Handbuch zum Ausfüllen der Datenbank verteilt und ein entsprechendes Schulungsprogramm gestartet; außerdem wird eine ausgewählte Anzahl von Pilotstellen Organigramme und Tätigkeitsbeschreibungen erstellen, indem auf Referateebene entsprechende Tätigkeitsbeschreibungen zu allen Referatsstellen angefertigt werden.

- (v) *Zulagen.* Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden i) wie im Gesetz festgelegt den kurzfristigen Schutz- und Präventionsplan veröffentlichen, ii) wie im Gesetz festgelegt den Institutionen die erste Stellungnahme des Ausschusses zu Gefahrenzulagen mitsamt der genauen Studie und vorläufigen Quantifizierungen vorlegen und iii) sich mit den Institutionen auf die ministeriellen Weisungen an den Ausschuss verständigen.
- (vi) *Koordinierung.* Die Behörden werden die Kohärenz in der politischen Entscheidungsfindung verbessern, um eine wirksame Planung und Koordinierung der Regierungsarbeit, von Gesetzesinitiativen, der Überwachung der Reformumsetzung und von Arbitragefunktionen bei allen Maßnahmen sicherzustellen. Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden nach Vorlage eines interministeriellen Koordinierungshandbuchs im April 2018 i) dieses Handbuch offiziell beschließen, um die Strukturen und Verfahren innerhalb der Regierung und öffentlichen Verwaltung, einschließlich der Ausarbeitung, Koordinierung und Abstimmung von Maßnahmen, zu optimieren, und ii) sich zu einem Umsetzungsplan bekennen, der die Anwendung der Strukturen und Verfahren durch die Regierung regelt, insbesondere durch Stärkung der Rolle des derzeitigen Generalsekretariats für Koordinierung.

Weitere Maßnahmen sind:

- i. *Stellenbeschreibungen.* Bis Mitte Juni wird das derzeitige „klados“-System in Zusammenarbeit mit der verfügbaren technischen Unterstützung mit den allgemeinen und spezifischen Tätigkeitsbeschreibungen abgeglichen in Einklang gebracht.
- ii. *Lohn- und Gehaltskosten.* In der mittelfristigen Haushaltsstrategie 2019-22 werden Obergrenzen für die Lohn- und Gehaltskosten und das Beschäftigungsniveau im öffentlichen Sektor festgelegt, die mit dem Erreichen der Haushaltsziele und einer konstanten Rückführung der Lohn- und Gehaltskosten im Verhältnis zum BIP in diesem Zeitraum vereinbar sind, u. a. durch eine Personalabbauquote, die von 1:3 im Jahr 2018 auf 1:1 ab dem Jahr 2019 gesenkt werden soll, wobei bei der Berechnung der jährlichen Gesamtzahl die Einstellungen ausgenommen werden, die auf Umsetzungen im öffentlichen Sektor (ausgenommen Chapter-B-Unternehmen) zurückzuführen sind. Angesichts der Umwandlung von befristeten in unbefristete Verträge infolge einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung sind entsprechende Maßnahmen erforderlich, um die Einhaltung der im Haushalt 2018 und in der mittelfristigen Haushaltsstrategie 2019-22 veranschlagten Lohn- und Gehaltskosten zu gewährleisten

Zudem wird eine Obergrenze für befristete Verträge eingeführt, um sicherzustellen, dass die in der Zensus-Datenbank erfasste durchschnittliche Anzahl an haushaltswirksamen

Verträgen 2018 konstant bleibt und die Lohn- und Gehaltskosten auf gesamtstaatlicher Ebene im geplanten Rahmen liegen. Zusätzliche befristete Verträge aufgrund akuter Bedarfssituationen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise, Naturkatastrophen oder humanitären Krisen sind von der Obergrenze ausgenommen.

- iii. *Einstellungsbehörde für den öffentlichen Dienst (ASEP)*. Einsetzung eines Ausschusses, der die vorhandenen Kapazitäten der ASEP umfassend prüft und einen Maßnahmenplan erstellt, damit gewährleistet ist, dass die ASEP über die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Ressourcen verfügt und insbesondere Ernennungen/Einstellungen innerhalb eines angemessenen Zeitplans erfolgen, der zu jedem Ernennungs-/Auswahlverfahren festzulegen ist.
- iv. *Unrechtmäßige Einstellungen*. Die Behörden werden weiterhin unrechtmäßige Einstellungen und einstweilige Anordnungen sowie Disziplinarfälle ermitteln und entsprechend verfolgen.
- v. *Entwicklung eines internen Kontrollsystems*. Zur Verbesserung der Transparenz und Nachprüfbarkeit in der öffentlichen Verwaltung werden die Behörden ein System zur internen Kontrolle, einschließlich Innenrevision, entwickeln und umsetzen und dabei die technische Unterstützung bestmöglich nutzen. Bis Mai 2018 werden die Behörden der Kommission den Vorschlag für ein internes Kontrollsystem einschließlich Innenrevision vorlegen, damit dieses anschließend umgesetzt werden kann. Das interne Kontrollsystem wird in enger Abstimmung mit den laufenden Maßnahmen der technischen Unterstützung in den Bereichen Korruptionsbekämpfung und Verwaltungsreform entwickelt, die von der OECD und *Expertise France* durchgeführt werden.
- vi. *Zugang zum Rechtssystem*. Die Behörden werden mit technischer Unterstützung ein Programm auflegen, das den Zugang der Bürger zum Rechtssystem verbessern soll. Dies umfasst einen langfristigen Plan zur Kodifizierung der wichtigsten Rechtsvorschriften, zu dem bis Mai 2018 ein Vorschlag unterbreitet wird, damit er bis Ende 2018 vollständig umgesetzt werden kann. Außerdem umfasst das Programm die Einrichtung eines öffentlich und kostenlos zugänglichen elektronischen Portals für den Zugang zu Rechtsvorschriften sowohl in der im Staatsanzeiger (FEK) veröffentlichten Form als auch in einer konsolidierten Fassung der unterschiedlichen Bestimmungen.

5.2 Justiz

Die Behörden werden den Drei-Jahres-Strategieplan zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Justizwesens umsetzen. Der Plan umfasst wichtige Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der Gerichte, Beschleunigung von Gerichtsverfahren und Beseitigung von Defiziten in der Funktionsweise der Gerichte, u. a. durch Datenerhebung zur Situation der Gerichte, Digitalisierung, Entwicklung alternativer Möglichkeiten der Streitbeilegung wie Mediation, Rationalisierung der Verfahrenskosten sowie Verbesserung der Funktionsfähigkeit und Verwaltung der Gerichte.

Die Behörden werden weiterhin für einen ordnungsgemäßen und ungehinderten Ablauf elektronischer Auktionen sorgen (siehe TMU Abschnitt GG).

Um die Versteigerung zwangsvollstreckter Immobilien durch die Gläubiger zu erleichtern, werden die Behörden bis Mai 2018 prüfen, ob rechtliche und technische Hürden für eine weitere Verbesserung von E-Auktionen bestehen. Diese Hürden sind ggf. als **Vorabmaßnahme** durch entsprechende Gesetzesänderungen zu beseitigen; u. a. ist das Verfahren zur Senkung des Startpreises bei nicht erfolgreichen Auktionen zu überprüfen.

Die Behörden werden – ggf. unter Inanspruchnahme technischer Unterstützung – folgende Schritte unternehmen:

- i. Einbindung des Drei-Jahres-Strategieplans zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Justizwesens in die Wachstumsstrategie, da ein zeitgemäßes, effizientes und verlässliches Justizwesen ein entscheidender Wachstumsmotor ist, und fristgemäße Planumsetzung; ab Juni 2018 Übermittlung halbjährlicher Fortschrittsberichte über die Einbindung an die Institutionen. Bewertung der Umsetzung und Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zum Abbau des Bearbeitungsrückstands bei den Zivilgerichten und Übermittlung eines Berichts an die Institutionen bis Juni 2018. Beseitigung ggf. festgestellter Probleme, Hürden und Defizite, u. a. durch entsprechende Gesetzesänderungen, bis Dezember 2018.

Bewertung der Umsetzung und Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen aus den vereinbarten Aktionsplänen zur Verbesserung in den Bereichen E-Justiz, Mediation und Justizstatistik bis Juni 2018. Aufklärung der Rechtsberufe und breiten Öffentlichkeit über den neuen Rechtsrahmen zur Mediation, um die Bekanntheit und Inanspruchnahme der neuen Möglichkeiten zu fördern (Juni 2018).

5.3 Korruptionsbekämpfung

Die Behörden setzen den Rechtsrahmen zur Parteienfinanzierung vollständig um, insbesondere durch Sicherstellung der Verabschiedung aller notwendigen sekundärrechtlichen Vorschriften (**Vorabmaßnahme**, TMU Abschnitt WW). Sie werden außerdem dafür sorgen, dass der Bericht der für die Kontrolle der Finanzierung der Wahl 2015 zuständigen Behörde bis Mai 2018 veröffentlicht wird.

Angesichts der jüngsten Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichts werden die Behörden den Rechtsrahmen für die Vermögensoffenlegung überarbeiten. Das bedeutet eine Überarbeitung der primärrechtlichen Vorschriften und deren vollständige Umsetzung in Sekundärrecht bis Juni 2018. Zudem stellen die Behörden sicher, dass die für die Kontrolle der Vermögenserklärungen zuständigen Stellen bis Mai 2018 vollständig personell besetzt und arbeitsfähig sind und sämtliche Erklärungen zur Vermögenslage bis 2016 (auf Grundlage der Einkünfte 2015) bis Dezember 2018 bearbeitet werden.

Die Behörden werden den Strategieplan zur Korruptionsbekämpfung weiterhin vollumfänglich und fristgerecht umsetzen. Die Aktualisierung des nationalen Plans zur Korruptionsbekämpfung (**Vorabmaßnahme**, TMU Abschnitt XX) wird eine Verpflichtung zur Evaluierung der Umsetzung des Verhaltenskodexes für Abgeordnete und ggf. dessen Überarbeitung auf Grundlage der Evaluierung bis Juni 2018 beinhalten. Der aktualisierte Plan wird außerdem die Einrichtung eines Überwachungsverfahrens für ausgewählte schwere Finanzdelikte, v. a. Korruption und Geldwäsche, bis September 2018 vorsehen, um so ein glaubwürdiges Verfahren für die Verfolgung und Bestrafung dieser Straftaten zu schaffen.

Nach Evaluierung der im Gesetz 4312/2014 vorgesehenen Strafmaßverringerung für Finanzdelikte werden die Behörden bis Oktober 2018 einen Gesetzesvorschlag vorlegen und das Gesetz bis Dezember 2018 entsprechend ändern.

Im Bereich Korruptionsbekämpfung werden die Behörden weiterhin die technische Unterstützung des Diensts zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSS) der Europäischen Kommission in Anspruch nehmen.

5.4 Unabhängige Stellen und Regulierungsbehörden

Griechisches Statistikamt (ELSTAT)

Die Regierung wahrt in vollem Umfang die Unabhängigkeit des ELSTAT bei der Erfüllung seiner Aufgaben und der zeitnahen Bereitstellung qualitativ hochwertiger Statistiken. Zu diesem Zweck wird die Regierung weiterhin notwendige Reformen umsetzen und alle verfügbaren Unterstützungsmöglichkeiten prüfen, um ELSTAT mit angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen auszustatten; außerdem wird sie weiterhin Zugang zu Verwaltungsdaten gewähren.

Dies entspricht der im März 2012 von der Regierung gemachten „Zusage zu zuverlässigen Statistiken“ in Unterstützung des ELSTAT zur Stärkung des Vertrauens in griechische Statistiken und zum Schutz des Statistikamts vor Versuchen zur Untergrabung seiner Glaubwürdigkeit und steht im Einklang mit der Verpflichtung zur jährlichen Berichterstattung an das griechische Parlament und die Europäische Kommission.

Unabhängige Stellen und Organisationen

Im Umgang mit unabhängigen Stellen sollte ein einheitlicher Ansatz verfolgt werden, unabhängig davon, ob diese verfassungsrechtlich geschützt sind oder nicht. Ein einheitliches, horizontal greifendes Regelwerk würde den normativen Rahmen vereinfachen und zur Verbesserung der Governance der entsprechenden Stellen sowie ihrer ungehinderten Aufgabenausübung beitragen.

Nach der Verständigung auf die Grundsätze und Kernelemente zur Verbesserung der Autonomie und Leistungsfähigkeit aller unabhängigen Stellen und Organisationen im Rahmen der zweiten Überprüfung werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** Rechtsvorschriften zur Umstrukturierung, ggf. auch durch Zusammenlegung bzw. Abschaffung von Behörden und Aufgabenübertragung an die Zentralverwaltung, erlassen und in Abstimmung mit den Institutionen die Vorschriften finalisieren

und gesetzlich verankern, durch die die horizontalen Bestimmungen in Einklang mit den Ergebnissen der horizontalen Überprüfung sowie bewährten Verfahren gebracht werden.

Weitere Maßnahmen:

- i. *Griechische Wettbewerbsbehörde (HCC)*: Die Regierung verpflichtet sich, die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der griechischen Wettbewerbsbehörde im Einklang mit den EU-Vorgaben zu wahren. Als **Vorabmaßnahme** werden sich die Behörden mit den Institutionen auf die Grundsätze künftiger Rechtsvorschriften verständigen und nach Möglichkeit detaillierte Entwürfe erarbeiten, damit die Vorschriften in Einklang mit bewährten Verfahren stehen, u. a. in Bezug auf Interessenkonflikte der Vorstandsmitglieder der griechischen Wettbewerbsbehörde und die Personalausstattung ihrer internen Rechtsabteilung gemäß dem allgemeinen gesetzlichen Rahmen für die Ernennung juristischer Mitarbeiter in öffentlichen Stellen. Die Interessenvertretung der griechischen Wettbewerbsbehörde wird durch zwölf zusätzliche Posten verstärkt, außerdem wird eine von der Europäischen Kommission und internationalen Sachverständigen unterstützte Überprüfung erfolgen zur Sicherstellung, dass das Wettbewerbsrecht im Einklang mit bewährten EU-Verfahren steht. Diese Rechtsvorschriften werden in Abstimmung mit den Institutionen und nach Konsultation der zuständigen Kommissionsdienststellen bis Juli 2018 verabschiedet.
- ii. *Regulierungsbehörde für Energie (RAE)*: Als (**Vorabmaßnahme**) werden sich die Behörden mit den Institutionen auf die Grundsätze künftiger Rechtsvorschriften verständigen und ggf. detaillierte Entwürfe erarbeiten, damit die Vorschriften mit bewährten Verfahren in Einklang stehen. Bis Juli 2018 werden die Behörden in Abstimmung mit den Institutionen und nach Konsultation der zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission primär- und sekundärrechtliche Vorschriften (u. a. die internen Verfahrensvorschriften der RAE gemäß Art. 45 Gesetz 4001/2011) erlassen bzw. ändern.
- iii. *Regulierungsbehörde für Personenbeförderung (RAEM)*: Als **Vorabmaßnahme** werden sich die Behörden mit den Institutionen auf die Grundsätze künftiger Rechtsvorschriften verständigen und ggf. detaillierte Entwürfe erarbeiten, damit die Vorschriften mit bewährten Verfahren in Einklang stehen. Bis Juli 2018 werden die Rechtsvorschriften in Abstimmung mit den Institutionen und nach Konsultation der zuständigen Kommissionsdienststellen verabschiedet.



HELLENIC REPUBLIC ASSET
DEVELOPMENT FUND

ASSET DEVELOPMENT PLAN

05 JUNE 2018

Table of Contents

1. HELLINIKON	4
2. HELLENIC GAS TRANSMISSION SYSTEM OPERATOR (DESFA S.A.)	5
3. 10 PORT AUTHORITIES	6
4. ROSCO (EESTY) S.A.	7
5. ATHENS INTERNATIONAL AIRPORT (AIA)	8
6. MARINAS	9
7. EGNATIA MOTORWAY	16
8. HELLENIC PETROLEUM S.A. (HELPE S.A.)	19
9. PUBLIC POWER CORPORATION S.A. (PPC S.A.)	20
10. THESSALONIKI WATER SUPPLY & SEWERAGE COMPANY (EYATH S.A.)	22
11. ATHENS WATER SUPPLY & SEWERAGE COMPANY (EYDAP S.A.)	23
12. PUBLIC GAS CORPORATION (DEPA S.A.)	Fehler! Textmarke nicht definiert.
13. UNDERGROUND GAS STORAGE (UGS) FACILITY IN S. KAVALA	Fehler! Textmarke nicht definiert.
14. AFANTOU, RHODES	27
15. E-AUCTIONS VII & VIII	29
16. CASTELLO BIBELLI CORFU	30
17. OLYMPIC EQUESTRIAN CENTRE MARKOPOULO	31
18. XENIA KYTHNOS & THERMAL SPRING	32
19. KAMMENA VOURLA SPRING PROPERTY	33
20. KAMMENA VOURLA CAMPING PROPERTY	34
21. THERMOPYLAE PROPERTY	35
22. GOURNES, HERAKLION	36
23. PROPERTY IN PERAIA THESSALONIKI (EX ERT SA OWNERSHIP)	37
24. EX CONSTRUCTION SITES OF RIO-ANTIRRIO BRIDGE ABK 314	38

COMPLETED PROJECTS

1. ASTIR VOULIAGMENIS.....	40
2. REGIONAL AIRPORTS.....	41
3. PIRAEUS PORT AUTHORITY (OLP S.A.).....	43
4. THESSALONIKI PORT AUTHORITY S.A. (OLTH).....	44
5. TRAINOSE S.A.	45
6. OTE S.A.....	46

<p>1. HELLINIKON</p> <p>Former Athens Airport, a seafront real estate asset, with a surface area exceeding 6,000,000 sq.m.</p>

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>Sale of the 100% of the shares of Hellinikon S.A., to whom the ownership of 30% of the real estate asset will be granted and which will have the right to develop (surface right) and manage the 100% of the property for 99 years</p>	<p>Financial Advisors: Citi Bank Piraeus Bank</p> <p>Legal Advisors: Gina Giannakourou Kyriakides Georgopoulos Law Firm</p> <p>Technical Advisors: Decathlon</p>	<ul style="list-style-type: none"> The Presidential Decree on the Integrated Development Plan has been elaborated and approved by the Council of State The Presidential Decree on the Integrated Development Plan published in Government Gazette (General Secretariat of Public Property/General Secretariat of the Government/ National Printing House) Submission of the Metropolitan Park of Nature and Recreation Overall Plan Study 	<ul style="list-style-type: none"> Conduct an Open tender for the granting of a casino licence at Hellinikon (Min. of Finance/ Gaming Commission Authority) Issuance of Joint Ministerial Decisions for spatial planning and urbanization of the areas under development as well as for the general layout of the Metropolitan Park (Ministry of Finance / Ministry of Energy/ Ministry of Culture and Sports) Establishment of a Body for the Management of Free and Public Areas and Facilities (Ministry of Interior/ Hellenic Parliament) Completion of the public and private bodies' relocation from the area (HOA/ Ministries/ Public Institutions/ HELLINIKON S.A.) Distribution of ownership rights on the area between HR and HRADF (Ministry of Finance/ HRADF/ Investor) Transfer of rights in rem from HRADF to Hellinikon S.A. (HRADF / HELLENIKON SA) Financial Closure of the Transaction (HRADF)

2. HELLENIC GAS TRANSMISSION SYSTEM OPERATOR (DESFA S.A.)

DESFA, DEPA's wholly-owned subsidiary, owns and operates, maintains, manages, exploits and develops the regulated high pressure gas transport network and LNG re-gasification facilities located on the islet of Revithoussa.

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Sale of 66% (31% owned by HRADF - 35% owned by HELPE) of DESFA's Share Capital	<p>Financial Advisors: Alontra Corporate Advisors S.A. Alpha Bank S.A.</p> <p>Legal Advisors: Koutalidis Law Firm Clifford Chance LLP Holman Fenwick Willan LLP</p>	<ul style="list-style-type: none"> On 19/04/2018 HRADF's BoD announced as the Preferred Bidder for 66% of DESFA the joint venture consisting of the following companies: "Snam S.p.A." "Enagas, Internacional S.L.U." and "Fluxys S.A." The transaction file was submitted to the Court of Audit for approval on 30/05/2018 	<ul style="list-style-type: none"> Approval of the transaction by the Court of Audit Signing of the Share Purchase Agreement and of the Shareholders' Agreement Obtain approvals by the relevant authorities (Regulatory Authority for Energy/Competition Authorities) Transfer of shares and financial closure

3. 10 PORT AUTHORITIES

The Port Authorities of Alexandroupolis, Elefsina, Lavrio, Rafina, Igoumenitsa, Corfu, Kavala, Volos, Patras and Heraklion have long-term concession agreements with the Hellenic Republic for the use of the respective ports until 2042. HRADF owns 100% of the shares

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Granting of the right to operate specific and/or combined port activities / services for the 10 Port Authorities. The method does not include the provision of a master concession agreement	Under selection	<ul style="list-style-type: none"> On 15/11/2017 the additional strategic study of the external consultant was delivered to HRADF, including the assessment of optimum models of development On 19/3/2018 the invitations to recruit Technical, Legal and Financial Advisors have been published 	<ul style="list-style-type: none"> Ratification by means of Law of all existing main concession agreements entered into between HR and the respective non-listed Port Authorities Legislative proposal providing that all main concession agreements entered into between HR and the respective non-listed Port Authorities can be amended so as to allow for the right to grant sub-concessions by means of entering into or concluding a sub-concession agreement Legislative proposal providing that a countervailing duty for the respective Port Authority is imposed to the concessionaire Initiation of tender procedures by HRADF of the selected port activities/ services to be developed in some of the 10 Port Authorities Ratification by means of Law of all sub-concession agreements

4. ROSCO (EESTY) S.A.

ROSCO (EESTY) S.A. is a newly established (2013) company. Today, the Hellenic Republic Asset Development Fund owns 100% of ROSCO's share capital. ROSCO provides rolling stock maintenance and availability services to train operating companies

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Sale of 100% of share capital of EESSTY S.A.	<p>Financial Advisors: IBG Kantor</p> <p>Legal Advisors: Bernitsas Law Firm Hogan Lovells</p> <p>Technical Advisors: Louis Berger</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Announcement of a new tender on 22/7/2016 • Submission of non-binding interest on 17/10/2016 by: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ferrovie dello Stato Italiane S.p.A. ▪ ŠKODA TRANSPORTATION a.s. 	Deadline for submission of the improved binding offers: 08/06/2018

5. ATHENS INTERNATIONAL AIRPORT (AIA)

AIA is the main airport of Greece, located in Athens. AIA was established in 1996 as a Public-Private Partnership with a 30-year concession agreement, which grants to AIA the right to use the airport site for the purposes of planning, financing, constructing, completing, commissioning, maintaining, operating, managing and developing the Athens international airport at Spata until 2026. The agreement was ratified by Law No. 2338/1995

Privatization Method	Advisors on the extension of the agreement	Current Status	Next Steps
<p>HRADF holds 30% of AIA's shares and the right to extend the duration of the Concession Agreement for 20 more years (i.e. up to 2046)</p> <p>Hellenic Corporation of Assets & Participations (HCAP) holds 25% of AIA's shares</p> <p>Through HCAP and HRADF, the Hellenic Republic holds 55% of AIA shares in total</p> <p>The planning of the transaction structure and the timetable for the sale of the 30% stake in AIA by HRADF will take place immediately after the completion of the procedure related to the 20 year extension of the Agreement</p>	<p>Financial Advisors on the extension of the agreement: Eurobank – Lamda Infrastructure Finance</p> <p>Legal Advisors on the extension of the agreement: Potamitis-Vekris Clifford Chance</p> <p>Financial Advisors for the sale of 30%: Deutsche Bank - Eurobank</p>	<ul style="list-style-type: none"> On 30/9/2017, the Extension Agreement was signed by the Hellenic Republic, HRADF and AIA, with respect to the extension of the Agreement for 20 years, until 2046. The Hellenic Republic began the process of obtaining the necessary approvals by the European Authorities for the extension of the duration of the Agreement 	<p>Obtaining Approvals for the Extension of the duration of the Agreement</p> <ul style="list-style-type: none"> Obtaining approvals for the extension of the duration of the Agreement by the respective European Authorities Ratification of the Extension Agreement by the Hellenic Parliament Financial closure of the transaction <p>Sale of 30% of the shares</p> <ul style="list-style-type: none"> Planning and implementation of the sale of shares transaction

6. MARINAS

The right to use and exploit 17 marinas around the country has been transferred to HRADF for the purpose of their development

Privatization Method of Marinas (Tourist Ports)	Advisors	Current Status	Next Steps
Long-term Concession	Marinas' (Tourist Ports) assessment study by the company ADK - Consulting Engineers S.A.	A significant number of Tourist Ports belongs to HRADF	HRADF will assess the proposals and the options for their development

6.1 Marina of Alimos

A Marina offering 1.246 berths for yachts up to 45 meters of length, on the southern coastal front of Athens with exceptional characteristics. The land zone of the marina has a surface of 210 acres and a total construction potential of 18,520 sq.m. for tourism-recreational uses

Long-term concession	Advisors	Current Status	Next Steps
Long-term concession	<p>Financial Advisors: Ernst & Young</p> <p>Legal Advisors: Drakopoulos Valassakis & Your Legal Partners</p> <p>Technical Advisors: Marnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> Ten (10) interested investors submitted their Expression of Interest On 16/05/2018 HRADF BoD decided on the qualified participants that will proceed to Phase B 	<ul style="list-style-type: none"> Phase B of the tender process started on 16/05/2018 with the selection of qualified investors Rfp documents will be approved by HRADF's BoD within June

6.2 Marina of Chios

A Marina offering 180 berths for yachts up to 25 meters of length, on the northern side of the coastal zone of the municipality of Chios. The land zone of the marina has a surface of 350 acres and a total construction potential of 6,900 sq.m. for tourism-recreational uses

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Long-term concession	<p>Financial Advisors: Kantor Group</p> <p>Legal Advisors: P. Sfrikakis & Associates</p> <p>Technical Advisors: Marnet</p>	Three (3) interested investors submitted their Expression of Interest, following the BoD decision on 01/03/2018 all interested parties qualify for Phase B of the tender process	<ul style="list-style-type: none"> • Phase B of the tender process started on 17 May 2018 • According to the timeplan binding offers are due for submission on 16/07/2018

6.3 Marina of Thessaloniki (Aretsou, Kalamaria)

A Marina with land zone that has a surface of 76 acres, on the southern side of the coastal zone of the municipality of Kalamaria, Thessaloniki. For the development of the said Marina, HRADF will submit a new site plan

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Long-term concession	<p>Financial Advisors: Kantor Group</p> <p>Legal Advisor: Sfikakis & Partners</p> <p>Technical Advisors: Marnet & Papagiannis & Samaras</p>	Under maturation process	The call for submission of Expression of Interest (EoI) (phase A of the tender) will be published within the 3 rd quarter of 2018

6.4 Mykonos Port/ Marina
 Tourlos, Mykonos New Port

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Long-term concession	To be selected	HRADF took possession of the Port, as a whole, with three distinct activities (Passenger Shipping, Cruising and Marina). HRADF appointed an Advisor with expertise for a preliminary review of the optimum way to proceed, either with its concession as a whole or with a concession of each activity individually	The process of selecting and recruiting Advisors for the development of Marina and Cruise activities is expected to commence within Q3 2018

6.5 Marina of Argostoli

A Marina with a land zone of approximately 50 acres and a docking capacity of approximately 175 yachts. Total buildable area of 3,300 m² for tourism-recreational uses

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Long-term concession	<p>Financial Advisors: Kantor Group</p> <p>Legal Advisor: Sfikakis & Partners</p> <p>Technical Advisors: Triton – ADK</p>	<p>Technical, Legal and Financial Advisors have been selected through a tender process, and the Fund is expected to sign contracts with them within June 2018</p>	<p>HRADF's BoD will decide on the timing of the EoI announcement</p>

6.6 Marina of Zakynthos

A Marina with a land zone of approximately 31 acres and a docking capacity of approximately 275 yachts

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Long-term concession	<p>Financial Advisors: Kantor Group</p> <p>Legal Advisor: Sfikakis & Partners</p> <p>Technical Advisors: Triton – ADK</p>	Technical, Legal and Financial Advisors have been selected through a tender process, and the Fund is expected to sign contracts with them within June 2018	HRADF’s BoD will decide on the timing of the Eol announcement

<p>6.7 Marina of Itea A Marina with a land zone of approximately 25 acres and a docking capacity of approximately 142 yachts</p>			
<p>Privatization Method Long-term concession</p>	<p>Advisors Financial Advisors: Kantor Group Legal Advisor: Sfikakis & Partners Technical Advisors: Triton – ADK</p>	<p>Current Status Technical, Legal and Financial Advisors have been selected through a tender process, and the Fund is expected to sign contracts with them within June 2018</p>	<p>Next Steps HRADF’s BoD will decide on the timing of the EoI announcement</p>
<p>6.8 Marina of Mandraki A Marina with a land zone of approximately 12.7 acres and a docking capacity of approximately 175 yachts</p>			
<p>Privatization Method Long-term concession</p>	<p>Advisors To be selected</p>	<p>Current Status The process of selecting and recruiting Advisors for the tender with respect to the development of the marina is expected within Q3 2018</p>	<p>Next Steps</p>

7. EGNATIA MOTORWAY

A fully constructed and operating motorway in Northern Greece, with a total length of 648km and with toll stations, linking Igoumenitsa to the Turkish border, along with its three Vertical Axes

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>Long-term (35 years) concession of the right to operate and maintain the Egnatia Motorway and its three Vertical Axes</p>	<p>Financial Advisors: Alpha Bank</p> <p>Legal Advisor: Zemperis, Markezinis, Lamprou & Partners Law Firm</p> <p>Technical Advisors: AVARIS Transport Engineers and NOVUS Consulting Engineers</p> <p>Technical Consultant on Asphalt Infrastructure: ANAS International SpA</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Consultation completed on 20/12/2016 • Completion of the study on the technical condition of the motorway's pavements by ANAS International SpA • Preparation of the Dossier for the Amendment of Environmental Terms Approval Decisions • The proposed pricing policy for the Motorway and its 3 vertical axes was delivered to the Hellenic Republic (20/10/2017) • Expression of Interest (Eoi) published on 16/11/2017 • Submission of Eoi deadline 16/02/2018 • Completion of the technical, legal and financial processes in order for Phase B of the Tender to be prepared (Submission of Binding Offers) • HRADF BoD decided on the qualified participants that will proceed to Phase B, on 16/05/2018 • Launch of Phase B of the Tender: 	<p>HRADF</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Submission of Binding Offers 2. The HR has an open tender for a central, fully integrated road transport management system that will include a satellite-based electronic toll collection system (ETC) and automatic number-plate recognition. The aforementioned system is estimated to start operation within 2019. As per the ETC for Egnatia Odos, specific terms and details of a parallel and fully integrated with the above system development of a satellite-based ETC and automatic number-plate recognition application, or alternatively its inclusion to the HR's system, will be specified in the respective Concession Agreement <p>HELLENIC REPUBLIC</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Issuance of a Joint Ministerial Decision for commencement of operation of the Oreokastro and Asprovalta toll stations, effective within a month after completion of their construction (estimated timings August and September 2018 respectively)

		<p>16/05/2018</p>	<p>2. Issuance of a decision from the Inter-Ministerial Restructuring and Privatisations Committee to transfer the rights for design and construction for the projects under development according to motorway standards to HRADF, for a) the part Chalastra-Polykastro (km position 484+500 to km position 529+100) the part of P.A.TH.E. motorway from the Grade separated junction Axiou/Chalastras to the border inspection post of Evzonoï, including the improvements in intersections Axiou/Chalastras and Polykastro, and b) the part of Christos-K. Ambela (km position 0+000 to km position 10+176 of the approved road construction study) the vertical ax of Grade separated junction Lagada/Serres to border inspection post of Promachonas. The Concession Agreement should firmly indicate that a Directory of the Min. of Infrastructure & Transport will supervise the design and construction as well as the project's operation during the design-construction period</p> <p>3. Approval of the Dossier for the Amendment of Environmental Terms Approval Decisions for frontal and lateral toll stations C. Macedonia and "Kleidi-K1" from the Min. of Energy and Environment (mid June 2018)</p>
--	--	-------------------	---

			<p>EGNATIA MOTORWAY S.A.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Beginning of frontal and lateral toll stations construction following approval of the Dossier for the Amendment of Environmental Terms Approval Decisions from the Min. of Energy and Environment (end June 2018)2. Payment/agreement with Piraeus Bank on the existing loan
--	--	--	---

8. HELLENIC PETROLEUM S.A. (HELPE S.A.)

Hellenic Petroleum S.A. is the leading oil refiner and distributor in Greece and a significant player in the Southeast European market. It operates three refineries in Southern and Northern Greece which cover approximately the 2/3 of the country's refining capacity

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>HRADF holds 35.5% of HELPE's shares</p> <p>HRADF initiated the sale of at least 50.1% of HELPE together with the other strategic shareholder "Paneuropean Oil and Industrial Holdings"</p>	<p>Strategic and Financial Advisors: Goldman Sachs NBG Securities</p> <p>Legal Advisors: Bracewell LLC KLC Law Firm</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Appointment of Financial and Legal Advisors concluded • Advisors suggested two alternatives, i.e. direct sale to a third party (M&A), or sale through the Stock Exchange (placement) • Strategic Agreement with Paneuropean for the sale (M&A) of at least 50.1%. The process started on 18/04/2018 when the Expression of Interest (Eoi) call was published to the investment community • Eoi submission deadline 30/05/2018 	<ul style="list-style-type: none"> • Pre-selection of interested Investors • Beginning of Phase B of the tender process (due diligence) • Binding offers submission

9. PUBLIC POWER CORPORATION S.A. (PPC S.A.)

PPC S.A. is the largest producer and supplier of electricity in Greece. PPC has a large infrastructure in mining lignite facilities, in the production and distribution of electricity. PPC's current power plant portfolio consists of lignite, hydroelectric and oil stations, natural gas stations and RES units

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
HRADF holds 17% of PPC's shares	<p>Strategic Consultant: Citi</p>	<ul style="list-style-type: none"> After the completion of the unbundling of ADMIE's (IPTO) ownership from PPC, the process for sale of lignite units in Meliti and Megalopoli have commenced, in accordance to Law 4533/2018 (Gazette A' 75/27.04.2018) Structural measures for lignite access and further liberalisation of wholesale electricity market and other provisions On 07/05/2018, within the context of selling-off lignite production branches, the PPC's BoD decided: <ul style="list-style-type: none"> To set 31/03/2018 as the date of reporting financial statements for the sell-off of the respective branches To appoint SOL S.A. Chartered Accountants as Auditors To appoint Pricewaterhouse Business Solutions as the sell-off Consultants To appoint HSBC Bank as Financial Advisors To appoint DLA Piper UK LLP as Legal Advisors In agreement with the HR to 	HRADF to assess the alternative strategic options and decide on next steps

		<p>propose to DG Comp the appointment of KPMG Advisors SA as Monitoring Trustee</p> <ul style="list-style-type: none">• The international tender for the sale of lignite units will commence with the announcement for submission of Expression of Interest on 31/05/2018 and is expected to be concluded by early July• Simultaneously, in order to achieve the objective of reducing PPC's retail share below 50% by 2020, the company's obligation to allocate electricity to its competitors through NOME auctions remains	
--	--	---	--

10. THESSALONIKI WATER SUPPLY & SEWERAGE COMPANY (EYATH S.A.)

EYATH S.A. has the exclusive right to provide water and sewerage services in the Greater Thessaloniki Area, through a 30-year exclusive concession agreement with the Hellenic Republic as from 2001

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Sale of 24.02% of the company's share capital that HRADF holds	Financial Advisors on the Strategic Study on the Development Alternatives for the Sale of the share capital and the Best Development Method Proposal: Kantor Management Consultants S.A., K&O, ECA	<ul style="list-style-type: none"> The previous privatization process for the sale of 51% was pending, based on the decision of the Council of the State on the similar privatization process of EYDAP According to the aforementioned decision, the state should maintain a share of at least 50% plus one share in EYDAP and, therefore, only a minority stake can be sold. As a result, since 01/01/2018 the share of 50% plus one share of EYATH SA has been transferred to the Hellenic Corporation of Assets and Participations (HCAP S.A.) 	<ul style="list-style-type: none"> Evaluation by the Financial Advisor of the alternative development options and selection of the optimal development method (HRADF) Evaluation of the company's business plan (Special Secretariat for Water) EYATH/ Special Secretariat for Water will determine EYATH's Pricing policy HR/ EYATH will determine the cost for the supply of water services

11. ATHENS WATER SUPPLY & SEWERAGE COMPANY (EYDAP S.A.)

EYDAP S.A. has the exclusive right to offer water and sewerage services in the greater region of Attica. The term of this right along with its renewal are regulated by a 20-year Concession Agreement, signed by Hellenic Republic and EYDAP in 1999

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>Sale of 11.33% of EYDAP shares that HRADF holds</p>	<p>Financial Advisors for the Strategic Study on the Development Alternatives for the Sale of 11% of the shares and the Proposal for its Optimal Development method: Kantor Management Consultants S.A., K&O, ECA</p>	<ul style="list-style-type: none"> Following a decision of the Council of the State regarding the legality of the transfer of the company's shares to HRADF, the transfer of the 34,0033% of EYDAP shares was canceled According to the aforementioned decision, the state should maintain a share of at least 50% plus one share in EYDAP and, therefore, only a minority stake can be sold. As a result, since 01/01/2018 the share of 50% plus one share of EYDAP SA has been transferred to the Hellenic Corporation of Assets and Participations (HCAP S.A.) 	<ul style="list-style-type: none"> Evaluation by the Financial Advisor of the alternative development options and selection of the optimal development method (HRADF) Revision and extension of the duration of the existing Concession Agreement between the Hellenic Republic and the company. (HR/ EYDAP) Evaluation of the company's business plan (Special Secretariat for Water) EYDAP/ Special Secretariat for Water will determine EYDAP's pricing policy HR / EYDAP will determine the cost for the supply of water services

12. PUBLIC GAS CORPORATION (DEPA S.A.)

DEPA S.A. is the incumbent natural gas importer and distributor. It sources natural gas from a number of suppliers, through long-term supply agreements, and has majority stakes (51%) in the supply (EPAs) and distribution (EDAs) companies of Attica and Thessaloniki-Thessaly, as well as a full ownership (100%) of the distribution company in the rest of Greece (DEDA)

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>HRADF holds 65% of the shares HELPE holds the remaining 35% of the shares</p>	<p>Financial Advisors: UBS Piraeus Bank S.A.</p> <p>Legal Advisors: Potamitis-Vekris</p>	<ul style="list-style-type: none"> DEPA Group restructuring is under process following the agreed SMOU terms to resolve possible horizontal conflict of interest due to the current participation of DEPA in both EPAs (Attica & Thessaloniki), through the following transactions: <ol style="list-style-type: none"> sale of 51% of EPA Thessaloniki that DEPA holds to ENI acquisition of 49% of EPA and EDA Attikis that SHELL holds Following the SMOU terms to resolve possible vertical conflict of interest stemming from DEPA's presence in wholesale, retail and infrastructure, it was agreed to convert/split DEPA to an infrastructure company (networks and international projects) and a commercial company (wholesale and retail) as well as to sell 14% of HR's share in infrastructure and 50% 	<ul style="list-style-type: none"> Receipt of approvals from the Greek Competition Authority in regards to the transactions among DEPA-ENI and DEPA-SHELL Shares transfer and financial closure of the transactions Legislation on the conversion/split of DEPA to proceed according to a respective study that DEPA will conduct and implementation HRADF to commence the tender process for 50%+1 share of the HR's participation in commercial activities in November 2018 Veto rights of the HR: The exercise by the Greek authorities of the above-mentioned veto right is limited to matters that constitute a necessary and proportional action to: (i) implement the, current and future, preventive action and emergency plans, in accordance Regulation (EU)2017/138, including the need to ensure a sufficient diversity of

		<p>plus one share of HR's share in commercial activity</p> <ul style="list-style-type: none"> • In parallel and in order to achieve the objective of reducing DEPA's wholesale share, the company's obligation to allocate gas through the gas release program auctions remains • Following the agreed SMOU terms, HRADF started the tender procedure and concluded the appointment of Financial and Legal Advisors that will support the implementation of the process 	<p>contracted supply sources and routes, including for LNG; (ii) comply with the obligations (e.g. booking capacities) existing at the launch of the tender deriving from the aforementioned PCIs. The exercise of this veto right may be subject to judicial review before the competent courts if challenged by the other shareholder/s.</p> <ul style="list-style-type: none"> • The tender process for 14% share of the HR's participation in infrastructure will follow the closure of the commercial activities tender
--	--	---	---

13. UNDERGROUND GAS STORAGE (UGS) FACILITY IN SOUTH KAVALA

The project refers to the conversion of the depleted offshore field of South Kavala to the country's first Underground Gas Storage (UGS) facility. The field lies at around 30km south from Kavala. Preliminary planning refers to a capacity of approx. 360 mcm

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>Concession of the right for construction, maintenance, operation and exploitation of the depleted field as a UGS facility</p>	<p>To be selected</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Renewal of existing licence for exploitation of the field to Energean Oil and Gas S.A. expires on 23/11/2018 • The project is included in the E.U. list of Projects of Common Interest (PCI) • Appointment of Advisors • A preliminary assessment is under process in co-operation with the Min. of Energy in order to decide on the development potential of the project and the tender process 	<ul style="list-style-type: none"> • Assessment of alternative development options and sustainability of the project • Infrastructure exploitation

REAL ESTATE ASSETS

According to Law No. 4389/2016 (Government Gazette 94/A/2016), 91 real estate assets have remained in HRADF's portfolio (Annex C). The privatization of the said real estate assets is gradual and depends on their legal, technical and commercial maturation. Privatization can be achieved either via an online auction platform or via conventional tender procedures, with the support of Financial Advisors

14. AFANTOU, RHODES

Golf and tourist development in two properties in Afantou area, in Rhodes island

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Sale of 100% of the shares of 2 or more SPVs established by HRADF for each property (Afantou Golf & Southern Afantou) to be acquired by M.A. Angeliades (Preferred Investor for Afantou Golf) and T.N. Aegean Sun Investment Limited (Preferred Investor for Southern Afantou)	<p>Financial Advisors: Piraeus Bank</p> <p>Legal Advisors: Potamitis Vekris</p> <p>Technical Advisors: Decathlon</p>	<ul style="list-style-type: none"> The tender has been approved by the Court of Auditors and the development plan has been signed by the Council of the State (draft PD) ESCHADA PD was published in Governmental Gazette with respect to the two real estate assets (Volume on Compulsory Acquisitions and Urban Planning Issues No. 18/ 09.14.2016) Publication of the Decision No. ΥΠΠΟΑ/ΓΔΑΠΚ/ΔΙΠΚΑ/ΤΠΚΑΧΜΑΕ/Φ57/681 53/38450/3273/788 approving the delimitation of the declared archaeological site of Erimokastro - Traounou – Afantou in Municipality of Rhodes, South Aegean Region (Government Gazette70/ΑΑΠ/2016), by which the whole property as well as a wider area of approximately 10,000 acres is characterized as an archaeological site Signing of a Memorandum of Cooperation and Understanding between HRADF and the 	<ul style="list-style-type: none"> Issuance of a Designated Forest Land Act for S. Afantou Publication of an administrative act for the concession of the coastal area and of the use of the coastal area, following the finalization of the relevant legislative framework Signing of the Share Purchase Agreements Financial Closure of the Transaction

		<p>Ministry of Culture, represented by the local Ephorate of Antiquities of the Dodecanese</p> <ul style="list-style-type: none">• Realization of the Memorandum of Cooperation and Understanding	
--	--	---	--

15. E-AUCTIONS VII και VIII

Part of the current real estate asset portfolio is available via the website www.e-publicrealestate.gr. They are typically real estate assets of small size and value

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Sale of the Real Estate Assets via the e-auction platform	<p>Legal Advisors: KLC ETAD</p> <p>Technical Advisors: ETAD</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Signing of a contract for the transfer of 66.66% of an undivided interest building on Pericleous & Ktena st. in the centre of Athens (e-auction VII) on 27/02/2018 • E-Auction VIII (10 real estate assets): sale of 9 real estate assets and long-term lease of 1 real estate asset. Electronic tenders took place on 06/02/2018, results and bidders announced on 01/03/2018 for 6 tenders, the remaining 4 tenders were not awarded • Preparation of the file by means of Law (art. 9 par. 4 Law 3986/2011) for the preliminary revision of the draft contracts by the Court of Audit 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Contracts to be signed by HRADF: <ul style="list-style-type: none"> • KOSKINOJ-Rhodes Real Estate Asset (e-auction VII) • Real Estate Asset in Patra • Real Estate Asset in the old Town of Naflpio • Real Estate Asset in Sampariza Ermionis • Real Estate Asset in Volos Industrial Area • Hotel Iniohos • Part of the Real Estate Asset “Sanatorio Mana” 2. In search of matured and appropriate real estate assets that may be included in a new development process through the e-auction platform

16. CASTELLO BIBELLI, CORFU

Real Estate Asset of 83,844 sq.m., of which 77,019 sq. m. (the "Property") are related to the property under development. An exempt Area of 6.825 sq.m. is allocated to the National Gallery.

The Real Estate Asset includes the historical building "CASTELLO" (of 1.968,25 sq.m.), of neo-Gothic style, built in 1900, and four auxiliary buildings (of 457,44 sq.m.). The "Castello" building and three auxiliary buildings have been declared as preserved "real estate" monuments by the Ministry of Culture. The development will be realized by the sale of the shares of an SPV, which will own a right of ownership over a part of the Property - Zone II (Tourism-Recreation uses) and a surface right on "Castello" - Zone I (Tourism-Residential uses) in accordance to the respective ESCHADA (Gazette AAP/186/2017)

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
SPV shares' transfer	<p>Financial Advisor: Eurobank Equities</p> <p>Legal Advisors: Bernitsas Law Firm Services</p> <p>Technical Advisors: Eurobank Property Services</p>	Submission of improved Financial Offer was accepted	<ul style="list-style-type: none"> • Substitution of preferred bidder • File submission to the Council of State

17. Olympic Equestrian Centre Markopoulo

An outside the town plan stadium area in the municipality of Markopoulo - Attica, of a total surface area of about 1,000 acres (area to be developed 590 acres), with the Olympic Equestrian Centre sports and auxiliary building facilities

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Long-term concession	<p>Financial Advisor: ALPHA BANK</p> <p>Legal Advisor: PLATIS-ANASTASIADIS</p> <p>Technical Advisor: ASPA DESIGN</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Updating of ESCHADA and Strategic Environmental Impact Assessment Study • Preparation of tender documents 	<ul style="list-style-type: none"> • Submission of ESCHADA to the Central Administration Council for the Exploitation of Public Property for approval • Submission of the Strategic Environmental Impact Assessment Study for public consultation • Final court decision for Designated Forest Land Act pending • Pre-marketing • Tender process initiation

THERMAL SPRINGS REAL ESTATE ASSETS

HRADF holds an important portfolio of real estate assets with thermal springs. Most of the assets in the respective portfolio are geographically located in the prefecture of Fthiotida, including the following real estate assets: the Thermal Springs of Thermopylae, the Kammena Vourla Spa Thermal Springs, the Thermal Springs of the Camping of Kamena Vourla, the Thermal Springs of Ypati and the Thermal Springs of Platistomo. In addition, HRADF owns the real estate asset of the Thermal Springs in Kythnos and the Hydrotherapy Complex in Edipsos

18. XENIA & KYTHNOS THERMAL SPRINGS

The real estate asset has a land area of 7,200 sqm. The existing buildings, with a total area of 4,685 sqm, are: a 46-room hotel (XENIA), a Hydrotherapy center (listed monument) and an old unfinished wing. In the context of the development of the property in Kythnos, due to its particularity as a hydrotherapy center with historical significance, since built by Hansen and Ziller, the building complex has been declared preserved, thus requiring special handling

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
99 years lease	Financial Advisors: Piraeus Bank Legal Advisors: KLC Technical Advisor: TEHNEDROS	<ul style="list-style-type: none"> RFP published on 02/04/2018 Publishing of the Ministerial Decision approving the architectural pre-study 	Submissions deadline 25/06/2018

19. Kamena Vourla Baths Real Estate Asset

The total area to be developed is 468,125 sq.m. It includes the facilities of the "Galini" hotel and several other buildings, mostly abandoned. The asset has been sub-leased to the National Bank which sub-leased it to the Mitsis Group while holding a preferential right in case of future development. An official termination of the agreement is necessary together with the bank's waiver of its preferential right.

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Under discussion	Financial Advisor: ALPHA BANK Legal Advisors: KLC Technical Advisor: DECATHLON	<ul style="list-style-type: none"> Legal maturation actions for the final mapping of the area that may be developed Pre-marketing An evaluation study on ETAD-ETE partnership is available 	<ul style="list-style-type: none"> Drafting of ESCHADA and of the Strategic Environmental Impact Assessment Study EoI announcement Q3 2018 National Bank waiver of its preferential right

20. KAMENA VOURLA CAMPING REAL ESTATE ASSET

A Seaside property with a total area of 1,061,955 sq.m., of which 850,160 sq.m. are exploitable. It includes the abandoned EOT Camping facilities.

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Under discussion	<p>Financial Advisor: ALPHA BANK</p> <p>Legal Advisors: KLC</p> <p>Technical Advisor: DECATHLON</p>	<ul style="list-style-type: none"> Legal maturation actions for the final mapping of the area that may be developed Pre-marketing 	<ul style="list-style-type: none"> Drafting of ESCHADA and of the Strategic Environmental Impact Assessment Study Eol announcement Q3 2018

21. THERMOPYLAE REAL ESTATE ASSET

With a total area of 785,398 sq.m., the real estate asset includes hydrotherapeutic and hotel facilities (abandoned)

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Under discussion	<p>Financial Advisor: ALPHA BANK</p> <p>Legal Advisors: KLC</p> <p>Technical Advisor: DECATHLON</p>	<ul style="list-style-type: none"> Finalization of designated archaeological zones Assessment of the forestry characterization issue Granting of buildings to the Regional Governance for housing refugees Granting of a building to the National Highway Traffic Police 	<ul style="list-style-type: none"> Drafting of ESCHADA and of the Strategic Environmental Impact Assessment Study Eol announcement

22. GOURNES HERAKLION CRETE

The "Former American Base of Gournes" real estate asset of 708,061 sq.m., located in the Municipality of Hersonissos, in the Regional Unity of Heraklion in the Region of Crete. The land area to be developed is of approximately 350 acres

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Sale	<p>Financial Advisor: EUROBANK</p> <p>Legal Advisors: Potamitis-Vekris</p> <p>Technical Advisors: DECATHLON</p>	<p>Updating of ESCHADA and presentation of the plan to the Central Administration Council for the Exploitation of Public Property on 18 May 2018</p>	<ul style="list-style-type: none"> Public consultation of the Strategic Environmental Impact Assessment Study Tender process initiation within Q3 2018

23. PROPERTY IN PERAIA THESSALONIKI (EX ERT SA OWNERSHIP)

Real estate asset of 760,807 sq.m., ex ownership of ERT SA located in Peraia of the Thermaikos Municipality in Thessaloniki. Old, destroyed buildings of 2,665 sq.m. in total are located in the plot

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
To be decided	<p>Financial Advisor: ALPHA BANK</p> <p>Legal Advisors:</p> <p>Technical Advisors:</p>	<ul style="list-style-type: none"> Filing of POSPERT against the HR was rejected by the Council of State Actions on updating the legal and technical inspection Pre-marketing, assessment of the optimum model of exploitation through different scenarios 	<ul style="list-style-type: none"> Privatization method decision Proceed with ESCHADA and Strategic Environmental Impact Assessment Study

24. EX CONSTRUCTION SITES OF RIO-ANTIRRIO BRIDGE ABK 314

Real estate asset of 213,583.51 sq.m., consisting of 4 non adjacent plots in the north end of the Rio-Antirrio bridge. There are no buildings on the asset

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
To be decided	<p>Financial Advisor: EUROBANK</p> <p>Legal Advisors:</p> <p>Technical Advisors: DECATHLON</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Legal maturation actions in respect to expropriation and the property's registration • Technical maturation actions in respect to the correction of the property's diagram (designation of the coastal zone) • Pre-marketing, assessment of the optimum model of exploitation through different scenarios 	<ul style="list-style-type: none"> • Privatization method decision • Updating of ESCHADA and Strategic Environmental Impact Assessment Study

COMPLETED PROJECTS

1. ASTIR VOULIAGMENIS

Hotel Complex of Astir Palace Vouliagmeni S.A. including Marina Subsidiary

Privatization Method	Advisors	Current Status
<p>Sale of 81,122,156 shares of Astir Palace S.A.</p> <p>Tender ran by NBG S.A.</p>	<p>Financial Advisors: Piraeus Bank</p> <p>Legal Advisors: Potamitis-Vekris</p> <p>Technical Advisors: Decathlon</p>	<ul style="list-style-type: none"> • JERMYN, comprised of a consortium of Turkish and Arab investors, has signed the contract on September 17th 2014 • Presidential Decree on the land's ESCHADA issued (191 AAP/04/10/2016) • Financial closure of the transaction on 27/10/2016

2. REGIONAL AIRPORTS

Long-term Concession to third parties of the right to administer, manage, develop, extend, maintain and operate 14 regional airports.

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>Long-term (40+10 years) Concession</p> <p>14 Regional airports divided into 2 clusters of 7 airports each</p>	<p>For the 14 regional airports</p> <p>Financial Advisors: Citi Bank EFG Eurobank</p> <p>Legal Advisors: Norton Rose Drakopoulos & Vasalakis YourLegalPartners</p> <p>Technical Advisors: Doxiadis</p>	<p>14 Regional Airports:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tender awarded in December 2014 to Fraport - Slentel Consortium for €1.2bn, plus 28.5% EBITDA sharing, plus €23mn annual concession fee • Additional cumulative, fiscal, social and other benefits amounting to €4.6bn • Concession Agreement and Tender Process Approval by the Court of Auditors (January 2015) • Signing (December 2015) and Ratification (May 2016) of the Concession Agreement by the Hellenic Parliament • Concession Commencement Date and Delivery of the Use of the 14 Regional Airports' Concession Areas (11 April 2017) • Constitution and establishment of a Liaison Committee and appointment of the Representatives of the Grantor, the Hellenic Republic and the Concessionaire, pursuant to Article 7 of the Concession Agreements (May 2017) • Ratification by the Hellenic Parliament (June 2017) of the Contractual Amendments to the main body of the Concession Agreements dated 24/03/2017 • Monitoring of the application and the implementation of the Concession Agreements by HRADF, assisted by the Legal and Technical Advisors of the Transaction 	<p>Signing of a Modification Agreement of the relevant Annexes to Concession Contracts (HRADF / Concessionaire / Hellenic Republic)</p>

		<ul style="list-style-type: none"> - Establishment and meeting of an informal Task Force established by HRADF, the Concessionaire, the Ministry of Finance and the CAA, in order to amend the Annexes to the Concession Agreements - Establishment of an informal Special Task Force by the Air Force Task Force, the Civil Aviation Authority, the Concessionaire and HRADF on issues related to amendments of the Annexes to the Concession Agreements and on Operational Issues at Shared Airports 	
--	--	---	--

3. PIRAEUS PORT AUTHORITY (OLP S.A.)

The largest Port Authority in Greece, OLP S.A., has a long-term concession agreement with the HR for the use of the Port of Piraeus until 2052 and is listed on the Athens Exchange

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>Sale of 67% of the share capital of Piraeus Port Authority S.A.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ 51% transferred and settled at the closing of the Transaction, in August 2016 ○ Additional 16% will be transferred at least in 5 years following the closing of the Transaction, subject to the completion of the mandatory investments <p>Following the completion of the transfer of 16%, HRADF will own 7% of OLP's shares</p>	<p>Financial Advisors: Morgan Stanley Piraeus Bank</p> <p>Legal Advisors: Freshfields AKL</p> <p>Technical Advisors: HPC Marnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Cosco Group (Hong Kong) Limited was declared a Preferred Investor for the acquisition of 67% of the share capital of OLP. The offer amounted to €22/share, i.e. to a total of €368.5mn • The Share Purchase Agreement was signed on 08.04.2016 • On 10.08.2016 the transfer of 51% was completed for €280.5 mn • The total value of the Agreement is estimated at €1.5 bn 	<ul style="list-style-type: none"> • 16% of the shares and the respective percentage's consideration amounting to €88 mn are placed in an escrow account • The completion of the transfer will take place in at least five years following the completion of the mandatory investment program of €300 mn

4. THESSALONIKI PORT AUTHORITY S.A. (OLTH)

The second largest Port Authority in Greece, OLTH S.A. has a long-term concession agreement with the HR for the use of the Port of Thessaloniki until 2051 and is listed on the Athens Exchange

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>Sale of 67% of the share capital of Thessaloniki Port Authority S.A.</p> <p>HRADF currently holds 7% of the shares</p>	<p>Financial Advisors: Morgan Stanley Piraeus Bank</p> <p>Legal Advisors: Freshfields AKL</p> <p>Technical Advisors: HPC Marnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> On 12/12/2017, the signing of the Share Purchase Agreement and of the Shareholders' Agreement took place On 24/1/2018, approval of a merger by the competent Competition Commission On 2/2/2018, signing of a Revised Concession Agreement between ThPA S.A. and the Hellenic Republic On 7/3/2018, ratification by the Hellenic Parliament of the Revised Concession Agreement On 23/3/2018 completion of the transaction with the transfer of the shares 	<p>Completion of the staffing of the Ports Public Authority Office in Thessaloniki, in order to ensure their proper operation</p>

5. TRAINOSE S.A.

TRAINOSE S.A. is a company engaged in the provision of traction services with respect to the rail transportation of passengers and freight, the development, organization and exploitation of urban, suburban, regional, extra-urban and international railway transportation of passengers and freight and the provision of logistics services of any nature

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
Sale of 100% of the share capital of TRAINOSE S.A	Financial Advisors: IBG Kantor Legal Advisors: Bernitsas Law Firm Hogan Lovells Technical Advisors: Louis Berger	<ul style="list-style-type: none"> The Share Purchase Agreement was signed by HRADF and Ferrovie dello Stato Italiane on 18/1/2017 The transfer of 100% was completed on 14/9/2017 	

6. OTE S.A.

Hellenic Telecommunications Organization (OTE S.A.) is the largest telecommunications' provider in the Greek market, and, together with its subsidiaries, forms one of the leading telecom groups in Southeastern Europe. With respect to its capitalization, OTE is ranked among the three largest listed companies on the Athens Exchange. OTE is also listed on the London Stock Exchange (LSE)

Privatization Method	Advisors	Current Status	Next Steps
<p>The Hellenic Republic transferred 5% of the share capital of OTE to HRADF (18/11/2016, ΔΕΑΑ 260, Government Gazette B' 3723)</p> <p>The Hellenic Republic maintains 1% of OTE's share capital, exercises the voting rights of 5% of OTE's share capital transferred to HRADF and the voting rights of IKA's shares, representing 4% of OTE's share capital</p> <p>According to the Shareholders' Agreement of 14.05.2008 between the HR and Deutsche Telekom AG, as applicable after amendments, in which HRADF has acceded, Deutsche Telekom retains the right of first refusal in case of disposal of shares</p>	<p>Financial Advisors: Credit Suisse Piraeus Bank</p> <p>Legal Advisors: Lambadarios & Partners</p>	<ul style="list-style-type: none"> On 12/02/2018 HRADF commenced the tender process for the sale of 24,507,520 common nominal shares of OTE S.A. The process ended on 15/03/2018 with no submission of interest According to the Shareholders' Agreement and following a letter sent from HRADF on 16/03/2018, Deutsche Telekom exercised the right of first refusal in a letter dated 20/03/2018 The transaction file was submitted to the Court of Audit on 16/04/2018 and its revision is completed 	<p>Amount transferred on 30/05/2018</p>



HELLENIC REPUBLIC ASSET
DEVELOPMENT FUND

Vermögensentwicklungsplan

05. Juni 2018

Inhalt

1. Hellinikon	4
2. Griechischer Gasfernleitungsnetzbetreiber (DESFA S.A.)	5
3. 10 Hafenbehörden	6
4. ROSCO (EESSTY) S.A.	7
5. Internationaler Flughafen Athen (AIA)	8
6. Jachthäfen	9
7. Egnatia-Autobahn	16
8. Hellenic Petroleum S.A. (HELPE S.A.)	19
9. Public Power Corporation S.A. (PPC S.A.)	20
10. Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft von Thessaloniki (EYATH S.A.)	22
11. Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft von Athen (EYDAP S.A.)	Fehler! Textmarke nicht definiert.
12. Staatliches Gasunternehmen (DEPA S.A.)	Fehler! Textmarke nicht definiert.
13. Einrichtung für unterirdische Erdgasspeicherung (UGS) in South Kavala	Fehler! Textmarke nicht definiert.
14. Afantou, Rhodos	27
15. Elektronische Auktionen VII & VIII	29
16. Castello Bibelli Korfu	30
17. Olympisches Reitsportzentrum Markopoulo	31
18. XENIA KYTHNOS Thermalquellen	32
19. Liegenschaft Kamena Vourla Bäder	33
20. Liegenschaft Kamena Vourla Campingplatz	34
21. Liegenschaft Thermopylae	35
22. Gournes Heraklion, Kreta	36
23. Immobilie in Peraja Thessaloniki (EX ERT SA EIGENTUM)	37
24. Ehemalige Baustelle der Rio-Antirrio-Brücke ABK 314	38

ABGESCHLOSSENE PROJEKTE

1. Astir Vouliagmenis	40
2. Regionale Flughäfen	41
3. Hafenbehörde Piräus (OLP S.A.)	43
4. Hafenbehörde Thessaloniki (OLTH S.A.)	44
5. TRAINOSE S.A.	45
6. OTE S.A.	46

1. HELLINIKON Ehemaliger Athener Flughafen, Liegenschaft an der Küste mit einer Fläche von über 6.000.000 m ²			
Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
Veräußerung von 100 % der Aktien der Hellinikon S.A., die das Eigentum an 30 % der Liegenschaft und das Recht zur Erschließung (Bebauungsrecht) und Verwaltung von 100 % der Liegenschaft für die Dauer von 99 Jahren erhalten wird	<p>Finanzberatung: Citi Bank Piraeus Bank</p> <p>Rechtsberatung: Gina Giannakourou Kyriakides Georgopoulos Anwaltskanzlei</p> <p>Technische Beratung: Decathlon</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Der Präsidialerlass zum integrierten Entwicklungsplan wurde vom Staatsrat ausgearbeitet und genehmigt. • Der Präsidialerlass zum integrierten Entwicklungsplan, veröffentlicht im Staatsanzeiger (Generalsekretariat für öffentliches Eigentum/Generalsekretariat der Regierung). Nationaldruckerei • Einreichung der Gesamtplanstudie „Metropolitan Park of Nature and Recreation“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführung einer offenen Ausschreibung für die Erteilung einer Spielbanklizenz in Hellinikon (Finanzministerium/ Aufsichts- und Prüfausschuss Glücksspiele) • Fassen gemeinsamer Ministerialbeschlüsse über die Raumplanung und Urbanisierung der in Erschließung befindlichen Gebiete sowie das grundsätzliche Konzept für den Metropolitan Park (Finanzministerium / Energieministerium / Kultur- und Sportministerium) • Einrichtung eines Gremiums zur Verwaltung der freien und öffentlichen Bereiche und Einrichtungen (Innenministerium / griechisches Parlament) • Abschluss der Räumung des Geländes seitens der öffentlichen und privaten Körperschaften (HOA / Ministerien / öffentliche Einrichtungen / Hellinikon S.A.) • Aufteilung der Eigentumsrechte auf dem Gelände zwischen griechischem Staat und HRADF (Finanzministerium / HRADF / Investor) • Übertragung der dinglichen Rechte vom HRADF auf die Hellinikon S.A. (HRADF / Hellinikon S.A.) • Finanzieller Abschluss der Transaktion (HRADF)

2. Griechischer Gasfernleitungsnetzbetreiber (DESFA S.A.)

DESFA, eine 100 %ige Tochtergesellschaft von DEPA, besitzt und betreibt, unterhält, verwaltet, verarbeitet und erschließt das regulierte Hochdruckfernleitungsnetz und die Anlagen zur Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas auf der Insel Revithoussa.

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
Veräußerung von 66 % (31 % im Eigentum des HRADF, 35 % im Eigentum von HELPE) des Grundkapitals von DESFA	<p>Finanzberatung: Alantra Corporate Advisors S.A. Alpha Bank S.A.</p> <p>Rechtsberatung: Kanzlei Koutalidis Clifford Chance LLP Holman Fenwick Willan LLP</p>	<ul style="list-style-type: none"> Am 19.04.2018 gab der Vorstand der HRADF als bevorzugten Bieter für 66% der DESFA das aus folgenden Unternehmen bestehende Joint Venture bekannt: "Snam S.p.A." "Enagas, Internacional S.L.U." und "Fluxys S.A.". . Die Transaktionsunterlagen wurden dem Rechnungshof am 30.05.2018 zur Genehmigung vorgelegt. 	<ul style="list-style-type: none"> Genehmigung der Transaktionen durch den Rechnungshof Unterzeichnung des Anteilskaufvertrags und der Gesellschaftervereinbarung Einholung der Genehmigungen der zuständigen Behörden (Regulierungsbehörde für Energie/Wettbewerbsbehörden) Anteilsübertragung und finanzieller Abschluss

3. 10 Hafengebörden

Die Hafengebörden Alexandroupolis, Elefsina, Lavrio, Rafina, Igoumenitsa, Korfu, Kavala, Velos, Patras und Heraklion haben langfristige Konzessionsverträge mit dem griechischen Staat zur Nutzung der jeweiligen Häfen bis 2042. Der HRADF hält 100 % der Anteile.

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
<p>Gewährung des Rechts zur Ausübung/Erbringung einzelner bzw. kombinierter Hafentätigkeiten/-dienstleistungen der 10 Hafengebörden. Dieses Verfahren beinhaltet keinen Rahmenkonzessionsvertrag.</p>	<p>Noch keine Auswahl</p>	<ul style="list-style-type: none"> Am 15.11.2017 wurde die zusätzliche strategische Studie des externen Beraters einschließlich der Bewertung optimaler Entwicklungsmodelle an den HRADF übergeben. Am 19.3.2018 wurden die Ausschreibungen von technischen, rechtlichen und finanziellen Beraterleistungen veröffentlicht. 	<ul style="list-style-type: none"> Gesetzliche Ratifizierung aller bestehenden Hauptkonzessionsverträge zwischen Griechenland und den jeweiligen nicht börsennotierten Hafengebörden Gesetzesvorschlag, der vorsieht, dass dasein Recht auf Vergabe von Unterlizenzen durch Abschluss einer Unterlizenzvereinbarung in alle wichtigen Konzessionsverträge zwischen Griechenland und den jeweiligen nicht börsennotierten Hafengebörden aufgenommen werden kann. Gesetzesvorschlag, der vorsieht, dass dem Konzessionär ein Ausgleichsgebühr für die jeweilige Hafengebörde auferlegt wird. Einleitung der Ausschreibungsverfahren zu den ausgewählten Hafentätigkeiten/-dienstleistungen, die in einigen der 10 Hafengebörden geschaffen werden sollen, durch den HRADF Gesetzliche Ratifizierung aller Unterkonzessionsverträge

4. Rosco (Eessty) S.A.

Die **Rosco (Eessty) S.A.** ist eine (2013) neu gegründete Gesellschaft. Zurzeit hält der griechische Privatisierungsfonds HRADF 100 % des Grundkapitals von Rosco. Rosco erbringt Wartungs- und Bereitstellungsleistungen für das rollende Material von Schienenverkehrsbetreibern.

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
Veräußerung von 100% des Grundkapitals von EESTY S.A.	<p>Finanzberatung: IBG Kantor</p> <p>Rechtsberatung: Kanzlei Bernitsas Hogan Lovells</p> <p>Technische Beratung: Louis Berger</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntgabe einer neuen Ausschreibung am 22.07.2016 • Abgabe einer unverbindlichen Interessenbekundung am 17.10.2016 von: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ferrovie dello Stato Italiana S.p.A. ▪ ŠKODA TRANSPORTATION a.s. 	Frist für die Abgabe der nachgebesserten bindenden Angebote: 08.06.2018

Privatisierungsverfahren	Beratung bzgl. der Vertragsverlängerung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
<p>Der HRADF hält 30 % der Anteile am AIA und ist berechtigt, den Konzessionsvertrag um weitere 20 Jahre zu verlängern (d. h. bis 2046).</p> <p>Der griechische Staat hält 25 % der Anteile am AIA.</p> <p>Über HCAP und HRADF hält die Hellenische Republik insgesamt 55% der AIA-Aktien.</p> <p>Die Planung der Transaktionsstruktur und der zeitlichen Gestaltung des Verkaufs von 30 % der Anteile am AIA durch den HRADF erfolgt unmittelbar</p>	<p>Finanzberatung bzgl. der Vertragsverlängerung: Eurobank – Lamda Infrastructure Finance</p> <p>Finanzberatung bzgl. der Vertragsverlängerung: Potamitis-Vekris Clifford Chance</p> <p>Rechtsberatung bzgl. des Verkaufs von 30 %: Deutsche Bank - Eurobank</p>	<ul style="list-style-type: none"> Am 30.09.2017 haben der griechische Staat, der HRADF und der AIA den Vertrag über die Verlängerung des Konzessionsvertrags um 20 Jahre bis 2046 unterzeichnet. Griechenland hat damit begonnen, die erforderlichen Genehmigungen der europäischen Behörden für die Verlängerung der Vertragslaufzeit einzuholen. 	<p>Einholung von Genehmigungen für die Verlängerung der Vertragslaufzeit</p> <ul style="list-style-type: none"> Einholung der Genehmigungen der europäischen Behörden für die Verlängerung der Vertragslaufzeit Genehmigung des Verlängerungsvertrags durch das griechische Parlament Finanzierungsabschluss der Transaktion <p>Verkauf von 30 % der Anteile</p> <ul style="list-style-type: none"> Planung und Durchführung der Transaktion zur Aktienveräußerung

5. Internationaler Flughafen Athen (AIA)

Der AIA ist Griechenlands wichtigster Flughafen und befindet sich in Athen. Er wurde 1996 als öffentlich-private Partnerschaft mit einem über 30 Jahre laufenden Konzessionsvertrag gegründet, wonach der AIA bis 2026 das Recht auf Nutzung des Flughafengeländes zwecks Planung, Finanzierung, Bau, Fertigstellung, Inbetriebnahme, Unterhaltung, Betrieb, Verwaltung und Entwicklung des Internationalen Flughafens Athen in Spata erhält. Der Vertrag wurde mit dem Gesetz Nr. 2338/1995 genehmigt.

nach Abschluss des Verfahrens bezüglich der Vertragsverlängerung um 20 Jahre.			
6. Jachthäfen			
Das Recht auf Nutzung und Verwertung von 17 Jachthäfen im ganzen Land wurde zwecks deren Erschließung auf den HRADF übertragen.			

Privatisierungsverfahren für Jachthäfen (Touristenhäfen)	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
langfristige Konzession	Bewertungsstudie zu Jachthäfen (Touristenhäfen) durch die Firma ADK - Consulting Engineers S.A.	Eine erhebliche Anzahl von Touristenhäfen gehört dem HRADF.	Der HRADF wird die Vorschläge und die Möglichkeiten für ihre Erschließung auswerten.

6.1 Jachthafen Alimos
Jachthafen mit 1.246 Liegeplätzen für Yachten mit einer Länge von bis zu 45 m an der Südküste von Athen mit Besonderheiten. Der Landbereich des Hafens umfasst eine Fläche von 0,85 km ² und verfügt über ein Bebauungspotenzial von insgesamt 18.520 m ² zur Nutzung für Tourismus-/Freizeitwecke.

langfristige Konzession	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte

langfristige Konzession	<p>Finanzberatung: Ernst & Young</p> <p>Rechtsberatung: Drakopoulos Valassakis & Your Legal Partners</p> <p>Technische Beratung: Marnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zehn (10) Investoren haben ihre Interessensbekundung eingereicht. • Am 16.05.2018 entschied der HRADF-Vorstand über die qualifizierten Teilnehmer, die in Phase B aufrücken werden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Phase B des Ausschreibungsverfahrens begann am 16.05.2018 mit der Auswahl qualifizierter Investoren. • Die Dokumente zur Angebotsaufforderung werden im Juni vom Vorstand von HRADF genehmigt.
-------------------------	--	--	---

6.2 Jachthafen Chios

Jachthafen mit 180 Liegeplätzen für Yachten mit einer Länge von bis zu 25 m an der Nordseite des Küstengebiets der Gemeinde Chios. Der Landbereich des Hafens umfasst eine Fläche von 1,4 km² und verfügt über ein Bebauungspotenzial von insgesamt 6.900 m² zur Nutzung für Tourismus-/Freizeit Zwecke.

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
langfristige Konzession	<p>Finanzberatung: Kantor Group</p> <p>Rechtsberatung: P. Sfrikakis & Associates</p> <p>Technische Beratung: Marnet</p>	<p>Drei (3) Investoren haben ihre Interessensbekundung eingereicht. Gemäß der Entscheidung des Vorstands vom 01.03.2018 qualifizieren sich alle interessierten Parteien für Phase B des Ausschreibungsverfahrens.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Phase B des Ausschreibungsverfahrens begann am 17. Mai 2018. • Laut Zeitplan müssen alle verbindlichen Angebote bis 16.07.2018 abgegeben werden.

6.3 Jachthafen Thessaloniki (Aretsou, Kalamaria)
 Jachthafen mit einer Landfläche von 0,3 km² an der Südseite des Küstengebiets der Gemeinde Kalamaria (Thessaloniki). Zur Erschließung des Hafens wird HRADF einen neuen Lageplan vorlegen.

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
langfristige Konzession	<p>Finanzberatung: Kantor Group</p> <p>Rechtsberatung: Sfikakis & Partners</p> <p>Technische Beratung: Marnet & Papagiannis & Samaras</p>	Im Vorbereitungsprozess	<ul style="list-style-type: none"> • Der Aufruf zur Abgabe von Interessensbekundungen durch die interessierten / potenziellen Investoren (3. Ausschreibungsphase) wird im Laufe des 1. Quartals 2018 veröffentlicht.

6.4 Hafen/Jachthafen Mykonos

Neuer Hafen Mykonos (Tourlou)

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
langfristige Konzession	noch auszuwählen	Der HRADF hat den Hafen als Ganzes mit drei unterschiedlichen Nutzungen (Personenbeförderung, Kreuzfahrten und Jachthafen) übernommen. HRADF ernannte einen fachkundigen Berater zur Vorabermittlung der optimalen Vorgehensweise, entweder über die Gesamtkonzession oder mit einer Konzession für jede einzelne Aktivität.	Der Prozess der Auswahl und Untervertragnahme von Beratern für die Entwicklung der Marina- und Kreuzfahrtaktivitäten wird voraussichtlich im dritten Quartal 2018 begonnen.

6.5 Jachthafen Argostoli
 Jachthafen mit einer Landfläche von ca. 0,2 km² und einer Anlegekapazität von ca. 175 Jachten. Bebaubare Fläche von insgesamt 3.300 m² für Tourismus-
 /Freizeitwecke

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
langfristige Konzession	<p>Finanzberatung: Kantor Group</p> <p>Rechtsberatung: Sfikakis & Partners</p> <p>Technische Beratung: Triton – ADK</p>	<p>Die technischen, rechtlichen und finanziellen Beratungsleistungen wurden im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens ausgewählt, und der Fonds wird die Verträge dazu voraussichtlich im Juni 2018 unterzeichnen.</p>	<p>Der HRADF-Vorstand wird den Zeitpunkt für die Anündigung von Interessensbekundungen festlegen.</p>

6.6 Jachthafen Zakynthos
Jachthafen mit einer Landfläche von ca. 0,13 km² und einer Anlegekapazität von ca. 275 Jachten

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
langfristige Konzession	<p>Finanzberatung: Kantor Group</p> <p>Rechtsberatung: Sfikakis & Partners</p> <p>Technische Beratung: Triton – ADK</p>	Die technischen, rechtlichen und finanziellen Beratungsleistungen wurden im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens ausgewählt, und der Fonds wird die Verträge dazu voraussichtlich im Juni 2018 unterzeichnen.	Der HRADF-Vorstand wird den Zeitpunkt für die Anündigung von Interessensbekundungen festlegen.

6.7 Jachthafen Itea
Jachthafen mit einer Landfläche von ca. 0,1 km² und einer Anlegekapazität von ca. 142 Jachten

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
langfristige Konzession	<p>Finanzberatung: Kantor Group</p> <p>Rechtsberatung: Sfikakis & Partners</p> <p>Technische Beratung: Triton – ADK</p>	Die technischen, rechtlichen und finanziellen Beratungsleistungen wurden im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens ausgewählt, und der Fonds wird die Verträge dazu voraussichtlich im Juni 2018 unterzeichnen.	Der HRADF-Vorstand wird den Zeitpunkt für die Ankündigung von Interessensbekundungen festlegen.

6.8 Jachthafen Mandraki			
Jachthafen mit einer Landfläche von ca. 0,05 km ² und einer Anlegekapazität von ca. 175 Jachten			
Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
langfristige Konzession	noch auszuwählen	Die Auswahl und Untervertragnahme von Beratern für die Ausschreibung der Erschließung des Jachthafens wird voraussichtlich im dritten Quartal 2018 erfolgen.	
7. Egnatia-Autobahn			
Die Egnatia-Autobahn ist eine voll ausgebaute und funktionsfähige Autobahn mit Mautstationen in Nordgriechenland mit einer Gesamtlänge von 648km, die zusammen mit ihren drei Vertikalachsen Igomoniitsa mit der türkischen Grenze verbindet.			
Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
langfristige Konzession (35 Jahre) des Rechts auf Betrieb und Instandhaltung der Egnatia-Autobahn und ihrer drei Vertikalachsen	Finanzberatung: Alpha Bank Rechtsberatung: Kanzlei Zemperis, Markezinis, Lamprou & Partners	<ul style="list-style-type: none"> Beratung am 20.12.2016 abgeschlossen Abschluss einer Studie zum technischen Zustand der Fahrbahnen durch ANAS International SpA Zusammenstellung der Unterlagen 	HRADF 1. Abgabe verbindlicher Angebote 2. Griechenland hat eine offene Ausschreibung für ein zentrales, voll integriertes Straßenverkehrsmanagementsystem, das ein satellitengestütztes elektronisches Mautsystem (ETC) und eine automatische

	<p>Technische Beratung: AVARIS Transport Engineers und NOVUS Consulting Engineers</p> <p>Technische Beratung bzgl. Asphaltinfrastruktur: ANAS International SpA</p>	<p>für die Änderung der Entscheidungen zur Genehmigung der Umweltauflagen</p> <ul style="list-style-type: none"> Die vorgeschlagene Preisgestaltung für die Autobahn und ihre 3 Vertikalachsen wurde dem griechischen Staat vorgelegt (20.10.2017). Aufruf zur Abgabe von Interessensbekundungen am 16.11.2017 veröffentlicht. Frist für die Abgabe von Interessensbekundungen: 26.01.2018. Abschluss der technischen, rechtlichen und finanziellen Verfahren zur Vorbereitung der zweiten Ausschreibungsphase (Abgabe verbindlicher Angebote). Der HRADF-Vorstand entschied am 16.05.2018 über die qualifizierten Teilnehmer, die in Phase B aufdrücken werden. Start der Ausschreibungsphase B: 16.05.2018 	<p>Kennzeichenerkennung beinhaltet. Die Inbetriebnahme des genannten Systems ist für 2019 geplant. Gemäß dem ETC für Egnatia Odos werden in der jeweiligen Konzessionsvereinbarung spezifische Bedingungen und Einzelheiten einer parallelen und vollständig in das obige System integrierten, satellitengestützten ETC-Software sowie einer automatischen Nummernschilderkennungsanwendung bzw. deren Einbindung in das Straßenverkehrssystem Griechenlands festgelegt.</p> <p>GRIECHISCHER STAAT</p> <ol style="list-style-type: none"> Erlass eines gemeinsamen Ministerialbeschlusses über die Inbetriebnahme der Mautstationen Oreokastro und Asprovalta, der innerhalb eines Monats nach Abschluss des Baus wirksam wird (voraussichtlicher Zeitpunkt: August bzw. September 2018). Erlass eines Beschlusses des interministeriellen Ausschusses für Umstrukturierung und Privatisierung zur Übertragung der Planungs- und Baurechte für die in Entwicklung befindlichen Projekte gemäß den Autobahnstandards auf den
--	--	---	---

			<p>HRADF, für a) den Teil Chalastra-Polykastro (Kilometer 484+500 bis Kilometer 529+100), den Teil der P.A.TH.E.-Autobahn vom Knotenpunkt Axiou/Chalastras bis zur Grenzkontrollstelle von Evzonoï, einschließlich der Verbesserungen an den Kreuzungen Axiou/Chalastras und Polykastro, und b) den Teil von Christos-K. Ambela (Kilometer 0+000 bis Kilometer 10+176 des genehmigten Straßenbauplans), die vertikale Achse vom Knotenpunkt Lagada/Serres bis zur Grenzkontrollstelle von Promachonas. In der Konzessionsvereinbarung ist eindeutig anzugeben, dass eine Direktion des Ministeriums für Infrastruktur und Verkehr die Planung und den Bau sowie den Betrieb des Projekts während der Planungs- und Bauzeit überwacht.</p> <p>3. Genehmigung des Dossiers zur Änderung der Umweltauflagen, Entscheidungen zur Genehmigung der frontalen und lateralen Mautstationen</p> <p>Zentralmakedonien und "Kleidi-K1" vom Ministerium für Energie und Umwelt (Mitte Juni 2018)</p> <p>Egnatia Motorway S.A.</p>
--	--	--	---

			<ol style="list-style-type: none">1. Baubeginn für die frontalen und lateralen Mautstationen im Anschluss an die Genehmigung des Dossiers zur Änderung der Umweltauflagen, Entscheidungen zur Genehmigung vom Ministeriums für Energie und Umwelt (Ende Juni 2018).2. Zahlung/Vereinbarung mit der Piraeus Bank über das bestehende Darlehen
--	--	--	---

8. Hellenic Petroleum S.A. (HELPE S.A.)

Die Hellenic Petroleum S.A. ist das führende Erdölverarbeitungs- und -vertriebsunternehmen in Griechenland und ein bedeutender Akteur auf dem südosteuropäischen Markt. Sie betreibt drei Raffinerien in Süd- und Nordgriechenland, die ca. zwei Drittel der Raffineriekapazitäten des Landes ausmachen.

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
<p>Der HRADF hält 35,5% der Aktien an HELPE.</p> <p>HRADF initiierte den Verkauf von mindestens 50,1% von HELPE zusammen mit dem anderen strategischen Anteilseigner "Pan-European Oil and Industrial Holdings".</p>	<p>Strategie- und Finanzberatung: Goldman Sachs NBG Securities</p> <p>Rechtsberatung: Bracewell LLC Kanzlei KLC</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ernennung von Finanz- und Rechtsberatern abgeschlossen • Die Berater schlugen zwei Alternativen vor, zum einen den direkten Verkauf an Dritte (M&A) oder den Verkauf über die Börse (Platzierung). • Strategische Vereinbarung mit Pan-European über den Verkauf (M&A) von mindestens 50,1%. Das Verfahren begann am 18.04.2018, als der Investorenschaft der Aufruf zur Abgabe von Interessensbekundungen veröffentlicht wurde. • Frist für die Abgabe von Interessensbekundungen: 30/05/2018 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorauswahl interessierter Investoren • Beginn der Phase B des Ausschreibungsverfahrens (Due Diligence) • Abgabe verbindlicher Angebote

9. Public Power Corporation S.A. (PPC S.A.)

Die PPC S.A. ist der größte Stromerzeuger und -versorger in Griechenland. Sie verfügt über eine breite Infrastruktur in den Bereichen Braunkohleförderung sowie Stromerzeugung und -verteilung. Der aktuelle Kraftwerkbestand von PPC umfasst Braunkohle-, Wasser-, Öl-, Gas- und EEQ-Kraftwerke.

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
<p>Der HRADF hält 17 % der Aktien an PPC.</p>	<p>Strategische Beratung: Citi</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Nachdem die Entflechtung des Eigentums von ADMIE (IPTO) von PPC abgeschlossen war, begann die Veräußerung von Braunkohleeinheiten in Meliti und Megalopoli gemäß Gesetz 4533/2018 (Gazette A' 75/27.04.2018) „Strukturmaßnahmen betreffend den Braunkohlezugang und die weitere Öffnung des Stromgroßhandelsmarkts sowie weitere Bestimmungen“. • Am 07.05.2018 beschloss der Vorstand der PPC im Rahmen der Veräußerung von Braunkohle-Geschäftsbereichen: <ul style="list-style-type: none"> • den 31.03.2018 als Stichtag für den Abschlussbericht für den Verkauf der jeweiligen Geschäftsbereiche festzulegen • Ernennung von SOL S.A. Chartered Accountants als Wirtschaftsprüfer • Ernennung von Pricewaterhouse Business Solutions als 	<p>HRADF hat die verschiedenen strategischen Optionen auszuwerten und über die nächsten Schritte zu entscheiden.</p>

		<p>Verkaufsberater</p> <ul style="list-style-type: none">• Ernennung der HSBC Bank als Finanzberater• Ernennung von DLA Piper UK LLP als Rechtsberater• GD Comp im Einvernehmen mit Griechenland die Ernennung von KPMG Advisors SA als Überwachungstreuhänder vorzuschlagen.• Die internationale Ausschreibung für die Veräußerung von Braunkohle-Geschäftsbereichen beginnt mit der Bekanntgabe des Aufrufs zur Abgabe von Interessensbekundungen am 31.05.2018 und wird voraussichtlich Anfang Juli abgeschlossen sein.• Gleichzeitig ist PPC weiterhin verpflichtet, seinen Mitbewerbern über NOME-Auktionen Strom zuzuteilen, damit das Ziel erreicht werden kann, den Endkundenanteil von PPC bis 2020 auf unter 50 % zu verringern.	
--	--	--	--

10. Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft von Thessaloniki (EYATH S.A.)

Die EYATH S.A. hat aufgrund eines über 30 Jahre laufenden exklusiven Konzessionsvertrags mit der Hellenischen Republik seit 2001 das ausschließliche Recht, im Großraum Thessaloniki Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsdienste anzubieten.

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
Veräußerung von 24,02% des Grundkapitals von HRADF	Finanzberatung bzgl. der Strategiestudie zu den Entwicklungsoptionen für den Verkauf des Grundkapitals sowie bzgl. des Vorschlags für die beste Entwicklungsmethode: Kantor Management Consultants S.A., K&O, ECA	<ul style="list-style-type: none"> • Das vorherige Privatisierungsverfahren zur Veräußerung von 51 % der Aktien war aufgrund der Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichts zum vergleichbaren Privatisierungsverfahren der EYDAP noch nicht abgeschlossen. • Dieser Entscheidung zufolge sollte der Staat eine Beteiligung von mindestens 50 % plus 1 Aktie an EYDAP behalten, sodass lediglich eine Minderheitsbeteiligung veräußert werden kann. Infolgedessen ist seit dem 01.01.2018 der Anteil von 50% plus einer Aktie der EYATH SA auf die Hellenic Corporation of Assets and Participations (HCAP S.A.) übertragen worden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Auswertung der verschiedenen Entwicklungsoptionen durch die Finanzberatung und Auswahl der optimalen Entwicklungsmethode (HRADF) • Evaluierung des Geschäftsplans des Unternehmens (Sondersekretariat für Wasser) • EYATH / Sondersekretariat für Wasser legen die Preisgestaltung der EYATH fest. • Der griechische Staat / EYATH legen die Kosten für die Erbringung von Wasserversorgungsleistungen fest.

11. Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft von Athen (EYDAP S.A.)

Die EYDAP S.A. hat das ausschließliche Recht, im Großraum Attika Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsdienste anzubieten. Die Laufzeit und die Verlängerung dieses Rechts werden durch einen über 20 Jahre laufenden Konzessionsvertrag geregelt, der 1999 vom griechischen Staat und der EYDAP unterzeichnet wurde.

Privatisierungsverfahren	Beratung	Aktueller Stand	Nächste Schritte
Veräußerung von 11,33% der von HRADF gehaltenen EYDAP-Aktien	<p>Finanzberatung bzgl. der Strategiestudie zu den Entwicklungsoptionen für den Verkauf von 1.1 % der Aktien sowie bzgl. des Vorschlags für die optimale Entwicklungsmethode:</p> <p>Kantor Management Consultants S.A., K&O, ECA</p>	<ul style="list-style-type: none"> Nach einer Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichts über die Rechtmäßigkeit der Übertragung der Aktien des Unternehmens an den HRADF wurde die Übertragung von 34,0033 % der EYDAP-Aktien gestoppt. Dieser Entscheidung zufolge sollte der Staat eine Beteiligung von mindestens 50 % plus 1 Aktie an EYDAP behalten, sodass lediglich eine Minderheitsbeteiligung veräußert werden kann. Infolgedessen ist seit dem 01.01.2018 der Anteil von 50% plus einer Aktie der EYDAP SA auf die Hellenic Corporation of Assets and Participations (HCAP S.A.) übertragen worden. 	<ul style="list-style-type: none"> Auswertung der verschiedenen Entwicklungsoptionen durch die Finanzberatung und Auswahl der optimalen Entwicklungsmethode (HRADF) Überarbeitung und Verlängerung der Laufzeit des bestehenden Konzessionsvertrags zwischen dem griechischen Staat und dem Unternehmen (griechischer Staat / EYDAP) Evaluierung des Geschäftsplans des Unternehmens (Sondersekretariat für Wasser) EYDAP / Sondersekretariat für Wasser legen die Preisgestaltung der EYDAP fest. Der griechische Staat / EYDAP legen die Kosten für die Erbringung von Wasserversorgungsleistungen fest.

12. Staatliches Gasunternehmen (DEPA S.A.)			
<p>Die DEPA S.A. ist der aktuelle Importeur und Vertreiber von Erdgas. Sie bezieht von einer Reihe von Lieferanten Erdgas auf der Grundlage langfristiger Lieferverträge und verfügt über Mehrheitsbeteiligungen (51 %) an den Versorgungs- (EPAs) und Vertriebsgesellschaften (EDAs) von Attika und Thessaloniki-Thessalien sowie das alleinige Eigentum (100 %) an der Vertriebsgesellschaft für den Rest von Griechenland (DEDA).</p>			
Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
<p>HRADF hält 65% der Anteile Die HELPE hält die verbleibenden 35 % der Aktien.</p>	<p>Finanzberatung: UBS Piraeus Bank S.A.</p> <p>Rechtsberatung: Potamitis-Vekris</p>	<ul style="list-style-type: none"> Die Umstrukturierung der DEPA Group im Rahmen der vereinbarten SMOU-Bestimmungen zur Beseitigung möglicher horizontaler Interessenskonflikte aufgrund der derzeitigen Beteiligung der DEPA an beiden EPAs (Attica & Thessaloniki) erfolgt über die folgenden Transaktionen: <ul style="list-style-type: none"> a) Verkauf des von der DEPA gehaltenen 51%-Anteils an EPA Thessaloniki an die ENI b) Erwerb des von der SHELL gehaltenen 49%-Anteils an der EPA und der EDA Attikis Entsprechend den Bestimmungen des SMOU zur Beseitigung möglicher vertikaler Interessenskonflikte dadurch, dass die DEPA in Großhandel, Einzelhandel und Infrastruktur vertreten ist, wurde vereinbart, 	<ul style="list-style-type: none"> Erhalt von Genehmigungen seitens der griechischen Wettbewerbsbehörde in Hinblick auf die Transaktionen zwischen der DEPA-ENI und der DEPA-SHELL Übertragung der Anteile und finanzieller Abschluss der Transaktionen Gesetzgebung zur Umwandlung/Aufteilung der DEPA zur Verfahrensweise gemäß einer entsprechenden Studie, welche die DEPA durchführen wird, und Umsetzung Die HRADF soll das Ausschreibungsverfahren für 50%+1 Anteile der Beteiligung der HAR an den Handelsaktivitäten im November 2018 beginnen Vetorechte der HR: Die Ausübung des obenstehend genannten Vetorechts durch die griechischen Behörden ist auf Dinge beschränkt, die eine notwendige

		<p>die DAPA in eine Infrastrukturgesellschaft (Netzwerke und internationale Projekte) und eine Handelsgesellschaft (Groß- und Einzelhandel) zu verwandeln bzw. aufzuteilen und 14% des HR-Anteils an der Infrastruktur und 50% plus eine Aktie des HR-Anteils an der Handelsaktivität zu verkaufen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Parallel dazu bleibt die Verpflichtung der Gesellschaft, über die Auktionen im Rahmen des Programms zur Gasmengenfregabe Erdgas zu veräußern, damit das Ziel erreicht werden kann, den Großmarktanteil der DEPA zu verringern, weiterhin bestehen. Entsprechend den vereinbarten SMOU-Bedingungen leitete die HRADF das Ausschreibungsverfahren ein und schloss die Ernennung von Finanz- und Rechtsberatern ab, welche die Umsetzung des Prozesses unterstützen werden. 	<p>und proportionale Maßnahme (i) zur Umsetzung der derzeitigen und zukünftigen Präventionsmaßnahmen und Notfallpläne gemäß Verordnung (EU)2017/138 darstellen, einschließlich der Notwendigkeit, eine ausreichende Diversität der vertraglichen Lieferquellen und -routen zu gewährleisten, einschließlich für LNG, (ii) zur Erfüllung der bei Einleitung des Ausschreibungsverfahrens bestehende Verpflichtungen (z.B. den Buchungskapazitäten) aus den vorgenannten PCIs darstellen. Es ist möglich, dass die Ausübung dieses Vetorechts durch zuständige Gerichte geprüft werden muss, wenn es von dem (den) anderen Anteilseigner(n) angefochten wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> Das Ausschreibungsverfahren für den 14%-Anteil der Beteiligung der HR an der Infrastruktur erfolgt nach Abschluss der Ausschreibung für die gewerblichen Tätigkeiten.
--	--	---	---

13. Einrichtung für unterirdische Erdgasspeicherung (UGS) in South Kavala

Das Projekt bezieht sich auf die Umwandlung des erschöpften Offshore-Erdgasfeldes von South Kavala in die erste unterirdische Erdgasspeicherung (UGS) des Landes. Das Erdgasfeld befindet sich etwa 30 km südlich von Kavala. Die vorläufige Planung bezieht sich auf eine Kapazität von etwa 360 mcm.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
Gewährung des Bau-, Wartungs-, Betriebs- und Nutzungsrechts für das erschöpfte Feld als UGS-Einrichtung	noch auszuwählen	<ul style="list-style-type: none"> • Die Verlängerung der bestehenden Nutzungslizenz für das Feld für Energean Oil and Gas S.A. läuft am 23.11.2018 aus. • Das Projekt steht auf der EU-Liste der Projekte von gemeinsamen Interesse (PCI) • Bestellung von Beratern. • Es erfolgt eine vorläufige Einschätzung in Kooperation mit dem Energieministerium, um über das Entwicklungspotential des Projekts und den Ausschreibungsprozess zu entscheiden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Einschätzung alternativer Entwicklungsoptionen und der Nachhaltigkeit des Projekts • Nutzung der Infrastruktur

Immobilien

Gemäß dem Gesetz Nr. 4389/2016 (Amtsblatt 94/A/2016) sind 91 Immobilien im Bestand des HRADF verblieben (Anlage C). Die Privatisierung der genannten Immobilien erfolgt schrittweise und hängt von ihrer rechtlichen, technischen und kaufmännischen Fristigkeit ab. Sie kann mit Unterstützung durch Finanzberater entweder über eine Online-Auktionsplattform oder im Rahmen herkömmlicher Ausschreibungsverfahren stattfinden.

14. Afandou, Rhodos

Erschließung für Golfsport und Tourismus zweier Liegenschaften im Bezirk Afandou auf der Insel Rhodos

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
<p>Veräußerung von 100 % der Aktien an 2 oder mehr Zweckgesellschaften, welche der HRADF für jede Liegenschaft (Afandou Golf & Afandou Süd) gegründet hat, die von M.A. Angeliades (bevorzugter Investor für Afandou Golf) und T.N. Aegean Sun Investment Limited (bevorzugter Investor für Afandou Süd) erworben werden sollen</p>	<p>Finanzberatung: Piraeus Bank</p> <p>Rechtsberatung: Potamitis Vekris</p> <p>Technische Beratung: Decathlon</p>	<ul style="list-style-type: none"> Die Ausschreibung wurde vom Rechnungshof genehmigt und der Erschließungsplan vom obersten Verwaltungsgericht unterzeichnet (Entwurf für Präsidialerlass). Der ESCHADA Präsidialerlass zu zwei Immobilien wurde im Amtsblatt veröffentlicht (Ausgabe zu Enteignungen und Fragen der Stadtplanung, Nr. 18 v. 14.09.2016) Veröffentlichung des Beschlusses Nr. ΥΠΠΟΑ/ΓΔΑΠΚ/ΔΙΠΚΑ/ΤΠΚΑΧΜΑΕ/Φ57/681 53/38450/3273/788 zur Genehmigung des Verlaufs der Grenzen der offiziellen archäologischen Stätte Erimokastro - Traounou – Afandou in der Gemeinde Rhodos (Region Südägäis) (Amtsblatt 70/ΑΑΠ/2016), durch den das gesamte Gelände sowie ein größeres Gebiet von ca. 	<ul style="list-style-type: none"> Erlaß eines Gesetzes über designierte Waldflächen für S. Afantou Veröffentlichung eines Verwaltungsakts für die Konzessionierung des Küstengebiets und dessen Nutzung nach Fertigstellung des einschlägigen Rechtsrahmens Unterzeichnung der Anteilskaufverträge Finanzierungsabschluss der Transaktion

		<p>40 km² als archäologische Stätte eingestuft wird</p> <ul style="list-style-type: none">• Unterzeichnung einer Kooperations- und Absichtserklärung zwischen dem HRADF und dem Kulturministerium, vertreten durch das Aufsichtsamtsamt für Altertümer von Dodekanes• Umsetzung der Kooperations- und Absichtserklärung	
--	--	---	--

15. Elektronische Auktionen VII & VIII

Ein Teil des derzeitigen Immobilienbestands kann auf der Internetseite www.e-publicrealestate.gr eingesehen werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um kleine Immobilien mit geringem Wert.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
<p>Verkauf der Immobilien über die elektronische Auktionsplattform</p>	<p>Rechtsberatung: KLC ETAD</p> <p>Technische Beratung: ETAD</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unterzeichnung eines Vertrages über die Übertragung von 66,66% einer ungeteilten Beteiligung an einem Gebäude an der Pericleous & Ktena st.im Zentrum Athens (E-Auktion VII) am 27.02.2018. • Elektronische Auktion VIII (10 Immobilien): Verkauf von 9 Immobilien und langfristige Vermietung von 1 Immobilie. Am 06.02.2018 fanden elektronische Ausschreibungen statt, die Ergebnisse und Bieter von 6 Ausschreibungen wurden am 01.03.2018 bekannt gegeben, die restlichen 4 Ausschreibungen wurden nicht vergeben. • Erstellung der Akte per Gesetz (Artikel 9 Abs. 4 des Gesetzes 3986/2011) für die 	<p>1. Vom HRADF zu unterzeichnende Verträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Immobilie in Koskinou (Rhodos) (elektronische Auktion VII) Liegenschaft in Prata • Liegenschaft in der Altstadt von Nafplio • Liegenschaft in Sampariza Ermionis • Liegenschaft im Industriegebiet von Volos • Hotel Iniohos • Teil der Liegenschaft „Sanatorio Mana“ <p>2. Auf der Suche nach gereiften und passenden Immobilien, die in einen neuen Entwicklungsprozess über die elektronische Auktionsplattform eingebunden werden können.</p>

			vorläufige Prüfung der Vertragsentwürfe durch den Rechnungshof	
--	--	--	--	--

16. Catello Bibelli, Korfu

Liegenschaft mit einer Fläche von 83.844 m², von der 77.019 m² („Immobilie“) derzeit erschlossen werden. Die übrige Fläche von 6.825 m² gehört zur Nationalgalerie.
Zur Liegenschaft gehören das historische Gebäude „Castello“ (1.968,25 m²) im neogotischen Stil aus dem Jahr 1900 sowie vier Nebengebäude (457,44 m²). Das Gebäude „Castello“ und drei Nebengebäude wurden vom Kulturministerium unter Denkmalschutz gestellt. Die Erschließung soll durch Verkauf der Anteile an einer Zweckgesellschaft erfolgen, die gemäß der jeweiligen ESCHADA (Amtsblatt AAP/186/2017) über ein Eigentumsrecht an einem Teil der Immobilie (Zone II) sowie ein Flächennutzungsrecht am „Castello“ (Zone I) (Tourismus-Wohnflächen) verfügen wird.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
Übertragung der Anteile an der Zweckgesellschaft	<p>Finanzberatung: Eurobank Equities</p> <p>Rechtsberatung: Kanzlei Bernitsas</p> <p>Technische Berater: Eurobank Property Services</p>	das vorgelegte verbesserte Finanzangebot wurde akzeptiert	<ul style="list-style-type: none"> Ersatz eines bevorzugten Bieters Vorlage beim Staatsrat

17. Olympisches Reitsportzentrum Markopoulo			
Ein außerhalb der Stadt gelegenes Stadiongelände in der Gemeinde Markopoulo (Attika) mit einer Gesamtfläche von ca. 1.000 km ² (zu erschließende Fläche 590 Ar) auf dem sich die Sportstätten und Nebengebäude des Olympischen Reitsportzentrums befinden			

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
langfristige Konzession	Finanzberatung: ALPHA BANK Rechtsberatung: PLATIS-ANASTASIADIS Technische Beratung: ASPA DESIGN	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierung von ESCHADA und der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung • Erstellung der Ausschreibungsunterlagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage von ESCHADA beim zentralen Verwaltungsrat für die Nutzung von öffentlichem Eigentum zur Genehmigung • Vorlage der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung zur öffentlichen Beratung • Abschließende Gerichtsentscheidung über das ausstehende Gesetz über designierte Waldflächen • Pre-Marketing • Einleitung des Ausschreibungsprozesses

LIEGENSCHAFT MIT THERMALQUELLEN

Der HRADF besitzt einen bedeutenden Bestand an Liegenschaften mit Thermalquellen. Die meisten davon befinden sich geografisch in der Präfektur Fthiotida, darunter folgende Vermögenswerte: die Thermalquellen bei den Thermopylen, die Thermalquellen im Kurort Kamena Vourla, die Thermalquellen am Campingplatz Kamena Vourla, die Thermalquellen von Ypati und die Thermalquellen von Platistomo. Darüber hinaus gehören dem HRADF die Thermalquellen in Kythnos und der Hydrotherapiekomplex in Edipсос.

18. XENIA & KYTHNOS THERMALQUELLEN

Die Liegenschaft verfügt über eine Fläche von 7.200 m². Zu den bestehenden Gebäuden mit einer Gesamtfläche von 4.685 m² gehören ein Hotel mit 46 Zimmern (XENIA), ein Hydrotherapiezentrum (unter Denkmalschutz) und ein alter, nicht fertiggestellter Gebäudeflügel. Im Zuge der Erschließung der Liegenschaft in Kythnos wurde der Gebäudekomplex aufgrund seiner Besonderheit als Hydrotherapiezentrum von historischer Bedeutung (ursprünglich von Hansen und Ziller errichtet) unter Denkmalschutz gestellt, weshalb er einen speziellen Umgang erfordert.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
99 Jahr-Pacht	<p>Finanzberatung: Piraeus Bank</p> <p>Rechtsberatung: KLC</p> <p>Technische Beratung: TEHNEDROS</p>	<ul style="list-style-type: none"> RfP am 02.04.2018 veröffentlicht Veröffentlichung des Ministerialbeschlusses, der die architektonische Vorstudie genehmigt. 	Vorlagefrist 25.06.2018

19. Liegenschaft Kamena Vourla Bäder

Die zu erschließende Gesamtfläche ist 468.125 m² groß. Darauf befinden sich das Hotel „Galini“ und mehrere, größtenteils leerstehende weitere Gebäude. Die Liegenschaft wurde an die Nationalbank unterverpachtet, die sie an die Mitsis Group unterverpachtet und sich gleichzeitig ein Vorzugsrecht im Falle einer zukünftigen Erschließung vorbehalten hat. Neben dem Verzicht der Bank auf ihr Vorzugsrecht ist eine offizielle Kündigung der Vereinbarung erforderlich.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
noch festzulegen	<p>Finanzberatung: ALPHA BANK</p> <p>Rechtsberatung: KLC</p> <p>Technische Beratung: DECATHLON</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtliche Vorbereitungsmaßnahmen für die abschließende Kartografierung des zu erschließenden Grundstücks • Pre-Marketing • Eine Evaluierungsstudie zu der Kommanditgesellschaft ETAD-ETE steht zur Verfügung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf der ESCHADA-Studie und der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung • Eol-Ankündigung Q3 2018 • Verzicht der Nationalbank auf ihr Vorzugsrecht

20. Liegenschaft Kamena Vourla Campingplatz

Küstengrundstück mit einer Gesamtfläche von 4.298 km², von denen 3.440 km² erschlossen werden können. Darauf befinden sich die leerstehenden Campingeinrichtungen des griechischen Tourismusverbands EOT.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
<p>noch festzulegen</p>	<p>Finanzberatung: ALPHA BANK</p> <p>Rechtsberatung: KLC</p> <p>Technische Beratung: DECATHLON</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtliche Vorbereitungsmaßnahmen für die abschließende Kartografierung des zu erschließenden Grundstücks • Pre-Marketing 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf der ESCHADA-Studie und der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung • Eol-Ankündigung Q3 2018

21. Liegenschaft Thermopylae			
Auf dem Gelände mit einer Gesamtfläche von 785.398 m ² befinden sich Hydrotherapie- und Hoteleinrichtungen (leerstehend).			
Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
noch festzulegen	<p>Finanzberatung: ALPHA BANK</p> <p>Rechtsberatung: KLC</p> <p>Technische Beratung: DECATHLON</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Abschluss der designierten archäologischen Zonen • Beurteilung der Waldklassifizierungsfrage • Übertragung von Gebäuden an die Regionalregierung zur Unterbringung von Flüchtlingen • Übertragung eines Gebäudes an die nationale Autobahnpolizei 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf der ESCHADA-Studie und der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung • EoI-Ankündigung
22. Gournes Heraklion Kreta			
Die Liegenschaft „Ehemaliger amerikanischer Stützpunkt Gournes“ mit einer Fläche von 708,061 m ² liegt in der Gemeinde Hersonissos in der Regionaleinheit Heraklion (Region Kreta). Die zu erschließende Fläche ist ca. 1,4 km ² groß.			
Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
Verkauf	<p>Finanzberatung: EUROBANK</p> <p>Rechtsberatung: Potamitis-Vekris</p> <p>Technische Berater: DECATHLON</p>	<p>Aktualisierung von ESCHADA und Vorlage des Plans beim zentralen Verwaltungsrat für die Nutzung von öffentlichem Eigentum am 18. Mai 2018</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Beginn der öffentlichen Konsultation über die strategische Umweltstudie • Einleitung des Ausschreibungsprozesses innerhalb von Q3 2018

23. Immobilie in Peraja Thessaloniki (EX ERT SA EIGENTUM)

Liegenschaft von 760.807 m², ehemaliges Eigentum von ERT SA, in Peraia der Thermoikos Gemeinde in Thessaloniki gelegen. Auf dem Grundstück befinden sich alte marode Gebäude von insgesamt 2.665 m².

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
noch zu entscheiden	<p>Finanzberatung: ALPHA BANK</p> <p>Rechtsberatung:</p> <p>Technische Berater:</p>	<ul style="list-style-type: none"> Eingereichte POSPERT gegen HR wurde vom Staatsrat zurückgewiesen. Maßnahmen zur Aktualisierung der rechtlichen und technischen Überprüfung Pre-Marketing, Einschätzung des optimalen Nutzungsmodells durch verschiedene Szenarien 	<ul style="list-style-type: none"> Beschluss zur Methode der Privatisierung Weiteres Vorgehen mit ESCHADA und der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung

24. Ehemalige Baustelle der Rio-Antirrio-Brücke ABK 314

Liegenschaft von 213.583,51 m², bestehend aus 4 nicht angrenzenden Grundstücken am Nordende der Rio-Antirrio-Brücke. Auf der Immobilie gibt es keine Gebäude.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
noch zu entscheiden	<p>Finanzberatung: EUROBANK</p> <p>Rechtsberatung:</p> <p>Technische Berater: DECATHLON</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtliche Vorbereitungsmaßnahmen zur Enteignung und Eintragung des Grundstücks • Technische Vorbereitungsmaßnahmen in Hinblick auf die Berichtigung des Diagramms der Liegenschaft (Bezeichnung im Küstenbereich) • Pre-Marketing, Einschätzung des optimalen Nutzungsmodells durch verschiedene Szenarien 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschluss zur Methode der Privatisierung • Aktualisierung von ESCHADA und der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung

ABGESCHLOSSENE PROJEKTE

1. ASTIR VOULIAGMENIS
Hotelkomplex Astir Palace Vouliagmeni SA einschließlich Jachthafen

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand
<p>Veräußerung von 81.122.156 Anteilen an Astir Palace S.A.</p> <p>Ausschreibung durch NBG S.A.</p>	<p>Finanzberatung: Piraeus Bank</p> <p>Rechtsberatung: Potamitis-Vekris</p> <p>Technische Beratung: Decathlon</p>	<ul style="list-style-type: none"> • JERMYN, bestehend aus einem Konsortium türkischer und arabischer Investoren, hat den Vertrag am 17. September 2014 unterzeichnet. • Präsidialerlass zur ESCHADA des Landes (191 AAP/04/10/2016) • Finanzierungsabschluss der Transaktion am 27.10.2016

2. Regionale Flughäfen

Langfristige Konzession an Dritte für das Recht auf Verwaltung, Leitung, Erschließung, Ausbau, Instandhaltung und Betrieb von 14 Regionalflughäfen

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
<p>langfristige Konzessionierung (40+10 Jahre)</p> <p>14 Regionalflughäfen, aufgeteilt in 2 Gruppen mit jeweils 7 Flughäfen</p>	<p>Für die 14 Regionalflughäfen</p> <p>Finanzberatung: Citi Bank EFG Eurobank</p> <p>Rechtsberatung: Norton Rose Drakopoulos & Vasalakis YourLegalPartners</p> <p>Technische Beratung: Doxiadis</p>	<p>14 Regionale Flughäfen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Zuschlag erhielt im Dezember 2014 das Konsortium Fraport-Slentel für 1,2 Mrd. EUR zzgl. 28,5 % Beteiligung am EBITDA zzgl. jährlicher Konzessionsgebühr i. H. v. 23 Mio. EUR zusätzliche kumulative steuerliche, soziale und sonstige Vorteile im Wert von 4,6 Mrd. EUR Genehmigung von Konzessionsvertrag und Ausschreibungsverfahren durch Rechnungshof (Januar 2015) Unterzeichnung des Konzessionsvertrags (Dezember 2015) und Genehmigung durch das griechische Parlament (Mai 2016) Laufzeitbeginn der Konzession und Übergabe der Nutzung der Konzessionsgebiete der 14 Regionalflughäfen (11. April 2017) Einrichtung und Konstituierung eines Verbindungsausschusses sowie Ernennung der Vertreter des Konzessionsgebers, des griechischen Staates und des Konzessionsinhabers gemäß Art. 7 der 	<p>Unterzeichnung eines Änderungsvertrags zu den einschlägigen Anlagen der Konzessionsverträge (HRADF / Konzessionsinhaber / griechischer Staat)</p>

		<p>Konzessionsverträge (Mai 2017)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Genehmigung der vertraglichen Änderungen am Hauptteil der Konzessionsverträge vom 24.03.2017 durch das griechische Parlament (Juni 2017) • Überwachung der Anwendung und Durchführung der Konzessionsverträge durch den HRADF mit Unterstützung der rechtlichen und technischen Berater der Transaktion <ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung einer informellen Arbeitsgruppe durch den HRADF, den Konzessionsinhaber, das Finanzministerium und die Zivilluftfahrtbehörde sowie Zusammenkunft der Arbeitsgruppe zur Änderung der Anlagen zu den Konzessionsverträgen - Einrichtung einer informellen Sonderarbeitsgruppe durch die Luftwaffenarbeitsgruppe, die Zivilluftfahrtbehörde, den Konzessionsinhaber und den HRADF für Fragen im Zusammenhang mit Änderungen der Anlagen zu den Konzessionsverträgen sowie operative Angelegenheiten an gemeinsam genutzten Flughäfen 	
--	--	--	--

3. Hafenbehörde Piräus (OLP S.A.)

Die größte Hafenbehörde Griechenlands, die OLP S.A., hat einen langfristigen Konzessionsvertrag mit dem griechischen Staat zur Nutzung des Hafens von Piräus bis 2052 und ist an der Athener Börse notiert.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
<p>Verkauf von 67% des Grundkapitals der Piraeus Port Authority S.A.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ 51 % mit Abschluss der Transaktion im August 2016 übertragen und vollzogen ○ Übertragung weiterer 16 % spätestens 5 Jahre nach Abschluss der Transaktion, vorbehaltlich der Umsetzung obligatorischer Investitionen <p>Nach Abschluss der Übertragung der 16 % werden sich 7 % der OLP-Aktien im Besitz des HRADF befinden.</p>	<p>Finanzberatung: Morgan Stanley Piraeus Bank</p> <p>Rechtsberatung: Freshfields AKL</p> <p>Technische Beratung: HPC Marnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Cosco Group (Hong Kong) Limited wurde als bevorzugter Investor für den Erwerb von 67 % des OLP-Grundkapitals bekanntgegeben. Das Angebot sah einen Aktienkurs von 22 EUR vor, d. h. insgesamt 368,5 Mio. EUR. ● Der Anteilskaufvertrag wurde am 08.04.2016 unterzeichnet. ● Am 10.08.2016 wurde die Übertragung von 51 % im Wert von 280,5 Mio. EUR abgeschlossen. ● Der Gesamtwert des Vertrags wird auf 1.5 Mrd. EUR geschätzt. 	<ul style="list-style-type: none"> ● 16 % der Aktien und der entsprechende Gegenwert von 88 Mio. EUR werden auf einem Treuhandkonto hinterlegt. ● Die Übertragung wird spätestens 5 Jahre nach Abschluss des verpflichtenden Investitionsprogramms in Höhe von 300 Mio. EUR abgeschlossen. 300 Mio. EUR

4. Hafengebörde Thessaloniki (OLTH S.A.)			
Die zweitgrößte Hafengebörde Griechenlands, die OLTH S.A., hat einen langfristigen Konzessionsvertrag mit dem griechischen Staat zur Nutzung des Hafens von Thessaloniki bis 2051 und ist an der Athener Börse notiert.			
Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
<p>Verkauf von 67% des Grundkapitals der Thessaloniki Port Authority S.A.</p> <p>Zurzeit hält der HRADF 7 % der Anteile</p>	<p>Finanzberatung: Morgan Stanley Piraeus Bank</p> <p>Rechtsberatung: Freshfields AKL</p> <p>Technische Beratung: HPC Marnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unterzeichnung des Anteilskaufvertrags und der Gesellschaftervereinbarung am 12.12.2017 • Genehmigung der Fusion durch die zuständige Wettbewerbskommission am 24.01.2018 • Unterzeichnung eines überarbeiteten Konzessionsvertrags zwischen der OLTH S.A. und dem griechischen Staat am 02.02.2018 • Genehmigung des überarbeiteten Konzessionsvertrags durch das griechische Parlament am 07.03.2018 • Abschluss der Transaktion mit der Übertragung der Anteile am 23.03.2018 	<p>Abschluss der personellen Besetzung der Hafengebörden und der Dienststelle Thessaloniki der staatlichen Hafengebörde, um ihr ordnungsgemäßes Funktionieren zu gewährleisten</p>

5. TRAINOSE S.A.
Das Unternehmen **Trainose S.A.** erbringt Traktionsleistungen für die Schienenbeförderung von Personen und Gütern, entwickelt, organisiert und betreibt Personen- und Güterschienenverkehr im Nah-, Regional-, Fern- und Auslandsfernverkehr und erbringt Logistikdienstleistungen jeder Art.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
Veräußerung von 100% des Grundkapitals von TRAINOSE S.A.	<p>Finanzberatung: IBG Kantor</p> <p>Rechtsberatung: Kanzlei Bernitsas Hogan Lovells</p> <p>Technische Beratung: Louis Berger</p>	<ul style="list-style-type: none"> Am 18.01.2017 wurde der Anteilskaufvertrag von HRADF und Ferrovie dello Stato Italiane unterzeichnet. Die Übertragung von 100 % der Anteile wurde am 14.09.2017 abgeschlossen. 	

6. OTE S.A.

Die Hellenic Telecommunications Organization (OTE S.A.) ist der größte Telekommunikationsanbieter auf dem griechischen Markt und bildet zusammen mit seinen Tochtergesellschaften einen der führenden Telekommunikationskonzerne in Südeuropa. Hinsichtlich ihrer Kapitalisierung zählt die OTE zu den drei größten Unternehmen, die an der Athener Börse notiert sind. Darüber hinaus ist OTE an der Londoner Börse notiert.

Privatisierungsverfahren	Berater	Aktueller Stand	Die nächsten Schritte
<p>Der griechische Staat hat 5 % des OTE-Grundkapitals an den HRADF übertragen (18.11.2016, ΔΕΑΑ 260, Amtsblatt B' 3723).</p> <p>Der griechische Staat hält weiterhin 1 % des OTE-Grundkapitals und übt die Stimmrechte an den HRADF übertragenen 5 % des OTE-Grundkapitals sowie die Stimmrechte der Anteile des IKA in Höhe von 4 % des OTE-Grundkapitals aus.</p> <p>Gemäß Gesellschaftervereinbarung vom 14.05.2008 zwischen der HR und der Deutschen Telecom AG mit ihren Änderungen, dem der HRADF beigetreten ist, behält die Deutsche Telecom ein Vorkaufsrecht für den Fall, dass die Anteile veräußert werden.</p>	<p>Finanzberatung: Credit Suisse Piraeus Bank</p> <p>Rechtsberatung: Lambadarios & Partner</p>	<ul style="list-style-type: none"> am 12.02.2018 begann das Ausschreibungsverfahren über den Verkauf von 24.507.520 Stammaktien der OTE S.A. Das Verfahren endete am 15.03.2018 ohne Interessensbekundung. Entsprechend der Gesellschaftervereinbarung und nach einem von dem HRADF am 16.03.2018 übersandten Schreiben übte die Deutsche Telecom in einem Schreiben vom 20.03.2018 ihr Vorkaufsrecht aus. Die Transaktionsakte wurde dem Rechnungshof am 16.04.2018 vorgelegt und ihre Prüfung ist abgeschlossen. 	<p>Betrag am 30.05.2018 überwiesen.</p>

UPDATED GPAs LIST JUNE 2018

Asset	18.06.2018	PRIVATISATION PROGRAMME Government Pending Actions	Subject	Responsibility	Necessary Actions	Critical Date	Status	State of play
DESFA	1	Issuance by the interministerial Committee for Assets Restructuring and Privatisation of a decision approving the Shareholders Agreement for DESFA	Ministry of Finance	Adoption of decision	10 days from the approval by the Court of Audit	Pending		
Egnatia	2i	EGNATIA ODOS SA to take any necessary actions to ensure the release of the Egnatia Odos motorway revenues from the existing pledges in favour of Piraeus Bank, before the award decision of the preferred concessionaire, in order for the asset to be transferred to the concessionaire free from any pledges and encumbrances	Egnatia Odos SA	Any necessary action	Before submission of final offers	Pending		
Egnatia	2ii	Upon completion of construction of each of the toll stations of Thessaloniki and Aspropolita, the Minister of Finance and the Minister of Infrastructure and Transport shall immediately issue a Joint Ministerial Decision putting (with immediate effect) each of the abovementioned two (2) toll stations in operation and determining the respective toll pricing policy based on the current toll pricing policy applied to the other already operating Egnatia motorway toll stations	Ministry of Finance/ Ministry of Infrastructure & Transport	Issuance of a JMD	July 2018	Pending		
Egnatia	2iii	Ministry of Environment & Energy to issue environmental terms and licences for four lateral toll stations (two in Malgara and two in Chalastra) following submission by Egnatia Odos SA of the required complete files to the competent Ministry services.	Ministry of Environment & Energy	Issue decisions on the environmental terms	Mid July 2018	Pending		
Egnatia	2iv	Completion and approval by EGNATIA S.A. of the studies required for the construction of all frontal and lateral toll stations under Joint Ministerial Decision 6686/29.5.2017	Egnatia SA	Availability of studies for construction of all toll stations	No later than 30 days from the environmental approval	Pending		
Egnatia	2v	Commencement of works for the construction of all new frontal and lateral (except the two in Malgara and the two in Chalastra) toll stations	Egnatia SA		End June	Pending		
Egnatia	2vi	Commencement of works for the construction of the four lateral (the two in Malgara and the two in Chalastra) toll stations	Egnatia SA		End July	Pending		
Egnatia	2vii	Implementation of the new toll pricing policy, subject to clearance by DG MOVE	Ministry of Finance/ Ministry of Infrastructure & Transport	Issue of a new MD, should DG MOVE clear a different pricing policy	1/1/2019, subject to clearance by DG MOVE	Pending		

PRIVATISATION PROGRAMME		Government Pending Actions	
18.06.2018			
Egnatia	2xvii	<p>Upon completion of construction of each of the Frontal Toll Stations of Kavala and Strymoniko, the Minister of Finance and the Minister of Infrastructure and Transport shall immediately issue a Joint Ministerial Decision putting (with immediate effect) each of the abovementioned two (2) toll stations in operation and determining the respective toll pricing policy based on the current toll pricing policy applied to the other already operating Egnatia motorway toll stations</p>	<p>Ministry of Finance/ Ministry of Infrastructure & Transport</p> <p>Pending</p> <p>Upon completion of construction as per relevant contract</p>
Egnatia	2ix	<p>Provision of detailed specifications of the Ministry's e-toll system and associated arrangements (e.g. connection to license plate data bases, violation enforcement arrangements, foreign vehicles treatment, systems' compatibility)</p>	<p>Ministry of Infrastructure & Transport</p> <p>Provide all Documentation Report (π.χ. Τεχνική Περιγραφή του συστήματος) ή/καιν διαδίκτυο</p> <p>Jun 18</p> <p>pending</p> <p>At a level adequate to draft the relevant provisions of the concession agreement (as per HRADF's questionnaire sent to the Ministry). The documentation report must be specific and include numerical data at a level of detail sufficient for tenderers to both be able to estimate CAPEX and OPEX costs and have a clear and quantified</p>
Egnatia	2x	<p>Submission of Tunnel Licensing Revised/Final Application Documents to the Tunnel Managing Authority</p>	<p>Egnatia SA</p> <p>Submit Application Documents to the Tunnel Managing Authority</p> <p>Jul 18 - Sep 2018 / by specific tunnel as communicated by EDSA to HRADF on June 14</p> <p>pending</p>
Egnatia	2xi	<p>Execute Tunnel Licensing Related Works (such as flame arresting installations - φλόγολιπάρτες/δένες etc)</p>	<p>Egnatia SA</p> <p>Any necessary action</p> <p>Dec 2018</p> <p>pending</p>
Egnatia	2xii	<p>Perform Inspections and Issue Tunnel Licenses / Permits - the permits must be complete and such that no exceptions are foreseen (for example to vehicle types, hazardous materials cargo etc)</p>	<p>Tunnel Managing Authority (ΔΑΣ)</p> <p>Issue Permits</p> <p>by March 2019 the latest</p> <p>pending</p>
Egnatia	2xiii	<p>Complete Rehabilitation Plans</p>	<p>Egnatia SA</p> <p>Submit Studies and Programming - Full documentation (i.e. full technical description and justification, schedules, detailed cost estimates)</p> <p>June 2018</p> <p>pending</p> <p>Summary sent by EOSA to HRADF on June 11, 2018 and complete details requested from EOSA by HRADF on June 12, 2018</p>
Egnatia	2xiv	<p>Complete Falling Weight Deflectometer Survey and provide results</p>	<p>Egnatia SA</p> <p>Submit data and report</p> <p>July 2018</p> <p>pending</p> <p>As requested by HRADF on June 12 and June 18, 2018</p>
Egnatia	2xv	<p>Report on current status of implementation of MSS contracts re. Eleftherochori, Oraniakastro, Ardano and Sostis and explore possibilities for immediate termination</p>	<p>Egnatia SA</p> <p>Submit data and report</p> <p>June 2018</p> <p>pending</p>
Hellinikon	3i	<p>Licensing of a casino at Hellinikon (condition precedent for financial closing)</p>	<p>Hellenic Gaming Commission / Ministry of Finance</p> <p>Launching of the tender for awarding the casino licence</p> <p>31 August 2018</p> <p>Pending</p>
Hellinikon	3ii	<p>Licensing of a casino at Hellinikon (condition precedent for financial closing)</p>	<p>Hellenic Gaming Commission / Ministry of Finance</p> <p>Award of the operational license for a casino in the Hellinikon site</p> <p>December 2018</p> <p>Pending</p>

PRIVATISATION PROGRAMME		Government Pending Actions	
18.06.2018			
Hellinikon	3iii	Completion of physical relocation of Hellenic Centre for Marine Research (HCMR) (ΕΛΜΕΘΕ)	Physical relocation Ministry of Education, Research and Religious Affairs Nov 18 Pending
Hellinikon	3iv	Completion of physical relocation of Municipal facilities	Physical relocation Municipal Authorities (Elliniko, Alimos) Nov 18 Pending
Hellinikon	3v	Award of the appropriate Ministerial Decision regarding the building of YPA (Civil Aviation) that would allow the relocation of police, fire department etc	Physical relocation Competent Ministers Sep 18 Pending
Hellinikon	3vi	Appropriate actions for the physical relocation of the private users	Physical relocation Competent Greek authorities Sep 18 Pending
Hellinikon	3vii	Completion of physical relocation of all public and private users	Physical relocation Competent Greek authorities Nov 18 Pending
Hellinikon	3viii	Submission of the Integrated Environmental Impact Assessment Study (MPE) to the licensing authority (DIPA)	1. Subject to the submission by the investor to authorities of all the technical studies corresponding to the JMD for the metropolitan park (L-4062/2012, art. 3, par. 1), by 10-05-2018 2. Subject to the submission by the investor to authorities of all the technical studies corresponding to the JMD for the urban planning zones (L-4062/2012, art. 3, par. 2), by 10-06-2018 3. Subject to the submission by the investor to authorities of all the technical studies corresponding to the JMD for the development zones (L-4062/2012, art. 3, par. 3), by 29-06-2018 4. Subject to the submission by the investor to ELLINIKON SA and TAFEP of the Integrated Environmental Impact Assessment Study (MPE) to the licensing authority (DIPA), by 06 July 2018 GS Public Property/ELLINIKON Office 10-06-2018 Pending
Hellinikon	3ix	Issuance of Ministerial Decision for the Metropolitan Park	1. Subject to the completion of public consultation procedure and submission of comments, views and opinions of all competent authorities to DIPA, by 10-09-2018 2. Subject to DIPA's recommendation submission to Central Administrative Council, by 21-09-2018 Ministry of Finance, Ministry of Environment, Ministry of Culture, Hellinikon SA Between 28-09-2018 and 05-10-2018 and prior to the other two JMDs Pending
Hellinikon	3x	Issuance of Ministerial Decisions for the urban planning studies and layouts of the Hellinikon site	1. Subject to the completion of public consultation procedure and submission of comments, views and opinions of all competent authorities to DIPA, by 10-09-2018 2. Subject to DIPA's recommendation submission to Central Administrative Council, by 21-09-2018 Ministry of Finance, Ministry of Environment, Ministry of Culture, Hellinikon SA Between 28-09-2018 and 05-10-2018 and after issuance of JMD for the park Pending
Hellinikon	3xi	Issuance of Joint Ministerial Decision for the development zones of the Hellinikon site	1. Subject to the completion of public consultation procedure and submission of comments, views and opinions of all competent authorities to DIPA, by 10-09-2018 2. Subject to DIPA's recommendation submission to Central Administrative Council, by 21-09-2018 Ministry of Finance, Ministry of Environment, Ministry of Culture, Hellinikon SA Between 28-09-2018 and 05-10-2018 and after issuance of JMD for the park Pending
Hellinikon	3xii	Partition (Διαvoμή Ακινήτου) of the Hellinikon site between the Ministry of Finance, HRADF and landa Development	The PD approving the Integrated Development Plan and the Ministerial decisions for the urban planning studies and the layouts of the Hellinikon site need to be issued first Ministry of Finance, HRADF Pending
Hellinikon	3xiii	Financial closing of the transaction	Resolution of all aforementioned prerequisites HRADF, investors, Hellenic Republic and Competent Ministers December 2018 Pending

EYDAP	4	Concession Agreement extension/amendment between the HR and EYDAP	<p>Ministry of Finance / Ministry of Infrastructure of Transport/ Ministry of Environment & Energy (SSW)/ EYDAP/ HRA DF</p>	<p>1. EYDAP SA hires financial, legal and technical advisors with international expertise to prepare the company's proposals on the concession agreement (early July 2018) 2. With the assistance of aforementioned advisors, EYDAP SA provides data on consumption, maintenance and service of the External Water Supply System to the Ministry of Infrastructure for review (end July 2018). 3. Signing of MoU between EYDAP SA and EYDAP Asset Company on data exchange and other bilateral issues (end August 2018); Within this framework EYDAP PAGION will also provide extension/amendment of the concession agreement between HR and EYDAP SA (October 2018), with such agreement to create a robust framework to ensure cost recovery and an appropriate return on assets for EYDAP, after the approval by BoD of EYDAP and the relevant ministries, by, inter alia, clarifying EYDAPs asset base, identifying the various cost items and establishing a clear relationship with EYDAP Asset Company, all in accordance with the new regulatory framework for water and with international best practices. 5. The consultants should also contribute to optimising EYDAP's balance sheet prior to the sale of TAIPEDs 11% stake.</p>	Oct-18	Pending
EYATH	5	Water tariff policy	<p>Ministry of Environment & Energy (SSW)/EYATH - Ministry of Finance - Ministry of Interior</p>	<p>Endorsement of revised water tariff policy to apply from 1/7/2018 onwards</p>	June 2018	Pending
AIA	6	Launching of the tender process for the sale of 30% of shares (Eoi)	HRA DF	<p>Publication of the tender notice</p>	Q4 2018	Pending
Marina of Thessaloniki	7i	Strategic Environmental Assessment Study (SEMP) for the marina of Thessaloniki (Aretsou)	<p>Ministry of Tourism / Ministry of Environment & Energy</p>	<p>Approval of the study by the Ministry of Environment and Energy following the submission of the complete file</p>	4 months post submission of the complete files by the relevant competent authority (Ministry of Tourism)	Pending
Marina of Thessaloniki	7ii	Zoning plan of the upland area of the Marina of Thessaloniki (Aretsou) (enactment of a Presidential Degree)	<p>Ministry of Tourism and Ministry of Environment and Energy</p>	<p>Submission of the draft PD to the Council of State for opinion</p>	Q1 2019	Pending
Marina of Thessaloniki	7iii	Zoning plan of the upland area of the Marina of Thessaloniki (Aretsou) (enactment of a Presidential Degree)	<p>Ministry of Tourism and Ministry of Environment and Energy</p>	<p>Enactment of the Presidential Decree</p>	One month following the opinion of the Council of State	Pending

The launching of the tender will take place upon the completion of the process for the extension of the existing concession agreement. The draft agreement of the existing concession has been pre-notified to DG COMP for State aid clearance; this process is ongoing.

HRA DF is currently preparing the study in view of its submission to the Ministry of Tourism.

18.06.2018	PRIVATISATION PROGRAMME Government Pending Actions			
10 ports	8	Implementation of the process agreed between the Greek Authorities and TAIPED	Ministry of Shipping & Finance Ministry of Finance TAIPED	Enactment of legislation by virtue of which: (a) the existing master - concession agreements between HR and the 10 Port Authorities S.A. are ratified; (b) HRADF is given the right to grant sub-concession of specific and/or combined port activities and/or port sectors within the area administered by the 10 Port Authorities; (c) it is provided that a countervailing charge for the relevant Port Authority S.A. is imposed on the sub-concessionaire, the amount of which is specified by a JMD of the Ministers of Shipping & Finance to be issued prior to the launching of the relevant tender by HRADF, not to exceed primarily 5% of the annual excess revenue of the sub-
				Mid July 2018 Pending

Disclaimer

This table will be updated to include, as Governing Pending Actions, any new or additional necessary administrative acts, decisions, measures or actions to be taken by the government authorities to allow, facilitate and ensure the launching and completion of the privatization transactions carried out by the HRADF.

PRIVATISATION
PROGRAMME
Government Pending
Actions

18.06.2018

Aktualisierte Liste der ausstehenden Maßnahmen der Regierung – Juni 2018

PRIVATISIERUNGS-PROGRAMM	Sachverhalt	Zuständigkeit	Erforderliche Maßnahmen	Stichtag	Status	Sichtstand
18.06.2018 Ausstehende Maßnahmen der Regierung						
Vermögenswert						
DSFA	Erlass eines Beschlusses durch den interministeriellen Ausschuss für Vermögensstrukturierung und Privatisierungen zur Genehmigung der Aktionsvereinbarung für DESFA	Ministerium der Finanzen	Annahme des Beschlusses	10 Tage ab Genehmigung durch den Rechnungshof	Ausstehend	
Egnatia	EGNATIA ODOS SA ergreift ggf. erforderliche Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Einnahmen aus der Autobahn Egnatia Odos vor der Entscheidung über den Zuschlag zugunsten des bevorzugten Konzessionärs nicht mehr unter die bestehenden Egnatia Odos SA Zusagen zugunsten der Piraeus Bank fallen, sodass der Vermögenswert frei von Pfandrechten und Belastungen auf den Konzessionär übertragen werden kann.	ggf. erforderliche Maßnahmen		Vor der Abgabe endgültiger Angebote	Ausstehend	
Egnatia	Nach Fertigstellung der Maststationen von Thessaloniki und Asprovalta unverzüglich Erlass eines gemeinsamen Ministerialbeschlusses durch das Ministerium der Finanzen und das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr, mit dem die zwei (2) o. g. Maststationen (mit sofortiger Wirkung) in Betrieb genommen werden und die jeweilige Mautpreispolitik auf Grundlage der aktuellen Mautpreispolitik der anderen bereits in Betrieb genommenen Maststationen der Egnatia-Autobahn festgelegt wird	Ministerium der Finanzen, Ministerium für Infrastruktur und Verkehr		Juli 2018	Ausstehend	
Egnatia	Festsetzung der Umweltauflagen und Erteilung der Lizenzen für vier laterale Maststationen (zwei in Malgara und zwei in Chalastra) durch das Ministerium für Umwelt und Energie nach Übermittlung der erforderlichen vollständigen Unterlagen an die zuständigen Stellen des Ministeriums durch Egnatia Odos SA	Ministerium für Umwelt und Energie	Erlass von Beschlüssen zu Umweltauflagen	Mitte Juli 2018	Ausstehend	
Egnatia	Abschluss und Genehmigung der für den Bau aller frontalen und lateralen Maststationen nach Maßgabe des gemeinsamen Ministerialbeschlusses 66.86/29.5.2017 erforderlichen Studien durch EGNATIA S.A.	Egnatia SA	Verfügbarkeit der Studien für den Bau sämtlicher Maststationen	Spätestens 30 Tage nach der umweltrechtlichen Genehmigung	Ausstehend	
Egnatia	Beginn der Arbeiten zum Bau aller neuen frontalen und lateralen Maststationen (ausgenommen der zwei in Malgara sowie der zwei in Chalastra)	Egnatia SA		Ende Juni	Ausstehend	
Egnatia	Beginn der Arbeiten zum Bau der vier lateralen Maststationen (der zwei in Malgara sowie der zwei in Chalastra)	Egnatia SA		Ende Juli	Ausstehend	
Egnatia	Umsetzung der neuen Mautpreispolitik vorbehaltlich der Freigabe durch die GD Mobilität und Verkehr	Ministerium der Finanzen, Ministerium für Infrastruktur und Verkehr	Erlass eines neuen Ministerialbeschlusses, falls die GD Mobilität und Verkehr eine andere Preispolitik freitriggt	1.1.2019, vorbehaltlich Freigabe durch die GD Mobilität und Verkehr	Ausstehend	

PRIVATISIERUNGS-PROGRAMM Ausstehende Maßnahmen der Regierung		Nach Abschluss der Bauarbeiten gemäß dem maßgeblichen Vertrag		Ausstehend
18.06.2018	Egnatia	2.kii	Ministerium der Finanzen, Ministerium für Infrastruktur und Verkehr	
			Erlass eines gemeinsamen Ministerialbeschlusses	
			Nach Fertigstellung der frontalen Maststationen von Kavala und Strymoniko unverzüglich Erlass eines gemeinsamen Ministerialbeschlusses durch das Ministerium der Finanzen und das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr, mit dem die zwei (2) o. g. Maststationen (mit sofortiger Wirkung) in Betrieb genommen werden und die jeweilige Mastpreispolitik auf Grundlage der aktuellen Mastpreispolitik der anderen bereits in Betrieb genommenen Maststationen der Egnatia-Autobahn festgelegt wird	
	Egnatia	2.k	Ministerium für Infrastruktur und Verkehr	
			Vorlage des vollständigen Dokumentationsberichts (π.χ. Τεχνική Περιγραφή του οχηματορροτικού βολυβού)	June 2018
			Auf einem angemessenen Stand, um die relevanten Bestimmungen des Konzessionsvertrags zu entwerfen (nach Maßgabe des an das Ministerium gesendeten HRDAF-Fragebogens). Der Dokumentationsbericht muss ausführlich sein und hinreichend detailliertes Zahlenmaterial enthalten, um den Anbietern zu ermöglichen, Investitions- und Betriebsausgaben zu schätzen und sich ein eindeutiges und quantifizierbares Bild ihrer Pflichten hinsichtlich Umsetzung und Interoperabilität zu machen.	Ausstehend
	Egnatia	2.k	Egnatia SA	
			Einreichung der überarbeiteten/endl gültigen Bewerbungsunterlagen für die Tunnel-Konzessionserteilung bei der Tunnel-Verwaltungsbehörde	July-Sept. 2018 / je Tunnel separat, wie von EOSA am 14. Juni an HRADF kommuniziert
	Egnatia	2.ki	Egnatia SA	
			Ausführung der Arbeiten im Zusammenhang mit der Tunnel-Konzessionserteilung (z. B. Einbau von Flammensperren – φλόγτορκόετες etc.)	December 2018
	Egnatia	2.ki	Tunnel-Verwaltungsbehörde (AAZ)	
			Durchführung von Kontrollen und Erteilung von Tunnel-Konzessionen/-Genehmigungen – Genehmigungen müssen vollständig sein und dürfen keine Ausnahmen enthalten (z. B. in Bezug auf Fahrzeugtypen, Gefahrguttransporte etc.)	Bis spätestens März 2019
	Egnatia	2.kiii	Egnatia SA	
			Abschluss der Sanierungspläne	June 2018
			Vorlage von Studien sowie der Programmplanung – vollständige Dokumentation (d. h. vollständige technische Beschreibung und Begründung, Zahlungspläne, detaillierte Kostenschätzungen)	Ausstehend
	Egnatia	2.kiv	Egnatia SA	
			Abschluss der Untersuchungen mit dem Falling-Weight-Deflectometer und Vorlage der Ergebnisse	June 2018
			Daten und Bericht vorliegen	Ausstehend
	Egnatia	2.kv	Egnatia SA	
			Berichterstattung zum derzeitigen Stand der Implementierung der MSS-Verträge bzgl. Eleftherochori, Oranikastro, Ardafio und Sostis sowie Prüfung von Möglichkeiten zur unverzüglichen Beendigung	June 2018
			Daten und Bericht vorliegen	Ausstehend
	Hellinikon	3i	Griechische Glücksspielkommission, Ministerium der Finanzen	
			Konzessionserteilung für eine Spielbank auf dem Hellinikon-Gelände (Vorbedingung für den finanziellen Abschluss)	31. August 2018
			Start der Ausschreibung zur Vergabe der Spielbankkonzession	Ausstehend

PRIVATISIERUNGS-PROGRAMM		Ausstehende Maßnahmen der Regierung		Ausstehend	
18.06.2018	Konzessionserteilung für eine Spielbank auf dem Hellinikon-Gelände (Vorbedingung für den finanziellen Abschluss)	Griechische Glücksspielkommission, Ministerium der Finanzen	Dezember 2018	Ausstehend	
Hellinikon	Abschluss der Verlegung des Hellenic Centre for Marine Research (HCMR) (EAKED)	Ministerium für Bildung, Forschung und Religion, Kommunalbehörden (Elliniko, Alimos)	November 2018	Ausstehend	
Hellinikon	Abschluss der Verlegung kommunaler Einrichtungen	Zuständige Minister	November 2018	Ausstehend	
Hellinikon	Erlass des entsprechenden Ministerialbeschlusses zum YPA-Gebäude (zivile Luftfahrt), der eine Verlegung der Polizei, Feuerwache etc. ermöglichen würde	Zuständige griechische Behörden	September 2018	Ausstehend	
Hellinikon	Entsprechende Maßnahmen zum Umzug der privaten Nutzer	Zuständige griechische Behörden	September 2018	Ausstehend	
Hellinikon	Abschluss des Umzugs aller privaten und öffentlichen Nutzer	Zuständige griechische Behörden	November 2018	Ausstehend	
Hellinikon	Vorlage der integrierten Umweltverträglichkeitsprüfung (MPE) bei der Genehmigungsbehörde (DIPA)	GS für öffentliches Eigentum/Dienststelle ELLINIKON	6. Juli 2018	Ausstehend	
Hellinikon	Erlass eines Ministerialbeschlusses betreffend das „Metropolitan Park“-Projekt	Ministerium der Finanzen, Ministerium für Umwelt, Ministerium für Kultur, Hellinikon SA	Zwischen dem 28.09.2018 und dem 05.10.2018 und vor den beiden anderen gemeinsamen Ministerialbeschlüssen	Ausstehend	Vorbehaltlich des rechtzeitigen Abschlusses von Maßnahme 3viii
Hellinikon	Erlass von Ministerialbeschlüssen betreffend die städtebaulichen Studien und Übersichtszeichnungen für den Standort Hellinikon	Ministerium der Finanzen, Ministerium für Umwelt, Ministerium für Kultur, Hellinikon SA	Zwischen dem 28.09.2018 und dem 05.10.2018 und nach Ausgabe des gemeinsamen Ministerialbeschlusses für den Park	Ausstehend	Vorbehaltlich des rechtzeitigen Abschlusses von Maßnahme 3viii
Hellinikon	Ausgabe des gemeinsamen Ministerialbeschlusses für die Erschließungsbereiche des Standorts Hellinikon	Ministerium der Finanzen, Ministerium für Umwelt, Ministerium für Kultur, Hellinikon SA	Zwischen dem 28.09.2018 und dem 05.10.2018 und nach Ausgabe des gemeinsamen Ministerialbeschlusses für den Park	Ausstehend	Vorbehaltlich des rechtzeitigen Abschlusses von Maßnahme 3viii

PRIVATISIERUNGS-PROGRAMM Ausstehende Maßnahmen der Regierung		18.06.2018	
Hellinikon	3 xi	Aufteilung (Ανοικτό Ακίνητο) des Standorts Hellinikon zwischen dem Ministerium der Finanzen, HRADF und Lambda Development	<p>Der Präsidentschaftsbeschluss zur Genehmigung des integrierten Bebauungsplans (Integrated Development Plan) und die Ministerialbeschlüsse betreffend die Stadtplanungsstudien und die Übersichtszeichnungen zum Standort Hellinikon müssen zuerst ergehen</p> <p>Ausstehend</p>
Hellinikon	3 xii	Finanzeller Abschluss der Transaktion	<p>HRADF, Investoren, Hellenische Republik und zuständige Ministerien</p> <p>Erfüllung aller vorgenannten Voraussetzungen</p> <p>Ausstehend</p>
EDAP (Wasserversorger Athen)	4	Erweiterung/Änderung der Konzessionsvereinbarung zwischen der Hellenischen Republik und EDAP	<p>1. EDAP SA beauftragt Finanz-, Rechts- und technische Berater mit internationaler Sachkenntnis mit der Ausarbeitung der Vorschläge des Unternehmens für die Konzessionsvereinbarung (Anfang Juli 2018). 2. Mithilfe der genannten Berater legt EDAP SA dem Ministerium für Infrastruktur Daten zu Verbrauch, Unterhaltung und Betrieb des externen Wasserversorgungssystems zur Prüfung vor (Ende Juli 2018). 3. Unterzeichnung eines MoU zwischen EDAP SA und EDAP Asset Company in Bezug auf Datenaustausch und sonstige bilaterale Themen (Ende August 2018). In diesem Zusammenhang wird EDAP PAGION zudem Daten zu Kosten etc. vorlegen. 4. Unterzeichnung der Erweiterung/Änderung der Konzessionsvereinbarung zwischen der Hellenischen Republik und EDAP SA (Oktober 2018) zur Schaffung eines soliden Rahmens, um Kostendeckung und eine angemessene Gesamtleistendeckung für EDAP sicherzustellen – nach Genehmigung durch den EDAP-Vorstand und die zuständigen Ministerien, u. a. auf Grundlage der Klärung der Vermögensbasis von EDAP, Identifizierung der verschiedenen Kostensituationen und eindeutigen Festlegung der Beziehung zur EDAP Asset Company, jeweils nach Maßgabe des neuen regulatorischen Rahmens für Wasser sowie gemäß internationalen Best Practices. 5. Die Berater sollten vor dem Verkauf der 11% Beteiligung von TAPED zudem zu einer Optimierung der EDAP-Bilanz beitragen.</p> <p>Ausstehend</p>
EYATH (Wasserversorger Thessaloniki)	5	Wasserpolitik	<p>Ministerium für Umwelt und Energie (SSW)/EYATH - Ministerium der Finanzen - Ministerium des Innern</p> <p>Billigung der revidierten Wasserpolitik, die ab dem 1. Juli 2018 gilt</p> <p>Ausstehend</p>
AIA (Internationaler Flughafen Athen)	6	Beginn des Ausschreibungsverfahrens zur Veräußerung von 30 % der Anteile (Innessenbeurteilung)	<p>HRADF</p> <p>Veröffentlichung der Ausschreibungsanzeige</p> <p>Ausstehend</p> <p>Die Ausschreibung wird nach erfolgreicher Erweiterung der bestehenden Konzessionsvereinbarung in Gang gesetzt. Der Veräußerungswettbewerb für die bestehende Konzession wurde der GD Wettbewerb zur Freigabe der staatlichen Beihilfen vorab vorgenommen. Dieser Prozess dauert an.</p>
Jachthafen von Thessaloniki	7 i	Strategische Umweltverträglichkeitsstudie (ZMTE) für den Jachthafen von Thessaloniki (Aneous)	<p>Ministerium der Finanzen, Ministerium für Umwelt und Energie</p> <p>Vier Monate nach Vorlage der Genehmigung der Studie durch das Ministerium für Umwelt und Energie - vollständigen Dokumente durch die zuständige Behörde (Ministerium für Tourismus)</p> <p>Ausstehend</p> <p>Der Privatisierungsfonds HRADF erarbeitet derzeit die Studie mit Blick auf Ihre Vorlage beim Ministerium für Tourismus.</p>
Jachthafen von Thessaloniki	7 ii	Fächeneckungsplan für den höher gelegenen Bereich des Jachthafens von Thessaloniki (Aneous) (Verabschiedung eines Präsidentschaftsbeschlusses)	<p>Ministerium für Tourismus und Ministerium für Umwelt und Energie</p> <p>Vorlage des Entwurfs des Präsidentschaftsbeschlusses beim Obersten Verwaltungsgesicht zur Stellungnahme</p> <p>Ausstehend</p>

PRIVATISIERUNGS-PROGRAMM Ausstehende Maßnahmen der Regierung	
18.06.2018	

Jachten von Thessaloniki	7iii	Fächemutzungsplän für den höher gelegenen Bereich des Jachthafens von Thessaloniki (Aretsou) (Verabschiedung eines Präsidialerlasses)	Ministerium für Tourismus und Ministerium für Umwelt und Energie	Verabschiedung des Präsidialerlasses	Ein Monat nach Sie llungnahme des Obersten Verwaltungsgerichts	Ausstehend
10 Häfen	8	Umsetzung des zwischen den griechischen Behörden und TAPED vereinbarten Prozesses	Ministerium für Schifffahrt, Ministerium der Finanzen, TAPED	Erfassen möglicher Gesetze	Mitte Juli 2018	Ausstehend Erlassen von Gesetzen, durch die: (a) die bestehenden Konzessionsrahmenvereinbarungen zwischen der Hellenischen Republik und den 10 Häfenbehörden ratifiziert werden; (b) HRAOF das Recht erhält, Unterkonzessionen für bestimmte und/oder kombinierte Hafentätigkeiten und/oder Hafensektoren in dem von den 10 Häfenbehörden verwalteten Bereich zu vergeben; (c) festgelegt wird, dass der Unterkonzessionär eine Ausgleichsabgabe für die jeweilige Hafenbehörde (Port Authority SA.) zahlt, deren Höhe in einem vor Beginn der jeweiligen Ausschreibung durch HRAOF zu erlassenen gemeinsamen Ministerialbeschluss der Minister für Schifffahrt und Finanzen festzulegen ist, die jedoch in erster Linie 5% der jährlichen Bruttoumsatzes des Unterkonzessionärs nicht überschreitet; (d) festgelegt ist, dass die Unterkonzessionsvereinbarung nachträglich gesetzlich ratifiziert wird; (e) das Gesetz 4389/2016 geändert wird, um der Hafenaufsichtsbehörde die Befugnis zur Überwachung der Unterkonzessionsvereinbarungen zu erteilen.

Haftungsausschluss

Die vorliegende Tabelle wird aktualisiert, so dass sie erforderliche neue oder zusätzliche Verwaltungsakte, -entscheidungen, -maßnahmen oder -handlungen als „ausstehende Regierungsmaßnahmen“ (Governing Pending Actions) einschließt, die die Behörden ergreifen bzw. treffen, um die Durchführung und Vollendung der vom Privatisierungsfonds vorgenommenen Privatisierungsaktionen zu vereinfachen und sicherzustellen.

PRIVATISIERUNGS-
PROGRAMM
Ausstehende
Maßnahmen der
Regierung

18.06.2018

Draft - 20 June 2018

Greece: Technical Memorandum of Understanding

Accompanying the MoU of the ESM programme

Contents

DEFINITIONS AND REPORTING STANDARDS.....	3
A. MODIFIED GENERAL GOVERNMENT PRIMARY CASH BALANCE	3
B. STATE BUDGET PRIMARY EXPENDITURE.....	5
C. THE STOCK OF DOMESTIC ARREARS AND OTHER PAYMENT CLAIMS	6
D. THE OVERALL STOCK OF GENERAL GOVERNMENT DEBT	6
E. CEILING ON NEW GENERAL GOVERNMENT GUARANTEES.....	7
F. "PROGRAMME" PRIMARY BALANCE AND OVERALL MONITORING AND REPORTING REQUIREMENTS.....	8
G. COORDINATION ON DATA AND STATISTICAL PROVISIONS.....	8
MONITORING OF KEY PERFORMANCE INDICATORS (KPI).....	9
H. KPI ON REVENUE ADMINISTRATION	9
I. KPI ON COLLECTIONS OF SOCIAL SECURITY CONTRIBUTION	10
J. KPI ON PUBLIC FINANCIAL MANAGEMENT.....	11
MONITORING OF FISCAL AND FISCAL STRUCTURAL ACTIONS	12
K. CONTINGENT FISCAL MECHANISM.....	12
L. POST-PROGRAMME PACKAGE	12
M. TAX POLICY.....	15
N. ARREARS CLEARANCE	16
O. PENSION REFORM	16
P. HEALTHCARE REFORM	18
Q. SOCIAL SAFETY NETS.....	25
MONITORING PUBLIC REVENUE COLLECTION	26
R. ASSESSMENT OF THE EXECUTION OF THE FIRST PERFORMANCE CONTRACT OF THE GOVERNOR OF IAPR	26
S. IAPR IT BUDGET	27
T. HIRING PLAN 2017-2019	27
U. PENDING PROSECUTOR CASES	27
V. AUTOMATION OF DEBT COLLECTION	28
W. LARGE DEBTOR UNIT AND KEAO TRIAGE OF LARGE DEBTORS.....	28
X. PUBLICATION OF NAMES OF TAX AND SOCIAL SECURITY DEBTORS	28
Y. MONITORING MEASURES AGAINST SMUGGLING	28
Z. SUPPLY CHAIN AGREEMENTS BETWEEN PRODUCERS OF TOBACCO AND SUPPLIERS	29
AA. INTEGRATION OF ALL SOCIAL SECURITY CONTRIBUTIONS DEBT INTO KEAO DEBT DATABASE	29
BB. IMPROVEMENTS OF KEAO'S BUSINESS PROCESSES	30
MONITORING OF FINANCIAL SECTOR CONDITIONALITY.....	30
CC. NON-PERFORMING LOANS SECONDARY MARKET.....	30
DD. OUT-OF-COURT WORKOUT (OCW) LAW	31
EE. HOUSEHOLD INSOLVENCY LAW	31
FF. HELLENIC FINANCIAL STABILITY FUND.....	32

GG. ELECTRONIC AUCTIONS.....	33
MONITORING OF ACTIONS RELATED TO PRODUCT MARKETS	33
HH. INVESTMENT LICENSING	33
II. EX-POST ASSESSMENTS	34
JJ. REGULATED PROFESSIONS	34
KK. CADASTRE	34
MONITORING OF THE NETWORK INDUSTRIES	35
ENERGY SECTOR.....	35
LL. RES ACCOUNT AND REPLACEMENT OF SUPPLY SURCHARGE.....	35
MM. PROVISION OF INFORMATION AND DATA REGARDING NOME AUCTIONS	36
NN. PROVISION OF INFORMATION AND DATA REGARDING THE JOINT ASSESSMENT OF NOME	36
OO. PROVISION OF INFORMATION AND DATA REGARDING GAS AUCTIONS.....	37
PP. PROVISION OF INFORMATION AND DATA REGARDING THE TARGET MODEL	38
QQ. GREEK TARGET MODEL IMPLEMENTATION – 'ROAD MAP'.....	38
RR. PPC FINANCIAL SITUATION (& PSO)	39
WATER SECTOR.....	40
SS. WATER SERVICES.....	40
MONITORING OF PUBLIC ADMINISTRATION CONDITIONALITY	40
TT. ATTRITION RULE	40
UU. CEILING ON TEMPORARY CONTRACTS	41
VV. APPOINTMENTS	42
MONITORING OF ANTI-CORRUPTION CONDITIONALITY	44
WW. ADOPTION OF ALL NECESSARY SECONDARY LEGISLATION ON FUNDING OF POLITICAL PARTIES AND ELECTORAL CAMPAIGNS	44
XX. UPDATE THE NATIONAL ANTI-CORRUPTION PLAN	44

Greece: Technical Memorandum of Understanding

Accompanying the MoU of the ESM programme

1. This Technical Memorandum of Understanding (TMU) is a supporting document for the Memorandum of Understanding. It sets out the definitions of the indicators subject to quantitative targets, including performance criteria and indicative targets. It also describes the methods to be used in assessing programme performance and the information needed to ensure adequate monitoring of the targets.

General Government

2. **Definition:** For the purposes of the programme, the general government includes all units classified as government units in the published Register of the General Government Entities of the Hellenic Statistical Authority (ELSTAT) as reflected in the most recent EDP notification, in accordance with the rules specified in the *European System of Accounts 2010 (ESA2010)* and the *Manual on Government Deficit and Debt Implementation of ESA 2010 (ESA2010 MGDD)*.¹

DEFINITIONS AND REPORTING STANDARDS

A. Modified General Government Primary Cash Balance

3. **Definition:** The modified general government primary cash balance (MGGPCB) is defined as the modified general government cash balance (MGGCB) minus general government interest payments. The MGGCB is defined as the sum of the cash balances of general government entities as included in the Register of the General Government Entities of ELSTAT in accordance with ESA2010 rules. The delineation of the above the line and below the line transactions, and classification of the main revenue and expenditure categories is in accordance with the rules specified in the *ESA2010* and the *ESA2010 MGDD*.

- The ordinary state budget. The cash balance of the ordinary state budget will be measured from above the line, based on: (i) gross ordinary budget revenues (recurrent and non-recurrent), minus tax refunds; minus (ii) ordinary budget expenditures as published monthly on the official website of the General Accounting Office of the Ministry of Finance; plus (iii) the balance of operations performed through the accounts outside the budget, in particular the Treasury Single Account.
- The cash balance of the public investment budget. The cash balance of the public investment budget will be measured from above the line, based on investment budget revenues minus investment budget expenditures as published monthly on the official website of the General Accounting Office of the Ministry of Finance, and in line with the corresponding line items established in the investment state budget.
- Other Sectors (EBFs, SOEs, local governments, social security funds and hospitals). The cash balance of the remaining sectors of the general government will be measured from above the line based on: (i) gross revenues (including transfers from the State government as well as from

¹ On sectorization, both manuals are consistent with the general principles of the Government Finance Statistics Manual (2014) (GFSM2014).

other subsectors) minus (ii) expenditures, as published monthly on the official website of the Ministry of Finance.

4. Consolidation. The sum of cash balances will be derived from the aggregated revenue and expenditure of all general government entities excluding all intra and inter-sectoral transactions.

5. **Adjustments:** The MGGPCB will exclude:

- the part of the public investment budget (revenues and expenditures) related to EU structural funds and their co-financing;
- all transfers related to Eurogroup decisions regarding income of euro area national central banks (SMP and ANFA revenue) including the BoG, stemming from their investment portfolio holdings of Greek government bonds;
- receipts from the sale of non-financial assets such as land, buildings and from leases, concessions or licenses (recorded as one-off transactions);
- total general government migration-related expenditure, net of EU transfers to the Greek budget for migration-related costs consisting of (i) operational expenditure of the Ministry for Migration Policy from 2017 onwards, (ii) state expenditure recorded under the special budget account for migration expenditure codes (590 to 596 as well as other special budget accounts for migration expenditure in code group 590 agreed with staff of the IMF/EC/ECB/ESM for Ministries, 078 for Decentralized Administration and 187, 188 and 238 for regional services of Ministries. Migration-related expenditure will exclude wages and salaries of permanent civil servants for the purposes of this adjustor. Delayed EU fund payments related to migration expenditure already deducted from previous years' programme balance will be also excluded. The total adjustment will not exceed 0.2% of GDP per annum.
- payments related to support of the banking system that are part of the programme's financial sector strategy (except payments for deposit guarantee schemes);²
- any payments from banks that would undermine their solvency or liquidity, unless the Bank of Greece confirms that such a payment would be compatible with the preservation of adequate capital buffers and liquidity going forward, including by verifying consistency with banks' business plans as included in the most recent stress test. The two exceptions to this are the capital concentration tax and the guarantee fee structures currently in place;
- any refunds concerning taxes and any payments of arrears as defined in Section C, excluding unprocessed pension claims, made with special financing for arrears clearance.

6. **Supporting material:** All of the following will be provided within five weeks of the end of each reporting month:

- For the State, EBFs, and SOEs, the Ministry of Finance will provide to the European Commission, ECB and IMF detailed information on monthly revenues and expenditures including interest expenses, accounts payable distinguishing third parties, domestic and foreign debt redemptions, new domestic and foreign debt issuance, change in the domestic and foreign currency cash balances at the Bank of Greece, and all other sources of cash financing.
- For local governments, the Ministry of Finance, in collaboration with the Ministry of Interior, will provide monthly data on revenues and expenditures, accounts payable distinguishing third parties, as collected in the Ministry databank.
- For the social budget and hospitals, the Ministry of Finance, in collaboration with the Ministry of Labor and Ministry of Health, will provide monthly data on revenues and expenditures

² Any financial operation by the central government to support banks, including the issuance of guarantees or provision of liquidity, will be immediately reported to the IMF, European Commission, and ECB staff.

and accounts payable distinguishing third parties, in the social security funds, the central healthcare fund (EOPYY) and public hospitals.

- Finally, with a view to cross-check above and below the line primary cash balances, the Bank of Greece will provide detailed monthly data on net acquisition of financial assets and liabilities of the State and all non-State subsectors of the General Government as defined above: local authorities, social budget entities, extra-budgetary funds, and state enterprises included in the definition of general government. The entity that will be in charge of the operation of the Treasury Single Account (TSA) will provide monthly data on the outstanding amount of the TSA, and inflows and outflows passing through the TSA grouped by main categories, and distinguishing above and below the line transactions and possible other economic flows. A template agreed with the institutions and compiled and provided by the GAO based on the information provided by the above entities will reconcile above (General Government Bulletin) and below the line (BoG) data, including asset and liability stocks and flows reconciling differences between BoG deposit data and c-table deposit data.
- Monthly data by budget code on the use of the special account allocated for refugee spending, including data on wage and nonwage-related spending, within three weeks of the end of each month. Results of the ex-post surveys of line ministries on migration-related spending on a quarterly basis.
- Monthly data on payments of spending arrears, tax refunds, and pension claims accrued in previous years and paid with special appropriation for arrears clearance or/and with ESM special financing for arrears clearance.
- Monthly data on the offsetting of tax liabilities with tax refunds and government expenditure (including all state and general government current payables or arrears), based on available information provided by IAPR.

B. State Budget Primary Expenditure

7. Definition. The state budget primary spending consists of state budget expenditure minus interest paid by the state budget. State budget expenditure includes called guarantees to entities inside and outside the general government.

8. Adjustments: State budget primary expenditure will exclude the following:

- payments related to support of the bank system that are part of the programme's financial sector strategy;³
- expenditures related to EU structural funds and their co-financing;
- any payments of state spending arrears or transfers for settlements of general government arrears from special appropriation for arrears clearance;
- debt assumptions of other general government entities.

9. Supporting material. The General Accounting Office of the Ministry of Finance will provide monthly expenditure data, as defined above.

³ Any financial operation by the central government to support banks, including the issuance of guarantees or provision of liquidity, will be immediately reported to the IMF, EC, and ECB staff.

C. The Stock of Domestic Arrears and Other Payment Claims

10. Definition. For the purpose of the programme, domestic arrears and other payment claims are defined as: (i) unpaid invoices of the general government owed to third parties that are 90 days past their due date; plus; (ii) the stock of tax refund claims of third parties that have received an AFEK (verified and non-verified) but excluding those under legal dispute, and any unprocessed tax refund claims that have exceeded 90 days since the claim was filed; and (iii) any processed and unprocessed pension claims that have exceeded 90 days since the retirement application was filed. In case no due date is specified on a given supplier contract, an unpaid commitment is in arrears 90 days after the receipt of the invoice. Tax refund claims that have received an AFEK and processed and approved pension claims are due immediately. The net accumulation of arrears and other claims is calculated as the change in the stock of general government spending arrears (excluding arrears to be offset with clawback and rebate), processed (AFEK) tax refund claims, unprocessed non-AFEK tax refunds and pension claims older than 90 days.

11. Supporting material. Monthly data on spending and tax refund (processed) gross arrears of the general government will be provided by the Ministry of Finance within four weeks after the end of each month. The Ministry of Finance will publish this information on its website. The Ministry of Finance will also provide for the institutions data on accounts payable overdue by 0–30, 31–60, and 61–90 days for general government entities as reported in the commitment registers as well as (i) stock of spending arrears; (ii) stock of unpaid processed tax refund claims, showing verified and unverified claims; (iii) stock of unpaid unprocessed tax refund claims, distinguishing those that are older than 90 days. Tax refund arrears data (including the age of tax refund claims) will be based on information provided by General Secretariat for Information Systems and General Secretariat for Public Revenue / Independent Authority for Public Revenue (IAPR). The GSPR / IAPR will fill out the tax refund template provided for this purpose on a monthly basis. Unprocessed pension claims, including the age of the claims, will be provided by the Ministry of Labour. Information on clawback and rebate will be provided by the Ministry of Health and EOPYY. The coverage of the current reporting of general government contingent claims will be assessed in consultation with the institutions, and extended according to an agreed timetable to cover all contingent claims that are not currently reported on monthly basis.

12. Supporting material. The first disbursement for arrears clearance under the fourth tranche will be approved on the basis of a report by the European institutions assessing that there has been progress in clearing net arrears amounting at least to 150% of the amount of the aggregate disbursement allocated to arrears clearance under the third tranche since July 2017; i.e. it will include a requirement to use own resources to clear arrears in the proportion of 1:2 relative to programme funds disbursed for arrears clearance under the third tranche. This implies reaching a target stock of net arrears of EUR 4.1 billion by December 2017. Any following disbursements for arrears clearance will be conditional on a report by the European institutions assessing that there has been progress in clearing net arrears amounting at least to 200% of the amount of the cumulative disbursements allocated to arrears clearance under the fourth tranche taking as a benchmark level the target stock of net arrears of December 2017 defined above, i.e. own resources need to be used in the proportion of 1:1 relative to programme funds for arrears clearance. The final disbursement of the fourth tranche will include a follow-up obligation to clear any remaining stock of arrears with the full use of programme funds and own resources, with a target of eliminating the whole stock by the end of the programme. To this end, the authorities will provide monthly reports on the financing from the overall envelop for arrears clearance and the account dedicated to arrears clearance, the utilization of the special appropriation for clearance of arrears, as well as on the relevant payments, based on data reported through the BoG, the GAO FMIS and surveys.

D. The Overall Stock of General Government Debt

13. Definition. The overall stock of general government debt will refer to general government gross debt, as defined in the Excessive Deficit Procedure (EDP), i.e. covering the state, extra budgetary funds, state owned enterprises, local governments, social security funds, and hospitals consistent with the Registry of the General Government Entities of the Hellenic Statistical Authority (ELSTAT) as reflected in the most recent EDP notification. Holdings of intra-government debt will be consolidated. The ceiling reflects total outstanding gross liabilities in the form of deposits, debt securities, and loans. It will not include accounts payable and will be measured at

nominal value as defined in the EDP.⁴ The programme exchange rates will apply to all non-euro-denominated debt.

14. Adjustments. The ceiling on the overall stock of EDP general government debt will be adjusted upward (downward) by the amount of any upward (downward) revision to the stock of end-December 2017 EDP general government debt.

15. Supporting material. Preliminary data on the total stock of general government debt will be provided to the European Commission, ECB and IMF staff by GAO/PDMA consistent with the EDP definition (using the most recent available data) no later than 40 days after the end of each quarter. Final data on the total stock of general government debt will be provided to the EC, ECB and IMF staff by PDMA no later than 100 days after the end of each quarter.

16. The programme exchange rates. All foreign currency-related assets, liabilities, and flows will be evaluated at “programme exchange rates” as defined below, with the exception of the items affecting government fiscal balances, which will be measured at current exchange rates. The programme exchange rates are those that prevailed on December 29, 2017. In particular, the exchange rates for the purposes of the programme are set: €1 = 1.1993 U.S. dollar, €1 = 135 Japanese yen, and €1 = 0.842126SDR.

E. Ceiling on New General Government Guarantees

17. Definition. New guarantees are guarantees extended during the current fiscal year, but for guarantees for which the maturity is being extended beyond the initial contractual provisions, only 50 percent of the full value will be counted. Modification of existing guarantees (without changing the maturity, amount guaranteed, and beneficiaries of the loan) will not be treated as new guarantees. In case of a change in the beneficiaries, the State will assess whether there is an increase in the liability (and/or potential contingent liabilities) of the State and if the State's position as a guarantor is adversely affected. If the new beneficiary meets the exact same requirements as the old beneficiary and neither the liability of the State nor the state position as a guarantor is adversely affected, a modification of existing guarantees (without changing the maturity and amount guaranteed), will not be treated as new guarantees.

18. Coverage. The ceiling on the new general government guarantees shall include all new guarantees granted by any entity that is classified in the Register of the General Government Entities of ELSTAT (as reflected in the most recent EDP notification) under general government, but exclude guarantees to entities whose debt is covered under the ceiling on the stock of general government debt as defined above. The ceiling includes any guarantees to the Institute for Growth but shall exclude: (i) guarantees related explicitly to financial stability goals of the programme (e.g. government-guaranteed bank bonds or emergency liquidity assistance (ELA)); (ii) guarantees related to EIB or ESIF financed loans; (iii) guarantees related to loans provided by the EIB or ESIF through the trade finance facility up to an outstanding amount of €500 million; (iv) guarantees granted by ETEAN (up to a total outstanding amount of €50 million provided these are fully backed by an equivalent amount of bank deposits); (v) guarantees granted under a risk sharing instrument of the EU structural funds (see COM (2011) 655 final) that do not create contingent liabilities for the Greek State; and (vi) guarantees granted to individuals and businesses for proven damages from natural disasters less any amounts received as compensation insurance up to a total amount of €30 million.

19. Supporting material. All new and modified central government guarantees will be reported in detail, identifying amounts and beneficiaries, and a risk assessment of calls and probability that the guarantees will be called. The report on modified guarantees, in which the beneficiary has changed, will include an assessment of the State's modified position as a guarantor. The General Accounting Office will provide the data monthly within three weeks after the end of each month. Non-state entities classified under the general government shall report the new guarantees they extended to the General Accounting Office monthly within three weeks after the end of each month.

⁴ Under EDP, nominal value is considered to be equivalent to the face value of liabilities.

F. "Programme" Primary Balance and Overall Monitoring and Reporting Requirements

20. Definition. For the purposes of the programme, the primary balance is defined as ESA 10 general government balance (B.9) minus ESA 10 general government consolidated interest payable (D.41), adjusted for the factors delineated in paragraph 21.

21. Adjustments. The balance (B.9) will exclude the following:

- the sale or lease of real estate (e.g. land, buildings);
- total general government migration-related expenditure net of EU transfers to the Greek budget for migration-related costs (see paragraph 5);
- costs related to banking support (see paragraph 5);
- all transfers related to Eurogroup decisions in regard to income of euro zone national central banks (SMP and ANFA revenues; see paragraph 5);
- any other transactions related to debt-reducing measures agreed in the context of the programme, such as the reduction of Greek Loan Facility (GLF) interest margin which are counted below the line in the debt sustainability analysis;
- any payments from banks that would undermine their solvency or liquidity (see paragraph 5).

The balance (B.9) will include the following:

- change of the stock of outstanding tax refunds claims without AFEK older than 90 days, net of the amount of rejected tax refund claims that exceeds the normal annual rejection volume (5% of the flow of new claims submitted in the respective year)⁵.

22. Supporting material. Performance under the programme will be monitored from data supplied on a quarterly basis to the EC, ECB, and IMF by ELSTAT, the Ministry of Finance, the General Accounting Office, and Bank of Greece. The authorities will transmit to the IMF, EC, and ECB staff any data revisions in a timely manner.

G. Coordination on Data and Statistical Provisions

23. Exchange of the information and data among ELSTAT, Ministry of Finance/GAO, and the BoG will be based on a Memorandum of Understanding, regularly reviewed and updated at least on an annual basis and no later than April 2017. In particular, ELSTAT will provide the following information to the General Accounting Office, EC, ECB, and IMF, that would make it possible to compile timely projections based on the ESA 2010 and programme definitions:

- A bridge table between KAE and ESA 2010 codes. Each update of the bridge table by ELSTAT is to be provided as soon as available.
- A bridge table between the detailed list of EDP T2A/C/D adjustments and the ESA 2010 codes for each adjustment line.
- Completed detailed EDP tables (including analytical details), as soon as the clarification process of the Greece EDP data is concluded by Eurostat.
- Completed supplementary table on the financial crisis, as soon as the clarification process of the Greece EDP data is concluded by Eurostat

⁵ This adjustor will apply only in the fiscal year 2016 and onwards.

- Data on bank support adjustments, by subsectors and ESA 2010 codes.
- Data on consolidation of inter and intra-governmental transactions by economic categories.
- Tables on revenue and expenditure (ESA T200) for the state, EBFs and SOEs, hospitals, local government and social security funds.
- Data by KAE for the state bridged into ESA categories, and including the ESA adjustments for each category.
- Changes in the Register of the General Government Entities, as soon as the change is agreed with Eurostat.

MONITORING OF KEY PERFORMANCE INDICATORS (KPI)

H. KPI on Revenue Administration

Progress in revenue administration will be defined as reaching or exceeding the targets set in TMU Table 9.

24. Definitions:

- **A completed audit** is defined as an audit formally reported as finalized in the ELENXIS audit case management system, including signed off by the audit supervisor, and the corrective assessment as referred to in Article 34 of the TPC has been issued, or the audit report states that no underpayment has occurred.
- **High Wealth Individual (HWI) audits** carried out on a legal person owned or controlled by the high wealth individual will also count as an HWI audit case if the audit is carried out by the auditor(s) who carry out the audit of the relevant high wealth individual. Furthermore, audit of off-shore companies with the aim of identifying the natural person owing or controlling the offshore company will also be regarded as an HWI audit case. These audits will be reported separately.
- **Collection of new tax debt** is collection of debt accrued in the period from the 1st of December of the previous year till the 30th of November of the current year and does not include debt items of non-tax nature for which the tax authority is responsible for collecting on behalf of other public sector entities, such as parafiscal taxes and fines, rentals, services, loans, other parafiscal charges, other non-tax penalties, revenue stamps, debits and other non-tax fines, and other contributions.
- **Old tax debt collection** is collection during current year of debt accrued before 30th November of previous year.
- **Fresh tax audit cases** are closed audit cases, concerning tax years, fiscal years, cases, periods or obligations related to the last five years, including the year when an IAPR governor decision was issued to define the priority cases.
- **Audits from prosecutors orders:** The number of audits upon prosecutors order: refers to the amount of audit orders (per TIN) which occurs following prosecutor's order⁶ (one prosecutor's order may be related to more than one audit order).
- **Taxpayer service:** The KPI is a ratio defined as follows. The numerator is the number of VAT refund claims paid or rejected within 90 days during the quarter. The denominator is the sum of the numerator and the number of pending VAT refund claims, for which 90 days have passed at the end of the quarter. The 90-day period refers to the period between a claim is made and final payment to the claimant is completed or the taxpayer is notified that the claim can be paid, or an offset has been made, or the claim is rejected.

⁶ TIN: tax identification number (compulsory for each taxpayer). One prosecutor order may refer to multiple tax identification numbers.

- **Tax paid on time:** The numerator is tax liabilities paid by due date, from the beginning of the year to the quarter-end; the denominator is total tax liabilities assessed that should be paid from the beginning of the year and to end of the quarter.
- **Enforcement measures:** The indicator is defined as a fraction where the numerator consists of the total number of debtors against whom some enforcement measure are taken by IAPR at the end of the quarter, and the denominator consists of the total number of debtors against whom IAPR could legally impose enforcement measures at the same date. Enforcement measures are defined as one of the following: garnishment orders, garnishments at the hands of third parties (including e-garnishments), auctions, mortgages, imposing liens against assets, garnishments on income or assets, seizures. From the denominator are excluded debtors which cannot, by law, be pursued⁷.
- **Controls by mobile unit:** Controls by units of the Customs administration operating on the territory and not at fixed points. These controls concern: the movement and storage of excisable goods (mainly), counterfeit goods, drugs, etc. and legal possession and use of vehicles.

25. Supporting material. Monthly Information will be made available by the Independent authority for public revenue (IAPR) in the Tax administration monitor no later than three weeks after the end of each month, including:

- On stock, collection, and write off of tax debt (old, new, and by Large Debtors Unit (LDU));
- On the number of debtors under enforcement:
- On assessed taxes and penalties⁸, collection of assessed taxes and penalties, percent of fresh tax audit cases in total completed audits, the stock of priority cases for audit, and inflows and outflows of such cases. The data will be provided for large taxpayers audit center (KEMEP), high wealth individuals audit center (KEFOME), local and regional tax centers (DOYs), FAE, and investigation center (YEDDE).
- On stock, payment and rejection of tax refund claims (within or in more than 90 days during the period; for VAT, CIT, and PIT).
- On-time payment of VAT, income, and property tax: collection of taxes paid during the period before they become overdue. Amounts paid after they became overdue will also be mentioned in the table.
- Cases registered and closed by the Dispute Resolution Unit, with number of cases closed within the time limit (by explicit decision or by withdrawal of petition) and closed by implicit rejections. The table will also include suspension requests.
- There will also be a monthly report of the standard 15 tax collection tables by type of tax, by age of tax, by amount of debt due, by status of debtor.
- Instalment schemes, with amounts and number of debtors.

I. KPI on Collections of Social Security Contribution

Progress in collecting social security contribution will be defined as reaching or exceeding the targets set in TMU Table 11.

⁷ According to legislation, debtors with due debts under an installment scheme, under judicial suspension, equal or less than 500 euro (basic debts, without interest and surcharges) and debts deemed uncollectible) cannot be pursued.

⁸ The assessments will also include, for consistency and completeness purposes, information about cancellations because of assessment errors which may occur several months after the assessments. The percentage of collection will be calculated on the net assessment amounts.

26. Definitions: Social security fund payment compliance is defined as the ratio of the amount of current year social security contribution paid to the EFKA fund divided by the amount invoiced or declared for each reporting period, expressed as a percentage.

27. Supporting material. A monthly submission no later than three weeks after each month-end is required from EFKA on the following: total amount of social security contribution paid (flow), total amount of social security contribution invoiced or declared (flow), amount of SSC debt transferred to KEAO's and KEAO's SSC debt collection.

J. KPI on Public Financial Management

Progress in implementing public financial management reforms will be defined as reaching or exceeding the floor targets and staying at or below the ceiling targets as set in TMU Table 10.

28. Definitions:

- **Invoices received** by the state are the invoices or other equivalent documents consisting of a request for payment that have been submitted (accompanied by a submission document) by ministries to the fiscal audit offices (FAOs), or by suppliers to the general directorates of financial services (GDFSs) after the financial service responsibilities are transferred from FAOs to GDFSs, for payment, which include the information on the date when line ministries received the invoice from suppliers or the dates as specified in the Late Payment Directive.
- **An unprocessed pension application** is an application filed by an insured or entitled person for receiving an old age, disability or survivors' pension. The pension claim will be counted as unprocessed if a decision on the validity and amount due under the claim has not been reached by the end of the month following the month in which the application was filed.
- **Actual all social security funds-to-EOPYY transfer** is the amount of cash transfer to EOPYY and the expenditures paid by all social security funds (SSFs) on behalf of EOPYY year to date. The amount that should be transferred from all social security funds to EOPYY is the revenue collected by all social security funds on behalf of EOPYY during the same period, calculated as 6 percent on full monthly net (after measures) pensions received by each pensioner, and 6.45 percent on monthly insurable earnings of each worker. The exact amount of insurable earnings is calculated ex post based on monthly filings of Analytical Periodic Declarations.
- **Medical claims submitted by public hospitals to EOPYY electronically** are claims (invoices and associated documents) using KEN-DRGs and/or hospital fees submitted to EOPYY electronically for insured patients on inpatient services with at least one night stay. No more than one claim is allowed for each inpatient service.

29. Supporting material. Monthly summary information on the following (i) stock of unpaid processed pension applications (number and total value of claims of the application); (ii) stock of unpaid non-processed pension applications (number and total value of claims of the application) provided by the Ministry of Labor; (iii) number of days and processing time of invoices received, invoices paid, and invoices rejected upon verification by the state government (including ministry of finance and line ministries), as well as invoices that have been neither paid nor rejected since the date of receipt of the invoice or the other dates as specified in the Late Payment Directive for a period longer than the ceiling days specified in the Late Payment Directive, (iv) the amount of all SSFs-to-EOPYY cash transfer, expenditure paid by all SSFs on behalf of EOPYY, and revenue collected by all SSFs on behalf of EOPYY, (v) the number of medical claims submitted by public hospitals to EOPYY electronically, and the number of inpatient services with at least one night stay, and (vi) the number of claims submitted by private entities (including private hospitals, clinics, diagnostic centers, etc) to EOPYY for insured patients and the number of full-scope audits conducted by EOPYY on those claims.

MONITORING OF FISCAL AND FISCAL STRUCTURAL ACTIONS

K. Contingent Fiscal Mechanism

30. Definition. For the purposes of paragraph 10a of article 233 of law 4389/2016 (FEKA94), the transition, from the general government result communicated by Eurostat to the terms of the Financial Assistance Facility Agreement, is made as defined in section G of this document, the resulting value being increased by the amount of any state expenditure in excess of 0.15% of GDP made as a result of standardized guarantee calls pursuant to the provisions of sub-sections bb and cc of case a of paragraph 1 of article 1 of law 2322/1995 as currently in force.

31. Definition. In the case where the contingency fiscal mechanism (Article 233, L. 4389/2016) is activated, the expenditure adjustments should be calculated taking into account any negative impact on general government revenues such as direct taxes and social security contributions that will result, so that the fiscal savings from these expenditure adjustments *net of any negative impact on revenues*, are equal to fiscal adjustment needed to correct any deviation identified (as outlined in paragraphs 3 and 10a of article 233 of L. 4389/2016). The net fiscal savings from the expenditure adjustments will be calculated by subtracting the following shares from the gross savings estimates: (i) pensions: 15 percent; (ii) wages and salaries: 45 percent; (iii) goods and services: 19.3 percent (iv) other categories: 0 percent. In the case where the contingency mechanism is activated and a Presidential Decree is issued to adopt expenditure adjustments, the maximum downward adjustment to discretionary expenditure categories will not exceed 5% the budget ceilings of the respective category for the year of application. Discretionary expenditure categories are defined as all those categories that do not involve pension benefits (main, supplementary, lump-sum, EKAS) nor public sector salaries/wages.

32. Supporting material. As outlined in paragraph 9 (b) of the legislated mechanism, in the event of under-performance in the real GDP growth rate in excess of 0.5 percentage points, the deviation to be corrected with expenditure cuts under the Mechanism will be reduced by half of the difference resulting from the projected real GDP growth rate in the table below and the real GDP growth rate as reflected in the annual ELSTAT announcement for March.

Table 8. Macroeconomic projections

	2017	2018
	Act.	Proj.
Real GDP (y-on-y % change)	1.4%	1.9%

Source: Greek Authorities; EC, ECB and IMF staff.

L. Post-programme package

33. Key deliverable: The authorities as a key deliverable in May 2018 will bring forward the implementation of the personal income tax measures to 2019 if the IMF, in cooperation with the European institutions and the Greek authorities, in the context of the final programme review, considers that, based on a transparent forward looking assessment, a frontloaded implementation is needed in order to reach the agreed 3.5% primary surplus fiscal target in 2019, which should be reached without growth-detrimental measures, and if needed will adopt legislation, in agreement with the institutions, to ensure the exact achievement of the fiscal target, in a manner that is positive for growth. In addition and based on an assessment and agreement by all institutions and in consultation with the Greek authorities, following a transparent process, the authorities will adopt the necessary secondary legislation for the implementation of the expansionary package starting in 2019 in May 2018. The amount to be implemented will be in line with the institutions' projected over-performance relative to the agreed medium-term targets – on the assumption that the contractionary measures will have already been built into the baseline scenario – in order to ensure the achievement of the targets.

Pensions

34. Definition. From 1 January 2019, the main pension benefit formula as introduced in Pension Law 4387/2016 will apply to all current pensions and those subject to transitional arrangements in Article 6 of law 4387/2016 (recalibration), where the difference between the recalibrated and the current pension is called the individual personal difference (Article 14 paragraph 2 in law 4387/2016). This personal difference, if negative (recalibrated lower than current pension), is eliminated in 2019, with the resulting decline in the main pension, including family allowances, limited to 18 percent. The remaining negative personal differences will be eliminated according to Article 14 of law 4387/2016. From 1 January 2019, the supplementary pension benefit formula as introduced in Pension Law 4387/2016 will apply to all current pensions (recalibration), and eliminate the remaining personal differences, while the resulting decline in the supplementary pension is limited to 18 percent. In addition, inflation indexation (Article 14 paragraph 3 in law 4387/2016) is suspended for all pensions in 2019-22. These measures are expected to yield net savings of 1 percent of GDP in 2019-2022.

Personal income tax credit

35. Definition. As of 1 January 2020, the tax credit will be reduced by €650 from the current child-differentiated levels (ranging from €1,900 to €2,100) for wage, pension, and farming income in order to achieve savings of 1 percent of GDP (net of other measures).

	No children	One child	Two children	Three children
Previous	€1,900	€1,950	€2,000	€2,100
Prior Action	€1,250	€1,300	€1,350	€1,450

Expansionary tax package

36. Definition: The *growth-enhancing tax package* matching in net terms the yield from the personal income tax reform encompasses (i) a reduction in PIT rates and the solidarity surcharge with a medium-term fiscal impact of 0.8% of GDP; (ii) a reduction in CIT rates with a medium-term fiscal impact of 0.1% of GDP, and (iii) a reduction in property tax (ENFIA) with a yield of 0.1% of GDP.

37. Definition. A reduction in PIT rates and the Solidarity Surcharge with a yield of 0.8% of GDP. A reduction of the lowest PIT rate from 22% to 20% for pooled employment and business income and for farmer income (medium-term impact of 0.5% of GDP).

38. Definition: A reduction in Solidarity Surcharge. A progressive change in the schedule of marginal tax rates for Solidarity Contribution, while keeping the current income thresholds (estimated medium-term impact of 0.3% of GDP):

Tax base	Tax rate
0-12,000	0%
12,001-20,000	0%
20,001-30,000	0%
30,001-40,000	2%

40,001-65,000	5%
65,001-220,000	9%
220,001+	10%

39. Definition. A reduction in CIT rates with a yield of 0.2% of GDP in 2020. A reduction of Corporate income tax rates from 29% to 26% for all legal entities, with the exception of the credit institutions of bullet 1, paragraph 1, article 3 of law 4261/2014. For the latter entities, the Corporate income tax rate will remain at 29 %.

40. Definition. A reduction in property tax (ENFIA) with a yield of 0.1% of GDP;. The main ENFIA tax will be reduced by 30% for each taxpayer with a Total ENFIA Tax (Base + Supplementary) up to €700, up to a maximum reduction of €70. For beneficiaries of Article 7(1) of the ENFIA law 4223/2013, the above limit will be doubled. .

Expansionary expenditure package

41. Definition: The *growth-enhancing expenditure measures* encompass: (i) targeted social spending, which will include the implementation of a housing allowance (0.3 percent of GDP); an increase in the reformed child benefit (0.1 percent of GDP); school meals (0.1 percent of GDP); nursery/pre-school education (0.1 percent of GDP); means-tested reduction in health co-payments (0.1 percent of GDP); (ii) high-quality public infrastructure investments, including for energy efficiency, agriculture (0.15 percent of GDP); and (iii) eligible active labor market measures (0.15 percent of GDP). See table below that sets out the expenditure limits. To the extent that elements of the social welfare package were advanced to 2018, the use of available fiscal space will be specified in agreement with the institutions.

Growth-friendly Expenditure Measures – limits*	€ million	% GDP
Social programs	1,430	0.7%
School meals	190	0.1%
Pre-schooling - nurseries	150	0.1%
Unified child-family benefit	260	0.1%
Housing allowance	600	0.3%
Pharma co-payment	240	0.1%
Infrastructure programs	300	0.15%
Energy efficiency	100	0.1%
Agriculture infrastructure	100	0.1%
Investment law	100	0.1%
Active Labour Market Programs	260	0.15%
Total expenditure	2,000	1.0%
GDP (EUR billion)	199	199

Note: To the extent that elements of the social welfare package were advanced to 2018, the use of available fiscal space will be specified in agreement with the institutions.

42. Definition: Conditions on eligible ALMPs as part of post-programme expansionary expenditure package.

43. Definition. All ALMP measures eligible to be funded as post-programme measures must be developed and implemented in close co-ordination with existing ALMP programmes including those supported by EU ESF funding and with possible technical support from World Bank and after

consultation with DG Employment of the EU Commission. Measures must be implemented in the context of the new delivery model for ALMPs (SMoU 2.5.3 and 4.1), making use of upgraded profiling methodology and individual action plans for jobseekers, as well as continuous evaluation of programmes. The mix of eligible ALMP measures can include:

- Job search assistance, group counselling and mentoring programmes
- Expanded youth guarantee schemes focussed on youths not in employment, education or training (NEETs)
- Training, job experience and apprenticeship schemes aimed primarily at the private sector with certification of acquired skills and qualifications.
- "Public works Plus" schemes with strong activation component including skill enhancement, aimed at the most difficult to reintegrate groups. GMI/SSI recipients should be particularly targeted.
- The eligible schemes should not include long-term wage-subsidies or schemes aimed for highly-qualified workers in either the private or public sector. Training schemes should not include income support for beneficiaries.

M. Tax policy

44. Prior action. Accelerate VAT deregistration procedures and limit reregistration

45. Definition. *Accelerate VAT de-registration procedures, limit re-registration.* Review TPC Articles 10 and 11 and art. 36 VAT code, so as to limit re-registration in intra-community transactions.

46. Prior action. The authorities will ensure that the VAT discount on the remaining islands is eliminated by end-June 2018

47. Definition: From July 1, 2018, the special VAT rates applied to 5 islands that have been hosting refugee hotspots (Kos, Leros, Samos, Chios and Lesbos) will be abolished, and the current special rates (4/9/17 percent) will be unified to the general rates applied in the Greek mainland (6/13/24 percent). Following the abolition of the VAT discounts for 32 islands from January 1, 2018, the abolition of the discount for the 5 remaining islands by end-June 2018 will eliminate the territorial variations of the VAT rates in Greece.

48. Prior action: codify and simplify the VAT legislation, aligning it with the Tax Procedure Code and eliminating outstanding loopholes.

49. Definition: This will include in particular: exceeding the threshold for the simplified regime will require reregistration under the regular VAT regime immediately, without waiting for the end of the financial (or calendar) year.

50. Prior action: undertake a technical review of the ITC provisions after its three year application..

51. Definition: This will include inter alia to undertake with Technical Assistance a review of the existing business tax incentives for Employment, Movies, and Environmental investment and to integrate updated and reformed provisions in the ITC

Electronic auctions under the Code of Public Revenue Collection (KEDE)

52. As a **prior action** (in SMoU 2.2), in parallel with the review by the Ministry of Justice, the IAPR will review the effectiveness of the application of the KEDE for auctions and e-auctions undertaken by the tax administration; and, if needed, adopt legal or procedural amendments that fall under the responsibilities of the IAPR.

Property Valuation

53. Prior action. By May 2018, the authorities with the aid of technical assistance will legislate to align property tax assessment zonal values with market prices and will develop a dedicated team and a permanent IT system for property revaluation. As a prior action, the authorities will legislate to adjust tax rates and broaden the property tax base, if necessary, in a revenue neutral way in order to issue ENFIA bills by August 2018 (SMoU section 2.2).

54. Definition. Property assessment zonal values will be aligned with market prices with the assistance of Technical support: (i) set up property revaluation working group and high-level steering group involving Bank of Greece and ELSTAT by end-June 2017 (ii) compile all required data, complete classification of properties and determine the nature of the value based and valuation methodologies relevant to individual categories of properties by December 2017; (iii) set up a permanent dedicated team and develop a permanent IT platform for property revaluation by May 2018; (iv) pass legislation to align property assessment values with market prices by May 2018; (v) Ministry of Finance in conjunction with IAPR will develop an ENFIA forecasting model to be able to project the impact of the revaluation of property assessment values by April 2018 and (vi) develop by June 2018 a database and associated project plan to enable the further updating of property tax valuations with market values on an on-going basis; and (vii) issue ENFIA bills based on new assessment values by end-August 2018. In case the new property assessment values result in a shortfall in ENFIA revenue against the budget target of €2.65 billion, legislation will be passed as a prior action to broaden the ENFIA tax base and adjust tax rates adjusted to reach that revenue target to preserve the fiscally neutral character of the reform.

N. Arrears clearance

55. Prior action. Based on the recommendations of the final report presented to the authorities and institutions, the authorities will take corrective actions to address structural shortcomings leading to the accumulation of new arrears.

56. Definition. These corrective actions will be based on the recommendations issued by the Hellenic Court of Auditors (HCA) following the audit on arrears of General Government Entities to third parties, and will be compliant with the Late Payment Directive. GAO will amend the structure of the information kept in the commitment registers and collected via the e-portal to implement a comprehensive monitoring system of spending commitments, accounts payable and arrears. GAO will coordinate with the audited entities and the relevant ministries the development of an action plan including a timeline for the implementation of recommendations of systemic nature made by HCA, including legal framework revisions, changes in cash management and reporting practices. IAPR will develop its own action plan based on the HCA recommendations.

57. Supporting material. GAO will issue two circulars to: a) review the commitment registry addressing the shortcomings identified by the HCA final report; b) set up a monthly reporting system where all General Government Entities specify the nature and reasons for the accumulation of new arrears and update their plans for clearance of existing arrears. GAO will provide a draft plan containing the actions addressing the systemic recommendations made by the HCA, grouped by main categories. IAPR will present its own draft action plan based on the HCA recommendations grouped by main categories.

O. Pension Reform

58. Definitions: The following provisions are needed to fully implement the 2016 pension reform (Law 4387/2016)

- The full merge of all insured persons and related data into EFKA: All personnel and functions related to the processing and payment of public sector pensions will be transferred to EFKA by May 2018.

- *EKAS*. The solidarity grant EKAS will be gradually phased out by end-2019 by reducing it by; €808 million by 2018; and €853 million by 2019.
- *Contribution rules*. The contribution and pension base for all self-employed will be broadened and modernized, including by switching from notional to actual income, subject to minimum required contribution rules. The state financed exemptions will be phased-out, and contribution rules for all pension funds will be harmonized by end-2019 with the structure of pension contributions in IKA, consisting of a 20 percent contribution rate taking into account specific provisions for farmers (complete harmonisation by 1 January 2022) and newly insured independent professionals (through lower contributions during the first 5 years of activity, to be repaid in full before the end of the 15th years of contributions and by one-fifth any time the annual gross personal income exceeds euro 18,000).
- *Benefits for past higher contributions*. Benefits should be provided in a fiscally neutral manner based only on accrual rates as defined in the primary law.
- *Income base for self-employed*. Starting from 1 January 2018, the contribution base for the self-employed is defined gross of social security contributions of the previous year. The contribution base is temporarily reduced by 15 percent in 2018, with no reductions thereafter.
- *Spending and contributions ceilings*. The ceilings will be set as temporary upper ceilings on the main pension payments of €2,000 per month and on multiple pensions at €3,000 per month (without any exemptions in both cases) and will be in force until end-2018. The ceiling for mandatorily insurable earnings for the calculation of the monthly insurance contribution of employees and employers, shall be ten-times the amount that corresponds to the entry-level basic salary provided each time for unmarried employees over 25 years old, currently at €586.08. This implies a ceiling for contributions at €5,860.80. Any reference to the minimum daily wage of an unskilled worker for determining pension rights is set as of the date of publication of Law 4387/2016.
- *Unified harmonised benefit rules*. The rules on disability and contributory welfare benefits need to be unified by June 2018 in a way that does not increase expenditure
- *Recalibration*. The existing pensions will be recalibrated on the basis of the new parameters of the uniform pension rule applied to the pensionable earnings in current value, with the exception of OGA. The recalculation will be supported by the creation of automatic electronic records of retirees that, among other information, will include full details on the length of retirees' service histories and pensionable earnings. In cases these data are not possible to recover, imputation techniques to be agreed with the institutions will be used. For ETEAP insured persons retiring after the entry into effect of Law 4387/2016, accrued rights up to 2014 will be recalculated with an accrual rate of 0.45, to align them to the current NDC system and taking into account higher contribution rates than those specified with the harmonised contribution rules. The calculation of lump sum pensions will be revised to guarantee actuarial fairness.
- *Freezing of pensions*. The individual recalculation of the pension benefit must be finalised as a prior action.
- *The calculation and processing of pension applications*: As a prior action, the authorities will calculate and process all main pension applications of 2016 that are legally and technically feasible and 30% of main pensions applications submitted in 2017 and at least 13.800 of supplementary pension applications submitted from 1.1.2015 and 31.12.2016.
- *Recording of insurance histories*: The authorities recorded data on insured persons targeting those over 55-years old ensuring that 50% of the relevant data entered in the system. An additional 40% will be recorded by June 2018 and the process will be fully completed by the end of the programme.
- *Efficiency gains related to the merging of social security funds into EFKA*. The authorities will implement the action plan adopted as part of the second reviews. Qualified personnel will be transferred to other administrations, including KEAO, the National Actuarial Authorities and EOPYY (the National Organisation for the Provision of Health Services), in order to strengthen their operational capacity.
- *Helios reports*: The authorities continue the regular publication of the Helios reports.

- As, according to the Eurostat official opinion, EDOEAP is inside the general government (ESA2010 definition), the authorities will adopt as a prior action by June 2018 all necessary measures in consultation with the institutions and in compliance with the Supreme Court ruling 5/2002, including measures to ensure the full alignment to ETEAEP rules as defined in in Articles 96 and 97 law 4387/2016 with no other funding of pension benefits in addition to the employer and employee contributions as defined in Article 97 in law 4387/2016 and any other measure necessary to guarantee that no public funding of EDOEAP's deficit can occur. The necessary primary legislation, MDs and implementing circulars need to be issued as *prior action*. Additional revenues (if any) can only fund health care services offered by EDOEAP.

P. Healthcare Reform

Prior actions for the fourth review

Registration of patients with family doctors

59. Deliverable. As a prior action a) the complete matching of all the social security number (AMKA) holders with the available family doctors will be finalised by May 2018 and b) the compulsory patient registration system with a family doctor, who will act as a gatekeeper, will be in place and fully operational by end of May 2018 with gatekeeping to be gradually implemented over 2018.

60. Definition. All patients to be registered with their GP.

61. Concrete deliverables. Any legal action necessary for the implementation of compulsory registration (primary/secondary as appropriate) must be implemented. Complete matching of all Social Security Number (AMKA) holders with the available family doctors (official document to be provided by the authorities). Official publication on Ministry of Health/EOPYYY website of the registration process and its implications, to clearly state that, following registration with a family doctor (public or contracted by EOPYYY), the citizen a) will be bound to that doctor for a period of at least six months before being able to switch; b) will not be allowed to visit other family doctors unless paying out of pocket (for EOPYYY contracted doctors); c) will be obliged to be referred to contracted specialists by the family doctor. Proof of communication to each registered patient: official communication template provided as an official document; full list of patients who have registered over the territory and to whom this official communication has been forwarded and have been made aware of the change in the system. Specify the modality for patients to register with family doctors (this includes identifying the appropriate means to register and disseminate information to ensure it reaches all citizens (online platform, campaigning etc.).

Reduction of sectoral clawbacks

62. Deliverable. As a prior action the authorities will implement the 14 measures included in the EOPYYY Action Plan to reduce the amount of excess spending.

63. Concrete deliverables. The authorities will provide the necessary legislation, primary and/or secondary, formalising the establishment of the new measure/measures and will complete and document the implementation of all the technical and administrative steps that are necessary for the full implementation of the measures.

Past clawbacks (2013-2015)

64. Deliverable. As a prior action EOPYYY will finalise the legal procedure for the offsetting of the residual outstanding clawback (2013-2015) for all outstanding amounts except those for which it is legally/technically not possible to perform the offset.

65. Concrete deliverables. Primary and/or secondary legislation (if needed) together with memos detailing the quantification of the due amounts and evidence of the legal actions undertaken by EOPYY for each of the providers concerned. For all the amounts for which the offset is not legally/technically possible, evidence must be provided concerning the objective obstacles, with a detailed explanatory memo clarifying 1) the nature of the obstacles that make the offsetting impossible, 2) an explanation of any attempt made at overcoming these obstacles, 3) a detailed display of the owed/due amounts by provider (providers can be anonymised). This must be accompanied by a short note detailing the strategy to tackle these issues, should any of these be expected to be solved in the future (e.g. any amount under dispute on which a decision will be made in the future).

Collect clawbacks of 1st semester 2017 with instalments

66. Deliverable. Any outstanding uncollected claw back amount related to 2016 will be offset and collected as a prior action for health care providers. The calculation of the clawbacks of the first semester 2017 will be finalised by January 2018 and the clawback will be collected/offset according to the following timetable: 12 instalments except for providers for whom the amount clawed back according to this table would exceed 10% of their revenues in which case the collection/offset will take place in 24 instalments, **as a prior action** (see tables below). For pharmaceutical companies this collection scheme will also concern the outstanding clawback of 2016.

67. Concrete deliverables. Memo with calculations of clawbacks together with the plan for the monthly collection of clawback to be finalised in 12 or 24 months, according to whether the 12 month repayment scheme implies instalments above 10% of the provider's revenues (indicating amounts collected by month); evidence of notification to providers of the due amounts; documentation of the clearance by all involved parties of due and owed amounts. This concerns 2017 for health care providers and 2016 and 2017 for pharmaceutical companies.

68. For providers for whom the 12 month scheme gives instalments below or equal to 10% of their revenues (this applies to 2017 for HC providers and to 2016 and 2017 for pharmaceutical companies) with a time shift of two months.

Provision of services	Jan 2018	Feb 2018	Mar 2018	April 2018	May 2018	Jun 2018	...	Dec 2018
Submission date of the invoice	Feb 2018	Mar 2018	April 2018	May 2018	Jun 2018	Jul 2018	...	Jan 2019
Payment	April 2018	May 2018	Jun 2018	Jul 2018	Aug 2018	Sep 2018	...	Mar 2019
Collection of clawback*	1 out of 12 instalments	2 out of 12 instalments	3 out of 12 instalments				...	12 out of 12 instalments

* 2017 for HC providers and to 2016 and 2017 for pharmaceutical companies.

69. For providers for whom the 12 month scheme gives instalments above 10% of their revenues (this applies to 2017 for HC providers and to 2016 and 2017 for pharmaceutical companies)

Provision of services	Jan 2018	Feb 2018	Mar 2018	April 2018	May 2018	Jun 2018	...	Dec 2019
Submission date of the invoice	Feb 2018	Mar 2018	April 2018	May 2018	Jun 2018	Jul 2018	...	Jan 2020
Payment	April 2018	May 2018	Jun 2018	Jul 2018	Aug 2018	Sep 2018	...	Mar 2020
Collection of Clawback*	1 out of 24 instalments	2 out of 24 instalments	3 out of 24 instalments				...	24 out of 24 instalments

* 2017 for HC providers and to 2016 and 2017 for pharmaceutical companies.

Extend the clawbacks

70. Deliverable. The 2018 claw back ceilings for diagnostics, private clinics and pharmaceuticals (both outpatient and inpatient) and other items already under clawback, including those to be added as a prior action (this refers to the category "Other items" in the EOPYY budget including optometrist and special education services as per the relevant prior action) will be extended by legislation up to 2022. The ceiling will rise in line with the authorities' forecast of the annual growth of GDP at constant prices (**prior action**).

Strengthen the use of therapeutic protocols

71. Deliverable. As a prior action, introduce at least 20 of the therapeutic protocols due by January 2018 in the e-prescription system.

72. Definition. Therapeutic protocols refer to both pharmaceuticals and care pathways.

73. Concrete deliverables. Evidence of the development of new protocols and of their introduction in the HDIKA e-prescription system.

Publication of May 2018 Price Bulletins

74. As a **prior action**, publish the May 2018 price bulletin to lower the prices of pharmaceuticals and contribute to the broader goal to contain excessive spending on pharmaceuticals

75. Definition: Price bulletin. This refers to the final version, after corrections and revisions, of the full list of pharmaceuticals that have undergone pricing and re-pricing, covering producer, wholesaler and retail prices, with a specification of:

- the three countries used for reference with the source of the information;
- the price of the previous repricing procedure
- ATC7;
- data to identify and describe the listed pharmaceuticals (producer, formulation and pack, barcode, a unique identifier code allowing to compare current bulletins with past ones to be able to observe price trends.

76. Supporting documents. The excel spreadsheet containing pharmaceutical prices and all the above listed additional variables should be forwarded to the institutions, alongside the relative Ministerial Decree legislating the new pricing round. In addition, these documents should be accompanied by a spreadsheet containing the formulas used to derive the proposed pricing, with the reference to the relevant legislation, and the list of all exceptions, together with its rationale.

Adopt further measures to contain pharmaceutical spending

77. Deliverable: As a prior action, adopt further measures to improve cost-effectiveness of pharmaceutical spending, amongst which by improving the incentive structure of pharmacists, reducing the switching from generics to off-patents, so as to encourage the sale of less costly drugs for any given active substance prescribed, including by updating the set-up of reimbursed prices and of patients' participation to ensure they promote the choice of cost-effective drugs and to promote the increase of generics penetration by volume to 40%.

78. Definition. This definition of generics does not include off-patents and aims to support the goal to increase the share of outpatient generic medicines in the market through the adoption of a potential array of measures changing incentives to providers and/or consumers in a way that would promote generics. Amongst other possible measures, a revision of the reimbursed prices by ATC4 and ATC5 should be implemented to ensure that patients are incentivised to choose the cheapest drug; in general the authorities should introduce measures to increase the share of outpatient generic medicines by volume to 40%.

79. Supporting material. Evidence of introduction of measures and of progress towards generics penetration goals (share of outpatient generic medicines by volume, decreased switching rate from prescribed generics to dispensed non-generics).

Centralised Health Procurement

80. As intermediate step the authorities adopted the Law on centralised health procurement, which will implement the first concrete steps towards reintroduction and strengthening of centralised health procurement; the authorities will also take additional steps as a prior action to increase over time: (i) the proportion of centralised procurement to 30 percent of total hospital expenditure, (ii) the share of centralised procurement by hospitals of off-patent and generic pharmaceutical products by active substance to 1/2 (and to 2/3) of the total, in line with agreed targets.

81. Definition. Centralised health procurement refers to the process of procuring items featuring in the total expenditure of hospitals, including pharmaceuticals, medical equipment, consumables and services. This process should be open and transparent and, by being centrally organised, should exploit the increased efficiency of a single purchaser.

82. Concrete deliverables By May 2018, a document will specify the timeline of implementation of the overall plan on centralised health procurement, which should be used, to centrally procure 30 percent of total hospital expenditure in terms of value. The plan should also contain the Operational Plan, which contains the details behind planned implementation. An additional plan should be produced by May 2018 to increase the proportion further in 2019. The appointment procedures under the rules set by Law 4369/2016 must be started as a prior action. This includes, specifically, the following actions **as prior actions**:

- a. launch of the call for expressions of interest by the competent Minister to be published on the website of the Ministry concerned and on the ASEP website for at least ten (10) days;
- b. set up of the Special Selection Board to assess the qualifications of applicants and submit to the Minister concerned a recommendation according to the criteria specified in the relevant legislation (Law 4369/2016).

83. Provide on a regular basis (every six months, March and September) data on the shares of total hospital expenditure procured through the centralized procurement system.

All other Deliverables

Execution of claw backs and regular audit

84. The overall clawback ceiling of EOPYY for health services provided to it by contracted private providers and included in the budget line "Other Illness Benefits", were set as follows: EUR 1,343 million in 2017 and at most EUR 1,407.5 million in 2018⁹ to cover the vast majority of the total budget for this category (1525 million in 2017, to decrease to 1462.5 million in 2018 and return to the 2016 level of 1402 million from 2019 onwards). If EOPYY implements measures to increase revenues sufficiently, the spending ceiling may increase up to 1.525 million in the budget of the relevant year.

85. Deliverable: Execution of claw backs and regular audit. Specifically:

- They will calculate, apply and collect the claw backs for pharmaceuticals, diagnostics, private clinics and for other any relevant item under clawback according to the periodicity specified in the relevant legislation and perform regular audits. A note on the outcome of the auditing will be released every six months (June and December).
- They will continue to collect relevant data from EOPYY, the National Organisation for the Provision of Health Services, and regularly publish it (for each month t , reports are due until $t-2$), including through monthly reports with analysis and description of detailed data on healthcare expenditure in the areas of pharmaceuticals, diagnostics and private clinics (including information on the progress against the expenditure ceiling and clawback execution).
- To assess and improve the performance of health care providers, EOPYY will carry out systematic monthly auditing of private clinics; the authorities will make use of the results of the monthly auditing to ensure regular clearance and settlement of outstanding amounts.

Assessment of public sector capacity

86. Deliverable. Develop by May 2018 a mapping of the overall public sector capacity, including PEDY and hospitals, by region and by specialty, including equipment and availability of services, and by December 2018; based on this mapping, the authorities will develop an in-depth assessment to be used in the future to commission private providers per region subject to insufficient public capacity;

87. Definition. The authorities must carry out an assessment of overall public sector capacity, similarly to what has been done for Primary Health Care, to ensure that recourse to private facilities is justified based on transparent criteria linked to the assessment of insufficient public capacity at a given geographical area and at a given time.

88. Supporting material. Reports containing a mutually agreed set of indicators.

Roll-out of primary care

89. Deliverables. Adopt the necessary legislation for the implementation of the roll-out of Local Health Units and start the implementation.

90. Definition. The authorities adopted the necessary legislation of the roll-out of Local Health Units (TOMYs) by May 2017. The implementation of a critical mass of TOMYs, i.e. 85 TOMYs, should be achieved by May 2018. As a precondition to the establishment of TOMY units, training has started for part of the staff and should be extended to adequate levels to cover all staff. Within the same framework, EOPYY will adjust the way it provides primary health care by implementing compulsory registration with a GP, to act as a gatekeeper in charge of referrals to specialists, which should become fully operational as a **prior action** for the fourth review (see relevant section). In this process, the authorities will ensure an efficient use of public resources by decreasing the stock of private GPs contracted by EOPYY by the corresponding amount of the new capacity created by the gradual establishment of new TOMYs. In other words, new capacity generated by new TOMYs will replace the supply by private GPs so as to avoid duplications. The authorities incorporated this commitment in the abovementioned legislation adopted in May 2017.

91. Concrete deliverables. Roll-out of Local Health Units started in December 2017. 85 TOMYs to be fully operational by May 2018. Implementation of compulsory registration with family doctor to begin by 1 January 2018 to be fully operational by **as a prior action**.

Therapeutic protocols

92. Deliverable: Develop, by January 2018, a critical mass of prescription guidelines and therapeutic protocols for patient care pathways (primary and secondary care) for the pathways that have the greatest therapeutic and cost implications, to feed into the e-prescription system;

93. Definition. Therapeutic protocols refer to both pharmaceuticals and care pathways.

94. Concrete deliverables. Evidence of the development of new protocols and of their introduction in the HDIKA e-prescription system.

System of e-referrals

95. Deliverable. Implement a new system of electronic referrals (e-referrals) to secondary care to be used by family doctors.

96. Definition. Develop and implement a new system of electronic referrals (e-referrals) to secondary care based on the e-record and integrated with existing protocols and guidelines. Priority should be given to referrals to diagnostics and elective surgery. By May 2018, this system, to pre-approve referrals to private sector providers, should also make use of all the available information waiting times (any available indicator at that time), and/or of the mapping of public sector (all the available information at that time).

97. Supporting material. Alongside information on planned development of the system, appropriate legislation formalising the criteria to authorise the use of private sector providers must be drafted in parallel. The criteria should be linked to public capacity to provide the service in question and to the waiting times to access it.

Monitoring of waiting times

98. Deliverable. Reduce waiting times (including for elective surgery) in line with other EU countries and reduce unwarranted variation in waiting times across providers and patients (including across socio-economic and other patient characteristics).

99. Definition. Reduce the level of waiting times compared to 2017. In addition, reduce variation in waiting times within Greece. To determine this, start to publish the first available figures to reach 50% of the most relevant procedures by volume by May 2018. In addition, to support the efficiency of the system, the system of monitoring should be integrated with the system

of e-referrals, which, by May 2018, should be designed to account for information on waiting times as it becomes available.

100. Supporting material. Available figures on waiting times and development/implementation of monitoring system (including information on the integration of waiting times into the system of e-referrals).

Cost-effectiveness of pharmaceuticals

101. Deliverable. Further reduce pharmaceutical prices through the negotiating committee and HTA (Health technology assessment)

102. Definition. They will make use of the negotiating committee to develop price volume and risk agreements, such as MEAs (Managed Entry Agreements), especially for innovative and high cost drugs. In deciding whether or not to introduce new innovative drugs in the positive list and in public hospitals, within the timetable specified in the European Directive 89/105/EC "Transparency Directive", they will duly take into account international best practice, i.e. innovative drugs cannot be added to the positive list unless having been previously reimbursed in 2/3 of the countries in which they circulate (at least 9). Additionally 50% of the countries in which the drugs are reimbursed must have an HTA in place. They will set-up a Health Technology Assessment (HTA) centre to evaluate which products to reimburse and under what conditions and agreements, in line with existing guidelines and with evidence of best-practice in the EU, which should only become operational once fully set-up.. As an intermediate step and **key deliverable**, toward the creation of a full-fledged operational HTA centre, the authorities established an HTA Committee, responsible for carrying out a revision of all the innovative medicines introduced in the positive list since January 2013, with the aim of eliminating those that are not deemed to be cost-effective, according to international best practice which is currently being developed.

103. Supporting material. They will report on the progress of the negotiating committee in developing price volume and risk agreements, producing explanatory notes in March and September. When necessary they will produce notes to document the decision making process prior to the introduction of new innovative drugs in line with international best practice and with EU Directives (as per above). They will document progress in terms of planned institutional settings, human resources and training, and regulatory framework needed to fully establish a HTA centre, producing explanatory notes every six months, in June and December, starting from June 2017.

Adopt DRGs

104. Deliverable. By May 2018, start DRG implementation in pilot hospitals. By May 2018, present the action plan for implementation.

105. Definition. Introduction of activity-based costing (DRGs or suitable alternative) under technical assistance with regular and documentable proof of progress towards the long-term goal.

106. Supporting material. By May 2018 they will start the gradual implementing of the new DRG or alternative activity-based costing system, in order to cover all hospitals in the following months. Progress updates to be delivered every six months, June and December. Present the action plan for the implementation of the deliverables by May 2018.

Recurring health care commitments (reporting and/or actions)

107. Deliverable. Maintain a regular flow of information concerning all the future deliverables, and especially regarding all the agreed commitments to regularly produce and circulate reports and/or compute/publish data and indicators.

108. Definition. A list of reports and recurring deliverables to allow for effective monitoring of progress in all areas.

109. Supporting material.

Annual report on human resources for the whole health care sector to be used as a human resource planning instrument with a focus on PHC (May 2018).

Monthly EOPYY reports with analysis and description of detailed data on healthcare expenditure in the areas of pharmaceuticals (including information on the expenditure, the expenditure ceiling and progress in clawback execution distinguishing actual clawback and rebates).

Monthly EOPYY reports on diagnostics and private clinics (including information on the expenditure, the expenditure ceiling and progress in clawback execution distinguishing actual clawback and rebates) should be received for each month t with until month $t-2$.

Financial reports of EOPYY (should be received for each month t with until month $t-2$), which should contain detailed tables displaying the calculated amounts of clawbacks and rebate by each item for which an expenditure ceiling is defined by law (pharmaceuticals, diagnostics, private clinics, other items), together with the collected and uncollected clawback amounts (by each item and distinguishing by pure clawback and rebates).

A note on the outcome of the auditing of private clinics must be released and sent every six months (starting from December 2016).

By December 2018 publish waiting times for at least 50% of the most relevant procedures by volume.

Quarterly (January, April, July, October) and yearly (March/April) reports on:

- i. a set of activity related (input, process, output, outcome) indicators for public hospitals;
- ii. financial data for public hospitals;
- iii. public hospital performance based on benchmarking indicators.

Price bulletin every six months (May and November).

110. Positive and the negative list to be updated on a regular basis (art 89 (1) Law 4472/2017). Communication and explanatory notes on the regular update of the positive and negative list, including the excel spreadsheet with all the details including the price corresponding to a Defined Daily Dose (DDD) and the reimbursement and reference price of current and previous repricing procedure.

111. Regular (on a quarterly basis) information on the calculation and planned execution of clawbacks and rebates including (total amount distinguishing clawback and rebates, amount collected).

112. Report on progress towards implementation of universal coverage and Primary Health care System (this will be assessed biannually in June and December).

Q. Social Safety Nets

113. Prior action: Adopt legislation to extend gradually to the entire country the new business processes for disability welfare benefits and to expand the pilot testing of the new functional disability assessment.

114. Definition: The legislation will foresee the progressive roll-out to the entire country, by the end of 2018, of the new business processes for disability welfare benefit, including the electronic submission and processing of applications, the automatic cross-checking of data and the creation of e-health files for applicants. The pilot project testing the inclusion of an assessment of functionality currently implemented in the Attica region will be expanded to cover the region of

Thessaloniki by mid-July 2018 and further extension to the region of Patra by end-September 2018. Result from the pilot will be assessed by November 2018 which will inform the law on applying a new disability assessment to all contributory disability and welfare benefits (including under Law 4387/2016) by end-2018.

115. Prior action: Commence the implementation of the reform of the system of transport subsidies, following the introduction of the electronic ticket reform by transportation companies, starting from the city of Athens.

116. Definition: The reform of the system of transport subsidies includes the following elements: i) set up of the automatic electronic cross-checking and processing by Idika of applications of registered unemployed and disabled individuals for free travel cards of the Athens public transport network; ii) the drafting and preparation of the relevant Public Service Obligation contracts between the Ministry of Labour and OASA, to reimburse the cost of the reduced-fare tickets for large families, the registered unemployed and the disabled, based on costings related to the actual usage of public transport by the relevant beneficiaries; iii) adoption by KYSOIP/KYSKOIP of a timetable for the conclusion of these contracts by September 2018.

117. Prior action: adopt New legislation to specify the design of a means-tested housing benefit, developed with advice from the World Bank, to be rolled out as part of the growth-enhancing measures.

118. Definition: The housing benefit will alleviate housing cost overburden by providing income support for the payment of rents and mortgage interest on the first residence subject to eligibility based on income and asset criteria, in line with other social welfare programmes. The equivalence scale to be applied for the income test will attribute a weight of 1 to the first household member, and of 0.5 for each additional household member with a limit of the maximum sum to 3. The income eligibility thresholds will be set at EUR 8000 of equivalised taxable income, including imputed income. The level of the benefit will be set at EUR 70 per month for a single individual, increased by 0.5 for each additional household member with a limit of the maximum household benefit set at 3 times the base benefit. In the cases where beneficiaries are paying mortgage interest, the benefit will be credited to the beneficiaries' bank account linked to the mortgage. In the cases where the beneficiaries are renting, the benefit will be credited to the bank account of the beneficiary who has signed the rental contract, which needs to have been registered.

MONITORING PUBLIC REVENUE COLLECTION

R. Assessment of the execution of the first Performance contract of the Governor of IAPR

119. Deliverable: An assessment of the experience with the 2017 performance contract of the Governor of IAPR will be done with the institutions.

120. Definition: To ensure that performance contract of the Head of the IAPR is interpreted in the context of IAPR's overall strategic objectives, the obligations of the IAPR's Governor (set in Article 1 of the performance contract) should be tied to operational and strategic objectives of the revenue agency. The assessment will also take into consideration the feasibility, potential administrative burden and the objectivity of the evaluation process. To this purpose the authorities will provide an evaluation report on the execution of the Head of the IAPR contract for 2017. On

the basis of the implementation experience, the authorities will assess whether the said contract actually reflects the principle that the individual performance indicators of the IAPR governor are determined by elements the governor can directly influence and will, if necessary, propose amendment to the contract and its annex.

121. Supporting material: report on the execution of the Head of the IAPR contract, the process, the feasibility, administrative burden and the potential issues of objectivity of the evaluation process. If needed draft amendments to the contract and/or its annex.

S. IAPR IT budget

122. Deliverable: The IAPR will be given a specific budget envelope, within General Secretariat of Information Systems (GSIS) budget line, for central IT hardware and systemic software. The IAPR will define the priorities within this envelope. The GSIS will provide the hardware and systemic software as service provider on the basis of agreed costs. The framework and level of budget envelope within GSIS budget line will be agreed by May 2018.

123. Definition: This budget envelope for IT will differentiate and cover both current expenditures and investments. General Secretariat of Information Systems will provide the central hardware and systemic software mentioned above as service provider on the basis of agreed costs. The framework and level of budget envelope within GSIS budget line will be agreed..

124. Supporting material: Process for defining the agreed costs. Level of IT budget envelope within GSIS budget line for central IT hardware and systemic software for IAPR in 2019. Process for imputation of IAPR consumption on the envelope. Specific process between IAPR and GSIS for funding by structural funds, respecting the independence of IAPR.

T. Hiring plan 2017-2019

125. Prior action: The authorities will proceed in 2018 with the necessary actions needed to pursue the implementation of the hiring plan for 2016-2019 as agreed in the one off injection of resources Milestone of October 2016.

126. Definition: The agreed hiring plan included recruiting through ASEP 28 IT staff in 2017, 700 staff in 2018. After IAPR concludes the screening of applicants through the mobility scheme, 60% of the remaining vacant positions (compared to a target level of 13 322) will be covered by recruitments in 2018 and 40% in early 2019, with a maximum threshold of 900 people. The decisions on the 2018 and 2019 recruitments for the remaining vacant positions will be taken at the latest by May 2018 based on the situation by that time and the process will be launched at the latest by June 2018.

127. Supporting material: Decision on the level of ASEP recruitments for the last 2018 and 2019 recruitments, decision showing the launching of the procedure, timelines produced by ASEP on the schedule of all these 2017 to 2019 recruitments.

U. Pending prosecutor cases

128. Prior action. The previously received pending orders not in their final stage of audit will be transferred back to the prosecutors (SMoU section 2.3)

129. Definition. The pending orders will be transferred back by IAPR to the prosecutors in a way that IAPR retains a maximum of 1300 tax identification numbers. A precise monthly monitoring of all prosecutor cases in flow and stock is put in place.

130. Supporting material: primary and/or secondary legislation. Monitoring template defined in agreement with the institutions.

V. Automation of debt collection

131. Prior action. The authorities will procure the software allowing for further automation of the debt collection, embracing notably fully automatized garnishment procedure.

132. Definition. The tender evaluation committee has been nominated before end of February 2018.

133. Supporting material: Decision nominating the evaluation committee.

W. Large Debtor Unit and KEAO triage of large debtors

134. Deliverable: The authorities ensure the triage of the large debtors on the basis of the analysis of economic and financial data to determine their viability, starting by the debtors of the Large debtors unit and of the single centre for social security collection (KEAO).

135. Definition: The authorities have launched a process ensuring the triage of the large debtors on the basis of the analysis of economic and financial data to determine their viability, starting by the debtors of the Large debtors unit and of the KEAO. Internal circulars issued by the IAPR Governor and the Governor of EFKA defined the methodology for establishing the viability and capacity to pay of large tax and Social Security debtors. The first stage will be concluded with a report categorizing the debtors as financially viable, financially non-viable and intermediate group.

136. As a second stage a proposal will be issued with solutions for the viable and non-viable debtors. For the debtors categorized as intermediate group a second phase in depth assessment will be defined. It may be prepared with external assistance and use information such as sector potential (e.g. growth potential of the sector and competition intensity), business performance (e.g. projected future financial performance, brand, product quality, quality of assets), and management quality (e.g. technical skills).

137. Supporting material: Copy of the first stage report classifying large debtors of LDU and KEAO, (first stage of triage). Copy of the second stage proposal with solutions for the viable, non-viable debtors and guidance on the in-depth assessment for the debtors categorized as intermediate group.

X. Publication of names of Tax and social security debtors

138. Deliverable. The authorities will publish and regularly update the list of large debtors of tax and social security contribution

139. Definition. The big debtors are defined as having 150 000 euros of debt and above for more than three month. Debt under an interlocutory injunction, a judicial decision, a suspension act of an administrative body, debt under an instalment schemes for which the conditions are being respected, debts characterized as uncollectible will not be published.

140. Supporting material: Link to publication website.

Y. Monitoring measures against smuggling

141. Deliverable: The authorities will produce information and data allowing the monitoring of the anti-smuggling strategy. They will also do so to allow monitoring of registration of equipment

and license warehousing refers to tobacco supply chain products. The authorities will produce and update an action plan on the implementation of an efficient fuel marker system.

142. Definition: The action plan on the implementation of an efficient fuel marker system. The plan will notably include the following: A draft of a Joint Ministerial Decision for the determination of technical matters concerning the marking of liquid fuels will be submitted to the European Commission by end October 2017. The public call of interest for submissions of proposals for a fuel marker system suitable for use will be published by the end of February 2018. The fuel marker/s system will be chosen by end August 2018 and a full scale application is expected in May 2019.

143. Supporting material: For customs monitoring the following data will additionally be submitted: (i) for smuggling of fuel: VAT and excise tax receipts from energy products: petrol, diesel (heating and motor), LPG (heating and motor), kerosene, heavy fuel oil. Releases for consumption of energy products Number of GPS systems installed on tankers. Number of installations (fixed (above ground & underground) + mobile (land & maritime transport) involved and equipped with the inflow-outflow system, Fuel volumes included in monitoring system and as proportion of fuel production plus imports. Number of specific actions executed to combat fuel smuggling, initiated by the strategic / operational plan of combatting illicit trade of oil products (total + by agency involved); Number and quantity of fuel seizures made. Number of criminal prosecutions initiated in relation to fuel smuggling cases (outcomes of prosecutions to be included in implementation report); (ii) Similar indicators for alcohol and tobacco (Data on prosecutions to be produced by GSAC and transmitted by IAPR). The methodology for the calculation of the Fuel volumes included in monitoring system and as proportion of fuel production plus imports will be defined, in agreement with the institutions, by an internal decision of the authority by March 2018. For The action plan on the implementation of an efficient fuel marker system the authorities will produce the action plan by June 2017 and quarterly updates until completion, draft Joint ministerial decision and draft notice on call for interest.

Z. Supply chain agreements between producers of tobacco and suppliers

144. Prior action. The authorities will pass, if necessary, legislation to reinforce domestic tobacco manufacturers' responsibility of their distributors by supply chain agreements (sMoU section 2.3).

145. Definition. The tobacco manufacturers would undertake the obligation to apply effective internal policies and procedures against cigarette smuggling in compliance with the provisions of existing laws and the provisions of the draft agreement. The tobacco manufacturers apply a complete set of due diligence measures and "Know Your Customer" procedures whenever engaging in business transactions. The tobacco manufacturers and the Independent Authority for Public Revenue will be bound by specific provisions for information exchange with the aim to combat smuggling. The tobacco manufacturers undertake the obligation to make payments to the Independent Authority for Public Revenue due to an objective responsibility concept in cases when their genuine cigarettes are seized by competent authorities at quantities in excess of a predetermined number of pieces.

146. Supporting material: Report on necessity and feasibility of supply chain agreements and on the proposed implementation method; legislation (if needed), copy of agreements.

AA. Integration of all social security contributions debt into KEAO debt database

147. Prior action: The authorities will ensure full completion of the registration of all social security contributions debts in the single social-security-contribution debt database managed by KEAO.

148. Definition. The authorities will set up a dedicated team, by December 2017, to start clearing the remaining paper cases and introduce the relevant information into KEAO database. The team will produce a report about the cases that have been dealt with until March 2018, and based on

the number of the remaining cases to be checked, will propose a timeplan for completion of the integration into KEAO debt database. The authorities will also transfer the 0.6 bn of debt (including surcharges) present in EFKA, of debtors paying in instalments and coming from the former funds into KEAO.

149. Supporting material: Decision creating the dedicated team. Report on the number of cases that have been dealt with until March 2018, and timeplan for completion of the integration into KEAO debt database. KEAO template showing inclusion into KEAO stock of debt of the 0.6 bn of debt (including surcharges) present in EFKA at end 2017.

BB. Improvements of KEAO's business processes

150. Deliverable: KEAO's business process will be reviewed and adapted.

151. Definition. KEAO could segment its population of debtors in order to be able to manage them effectively and try to establish tailored treatments of debtors based on their individual circumstances and behavior. The more effective recovery approach would focus on the debtor instead of the debt and would make use of modern technique. KEAO should develop a realistic collection plan (strategy) that would allow tackling the huge volume of social security arrears in an efficient way. The plan should provide: (i) easy procedures to quarantine arrears that are not recoverable; (ii) segmentation between large and medium/small sized debtors; (iii) alternative recovery procedures for some categories of debtors; and (iv) possibly, automated write off of small and/or old debt. Small and medium sized debtors should be divided by debt size into different tiers with required minimal recovery actions for every tier.

152. Supporting material: Collection plan. Legislation if needed.

MONITORING OF FINANCIAL SECTOR CONDITIONALITY

CC. Non-Performing Loans secondary market

153. Prior action: The authorities will continue to take any necessary actions to enhance the functioning of a dynamic NPLs' secondary market. Specifically, amongst others, the authorities will:

- Apply only to consumers (as defined by article 3(a) of Directive Directive 2008/48/EC) the requirement of Law 4354/2015 for the seller to invite debtors to settle or restructure their debt prior to, and as a condition precedent to, the NPL sale, keeping the purchaser's obligation to resume any processes followed by the seller under the Code of Conduct of the Bank of Greece.
- Amend the law to clarify that notification of the transfer under Law 4354/2015 to each of the debtors of the portfolio may be done by any appropriate means, including electronic means.
- Specify clearly for banks and other servicers that the levy of Law 128/1975 becomes payable only if and when the loan performs in accordance with its terms and in that case the levy is not payable retroactively.
- Undertake further work to assess the "higher recovery" criterion, possibly backed by an expert opinion, or other criteria for the protection from criminal liability in the cases of sale of portfolios, as opposed to individual loans, which are currently not covered by the existing legislation.
- Expressly state that licensed servicers under law 4354/2016 fall under the definition of financial institution.

DD. Out-of-Court Workout (OCW) Law

154. Prior action: In order to improve the application of the OCW framework, the authorities made an assessment to identify possible administrative and technical impediments to filing a complete application and reaching an agreement between debtors and creditors and submitted a draft proposal on amendments to law 4469/2017 aiming at the removal of these impediments. The necessary legal amendments will be adopted as a prior action.

155. Definitions. Implementation measures: The authorities will take any measure necessary to ensure the smooth implementation of the law and to handle the high number of expected applications in an efficient and orderly manner in anticipation of the entry into force of the law. More specifically:

156. To reduce the administrative burden of completing applications and reaching an agreement between borrowers and debtors, the authorities will: (a) adopt a general delegation to competent Ministers for issuing ministerial decisions dealing with specific unregulated issues; (b) reduce obligations on petitioners regarding the submission of such documents as can be accessed electronically, provided that data protection legislation requirements will be respected; (c) implement effective approaches and solutions for dealing with omissions, discrepancies, mistakes, inaccuracies in applications and (d) adopt a delegation to the competent Minister for the issuance of a ministerial decision settling all issues regarding the remuneration of coordinators.

157. To allow for a comprehensive restructuring of debt and taking into account the time passed since the adoption of the law, replace the cut-off date in article 2.4 and article 2.1a by the date 31 December 2017.

158. The provisions of MDs Article 15 paragraph 21 of the 4469/2017 (OCW law) will be extended to cover legal entities and natural persons whose debt does not exceed EUR 125,000. The regular OCW procedure should be extended for legal entities and natural persons falling under the provisions of the MDs applying Article 15 paragraph 21 whose debt exceeds EUR 125,000.

EE. Household Insolvency Law

159. A **prior action**, the authorities will amend the household insolvency law and take additional actions to address the identified shortcomings, most notably by putting in place an appropriate mechanism for filtering out non-admissible petitions and for taking all necessary actions to significantly shorten the time span between the filing of the petition and the issuance of the court decision as well as eliminating the backlog of cases. The amendments agreed as a prior action will not affect the provisions of Law 3869/2010 regarding the protection of the primary residence except for the introduction of the market value for the assessment of properties.

160. Among others, the legislative, regulatory and implementation measures will:

- increase the efficiency of the screening process to identify non-entitled applicants and strategic defaulters;
- require a waiver by debtors of their right to banking secrecy to enable creditors participating in the proceedings to access relevant information;
- allow creditors to request the provision of state subsidy in lieu of the entitled debtors in the event the latter fail to exercise this right, taking at the same time precautions to safeguard State's interests within the limits of the allocated amounts;
- provide for the automatic termination of the suspension of enforcement measures in case of debtor's re-default as defined in the law, upon notice by the creditor to the debtor and the other creditors; provide for the right of debtors to reapply for a renewal of the suspension in case of force majeure or abuse of right;

- provide that debtors are not eligible for protection under the law if their application was dismissed because the debtors wilfully became insolvent, or they wilfully misrepresented their economic situation; in addition, provide that the automatic suspension does not apply when the debtors have resigned from two previous applications and reapply;
- expand the reinstatement of debts to cover applications that were rejected;
- consider as resignation the cancellation of the hearing, if no new hearing date is requested within 30 days;
- provide for a reasonable period for the payment of the difference between the lower instalment defined by the Court and the higher one defined pursuant to an appeal;
- provide for the right of the guarantors who complied with their obligation under the guarantee, to substitute themselves to the creditor in the repayment plan;
- reduce the obligation for the provision of documents by debtors, by requiring banks, authorities and any other relevant entity to provide them to the court;
- design an action plan with specific actions needed to target compliance with the six month deadline between the filing of the petition and the hearing, minimise the risk of procedural abuses and eliminate the backlog of cases by no later than 2021.

FF. Hellenic Financial Stability Fund

161. Prior action: The authorities will take all necessary actions to ensure that any future ordinary shareholdings of the central administration (State) in credit institutions will be transferred *ipso jure* to the HFSF.

162. Definition: The authorities will adopt all necessary amendments to law 4172/2013 (DTC law) and, where applicable law 3864/2010 (HFSF law), to the above effect. Among others, the legislative amendments will include:

- All ownership rights, including voting rights, related to the shares the State would receive in cases of DTC conversion will be transferred to the HFSF *ipso jure*.
- Any dividends and other proceeds, including from the sale of the transferred shares, will be transferred to the State *ipso jure*.
- The rights arising under the HFSF law or the Relationship Framework Agreement shall apply regarding the transferred shares.
- The provisions of Art. 8 of the HFSF law will apply regarding the decision-making and approval process for the disposal of the transferred shares after the expiry of the call options stated in law 4172/2013 (DTC law). In all cases in which the HFSF disposes of all or a part of its shares, the HFSF will obtain a fairness opinion on the price of the disposal from an independent valuer qualified to provide such an opinion.

161. Prior action: The current mandate of the HFSF shall be extended until end-2022.

162. Definition: The authorities shall pass the necessary amendments to law 3864/2010 (the HFSF Law) to ensure that the current mandate of the HFSF shall be extended until 31 December, 2022.

GG. Electronic auctions

Regular and unimpeded flow of e-auctions

163. The authorities will: (i) provide detailed itemised progress reports, based on the template submitted by the institutions, monthly, covering the entire territory of Greece per notary association, (ii) review the mechanism for decreasing the asking price in the event of failed auctions and (iii) make any other effort needed to ensure a regular and unimpeded flow of e-auctions.

MONITORING OF ACTIONS RELATED TO PRODUCT MARKETS

HH. Investment Licensing

164. Prior action - Sectors for phase 3: In line with the investment licensing reform roadmap, the third phase of the investment licensing reform will be completed by mid-June 2018 and will cover the following sectors:

- Licensing review and simplification for the remaining industrial facilities of Group 3 of Annex L. 4442/2016 - including the operational license and several of the horizontal requirements. Adjustment of primary and secondary legislation for the simplification of licensing procedures in the following sectors:
 - Manufacture of tobacco products
 - Manufacture of textiles, apparel, leather and related products
 - Manufacture of wood and paper products, and printing
 - Manufacture of coke, and refined petroleum products
 - Manufacture of chemicals and chemical products
 - Manufacture of pharmaceuticals, medicinal chemical and botanical products
 - Manufacture of rubber and plastics products, and other non-metallic mineral products
 - Manufacture of basic metals and fabricated metal products, except machinery and equipment
 - Manufacture of computer, electronic and optical products
 - Manufacture of electrical equipment
 - Manufacture of machinery and equipment
 - Manufacture of transport equipment
 - Other manufacturing, and repair and installation of machinery and equipment.
- Licensing review and simplification for the environmental industry establishments, which correspond to business activities, under Group 5 of Annex L. 4442/2016 - Adjustment of primary legislation for the simplification of licensing procedures, with reference to time-bound secondary legislation if needed. It is noted that the specification of the activities to be examined from this group will be finalized after completion of the licensing inventory. The activities will be divided in two groups, mostly industrial activities and activities of public interests. The former will follow the same simplification reform as in Group 3, the latter will have an ad hoc procedure for the identification of land use.
- Licensing review and simplification for services under NACE-codes 95 and 96.1 which currently fall under industrial facilities and are included in Group 15 of Annex L. 4442/2016 - Adjustment of primary and secondary legislation for the simplification of licensing procedures.

165. The World Bank is currently supporting the Greek authorities in mapping all the sectors of the economy to provide a full assessment of the sectors not requiring license, the sectors simplified in the previous two phases of investment licensing, the sectors simplified in these years through different projects, the sectors with specific regulations, and the "rest of sectors". Upon completion of Phase 3, the sectors which will have not been reformed will be either sectors where no licensing

is needed (such as the majority of primary production and retail trade), sectors with specific regulations (such as financial sectors or electricity, including renewables) for which this reform is not applicable or "rest of sectors", as identified with the technical support of the World Bank and agreed with the institutions, for which implementation by June 2018 is not feasible as part of the third phase. The mapping of these sectors will be endorsed by KYSOIP and the relevant ministries (i.e. the ministries responsible for the sectors identified as still having licences), with a commitment to review them for the next phase of investment licensing. Moreover, all sectors under a notification regime will be incorporated in the notification electronic platform. A tender for the upgrading of the system will be launched by mid-June 2018.

166. Installation license – Phase B: Pass primary legislation and refer to secondary legislation on: convergence towards one classification system for installation nuisance and environmental categories by 2021, either by designing an updated land-use and environmental classification or by using existing environmental classifications in installation licensing; notification system in industrial zoned areas, such as VIPE, VEPE, VIOPA, for activities that are not "SEVESO", "Offshore Safety" and "Hazardous Substances Transmission Pipelines"; extension of the transitional periods for continuing the operation of existing establishments in zoned and non-zoned areas.

167. Inspection – pilot projects: The pilot projects include the development and roll-out of tools to improve the inspecting procedures in the selected sectors (e.g., risk criteria, checklist and inspections guidelines), training activities for the inspectors, which are on-going, and the pilot inspection. The pilot project will be considered adopted once the plan is approved by KYSOIP which makes it of mandatory implementation for the respective authority.

II. Ex-post assessments

168. Tourism: as prior action, the authorities will address in agreement with the institutions the recommendations (including removal of restrictions in the area of recreational vessels; tourist buses services; and car rental with driver).

JJ. Regulated professions

169. On private clinics, the authorities following agreement with the institutions, as **prior action**, will place in public consultation the draft law to revise and modernise the legal framework on private clinics with a view to adopting it by mid-July 2018.

170. On one-day clinics (ODCs), by March 2018 (**prior action**), the authorities will amend the legal framework in agreement with the institutions in order to reduce restrictions (including on different medical specialties and on mixed operations) to the establishment and operation of ODC, taking into consideration EU best practices. The authorities plan to seek the scientific opinion of the Central Health Council as regards medical specialties.

KK. Cadastre

171. The following contracts are exempted from the Cadastre Prior Actions:

- Contract KT5-09: "Cadastral Survey and Delivery of Support Services for the creation of the National Cadastre in the remaining areas of the Regional Unit of Thesprotia, Region of Epirus and Regional Unit of Corfu, Region of Ionian Islands"
- Contract KT5-29: "Cadastral Survey and Delivery of Support Services for the creation of the National Cadastre in the remaining areas of the Regional Unit of Rethymno, Region of Crete"
- Contract KT5-30: "Cadastral Survey and Delivery of Support Services for the creation of the National Cadastre in the remaining areas of the Regional Unit of Chania, Region of Crete"

- Contract KT5-31: "Cadastral Survey and Delivery of Support Services for the creation of the National Cadastre in the remaining areas of the Municipalities of Malevizio, Heraklion and Hersonissos, of the Regional Unit of Heraklion, Region of Crete"
- Contract KT5-26 "Cadastral Survey and Delivery of Support Services for the creation of the National Cadastre in the remaining areas of the Regional Unit of Santorini, Paros, Milos, Mykonos, Tinos, Andros, Naxos, Kea and Kythnos, Region of South Aegean Islands."

These contracts will be signed after the relevant Court decisions.

MONITORING OF THE NETWORK INDUSTRIES

ENERGY SECTOR

LL. RES account and replacement of supply surcharge

172. Prior action: As a prior action, (i) the supplier surcharge will be reduced by the forecast annual surplus in the RES account for 2018 (Step 1 – amendment adopted on 25th April 2018 by the Hellenic Parliament, Article 143 of Law 4001/2011, included as Article 12 of FEK A 75/2018); (ii) the supplier surcharge will be further reduced and equal (a) by 1st January 2019, 50% of the total charge; and (b) further reduced by 1st January 2020, to 30% of the total charge; and (c) will be completely phased out by end of 2020; (iii) the CO₂ permission rights (current revenue stream of RES account) will be set at least at 65% for 2019 and 2020; (iv) any surplus of the RES account, beyond the buffer, until full removal of the supplier surcharge will be allocated to the reduction of the supplier surcharge; (v) commitment to maintain a buffer of EUR 70 million; and (vi) if a deficit arises of the RES account then other revenue streams (except of the supplier surcharge), including the ETMEAR, will need to be increased accordingly. Further, the authorities commit to maintain the RES account in balance, for example through committing to notify to EC and introduce a new RES revenue scheme that will become operational in 2021 and be fully compliant with the Energy and Environmental Guidelines (EEAG). The reformed scheme and any additional revenues to be applied as of January 2021 should ensure that RES account remains in balance and viable on the way forward.

173. Definition. The decisions which adjust the unit charges of the ETMEAR shall be taken with the aim of eliminating the accounting debt (total of the cumulative accounting debt of previous years and the accounting deficit of the current year) of the special account for the RES and HECHP interconnected system and grid by the end of the calendar year in which those decisions are applied.

The abovementioned adjustment of the unit charges of the ETMEAR shall be implemented by the RAE by decisions adopted in December and in June (hereinafter adjustment months), and the resulting prices for those charges shall apply from the first day of the month following the adjustment month.

As per agreed Step 1, any surplus as confirmed at end of July and December for the years 2018, 2019 and 2020 respectively will be allocated exclusively to further reduce the supplier surcharge (while maintaining a buffer of EUR 70 million). LAGIE's responsibility to report on the actual inflows and outflows with report on RES account (a) as of end of June 2018 expected by end of August 2018 and (b) as of end of 2018 expected by end of January 2019.

Table 13. RES Account Balance Forecast for 2018 in m€ (LAGIE¹⁰).

	Inflows ¹¹	Outflows	Monthly balance	Cumulative balance
Jan 18	157.65	-132,98	24.67	67.16
Feb 18	169.72	-115,27	54.45	121,61
Mar 18	181,45	-158,52	22.94	144.54
Apr 18	158,38	-167,84	-9.45	135.09
May 18	161,13	-178,67	-17.53	117.55
Jun 18	181,04	-172,36	8.687	126.23
Jul 18	212,45	-191,88	20,57	146.81
Aug 18	200,13	-201,15	-1,02	145.79
Sep 18	169,24	-167,03	2,21	148.00
Oct 18	166,96	-151,22	15,75	163.75
Nov 18	164,87	-127,76	37,21	200.96
Dec 18	191,59	-136.20	55,39	256.35
Overall	2,114.63	-1,900.77	213.86	256.35

174. Supporting Material. (a) Legal amendment once Step 2 has been agreed; (b) once Step 2 has been agreed, the estimated forecast for 2019 will need to be adjusted accordingly and presented along with draft legal amendment; and (c) all data produced by LAGIE regarding the RES account balance, as provided to RAE for its semesterly decision on the ETMEAR adjustment, including cash flow statement of RES account and update on average delay (if any) to RES producers.

MM. Provision of information and data regarding NOME auctions

175. Deliverable. LAGIE shall provide full and timely information on auction results, nominations, deliveries and re-sales on the secondary market, as well as market shares per player.

176. Supporting Material. LAGIE will provide to the institutions a report, with an executive summary in English, including (i) detailed information on nomination, deliveries, and re-sales, 10 days after the end of the month; and (ii) detailed information on auction results, two days after the NOME auction.

NN. Provision of information and data regarding the joint assessment of NOME

177. Prior action: as a prior action, revise the reserve price of the auctions based on RAE's proposal, to incorporate (i) CO₂ prices as specified in law 4389/2016, as amended by law 4393/2016, and (ii) updated data for PPC production costs, in line with the methodology deriving the initial Reserve Price;

Following the first joint assessment with the Institutions, taking into account the lignite structural measures and the indicative plan for the introduction of the forward market under the Target Model, the authorities will, as a prior action, The authorities will implement the amended the KYSOIP action plan and legislation related to NOME. In particular:

¹⁰ Source:

http://www.lagie.gr/fileadmin/groups/EDSHE/MiniaiaDeltiaEL/JAN_FEB_01_02_2018_DELTIO_ELAPE_v1.1_04.04.2018.pdf, page 35

¹¹ Source: LAGIE¹¹ Estimated inflows needs to be updated to take into account the reduction of the supply surcharge with 35% as effective of 01/04/2018 (see amended Article 143 of Law 4001/2011, Article 12 of FEK A 75/2018).

- Once the launch of the international tender and the spin-off of the lignite divesture businesses takes place, additional quantities due to the adjustment mechanism on the assessment of the interim targets of June 2018 will be reduced by 50%. RAE will implement the modified monitoring mechanism, such that the adjusted quantities will be equally spread over the two auctions following the ascertainment of a deviation, which occurred in semester S;
- Once the selection of preferred bidder(s) and the signature of the SPA with the selected bidder(s) regarding the lignite divesture will be finalized, the above adjustment mechanism will cease to be in effect;
- Once the financial closure of the agreement(s) and the selected bidder(s) take over the management of the respective plant(s) the overall NOME quantities to be auctioned in 2019 will be 13% multiplied by the total volume of electricity in the interconnected system in 2018;
- When the new electricity Markets are introduced under the Target Model, the NOME regulated forward products characteristics will converge with the characteristics of the new markets (forward, day-ahead and balancing), in particular with respect to their financial settlement, physical delivery and balance responsibility;
- The authorities will undertake a new joint assessment by September 2019 with the institutions in addition to the already existing semestrial impact assessment, inter alia taking into account:
 - the introduction of the new markets under the Target Model forward market,
 - the completion of the structural measures relating to lignite-fired generation capacity,
 - the effect of the NOME mechanism in the electricity market,
 - the evolution of the retail market shares,
 - the potential need for alternative policy and/or structural measures with the overall objective of maximizing the benefit to consumers.

The first such joint assessment by the authorities and institutions has taken place regarding the adjustment of the NOME mechanism due to the structural measures relating to lignite-fired generation capacity. For the future planned joint assessments, the authorities will provide all relevant information for this assessment to the institutions (see TMU Section QQ)

178. Supporting Material. A detailed proposal of how the de-escalation of NOME quantities will be applied in practice, including amendments to amend the Law 4389/2016. In addition, RAE and LAGIE will provide the results of all studies related to the NOME mechanism carried out or commissioned to the institutions within 10 days of finalising or receiving them respectively.

OO. Provision of information and data regarding gas auctions

179. Supporting material. The Ministry of Environment and Energy will receive from HCC, in cooperation with RAE, and will provide to the institutions, detailed information on the results of all the auctions performed under the gas release programme, one week after each auction.

PP. Provision of information and data regarding the target model

180. Supporting material. The authorities will provide a monthly update on the progress of achieving the milestones set out in the agreed the 'road map' (inserted below) setting out all milestones to be achieved for Target Model to be launched in April 2019.

QQ. Greek Target model implementation – 'road map'

The Greek authorities commit to reforming Greece's electricity market, including forward, day-ahead, intra-day and balancing market, with a view to improve price signals, in particular during times of scarcity. To that end, the Greek authorities should make the following commitments:

1. As of 1 April 2019 HENEX shall set up a day-ahead market which is compliant with the requirements as set out in Regulation 2015/1222 establishing a guideline on capacity allocation and congestion management and technically ready to couple with Italy and Bulgaria as part of the wider Price Coupling of Regions (PCR) arrangements. To achieve this:
 - a. By mid-June 2018 HENEX will submit the relevant rulebooks for RAE's approval.
 - b. By June 2018 HENEX will initiate the process for the evaluation of the impact of the proposed set of products/order types of the Greek bidding zone in the framework of the relevant MRC and PCR project.
 - c. By September 2018 RAE will approve the rulebooks.
 - d. By March 2019 HENEX will start dry-runs for the day-ahead market coupling.
 - e. 1 April 2019 go-live of local day-ahead market and at the same time EL shall be technically ready to couple with Italy and Bulgaria.
 - f. To ensure the market coupling with Italy and Bulgaria, the Greek authorities shall ensure that relevant actors (TSO, NEMO, NRA) actively cooperate with their counterparts in the neighbouring Member States and provide a work plan as well as monthly reporting to DG ENER aiming at achieving the above target.
2. As of 1 April 2019 all market participants shall be able to place bids on the day-ahead market on portfolio basis apart from owners of conventional units who will place bids on unit basis. This design feature is intended to be in place only for some years in transition. RAE will assess in due time the evolution of the electricity market and the effect of the structural measures that are under implementation in order to move to portfolio bidding for all units, when the market is mature and the portfolio effect of the incumbent is diminished.
3. As of 1 April 2019 HENEX shall set up an intraday market and be technically ready to couple with Italy and Bulgaria as part of a continuous intraday market (XBID project) complemented with regional complementary auctions where necessary in compliance with the requirements as set out in Regulation 2015/1222 establishing a guideline on capacity allocation and congestion management.
4. To achieve this:
 - a. By mid-June 2018 HENEX will submit the relevant rulebooks for RAE's approval.
 - b. After the Decision for the complementary regional auctions for the Italian borders, HENEX will initiate the discussions for the agreement of the necessary requirements with the Italian counterparts regarding the complementary regional auctions on the bidding zone border IT-GR.
 - c. By September 2018 RAE will approve the rulebooks.
 - d. By March 2019 HENEX will start dry-runs for the intraday market including any complementary auctions agreed with the neighbouring Member States.

- e. The local intraday market and the complementary regional auctions, if agreed with Italy and/or Bulgaria, should go-live on 1 April 2019.
 - f. To ensure full compliance with CACM, the Greek authorities shall ensure that relevant actors (TSO, NEMO, NRA) actively cooperate with their counterparts in the XBID project and a clear commitment with a work plan is provided aiming at implementing continuous trading through XBID as soon as possible (2nd or 3rd accession stream).
5. With regard to day-ahead and intra-day electricity prices by 1 April 2019, there shall be no restrictions on price bids or price limits. This shall be without prejudice to the maximum and minimum technical limits set in accordance with Article 41(1) and 54(1) of Regulation 2015/1222 establishing a guideline on capacity allocation and congestion management and the approved NEMOs proposal on such limits¹².
 6. Regarding the clearing and settlement, in the period of three (3) months after the setting up of the Energy Exchange, HENEX shall set up the ENEXClear. All respective clearing and settlement arrangements will be in place by the time of the go-live of both the intraday and day ahead markets (including the coupling scenarios).
 7. As of 1 April 2019 IPTO shall set up a balancing market which shall ensure future compliance with the requirements of Regulation 2017/2195 establishing a guideline on electricity balancing:
 - a. IPTO submitted the relevant rulebook for RAE's approval.
 - b. By September 2018 RAE will approve the rulebook.
 - c. By March 2019 IPTO will start dry-runs for the balancing market including the settlement of imbalances (calculation of imbalance volumes and imbalance prices).
 - d. 1 April 2019 go-live of the new balancing market, including settlement of imbalances, together with the day ahead and intraday markets.
 8. Until the common European platforms, as described within Regulation 2017/2195, are established, a local balancing market compliant to the requirements in force of the Electricity Balancing Guideline will be implemented, for market coupling to take place.
 9. Under the condition stated in point 5 above (no bidding restrictions in the day-ahead and intraday markets), by April 2019 the Greek authorities shall assess and notify the Commission whether an additional settlement mechanism shall apply to balance responsible parties by introducing a shortage pricing function in accordance with Article 44(3) of the Regulation 2017/2195 establishing a guideline on electricity balancing.
 10. By 1 April 2019, Greece will set up a new monitoring system for detecting potential abuses of dominant position and other anticompetitive practices on day-ahead, intra-day and balancing markets based on ex-post monitoring of market outcomes.

RR. PPC financial situation (& PSO)

181. Prior action: The Authorities will introduce a legislative amendment in the Law 4067/2012 that will ensure that no fiscal issue will arise for the years 2018, 2019 and 2020 from the review of the Social Residential Tariff for electricity that is part of the PSO account.

182. Definition: The amendment will include the provision that no more than the amount shown in the table below will be transferred from the State budget to the PSO accounts in the years 2019 and 2020.

¹² See ACER Decision 04-2017 on NEMOs HMMCP for single day-ahead coupling and ACER Decision 05-2017 on NEMOs HMMCP for intraday coupling plus annexes here: https://acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Pages/Individual-decision.aspx.

PSO compensation	2017	2018	2019	2020	2021	2022
NII (incl. fuel consumption levy)	596,869,440	585,931,884	603,925,039	618,099,542	473,260,742	494,548,849
SRT	90,000,000	97,000,000	104,000,000	110,000,000	116,000,000	122,000,000
Total cost	686,869,440	682,931,884	707,925,039	728,099,542	589,260,742	616,548,849
Total inflow from PSO charges	633,988,604	629,148,987	640,183,237	661,070,611	673,956,624	671,554,867
State funding inflow	476,000,000	0	58,375,764	67,028,931	0	0
Deficit recovery of 2012-2016	359,970,228	0	0	0	0	0
New deficit (β)+(δ) of year v-1		-63,148,936	-9,366,038	0	0	-84,695,882
(+) Deficit / (-) Surplus	-63,148,936	-9,366,039	0	0	-84,695,882	-139,701,900

WATER SECTOR

SS. Water services

183. Prior action: By February 2018, amend law 3199/2003 to further strengthening the inclusiveness, transparency, and efficiency of the decision-making process in the water system by reviewing the composition and functioning of the National Water Commission, the National Water Committee and the Advisory Commission for Water.

184. Definition: The fulfilment of the above prior action includes the following actions to be taken by Greek authorities by February 2018:

- Add the Alternate Minister of Labour, Social Insurance and Social Solidarity as a member of the National Water Commission.
- Add two representatives of social and environmental NGOs to the National Water Committee.
- The National Water Committee should meet at least twice a year. The minutes will be publicly available.
- Add a representative of the Ministry of Labour, Social Insurance and Social Solidarity to the Advisory Commission for Water.

MONITORING OF PUBLIC ADMINISTRATION CONDITIONALITY

TT. Attrition Rule

185. Definition. The ratio of hiring during the year (excluding carryover from previous years) to exits during the previous year (including retirements and separations other than due to disciplinary procedures or verified illegal recruitment) for the general government. Effective 2016, hiring or re-hiring resulting from (i) re-entering service due to the increase of statutory age of retirement, and (ii) staff mobility within the public sector, except from Chapter B companies are exempt from the calculation. Conversions of temporary contracts into permanent contracts according to law 3938/2011 are exempt from the attrition rule provided that i) they were registered in the Apografi Database as temporary contracts and ii) there is adherence to the projected wage bill in the 2018 budget and the 2019-22 MTFS, certified by GAO, with the temporary contract ceiling to be adjusted by the number of conversions. The ratio of hiring to exits due to disciplinary procedures or verified illegal recruitment is one to one.

186. Supporting material. For permanent staff, a monthly report (15 days after the closing of each month) on the stock of total employment, new hiring and departures by entity for the general

government, including specific data distinguishing (a) exits due to disciplinary cases and illegal recruitments; (b) hirings due to Court decision; and (c) financed by reciprocal duties. For temporary staff a monthly report (15 days after the closing of each month) stock of total employment by entity for the general government. Monthly report on ESPA workers employed in the general government aggregated and by entity, also to be included to the Apografi database.

UU. Ceiling on temporary contracts

187. Deliverable. A ceiling on temporary contracts will be introduced to ensure that the average number of contracts burdening the budget, as reported in the Census database, remains unchanged in 2017 and 2018 compared with 2016, preserving the projected general government wage bill. Conversions of temporary contracts into permanent contracts following a final Court decision will require action to ensure adherence to the projected wage bill in the 2018 budget and the 2019-22 MTFS. Conversions of temporary contracts into permanent contracts according to law 3938/2011 are exempt from the attrition rule provided that i) they were registered in the Apografi Database as temporary contracts and ii) there is adherence to the projected wage bill in the 2018 budget and the 2019-22 MTFS, certified by GAO. The temporary contract ceiling will be adjusted by the number of conversions and any other changes in the labour costs. Additional temporary contracts to cover needs coming from the refugee crisis, natural disasters and humanitarian crisis will be exempt from the ceiling.

Table 24. Ceiling on temporary contracts for 2017 and 2018 (2016 as baseline year).

Number of temporary contracts	2016
January	49,478
February	50,538
March	51,053
April	52,875
May	52,609
June	44,115
July	42,485
August	41,611
September	42,505
October	46,301
November	47,984
December	49,448
Average 2016 - Ceiling on temporary contracts for 2017 and 2018	47,584
<i>Source: Apografi database</i>	

Table 25. Temporary contracts for 2017.

Number of temporary contracts, 2017
January: 50,136
February: 50,287
March: 50,637
April: 51,398
May: 52,612
June: 46,146

July: 41,367
August: 40,873
September: 43,448
October: 46,720
November: 47,272
December: 48,300
Average for 2017: 47,433
<i>Source: Apografi database</i>

188. Supporting material. On a monthly basis, the authorities will provide tables containing: (i) number of temporary contracts burdening the budget, by entity, consistent with Section B of the monthly reporting tables in the Apografi database, line “Fixed term with limited duration, hourly paid, project contracts which burden the state budget.”; (ii) number of temporary contracts burdening the budget to cover needs coming from the refugee crisis, natural disasters and humanitarian crisis, by entity.

VV. Appointments

189. Deliverable. Appointments:

- As prior action, (a) the authorities will complete a study in conjunction with technical support of the minimum requirements of the job announcements for all Administrative, Alternate Administrative and (Special) Sector-Level Secretaries positions listed in the TMU, taking into account the factors included in Article 7 of 4369/2016. Based on the results of the study the authorities will take appropriate actions where needed by July 2018; (b) the appointments of 55 thematic Directors General will be completed with the remaining 35 thematic Directors General by July; and (c) the call for 220 of all Directors will be launched with the remaining 175 by July.
- Additionally, (a) in October 2018 the appointments for all Directors will be completed; and (b) the call for all Heads of Division will be launched in October 2018, and Heads of Division will be appointed by December 2018.
- The authorities will provide a detailed report on the implementation of the above actions by June 2018.

Administrative, Alternate Administrative and (Special) Sector-Level Secretaries:

1. Administrative Secretary of Ministry of Administrative Reconstruction
2. Special Sectoral Secretary for the National Printing House
3. Administrative Secretary of Ministry of Interior
4. Sectoral Secretary for Gender Equality
5. Sectoral Secretary for Waste Management
6. Special Sectoral Secretary of Citizenship
7. Administrative Secretary of Ministry of Economy and Development
8. Sectoral Secretary for Commerce and Consumer Protection
9. Special Sectoral Secretary for Public – Private Partnerships (SDIT)
10. Sectoral Secretary for Industry
11. Administrative Secretary of Ministry for Digital Policy, Telecommunications and Media
12. Sectoral Secretary for Digital Policy
13. Sectoral Secretary for Telecommunications and Postal Services
14. Special Sectoral Secretary for Communication Crisis Management
15. Administrative Secretary of the Ministry of Education, Research and Religious Affairs
16. Deputy Administrative Secretary of the Ministry of Education, Research and Religious Affairs

17. Sectoral Secretary for Religious Affairs
18. Sectoral Secretary for Research and Technology
19. Sectoral Secretary for Lifelong Learning and Youth
20. Administrative Secretary of the Ministry of Labour, Social Security and Social Solidarity
21. Sectoral Secretary for Management of Community and Other Resources
22. Sectoral Secretary for Welfare
23. Special Sectoral Secretary for Social Inclusion of Roma
24. Special Sectoral Secretary for Social and Solidarity Economy
25. Administrative Secretary of the Ministry of Justice, Transparency of Human Rights
26. Deputy Administrative Secretary of the Ministry of Justice, Transparency of Human Rights
27. Sectoral Secretary for Anti-criminal Policy
28. Sectoral Secretary for Transparency and Human Rights
29. Administrative Secretary of the Ministry of Finance
30. Sectoral Secretary for Public Property
31. Administrative Secretary of the Ministry of Health
32. Deputy Administrative Secretary of the Ministry of Health
33. Sectoral Secretary for Public Health
34. Administrative Secretary of the Ministry of Culture and Sports
35. Sectoral Secretary for Sports
36. Administrative Secretary of the Ministry of Energy and Environment
37. Sectoral Secretary for Spatial Planning and Urban Environment
38. Sectoral Secretary for the Environment
39. Sectoral Secretary for Energy and Mineral Raw Materials
40. Special Sectoral Secretary for Waters
41. Administrative Secretary of the Ministry of Transport and Infrastructure
42. Sectoral Secretary for Infrastructure
43. Administrative Secretary of the Ministry of Migration Policy
44. Sectoral Secretary for First Reception Service
45. Administrative Secretary of the Ministry of Maritime Affairs and Insular Policy
46. Sectoral Secretary for Ports and Maritime Investment
47. Sectoral Secretary for the Aegean and Island Policy
48. Administrative Secretary of the Ministry of Agricultural Policy and Food
49. Sectoral Secretary for Agricultural Policy and Management of Community Resources
50. Administrative Secretary of the Ministry of Tourism
51. Sectoral Secretary for Tourism Policy and Development
52. Secretary General for Anti-corruption
53. Special Secretary of Labor Inspections
54. Special Secretary of the Inspectors-Auditors of the Ministry of the Environment and Energy
55. Special Secretary of the Inspectors-Controllors Body for Public Administration (SEED)
56. Special Secretary of the Financial and Economic Crime Unit (SDOE)
57. Special Sectoral Secretary for Private Debt Management
58. Sectoral Secretary for Fiscal Policy
59. Sectoral Secretary for Information Systems and Administrative Support
60. Sectoral Secretary for Financial Policy
61. Special Sectoral Secretary for Coordination and Management of Asylum, Immigration and Integration Funds and Internal Security Fund and other resources
62. Special Sectoral Secretary for the Management of Sectoral Operational Programs of the European Social Fund
63. Sectoral Secretary for Strategic and Private Investments
64. Sectoral Secretary for Public Investments and National Strategic Reference Framework (NSRF – ESPA)
65. Special Sectoral Secretary for Sectoral Operational Programs of the European Regional Development Fund and the Cohesion Fund

- 66. Sectoral Secretary for Information and Communication
- 67. Sectoral Secretary for Social Security
- 68. Sectoral Secretary for Migration Policy
- 69. Sectoral Secretary for Transport

190. Supporting material. The authorities will provide to the institutions (i) all appointment decisions within 10 days from when they are taken and (ii) the decision by the Prime Minister relieving the existing Secretaries General from their duties of Article 13(1A) of law 4369/2016 by the time specified in the relevant provision, as amended according to paragraph 178(e) above. Regarding Directors General, the authorities will provide to the institutions (i) a list of all Director General positions at the time of launching the calls and (ii) all appointment decisions within 10 days from when they are taken.

191. The authorities will provide a detailed report on the implementation of the above actions following completion of each category: The authorities will provide statistics and assessment of the recruitment procedures for Administrative, Alternate Administrative and (Special) Sector-Level Secretaries, Directors Generals and Directors, including amongst others the number of applications, average rating of shortlisted candidates, private sector participation and selection, number of appeals and decisions on appeals.

192. The authorities will conduct a study (in consultation with technical assistance) on the job announcements for Administrative, Alternate Administrative and (Special) Sector-Level Secretaries (prior action) and take appropriate measures on the basis of its recommendations by July 2018. The study will (i) provide a methodology defining minimum eligibility requirements (taking into account the factors included in Article 7 of 4369/2016) for all Administrative, Alternate Administrative and (Special) Sector-Level Secretaries positions listed in the TMU and review each job announcement for the 69 positions/calls, before any appointments take place; and (ii) recommend appropriate corrective measures to be taken in order to ensure that all calls will fully respect the minimum eligibility requirements defined in the study.

MONITORING OF ANTI-CORRUPTION CONDITIONALITY

WW. Adoption of all necessary secondary legislation on funding of political parties and electoral campaigns

193. Prior action. The authorities will fully implement the legal framework for the financing of the political parties, notably by ensuring that all necessary secondary legislation is adopted (SMoU section 5.3).

194. Definition. The competent authorities will take all needed secondary legislation to ensure that the legal framework of the funding of political parties and electoral campaigns is fully operational.

195. Supporting material: Delivery to the institutions of the three adopted secondary legislation taken in application of Art. 7 par. 4 (the first 4 subparagraphs and last subparagraph) and Art. 16A par. 1(a) of L. 3023/2002,

XX. Update the national anti-corruption plan

196. Prior action. The authorities will update the national anti-corruption plan (SMoU section 5.3).

197. Definition. The update will allow revising deadlines of actions to take into account the current situation of implementation. Authorities will pursue the publication of the former plan in order to foster visibility of the actions done in the past. The revised national plan will include new actions, including those needed as follow up of implemented actions, and will-consider input from technical assistance. The update will expand the current national plan, notably by including a commitment to assess the implementation of the Code of Conduct of members of Parliament and, based on this assessment, the code will be revised, if needed, by June 2018. The updated plan will also include the creation by September 2018 of a monitoring procedure of a selection of important financial crimes, including notably corruption and money laundering cases with the objective to build a credible track-record of prosecuting and sanctioning such crimes. The purpose is to bring to the attention of the public in a consolidated document regular update of information on the progress of the treatment of these cases. The information available would follow usual data protection and penal procedure rules. A notice describing the proposal will be produced to be agreed by June 2018.

198. Supporting material: Delivery to the institutions and publication of adopted revised national anti-corruption plan.

Table 9. Key Performance Indicators on Tax Administration

Indicator	2017 Target				2018 targets			
	End-Mar.	End-Jun.	End-Sep.	End-Dec.	End-Mar.	End-Jun.	End-Sep.	End-Dec.
Debt collection								
Collection of tax debts as of the end of the previous year 1/	0.890	1.620	2.210	2.700	0.940	1.710	2.25	2.8
Collection of new debts in the current year (percent of new debt in the year) 1/	13%	16%	19%	24%	15%	18%	20.5%	24%
Collection of debts by Large Debtor Unit 1/	165	341	495	690	170	350	490	645
Audits of fresh tax cases by the whole GSPR								
Percent of tax audit cases in total completed audits 2/	60%	60%	60%	60%	70%	70%	70%	70%
Tax audits and collection of large tax payers								
Collection after audits in the year (percent of assessed tax and penalties) 1/	42%	41%	41%	41%	48%	48%	N/A*	N/A*
Audits and collection of high wealth individuals								
Collection after audits in the year (percent of assessed tax and penalties) 1/	24%	24%	24%	24%	16%	23%	N/A*	N/A*
Taxpayer service								
Percent of VAT tax refund claims paid or rejected within 90 days 3/	60%	65%	58%	70%	64%	69%	80%	95%
Compliance and enforcement								
Percentage of total tax paid on time for VAT, Income and Property taxes 4/	81%	83%	82%	83%	82%	84%	83%	84%
Percentage of debtors under enforcement measures 5/	47%	51%	54%	57%	53%	54%	57%	59%
Pre litigation phase								
Percentage of cases closed by explicit decision of the Dispute resolution Unit 6/	58%	77%	93%	95%	75%	80%	88%	91%
Customs inspections								
Control by mobile units	3 100	7 500	11 000	15 400	4 000	9 050	13 000	17 500

Source: Greek Authorities; EC, ECB and IMF staff

*Institutions consider that the situation as concerns audits environment and framework does not allow to make proper estimation of a relevant KPI. They encourage authorities to look into the matter, taking stock of the changes which are underway (organization of fight against financial crime framework, rulings of the Council of state on statute of limitations) and to redesign, if needed, definitions and targets.

Table 10. Key Performance Indicators on Public Financial Management 1/

Indicator	2016 actual		2017 target		2018 target		
	End-Sep.	End-Dec.	End-Mar.	End-Jun.	End-Sep.	End-Mar.	End-Jun.
1. Ceiling on average period for expenditure payments or rejection after receipt of invoices by state government, including ministry of finance and line ministries. 2/	57	53	47	40	29	29	29
2. Ceiling on unprocessed main pension applications in thousands.	-	145	149	120	95	70	50
3. Floor on percentage of all social security funds-to-EOPYY actual transfer of the amount that should be transferred. 3/	79%	-	90%	90%	92%	94%	96%
4. Floor on percentage of number of claims submitted by public hospitals to EOPYY for insured patients electronically. 4/	-	67%	73%	80%	90%	99%	99%

Sources: Greek authorities; and EC/ECB/ESM staff.

1/ Cumulative targets from the beginning of the year unless otherwise specified.

2/ Applies to all invoices received since January 1, 2017. The average period is calculated on all the invoices paid or rejected during the quarter, and invoices still pending beyond the target. The period for each invoice is measured from when the invoice is received to the final payment, or to rejection upon verification, or to the test date if the invoice is pending beyond the target for the average for that test date (e.g. 29 days on Sept 30, 2017).

3/ The ratio in percentage is calculated as follows. The numerator is the amount of cash transfer to EOPYY and the expenditure paid by all social security funds on behalf of EOPYY during the period. The denominator is the revenue collected by all social security funds on behalf of EOPYY during the period.

4/ The ratio in percentage is calculated as the number of claims (invoices and associated documents) using KEN-DRGs and/or hospital fees submitted to EOPYY electronically for insured patients divided by number of treatment cases provided by hospitals to insured patients.

Table 11. Key Performance Indicators on Social Security Contribution 1/

Indicator	2017 targets				2018 targets			
	End - Mar.	End-Jun.	End-Sep.	End Dec	End-Mar	End-Jun	End Sept	End Dec
Social Security Fund Payment Compliance Percent of total invoiced or declared current-year SSC amount paid to the fund 2/ EFKA	85%	86%	88%	89%	90%	91%	92%	93%
KEAO Collection Performance and Enforcement Collection of SSC debts transferred to KEAO 3/	252	504	755	1 007	280	560	900	1.200

1/ Cumulative targets from the beginning of each year.

2/ For each reporting period, social security fund payment compliance is calculated as the amount of current year SSC paid to the fund divided by the amount invoiced or declared, expressed as a percentage.

3/ In millions of euros.

Griechenland: Technische Absichtserklärung (TMU)

Begleitdokument zum MoU des ESM-Programms

Inhalt

DEFINITIONEN UND NORMEN FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG	3
A. MODIFIZIERTER GESAMTSTAATLICHER PRIMÄRSALDO	3
B. PRIMÄRAUSGABEN DES STAATSHAUSHALTS	6
C. BESTAND AN INLÄNDISCHEN ZAHLUNGRÜCKSTÄNDEN UND SONSTIGEN ZAHLUNGSFORDERUNGEN	6
D. GESAMTBESTAND AN STAATSSCHULDEN	7
E. OBERGRENZE FÜR NEUE GESAMTSTAATLICHE GARANTIEEN	8
F. „PROGRAMM“-PRIMÄRSALDO UND ALLGEMEINE ÜBERWACHUNGS- UND MELDEPFLICHTEN	9
G. ABSTIMMUNG BEI DATEN UND STATISTISCHEN VORSCHRIFTEN	9
ÜBERWACHUNG VON LEISTUNGSKENNZAHLEN (KPI)	10
H. LEISTUNGSKENNZAHLEN FÜR DIE VERWALTUNG DER STEUEREINNAHMEN	10
I. LEISTUNGSKENNZAHLEN DER BEITREIBUNG VON SOZIALVERSICHERUNGSBEITRÄGEN	12
J. LEISTUNGSKENNZAHLEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTSFÜHRUNG	12
ÜBERWACHUNG DER HAUSHALTPOLITISCHEN UND STRUKTURELLEN MASSNAHMEN	14
K. EVENTUALMECHANISMUS	14
L. PAKET FÜR DEN ZEITRAUM NACH PROGRAMMABSCHLUSS	14
M. STEUERPOLITIK	17
N. BEGLEICHUNG VON ZAHLUNGRÜCKSTÄNDEN	19
O. RENTENREFORM	19
P. REFORM DES GESUNDHEITSSYSTEM	21
Q. SOZIALE SICHERUNGSSYSTEME	30
ÜBERWACHUNG DER ERHEBUNG ÖFFENTLICHER EINNAHMEN	31
R. AUSWERTUNG DER UMSETZUNG DES ERSTEN LEISTUNGSVERTRAGS DES LEITERS DER UNABHÄNGIGEN STEUERBEHÖRDE (IAPR)	31
S. IT-HAUSHALT DER IAPR	32
T. EINSTELLUNGSPLAN 2017-2019	32
U. ANHÄNGIGE RECHTSSACHEN DER STAATSANWALTSCHAFT	32
V. AUTOMATISIERUNG DER FORDERUNGSBEITREIBUNG	33
W. KLASSIFIZIERUNG DER GROßSCHULDNER DER EINHEIT FÜR GROßSCHULDNER UND DER KEAO	33
X. VERÖFFENTLICHUNG DER NAMEN VON STEUER- UND SOZIALVERSICHERUNGSSCHULDNERN	33
Y. ÜBERWACHUNG DER MAßNAHMEN GEGEN SCHMUGGEL	34
Z. LIEFERKETTENVEREINBARUNGEN ZWISCHEN TABAKHERSTELLERN UND LIEFERANTEN	34
AA. EINPFLEGEN ALLER SOZIALVERSICHERUNGSSCHULDEN IN DIE SCHULDENDATENBANK DER KEAO	35
BB. OPTIMIERUNG DER GESCHÄFTSABLÄUFE DER KEAO	35
ÜBERWACHUNG DER KONDITIONALITÄT IN BEZUG AUF DEN FINANZSEKTOR	36
CC. SEKUNDÄRMARKT FÜR NOTLEIDENDE KREDITE	36
DD. GESETZ ÜBER DIE AUßERGERICHTLICHE ABWICKLUNG (OCW-GESETZ)	36
EE. GESETZ ÜBER PRIVATINSOLVENZEN	37

FF. GRIECHISCHER FINANZSTABILITÄTSFONDS.....	38
GG. ELEKTRONISCHE AUKTIONEN	38
ÜBERWACHUNG DER MASSNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT PRODUKTMÄRKTEN.....	39
HH. INVESTITIONSGENEHMIGUNGEN	39
II. EX-POST-BEWERTUNGEN.....	40
JJ. REGLEMENTIERTE BERUFE	40
KK. KATASTER.....	41
ÜBERWACHUNG DER NETZGEBUNDENEN WIRTSCHAFTSZWEIGE	41
ENERGIESEKTOR.....	41
LL. RES-KONTO UND ERSETZUNG DES LIEFERANTENZUSCHLAGS	41
MM. VORLAGE VON INFORMATIONEN UND DATEN ZU NOME-AUKTIONEN.....	43
NN. VORLAGE VON INFORMATIONEN UND DATEN ZUR GEMEINSAMEN EVALUIERUNG VON NOME	43
OO. VORLAGE VON INFORMATIONEN UND DATEN ZU GASAUKTIONEN.....	44
PP. VORLAGE VON INFORMATIONEN UND DATEN ZUM ZIELMODELL.....	44
QQ. UMSETZUNG DES GRIECHISCHEN ZIELMODELLS – „FAHRPLAN“	44
RR. FINANZLAGE VON PPC (& GEMEINWIRTSCHAFTLICHE VERPFLICHTUNGEN).....	46
WASSERSEKTOR	47
SS. WASSERVERSORGUNG.....	47
ÜBERWACHUNG DER KONDITIONALITÄT FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG	47
TT. PERSONALABBAUREGELUNG	47
UU. OBERGRENZE FÜR BEFRISTETE VERTRÄGE.....	48
VV. ERNENNUNGEN.....	49
ÜBERWACHUNG DER KONDITIONALITÄT IM BEREICH KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG.....	52
WW. VERABSCHIEDUNG ALLER NOTWENDIGEN SEKUNDÄRRECHTLICHEN VORSCHRIFTEN ZUR PARTEIEN- UND WAHLKAMPFFINANZIERUNG	52
XX. AKTUALISIERUNG DES NATIONALEN PLANS ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG	52

Griechenland: Technische Absichtserklärung (TMU)

Begleitdokument zum MoU des ESM-Programms

1. Die vorliegende Technische Absichtserklärung (TMU) ist ein Begleitdokument zum Memorandum of Understanding (MoU). In ihr werden die an quantitative Zielvorgaben gebundenen Indikatoren definiert, darunter Leistungskriterien und Richtwerte. Darüber hinaus werden die bei der Bewertung der Programmumsetzung einzusetzenden Verfahren sowie die für eine angemessene Zielkontrolle erforderlichen Angaben beschrieben.

Staat

2. **Definition:** Im Sinne des Programms gehören zum Sektor Staat alle Einheiten, die im „Register of the General Government Entities“ der griechischen Statistikbehörde ELSTAT – in der in der neuesten VÜD-Meldung veröffentlichten Fassung – in Einklang mit den Regeln des *Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010)* und des Handbuchs zum ESGV „*Manual on Government Deficit and Debt Implementation of ESA 2010*“ (ESA2010 MGDD) als staatliche Einheit genannt sind.¹

DEFINITIONEN UND NORMEN FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

A. Modifizierter gesamtstaatlicher Primärsaldo

3. **Definition:** Der modifizierte gesamtstaatliche Primärsaldo (MODIFIED GENERAL GOVERNMENT PRIMARY CASH BALANCE, MGGPCB) ist definiert als modifizierter gesamtstaatlicher Kassensaldo (modified general government cash balance, MGGCB) abzüglich staatlicher Zinszahlungen. Der modifizierte gesamtstaatliche Kassensaldo (MGGCB) ist definiert als Summe der Kassensalden der Einheiten des Staates, die im ELSTAT-Verzeichnis „Register of the General Government Entities“ gemäß den Regeln des ESGV 2010 erfasst sind. Die Abgrenzung der Transaktionen über bzw. unter dem Strich sowie die Klassifikation der wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenkategorien erfolgt in Übereinstimmung mit den Regeln von ESGV 2010 und ESA2010 MGDD.

- Der ordentliche Staatshaushalt. Der Kassensaldo des ordentlichen Staatshaushalts wird über dem Strich und auf folgender Grundlage erfasst: i) ordentliche Brutto-Haushaltseinnahmen (wiederkehrende und einmalige Einnahmen) abzüglich Steuererstattungen minus ii) ordentliche Haushaltsausgaben wie monatlich auf der offiziellen Website des Obersten Rechnungshofs (General Accounting Office, GAO) des Finanzministeriums veröffentlicht plus iii) Saldo von Transaktionen, die über die außerbudgetären Konten, insbesondere das Treasury Single Account (zentrales Konto des Finanzministeriums), durchgeführt werden.

- Der Kassensaldo des öffentlichen Investitionshaushalts. Der Kassensaldo des öffentlichen Investitionshaushalts wird über dem Strich und gemäß den im Investitionshaushalt des Staates festgestellten sinngemäßen Einzelposten ermittelt, und zwar anhand der Einnahmen des Investitionshaushalts abzüglich der Ausgaben des Investitionshaushalts wie monatlich auf der offiziellen Website des Obersten Rechnungshofs (General Accounting Office, GAO) des Finanzministeriums veröffentlicht.

¹ Die Aufteilung nach Sektoren entspricht in beiden Leitfäden den allgemeinen Grundsätzen des Handbuchs „Government Finance Statistics Manual (2014)“ (GFSM2014).

- Sonstige Sektoren (außerbudgetäre Fonds, staatseigene Unternehmen, Gemeinden, Sozialversicherungen und Krankenhäuser). Der Kassensaldo der verbleibenden Sektoren des Staates wird über dem Strich anhand der folgenden Angaben erfasst: i) Bruttoeinnahmen (einschließlich Transfers des Staates (State government) und anderer Teilssektoren) minus ii) Ausgaben wie monatlich auf der offiziellen Website des Finanzministeriums veröffentlicht.
4. Konsolidierung. Die Summe der Kassensalden ergibt sich aus den aggregierten Einnahmen und Ausgaben aller Einrichtungen des Staates, ausgenommen aller innersektoralen und sektorübergreifenden Transaktionen.
5. **Anpassungen:** Im modifizierten gesamtstaatlichen Primärsaldo (MGGPCB) ist Folgendes nicht berücksichtigt:
- der mit EU-Strukturfonds und deren Kofinanzierung im Zusammenhang stehende Anteil des öffentlichen Investitionshaushalts (Einnahmen und Ausgaben);
 - sämtliche Transfers im Zusammenhang mit Beschlüssen der Eurogruppe zu Einnahmen (Gewinne im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (SMP) und der Vereinbarung über Netto-Finanzanlagen (ANFA)) der nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebiets, einschließlich der griechischen Zentralbank, aus den in ihren Anlageportfolios gehaltenen griechischen Staatsanleihen;
 - Erlöse aus der Veräußerung nichtfinanzieller Vermögenswerte wie Grundstücke und Gebäude oder aus Nutzungsrechten (als einmalige Transaktionen verbucht);
 - die Summe der migrationsbezogenen Ausgaben des Staates, abzüglich EU-Transfers an den griechischen Haushalt für migrationsbezogene Aufwendungen bestehend aus i) laufenden Ausgaben des Ministeriums für Migrationspolitik ab 2017 und ii) staatlichen Ausgaben, die im Sonderhaushaltskonto für Migrationsaufwendungen (Codes 590 bis 596) sowie in anderen Sonderhaushaltskonten für Migrationsaufwendungen gemäß Absprache mit den Mitarbeitern von Kommission, IWF, EZB und ESM in Codegruppe 590 für „Ministerien“, 078 für „Dezentralisierte Verwaltung“ und 187, 188 und 238 für „Regionale Dienststellen der Ministerien“ verbucht werden. Für die Zwecke dieses Anpassungsfaktors sind Löhne und Gehälter von öffentlich Bediensteten in Festanstellung von den migrationsbezogenen Ausgaben ausgenommen. Ebenfalls ausgenommen sind verspätete Zahlungen aus EU-Fonds im Zusammenhang mit migrationsbezogenen Ausgaben, die bereits von den Programmmitteln des Vorjahres abgezogen wurden. Die Gesamtanpassung wird 0,2 Prozent des BIP pro Jahr nicht überschreiten;
 - Zahlungsleistungen im Zusammenhang mit der Hilfe für das Bankensystem im Rahmen der Finanzsektorstrategie des Programms (ausgenommen Zahlungen für Einlagensicherungssysteme);²
 - Zahlungen von Banken, durch die ihre Solvabilität oder Liquidität geschwächt würde, es sei denn, die griechische Zentralbank bestätigt die Vereinbarkeit einer solchen Zahlung mit der künftigen Aufrechterhaltung angemessener Kapitalpuffer und einer adäquaten Liquidität, auch durch Überprüfung der Übereinstimmung mit den im neuesten Stresstest berücksichtigten Geschäftsplänen der Banken. Hiervon ausgenommen sind die gegenwärtigen Kapitalkonzentrationsteuern und Regelungen zu Garantiegebühren;
 - Steuererstattungen und Nachzahlungen im Sinne von Abschnitt C, unter Ausnahme unbearbeiteter Rentenansprüche, aus Sondermitteln zum Abbau von Zahlungsrückständen.

² **Finanztransaktionen des Zentralstaats zur Unterstützung von Banken, einschließlich Bereitstellung von Garantien oder Liquidität, werden unverzüglich den Mitarbeitern von IWF, Europäischer Kommission und EZB gemeldet.**

6. Datennachweis: Die nachfolgend aufgeführten Informationen werden innerhalb von fünf Wochen nach Ablauf jedes Monats zur Verfügung gestellt:

- Das Finanzministerium übermittelt der Europäischen Kommission, der EZB und dem IWF für die Bereiche Staat, außerbudgetäre Fonds und staatseigene Unternehmen detaillierte Informationen zu den monatlichen Einnahmen und Ausgaben, einschließlich Zinsaufwand, Verbindlichkeiten unter Abgrenzung Dritter, Tilgung von In- und Auslandsschulden, Neuaufnahme von In- und Auslandsschulden, Änderungen bei den Beständen an Landes- und Fremdwährung der griechischen Zentralbank und aller anderen Barfinanzierungsquellen.
- Bezüglich der Gemeinden übermittelt das Finanzministerium in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium die in der Datenbank des Ministeriums erfassten monatlichen Daten zu Einnahmen und Ausgaben, bei den Verbindlichkeiten unter Abgrenzung Dritter.
- Bezüglich des Sozialhaushalts und der Krankenhäuser übermittelt das Finanzministerium in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium und dem Gesundheitsministerium monatliche Daten zu den Einnahmen, Ausgaben und, unter Abgrenzung Dritter, zu den Verbindlichkeiten der Sozialversicherungen, des nationalen Trägers für Gesundheitsleistungen (EOPYY) und der öffentlichen Krankenhäuser.
- Zur Gegenprüfung der Primärsalden über und unter dem Strich schließlich übermittelt die griechische Zentralbank detaillierte monatliche Daten zum Nettoerwerb finanzieller Vermögenswerte bzw. zur Nettoaufnahme von Verbindlichkeiten des Staates und aller nichtstaatlichen Teilsektoren des Staates im Sinne der obigen Definition, d. h. lokale Gebietskörperschaften, dem Sozialhaushalt zuzurechnende Einheiten, außerbudgetäre Fonds und Staatsbetriebe gemäß der Definition des Sektors Staat. Die für den Unterhalt des zentralen Kontos des Finanzministeriums (*Treasury Single Account*, TSA) zuständige Einrichtung übermittelt monatliche Daten zu den Außenständen des TSA und zu den nach Hauptkategorien gruppierten Zu- und Abflüssen über das TSA unter Abgrenzung von Transaktionen über und unter dem Strich und möglicher anderer volkswirtschaftlicher Ströme. Anhand einer mit den Institutionen vereinbarten Vorlage, die vom Obersten Rechnungshof (GOA) mithilfe der von den obigen Einrichtungen gelieferten Informationen erstellt und bereitgestellt wurde, werden Daten über dem Strich (staatliches Mitteilungsblatt *General Government Bulletin*) und Daten unter dem Strich (griechische Zentralbank) abgeglichen, einschließlich der Bestände und Ströme von Aktiva und Passiva, wobei Abweichungen zwischen den Einlagen-Daten der griechischen Zentralbank und den Einlagen-Daten der c-Tabelle abgeglichen werden.
- Monatliche Daten nach Haushaltscode über die Verwendung des Sonderkontos für flüchtlingsbezogene Ausgaben, einschließlich Daten zu Lohn- und Lohnzusatzkosten, jeweils innerhalb von drei Wochen nach jedem Monatsende. Die Ergebnisse der Ex-post-Erhebungen der Fachressorts zu migrationsbezogenen Ausgaben vierteljährlich.
- Monatliche Daten über die Zahlung von Ausgaberrückständen, Steuererstattungen und Rentenansprüchen, die in den Vorjahren angehäuft wurden und aus einer Sonderrückstellung für den Abbau von Zahlungsrückständen und/oder über eine ESM-Sonderfinanzierung für den Abbau von Zahlungsrückständen beglichen werden.
- Monatliche Daten über die Verrechnung von Steuerverbindlichkeiten mit Steuererstattungen und staatlichen Ausgaben (einschließlich sämtlicher gegenwärtigen staatlichen und gesamtstaatlichen Verbindlichkeiten oder Zahlungsrückstände) auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Daten, die durch die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) bereitgestellt wurden.

B. Primärausgaben des Staatshaushalts

7. Definition. Die Primärausgaben des Staatshaushalts sind die Ausgaben des Staatshaushalts ohne aus dem Staatshaushalt gezahlte Zinsausgaben. Zu den Ausgaben des Staatshaushalts zählen in Anspruch genommene Garantien an Einrichtungen innerhalb und außerhalb des Sektors Staat.

8. Anpassungen: Nicht zu den Primärausgaben des Staatshaushalts gehört Folgendes:

- Zahlungen im Zusammenhang mit der Unterstützung des Bankensystems, die Teil der Finanzsektorstrategie des Programms sind;³
- Ausgaben im Zusammenhang mit EU-Strukturfonds und deren Kofinanzierung;
- Zahlungen für staatliche Ausgabenrückstände oder Transfers zur Begleichung gesamtstaatlicher Zahlungsrückstände, die aus Sonderrückstellungen für das Begleichen von Rückständen geleistet werden;
- Übernahme von Schulden anderer gesamtstaatlicher Stellen.

9. Datennachweis. Der Oberste Rechnungshof (GAO) des Finanzministeriums stellt monatliche Daten zu den Ausgaben wie oben angegeben zur Verfügung.

C. Bestand an inländischen Zahlungsrückständen und sonstigen Zahlungsforderungen

10. Definition. Für die Zwecke des Programms werden inländische Zahlungsrückstände und sonstige Zahlungsforderungen wie folgt definiert: i) offene Rechnungen Dritter, die der Staat nicht beglichen hat und deren Zahlungsfrist um 90 Tage überschritten ist, ii) sämtliche Steuererstattungsansprüche Dritter, für die ein AFEK-Erstattungsbescheid (bestätigt oder unbestätigt) vorliegt, ausgenommen jedoch einem Rechtsstreit unterliegende Steuererstattungsansprüche, sowie unbearbeitete Steuererstattungsansprüche, deren Einreichung über 90 Tage zurückliegt, und iii) bearbeitete und unbearbeitete Rentenansprüche, bei denen die Einreichung des Rentenanspruchs über 90 Tage zurückliegt. Weist ein Vertrag eines Leistungserbringers keine Zahlungsfrist auf, so tritt im Fall unbeglichener Zahlungsverpflichtungen 90 Tage nach Rechnungserhalt Verzug ein. Steuererstattungsansprüche, für die ein AFEK-Erstattungsbescheid vorliegt, und bearbeitete und genehmigte Rentenansprüche sind sofort fällig. Der Netto-Zuwachs an Rückständen und sonstigen Forderungen wird berechnet als die Veränderung des Bestands an gesamtstaatlichen Ausgabenrückständen (ausgenommen Rückstände, die mit Rückforderungen und Erstattungen zu verrechnen sind), bearbeiteten (AFEK) Steuererstattungsansprüchen, unbearbeiteten Steuererstattungsansprüchen ohne AFEK-Erstattungsbescheid und Rentenansprüchen, die über 90 Tage alt sind.

11. Datennachweis. Das Finanzministerium stellt innerhalb von vier Wochen nach jedem Monatsende monatliche Daten zu den gesamtstaatlichen Bruttorekständen bei den Ausgaben und (bearbeiteten) Steuererstattungen zur Verfügung. Das Finanzministerium veröffentlicht diese Informationen auf seiner Website. Darüber hinaus übermittelt das Finanzministerium den Institutionen Daten über die seit 0 bis 30 Tagen, 31 bis 60 Tagen bzw. 61 bis 90 Tagen rückständigen Verbindlichkeiten gesamtstaatlicher Stellen gemäß den Angaben in den Verpflichtungsregistern (*commitment registers*) sowie Daten über i) den Bestand an Ausgabenrückständen, ii) den Bestand an unbeglichenen bearbeiteten Steuererstattungsansprüchen unter Ausweis der bestätigten und unbestätigten Ansprüche und über iii) den Bestand an unbeglichenen unbearbeiteten Steuererstattungsansprüchen unter Kennzeichnung der über 90 Tagen alten Ansprüche. Die Daten zu den Steuererstattungsrückständen (einschließlich des Alters der Steuererstattungsansprüche) basieren auf Informationen des Generalsekretariats für

³ Finanztransaktionen des Zentralstaats zur Unterstützung von Banken, einschließlich der Bereitstellung von Garantien oder Liquidität, werden unverzüglich den Mitarbeitern von IWF, Europäischer Kommission und EZB gemeldet.

Informationssysteme (*General Secretariat for Information Systems*) und des Generalsekretariats für öffentliche Einnahmen/der unabhängigen Steuerbehörde (*General Secretariat for Public Revenue, GSPR/Independent Authority for Public Revenue, IAPR*). Das GSPR/IAPR füllt monatlich die für diesen Zweck bereitgestellte Vorlage zu Steuererstattungen aus. Daten über unbearbeitete Rentenansprüche, einschließlich der Fälligkeit der Ansprüche, werden vom Arbeitsministerium bereitgestellt. Informationen zu Rückforderungen und Erstattungen stellen das Gesundheitsministerium und der nationale Träger für Gesundheitsleistungen (EOPYY) bereit. Der Umfang, in dem die gesamtstaatlichen Eventualforderungen derzeit gemeldet werden, wird in Abstimmung mit den Institutionen bewertet und gemäß einem vereinbarten Terminplan erhöht, um alle Eventualforderungen zu erfassen, die derzeit nicht monatlich gemeldet werden.

12. Datennachweis. Die erste Auszahlung zur Begleichung von Zahlungsrückständen im Rahmen der vierten Tranche wird auf der Grundlage einer Mitteilung der europäischen Institutionen genehmigt, in der Fortschritte beim Abbau von Nettozahlungsrückständen festgestellt werden, die sich auf mindestens 150 % des aggregierten Auszahlungsbetrags belaufen, der im Rahmen der dritten Tranche seit Juli 2017 für den Abbau von Zahlungsrückständen bereitgestellt wurde, d. h. sie unterliegt einer Bedingung, dass für den Abbau von Zahlungsrückständen Eigenmittel im Verhältnis 1:2 bezogen auf die im Rahmen der dritten Tranche für das Begleichen von Zahlungsrückständen ausgezahlten Programmmittel einzusetzen sind. Dies impliziert, dass bis Dezember 2017 ein Soll-Bestand an Nettorückständen in Höhe von 4,1 Mrd. EUR erreicht wird. Anschließend Auszahlungen zum Abbau von Zahlungsrückständen stehen unter dem Vorbehalt einer Mitteilung der europäischen Institutionen, dass Fortschritte beim Abbau von Zahlungsrückständen erzielt wurden, die sich auf mindestens 200 % der Summe der kumulierten Auszahlungen belaufen, die im Rahmen der vierten Tranche für den Abbau von Zahlungsrückständen bereitgestellt wurden, wobei die Zielvorgaben für den Bestand an Zahlungsrückständen mit Stand Dezember 2017 wie oben festgelegt als Benchmark fungieren, d. h. Eigenmittel sind im Verhältnis 1:1 bezogen auf die Programmmittel zu verwenden. Die letzte Auszahlung aus der vierten Tranche beinhaltet eine Folgepflicht, etwa noch verbleibende Bestände an Zahlungsrückständen unter vollständiger Verwendung von Programm- und Eigenmitteln zu begleichen, so dass der gesamte Bestand bis Programmende abgebaut ist. Hierzu übermitteln die Behörden anhand von Daten, die von der griechischen Zentralbank, dem Obersten Rechnungshof (GAO), aus dem Informationssystem der Finanzverwaltung (FMIS) und aus Umfragen gemeldet werden, monatliche Berichte über die Mittelbereitstellung aus den Finanzierungsmitteln für den Abbau von Zahlungsrückständen und aus dem speziellen Konto für den Abbau von Zahlungsrückständen, über die Verwendung der Sonderrückstellung für den Abbau von Zahlungsrückständen sowie über die entsprechenden Zahlungen.

D. Gesamtbestand an Staatsschulden

13. Definition. Gesamtschuldenstand des Staates bezeichnet den im Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (VÜD) definierten Brutto-Gesamtschuldenstand des Staates, d. h. erfasst sind der Staat, außerbudgetäre Fonds, staatseigene Unternehmen, Gemeinden, Sozialversicherungen und Krankenhäuser entsprechend dem ELSTAT-Verzeichnis der staatlichen Einrichtungen in der Fassung, die jeweils in der neuesten VÜD-Meldung wiedergegeben ist. Bestände an Schulden innerhalb der Teilspektoren des Staates werden konsolidiert. Im Rahmen der Obergrenze wurden die ausstehenden Brutto-Gesamtverbindlichkeiten in Form von Einlagen, Schuldverschreibungen und Krediten berücksichtigt. In der Obergrenze sind keine Verbindlichkeiten berücksichtigt und sie wird, wie im Verfahren bei einem übermäßigen Defizit festgelegt, zum Nominalwert erfasst.⁴ Die Programm-Wechselkurse gelten für alle nicht auf Euro lautenden Verbindlichkeiten.

14. Anpassungen. Die Obergrenze für den VÜD-Gesamtschuldenstand des Staates wird um den Betrag einer etwaigen Aufwärtskorrektur (Abwärtskorrektur) des VÜD-Schuldenstands des Staates von Ende Dezember 2017 nach oben (unten) angepasst.

⁴Im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit gilt der Nominalwert als dem Nennwert von Verbindlichkeiten gleichwertig.

15. Datennachweis. Oberster Rechnungshof und Schuldenagentur (GAO/PDMA) legen den Mitarbeitern von Europäischer Kommission, EZB und IWF vorläufige Daten zum Gesamtschuldenstand des Staates entsprechend der VÜD-Definition (unter Verwendung der aktuellsten verfügbaren Daten) spätestens 40 Tage nach jedem Quartalsende vor. Die Schuldenagentur (PDMA) legt den Mitarbeitern von Europäischer Kommission, EZB und IWF abschließende Daten zum Gesamtschuldenstand des Staates spätestens 100 Tage nach jedem Quartalsende vor.

16. Die Programm-Wechselkurse. Alle fremdwährungsbezogenen Forderungen, Verbindlichkeiten und Kapitalströme werden zu den nachstehend festgelegten „Programm-Wechselkursen“ bewertet, mit Ausnahme der sich auf die staatlichen Finanzierungssalden auswirkenden Posten, die zu aktuellen Wechselkursen bewertet werden. Bei den Programm-Wechselkursen handelt es sich um die am 29. Dezember 2017 geltenden Wechselkurse. Insbesondere wurden folgende Wechselkurse für das Programm festgelegt: 1 € = 1,1993 USD, 1 € = 135 JPY und 1 € = 0,842126 SZR.

E. Obergrenze für neue gesamtstaatliche Garantien

17. Definition. Neue Garantien sind im aktuellen Haushaltsjahr gewährte Garantien, wobei jedoch bei Garantien, deren Laufzeit über die ursprünglichen Vertragsbestimmungen hinaus verlängert wird, lediglich 50 Prozent des vollen Werts angerechnet werden. Eine Änderung bestehender Garantien (bei gleichbleibender Laufzeit und Garantiesumme sowie gleichbleibenden Begünstigten des Darlehens) führt nicht zu ihrer Behandlung als neue Garantien. Im Falle einer Änderung bei den Begünstigten beurteilt der Staat, ob eine Erhöhung der Staatsschuld (und/oder potenzieller Eventualverbindlichkeiten) gegeben ist und ob die Position des Staates als Sicherungsgeber negativ beeinflusst wird. Erfüllt der neue Begünstigte genau dieselben Anforderungen wie der frühere Begünstigte und wird weder die Staatsschuld noch die Position des Staates als Sicherungsgeber ungünstig beeinflusst, so führt eine Änderung an bestehenden Garantien (bei gleichbleibender Fälligkeit und Garantiesumme) nicht zu einer Behandlung als neue Garantien.

18. Deckung. In der Obergrenze für neue gesamtstaatliche Garantien sind alle neuen Garantien enthalten, die von einer Einrichtung gewährt werden, die im ELSTAT-Verzeichnis der staatlichen Einrichtungen (wie in der neuesten VÜD-Mitteilung angegeben) als dem Sektor Staat zugehörig erfasst ist, unter Ausnahme jedoch von Garantien, die Einheiten gewährt werden, deren Schulden im Rahmen der Obergrenze für die gesamtstaatliche Gesamtverschuldung gemäß obiger Definition berücksichtigt sind. In der Obergrenze sind Garantien für das *Institute for Growth* (Institut für die Förderung des Wachstums) enthalten, nicht jedoch i) ausdrücklich in Bezug auf Finanzstabilitätsziele des Programms gewährte Garantien (z. B. durch staatliche Bürgschaft unterlegte Bankobligationen oder Notfallliquiditätshilfe (ELA)), ii) Garantien für EIB- oder ESI-Fonds-finanzierte Darlehen, iii) Garantien für von EIB oder ESI-Fonds über die Handelsfinanzierungsfazilität gewährte Darlehen bis zu einem ausstehenden Betrag von 500 Mio. EUR, iv) vom ETEAN-Fonds gewährte Garantien (bis zu einem ausstehenden Gesamtbetrag von 50 Mio. EUR, sofern eine vollständige Unterlegung durch Bankeinlagen in gleicher Höhe gegeben ist), v) im Rahmen eines Risikoteilungsinstruments der EU-Strukturfonds gewährte Garantien (siehe KOM (2011) 655 endg.), die keine Eventualverbindlichkeiten für den griechischen Staat begründen, sowie vi) natürlichen Personen und Unternehmen gewährte Garantien für nachgewiesene Schäden durch Naturkatastrophen, abzüglich aus Versicherungen bezogene Schadenersatzleistungen bis zu einem Gesamtbetrag von 30 Mio. EUR.

19. Datennachweis. Alle neuen und geänderten Garantien des Zentralstaats werden unter Angabe von Garantiesummen und Begünstigten im Detail und begleitet von einer Risikobewertung bezüglich der Inanspruchnahmen und der Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme der Garantien gemeldet. Die Meldung geänderter Garantien, bei denen der Begünstigte gewechselt hat, beinhaltet eine Bewertung der veränderten Position des Staates als Sicherungsgeber. Der Oberste Rechnungshof (GAO) übermittelt die Daten monatlich innerhalb von drei Wochen nach jedem Monatsende. Nichtstaatliche Einrichtungen, die zum Sektor Staat gehören, melden dem Obersten Rechnungshof (GAO) die von ihnen gewährten neuen Garantien monatlich innerhalb von drei Wochen nach jedem Monatsende.

F. „Programm“-Primärsaldo und allgemeine Überwachungs- und Meldepflichten

20. Definition. Für die Zwecke des Programms ist der Primärsaldo definiert als Saldo des Staates nach ESVG 10 (B.9) abzüglich der konsolidierten Zinsverbindlichkeiten des Staates nach ESVG 10 (D.41), bereinigt um die in Absatz 21 angegebenen Faktoren.

21. Anpassungen. Der Saldo (B.9) berücksichtigt Folgendes nicht:

- den Verkauf oder die Verpachtung von Liegenschaften (z. B. Grund, Gebäude);
- die Summe der migrationsbezogenen Ausgaben des Staates ohne EU-Transfers an den griechischen Haushalt für migrationsbezogene Kosten (siehe Absatz 5);
- Kosten im Zusammenhang mit der Unterstützung von Banken (siehe Absatz 5);
- alle Transfers im Zusammenhang mit Beschlüssen der Eurogruppe zu Einnahmen der nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebiets (Einnahmen im Rahmen von SMP und ANFA, siehe Absatz 5);
- sonstige Transaktionen im Zusammenhang mit im Rahmen des Programms vereinbarten schuldensenkenden Maßnahmen, wie beispielsweise die Senkung der Zinsmarge der Darlehensfazilität für Griechenland (*Greek Loan Facility*, GLF), die in der Schuldentragfähigkeitsanalyse unter dem Strich berücksichtigt werden;
- Zahlungen von Banken, durch die ihre Solvabilität oder Liquidität geschwächt würde (siehe Absatz 5).

Der Saldo (B.9) schließt Folgendes ein:

- Änderungen des Bestands an unerledigten Steuererstattungsansprüchen, für die kein AFEK-Erstattungsbescheid vorliegt und die älter als 90 Tage sind, abzüglich der Summe abgelehnter Steuererstattungsansprüche, um die die gewöhnliche jährliche Ablehnungsquote (5 Prozent der im jeweiligen Jahr eingereichten neuen Ansprüche) überschritten wird⁵.

22. Datennachweis. Die Ergebnisse im Rahmen des Programms werden anhand von Daten überwacht, die ELSTAT, das Finanzministerium, der Oberste Rechnungshof (GAO) und die griechische Zentralbank vierteljährlich der Europäischen Kommission, der EZB und dem IWF vorlegen. Datenrevisionen stellen die Behörden dem IWF, der Europäischen Kommission und der EZB fristgerecht zur Verfügung.

G. Abstimmung bei Daten und statistischen Vorschriften

23. Dem Austausch von Informationen und Daten zwischen ELSTAT, dem Finanzministerium/Obersten Rechnungshof und der griechischen Zentralbank liegt ein *Memorandum of Understanding* zugrunde, das regelmäßig überprüft und mindestens jährlich, spätestens im April 2017, aktualisiert wird. Insbesondere übermittelt ELSTAT dem Obersten Rechnungshof, der Europäischen Kommission, der EZB und dem IWF die nachstehenden Informationen, anhand derer auf der Grundlage des ESVG 2010 und der Programmdefinitionen fristgerechte Prognosen erstellt werden können:

⁵Dieser Anpassungsfaktor gilt erst ab dem Haushaltsjahr 2016.

- eine Brückentabelle zwischen der KAE-Kodierung und der Kodierung des ESVG 2010; jede Aktualisierung der Brückentabelle durch ELSTAT ist so umgehend wie möglich bereitzustellen;
- eine Brückentabelle zwischen der ausführlichen Aufstellung von Anpassungen in den VÜD-Tabellen 2A/C/D und den Kodierungen des ESVG 2010 für jede Anpassungslinie;
- ausgefüllte detaillierte VÜD-Tabellen (einschließlich einer analytischen Aufschlüsselung), sobald Eurostat die Klarstellungen bezüglich der griechischen VÜD-Daten abgeschlossen hat;
- die ausgefüllte „Zusatztable für die Finanzkrise“, sobald Eurostat die Klarstellungen bezüglich der griechischen VÜD-Daten abgeschlossen hat;
- Daten zu Anpassungen im Zusammenhang mit der Unterstützung von Banken, aufgeschlüsselt nach Teilssektoren und Codes des ESVG 2010;
- Daten zur Konsolidierung von Transaktionen innerhalb von und zwischen staatlichen Stellen nach wirtschaftlichen Kategorien;
- Tabellen zu Einnahmen und Ausgaben (ESVG T200) betreffend den Staat, außerbudgetäre Fonds und staatseigene Unternehmen, Krankenhäuser, Gemeinden und Sozialversicherungen;
- Daten nach KAE-Klassifizierung für den Staat, den ESVG-Kategorien nach ihrer Entsprechung zugeordnet, und einschließlich der ESVG-Anpassungen für jede Kategorie;
- Änderungen des „Verzeichnisses der staatlichen Einrichtungen“, sobald die jeweilige Änderung mit Eurostat vereinbart wurde.

ÜBERWACHUNG VON LEISTUNGSKENNZAHLEN (KPI)

H. Leistungskennzahlen für die Verwaltung der Steuereinnahmen

Fortschritt bei der Verwaltung der Steuereinnahmen ist definiert als das Erreichen oder Übertreffen der Zielsetzungen nach Tabelle 9 der Technischen Absichtserklärung (TMU).

24. Definitionen:

- **Eine abgeschlossene Prüfung** ist definiert als Prüfung, die formell als im Prüfungsmanagementsystem ELENXIS abgeschlossen gemeldet wird, einschließlich der Abzeichnung durch den Prüfungsleiter, und bei der die Nachforderung im Sinne des Artikels 34 des Steuerverfahrensgesetzes bereits ergangen ist oder zu der im Prüfungsbericht festgestellt wird, dass keine zu niedrige Zahlung erfolgt ist.
- **Prüfungen zu vermögensstarken Privatpersonen (HWI-Prüfung)**, die bei einer juristischen Person durchgeführt werden, die Eigentum der vermögensstarken Privatperson ist oder von ihr beherrscht wird, gelten ebenfalls als HWI-Prüfung, wenn die Prüfung von demselben Prüfer bzw. denselben Prüfern durchgeführt wird wie die bei der betreffenden vermögensstarken Privatperson. Darüber hinaus gelten Prüfungen von Offshore-Gesellschaften zur Identifizierung der natürlichen Personen, der die Offshore-Gesellschaft gehört oder die diese beherrscht, ebenfalls als HWI-Prüfung. Diese Prüfungen werden gesondert gemeldet.
- **Beitreibung neuer Steuerschulden** bezeichnet die Beitreibung der im Zeitraum zwischen dem 1. Dezember des Vorjahres und dem 30. November des laufenden Jahres entstandenen Schulden, ausschließlich Schuldpositionen nichtsteuerlicher Art, die die Steuerbehörde im Auftrag anderer öffentlicher Stellen betreibt, wie beispielsweise steuerähnliche Abgaben und Bußgelder, Mieten, Leistungen, Darlehen, sonstige steuerähnliche Abgaben, sonstige nichtsteuerliche Strafen, Steuermarken, Belastungen und sonstige nichtsteuerliche Bußgelder sowie andere Beitragsleistungen.

- **Beitreibung alter Steuerschulden** bezeichnet die Beitreibung von Schulden im laufenden Jahr, die vor dem 30. November des Vorjahrs entstanden sind.
- **Aktuelle Steuerprüfungsfälle (fresh tax audit cases)** sind abgeschlossene Prüfungsfälle betreffend Veranlagungszeiträume, Wirtschaftsjahre, Fälle, Perioden oder Verpflichtungen, die sich auf die letzten fünf Jahre beziehen, einschließlich des Jahres, in dem eine Entscheidung des Leiters der IAPR (unabhängige Steuerbehörde) erlassen wurde, mit der die vordringlichen Fälle definiert werden.
- **Prüfungen auf Anordnung von Strafverfolgungsbeamten:** Die Anzahl der Prüfungen auf Anordnung von Strafverfolgungsbeamten bezeichnet die Anzahl an Prüfungsanordnungen (pro TIN)⁶, die auf Anordnung von Strafverfolgungsbeamten ergehen (eine Anweisung eines Strafverfolgungsbeamten kann mehr als eine Prüfungsanordnung betreffen).
- **Dienste für Steuerpflichtige** Die Leistungskennzahl (*Key Performance Indicator*, KPI) ist eine Kennzahl, die wie folgt definiert ist: Der Zähler ist die Anzahl der MwSt-Erstattungsansprüche, die während des Quartals und innerhalb von 90 Tagen bezahlt oder abgelehnt wurden. Der Nenner ist die Summe aus Zähler und Anzahl der unerledigten MwSt-Erstattungsansprüche, bei denen am Quartalsende 90 Tage verstrichen sind. Die Frist von 90 Tagen bezieht sich auf den Zeitraum zwischen der Geltendmachung eines Anspruchs und der erfolgten Abschlusszahlung an den Anspruchsberechtigten bzw. der Mitteilung an den Steuerpflichtigen, dass der Anspruch ausgezahlt werden kann, eine Verrechnung erfolgt ist oder der Anspruch zurückgewiesen wurde.
- **Fristgerecht entrichtete Steuer:** Der Zähler ist die fristgerecht entrichtete Steuerschuld zwischen Jahresbeginn und Quartalsende; der Nenner ist die insgesamt festgesetzte Steuerschuld, die von Jahresbeginn bis Quartalsende zu zahlen ist.
- **Vollstreckungsmaßnahmen:** Der Indikator ist als eine Bruchzahl definiert, deren Zähler aus der Gesamtzahl der Schuldner besteht, gegen die die IAPR am Quartalsende Vollstreckungsmaßnahmen einleitet, und deren Nenner aus der Gesamtzahl der Schuldner besteht, gegen die die IAPR zum selben Zeitpunkt rechtmäßig Vollstreckungsmaßnahmen einleiten könnte. Zu den Vollstreckungsmaßnahmen zählen definitionsgemäß die folgenden Maßnahmen: Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse, Pfändungen durch Dritte (einschließlich elektronischer Pfändungen), Versteigerungen, Hypotheken, Bestellung von Pfandrechten an Vermögenswerten, Forderungspfändungen betreffend die Einkünfte oder Vermögenswerte, Beschlagnahme. Schuldner, die rechtlich nicht verfolgt werden können, sind vom Nenner ausgenommen.⁷
- **Kontrolle durch mobile Einheiten:** Kontrollen durch Einheiten der Zollverwaltung, die im gesamten Hoheitsgebiet und nicht an festen Standorten tätig sind. Diese Kontrollen umfassen: die Bewegung und Lagerung von verbrauchssteuerpflichtigen Waren (überwiegend), gefälschten Waren, Drogen usw. und der rechtmäßige Besitz und die rechtmäßige Nutzung von Fahrzeugen.

25. **Datennachweis.** Die IAPR stellt spätestens drei Wochen nach Ende des jeweiligen Monats im *Tax Administration Monitor* Monatsdaten unter anderem über Folgendes bereit:

- Bestand, Beitreibung und Abschreibung von Steuerschulden (alte, neue und nach Einheit für Großschuldner (LDU));
- Anzahl der Schuldner, gegen die Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet wurden;

⁶ TIN: Steueridentifikationsnummer (obligatorisch für jeden Steuerpflichtigen). Eine einzelne Anordnung eines Strafverfolgungsbeamten kann sich auf mehrere Steueridentifikationsnummern beziehen.

⁷ Gemäß den Rechtsvorschriften können Schuldner, deren ausstehende Schulden einer Teilzahlungsregelung, einer gerichtlich angeordneten Aussetzung in Höhe von 500 EUR oder weniger (Schulden ohne Zinsen und Zuschläge) unterliegen und als uneinbringlich gelten, nicht verfolgt werden.

- festgesetzte Steuern und Bußgelder⁸, Beitreibung von festgesetzten Steuern und Bußgeldern, Prozentanteil der aktuellen Steuerprüfungsfälle (*fresh audit cases*) an der Gesamtzahl der abgeschlossenen Prüfungen, Bestand an prioritären Prüfungsfällen sowie Zugänge und Abgänge dieser Fälle. Die Daten werden für das Prüfungszentrum für große Steuerpflichtige (KEMEP), das Prüfungszentrum für vermögensstarke Privatpersonen (KEFOMEPE), kommunale und regionale Steuerzentren (DOY), FAE und die Dienststelle für Ermittlungen und Sicherstellung öffentlicher Einnahmen (YEDDE) bereitgestellt;
- Bestand, Zahlung und Ablehnung von Steuererstattungsansprüchen (innerhalb von 90 Tagen des entsprechenden Zeitraums oder später, für Mehrwertsteuer, Körperschaftsteuer und Einkommensteuer);
- Fristgerechte Zahlung von Mehrwertsteuer, Einkommen- und Grundsteuer: Erhebung von Steuern, die entrichtet werden, bevor sie überfällig werden. Beträge, die gezahlt werden, nachdem sie überfällig wurden, werden ebenfalls in der Tabelle aufgeführt;
- von der Einheit für die Streitbeilegung registrierte und abgeschlossene Fälle unter Angabe der Anzahl der Fälle, die innerhalb der Frist abgeschlossen wurden (durch ausdrücklichen Beschluss oder durch Zurückziehung des Antrags) und die durch implizite Ablehnung abgeschlossen wurden. Die Tabelle umfasst außerdem Anträge auf Aussetzung;
- monatlichen Bericht der 15 Standardtabellen über die Steuerbeitreibung nach Art der Steuer, Alter der Steuer, Betrag der fälligen Schulden, Status des Schuldners;
- Ratenzahlungsregelungen unter Angabe der Beträge und der Anzahl der Schuldner.

I. Leistungskennzahlen der Beitreibung von Sozialversicherungsbeiträgen

Die Fortschritte bei der Beitreibung von Sozialversicherungsbeiträgen werden als das Erreichen oder Übertreffen der in Tabelle 11 des TMU aufgeführten Ziele definiert.

26. Definitionen: Die Erfüllung der Zahlungspflicht gegenüber Sozialversicherungsträgern entspricht dem Verhältnis des Betrags der im laufenden Jahr an den einheitlichen Sozialversicherungsträger EFKA gezahlten Sozialversicherungsbeiträge geteilt durch den für jeden Berichtszeitraum in Rechnung gestellten oder gemeldeten Betrag ausgedrückt in Prozent.

27. Datennachweis. EFKA ist aufgefordert, spätestens drei Wochen nach dem jeweiligen Monatsende eine monatliche Meldung zu Folgendem vorzulegen: Gesamtbetrag der gezahlten Sozialversicherungsbeiträge (Stromgrößen), Gesamtbetrag der in Rechnung gestellten oder gemeldeten Sozialversicherungsbeiträge (Stromgrößen), Höhe der geschuldeten Sozialversicherungsbeiträge, die an die KEAO (Zentralstelle für die Beitreibung von Beitragsrückständen in der Sozialversicherung) abgegebenen wurden und Beitreibung geschuldeter Sozialversicherungsbeiträge durch die KEAO.

J. Leistungskennzahlen der öffentlichen Haushaltsführung

Die Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen im Bereich öffentliche Haushaltsführung werden als das Erreichen oder Überschreiten der Untergrenzen und das Einhalten oder Unterschreiten der Obergrenzen gemäß den in Tabelle 10 des TMU festgesetzten Zielen definiert.

28. Definitionen:

⁸ Aus Gründen der Kohärenz und der Vollständigkeit umfassen die Festsetzungen auch Informationen über Aufhebungen aufgrund fehlerhafter Festsetzung, die einige Monate nach der Festsetzung erfolgen können. Der Prozentanteil der Beitreibung wird auf Grundlage der festgesetzten Nettobeträge berechnet.

- **Beim Staat eingegangene Rechnungen** sind Rechnungen oder andere entsprechende Dokumente, die eine Zahlungsaufforderung enthalten, die (einhergehend mit einem Einreichungsdokument) von Ministerien bei den Steuerprüfungsämtern (FAO) oder von Lieferanten bei den Generaldirektionen für Finanzdienstleistungen (GDFS), nachdem die Zuständigkeit für die Finanzdienstleistung von den FAO auf die GDFS übertragen wurde, zur Zahlung eingereicht wurden und Angaben zum Datum, an dem die Fachressorts die Rechnung von Lieferanten erhalten haben, oder zu den Daten nach Festlegung in der Richtlinie über den Zahlungsverzug enthalten.
 - **Unbearbeiteter Rentenantrag** bezeichnet einen von einer versicherten oder anspruchsberechtigten Person gestellten Antrag auf Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenrente. Der Rentenanspruch gilt als unbearbeitet, wenn bis zum Ende des auf den Monat der Antragsstellung folgenden Monats nicht über die Berechtigung und den fälligen Betrag des Anspruchs entschieden wurde.
 - **Tatsächlicher Transfer aller Sozialversicherungen an den EOPYY** bezeichnet die Höhe des Geldtransfers an den EOPYY und die von allen Sozialversicherungsträgern für Rechnung von EOPYY seit Jahresbeginn geleisteten Ausgaben. Der von sämtlichen Sozialversicherungsträgern auf den EOPYY zu übertragende Betrag entspricht den im gleichen Zeitraum von sämtlichen Sozialversicherungsträgern im Auftrag des EOPYY erzielten Einnahmen, die als 6 Prozent auf den höheren Betrag der von jedem Rentner bezogenen monatlichen Nettorente (nach Maßnahmen) sowie 6,45 Prozent auf das monatliche versicherungspflichtige Einkommen jedes Arbeitnehmers berechnet werden. Der genaue Betrag des versicherungspflichtigen Einkommens wird ex post anhand der monatlichen Abgabe von analytischen periodischen Erklärungen (*Analytical Periodic Declarations*) berechnet.
 - **Dem EOPYY von staatlichen Krankenhäusern elektronisch übermittelte Anträge auf Erstattung der Behandlungskosten** sind Anträge (Rechnungen und Begleitdokumente) unter Anwendung von griechischen diagnosebezogenen Fallgruppen (KEN-DRGs) und/oder Krankenhausgebühren, die dem EOPYY elektronisch für versicherte Patienten zu stationären Leistungen mit einem Aufenthalt von mindestens einer Nacht übermittelt werden. Für jede stationäre Leistung ist höchstens ein Antrag gestattet.
- 29. Datennachweis.** Folgende zusammenfassende Informationen sind bereitzustellen: i) Bestand der nicht ausgezahlten bearbeiteten Rentenanträge (Anzahl und Gesamtwert der Antragsansprüche), ii) Bestand der nicht ausgezahlten unbearbeiteten Rentenanträge (Anzahl und Gesamtwert der Antragsansprüche) vom Ministerium für Arbeit, iii) Anzahl der Tage und Bearbeitungszeiten der eingegangenen Rechnungen, gezahlten Rechnungen und nach Prüfung abgelehnten Rechnungen von der Staatsregierung (einschließlich Finanzministerium und Fachressorts), sowie Rechnungen, die seit dem Zeitpunkt des Rechnungseingangs oder den anderen in der Richtlinie über den Zahlungsverzug festgelegten Daten für einen Zeitraum, der die in der Richtlinie über den Zahlungsverzug festgesetzte Obergrenze für die Anzahl der Tage überschreitet, weder gezahlt noch abgelehnt wurden, iv) Betrag des Geldtransfers für die Übertragung aller Sozialversicherungsträger auf den EOPYY, der von allen Sozialversicherungsträgern im Namen des EOPYY geleisteten Ausgaben und der von allen Sozialversicherungsträgern im Auftrag des EOPYY erzielten Einnahmen, v) Anzahl der von privaten Einrichtungen (einschließlich privater Krankenhäuser, Kliniken, Diagnosezentren usw.) beim EOPYY für versicherte Patienten eingereichten Anträge und die Anzahl der vollumfänglichen Prüfungen, die der EOPYY zu diesen Anträgen durchgeführt hat.

ÜBERWACHUNG DER HAUSHALTPOLITISCHEN UND STRUKTURELLEN MASSNAHMEN

K. Eventualmechanismus

30. Definition. Im Sinne von Artikel 233 Absatz 10a des Gesetzes 4389/2016 (FEKA94) findet der Übergang von dem von Eurostat übermittelten gesamtstaatlichen Ergebnis zu den Bedingungen der Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität gemäß den Vorgaben in Abschnitt G des vorliegenden Dokuments statt, wobei der Ergebniswert um den Betrag der Staatsausgaben erhöht wird, die 0,15 Prozent des BIP überschreiten und infolge der standardisierten Inanspruchnahme von Garantien gemäß den Unterabschnitten bb und cc von Fall a aus Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes 2322/1995 in der aktuell geltenden Fassung getätigt wurden.

31. Definition. Bei Aktivierung des Eventualmechanismus (Artikel 233 des Gesetzes 4389/2016) sollten die Ausgabenanpassungen unter Berücksichtigung etwaiger negativer Auswirkungen auf die gesamtstaatlichen Einnahmen, wie beispielsweise die sich ergebenden direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, berechnet werden, sodass die Haushaltseinsparungen aus diesen Ausgabenanpassungen *abzüglich etwaiger negativer Auswirkungen auf die Einnahmen* der Haushaltsanpassung entsprechen, die zur Korrektur der festgestellten Abweichung (wie in Artikel 233 Absätze 3 und 10a des Gesetzes 4389/2016 dargelegt) erforderlich ist. Die Nettoeinsparungen des Haushalts aus der Ausgabenanpassung werden durch Abzug der nachstehend aufgeführten Anteile der geschätzten Bruttoeinsparungen berechnet: i) Renten: 15 Prozent; ii) Löhne und Gehälter: 45 Prozent; iii) Waren und Dienstleistungen: 19,3 Prozent iv) sonstige Kategorien: 0 Prozent. Bei Aktivierung des Eventualmechanismus und Verabschiedung eines Präsidialerlasses zur Durchführung von Ausgabenanpassungen darf die maximale Anpassung der diskretionären Ausgabenkategorien nach unten 5 Prozent der Haushaltsobergrenzen der entsprechenden Kategorie für das Jahr der Anwendung nicht überschreiten. Diskretionäre Ausgabenkategorien sind alle Kategorien, die weder Rentenleistungen (Hauptrente, Zusatzrente, Kapitalabfindung, EKAS) noch Gehälter/Löhne des öffentlichen Dienstes umfassen.

32. Datennachweis. Wie in Absatz 9 Buchstabe b des gesetzlich verfügten Mechanismus dargelegt, ist bei einer unterplanmäßigen Entwicklung der Wachstumsrate des realen BIP von über 0,5 Prozentpunkten die mit Ausgabenkürzungen im Rahmen des Mechanismus zu korrigierende Abweichung um die Hälfte der Differenz zu reduzieren, die sich aus der Prognose für die Wachstumsrate des realen BIP laut nachstehender Tabelle und der in der jährlichen Bekanntmachung von ELSTAT für März vorgesehenen Wachstumsrate des realen BIP ergibt.

Tabelle 8. Makroökonomische Prognosen

	2017	2018
	Tats.	Progn.
Reales BIP (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	1,4%	1,9%

Quelle: griechische Behörden; Mitarbeiter von Europäischer Kommission, EZB und IWF

L. Paket für den Zeitraum nach Programmabschluss

33. Zentrale Forderung. Zur Erfüllung einer zentralen Forderung werden die Behörden im Mai 2018 die Umsetzung der Maßnahmen zur Einkommensteuer auf das Jahr 2019 vorziehen, wenn der IWF in Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und den griechischen Behörden im Rahmen der abschließenden Programmüberprüfung zu dem Schluss gelangt, dass auf Grundlage einer transparenten vorausschauenden Bewertung eine vorgezogene Umsetzung erforderlich ist, um ohne wachstumsschädliche Maßnahmen das vereinbarte Haushaltsziel eines Primärüberschusses von 3,5 Prozent des BIP im Jahr 2019 zu erreichen; sofern erforderlich, werden sie im

Einvernehmen mit den Institutionen außerdem Rechtsvorschriften erlassen, um sicherzustellen, dass das Haushaltsziel auf wachstumsfördernde Weise genau erreicht wird. Zusätzlich werden die Behörden im Mai 2018 auf Grundlage einer Bewertung und Vereinbarung durch alle Institutionen in Absprache mit den griechischen Behörden im Anschluss an ein transparentes Verfahren die sekundärrechtlichen Vorschriften erlassen, die zur Umsetzung des expansiven Pakets erforderlich sind, das im Jahr 2019 anlaufen soll. Der Umsetzungsumfang wird sich nach der von den Institutionen vorausgerechneten Übererfüllung der vereinbarten mittelfristigen Ziele richten – unter der Annahme, dass die restriktiven Maßnahmen bereits im Basisszenario berücksichtigt sind –, damit die Erfüllung der Ziele gewährleistet ist.

Renten

34. Definition. Ab dem 1. Januar 2019 gilt die mit dem Rentengesetz 4387/2016 eingeführte Formel zur Berechnung der Hauptrentenleistungen für alle aktuellen Renten und die den Übergangsregelungen gemäß Artikel 6 des Gesetzes 4387/2016 (Umgestaltung) unterliegenden Renten, bei denen die Differenz zwischen der umgestalteten und aktuellen Rente als individuelle Differenz bezeichnet wird (Artikel 14 Absatz 2 des Gesetzes 4387/2016). Diese individuelle Differenz wird, falls sie negativ ist (nach Umgestaltung niedriger als die aktuelle Rente), 2019 aufgehoben, wobei die sich ergebende Kürzung der Hauptrente, einschließlich Familienbeihilfen, auf 18 Prozent begrenzt ist. Die verbleibenden negativen individuellen Differenzen werden gemäß Artikel 14 des Gesetzes 4387/2016 aufgehoben. Ab dem 1. Januar 2019 gilt die mit dem Rentengesetz 4387/2016 eingeführte Formel zur Berechnung der Zusatzrentenleistungen für alle aktuellen Renten (Umgestaltung) unter Aufhebung der verbleibenden individuellen Differenzen, wobei die sich ergebende Kürzung der Zusatzrente auf 18 Prozent begrenzt ist. Darüber hinaus wird die Inflationsindexierung (Artikel 14 Absatz 3 des Gesetzes 4387/2016) im Zeitraum 2019–2022 für alle Renten ausgesetzt. Durch diese Maßnahmen sollen im Zeitraum 2019–2022 Nettoeinsparungen in Höhe von 1 Prozent des BIP erzielt werden.

Einkommensteuerfreibetrag

35. Definition. Ab dem 1. Januar 2020 wird der Steuerfreibetrag des Einkommens aus Arbeitsentgelt, Renten und Landwirtschaft von den aktuellen nach der Anzahl der Kinder differenzierten Abstufungen (von 1.900 EUR bis 2.100 EUR) um 650 EUR verringert, um Einsparungen in Höhe von 1 Prozent des BIP (abzüglich weiterer Maßnahmen) zu generieren.

	Kinderlos	Ein Kind	Zwei Kinder	Drei Kinder
Bislang	1.900 €	1.950 €	2.000 €	2.100 €
Vorabmaßnahme	1.250 €	1.300 €	1.350 €	1.450 €

Expansives Steuerpaket

36. Definition: Das *wachstumsfördernde Steuerpaket*, dessen Nettoumfang dem Ertrag aus der Einkommensteuerreform entspricht, umfasst i) eine Senkung der Einkommensteuersätze und des Solidaritätszuschlags mit mittelfristigen Auswirkungen auf den Staatshaushalt in Höhe von 0,8 Prozent des BIP, ii) eine Senkung der Körperschaftsteuersätze mit mittelfristigen Auswirkungen auf den Staatshaushalt in Höhe von 0,1 Prozent des BIP und iii) eine Senkung der Grundsteuer (ENFIA) mit einem Ertrag von 0,1 Prozent des BIP.

37. Definition. Eine Senkung der Einkommensteuersätze und des Solidaritätszuschlags mit einem Ertrag von 0,8 Prozent des BIP. Eine Senkung des niedrigsten Einkommensteuersatzes von

22 Prozent auf 20 Prozent für gebündelte Erwerbs- und Unternehmenseinkünfte und für landwirtschaftliches Einkommen (mittelfristige Auswirkungen in Höhe von 0,5 Prozent des BIP).

38. Definition: Eine Senkung des Solidaritätszuschlags. Eine progressive Änderung der Tabelle der Grenzsteuersätze für den Solidaritätsbeitrag unter Beibehaltung der geltenden Einkommensschwelen (geschätzte mittelfristige Auswirkungen in Höhe von 0,3 Prozent des BIP):

Bemessungsgrundlage	Steuersatz
0-12,000	0 %
12,001-20,000	0 %
20,001-30,000	0 %
30,001-40,000	2 %
40,001-65,000	5 %
65,001-220,000	9 %
220,001+	10 %

39. Definition. Eine Senkung der Körperschaftsteuersätze mit einem Ertrag von 0,2 Prozent des BIP im Jahr 2020. Eine Senkung der Körperschaftsteuersätze von 29 Prozent auf 26 Prozent für alle juristischen Personen mit Ausnahme der Kreditinstitute in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes 4261/2014. Für Letztere gilt der gegenwärtige Körperschaftsteuersatz von 29 Prozent fort.

40. Definition. Eine Senkung der Grundsteuer (ENFIA) mit einem Ertrag von 0,1 Prozent des BIP. Die ENFIA-Hauptsteuer wird für jeden Steuerpflichtigen mit einer ENFIA-Gesamtsteuer (Grundlage + Ergänzungsabgabe) von bis zu 700 EUR um 30 Prozent gesenkt, wobei die Senkung auf einen Betrag von 70 EUR begrenzt ist. Für die Begünstigten nach Artikel 7 Absatz 1 des ENFIA-Gesetzes 4223/2013 wird diese Höchstgrenze verdoppelt. .

Expansives Ausgabenpaket

41. Definition: Die *wachstumsfördernden Ausgabenmaßnahmen* umfassen Folgendes: i) gezielte Sozialausgaben, darunter die Einführung von Wohngeld (0,3 Prozent des BIP), eine Erhöhung des reformierten Kindergelds (0,1 Prozent des BIP), Schulverpflegung (0,1 Prozent des BIP), Kindergarten-/Vorschulbildung (0,1 Prozent des BIP), bedürftigkeitsabhängige Verringerung der Zuzahlung für Gesundheitsleistungen (0,1 Prozent des BIP), ii) hochwertige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, u. a. für Energieeffizienz, Landwirtschaft (0,15 Prozent des BIP), sowie iii) zuschussfähige aktive Arbeitsmarktmaßnahmen (0,15 Prozent des BIP). Siehe nachstehende Tabelle mit den Ausgabenobergrenzen. Soweit Teile des Sozialleistungspakets auf 2018 vorgezogen wurden, wird die Nutzung von verfügbarem Haushaltsspielraum in Abstimmung mit den Institutionen festgelegt.

Wachstumsfördernde Ausgabenmaßnahmen – Obergrenzen*	Mio. €	% des BIP
Sozialprogramme	1.430	0.7 %
Schulverpflegung	190	0.1 %
Vorschule/Kindergarten	150	0.1 %
Einheitliches Kindergeld	260	0.1 %
Wohngeld	600	0.3 %
Zuzahlung für Arzneimittel	240	0.1 %
Infrastrukturprogramme	300	0.15 %
Energieeffizienz	100	0.1 %
Landwirtschaftliche Infrastruktur	100	0.1 %
Investitionsgesetz	100	0.1 %
Aktive Arbeitsmarktprogramme	260	0.15 %
Gesamtausgaben	2.000	1.0 %
BIP (Mrd. EUR)	199	199

Hinweis: Soweit Teile des Sozialleistungspakets auf 2018 vorgezogen wurden, wird die Nutzung von verfügbarem Haushaltsspielraum in Abstimmung mit den Institutionen festgelegt.

42. Definition: Voraussetzungen für zuschussfähige aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen als Bestandteil des expansiven Ausgabenpakets für den Zeitraum nach Programmabschluss.

43. Definition. Alle als Maßnahmen für den Zeitraum nach Programmabschluss zuschussfähigen aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen müssen in enger Abstimmung mit den bestehenden aktiven Arbeitsmarktprogrammen, einschließlich der durch ESF-Mittel der EU finanzierten Programme, mit der möglichen technischen Unterstützung der Weltbank und nach Abstimmung mit der Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission entwickelt und umgesetzt werden. Die Maßnahmen sind im Rahmen des neuen Bereitstellungsmodells für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Absätze 2.5.3 und 4.1 des ergänzenden Memorandum of Understanding (SMoU)) umzusetzen, wobei eine erweiterte Einstufungsmethodik und individuelle Aktionspläne für Arbeitssuchende sowie eine kontinuierliche Bewertung der Programme einzusetzen ist. Das Spektrum der zuschussfähigen aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kann Folgendes umfassen:

- Unterstützung bei der Arbeitssuche, Gruppenberatung, Betreuungsprogramme
- erweiterte Jugendprogramme mit Schwerpunkt auf jungen Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren (NEET)
- Programme in den Bereichen Berufsausbildung, Betriebspraktikum und Lehrlingsausbildung, die sich in erster Linie an die Privatwirtschaft richten und mit einer Bescheinigung der erworbenen Kenntnisse und Qualifikationen einhergehen
- staatliche Beschäftigungsprogramme („Public Works Plus“) mit umfassenden Aktivierungskomponenten, einschließlich Weiterbildung, die sich an die am schwersten einzugliedernden Bevölkerungsgruppen richten; diese sollten insbesondere auf Bezieher des garantierten Mindesteinkommens abzielen
- Die zuschussfähigen Programme schließen langfristige Lohnkostenzuschüsse oder Programme für hochqualifizierte Arbeitskräfte im privaten oder öffentlichen Sektor aus. Ausbildungsprogramme sollten keine Einkommensbeihilfe für Anspruchsberechtigte umfassen.

M. Steuerpolitik

44. Vorabmaßnahme. Im Bereich der Mehrwertsteuer Beschleunigung der Abmeldeverfahren und Einschränkung von Wiederanmeldungen.

45. **Definition.** *Beschleunigung der MwSt-Abmeldeverfahren, Einschränkung von Wiederanmeldungen.* Überprüfung der Artikel 10 und 11 des Steuerverfahrensgesetzes sowie des Artikels 36 des Mehrwertsteuergesetzes zur Einschränkung der Wiederanmeldungen bei innergemeinschaftlichen Geschäften.
46. **Vorabmaßnahme.** Die Behörden werden sicherstellen, dass die auf den verbleibenden Inseln noch geltenden Mehrwertsteuerrabatte bis Ende Juni 2018 beseitigt werden.
47. **Definition:** Ab dem 1. Juli 2018 werden die für 5 Inseln mit Hotspots für Flüchtlinge (Kos, Leros, Samos, Chios und Lesbos) geltenden besonderen Mehrwertsteuersätze abgeschafft und die aktuellen Sondersätze (4, 9 und 17 %) werden an die für das griechische Festland geltenden allgemeinen Sätze (6,13 und 24 %) angepasst. Nach Abschaffung der Mehrwertsteuerermäßigungen für 32 Inseln ab dem 1. Januar 2018 werden durch die Abschaffung der Ermäßigungen für die 5 restlichen Inseln ab Juli 2018 die Unterschiede bei den Mehrwertsteuersätzen in Griechenland beseitigt.
48. **Vorabmaßnahme:** Kodifizierung und Vereinfachung des Mehrwertsteuerrechts, Anpassung an das Steuerverfahrensgesetz und Schließung vorhandener Gesetzeslücken.
49. **Definition:** Dabei gilt insbesondere Folgendes: Bei Überschreitung des Grenzwerts für das vereinfachte Verfahren ist eine sofortige Wiederanmeldung zum regulären Mehrwertsteuerverfahren erforderlich, d. h. diese erfolgt nicht erst am Ende des Wirtschafts- bzw. Kalenderjahrs.
50. **Vorabmaßnahme:** Durchführung einer technischen Überprüfung des Einkommensteuergesetzes nach dreijähriger Anwendung.
51. **Definition:** Dies umfasst u. a. eine Überprüfung der bestehenden unternehmenssteuerlichen Anreize für Beschäftigung, Filme und Umweltinvestitionen mithilfe technischer Unterstützung sowie die Einbindung aktualisierter und reformierter Bestimmungen in das Einkommensteuergesetz.

Elektronische Auktionen nach dem Gesetz über die Erhebung öffentlicher Einnahmen (KEDE)

52. Als **Vorabmaßnahme** (Abschnitt 2.2 des ergänzenden MoU) wird parallel zur Überprüfung durch das Justizministerium die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) die Effizienz der Anwendung des Gesetzes über die Erhebung öffentlicher Einnahmen auf Auktionen und elektronische Auktionen der Steuerverwaltung überprüfen und, falls erforderlich, entsprechende gesetzliche oder verfahrensrechtliche Änderungen in ihrem Zuständigkeitsbereich vornehmen.

Immobilienbewertung

53. **Vorabmaßnahme.** Bis Mai 2018 werden die Behörden mithilfe technischer Unterstützung Rechtsvorschriften zur Anpassung der Zonenwerte, die der Grundsteuerfestsetzung zugrunde gelegt werden, an die Marktpreise erlassen und ein spezielles Team sowie ein dauerhaftes IT-System für die Neubewertung von Immobilien einrichten. Als Vorabmaßnahme werden die Behörden Rechtsvorschriften erlassen, durch die erforderlichenfalls einnahmenneutral die Steuersätze angepasst und die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer erweitert werden, damit bis August 2018 die ENFIA-Bescheide erstellt werden können (Abschnitt 2.2 des ergänzenden MoU).
54. **Definition.** Die der Immobilienbewertung zugrunde gelegten Zonenwerte werden mithilfe technischer Unterstützung an die Marktpreise angepasst: i) Einrichtung der Arbeitsgruppe für die Neubewertung von Immobilien und der hochrangigen Lenkungsgruppe mit Beteiligung der griechischen Zentralbank und von ELSTAT bis Ende Juni 2017, ii) Zusammenstellung aller

erforderlichen Daten, Abschluss der Klassifizierung von Immobilien und Festlegung der Art der Bewertungsgrundlage und der Bewertungsmethoden für die einzelnen Immobilienkategorien bis Dezember 2017, iii) Bildung eines speziellen Teams und Entwicklung eines dauerhaften IT-Systems für die Neubewertung von Immobilien bis Mai 2018, iv) Verabschiedung von Rechtsvorschriften zur Anpassung der Werte aus der Immobilienbewertung an Marktpreise bis Mai 2018, v) Entwicklung eines ENFIA-Prognosemodells durch das Finanzministerium zusammen mit der unabhängigen Steuerbehörde, damit die Auswirkungen der Anpassung der Werte aus der Immobilienbewertung kalkuliert werden können, bis April 2018, vi) Entwicklung einer Datenbank und eines dazugehörigen Projektplans bis Juni 2018, damit die Bewertungen für die Grundsteuer weiterhin laufend an die Marktwerte angepasst werden können, sowie vii) Erstellung der ENFIA-Bescheide auf Grundlage der neuen Werte bis Ende August 2018. Sollten die Werte aus der Neubewertung von Immobilien zu einem Defizit der ENFIA-Einnahmen gegenüber dem Haushaltsziel von 2,65 Mrd. EUR führen, werden Rechtsvorschriften zur Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage für die ENFIA und Anpassung der Steuersätze als Vorabmaßnahme erlassen, damit das Einnahmziel erreicht wird und damit die Haushaltsneutralität der Reform gewahrt bleibt.

N. Begleichung von Zahlungsrückständen

55. Vorabmaßnahme. Auf Grundlage der Empfehlungen des den Behörden und Institutionen vorliegenden Abschlussberichts werden die Behörden bis Ende April 2018 Korrekturmaßnahmen ergreifen, um strukturelle Probleme anzugehen.

56. Definition. Diese Abhilfemaßnahmen werden auf den Empfehlungen des griechischen Rechnungshofs basieren, die im Anschluss an die Prüfung der Zahlungsrückstände der gesamtstaatlichen Einrichtungen gegenüber Dritten ausgesprochenen werden, und sie werden im Einklang mit der Richtlinie über den Zahlungsverzug (Late Payment Directive) stehen. Der Oberste Rechnungshof wird die Struktur der im Verpflichtungsregister gespeicherten und über das E-Portal gesammelten Informationen zwecks Einrichtung eines umfassenden Überwachungssystems für Ausgabenverpflichtungen, Verbindlichkeiten und Zahlungsrückstände ändern. Der Oberste Rechnungshof wird mit den überprüften Einrichtungen und den betreffenden Ministerien einen Aktionsplan abstimmen, der u. a. einen Zeitplan für die Umsetzung von Empfehlungen systematischer Natur des griechischen Rechnungshofs enthält, darunter die Überarbeitung rechtlicher Rahmenbedingungen sowie Änderungen beim Kassenwesen und der Berichterstattung. Die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) wird auf der Grundlage der Empfehlungen des griechischen Rechnungshofs ihren eigenen Aktionsplan erstellen.

57. Datennachweis. Der Oberste Rechnungshof wird zwei Rundschreiben herausgeben zwecks: a) Prüfung des Verpflichtungsregisters, in dem die im Abschlussbericht des griechischen Rechnungshofs ermittelten Schwachstellen dargelegt werden; b) Einrichtung eines monatlichen Meldesystems, in dem alle gesamtstaatlichen Einrichtungen Art und Grund für den Aufbau neuer Zahlungsrückstände angeben und ihre Pläne für den Abbau bestehender Zahlungsrückstände hinterlegen. Der Oberste Rechnungshof wird einen nach Hauptkategorien unterteilten Entwurf vorlegen, der die Maßnahmen zur Umsetzung der systematischen Empfehlungen des griechischen Rechnungshofs enthält. Die unabhängige Steuerbehörde wird ihren eigenen in Hauptkategorien unterteilten Entwurf eines Aktionsplans auf der Grundlage der Empfehlungen des griechischen Rechnungshofs vorstellen.

O. Rentenreform

58. Definitionen: Zur vollständigen Umsetzung der Rentenreform 2016 (Gesetz 4387/2016) sind folgende Bestimmungen erforderlich:

- Vollständige Zusammenführung aller Versicherten und der dazugehörigen Daten in der zentralen Organisationseinheit EFKA: Bis Mai 2018 werden das gesamte Personal und alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Bearbeitung und Auszahlung staatlicher Renten auf die EFKA übertragen.
- *EKAS*. Die Solidaritätszulage EKAS wird bis Ende 2019 schrittweise abgeschafft, indem sie bis 2018 um 808 Mio. EUR und bis 2019 um 853 Mio. EUR verringert wird.
- *Beitragsregeln*. Die Beitrags- und Rentenbemessungsgrundlage für alle Selbständigen wird erweitert und modernisiert, u. a. durch eine Umstellung von fiktivem auf das tatsächliche Einkommen gemäß den Regeln zum erforderlichen Mindestbeitrag. Die staatlich finanzierten Ausnahmeregelungen werden schrittweise abgeschafft, und die Beitragsregeln für alle Rentenversicherungsträger werden bis Ende 2019 mit der Struktur der Beiträge an die IKA harmonisiert, mit einem Beitragssatz von 20 Prozent unter Einbeziehung besonderer Bestimmungen für Landwirte (vollständige Harmonisierung bis zum 1. Januar 2022) und neu versicherte Selbständige (durch geringere Beiträge in den ersten fünf Jahren der Geschäftstätigkeit, die vor Ablauf des 15. Beitragsjahrs vollständig bzw. zu jedem Zeitpunkt, an dem das Bruttojahreseinkommen 18.000 EUR überschreitet, zu einem Fünftel zurückzuzahlen ist).
- *Leistungen für höhere Beiträge aus vergangenen Jahren*. Leistungen sollten steuerlich neutral und ausschließlich auf Grundlage der im Primärrecht festgelegten Steigerungsraten gewährt werden.
- *Einkommensbemessungsgrundlage für Selbständige*. Ab 1. Januar 2018 wird als Beitragsbemessungsgrundlage für Selbständige das Bruttoeinkommen vor Sozialversicherungsbeiträgen des Vorjahres verwendet. Die Beitragsbemessungsgrundlage wird 2018 vorübergehend um 15 Prozent gesenkt; danach gibt es keine weiteren Reduzierungen.
- *Obergrenzen für Ausgaben und Beiträge*. Die Obergrenzen werden als temporäre Obergrenzen bei 2.000 EUR pro Monat für die Hauptrentenzahlungen und bei 3.000 EUR pro Monat für mehrfache Renten festgesetzt (in beiden Fällen ohne Ausnahmeregelungen) und gelten bis Ende 2018. Die Obergrenze für das zwingend versicherungspflichtige Einkommen zur Berechnung des monatlichen Versicherungsbeitrags von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist der zehnfache Betrag des Anfangsgrundgehalts, das unverheirateten Arbeitnehmern über 25 Jahren jeweils gezahlt wird und derzeit bei 586,08 EUR liegt. Entsprechend ist eine Beitragsobergrenze in Höhe von 5.860,80 EUR vorgesehen. Die Bezugsgröße für den Mindesttageslohn eines ungelerten Arbeiters zur Festsetzung der Rentenansprüche entspricht dem zum Datum der Veröffentlichung des Gesetzes 4387/2016 geltenden Betrag.
- *Einheitliche harmonisierte Regelungen für Leistungen*. Die Regelungen für Invaliditätsleistungen und beitragsabhängige Sozialleistungen müssen bis Juni 2018 vereinheitlicht werden, ohne dass es zu einer Erhöhung der Ausgaben kommt.
- *Umgestaltung*. Die gegenwärtigen Renten werden auf Grundlage der neuen Parameter der einheitlichen Rentenformel, die auf die rentenfähigen Einkünfte zum aktuellen Wert angewandt wird, umgestaltet – mit Ausnahme der OGA. Die Neuberechnung wird durch die Erfassung automatischer elektronischer Aufzeichnungen zu Rentnern, die u. a. vollständige Angaben zur Historie der Beschäftigungsdauer und zu rentenfähigen Einkünften umfassen, gestützt. In Fällen, in denen eine Wiederherstellung der Daten nicht möglich ist, werden mit den Institutionen zu vereinbarende Imputationsverfahren angewandt. Bei über ETEAP versicherten Personen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes 4387/2016 in Rente gehen, werden die bis 2014 entstandenen Ansprüche mit einer Steigerungsrate von 0,45 neu berechnet, um sie an das gegenwärtige fiktiv beitragsorientierte System anzupassen und höhere Beitragssätze als die in den harmonisierten Beitragsregeln festgelegten Sätze zu berücksichtigen. Die Berechnung von Kapitalabfindungen zur Ablösung von Rentenansprüchen wird zur Gewährleistung der versicherungsmathematischen Gerechtigkeit überarbeitet.
- *Einfrieren der Renten*. Die individuelle Neuberechnung der Rentenleistung ist als Vorabmaßnahme abzuschließen.

- **Die Berechnung und Bearbeitung von Rentenanträgen:** Die Behörden werden als Vorabmaßnahme alle rechtlich und technisch machbaren Anträge auf eine Hauptrente aus dem Jahr 2016 und 30 Prozent der Anträge auf eine Hauptrente aus dem Jahr 2017 sowie mindestens 13.800 Anträge auf eine Zusatzrente, die im Zeitraum 1.1.2015 bis 31.12.2016 gestellt wurden, berechnen und bearbeiten.
- **Erfassung von Versicherungshistorien.** Die Behörden erfassen Daten zu Versicherten mit einem Schwerpunkt auf Versicherte über 55 Jahre und stellen dabei sicher, dass 50 % der entsprechenden Daten in das System eingegeben werden. Weitere 40 % werden bis Juni 2018 erfasst und der Vorgang soll bis Programmende abgeschlossen sein.
- **Effizienzsteigerungen durch Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger im einheitlichen Sozialversicherungsträger EFKA.** Die Behörden werden den im Rahmen der zweiten Überprüfung verabschiedeten Aktionsplan umsetzen. Qualifiziertes Personal wird in andere Verwaltungen versetzt, darunter die KEAO, die nationalen Behörden für Versicherungsmathematik und der nationale Träger für Gesundheitsleistungen EOPYY, um deren Arbeitsfähigkeit zu steigern.
- **Helios-Berichte.** Die Behörden werden weiterhin regelmäßig die Helios-Berichte veröffentlichen.
- Da die EDOEAP dem offiziellen Eurostat-Gutachten zufolge dem Sektor Staat zuzuordnen ist (ESA2010-Definition), werden die Behörden in Abstimmung mit den Institutionen und im Einklang mit dem Urteil 5/2002 des Obersten Gerichtshofs als Vorabmaßnahme bis Juni 2018 alle notwendige Maßnahmen ergreifen, darunter solche, mit denen die vollständige Anpassung an die ETEAEP-Regelungen im Sinne der Artikel 96 und 97 des Gesetzes 4387/2016 ohne weitere Finanzmittel für Rentenleistungen zusätzlich zu den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen im Sinne des Artikels 97 des Gesetzes 4387/2016 sichergestellt wird, sowie weitere Maßnahmen, die erforderlich sind, um zu gewährleisten, dass es zu keiner staatlichen Finanzierung des Defizits der EDOEAP kommen kann. Die notwendigen primären Rechtsvorschriften, Ministerialerlasse und Rundschreiben mit Umsetzungsbestimmungen müssen als *Vorabmaßnahme* veröffentlicht werden. Zusätzliche Einnahmen (sofern vorhanden) können nur zur Finanzierung von EDOEAP-Gesundheitsdienstleistungen verwendet werden.

P. Reform des Gesundheitssystem

Vorabmaßnahmen für die vierte Überprüfung

Registrierung von Patienten bei Hausärzten

59. Forderung. Als Vorabmaßnahme a) werden bis Mai 2018 sämtliche Inhaber einer Sozialversicherungsnummer (AMKA) den verfügbaren Hausärzten abschließend zugewiesen b) wird das verpflichtende Patientenregistrierungssystem bei einem Hausarzt, der eine Filterfunktion haben wird, bis Ende Mai 2018 abgeschlossen und voll einsatzfähig sein; die Filterfunktion des Hausarztes bei der Überweisung an den Facharzt soll im Laufe des Jahres 2018 schrittweise eingeführt werden.

60. Definition. Alle Patienten müssen bei ihrem Allgemeinarzt registriert sein.

61. Konkrete Forderungen. Es müssen alle zur Umsetzung der verpflichtenden Registrierung erforderlichen rechtlichen Schritte (auf primär- und/oder sekundärrechtlicher Ebene) ergriffen werden. Zuweisung sämtlicher Inhaber einer Sozialversicherungsnummer (AMKA) zu den verfügbaren Hausärzten (das offizielle Dokument wird von den Behörden bereitgestellt). Aus der offiziellen Veröffentlichung auf der Website des Gesundheitsministeriums/EOPYY zum Registrierungsverfahren und seinen Auswirkungen soll eindeutig hervorgehen, dass die Bürger nach der Registrierung bei einem Hausarzt (öffentlich oder Vertragsarzt der EOPYY) a) für mindestens sechs Monate an diesen Arzt gebunden sind, bevor ein Wechsel möglich ist; b) keinen anderen

Hausarzt aufsuchen dürfen außer als Selbstzahler (bei Vertragsärzten der EOPYY); c) von diesem Hausarzt an einen Vertragsfacharzt überwiesen werden müssen. Nachweis über die Information der registrierten Patienten: offizielle Informationsvorlage wird als offizielles Dokument bereitgestellt; vollständige Liste der Patienten, die sich innerhalb eines Gebiets registriert haben und denen die offizielle Mitteilung weitergeleitet wurde und die somit über die Veränderungen im System informiert wurden. Festlegung der Modalitäten für die Registrierung von Patienten bei Hausärzten (dazu gehören eine Feststellung, auf welchem Weg die Registrierung am besten erfolgen soll, und die Verbreitung von Informationen, die möglichst alle Bürger erreichen sollen, z. B. Internetauftritt, Kampagnen usw.)

Verringerung der sektorspezifischen Rückforderungen

62. Forderung. Als Vorabmaßnahme werden die Behörden bis April 2018 die 14 Maßnahmen des EOPYY-Aktionsplans zur Reduzierung der Mehrausgaben umsetzen.

63. Konkrete Forderungen. Die Behörden werden die notwendigen Rechtsvorschriften des Primär- und Sekundärrechts vorlegen, die die Aufstellung der neuen Maßnahme(n) formalisieren, und sämtliche technischen und administrativen Schritte abschließen und dokumentieren, die zur vollständigen Umsetzung der Maßnahmen erforderlich sind.

Rückforderungen aus vergangenen Zeiträumen

64. Forderung. Als Vorabmaßnahme wird die EOPYY das Rechtsverfahren zur Verrechnung der verbleibenden offenen Rückforderungen (2013-2015) für alle ausstehenden Beträge, mit Ausnahme derjenigen, die rechtlich/technisch nicht verrechnet werden können, abschließen.

65. Konkrete Forderungen. Primär- und/oder sekundärrechtliche Vorschriften (falls erforderlich) in Verbindung mit Informationsschreiben, in denen die Quantifizierung der fälligen Beträge und Nachweise über vom EOPYY gegen die betroffenen Anbieter eingeleitete rechtliche Schritte ausführlich beschrieben werden. Für alle Beträge, die rechtlich/technisch nicht verrechnet werden können, müssen Nachweise zu den objektiven Hürden erbracht werden, indem in einem detaillierten Informationsschreiben Folgendes dargelegt wird: 1) Art der Hürden, die eine Verrechnung unmöglich machen, 2) Erklärung der getroffenen Maßnahmen zur Überwindung der Hürden, 3) detaillierte Aufstellung der vom Anbieter geschuldeten/fälligen Beträge (Anbieter können anonymisiert werden). Dem Schreiben muss ein kurzer Vermerk beiliegen, in dem die Strategie zur Behebung dieser Probleme dargelegt wird, sollten diese in Zukunft gelöst werden können (z. B. die strittigen Beträge, über die in Zukunft entschieden werden soll).

Erhebung von Rückzahlungen aus dem 1. Halbjahr 2017 in Raten

66. Forderung. Alle noch ausstehenden Rückforderungsbeträge für 2016 werden als Vorabmaßnahme für Gesundheitsdienstleister verrechnet und erhoben. Die Berechnung der Rückforderungen für das 1. Halbjahr 2017 wird bis Januar 2018 abgeschlossen, und die Rückforderungen werden gemäß dem folgenden Zeitplan erhoben/verrechnet: 12 Raten außer für Anbieter, für die die zurückgeforderten Beträge nach dieser Tabelle 10 % ihrer Einnahmen ausmachen würden; In diesem Fall erfolgt die Erhebung/Verrechnung in 24 Raten, **als Vorabmaßnahme** (s. Tabelle unten). Für Pharmaunternehmen gilt dieser Rückzahlungsplan auch für die ausstehenden Rückforderungen aus 2016.

67. Konkrete Forderungen. Vorlage eines Informationsschreibens mit Berechnung der Rückforderungen zusammen mit dem Plan für die monatliche Erhebung von Rückforderungen in 12 oder 24 Monaten, je nachdem, ob die Rückzahlung in 12 Monatsraten 10 % der Einnahmen des Anbieters übersteigt (unter Angabe der monatlich erhobenen Beträge); Nachweis über die den Dienstleistern übermittelten Bescheide über fälligen Beträge; Dokumentation der Begleichung fälliger Beträge durch alle Beteiligten. Dies betrifft das Jahr 2017 für Gesundheitsdienstleister und die Jahre 2016 und 2017 für Pharmaunternehmen.

68. Für Anbieter, bei denen 12 Monatsraten 10 % der Einnahmen oder weniger ausmachen (für 2017 bei Gesundheitsdienstleitern sowie für 2016 und 2017 bei Pharmaunternehmen), verschiebt sich der Zeitplan um zwei Monate.

Leistungs- erbringung	Jan 2018	Feb 2018	Mrz 2018	April 2018	Mai 2018	Jun 2018	...	Dez 2018
Datum der Rechnungs- vorlage	Feb 2018	Mrz 2018	April 2018	Mai 2018	Jun 2018	Jul 2018	...	Jan 2019
Zahlung	April 2018	Mai 2018	Jun 2018	Jul 2018	Aug 2018	Sep 2018	...	Mrz 2019
Erhebung der Rückforderungen*	1. Rate von 12	2. Rate von 12	3. Rate von 12				...	12. Rate von 12

* 2017 bei Gesundheitsdienstleistern; 2016 und 2017 bei Pharmaunternehmen.

69. Für Anbieter, bei denen 12 Monatsraten über 10 % der Einnahmen ausmachen (für 2017 bei Gesundheitsdienstleitern, für 2016 und 2017 bei Pharmaunternehmen).

Leistungs- erbringung	Jan 2018	Feb 2018	Mrz 2018	April 2018	Mai 2018	Jun 2018	...	Dez. 19
Datum der Rechnungs- vorlage	Feb 2018	Mrz 2018	April 2018	Mai 2018	Jun 2018	Jul 2018	...	Jan 2020
Zahlung	April 2018	Mai 2018	Jun 2018	Jul 2018	Aug 2018	Sep 2018	...	Mrz 2020
Erhebung der Rückforderungen*	1. Rate von 24	2. Rate von 24	3. Rate von 24				...	24. Rate von 24

* 2017 bei Gesundheitsdienstleistern; 2016 und 2017 bei Pharmaunternehmen.

Verlängerung der Rückforderungsobergrenzen

70. Forderung. Die Rückforderungsobergrenzen 2018 für Diagnostik, Privatkliniken und Arzneimittel (ambulant und stationär) sowie sonstige Posten, für die bereits Rückforderungen geltend gemacht werden können, einschließlich derer, die als Vorabmaßnahme hinzugefügt werden

(dies bezieht sich auf die Kategorie „sonstige Posten“ im EOPYY-Haushalt einschließlich Optiker- und spezifischer Bildungsleistungen je nach einschlägiger Vorabmaßnahme) werden per Gesetz bis 2022 verlängert. Die Obergrenze wird entsprechend den Prognosen der Behörden zum jährlichen BIP-Wachstum bei konstanten Preisen steigen (**Vorabmaßnahme**).

Verstärkte Nutzung von Therapieprotokollen

71. Forderung. Als Vorabmaßnahme werden mindestens 20 der bis Januar 2018 fälligen Therapieprotokolle in das elektronische Verschreibungssystem integriert.

72. Definition. Die Therapieprotokolle beziehen sich sowohl auf Arzneimittel als auch auf Versorgungswege.

73. Konkrete Forderungen. Nachweis über die Entwicklung neuer Protokolle und ihre Integration in das elektronische Verschreibungssystem HDIKA.

Veröffentlichung der offiziellen Preislisten mit Stand Mai 2018

74. Als **Vorabmaßnahme** Veröffentlichung der Preisliste mit Stand Mai 2018 zur Senkung der Arzneimittelpreise und Förderung des grundsätzlichen Ziels, die übermäßigen Ausgaben für Arzneimittel einzudämmen.

75. Definition: Preisliste. Dies bezeichnet die endgültige Version – nach Korrekturen und Änderungen – der vollständigen Liste der Arzneimittel, für die Preise festgesetzt bzw. neu festgesetzt wurden, unter Angabe des Hersteller-, Großhandels- und Abgabepreises sowie

- der drei als Bezugsgrundlage herangezogenen Länder, einschließlich Informationsquelle,
- des Preises seit der vorherigen Neufestsetzung,
- ATC7,
- der Daten zur Identifizierung und Beschreibung der aufgeführten Arzneimittel (Hersteller, Zubereitung und Packung, Barcode, eine eindeutige Kennung, die einen Vergleich der aktuellen Preislisten mit früheren ermöglicht, um die Preisentwicklung zu beobachten).

76. Zusatzdokumente. Den Institutionen sollten die Excel-Tabelle mit Arzneimittelpreisen und den gesamten vorstehend aufgeführten zusätzlichen Variablen sowie der Ministerialbeschluss über die gesetzliche Festsetzung der neuen Preisrunde vorgelegt werden. Darüber hinaus sollte diesen Dokumenten eine Tabelle beigelegt werden, die die zur vorgeschlagenen Preisfestsetzung verwendeten Formeln unter Bezugnahme auf die entsprechenden Rechtsvorschriften darlegt, sowie die Liste sämtlicher Ausnahmen samt Begründung.

Weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Arzneimittelausgaben

77. Forderung: Als **Vorabmaßnahme** Ergreifung weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Kostenwirksamkeit der Arzneimittelausgaben, u. a. durch Schaffung stärkerer Anreize für Apotheker, seltener statt Generika nicht mehr patentgeschützte Arzneimittel abzugeben, um so den Verkauf günstigerer Arzneimittel bei jedem denkbaren verschriebenen aktiven Wirkstoff zu fördern, u. a. durch Aktualisierung der Struktur der erstattungsfähigen Preise und der Patientenbeteiligung, damit die Patienten die Entscheidung für kostenwirksame Arzneimittel beeinflussen können und sich der mengenmäßige Anteil der Generika auf 40 Prozent erhöht.

78. Definition. Diese Definition von Generika schließt nicht mehr patentgeschützte Arzneimittel aus und ist auf das Ziel ausgerichtet, den Anteil der ambulanten generischen Arzneimittel auf dem Markt durch die Ergreifung eines Spektrums potenzieller Maßnahmen zur Änderung der Anreize für Anbieter und/oder Verbraucher mit dem Ziel der Förderung von Generika zu erhöhen. Neben anderen möglichen Maßnahmen sollten die erstattungsfähigen Preise nach ATC4 und ATC5 überarbeitet werden, damit für Patienten ein Anreiz besteht, sich für das günstigste Arzneimittel zu entscheiden; generell sollten die Behörden Maßnahmen ergreifen, mit denen der Anteil der ambulanten generischen Arzneimittel mengenmäßig auf 40 Prozent gesteigert werden kann.

79. Datennachweis. Nachweis über die Einleitung von Maßnahmen und die Fortschritte bei der Erhöhung des Generikaanteils (mengenmäßiger Anteil der ambulanten generischen Arzneimittel; Reduzierung der Fälle, in denen statt der verschriebenen Generika Nicht-Generika abgegeben werden).

Zentralisierung des Beschaffungswesens im Gesundheitswesen

80. Als Zwischenmaßnahme verabschiedeten die Behörden das Gesetz über die zentralisierte Beschaffung im Gesundheitswesen, das die ersten konkreten Schritte zur Wiedereinführung und Stärkung der zentralisierten Beschaffung im Gesundheitswesen umsetzt; Als Vorabmaßnahme werden die Behörden außerdem zusätzliche Schritte einleiten zur Erhöhung (i) des Anteils der zentralen Beschaffung auf 30 Prozent der gesamten Krankenhausausgaben, (ii) des Anteils der zentralen Beschaffung von nicht mehr patentgeschützten und generischen pharmazeutischen Produkten nach Wirkstoff durch Krankenhäuser auf 50 % (bzw. zwei Drittel) der gesamten Beschaffung, und zwar in Einklang mit den vereinbarten Zielen.

81. Definition. Die zentralisierte Beschaffung im Gesundheitswesen ist der Prozess der Beschaffung von Posten, die unter den Gesamtausgaben von Krankenhäusern verbucht werden, darunter Arzneimittel, medizinisches Gerät, Verbrauchsmaterial und Dienstleistungen. Dieser Prozess sollte offen und transparent gestaltet sein und sich durch eine zentrale Organisation die erhöhte Effizienz einer zentralen Einkaufsstelle zunutze machen.

82. Konkrete Forderungen. Bis Januar 2018 wird in einem Dokument der Zeitrahmen für die Umsetzung des Gesamtplans für die zentralisierte Beschaffung im Gesundheitswesen festgehalten, der als Grundlage für die zentrale Beschaffung von 30 Prozent der gesamten wertmäßigen Krankenhausausgaben dienen sollte. Dieser Plan sollte auch den operativen Plan umfassen, der die Einzelheiten bezüglich der geplanten Umsetzung enthält. Bis Mai 2018 sollte ein weiterer Plan vorgelegt werden, um den Anteil im Jahr 2019 weiter zu erhöhen. Die Ernennungsverfahren nach den im Gesetz 4369/2016 festgelegten Regeln müssen als Vorabmaßnahme eingeleitet werden. Dies umfasst insbesondere die folgenden Maßnahmen **als Vorabmaßnahme**:

- a. Aufruf für Interessenbekundungen durch den zuständigen Minister soll für mindestens zehn (10) Tage auf der Website des betreffenden Ministeriums und auf der ASEP-Website veröffentlicht werden;
- b. Einrichtung des besonderen Auswahlgremiums zur Bewertung der Qualifikationen von Bewerbern und Übermittlung einer Empfehlung nach den im einschlägigen Gesetz (4369/2016) festgelegten Kriterien an den zuständigen Minister.

83. Regelmäßige Vorlage (alle sechs Monate, März und September) von Daten zu den über das zentralisierte Beschaffungssystem beschafften Anteilen an den gesamten Krankenhausausgaben.

Alle übrigen Forderungen

Vollzug der Rückforderungen und regelmäßige Prüfung

84. Die Gesamtobergrenze für Rückforderungen des EOPYY für Gesundheitsleistungen, die für ihn von beauftragten privaten Anbietern erbracht wurden und unter die Haushaltslinie „Sonstige Leistungen für Krankheit“ fallen, wurde wie folgt festgelegt: 1.343 Mio. EUR im Jahr 2017 und höchstens 1.407,5 Mio. EUR im Jahr 2018⁹, was jeweils einem Großteil des Gesamtbudgets für diese Kategorie (1.525 Mio. EUR für 2017, 1.462,5 Mio. EUR für 2018 und ab 2019 wieder das Niveau von 2016 in Höhe von 1.402 Mio. EUR) entspricht. Wenn der EOPYY Maßnahmen umsetzt, um eine ausreichende Einnahmensteigerung zu erzielen, kann die Ausgabenobergrenze im Budget des entsprechenden Jahrs auf 1.525 Mio. EUR angehoben werden.

85. Forderung. Vollzug der Rückforderungen und regelmäßige Prüfung. Insbesondere

- werden die Rückforderungen für Arzneimittel, Diagnostik, Privatkliniken und sonstige relevante Posten, für die Rückforderungen geltend gemacht werden können, entsprechend der in den einschlägigen Rechtsvorschriften festgelegten Periodizität berechnet, geltend gemacht und eingefordert und regelmäßige Prüfungen durchgeführt. Alle sechs Monate (Juni und Dezember) wird eine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfungen veröffentlicht;
- werden beim EOPYY, dem nationalen Träger für Gesundheitsleistungen, weiterhin relevante Daten erhoben und regelmäßig veröffentlicht (für jeden Monat t sind die Berichte bis $t-2$ vorzulegen), u. a. in Form von Monatsberichten mit Analysen und Beschreibungen detaillierter Daten zu Gesundheitsausgaben in den Bereichen Arzneimittel, Diagnostik und Privatkliniken (einschließlich Informationen zu den Fortschritten im Hinblick auf die Ausgabenobergrenze und den Vollzug der Rückforderungen);
- wird der EOPYY zur Bewertung und Verbesserung der Leistung von Gesundheitsdienstleistern systematische monatliche Prüfungen von Privatkliniken durchführen; die Behörden werden die Ergebnisse der monatlichen Prüfung zur Gewährleistung eines regelmäßigen Abbaus und Ausgleichs ausstehender Beträge heranziehen.

Bewertung der Kapazitäten des öffentlichen Sektors

86. Forderung. Bis Mai 2018 Bestandsaufnahme der Gesamtkapazitäten des öffentlichen Sektors, darunter das primäre nationale Gesundheitsnetzwerk PEDY und die Krankenhäuser, nach Region und Fachgebiet, einschließlich Ausstattung und Verfügbarkeit von Leistungen; bis Dezember 2018 werden die Behörden dann auf Grundlage dieser Bestandsaufnahme eine eingehende Bewertung vornehmen, die künftig zur Beauftragung privater Anbieter pro Region bei unzureichenden Kapazitäten des öffentlichen Sektors herangezogen wird.

87. Definition. Die Behörden müssen eine Bewertung der Gesamtkapazitäten des öffentlichen Sektors, ähnlich wie sie für die primäre Gesundheitsversorgung erfolgt ist, vornehmen, um anhand transparenter Kriterien in Verbindung mit der Bewertung der unzureichenden Kapazitäten des öffentlichen Sektors in einem bestimmten geografischen Gebiet zu einem bestimmten Zeitpunkt sicherzustellen, dass eine Hinzuziehung privater Einrichtungen gerechtfertigt ist.

88. Datennachweis. Berichte mit vereinbarten Kennzahlen.

Einführung der Primärversorgung

89. Forderungen. Verabschiedung der erforderlichen Rechtsvorschriften für die Einführung lokaler Gesundheitseinrichtungen und Beginn der Umsetzung.

90. Definition. Die Behörden haben die für die Einführung lokaler Gesundheitseinrichtungen (TOMYs) erforderlichen Rechtsvorschriften bis Mai 2017 verabschiedet. Bis Mai 2018 sollte eine kritische Masse an TOMYs, d. h. 85 TOMYs, vorhanden sein. Für einen Teil des Personals wurde bereits mit den Schulungen, die Voraussetzung für die Einrichtung der lokalen Gesundheitseinrichtungen sind, begonnen; diese sollten noch ausgebaut werden, damit das gesamte Personal geschult werden kann. Innerhalb desselben Rahmens passt der EOPYY durch die Einführung der Pflicht zur Registrierung bei einem Allgemeinarzt mit Filterfunktion, der ggf. Überweisungen an Fachärzte ausstellt, die Organisation der primären Gesundheitsversorgung an; das System sollte als Vorabmaßnahme bis zur vierten Überprüfung voll funktionsfähig sein (siehe entsprechenden Abschnitt). In diesem Prozess stellen die Behörden eine effiziente Nutzung öffentlicher Ressourcen sicher, indem sie den Bestand an den vom EOPYY unter Vertrag genommenen privaten Allgemeinärzten um die entsprechende Menge der neuen Kapazitäten reduzieren, die durch die allmähliche Einrichtung neuer lokaler Gesundheitseinrichtungen (TOMYs) geschaffen werden. Somit ersetzen die durch neue lokale Gesundheitseinrichtungen geschaffenen zusätzlichen Kapazitäten die Versorgung durch private Allgemeinärzte, um Überschneidungen zu vermeiden. Die Behörden haben diese Verpflichtung in die vorstehend genannten, im Mai 2017 verabschiedenden Rechtsvorschriften aufgenommen.

91. Konkrete Forderungen. Im Dezember 2017 wurde mit der Einführung der lokalen Gesundheitseinrichtungen begonnen. Bis Mai 2018 müssen 85 davon voll funktionsfähig sein. Mit der Umsetzung der Pflicht zur Registrierung bei einem Hausarzt muss bis zum 1. Januar 2018 begonnen werden und soll bis [keine Zeitangabe im Ausgangstext] als **Vorabmaßnahme** voll funktionsfähig sein.

Therapieprotokolle

92. Forderung. Bis Januar 2018 Erarbeitung einer kritischen Masse an Verschreibungsrichtlinien und Therapieprotokollen für die mit den größten Kosten- und Therapieauswirkungen verbundenen Wege der Patientenversorgung (Primär- und Sekundärversorgung) und Integration dieser Verschreibungsrichtlinien und Therapieprotokolle in das elektronische Verschreibungssystem.

93. Definition. Die Therapieprotokolle beziehen sich sowohl auf Arzneimittel als auch auf Versorgungswege.

94. Konkrete Forderungen. Nachweis über die Entwicklung neuer Protokolle und ihre Integration in das elektronische Verschreibungssystem HDIKA.

Elektronisches Überweisungssystem

95. Forderung. Einführung eines neuen Systems für elektronische Überweisungen an die Sekundärversorgung, das von Hausärzten zu nutzen ist.

96. Definition. Erarbeitung und Einführung eines neuen Systems für elektronische Überweisungen an die Sekundärversorgung auf Grundlage der elektronischen Patientenakte und unter Einbindung bestehender Protokolle und Leitlinien. Dabei ist den Überweisungen für Diagnostik und elektive Chirurgie Priorität einzuräumen. Bis Mai 2018 sollte dieses System zur Vorabgenehmigung von Überweisungen an private Anbieter auch alle verfügbaren Informationen zu Wartezeiten (alle zu dem Zeitpunkt verfügbaren Indikatoren) und/oder die Bestandsaufnahme des öffentlichen Sektors (alle zu dem Zeitpunkt verfügbaren Informationen) nutzen.

97. Datennachweis. Neben Informationen über die geplante Systementwicklung sind einschlägige Rechtsvorschriften, die die Kriterien für die Genehmigung der Nutzung privater Anbieter formalisieren, parallel zu erarbeiten. Die Kriterien sollten in direktem Zusammenhang mit den öffentlichen Kapazitäten für die Erbringung der betreffenden Leistung sowie mit den Wartezeiten für ihre Bereitstellung stehen.

Überwachung der Wartezeiten

98. Forderung. Reduzierung der Wartezeiten (auch für elektive Chirurgie) auf das Niveau anderer EU-Länder und Verringerung ungerechtfertigter Unterschiede bei den Wartezeiten je nach Anbieter und Patient (u. a. in Abhängigkeit von sozioökonomischen und weiteren Patientenmerkmalen).

99. Definition. Reduzierung der Wartezeiten im Vergleich zum Jahr 2017. Außerdem Verringerung der Unterschiede bei Wartezeiten innerhalb Griechenlands. Um entsprechende Werte ermitteln zu können, sind erste verfügbare Zahlen zu veröffentlichen, damit bis Mai 2018 50 Prozent der mengenmäßig wesentlichsten Behandlungsverfahren erfasst sind. Darüber hinaus sollte das Überwachungssystem aus Gründen der Effizienzsteigerung mit dem elektronischen Überweisungssystem vernetzt werden, welches bis Mai 2018 so gestaltet sein sollte, dass darin auch Informationen zu Wartezeiten berücksichtigt werden, sobald solche zur Verfügung stehen.

100. Datennachweis. Verfügbare Zahlen zu Wartezeiten und Entwicklung/Umsetzung des Überwachungssystems (auch Informationen zur Einspeisung der Wartezeiten in das elektronische Überweisungssystem).

Kostenwirksamkeit von Arzneimitteln

101. Forderung. Weitere Senkung der Arzneimittelpreise über den Verhandlungsausschuss und eine Bewertung von Gesundheitstechnologien (HTA).

102. Definition. Einbindung des Verhandlungsausschusses zur Erarbeitung mengen- und risikogebundener Preisvereinbarungen wie beispielsweise MEAs (Managed Entry Agreements), insbesondere für innovative, hochpreisige Arzneimittel. Bei der Entscheidung über die Aufnahme eines neuen innovativen Arzneimittels in die Positivliste und in staatliche Krankenhäuser innerhalb des von der Europäischen Transparenzrichtlinie 89/105/EG vorgegebenen Zeitrahmens ist international bewährten Verfahren gebührend Rechnung zu tragen, d. h. innovative Arzneimittel können nicht in die Positivliste aufgenommen werden, wenn sie nicht zuvor in zwei Dritteln der Länder, in denen sie im Umlauf sind, (mindestens 9) erstattet wurden. Weitere 50 Prozent der Länder, in denen die Arzneimittel erstattet werden, müssen über ein Verfahren zur Bewertung von Gesundheitstechnologien (HTA) verfügen. Es ist ein Zentrum zur Bewertung von Gesundheitstechnologien (HTA) einzurichten, das im Einklang mit bestehenden Richtlinien und anhand der nachgewiesenen bewährten Praxis innerhalb der EU bewertet, welche Produkte unter welchen Bedingungen und Vereinbarungen zu erstatten sind; das HTA-Zentrum sollte erst dann die Arbeit aufnehmen, wenn es vollständig eingerichtet ist. Als Zwischenschritt und zur Erfüllung einer **zentralen Forderung** mit Blick auf die Einrichtung eines voll einsatzfähigen HTA-Zentrums haben die Behörden einen HTA-Ausschuss eingesetzt, der für die Durchführung einer Prüfung aller innovativen Arzneimittel zuständig ist, die seit Januar 2013 in die Positivliste aufgenommen wurden, mit dem Ziel, diejenigen Arzneimittel zu streichen, die in Übereinstimmung mit den international bewährten Verfahren, die derzeit erarbeitet werden, nicht als kosteneffizient eingeschätzt werden.

103. Datennachweis. Die Behörden berichten über die Fortschritte des Verhandlungsausschusses bei der Erarbeitung von mengen- und risikogebundenen Preisvereinbarungen und legen im März und September entsprechende Erläuterungen vor. Bei

Bedarf erstellen sie Aufzeichnungen zur Dokumentation des Entscheidungsfindungsprozesses vor der Einführung neuer innovativer Arzneimittel im Einklang mit international bewährten Verfahren und mit EU-Richtlinien (wie vorstehend beschrieben). Außerdem dokumentieren sie die Fortschritte in Bezug auf den zur vollständigen Einrichtung eines HTA-Zentrums erforderlichen geplanten institutionellen Rahmen, Personal- und Ausbildungsbedarf und Regulierungsrahmen und legen alle sechs Monate, im Juni und Dezember, mit Beginn ab Juni 2017 entsprechende Erläuterungen vor.

Einführung diagnosebezogener Fallgruppen (DRG)

104. Forderung. Bis Mai 2018 Beginn der DRG-Einführung in Pilotkrankenhäusern. Bis Mai 2018 Vorlage des Aktionsplans für die Einführung.

105. Definition. Einführung der Kostenzuordnung nach Tätigkeiten (DRG oder geeignete Alternative) mit technischer Unterstützung unter Vorlage regelmäßiger und dokumentierbarer Belege für die Fortschritte beim Erreichen des langfristigen Ziels.

106. Datennachweis. Bis Mai 2018 wird mit der allmählichen Einführung der neuen DRG oder eines alternativen Systems der Kostenzuordnung nach Tätigkeiten begonnen, um in den darauffolgenden Monaten alle Krankenhäuser einzubinden. Alle sechs Monate, im Juni und Dezember, sind aktualisierte Fortschrittsberichte vorzulegen. Bis Mai 2018 Vorlage des Aktionsplans zur Umsetzung der Forderungen.

Wiederkehrende Verpflichtungen im Bereich des Gesundheitswesens (Berichterstattung und/oder Maßnahmen)

107. Forderung. Gewährleistung eines regelmäßigen Informationsflusses in Bezug auf alle noch zu erfüllenden Forderungen und insbesondere hinsichtlich aller vereinbarten Verpflichtungen zur regelmäßigen Erstellung und Übermittlung von Berichten und/oder Zusammenstellung/Veröffentlichung von Daten und Kennzahlen.

108. Definition. Eine Auflistung der Berichte und wiederkehrenden Forderungen, um eine wirksame Überwachung der Fortschritte in allen Bereichen zu ermöglichen.

109. Datennachweis.

Jährlicher Bericht über die personellen Ressourcen für den gesamten Gesundheitssektor, der als Personalplanungsinstrument heranzuziehen ist, mit Schwerpunkt auf staatlichen Gesundheitszentren (Mai 2018).

Monatsberichte des EOPYY mit Analysen und Beschreibungen detaillierter Daten zu Gesundheitsausgaben im Bereich Arzneimittel (einschließlich Informationen zu den Ausgaben, der Ausgabenobergrenze und den Fortschritten beim Vollzug der Rückforderungen, wobei zwischen tatsächlichen Rückforderungen und Preisnachlassen zu unterscheiden ist).

Monatsberichte des EOPYY über Diagnostik und Privatkliniken (einschließlich Informationen zu den Ausgaben, der Ausgabenobergrenze und den Fortschritten beim Vollzug der Rückforderungen, wobei zwischen tatsächlichen Rückforderungen und Preisnachlassen zu unterscheiden ist); diese sollten für jeden Monat t bis zum Monat $t-2$ vorgelegt werden.

Finanzberichte des EOPYY (sollten für jeden Monat t bis zum Monat $t-2$ vorgelegt werden), die ausführliche Tabellen zu den berechneten Beträgen der Rückforderungen und Preisnachlasse für die einzelnen Ausgabenposten, für die eine gesetzliche Ausgabenobergrenze festgelegt ist, (Arzneimittel, Diagnostik, Privatkliniken, sonstige Posten) sowie zu den bereits erhaltenen und noch ausstehenden Rückforderungsbeträgen (für jeden Posten, wobei zwischen reinen Rückforderungen und Preisnachlassen zu unterscheiden ist) enthalten.

Alle sechs Monate (ab Dezember 2016) ist eine Mitteilung über die Ergebnisse der Prüfung von Privatkliniken zu veröffentlichen und zu übermitteln.

Bis Dezember 2018 Veröffentlichung der Wartezeiten für mindestens 50 Prozent der mengenmäßig wesentlichsten Behandlungsverfahren.

Vierteljährliche (Januar, April, Juli, Oktober) und jährliche (März/April) Berichte über

- i. eine Reihe tätigkeitsbezogener Kennzahlen (Input, Prozess, Output, Ergebnis) zu staatlichen Krankenhäusern,
- ii. Finanzdaten zu staatlichen Krankenhäusern,
- iii. die Leistung staatlicher Krankenhäuser auf Grundlage von Benchmark-Indikatoren.

Preisliste alle sechs Monate (Mai und November).

110. Regelmäßige Aktualisierung der Positiv- und der Negativliste (Art. 89 Abs. 1 des Gesetzes 4472/2017). Mitteilungen und Erläuterungen zur regelmäßigen Aktualisierung der Positiv- und der Negativliste, einschließlich der Excel-Tabelle mit allen Einzelheiten, u. a. dem Preis der definierten Tagesdosis und dem Erstattungs- bzw. Referenzpreis der aktuellen und der vorherigen Preisneufestsetzung.

111. Regelmäßige (vierteljährliche) Informationen über die Berechnung und die geplante Realisierung von Rückforderungen und Preisnachlassen einschließlich (Gesamtbetrag mit Unterscheidung zwischen Rückforderungen und Preisnachlassen, bereits erhaltener Betrag).

112. Bericht über die Fortschritte bei der Einführung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung und des Systems der primären Gesundheitsversorgung (diese werden zweimal jährlich im Juni und Dezember beurteilt).

Q. Soziale Sicherungssysteme

113. Vorabmaßnahme: Verabschiedung von Rechtsvorschriften zur allmählichen Einführung der neuen Geschäftsabläufe für Erwerbsunfähigkeitsleistungen im ganzen Land und Ausweitung der Pilottests für die neue funktionale Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit.

114. Definition: Den Rechtsvorschriften entsprechend sollen die neuen Geschäftsabläufe für Erwerbsunfähigkeitsleistungen einschließlich der elektronischen Abgabe und Bearbeitung von Anträgen, des automatischen Datenabgleichs und der Erstellung von elektronischen Gesundheitsakten für Antragsteller bis Ende 2018 nach und nach im ganzen Land eingeführt werden. Das Pilotverfahren, im Zuge dessen die Einbindung der momentan in der Region Attika eingeführten funktionalen Beurteilung getestet wird, wird bis Mitte Juli 2018 auf die Region Thessaloniki und bis Ende September 2018 auf die Region ausgeweitet. Die Ergebnisse des Pilotverfahrens werden bis November 2018 ausgewertet und werden bis Ende 2018 in das Gesetz über die Anwendung einer neuen Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit für alle beitragsfinanzierten Erwerbsunfähigkeits- und Sozialleistungen (einschließlich nach dem Gesetz 4387/2016) einfließen.

115. Vorabmaßnahme: Beginn der Umsetzung der Reform der Zuschüsse im Beförderungswesen, nachdem zuvor die Reform zur Einführung elektronischer Fahrausweise durch die Verkehrsgesellschaften, beginnend in Athen, abgeschlossen wurde.

116. Definition: Die Reform der Zuschüsse im Beförderungswesen umfasst die folgenden Punkte: i) automatischer Datenabgleich bzw. automatische Bearbeitung von Anträgen registrierter arbeitsloser und behinderter Menschen auf kostenlose Tickets für den öffentlichen Nahverkehr in Athen durch IDIKA; ii) Ausarbeitung der entsprechenden gemeinwirtschaftlichen Verträge

zwischen dem Arbeitsministerium und OASA zur Erstattung der ermäßigten Tickets für kinderreiche Familien sowie registrierte arbeitslose und behinderte Menschen auf der Grundlage der Kostenrechnung für die tatsächliche Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs durch die jeweiligen Begünstigten; iii) Verabschiedung eines Zeitplans durch KYSOIP/KYSKOIP für den Abschluss dieser Verträge bis September 2018.

117. Vorabmaßnahme: Verabschiedung einer neuen Rechtsvorschrift zur konkreten Ausgestaltung eines bedarfsorientierten Wohngelds, das in Beratung mit der Weltbank konzipiert wurde und als Teil der wachstumsfördernden Maßnahmen eingeführt werden soll.

118. Definition: Mit dem Wohngeld soll eine Überbelastung durch Wohnkosten gemildert werden, indem ein Einkommenszuschuss für die Bezahlung von Mieten und Hypothekenzinsen für die Erstwohnung gewährt wird; ob ein Anspruch darauf besteht, hängt wie bei anderen Sozialprogrammen vom Einkommen sowie von vorhandenen Vermögenswerten ab. Bei der zur Einkommensprüfung heranzuziehenden Äquivalenzskala wird dem ersten Haushaltsmitglied der Gewichtungsfaktor 1 zugewiesen, weitere im Haushalt lebende Personen erhalten ein Gewicht von 0,5. Die Summe darf den Wert 3 nicht überschreiten. Die Einkommensgrenzen, ab denen ein Anspruch besteht, werden auf ein zu versteuerndes Äquivalenzeinkommen, einschließlich unterstellter Einkommen, von 8000 EUR festgelegt. Die Höhe der Leistung wird auf 70 EUR pro Monat für eine Einzelperson festgesetzt und für jede zusätzliche im Haushalt lebende Person um 0,5 erhöht, wobei pro Haushalt höchstens das Dreifache des Grundbetrags bezogen werden kann. In Fällen, in denen die Anspruchsberechtigten Hypothekenzinsen zahlen, wird die Leistung direkt auf das Bankkonto des Berechtigten überwiesen, über das die Hypothek abgewickelt wird. In Fällen, in denen die Anspruchsberechtigten Miete zahlen, wird die Leistung direkt auf das vorab zu registrierende Bankkonto des Berechtigten überwiesen, der den Mietvertrag unterzeichnet hat.

ÜBERWACHUNG DER ERHEBUNG ÖFFENTLICHER EINNAHMEN

R. Auswertung der Umsetzung des ersten Leistungsvertrags des Leiters der unabhängigen Steuerbehörde (IAPR)

119. Forderung. Die Erfahrungen mit dem Leistungsvertrag 2017 des IAPR-Leiters werden zusammen mit den Institutionen ausgewertet.

120. Definition: Damit gewährleistet ist, dass der Leistungsvertrag des Leiters der IAPR im Rahmen der grundsätzlichen strategischen Ziele der IAPR ausgelegt wird, sollten die Pflichten des IAPR-Leiters (geregelt in Artikel 1 des Leistungsvertrags) an operative und strategische Ziele der Steuerbehörde geknüpft sein. Bei der Auswertung werden auch die Machbarkeit, der potenzielle Verwaltungsaufwand und die Objektivität des Evaluierungsverfahrens berücksichtigt. Zu diesem Zweck legen die Behörden einen Evaluierungsbericht zur Umsetzung des Vertrags des IAPR-Leiters für 2017 vor. Auf der Grundlage der Erfahrungen mit der Umsetzung werden die Behörden prüfen, ob der Vertrag tatsächlich dem Grundsatz gerecht wird, dass die einzelnen Leistungskennzahlen des IAPR-Leiters von Faktoren abhängen sollen, die er direkt beeinflussen kann, und gegebenenfalls Änderungen am Vertrag und dessen Anlage vorschlagen.

121. Datennachweis. Bericht über die Umsetzung des Vertrags des IAPR-Leiters, das Verfahren, die Machbarkeit, den Verwaltungsaufwand und die potenziellen Objektivitätsmängel des Evaluierungsverfahrens. Bei Bedarf Entwurf von Änderungen am Vertrag und/oder seiner Anlage.

S. IT-Haushalt der IAPR

122. Forderung. Die IAPR wird im Rahmen der Haushaltslinie des Generalsekretariats für Informationssysteme (GSIS) mit Sonderhaushaltsmitteln für zentrale IT-Hardware und systemische Software ausgestattet. Die IAPR wird innerhalb dieses Haushaltsrahmens die Prioritäten festlegen. Das GSIS wird als Dienstleister auf Grundlage der vereinbarten Kosten die Hardware und systemische Software bereitstellen. Rahmen und Höhe der Haushaltsmittel werden innerhalb der Haushaltslinie des GSIS bis Mai 2018 vereinbart.

123. Definition: Im IT-Haushalt werden sowohl die laufenden Ausgaben als auch Investitionen berücksichtigt. Wie bereits erwähnt, wird das Generalsekretariat für Informationssysteme als Dienstleister die zentrale Hardware und systemische Software auf der Grundlage der vereinbarten Kosten bereitstellen. Rahmen und Höhe der Haushaltsmittel werden innerhalb der Haushaltslinie des GSIS vereinbart.

124. Datennachweis: Verfahren für die Festlegung der vereinbarten Kosten. Höhe des IT-Haushalts innerhalb des GSIS-Haushalts für zentrale IT-Hardware und systemische Software für die IAPR im Jahr 2019. Verfahren für die Anrechnung des Verbrauchs der IAPR auf den Haushalt. Besonderes Verfahren zwischen der IAPR und dem GSIS für die Finanzierung durch Strukturfonds, bei dem die Unabhängigkeit der IAPR respektiert wird.

T. Einstellungsplan 2017-2019

125. Vorabmaßnahme: Die Behörden werden 2018 gemäß dem Meilenstein „einmalige Mittelzuführung“ von Oktober 2016 die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des Einstellungsplans 2016-2019 weiterführen.

126. Definition: Im vereinbarten Einstellungsplan war über die ASEP die Einstellung von 28 IT-Mitarbeitern in 2017 und 700 IT-Mitarbeitern in 2018 vorgesehen. Nach die IAPR die Prüfung der Bewerber aus dem Mobilitätsprogramm abgeschlossen hat, werden 60 % der noch freien Stellen (im Vergleich zur Zielvorgabe von 13.322) im Jahr 2018 und 40 % Anfang 2019 besetzt werden, wobei die Höchstgrenze bei 900 Einstellungen liegt. Die Entscheidungen über die Besetzung der verbleibenden freien Stellen in den Jahren 2018 und 2019 werden spätestens im Mai 2018 auf Basis der dann herrschenden Situation getroffen und das Verfahren wird spätestens im Juni 2018 eingeleitet.

127. Datennachweis: Entscheidung über die Anzahl der Einstellung über die ASEP für die letzten für 2018 und 2019 vorgesehenen Einstellungen; Entscheidung, aus der die Einleitung des Verfahrens hervorgeht; von der ASEP erstellte Zeitpläne zu sämtlichen Einstellungen von 2017 bis 2019.

U. Anhängige Rechtssachen der Staatsanwaltschaft

128. Vorabmaßnahme. Die bereits erhaltenen, aber noch nicht abschließend umgesetzten Anordnungen, die sich noch nicht in der letzten Prüfphase befinden, werden wieder der Staatsanwaltschaft übergeben (ergänzendes MoU Abschnitt 2.3).

129. Definition. Die noch nicht abschließend umgesetzten Anordnungen werden von der IAPR so wieder an die Staatsanwaltschaft übergeben, dass höchstens 1.300 Steueridentifikationsnummern bei der IAPR verbleiben. Es wird eine genaue monatliche Kontrolle aller in Bearbeitung befindlichen und noch nicht bearbeiteten Rechtssachen der Staatsanwaltschaft eingerichtet.

130. Datennachweis. Primär- und/oder sekundärrechtliche Vorschriften. In Abstimmung mit den Institutionen festgelegtes Kontrollformular.

V. Automatisierung der Forderungsbeitreibung

131. Vorabmaßnahme. Die Behörden werden die Software zur weiteren Automatisierung der Beitreibung von Steuerforderungen beschaffen, insbesondere mit einem voll automatisierten Pfändungsverfahren.

132. Definition. Der Ausschuss für die Angebotsbewertung wurde vor Ende Februar 2018 eingesetzt.

133. Datennachweis: Beschluss über die Einsetzung des Bewertungsausschusses.

W. Klassifizierung der Großschuldner der Einheit für Großschuldner und der KEAO

134. Forderung. Die Behörden stellen die Klassifizierung der Großschuldner auf Grundlage der Analyse von Wirtschafts- und Finanzdaten, aus denen sich ihre Existenzfähigkeit ermitteln lässt, sicher, angefangen mit den Schuldner der Einheit für Großschuldner und der Inkassostelle für Sozialversicherungsschulden (KEAO).

135. Definition: Die Behörden haben einen Prozess eingeleitet, der die Klassifizierung der Großschuldner auf Grundlage der Analyse von Wirtschafts- und Finanzdaten, aus denen sich ihre Existenzfähigkeit ermitteln lässt, sicherstellt, angefangen mit den Schuldner der Einheit für Großschuldner und der KEAO. In internen Rundschreiben des Leiters der unabhängigen Steuerbehörde (IAPR) und des Leiters des Sozialversicherungsträgers EFKA wurde die Methodik zur Ermittlung der Existenzfähigkeit und Zahlungsfähigkeit großer Schuldner von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen festgelegt. Die erste Phase wird mit einem Bericht abgeschlossen, in dem die Schuldner in die Kategorien finanziell existenzfähig, finanziell nicht existenzfähig und eine Zwischengruppe eingeteilt werden.

136. In einer zweiten Phase wird ein Vorschlag mit Lösungen für die existenzfähigen und nicht existenzfähigen Schuldner unterbreitet. Zu den Schuldner, die der Zwischengruppe zugeordnet wurden, wird eine zweite, detaillierte Analyse festgelegt. Diese kann mit externer Unterstützung durchgeführt werden und Informationen wie beispielsweise Sektorpotenzial (z. B. Wachstumspotenzial des Sektors und Wettbewerbsintensität), Geschäftsentwicklung (z. B. erwartete künftige finanzielle Ergebnisse, Marke, Produktqualität, Qualität der Vermögenswerte) und Führungsqualität (z. B. Fachkompetenzen) heranziehen.

137. Datennachweis: Exemplar des Berichts zur ersten Phase mit einer Klassifizierung der Schuldner der Einheit für Großschuldner und der KEAO (1. Klassifizierungsphase). Exemplar des Vorschlags aus der zweiten Phase mit Lösungen für existenzfähige und nicht existenzfähige Schuldner sowie Festlegungen für die detaillierte Analyse der Schuldner, die der Zwischengruppe zugeordnet wurden.

X. Veröffentlichung der Namen von Steuer- und Sozialversicherungsschuldner

138. Forderung. Die Behörden veröffentlichen eine Liste der Großschuldner von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und aktualisieren diese regelmäßig.

139. Definition. Als Großschuldner gilt, wer über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten Schulden in Höhe von 150.000 EUR und mehr aufweist. Schulden, zu denen eine einstweilige

Verfügung, eine gerichtliche Entscheidung oder ein Aussetzungsbeschluss einer Verwaltungsbehörde vorliegt, Schulden, zu denen ein Teilzahlungsplan vereinbart wurde, dessen Bedingungen eingehalten werden, sowie Schulden, die als uneinbringlich gelten, werden nicht veröffentlicht.

140. Datennachweis. Link zur Internet-Veröffentlichung.

Y. Überwachung der Maßnahmen gegen Schmuggel

141. Forderung. Die Behörden legen Informationen und Daten vor, die die Überwachung der Strategie zur Bekämpfung des Schmuggels ermöglichen. Dies erfolgt auch zu dem Zweck, die Registrierung von Geräten und Genehmigung der Lagerung im Zusammenhang mit der Lieferkette für Tabakerzeugnisse überwachen zu können. Die Behörden erarbeiten und aktualisieren einen Aktionsplan zur Einführung eines effizienten Kennzeichnungssystems für Kraftstoff.

142. Definition: Aktionsplan zur Einführung eines effizienten Kennzeichnungssystems für Kraftstoff. Der Plan wird insbesondere Folgendes vorsehen: Bis Ende Oktober 2017 wird der Europäischen Kommission ein Entwurf eines gemeinsamen Ministerialbeschlusses über die Festlegung technischer Aspekte im Zusammenhang mit der Kennzeichnung flüssiger Kraft- und Brennstoffe vorgelegt. Der öffentliche Aufruf zur Interessenbekundung für die Vorlage von Vorschlägen für ein geeignetes Kennzeichnungssystem für Kraftstoff wird bis Ende Februar 2018 veröffentlicht. Das Kennzeichnungssystem für Kraftstoff wird bis Ende August 2018 ausgewählt, und eine vollständige Anwendung wird für Mai 2019 erwartet.

143. Datennachweis. Zur Überwachung durch die Zollbehörden werden zusätzlich folgende Daten übermittelt: i) zum Kraftstoffschmuggel: Mehrwert- und Verbrauchsteuereinnahmen aus Energieerzeugnissen: Benzin, Dieselmotoren (Heizung und Motoren), Flüssiggas (Heizung und Motoren), Kerosin, Schweröl; Veröffentlichungen über den Verbrauch von Energieerzeugnissen; Anzahl der in Tankfahrzeugen installierten GPS-Systeme; Anzahl der Anlagen (stationär (oberirdisch und unterirdisch) und mobil (Land- und Seeverkehr)), die mit dem Zufluss-Abfluss-System verbunden und ausgestattet sind; im Überwachungssystem erfasstes Kraftstoffvolumen und dessen Anteil an der Treibstoffproduktion zuzüglich der Importe; Anzahl der durchgeführten spezifischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Kraftstoffschmuggels, die auf Grundlage des strategischen/operativen Plans zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Ölprodukten eingeleitet wurden, (insgesamt und nach beteiligter Stelle); Anzahl und Umfang der erfolgten Kraftstoffbeschlagnahmen; Anzahl der im Zusammenhang mit Kraftstoffschmuggelfällen eingeleiteten Strafverfahren (Ergebnisse der Verfahren sind im Umsetzungsbericht darzulegen); ii) ähnliche Kennzahlen zu Alkohol und Tabak (Daten zu Strafverfahren sind von der Korruptionsbekämpfungsstelle (GSAC) vorzulegen und durch die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) zu übermitteln). Die im Überwachungssystem vorgesehene Methodik für die Berechnung des Kraftstoffvolumens und dessen Anteils an der Treibstoffproduktion zuzüglich der Importe wird in Abstimmung mit den Institutionen durch interne Entscheidung der Behörde bis März 2018 festgelegt. Im Zusammenhang mit dem Aktionsplan zur Einführung eines effizienten Kennzeichnungssystems für Kraftstoff legen die Behörden bis Juni 2017 den Aktionsplan und vierteljährlich bis zum Abschluss aktualisierte Fassungen davon, den Entwurf des gemeinsamen Ministerialbeschlusses sowie den Entwurf des Aufrufs zur Interessenbekundung vor.

Z. Lieferkettenvereinbarungen zwischen Tabakherstellern und Lieferanten

144. Vorabmaßnahme. Sofern erforderlich, werden die Behörden eine Rechtsvorschrift erlassen zur Stärkung der Verantwortung inländischer Tabakhersteller für ihre Händler durch Lieferkettenvereinbarungen (ergänzendes MoU Abschnitt 2.3).

145. Definition. Die Tabakhersteller verpflichten sich, wirksame interne Maßnahmen und Verfahren zur Bekämpfung des Zigaretten- und Zigarettenstammelschmuggels einzusetzen, die in Einklang mit den

geltenden Rechtsvorschriften und den Bestimmungen der Mustervereinbarung stehen. Die Tabakhersteller wenden bei sämtlichen Geschäften, die sie tätigen, umfassende Maßnahmen zur Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten und Verfahren zur Feststellung der Kundenidentität an. Für Tabakhersteller und die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) gelten besondere Bestimmungen zum Informationsaustausch, die der Schmuggelbekämpfung dienen. Die Tabakhersteller verpflichten sich, in Fällen, in denen ihre echten Zigaretten von zuständigen Behörden in Mengen beschlagnahmt werden, die eine festgelegte Anzahl überschreiten, aufgrund eines objektiven Verantwortungsprinzips Zahlungen an die IAPR zu leisten.

146. Datennachweis: Bericht über die Notwendigkeit und Durchführbarkeit von Lieferkettenvereinbarungen sowie zur vorgeschlagenen Art der Umsetzung; Rechtsvorschrift (sofern erforderlich), Kopie der Vereinbarungen.

AA. Einpflegen aller Sozialversicherungsschulden in die Schuldendatenbank der KEAO

147. Vorabmaßnahme: Die Behörden sorgen dafür, dass die Erfassung aller Sozialversicherungsschulden in der von der KEAO verwalteten zentralen Datenbank für Sozialversicherungsschulden vollständig abgeschlossen wird.

148. Definition. Bis Dezember 2017 richten die Behörden ein eigenes Team ein, das mit der Bearbeitung der verbleibenden Papierfälle beginnt und die entsprechenden Informationen in die KEAO-Datenbank einpflegt. Das Team wird bis März 2018 einen Bericht über die bearbeiteten Fälle vorlegen und auf Grundlage der Anzahl der verbleibenden zu prüfenden Fälle einen Zeitplan für den Abschluss der Einpflegung in die Schuldendatenbank der KEAO vorschlagen. Die Behörden werden außerdem Schulden der EFKA aus den bisherigen Fonds in Höhe von 0,6 Mrd. EUR (einschließlich Zuschläge) von Schuldnern, die in Raten zahlen, auf die KEAO übertragen.

149. Datennachweis: Beschluss über die Schaffung des speziellen Teams. Bericht über die Anzahl der Fälle, die bis März 2018 bearbeitet wurden, und Zeitplan für den Abschluss der Einpflegung in die Schuldendatenbank der KEAO. Vorlage der KEAO über die Aufnahme von Schulden der EFKA in Höhe von 0,6 Mrd. EUR (einschließlich Zuschläge) in den Schuldenbestand der KEAO (Ende 2017).

BB. Optimierung der Geschäftsabläufe der KEAO

150. Forderung. Die Geschäftsabläufe der KEAO werden überprüft und angepasst.

151. Definition. Die KEAO könnte ihren Schuldnerbestand in unterschiedliche Segmente einteilen, um ihn wirksam abzubauen zu können und zu versuchen, je nach Umständen und Verhalten der einzelnen Schuldner individuelle Vorgehensweisen anzuwenden. Bei einem solchen effektiveren Beitreibungsansatz würde das Hauptaugenmerk auf dem Schuldner und nicht auf den Schulden liegen, und es würden moderne Methoden eingesetzt werden. Die KEAO sollte einen realistischen Beitreibungsplan (Strategie) aufstellen, auf dessen Grundlage die enormen Zahlungsrückstände bei den Sozialversicherungsbeiträgen wirksam abgebaut werden können. Dieser Plan sollte Folgendes vorsehen: i) einfache Verfahren zur Isolierung uneinbringlicher Zahlungsrückstände, ii) eine Unterteilung in große und mittlere/kleine Schuldner, iii) alternative Beitreibungsverfahren für bestimmte Arten von Schuldnern sowie iv) eventuell eine automatische Abschreibung kleiner und/oder alter Schulden. Die kleinen und mittelgroßen Schuldner sollten noch einmal nach Schuldenumfang in unterschiedliche Gruppen unterteilt werden, wobei für jede Gruppe Mindestmaßnahmen zur Beitreibung vorgesehen werden sollten.

152. Datennachweis: Beitreibungsplan. Rechtsvorschrift(en), sofern erforderlich.

ÜBERWACHUNG DER KONDITIONALITÄT IN BEZUG AUF DEN FINANZSEKTOR

CC. Sekundärmarkt für notleidende Kredite

153. Vorabmaßnahme: Die Behörden werden weiterhin sämtliche Maßnahmen ergreifen, die für das bessere Funktionieren eines dynamischen Sekundärmarkts für notleidende Kredite erforderlich sind. Die Behörden werden insbesondere

- die Anforderung aus dem Gesetz 4354/2015 für den Verkäufer, den Schuldner vor dem Verkauf des notleidenden Kredits – sowie als Voraussetzung dafür – zur Begleichung oder Umstrukturierung seiner Schulden aufzufordern, sodass die Verpflichtung des Käufers zur Fortführung sämtlicher vom Verkäufer durchgeführten Verfahren weiterhin unter den Verhaltenskodex der griechischen Zentralbank fällt, ausschließlich auf Verbraucher anwenden (i. S. v. Art. 3 Buchst. a der Richtlinie 2008/48/EG des Rates);
- das Gesetz ändern, um klarzustellen, dass die Mitteilung der Übertragung nach dem Gesetz 4354/2015 an jeden Schuldner im Portfolio über sämtliche ordnungsgemäßen Wege einschließlich elektronischer Wege erfolgen kann;
- für Banken und andere Dienstleister eindeutig darlegen, dass die im Gesetz 128/1975 vorgesehene Abgabe nur dann zu zahlen ist, wenn der Kredit ordnungsgemäß bedient wird, und die Abgabe in diesem Fall nicht rückwirkend gezahlt werden muss;
- weitere Maßnahmen zur Prüfung des „Higher Recovery“-Kriteriums (ggf. durch ein Gutachten gestützt) oder weiterer Kriterien für den Schutz gegen strafrechtliche Verfolgung bei Verkäufen von Portfolios im Gegensatz zu einzelnen Krediten, die derzeit von den bestehenden Rechtsvorschriften nicht abgedeckt sind, ergreifen.
- ausdrücklich darauf hinweisen, dass lizenzierte Dienstleister nach dem Gesetz 4354/2016 unter die Definition eines Finanzinstituts fallen.

DD. Gesetz über die außergerichtliche Abwicklung (OCW-Gesetz)

154. Vorabmaßnahme: Zur Optimierung der Anwendung des Rahmens für die außergerichtliche Schuldenregulierung haben die Behörden eine Analyse zur Identifizierung administrativer und technischer Hürden, die das Stellen vollständiger Anträge und das Erzielen einer Einigung zwischen Schuldner und Gläubigern behindern, durchgeführt und einen Vorschlag zur Änderung des Gesetzes 4469/2017 zur Beseitigung dieser Hürden vorgelegt. Die entsprechenden Gesetzesänderungen werden als Vorabmaßnahme verabschiedet.

155. Definitionen. Umsetzungsmaßnahmen: Die Behörden ergreifen vor Inkrafttreten des Gesetzes die erforderlichen Maßnahmen, um dessen reibungslose Umsetzung sowie die effiziente und ordnungsgemäße Bearbeitung der hohen Anzahl zu erwartender Anträge zu gewährleisten. Im Einzelnen:

156. Zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands beim Ausfüllen der Anträge und Erzielen von Einigungen zwischen Kreditgebern und Schuldner werden die Behörden a) den zuständigen Ministern eine Generalbefugnis zum Erlass von Ministerialbeschlüssen über konkrete ungeredete

Fragen erteilen, b) die Pflicht der Antragsteller zur Einreichung von Unterlagen auf Dokumente beschränken, die elektronisch zugänglich sind, wobei die geltenden Datenschutzvorschriften einzuhalten sind, c) wirksame Maßnahmen und Lösungen für den Umgang mit Lücken, Unstimmigkeiten, Fehlern und Ungenauigkeiten in Anträgen umsetzen sowie d) dem zuständigen Minister die Befugnis zum Erlass eines Ministerialbeschlusses erteilen, in dem alle Fragen hinsichtlich der Vergütung der Koordinatoren geregelt werden.

157. Um eine umfassende Schuldenumstrukturierung zu ermöglichen und die seit Verabschiedung des Gesetzes vergangene Zeit zu berücksichtigen, werden die Fristen in Artikel 2.4 und 2.1a durch den 31. Dezember 2017 ersetzt.

158. Die Bestimmungen der Ministerialerlasse betreffend Artikel 15 Absatz 1 des Gesetzes 4469/2017 (OCW-Gesetz) werden ausgeweitet, damit sie Körperschaften und natürliche Personen umfassen, die weniger als 125.000 EUR Schulden haben. Das reguläre OCW-Verfahren sollte auf Körperschaften und natürliche Personen ausgeweitet werden, die unter die Bestimmungen der Ministerialerlasse fallen, bei denen Artikel 15 Absatz 21 zur Anwendung kommt, und die über 125.000 EUR Schulden haben.

EE. Gesetz über Privatinsolvenzen

159. Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden das Gesetz über Privatinsolvenzen ändern und zusätzliche Maßnahmen zur Behebung der festgestellten Mängel ergreifen, insbesondere durch die Einrichtung eines geeigneten Mechanismus zur Aussortierung nicht zulässiger Anträge sowie zur Durchführung aller notwendigen Maßnahmen zur erheblichen Verkürzung der Zeitspanne zwischen dem Stellen eines Antrags und der Bekanntgabe der gerichtlichen Entscheidung sowie durch den Abbau des Bearbeitungsrückstands. Mit Ausnahme der Einführung des Marktwerts als Grundlage für die Bewertung von Immobilien werden sich die als Vorabmaßnahme vereinbarten Änderungen nicht auf die Bestimmungen des Gesetzes 3869/2010 über den Schutz des Hauptwohnsitzes auswirken.

160. Mit den Gesetzes-, Regulierungs- und Umsetzungsmaßnahmen wird u. a. Folgendes bezweckt:

- Erhöhung der Effizienz des Prüfverfahrens zur Erkennung nicht anspruchsberechtigter Antragsteller und vorsätzlich säumiger Schuldner;
- obligatorischer Verzicht der Schuldner auf ihr Recht auf Wahrung des Bankgeheimnisses, damit am Verfahren beteiligte Gläubiger Zugriff auf relevante Informationen erhalten;
- Möglichkeit für Gläubiger, anstelle der Schuldner staatliche Beihilfen zu beantragen, falls Letztere dieses Recht nicht ausüben können, wobei darauf zu achten ist, dass die Interessen des Staates innerhalb der Grenzen der zur Verfügung gestellten Beträge gewahrt bleiben;
- automatische Beendigung der Aussetzung von Vollstreckungsmaßnahmen im Fall eines erneuten Zahlungsausfalls des Schuldners wie im Gesetz definiert bei entsprechender Unterrichtung des Schuldners und der übrigen Gläubiger durch den Gläubiger; Recht der Schuldner, in Fällen von höherer Gewalt oder Rechtsmissbrauch erneut eine Verlängerung der Aussetzung zu beantragen;
- Ausschluss des Anspruchs von Schuldner auf Schutz nach dem Gesetz, wenn ihr Antrag abgelehnt wurde, weil sie entweder vorsätzlich zahlungsunfähig geworden sind oder ihre wirtschaftliche Lage vorsätzlich falsch dargestellt haben, wobei die automatische Aussetzung nicht eintritt, wenn die Schuldner zwei Anträge zurückgezogen haben und danach erneut einen Antrag stellen;
- Ausweitung der Reaktivierung von Schulden bei abgelehnten Anträgen;
- Betrachtung der Absage eines Verhandlungstermins als Rücktritt, wenn nicht innerhalb von 30 Tagen ein neuer Verhandlungstermin beantragt wird;

- Gewährleistung einer angemessenen Frist für die Zahlung der Differenz zwischen der gerichtlich festgelegten niedrigeren Rate und der im Rahmen einer Berufung festgelegten höheren Rate;
- Recht der Bürgen, die ihrer Verpflichtung im Rahmen der Bürgschaft nachgekommen sind, sich selbst im Tilgungsplan an die Stelle des Gläubigers zu setzen;
- Reduzierung der Pflicht der Schuldner zur Vorlage von Unterlagen, indem diese dem Gericht von Banken, Behörden und sonstigen beteiligten Stellen vorgelegt werden müssen.
- Erstellung eines Aktionsplans mit konkreten Maßnahmen, die für die Einhaltung der Frist von sechs Monaten zwischen der Antragsstellung und der Anhörung erforderlich sind, Reduzierung des Risikos des Verfahrensmissbrauchs und Abbau des Bearbeitungsrückstands bis spätestens 2021.

FF. Griechischer Finanzstabilitätsfonds

161. Vorabmaßnahme: Die Behörden werden alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, damit künftige Stammbeteiligungen der Zentralverwaltung (Staat) an Kreditinstituten von Rechts wegen auf den HFSF übergehen.

162. Definition: Dazu werden die Behörden alle notwendigen Änderungen am Gesetz 4172/2013 (Einkommensteuergesetz) und ggf. am Gesetz 3864/2010 (HFSF-Gesetz) verabschieden. Die Gesetzesänderungen umfassen u. a. Folgendes:

- Sämtliche Eigentumsrechte einschließlich der Stimmrechte betreffend die Aktien, die der Staat im Fall einer Einkommensteuerumwandlung erhalten würde, werden von Rechts wegen auf den HFSF übertragen.
- Sämtliche Dividenden und andere Erlöse, auch aus der Veräußerung der übertragenen Aktien, werden von Rechts wegen auf den Staat übertragen.
- Die Rechte aus dem HFSF-Gesetz und der Rahmenvereinbarungen über die Geschäftsbeziehungen gelten für die übertragenen Aktien.
- Artikel 8 des HFSF-Gesetzes gilt für den Entscheidungs- und Genehmigungsprozess zur Veräußerung der übertragenen Aktien nach Ablauf der in Gesetz 4172/2013 (Einkommensteuergesetz) enthaltenen Kaufoption. In alle Fällen, in denen der HFSF alle oder einige seiner Aktien veräußert, wird er von einem qualifizierten unabhängigen Gutachter eine Fairness Opinion (Bewertungs- und Meinungsgutachten) bezüglich des Verkaufspreises einholen.

161. Vorabmaßnahme: Das laufende Mandat des HFSF bis Ende 2022 verlängert.

162. Definition: Die Behörden werden die notwendigen Änderungen am Gesetz 3864/2010 (HFSF-Gesetz) verabschieden, damit das Mandat des HFSF bis zum 31. Dezember 2022 verlängert wird.

GG. Elektronische Auktionen

Regulärer, ungehinderter Ablauf elektronischer Auktionen

163. Die Behörden werden die folgenden Maßnahmen ergreifen: i) monatliche Übermittlung eines detaillierten Fortschrittsberichts auf der Grundlage der von den Institutionen bereitgestellten Vorlage für ganz Griechenland durch den Notarverband, ii) Überprüfung des Verfahrens zur

Senkung des Startpreises bei nicht erfolgreichen Auktionen und iii) Ergreifung weiterer Maßnahmen, die zur Gewährleistung des regulären, ungehinderten Ablaufs elektronischer Auktionen erforderlich sind.

ÜBERWACHUNG DER MASSNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT PRODUKTMÄRKTEN

HH. Investitionsgenehmigungen

164. Vorabmaßnahme – Branchen für Phase 3: Gemäß dem Zeitplan für die Reform der Investitionsgenehmigungen wird die dritte Reformphase, die die folgenden Branchen umfasst, bis Mitte Juni 2018 abgeschlossen:

- Genehmigungsüberprüfung und -vereinfachung bei den übrigen Industrieanlagen der Gruppe 3 der Anlage des Gesetzes 4442/2016 – einschließlich der Betriebsgenehmigung und mehrerer der horizontalen Anforderungen. Anpassung der primär- und sekundärrechtlichen Vorschrift(en) zur Vereinfachung der Genehmigungsverfahren in folgenden Branchen:
 - Herstellung von Tabakerzeugnissen
 - Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder und ähnlichen Erzeugnissen
 - Herstellung von Holz- und Papiererzeugnissen sowie Druckgewerbe
 - Herstellung von Koks und raffinierten Erdölerzeugnissen
 - Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen
 - Herstellung von Arzneimitteln sowie medizinisch-chemischen und botanischen Erzeugnissen
 - Herstellung von Gummi- und Kunststoffherzeugnissen sowie sonstigen nichtmetallischen mineralischen Erzeugnissen
 - Herstellung von Grundmetallen und Metallerzeugnissen, ausgenommen Maschinen und Ausrüstung
 - Herstellung von Computer-, elektronischen und optischen Erzeugnissen
 - Herstellung von elektrischer Ausrüstung
 - Herstellung von Maschinen und Ausrüstung
 - Herstellung von Fahrzeugen
 - Sonstige Herstellung sowie Instandsetzung und Installation von Maschinen und Ausrüstung
- Genehmigungsüberprüfung und -vereinfachung bei den Geschäftstätigkeiten entsprechenden Einrichtungen der Umweltindustrie der Gruppe 5 der Anlage des Gesetzes 4442/2016 – Anpassung der primärrechtlichen Vorschrift(en) zur Vereinfachung der Genehmigungsverfahren, ggf. mit Verweis auf fristgebundene sekundärrechtliche Vorschriften. Es sei darauf hingewiesen, dass die Auflistung der zu prüfenden Tätigkeiten aus dieser Gruppe erst nach Abschluss der Bestandsaufnahme zu den Genehmigungen fertiggestellt wird. Die Tätigkeiten werden in zwei Gruppen unterteilt: vornehmliche Tätigkeiten der Industrie sowie Tätigkeiten von öffentlichem Interesse. Bei der ersten Gruppe werden die gleichen Reformen zur Vereinfachung vorgenommen wie bei Gruppe 3, bei der zweiten Gruppe wird es ein Ad-hoc-Verfahren zur Ermittlung der Flächennutzung geben.
- Genehmigungsüberprüfung und -vereinfachung bei den Dienstleistungen der NACE-Codes 95 und 96.1, die derzeit unter Industrieanlagen fallen und in der Gruppe 15 der Anlage des Gesetzes 4442/2016 enthalten sind – Anpassung der primär- und sekundärrechtlichen Vorschrift(en) zur Vereinfachung der Genehmigungsverfahren.

165. Die Weltbank unterstützt derzeit die griechischen Behörden bei der Betrachtung aller Wirtschaftszweige, um eine vollständige Aufstellung der Branchen ohne Genehmigungspflicht, der in den vorherigen beiden Phasen der Investitionsgenehmigungsreform vereinfachten Branchen, der in diesen Jahren durch andere Projekte vereinfachten Branchen, der Branchen mit besonderen

Vorschriften sowie der „übrigen Branchen“ anzufertigen. Bei Abschluss der Phase 3 wird es sich bei den nicht reformierten Branchen um Branchen handeln, in denen entweder keine Genehmigung erforderlich ist (z. B. ein Großteil der Primärerzeugung und des Einzelhandels) oder in denen besondere Vorschriften gelten (z. B. Finanzsektor und Strom einschließlich erneuerbarer Energien), sodass die Reform für diese nicht gilt, oder um die mit fachlicher Unterstützung der Weltbank und in Abstimmung mit den Institutionen ermittelten „übrigen Branchen“, bei denen eine Umsetzung bis Juni 2018 als Teil der dritten Phase nicht machbar ist. Die Betrachtung dieser Branchen wird durch KYSOIP und die zuständigen Ministerien gebilligt (d. h. von den für die Branchen zuständigen Ministerien, in denen nach wie vor eine Genehmigungspflicht besteht) und geht mit der Verpflichtung einher, diese Branchen im Rahmen der nächsten Phase der Investitionsgenehmigungen zu überprüfen. Darüber hinaus werden alle Branchen, in denen eine Meldepflicht gilt, in die elektronische Meldeplattform aufgenommen. Eine Ausschreibung für die Modernisierung des Systems wird Mitte Juni 2018 erfolgen.

166. Anlagengenehmigungen – Phase B: Verabschiedung primärrechtlicher Vorschriften und Verweis auf sekundärrechtliche Vorschriften in Bezug auf: Zusammenführung der Klassifizierungssysteme für Bagatell- und Umweltkategorien für Anlagen bis 2021 entweder durch Entwicklung einer neuen Flächennutzungs- und Umweltklassifizierung oder durch Nutzung bestehender Umweltklassifizierungen bei der Anlagengenehmigung; Meldesystem in Industriegebieten wie z. B. VIPE, VEPE, VIOPA für Tätigkeiten, die nicht den Vorschriften „SEVESO“, „Offshore Safety“ und „Hazardous Substances Transmission Pipelines“ entsprechen; Verlängerung der Übergangsphasen zur Weiterbetriebs bestehender Anlagen in Industrie- und anderen Gebieten.

167. Kontrollen – Pilotprojekte: Die Pilotprojekte umfassen die Entwicklung und Einführung von Instrumenten zur Verbesserung der Kontrollverfahren in den ausgewählten Branchen (z. B. Risikokriterien, Checkliste und Kontrollleitlinien), Schulungen für die Kontrolleure, die bereits laufen, und die Pilotkontrolle. Das Pilotprojekt gilt als angenommen, sobald der Plan vom KYSOIP genehmigt wurde, wodurch die Umsetzung für die betreffende Behörde verpflichtend wird.

II. Ex-post-Bewertungen

168. Tourismus: Die Behörden werden als Vorabmaßnahme in Übereinstimmung mit den Institutionen die Empfehlungen (darunter Abschaffung der Beschränkungen im Bereich der Freizeitboote, Touristenbusse und Pkw-Anmietungen mit Fahrer) umsetzen.

JJ. Reglementierte Berufe

169. In Bezug auf Privatkliniken werden die Behörden als **Vorabmaßnahme** nach Abstimmung mit den Institutionen den Gesetzentwurf über die Überarbeitung und Modernisierung des Rechtsrahmens für Privatkliniken zur öffentlichen Konsultation stellen, damit das Gesetz bis Mitte Juli 2018 verabschiedet werden kann.

170. In Bezug auf Tageskliniken (**Vorabmaßnahme**) werden die Behörden bis März 2018 in Abstimmung mit den Institutionen die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern, um Beschränkungen (u. a. bei verschiedenen medizinischen Fachrichtungen und gemischtem Betrieb) bei der Errichtung und dem Betrieb von Tageskliniken abzubauen, wobei die in der EU bewährten Verfahren zu berücksichtigen sind. Hinsichtlich medizinischer Fachrichtungen planen die Behörden, den zentralen Gesundheitsrat um ein wissenschaftliches Gutachten zu ersuchen.

KK. Kataster

171. Folgende Verträge sind von den Vorabmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Katasters ausgenommen:

- Vertrag KT5-09: „Katasterplan und Erbringung von Unterstützungsleistungen für den Aufbau des nationalen Katasters in den verbleibenden Gebieten der Regionaleinheit Thesprotia (Region Epirus) und der Regionaleinheit Korfu (Region Ionische Inseln)“
- Vertrag KT5-29: „Katasterplan und Erbringung von Unterstützungsleistungen für den Aufbau des nationalen Katasters in den verbleibenden Gebieten der Regionaleinheit Rethymno (Region Kreta)“
- Vertrag KT5-30: „Katasterplan und Erbringung von Unterstützungsleistungen für den Aufbau des nationalen Katasters in den verbleibenden Gebieten der Regionaleinheit Chania (Region Kreta)“
- Vertrag KT5-31: „Katasterplan und Erbringung von Unterstützungsleistungen für den Aufbau des nationalen Katasters in den verbleibenden Gebieten Gemeinden Malevizi, Heraklion und Hersonissos der Regionaleinheit Heraklion (Region Kreta)“
- Vertrag KT5-26: „Katasterplan und Erbringung von Unterstützungsleistungen für den Aufbau des nationalen Katasters in den verbleibenden Gebieten der Regionaleinheit Santorin, Paros, Milos, Mykonos, Tinos, Andros, Naxos, Kea und Kythnos (Region Südägäische Inseln)“

Diese Verträge werden nach den entsprechenden Gerichtsentscheidungen unterzeichnet.

ÜBERWACHUNG DER NETZGEBUNDENEN WIRTSCHAFTSZWEIGE

ENERGIESEKTOR

LL. RES-Konto und Ersetzung des Lieferantenzuschlags

172. Vorabmaßnahme: Als Vorabmaßnahme i) wird der Lieferantenzuschlag um den voraussichtlichen Jahresüberschuss auf dem RES-Konto für 2018 gekürzt (Schritt 1 – am 25. April 2018 vom griechischen Parlament verabschiedete Änderung, Art. 143 des Gesetzes 4001/2011, enthalten in Art. 12 von FEK A 75/2018), ii) wird der Lieferantenzuschlag a) bis zum 1. Januar 2019 weiter auf 50 % der Gesamtgebühr gekürzt, b) bis zum 1. Januar 2020 weiter auf 30 % der Gesamtgebühr gekürzt und c) bis Ende 2020 vollständig abgeschafft, iii) werden die CO₂-Berechtigungen (aktuelle Einnahmen auf dem RES-Konto) für 2019 und 2020 auf mindestens 65 % festgesetzt, iv) fließen sämtliche Überschüsse auf dem RES-Konto, die den Sicherheitspuffer übersteigen, bis zur vollständigen Abschaffung des Lieferantenzuschlags in dessen Kürzung, v) verpflichten sich die Behörden, einen Sicherheitspuffer in Höhe von 70 Mio. EUR beizubehalten und vi) müssen im Fall eines Defizits auf dem RES-Konto andere Einnahmenarten (mit Ausnahme des Lieferantenzuschlags) – auch die Sonderabgabe für erneuerbare Energien (ETMEAR) – entsprechend erhöht werden. Darüber hinaus verpflichten sich die Behörden, das RES-Konto ausgeglichen zu halten, z. B. durch die Verpflichtung zur Meldung an die Europäische Kommission und Einführung eines neuen RES-Einnahmenmodells, das ab 2021 angewendet wird und vollständig den Leitlinien für Energie- und Umweltschutzbeiträgen entspricht. Durch das reformierte Modell und etwaige zusätzliche Einnahmen, die ab Januar 2021 angewendet werden, soll gewährleistet werden, dass das RES-Konto in Zukunft ausgeglichen und tragfähig bleibt.

173. Definition. Die Entscheidungen zur Anpassung der Gebühreneinheiten der Sonderabgabe für erneuerbare Energien ETMEAR sind mit dem Ziel zu treffen, die bilanzielle Verschuldung (Summe der kumulativen bilanziellen Verschuldung der vorangegangenen Jahre und des Bilanzdefizits des laufenden Jahres) des Sonderkontos für das verzahnte System und Netz der erneuerbaren Energiequellen und hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bis zum Ende des Kalenderjahrs, in dem diese Entscheidungen zur Anwendung kommen, zu eliminieren.

Die vorstehend genannte Anpassung der Gebühreneinheiten der ETMEAR ist von der Regulierungsbehörde für Energie RAE durch die im Dezember und Juni (nachfolgend Anpassungsmonate) verabschiedeten Entscheidungen umzusetzen, wobei die sich für diese Gebühren ergebenden Preise jeweils ab dem ersten Tag des Monats nach dem entsprechenden Anpassungsmonat gelten.

Entsprechend dem vereinbarten Schritt 1 fließen sämtliche Ende Juli und Dezember bestätigten Überschüsse für die Jahre 2018, 2019 bzw. 2020 ausschließlich in die weitere Kürzung des Lieferantenzuschlags (bei gleichzeitiger Vorhaltung eines Puffers in Höhe von 70 Mio. EUR). Die Verpflichtung LAGIEs im Rahmen der Berichterstattung zum RES-Konto a) bis Ende August 2018 die tatsächlichen Zu- und Abflüsse mit Stand Ende Juni 2018 und b) bis Ende Januar 2019 die tatsächlichen Zu- und Abflüsse mit Stand Ende 2018 zu melden.

Tabelle 13. Prognose für den Saldo des RES-Kontos für 2018 in Mio. EUR (LAGIE¹⁰)

	Zuflüsse ¹¹	Abflüsse	Monatlicher Saldo	Kumulierter Saldo
Jan. 18	157,65	-132,98	24,67	67,16
Feb. 18	169,72	-115,27	54,45	121,61
Mrz. 18	181,45	-158,52	22,94	144,54
Apr. 18	158,38	-167,84	-9,45	135,09
Mai 18	161,13	-178,67	-17,53	117,55
Jun. 18	181,04	-172,36	8,687	126,23
Jul. 18	212,45	-191,88	20,57	146,81
Aug. 18	200,13	-201,15	-1,02	145,79
Sep. 18	169,24	-167,03	2,21	148,00
Okt. 18	166,96	-151,22	15,75	163,75
Nov. 18	164,87	-127,76	37,21	200,96
Dez. 18	191,59	-136,20	55,39	256,35
Gesamt	2.114,63	-1.900,77	213,86	256,35

174. Datennachweis. a) Gesetzesänderung, sobald Schritt 2 vereinbart wurde, b) nach Vereinbarung von Schritt 2 entsprechende Anpassung der Prognose für 2019 und Vorlage zusammen mit dem Entwurf der Gesetzesänderung erforderlich c) sämtliche der RAE für ihre halbjährliche Entscheidung zur Anpassung der ETMEAR durch LAGIE übermittelten Daten zum Saldo des RES-Kontos, darunter Kapitalflussrechnung für das RES-Konto und aktualisierte Angaben zur (ggf.) durchschnittlichen Verzögerung für Erzeuger erneuerbarer Energien.

¹⁰ Quelle:

http://www.lagie.gr/fileadmin/groups/EDSHE/MiniaiaDeltiaEL/JAN_FEB_01_02_2018_DELTIO_ELAPE_v1.1_04.04.2018.pdf, Seite 35

¹¹ Quelle: LAGIE¹¹: Die voraussichtlichen Zuflüsse müssen aktualisiert werden, um die Kürzung des Lieferantenzuschlags (35 %) mit Wirkung vom 1. April 2018 zu berücksichtigen (siehe geänderten Art. 143 des Gesetzes 4001/2011, Art. 12 von FEK A 75/2018).

MM. Vorlage von Informationen und Daten zu NOME-Auktionen

175. Forderung. LAGIE legt vollständige und zeitnahe Informationen über Auktionsergebnisse, Nominierungen, Lieferungen und Weiterverkäufe auf dem Sekundärmarkt sowie Marktanteile je Anbieter vor.

176. Datennachweis. LAGIE übermittelt den Institutionen einen Bericht mit einer Zusammenfassung in englischer Sprache, u. a. i) ausführliche Informationen über Nominierungen, Lieferungen und Weiterverkäufe 10 Tage nach Ende des jeweiligen Monats und ii) ausführliche Informationen über die Auktionsergebnisse zwei Tage nach der jeweiligen NOME-Auktion.

NN. Vorlage von Informationen und Daten zur gemeinsamen Evaluierung von NOME

177. Vorabmaßnahme: Als Vorabmaßnahme wird der Mindestpreis für die Auktionen auf der Grundlage eines Vorschlags der RAE neu festgesetzt, wobei i) die CO₂-Preise gemäß Gesetz 4389/2016 in der durch Gesetz 4393/2016 geänderten Fassung und ii) aktuelle Angaben zu den Produktionskosten von PPC gemäß der Methode zur Ableitung des ersten Mindestpreises berücksichtigt werden.

Nach der ersten gemeinsamen Evaluierung mit den Institutionen werden die Behörden unter Berücksichtigung der Strukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Braunkohle sowie des Leitplans für die Einführung des Terminmarkts nach dem Zielmodell als Vorabmaßnahme den geänderten KYSOIP-Aktionsplan und die NOME-bezogenen Rechtsvorschriften umsetzen. Dies umfasst insbesondere Folgendes:

- Sobald die internationale Ausschreibung veröffentlicht ist und die Abspaltung der zu veräußernden Braunkohleunternehmen läuft, werden die zusätzlichen Mengen aufgrund des Anpassungsmechanismus bei Evaluierung der Zwischenziele für Juni 2018 um 50 % reduziert. Die RAE wird den modifizierten Überwachungsmechanismus so umsetzen, dass sich die angepassten Mengen nach Feststellung der im Halbjahr H aufgetretenen Abweichung gleichmäßig auf die zwei Auktionen verteilen.
- Nach erfolgter Auswahl des/der bevorzugten Bieter(s) und Unterzeichnung der Aktienerwerbsvereinbarung (SPA) über die Braunkohleveräußerung mit dem/den ausgewählten Bieter(n) tritt der oben genannte Anpassungsmechanismus außer Kraft.
- Sobald die Vereinbarung(en) finanziell erfüllt wurde(n) und der/die ausgewählte(n) Bieter die Leitung der betreffenden Anlage(n) übernimmt/übernehmen, betragen die 2019 zu versteigernden NOME-Gesamt mengen 13 % multipliziert mit dem Gesamtstromvolumen im Verbundnetz im Jahr 2018.
- Bei Einführung der neuen Strommärkte nach dem Zielmodell nehmen die regulierten NOME-Terminprodukte die Merkmale der neuen Märkte (Termin-, Day-Ahead- und Regelreservemarkt) an, insbesondere in Bezug auf die finanzielle Abrechnung, physische Lieferung und Bilanzkreisverantwortung.
- Bis September 2019 werden die Behörden zusätzlich zu der bereits vorgesehenen halbjährlichen Folgenabschätzung eine erneute gemeinsame Evaluierung mit den Institutionen durchführen und dabei u. a. Folgendes berücksichtigen:
 - die Einführung der neuen Märkte nach dem Zielmodell für den Terminmarkt
 - den Abschluss der Strukturmaßnahmen in Bezug auf die Braunkohlekapazitäten

- die Auswirkungen des NOME-Mechanismus auf dem Strommarkt
- die Entwicklung der Endkundenmarktanteile
- die mögliche Notwendigkeit alternativer politischer und/oder struktureller Maßnahmen mit dem Gesamtziel der Nutzenmaximierung für die Verbraucher

Die erste derartige gemeinsame Evaluierung der Behörden und der Institutionen hinsichtlich der Anpassung des NOME-Mechanismus aufgrund der Strukturmaßnahmen im Zusammenhang mit den Braunkohlekapazitäten hat bereits stattgefunden. Bei den geplanten künftigen gemeinsamen Evaluierungen legen die Behörden den Institutionen alle dafür relevanten Informationen vor (siehe TMU Abschnitt QQ).

178. Datennachweis. Ein ausführlicher Vorschlag zur praktischen Umsetzung der Senkung der NOME-Mengen, darunter Vorschläge zur Änderung des Gesetzes 4389/2016. Darüber hinaus legen RAE und LAGIE die Ergebnisse aller durchgeführten oder in Auftrag gegebenen Studien im Zusammenhang mit dem NOME-Mechanismus innerhalb von 10 Tagen nach deren Abschluss bzw. nach Erhalt der Ergebnisse vor.

OO. Vorlage von Informationen und Daten zu Gasauktionen

179. Datennachweis. Das Ministerium für Umwelt und Energie erhält von der HCC in Zusammenarbeit mit der RAE eine Woche nach der jeweiligen Auktion ausführliche Informationen über die Ergebnisse aller im Rahmen des Programms zur Freigabe von Gasmengen durchgeführten Auktionen und leitet diese an die Institutionen weiter.

PP. Vorlage von Informationen und Daten zum Zielmodell

180. Datennachweis. Die Behörden legen monatlich aktualisierte Daten zu den Fortschritten bei der Erreichung der im vereinbarten „Fahrplan“ (nachstehend eingefügt) festgelegten Meilensteine vor; dieser Fahrplan enthält alle zur Einführung des Zielmodells im April 2019 zu erreichenden Meilensteine.

QQ. Umsetzung des griechischen Zielmodells – „Fahrplan“

Die griechischen Behörden verpflichten sich zur Reform des griechischen Strommarkts, einschließlich des Termin-, Day-Ahead-, Intraday- und Regelreservemarkts, um die Preissignale insbesondere in Zeiten von Knappheit zu verbessern. Zu diesem Zweck sollten die griechischen Behörden folgende Verpflichtungen eingehen:

1. Bis zum 1. April 2019 schafft HENEX einen Day-Ahead-Markt, der den Vorgaben der EU-Verordnung 2015/1222 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement entspricht und technisch im Rahmen der weitergefassten Regelungen zur regionalen Preiskopplung (Price Coupling of Regions - PCR) mit Italien und Bulgarien gekoppelt werden kann. Dazu werden folgende Schritte unternommen:
 - a. Bis Mitte Juni 2018 legt HENEX der RAE die einschlägigen Vorschriften zur Billigung vor.
 - b. Bis Juni 2018 leitet HENEX den Prozess zur Bewertung der Auswirkungen des vorgeschlagenen Pakets an Produkten/Auftragsarten der griechischen Gebotszone im Rahmen des entsprechenden Projekts zur multiregionalen Kopplung (Multi-Regional Coupling - MRC) und regionalen Preiskopplung ein.
 - c. Bis September 2018 billigt die RAE die Vorschriften.

- d. Bis März 2019 beginnt HENEX mit Probeläufen für die Day-Ahead-Marktkopplung.
 - e. Am 1. April 2019 wird der lokale Day-Ahead-Markt in Betrieb genommen; gleichzeitig werden die technischen Voraussetzungen zur Kopplung Griechenlands mit Italien und Bulgarien geschaffen.
 - f. Zur Gewährleistung der Marktkopplung mit Italien und Bulgarien stellen die griechischen Behörden sicher, dass die einschlägigen Akteure (TSO, NEMO, NRA) aktiv mit ihren Kollegen in den benachbarten Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, einen Arbeitsplan vorlegen und der GD Energie monatlich Bericht erstatten, um das o. g. Ziel zu erreichen.
2. Ab dem 1. April 2019 sollen alle Marktteilnehmer auf dem Day-Ahead-Markt Gebote auf Portfoliobasis abgeben können, mit Ausnahme von Eigentümern konventioneller Anlagen, die Gebote pro Anlage abgeben. Dieses Merkmal soll nur übergangsweise für einige Jahre bestehen. Die RAE prüft die Entwicklung des Strommarkts und die Auswirkungen der in der Umsetzung befindlichen Strukturmaßnahmen zu gegebener Zeit, um die Abgabe von Geboten auf Portfoliobasis schrittweise für alle Anlagen einzuführen, sobald der Markt ausgereift ist und sich der Portfolio-Effekt des vorherrschenden Anbieters abgeschwächt hat.
 3. Bis zum 1. April 2019 schafft HENEX einen Intraday-Markt und die technischen Voraussetzungen für die Kopplung mit Italien und Bulgarien im Rahmen eines kontinuierlichen Intraday-Markts (XBID-Projekt), der im Einklang mit den Vorgaben der EU-Verordnung 2015/1222 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement ggf. durch ergänzende regionale Auktionen flankiert wird.
 4. Dazu werden folgende Schritte unternommen:
 - a. Bis Mitte Juni 2018 legt HENEX der RAE die einschlägigen Vorschriften zur Billigung vor.
 - b. Nach der Entscheidung für ergänzende regionale Auktionen an den italienischen Grenzen leitet HENEX Gespräche mit den italienischen Kollegen zur Vereinbarung der erforderlichen Voraussetzungen für die genannten Auktionen an der italienisch-griechischen Gebotszonengrenze ein.
 - c. Bis September 2018 billigt die RAE die Vorschriften.
 - d. Bis März 2019 beginnt HENEX mit Probeläufen für den Intraday-Markt, einschließlich ggf. mit benachbarten Mitgliedstaaten vereinbarter ergänzender Auktionen.
 - e. Der lokale Intraday-Markt und die ggf. mit Italien und/oder Bulgarien vereinbarten ergänzenden regionalen Auktionen sollen am 1. April 2019 in Betrieb genommen werden.
 - f. Zur Gewährleistung der vollständigen Einhaltung der CACM-Verordnung stellen die griechischen Behörden sicher, dass die einschlägigen Akteure (TSO, NEMO, NRA) aktiv mit ihren Kollegen im XBID-Projekt zusammenarbeiten und sich klar zu einem Arbeitsplan bekennen mit dem Ziel, den kontinuierlichen Handel über XBID schnellstmöglich umzusetzen (2. oder 3 Beitrittsgruppe).
 5. In Bezug auf die bis zum 1. April 2019 einzuführenden Strompreise auf dem Day-Ahead- und Intraday-Markt gibt es weder eine Begrenzung der Preisgebote noch Preisgrenzen. Hiervon unberührt bleiben die technischen Höchst- und Mindestgrenzen nach Art. 41 Abs. 1 und Art. 54 Abs. 1 der EU-Verordnung 2015/1222 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe

- und das Engpassmanagement und dem genehmigten Vorschlag der nominierten Strommarktbetreiber (NEMOs) über diese Grenzen.¹²
6. Für Clearing und Abrechnung richtet HENEX drei (3) Monate nach Schaffung der Energiebörse ENEXClear ein. Bis zur Inbetriebnahme sowohl des Intraday- als auch des Day-Ahead-Markts (einschließlich Kopplungsszenarien) werden sämtliche Clearing- und Abrechnungsregelungen eingeführt.
 7. Bis zum 1. April 2019 schafft IPTO einen Regelreservemarkt, durch den künftig die Einhaltung der EU-Verordnung 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem gewährleistet ist:
 - a. IPTO hat der RAE die einschlägigen Vorschriften zur Billigung vorgelegt.
 - b. Bis September 2018 billigt die RAE die Vorschriften.
 - c. Bis März 2019 beginnt IPTO mit Probeläufen für den Regelreservemarkt, einschließlich der Abrechnung von Bilanzkreisabweichungen (Berechnung von Mengenabweichungen und Ausgleichsenergiepreisen).
 - d. Am 1. April 2019 wird der neue Regelreservemarkt (einschließlich Abrechnung von Bilanzkreisabweichungen) gemeinsam mit dem Day-Ahead- und dem Intraday-Markt in Betrieb genommen.
 8. Bis zur Einrichtung der gemeinsamen europäischen Plattformen im Sinne der Verordnung 2017/2195 wird zur Ermöglichung der Marktkopplung ein lokaler Regelreservemarkt im Einklang mit den in Kraft getretenen Vorgaben der Leitlinie für den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem eingerichtet.
 9. Unter der in Punkt 5 genannten Voraussetzung (keine Gebotseinschränkungen auf dem Day-Ahead- und Intraday-Markt) prüfen die griechischen Behörden bis April 2019, ob ein zusätzlicher Abrechnungsmechanismus durch Einführung einer Funktion für die Knappheitspreisbildung auf Bilanzkreisverantwortliche nach Art. 44 Abs. 3 der Verordnung 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem anzuwenden ist, und setzen die Kommission davon in Kenntnis.
 10. Bis zum 1. April 2019 richtet Griechenland ein neues Überwachungssystem ein, um potenziellen Missbrauch einer beherrschenden Stellung und andere wettbewerbswidrige Praktiken auf den Day-Ahead-, Intraday- und Regelreservemärkten durch nachträgliche Überwachung von Marktergebnissen aufzudecken.

RR. Finanzlage von PPC (& gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen)

181. Vorabmaßnahme: Die Behörden werden das Gesetz 4067/2012 so ändern, dass sich aus der Überprüfung des Sozialtarifs für Strom, der zum Konto für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen gehört, für die Jahre 2018, 2019 und 2020 keine Haushaltsprobleme ergeben.

182. Definition: Durch die Änderung wird u. a. festgelegt, dass 2019 und 2020 höchstens der in der nachstehenden Tabelle aufgeführte Betrag aus dem Staatshaushalt auf das Konto für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen überwiesen werden darf.

¹² Siehe Entscheidung der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) vom April 2017 über harmonisierte Höchst- und Mindestclearingpreise der NEMOs für die einheitliche Day-Ahead-Marktkopplung sowie vom Mai 2017 über harmonisierte Höchst- und Mindestclearingpreise der NEMOs für die Intraday-Marktkopplung einschließlich Anhängen:

https://acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Pages/Individual-decision.aspx.

Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen	2017	2018	2019	2020	2021	2022
NII (einschl. Abgabe auf den Kraftstoffverbrauch)	596.869.440	585.931.884	603.925.039	618.099.542	473.260.742	494.548.849
SRT	90.000.000	97.000.000	104.000.000	110.000.000	116.000.000	122.000.000
Gesamtkosten	686.869.440	682.931.884	707.925.039	728.099.542	589.260.742	616.548.849
Gesamtzufluss aus Gebühren für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen	633.988.604	629.148.987	640.183.237	661.070.611	673.956.624	671.554.867
Zufluss aus staatlicher Finanzierung	476.000.000	0	58.375.764	67.028.931	0	0
Defizitausgleich 2012-2016	359.970.228	0	0	0	0	0
Neues Defizit (β)+(δ) des Jahres v-1		-63.148.936	-9.366.038	0	0	-84.695.882
(+) Defizit / (-) Überschuss	-63.148.936	-9.366.039	0	0	-84.695.882	-139.701.900

WASSERSEKTOR

SS. Wasserversorgung

183. Vorabmaßnahme: Änderung des Gesetzes 3199/2003 bis Februar 2018 zur weiteren Stärkung eines inklusiven, transparenten und effizienten Entscheidungsprozesses im Wassersektor durch Prüfung der Zusammensetzung und der Arbeitsweise der nationalen Wasserkommission, des nationalen Wasserausschusses und des Beratungsausschusses für Wasser.

184. Definition: Die Erfüllung der o. g. Vorabmaßnahme umfasst die folgenden bis Februar 2018 von den griechischen Behörden zu unternehmenden Schritte:

- Erweiterung der nationalen Wasserkommission um den stellvertretenden Minister für Arbeit, Sozialversicherung und sozialen Zusammenhalt.
- Erweiterung des nationalen Wasserausschusses um zwei Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus dem Sozial- und Umweltbereich.
- Der nationale Wasserausschuss sollte mindestens zweimal jährlich zusammenkommen. Die Protokolle werden öffentlich verfügbar gemacht.
- Erweiterung des Beratungsausschusses für Wasser um einen Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Sozialversicherung und sozialen Zusammenhalt.

ÜBERWACHUNG DER KONDITIONALITÄT FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

TT. Personalabbauregelung

185. Definition. Das Verhältnis der Neueinstellungen während des Jahres (abzüglich des Übertrags aus vorangegangenen Jahren) gegenüber den Abgängen aus dem Vorjahr (einschließlich Verrentung und Aufhebung des Beschäftigungsverhältnisses aus anderen Gründen als Disziplinarverfahren oder der nachgewiesenen illegalen Beschäftigung) für den Staat. Mit Wirkung ab 2016 sind Neu- oder Wiedereinstellungen i) im Rahmen des Wiedereintritts in den Dienst aufgrund der Anhebung des gesetzlichen Rentenalters und ii) der Mitarbeitermobilität im öffentlichen Dienst (mit Ausnahme von Kapitel-B-Unternehmen) von der Berechnung ausgenommen. Umwandlungen von befristeten Verträgen in unbefristete Verträge gemäß Gesetz 3938/2011 sind von der Personalabbauregelung ausgenommen, sofern i) sie in der Apografi-Datenbank als befristete Verträge erfasst wurden und ii) die im Haushalt 2018 und in der

mittelfristigen Haushaltsstrategie 2019-2022 veranschlagten Lohn- und Gehaltskosten dem Obersten Rechnungshof zufolge eingehalten werden, wobei die Obergrenze für befristete Verträge um die Zahl der Umwandlungen anzupassen ist. Das Verhältnis von Neueinstellungen zu Abgängen aufgrund von Disziplinarverfahren oder der nachgewiesenen illegalen Beschäftigung ist eins zu eins.

186. Datennachweis. Für fest angestellte Beschäftigte einen Monatsbericht (jeweils 15 Tage nach Monatsende) über den Bestand der Gesamtbeschäftigung, Neueinstellungen und Abgänge pro staatliche Stelle, einschließlich konkreter Daten, die unterscheiden zwischen a) Abgängen aufgrund von Disziplinarverfahren oder illegaler Beschäftigung und b) Einstellungen aufgrund von Gerichtsentscheidungen, die c) aus reziproken Abgaben finanziert werden. Für befristet angestellte Beschäftigte einen Monatsbericht (jeweils 15 Tage nach Monatsende) über den Bestand der Gesamtbeschäftigung pro staatliche Stelle. Monatsbericht über die Beschäftigten im Staatssektor gemäß nationalem strategischem Rahmenplan zusammengefasst und pro staatliche Stelle, die auch in der Apografi-Datenbank zu erfassen sind.

UU. Obergrenze für befristete Verträge

187. Forderung. Um sicherzustellen, dass die in der Zensus-Datenbank erfasste durchschnittliche Anzahl an Verträgen, die den Haushalt belasten, 2017 und 2018 gegenüber 2016 unverändert bleibt und die gesamtstaatlichen Lohn- und Gehaltskosten im geplanten Rahmen bleiben, wird eine Obergrenze für befristete Verträge eingeführt. Angesichts der Umwandlung von befristeten in unbefristete Verträge infolge einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung sind entsprechende Maßnahmen erforderlich, um die Einhaltung der im Haushalt 2018 und in der mittelfristigen Haushaltsstrategie 2019-22 veranschlagten Lohn- und Gehaltskosten zu gewährleisten. Umwandlungen von befristeten Verträgen in unbefristete Verträge gemäß Gesetz 3938/2011 sind von der Personalabbauregelung ausgenommen, sofern i) sie in der Apografi-Datenbank als befristete Verträge erfasst wurden und ii) die im Haushalt 2018 und in der mittelfristigen Haushaltsstrategie 2019-2022 veranschlagten Lohn- und Gehaltskosten dem Obersten Rechnungshof zufolge eingehalten werden. Die Obergrenze für befristete Verträge wird um die Zahl der Umwandlungen und um sonstige Veränderungen bei den Lohnkosten angepasst. Zusätzliche befristete Verträge aufgrund akuter Bedarfssituationen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise, Naturkatastrophen oder humanitären Krisen sind von der Obergrenze ausgenommen.

Tabelle 24. Obergrenze für befristete Verträge 2017 und 2018 (2016 als Basisjahr)

Anzahl der befristeten Verträge	2016
Januar	49.478
Februar	50.538
März	51.053
April	52.875
Mai	52.609
Juni	44.115
Juli	42.485
August	41.611
September	42.505
Oktober	46.301
November	47.984
Dezember	49.448

Durchschnitt 2016 – Obergrenze für befristete Verträge 2017 und 2018	47.584
<i>Quelle: Apografi-Datenbank</i>	

Tabelle 25. Befristete Verträge 2017

Anzahl der befristeten Verträge, 2017
Januar: 50.136
Februar: 50.287
März: 50.637
April: 51.398
Mai: 52.612
Juni: 46.146
Juli: 41.367
August: 40.873
September: 43.448
Oktober: 46.720
November: 47.272
Dezember: 48.300
Durchschnitt für 2017: 47.433
<i>Quelle: Apografi-Datenbank</i>

188. Datennachweis. Die Behörden legen monatlich Tabellen vor, die Folgendes umfassen: i) Anzahl der befristeten Verträge, die den Haushalt belasten, nach Einheit, im Einklang mit Abschnitt B der monatlichen Meldetabellen in der Apografi-Datenbank, Zeile „Befristete Verträge von begrenzter Dauer, Stundenbezahlung, Projektverträge, die den Staatshaushalt belasten“, ii) Anzahl der befristeten Verträge, die den Haushalt belasten, zur Deckung von Bedarfssituationen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise, Naturkatastrophen und humanitären Krisen, nach Einheit.

VV. Ernennungen

189. Forderung. Ernennungen:

- Als Vorabmaßnahme a) werden die Behörden mithilfe technischer Unterstützung eine Studie zu den Mindestanforderungen der Stellenausschreibungen für alle im TMU aufgeführten Stellen für Verwaltungssekretäre, stellvertretende Verwaltungssekretäre und Fach- bzw. Fachsondersekretäre durchführen und dabei die in Artikel 7 des Gesetzes 4369/2016 genannten Faktoren berücksichtigen. Auf Grundlage der Ergebnisse der Studie werden die Behörden ggf. bis Juli 2018 geeignete Maßnahmen ergreifen; b) die Ernennungen von 55 Fachabteilungsleitern werden mit den verbleibenden 35 Fachabteilungsleitern bis Juli erfolgen; c) 220 aller Unterabteilungsleiterstellen werden mit den verbleibenden 175 bis Juli ausgeschrieben.
- Zusätzlich werden a) im Oktober 2018 alle Unterabteilungsleiter ernannt sowie alle Referatsleiterstellen ausgeschrieben und bis Dezember 2018 entsprechend ernannt.
- Die Behörden legen bis Juni 2018 einen ausführlichen Bericht über die Umsetzung der o. g. Maßnahmen vor.

Verwaltungssekretäre, stellvertretende Verwaltungssekretäre und Fach- bzw. Fachsondersekretäre

1. Verwaltungssekretär des Ministeriums für Verwaltungswiederaufbau
2. Fachsondersekretär für die Nationaldruckerei
3. Verwaltungssekretär des Innenministeriums
4. Fachsekretär für Geschlechtergleichstellung
5. Fachsekretär für Abfallwirtschaft
6. Fachsondersekretär für Staatsbürgerschaft
7. Verwaltungssekretär des Wirtschafts- und Entwicklungsministeriums
8. Fachsekretär für Handel und Verbraucherschutz
9. Fachsondersekretär für öffentlich-private Partnerschaften
10. Fachsekretär für Industrie
11. Verwaltungssekretär des Ministeriums für Digitalpolitik, Telekommunikation und Medien
12. Fachsekretär für Digitalpolitik
13. Fachsekretär für Telekommunikations- und Postdienstleistungen
14. Fachsondersekretär für Kommunikationskrisenmanagement
15. Verwaltungssekretär des Ministeriums für Bildung, Forschung und Religion
16. Stellvertretender Verwaltungssekretär des Ministeriums für Bildung, Forschung und Religion
17. Fachsekretär für Religion
18. Fachsekretär für Forschung und Technologie
19. Fachsekretär für lebenslanges Lernen und Jugend
20. Verwaltungssekretär des Ministeriums für Arbeit, soziale Sicherheit und sozialen Zusammenhalt
21. Fachsekretär für die Verwaltung von Gemeinschafts- und sonstigen Mitteln
22. Fachsekretär für Sozialfürsorge
23. Fachsondersekretär für die soziale Integration der Roma
24. Fachsondersekretär für Sozial- und Solidarwirtschaft
25. Verwaltungssekretär des Ministeriums für Justiz, Transparenz und Menschenrechte
26. Stellvertretender Verwaltungssekretär des Ministeriums für Justiz, Transparenz und Menschenrechte
27. Fachsekretär für Kriminalitätsbekämpfungspolitik
28. Fachsekretär für Transparenz und Menschenrechte
29. Verwaltungssekretär des Finanzministeriums
30. Fachsekretär für Staatseigentum
31. Verwaltungssekretär des Gesundheitsministeriums
32. Stellvertretender Verwaltungssekretär des Gesundheitsministeriums
33. Fachsekretär für öffentliche Gesundheit
34. Verwaltungssekretär des Kultur- und Sportministeriums
35. Fachsekretär für Sport
36. Verwaltungssekretär des Energie- und Umweltministeriums
37. Fachsekretär für Raumplanung und städtischen Raum
38. Fachsekretär für Umwelt
39. Fachsekretär für Energie und mineralische Rohstoffe
40. Fachsondersekretär für Gewässer
41. Verwaltungssekretär des Verkehrs- und Infrastrukturministeriums
42. Fachsekretär für Infrastruktur
43. Verwaltungssekretär des Ministeriums für Migrationspolitik
44. Fachsekretär für die Aufnahme von Drittstaatsangehörigen (First Reception Service)
45. Verwaltungssekretär des Ministeriums für maritime Angelegenheiten und Inselpolitik
46. Fachsekretär für Häfen und Investitionen in die Schifffahrt

47. Fachsekretär für die ägäische und Inselfpolitik
48. Verwaltungssekretär des Ministeriums für Agrar- und Ernährungspolitik
49. Fachsekretär für Agrarpolitik und die Verwaltung von Gemeinschaftsmitteln
50. Verwaltungssekretär des Tourismusministeriums
51. Fachsekretär für Tourismuspolitik und -förderung
52. Generalsekretär für Korruptionsbekämpfung
53. Sondersekretär für Arbeitsaufsicht
54. Sondersekretär der Inspektoren und Prüfer des Umwelt- und Energieministeriums
55. Sondersekretär des Gremiums der Inspektoren und Kontrolleure für die öffentliche Verwaltung (SEED)
56. Sondersekretär der Abteilung für Finanz- und Wirtschaftskriminalität (SDOE)
57. Fachsondersekretär für Privatschuldenmanagement
58. Fachsekretär für Fiskalpolitik
59. Fachsekretär für Informationssysteme und administrative Unterstützung
60. Fachsekretär für Finanzpolitik
61. Fachsondersekretär für die Koordinierung und Verwaltung der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und des Fonds für innere Sicherheit sowie sonstiger Ressourcen
62. Fachsondersekretär für die Verwaltung der sektorspezifischen operationellen Programme des Europäischen Sozialfonds
63. Fachsekretär für strategische und private Investitionen
64. Fachsekretär für öffentliche Investitionen und den nationalen strategischen Rahmenplan (NSRP – ESPA)
65. Fachsondersekretär für die sektorspezifischen operationellen Programme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds
66. Fachsekretär für Information und Kommunikation
67. Fachsekretär für soziale Sicherheit
68. Fachsekretär für Migrationspolitik
69. Fachsekretär für Verkehr

190. Datennachweis. Die Behörden übermitteln den Institutionen i) sämtliche Ernennungsbeschlüsse innerhalb von 10 Tagen nach deren Fassung sowie ii) die Entscheidung des Ministerpräsidenten, mit der die derzeitigen Generalsekretäre von ihren Aufgaben gemäß Artikel 13 Absatz 1A des Gesetzes 4369/2016 innerhalb der in der entsprechenden Bestimmung genannten und gemäß Absatz 178 Buchstabe e geänderten Frist entlastet werden. Bezüglich der Abteilungsleiter übermitteln die Behörden den Institutionen i) eine Liste sämtlicher Abteilungsleiterstellen zum Zeitpunkt ihrer Ausschreibung und ii) sämtliche Ernennungsbeschlüsse innerhalb von 10 Tagen nach deren Fassung.

191. Die Behörden legen – nach Abschluss jeder Kategorie – einen ausführlichen Bericht über die Umsetzung der o. g. Maßnahmen vor. Die Behörden legen Statistiken und eine Bewertung der Einstellungsverfahren für Verwaltungssekretäre, stellvertretende Verwaltungssekretäre und Fach- bzw. Fachsondersekretäre sowie Abteilungsleiter und Unterabteilungsleiter vor, darunter u. a. die Zahl der Bewerbungen, durchschnittliche Bewertung der in die engere Auswahl kommenden Kandidaten, Privatsektorbeteiligung und -auswahl, Zahl der Einsprüche und Entscheidungen über Einsprüche.

192. Die Behörden führen (mithilfe technischer Unterstützung) eine Studie zu den Stellenausschreibungen für Verwaltungssekretäre, stellvertretende Verwaltungssekretäre und Fach- bzw. Fachsondersekretäre (Vorabmaßnahme) durch und ergreifen bis Juli 2018 auf der Grundlage der Empfehlungen aus der Studie entsprechende Maßnahmen. Im Rahmen der Studie i) werden Methoden zur Bestimmung von Mindestzulassungskriterien (unter Berücksichtigung der in Art. 7 des Gesetzes 4369/2016 genannten Faktoren) für alle im TMU aufgeführten Stellen für

Verwaltungssekretäre, stellvertretende Verwaltungssekretäre und Fach- bzw. Fachsondersekretäre festgelegt, sämtliche Stellenausschreibungen für die 69 Stellen/Ausschreibungen vor etwaigen Ernennungen geprüft und ii) geeignete Korrekturmaßnahmen empfohlen, um sicherzustellen, dass die in der Studie festgelegten Mindestzulassungskriterien bei sämtlichen Ausschreibungen vollständig eingehalten werden.

ÜBERWACHUNG DER KONDITIONALITÄT IM BEREICH KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

WW. Verabschiedung aller notwendigen sekundärrechtlichen Vorschriften zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung

193. Vorabmaßnahme. Die Behörden setzen den Rechtsrahmen zur Parteienfinanzierung vollständig um, insbesondere durch Sicherstellung der Verabschiedung aller notwendigen sekundärrechtlichen Vorschriften (ergänzendes MoU, Abschnitt 5.3).

194. Definition. Die zuständigen Behörden setzen alle notwendigen sekundärrechtlichen Vorschriften um, um sicherzustellen, dass der Rechtsrahmen zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung voll einsatzfähig ist.

195. Datennachweis: Übermittlung der drei im Rahmen der Anwendung des Art. 7 Abs. 4 (die ersten vier und der letzte Unterabsatz) und des Art. 16A Abs. 1 Buchst. a von L. 3032/2002 verabschiedeten sekundärrechtlichen Vorschriften an die Institutionen.

XX. Aktualisierung des nationalen Plans zur Korruptionsbekämpfung

196. Vorabmaßnahme. Die Behörden aktualisieren den nationalen Plan zur Korruptionsbekämpfung (ergänzendes MoU, Abschnitt 5.3).

197. Definition. Durch die Aktualisierung können Maßnahmenfristen angepasst werden, um dem aktuellen Umsetzungsstand Rechnung zu tragen. Die Behörden streben die Veröffentlichung des früheren Plans an, um die Sichtbarkeit der bereits ergriffenen Maßnahmen zu erhöhen. Der aktualisierte nationale Plan umfasst neue Maßnahmen, darunter solche, die zur Weiterverfolgung bereits umgesetzter Maßnahmen erforderlich sind, und berücksichtigt Empfehlungen aus der technischen Unterstützung. Durch die Aktualisierung wird der aktuelle nationale Plan erweitert, insbesondere durch die Aufnahme einer Verpflichtung zur Bewertung der Umsetzung des Verhaltenskodexes für Abgeordnete und ggf. dessen Überarbeitung auf Grundlage der Bewertung bis Juni 2018. Der aktualisierte Plan sieht außerdem die Einrichtung eines Überwachungsverfahrens für ausgewählte schwere Finanzdelikte, v. a. Korruptions- und Geldwäschefälle, bis September 2018 vor mit dem Ziel, eine glaubwürdige Erfolgsbilanz bei der Verfolgung und Bestrafung dieser Straftaten aufzubauen. Dadurch sollen die regelmäßig aktualisierten Informationen über die Fortschritte bei der Bearbeitung solcher Fälle in Form eines konsolidierten Dokuments in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden. Die verfügbaren Informationen unterliegen den üblichen Vorschriften zum Datenschutz und zu Strafverfahren. Es wird eine bis Juni 2018 anzunehmende Mitteilung mit einer Beschreibung des Vorschlags herausgegeben.

198. Datennachweis: Veröffentlichung und Übermittlung des verabschiedeten überarbeiteten nationalen Plans zur Korruptionsbekämpfung an die Institutionen.

Tabelle 9. Zentrale Leistungsindikatoren für die Steuerverwaltung

Indikator	Ziel 2017				Ziel 2018			
	Ende März	Ende Juni	Ende Sept.	Ende Dez.	Ende März	Ende Juni	Ende Sept.	Ende Dez.
Schuldbeitreibung								
Beitreibung von Steuerschulden zum Ende des vorangegangenen Jahrs 1/	0,890	1,620	2,210	2,700	0,940	1,710	2,25	2,8
Beitreibung von neuen Schulden im laufenden Jahr (Prozentanteil der neuen Schulden im Jahr) 1/	13 %	16 %	19 %	24 %	15 %	18 %	20,5 %	24 %
Beitreibung von Schulden durch die Einheit für Großschuldner 1/	165	341	495	690	170	350	490	645
Prüfungen von jüngeren Steuerfällen durch gesamtes GSPR								
Prozentanteil der Steuerprüfungsfälle an der Gesamtzahl der abgeschlossenen Prüfungen 2/	60 %	60 %	60 %	60 %	70 %	70 %	70 %	70 %
Steuerprüfungen und Beitreibung bei großen Steuerpflichtigen								
Beitreibung aus Prüfungen im Jahr (Prozentanteil der festgesetzten Steuern und Bußgelder) 1/	42 %	41 %	41 %	41 %	48 %	48 %	k. A.*	k. A.*
Prüfungen und Beitreibung bei vermögensstarken Privatpersonen								
Beitreibung aus Prüfungen im Jahr (Prozentanteil der festgesetzten Steuern und Bußgelder) 1/	24 %	24 %	24 %	24 %	16 %	23 %	k. A.*	k. A.*
Dienste für Steuerpflichtige								
Anteil der innerhalb von 90 Tagen ausgezahlten oder abgelehnten Umsatzsteuererstattungsansprüche 3/	60 %	65 %	58 %	70 %	64 %	69 %	80 %	95 %
Einhaltung und Durchsetzung								
Prozentanteil des fristgerecht gezahlten Gesamtbetrags für Mehrwert-, Einkommen- und Vermögensteuern 4/	81 %	83 %	82 %	83 %	82 %	84 %	83 %	84 %
Prozentanteil der Schuldner, für die Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet wurden 5/	47 %	51 %	54 %	57 %	53 %	54 %	57 %	59 %
Vorverfahren								
Prozentanteil der durch ausdrückliche Entscheidung der Einheit für die Streitbeilegung abgeschlossenen Fälle 6/	58 %	77 %	93 %	95 %	75 %	80 %	88 %	91 %
Zollkontrollen								
Kontrolle durch mobile Einheiten	3.100	7.500	11.000	15.400	4.000	9.050	13.000	17.500

Quelle: griechische Behörden; Mitarbeiter der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF

* Nach Auffassung der Institutionen ist angesichts des gegenwärtigen Prüfungsumfelds und -rahmens keine sinnvolle Schätzung eines maßgeblichen Leistungsindikators möglich. Sie empfehlen den Behörden, sich näher mit dem Thema zu befassen und dabei eine Bilanz der auf den Weg gebrachten Änderungen (Rahmen für die Organisation der Bekämpfung von Finanzkriminalität, Entscheidungen des obersten Verwaltungsgerichts zu Verjährungsfristen) zu ziehen und gegebenenfalls die Definitionen und Ziele anzupassen.

Tabelle 10. Zentrale Leistungsindikatoren für das öffentliche Finanzwesen 1/

Indikator	2016 Ist		Ziel 2017		Ziel 2018	
	Ende Sept.	Ende Dez.	Ende März	Ende Juni	Ende März	Ende Juni
1. Obergrenze für die durchschnittliche Frist für die Zahlung oder Ablehnung von Ausgaben nach Erhalt der Rechnungen durch die Staatsregierung, einschließlich Finanzministerium und Fachressorts. 2/	57	53	47	40	29	29
Obergrenze für die Anzahl der Tage						
2. Obergrenze für unbearbeitete Haupttrentenanträge in Tausend.	-	145	149	120	95	70
Obergrenze für Haupttrentenanträge						
3. Untergrenze für Prozentanteil der tatsächlichen Übertragung aller Sozialversicherungsträger auf den EOPYY am Betrag, der übertragen werden sollte. 3/	79 %	-	90 %	90 %	92 %	94 %
Untergrenze für Prozentanteil						
4. Untergrenze für Prozentanteil der Anzahl der von staatlichen Krankenhäusern dem EOPYY elektronisch übermittelten Anträge für versicherte Patienten. 4/	-	67 %	73 %	80 %	90 %	99 %
Untergrenze für Prozentanteil						

Quellen: Griechische Behörden und Mitarbeiter der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF.

1/ Kumulative Ziele ab Jahresanfang, soweit nicht anders angegeben.

2/ Gilt für alle ab dem 1. Januar 2017 erhaltenen Rechnungen. Die durchschnittliche Frist ergibt sich aus allen während des Quartals gezahlten oder abgelehnten Rechnungen. Die Frist für jede Rechnung entspricht dem Zeitraum ab Erhalt der Rechnung bis zur endgültigen Zahlung, oder bis zur Zurückweisung nach Nachprüfung oder bis zum Prüfungsdatum, wenn die Rechnung über die für den Durchschnitt vorgesehene Zielvorgabe für dieses Prüfungsdatum hinaus unbeglichen ist (z. B. 29 Tage am 30. Sept. 2017).

3/ Der prozentuale Anteil wird wie folgt berechnet: Der Zähler ist der Betrag des Geldtransfers an den EOPYY und der von allen Sozialversicherungsträgern im Namen des EOPYY in dem Zeitraum geleisteten Ausgaben. Der Nenner entspricht den von allen Sozialversicherungsträgern im Auftrag des EOPYY in dem Zeitraum erzielten Einnahmen.

4/ Der prozentuale Anteil berechnet sich aus der Anzahl der Anträge (Rechnungen und Begleitdokumente) unter Verwendung von KEN-DRGs (griechische diagnosebezogene Fallgruppen) und/oder Krankenhausgebühren, die dem EOPYY elektronisch für versicherte Patienten vorgelegt werden, geteilt durch die Anzahl der pro Krankenhaus für versicherte Patienten geleisteten Behandlungsfälle.

Tabelle 11. Zentrale Leistungsindikatoren für Sozialversicherungsbeiträge 1/

Indikator	Ziel 2017				Ziel 2018			
	Ende März	Ende Juni	Ende Sept.	Ende Dez.	Ende März	Ende Juni	Ende Sept.	Ende Dez.
Erfüllung der Zahlungspflicht gegenüber Sozialversicherungsträgern Prozentanteil des Gesamtbetrags der in Rechnung gestellten oder gemeldeten Sozialversicherungsbeiträge, die an den Sozialversicherungsträger gezahlt wurden 2/								
EFKA	85 %	86 %	88 %	89 %	90 %	91 %	92 %	93 %
Beitreibungserfolg und Vollstreckung durch die KEAO Der KEAO übertragene Beitreibung von Sozialversicherungsschulden 3/	252	504	755	1.007	280	560	900	1.200

1/ Kumulative Ziele jeweils seit Jahresanfang.

2/ In jedem Berichtszeitraum wird die Erfüllung der Zahlungspflicht gegenüber den Sozialversicherungsträgern folgendermaßen ermittelt: Der im jeweiligen Jahr an den Sozialversicherungsträger gezahlte Betrag an Sozialversicherungsbeiträgen wird durch den in Rechnung gestellten oder gemeldeten Betrag geteilt und in Prozent ausgedrückt.

3/ In Mio. EUR.



EUROPEAN COMMISSION
DIRECTORATE GENERAL
ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS

23 JUNE 2018

Compliance Report ESM Stability Support Programme for Greece

Fourth Review

June 2018



EUROPEAN COMMISSION
DIRECTORATE GENERAL
ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS

1. Introduction

In July 2015, after the expiry of the previous programme supported by EFSF financing, Greece requested the European Stability Mechanism (ESM) financial assistance, to restore fiscal sustainability, address the risks to its own financial stability and to that of the euro area, promote sustainable growth, create jobs and reduce inequalities, and modernise the State and public administration. In August 2015, the Hellenic Republic concluded an agreement for stability support in the form of a loan from the ESM for an availability period of three years. In accordance with the ESM Treaty, a Memorandum of Understanding (MoU) was signed by the European Commission, on behalf of the ESM, which details the conditionality attached to the financial assistance facility covering the period 2015-18. Fulfilment of the conditionality is assessed at regular reviews, taking account of the progress in reforms.

The policies in the MoU are built around four pillars:

- restoring fiscal sustainability;
- safeguarding financial stability;
- growth, competitiveness and investment;
- a modern State and public administration.

The ESM programme will expire on 20 August 2018. The first review of the ESM programme was concluded in June 2016, with a set of milestones completed in October 2016. The second and third reviews were concluded in July 2017 and March 2018, respectively. To date, EUR 46.9 billion out of a programme financing envelope of EUR 86 billion has been disbursed under the ESM programme, which comes on top of EUR 194.7 billion disbursed by European partners under earlier financial assistance programmes.¹

Agreement on the policy conditionality for the fourth review of the ESM programme has been reached between the Greek authorities and the European institutions and is set out in a draft supplemental Memorandum of Understanding (SMoU). The agreement has been based on the findings of missions to Greece carried out by the Commission in February/March and May 2018, together with ECB, ESM and IMF staff. This report on compliance with the SMoU upon conclusion of the fourth review of the ESM programme has been prepared by the Commission staff in liaison with ECB staff. ESM staff has also been consulted.

The Greek authorities have taken a range of measures to complete the prior actions agreed in the supplemental MoU required for the disbursement of the fourth tranche of the ESM programme. In particular, the Greek Parliament adopted legislative acts to deliver a part of the actions agreed in the supplemental MoU through various pieces of legislation, notably through an omnibus law adopted on 14 June 2018 (Law 4549/2018). The government has also adopted secondary legislation and taken non-legislative actions, as agreed with the institutions.

On the basis of this analysis of compliance with the draft SMoU, all prior actions required to conclude the fourth review have been completed.

¹ The amounts represent gross disbursements. Of these amounts, EFSF bonds worth EUR 10.9 billion transferred to the HFSF in March 2012 were returned in February 2015; and further EUR 2 billion bank recapitalisation costs were reimbursed in February 2017.

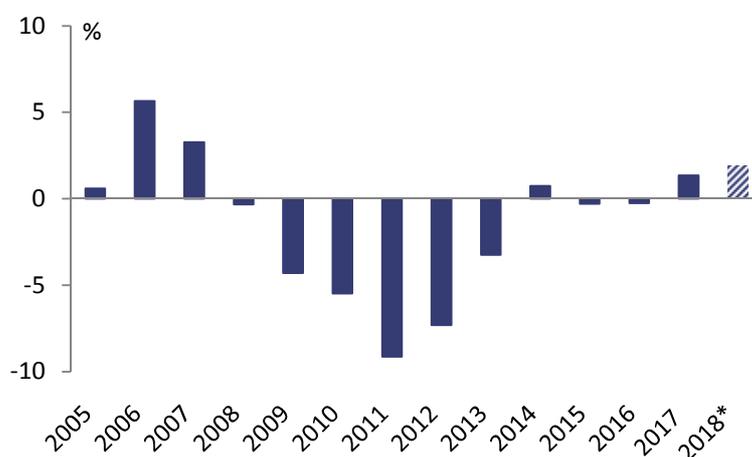
Based on the above considerations, the ESM programme is on track. This paves the way for the final disbursement to Greece for an amount necessary to cover debt servicing needs, plus an amount to help build a cash buffer.

The conditions are in place for a successful conclusion of the ESM programme. Greece needs to build upon the progress achieved under the ESM programme and strengthen the foundations for a sustainable recovery, notably by continuing and completing reforms launched under the programme and ensuring that the objectives of the reforms adopted are safeguarded. Enhanced Surveillance, as set out in Article 2 of Regulation (EU) 472/2013, can provide a sound and robust framework to ensure the completion, continuity and delivery of reform implementation across all policy areas addressed under the ESM programme. The Greek authorities are fully committed to continue to implement sound economic and fiscal policies over the long run, building on the reforms adopted under the ESM programme. They have presented a comprehensive Growth Strategy to the Eurogroup. Reform implementation will additionally be supported through a 'Cooperation and Support Plan' which the Greek authorities have signed with the European Commission's Structural Reform Support Services for the continued provision of technical assistance to help with reform implementation in the coming years.

2. Economic developments

The Greek economy returned to growth in 2017, a welcome development following the large falls in real GDP since the onset of the crisis which cumulatively amount to 26%. Large negative real GDP growth rates (see Graph 1) were recorded in Greece after 2009 and during the previous stability programmes. Tentative signs of recovery that emerged in 2014 were reversed in 2015 caused by economic uncertainty and the imposition of capital controls. Following a period of no growth, positive growth rates emerged in 2017. This year marks the first time since 2006 that real GDP grew in all four quarters of the year and the first time since 2007 that growth has exceeded 1%. The encouraging growth in the first quarter of 2018 suggests that the recovery is strengthening.

Graph 1. Real GDP growth

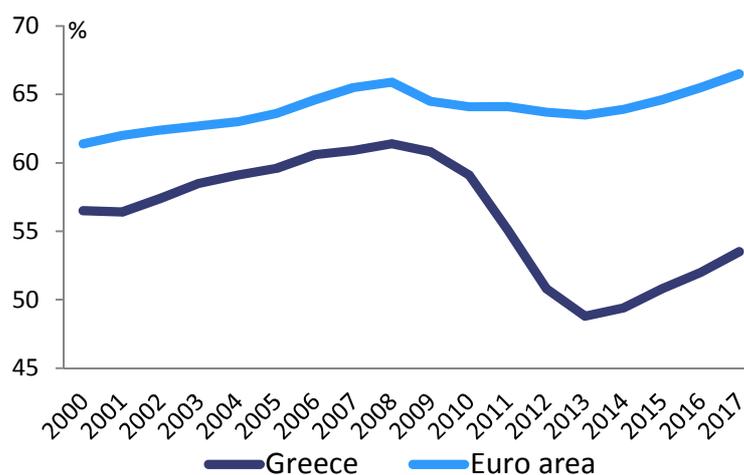


Notes: European Commission 2018 Spring Forecast for 2018

Source: Eurostat, European Commission

The labour market is showing some signs of recovery although unemployment rates remain unacceptably high and there is considerable scope to increase employment rates. In line with the increasing economic activity, employment has accelerated in 2017, reaching 2.1% annual growth according to the national accounts. Employment growth has continued in the first quarter of 2018, albeit at a somewhat lower pace, recording a 1.7% annual increase. The unemployment rate decreased to 21.5% in 2017, down from 23.6% in 2016, and reached 20.1% in March 2018: this is well above the euro average of 8.6%. Employment rates in Greece are slowly increasing and reached 53.5% in 2017, indicating that there is considerable room for improvement so as to approach the euro area average rate of 66.5% (see Graph 2).

Graph 2. Employment rates



Notes: From 15 to 64 years, as percentage of total population

Source: Eurostat

Real GDP growth is forecast to reach 1.9 % in 2018 and to increase further in 2019. GDP growth in 2017 came in at 1.4%, slightly below the expectations of 1.6% at the time of the 3rd review. Consumption is expected to start modestly growing in 2018, which is also supported by the data for the first quarter of 2018 showing an 0.3% growth compared to the previous quarter. Investment and exports are expected to continue to grow dynamically in 2018 and 2019 supported by the ongoing privatisation programme and a further improvement in economic sentiment after the closure of the 4th review and a successful conclusion of the programme in August. The growth in domestic investment will also depend on the capacity of banks to grant new loan, which in turn is linked to the reduction of NPLs. The government's efforts to clear its arrears should provide additional liquidity to support higher business activity. Increased investments are, however, expected to create additional demand for imports, which will mute the growth contributions from the external sector.

The baseline macroeconomic projection is contingent on a smooth completion of the fourth and final programme review and assumes the successful conclusion of the ESM stability support programme in August 2018. This projection is built on the assumption that the completion of the fourth review of the ESM programme will contribute to a sustained improvement in business sentiment and Greece's ability to attract foreign investment. The risks surrounding this projection are balanced. Downside risks are related to investment financing and regional political developments. On the upside, a sustained favourable external economic environment may provide additional boost to the tradable sector, which could result in positive contributions to growth.

Table 1. Macroeconomic scenario, main features (2017-2022)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Real GDP (growth rate)	1.4	1.9	2.3	2.3	2.1	1.8
Final domestic demand contribution (1)	1.0	1.9	2.3	2.3	2.1	1.8
Net trade contribution	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Employment (growth rate)	2.1	1.7	1.8	1.4	1.0	0.7
Unemployment rate	21.5	20.1	18.4	17.0	15.8	14.9
Compensation of employees, per employee (growth rate)	0.1	0.8	1.3	2.0	2.3	2.4
HICP inflation (growth rate)	1.1	0.5	1.2	1.3	1.5	1.7
GDP deflator (growth rate)	0.7	0.9	1.3	1.6	1.6	1.8

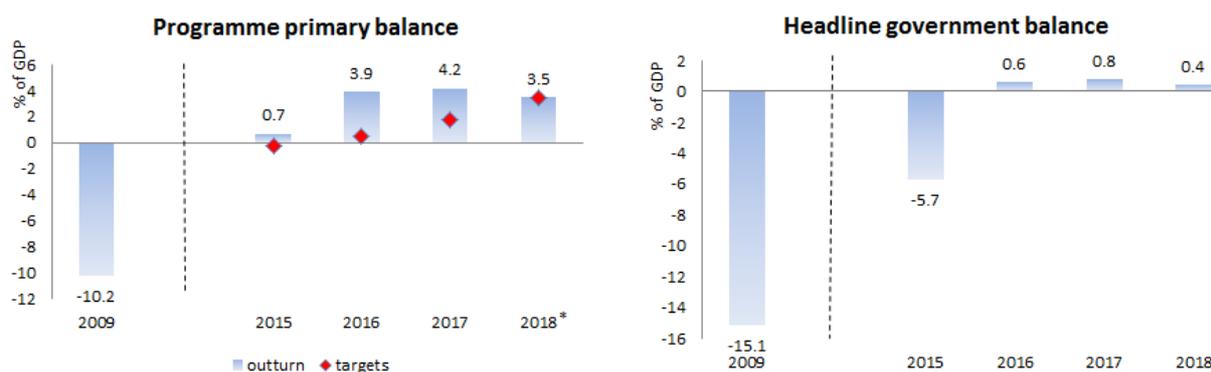
(1) Excluding change in inventories and net acquisition of valuables

3. Pillar I: Restoring sustainable public finances

3.1 FISCAL DEVELOPMENTS AND POLICY

Building on the strong fiscal outturns of the previous years, the 2017 primary surplus reached 4.2% of GDP and over-performed by almost 2½ percent of GDP the fiscal target of the ESM programme. The general government balance achieved a surplus of 0.8% of GDP – the second year in a row that Greece achieved a surplus. This was attained on account of the implementation of the second review consolidation measures, positive cyclical developments, an increase in the overdue taxes collection and large underspending. Considering that Greece's deficit was 15% of GDP in 2009, the achievement of a headline surplus in 2016 and 2017 is good news that reflects the tremendous efforts made by Greece to repair its public finances and reform its economy. The carry-over from the over-achievement of the 2017 fiscal target is expected to be positive overall, as part of the savings that contributed to the outcome appears to be of a permanent nature.²

Graph 3: Fiscal balances improved dramatically since 2009, outperforming targets



Notes: The 2009 primary balance is adjusted for net costs of government interventions to support financial institutions as reported by Eurostat, where the net costs are defined as primary expenditure minus revenue net of guarantee fees receivable. Primary balances for 2015 and beyond are in programme terms as defined in the Technical Memorandum of Understanding. (*) projection.

Source: European Commission 2018 Spring Forecast.

The updated fiscal projection agreed amongst European institutions confirms that Greece is on track to meet the primary surplus target of 3.5% of GDP in 2018. The projection builds on the macroeconomic scenario presented in Section 2, which lowered the outlook for key fiscally-relevant aggregates, including compensation of employees and private consumption, compared to the third review projection. The fiscal impact of the revised macro scenario is about -0.2% of GDP in 2018, rising to -0.5% of GDP in cumulative terms by 2022. In addition, the projection takes into account the refund of miscalculated AKAGE social contributions that the authorities agreed to carry out in 2018 (with a balance-deteriorating impact of about EUR 100 million in 2018 and about EUR 40 million in the following years), and the recording of the cash pre-payment of the public sector obligation to PPC made in 2017 (EUR 63 million) to 2018 in accrual terms based on the findings of the EDP notification. These balance-worsening revisions were offset by the positive carry-over impact from the 2017 outcome and regular updates based on incoming data and the information provided by the authorities

² The 2017 primary surplus of 4.2% of GDP was a substantially better outcome than the 2.3% of GDP expected for that year under the 3rd review. The overachievement was mostly driven by underspending on investment and operational expenditure. Other factors that improved the primary balance included lower spending on lump-sum pensions, higher-than-expected social contributions, and a number of one-off factors, including a large payment of tax arrears through the successful Voluntary Disclosure Initiative put in place in 2017.

during the review missions, including realised revenue from Bank of Greece dividend and higher collection of overdue ENFIA payments.

The projection for 2018 takes into account fiscal measures with a net impact of around 0.4% of GDP adopted under previous reviews. The main measures delivering in 2018 are the pension reforms from 2015-2016, measures adopted to offset the introduction of the SSI scheme (a reduction in the income tax credit for medical expenses, elimination of the 1.5% PIT discount on withholding, reduction in the heating allowance and other social benefits, and other smaller measures), the elimination of the VAT discount for islands and the reform of the overnight hotel tax. In addition, the projection allows for the implementation of a new 'transport equivalence' subsidy to bring transport costs for both natural persons and companies registered on islands to the levels paid for transport of persons and goods on the mainland. The subsidy will be piloted in 2018 and rolled out to the majority of islands in the following year.

In addition, the projection factors in the clearance of liabilities arising from decisions of the Greek constitutional court, to which the authorities committed themselves in their updated Medium-term Fiscal Strategy (MTFS). Several rulings of the Council of State, which have been finalised or upheld recently, created financial liabilities for the Greek government of around 0.4% of GDP in net terms that will need to be cleared in the near future. Specifically, the rulings declared that wage cuts imposed in 2012 on uniformed officials and certain other professions were unconstitutional and entitled the concerned professions to claim a wage refund for the years preceding the 2017 reform of wages of these professions. The MTFS delivered a commitment that financial risks related to these liabilities would be addressed in 2018. The fiscal space necessary for the payments of the wage refunds was reallocated from the Public Investment Programme.

On current policies, the primary surplus is projected to comply with the fiscal target of 3.5% of GDP and might even exceed it over the medium term, which allows for a symmetric implementation of the post-programme package in 2019 and 2020. The post-programme package was adopted under the 2nd review contains a consolidation and an expansionary part, with the latter contingent on the achievement of the primary surplus target of 3.5% of GDP over the medium term. On the consolidation side, the package consists of a pension reform delivering net savings of 1% of GDP in 2019, followed by a reduction of the personal income tax credit to broaden the tax base in 2020. Conditional on the projected compliance with the medium-term target, these measures will be complemented by a targeted spending package and growth-enhancing tax measures entering into force in 2019 and 2020. The authorities have presented, as a prior action, a timeline for adoption of the secondary legislation parametrising the 2019 compensatory measures.

To make use of the fiscal space emerging in the EIs' and the authorities' projections for 2019, the authorities have signalled in the MTFS that additional measures may be adopted. These measures are not included in the projections at this stage. In general terms, the measures are likely to include growth-enhancing reductions in taxes and targeted social measures but the details of the package are yet to be specified. In line with the customary no-policy-change assumption, the EIs projection incorporates only measures that have been both credibly announced and specified in adequate detail. These additional measures are therefore excluded from the EIs projection at this stage and will need to be agreed as part of the 2019 Budget at the end of this year.

For the outer years, the main working assumptions underpinning the fiscal projection of the European institutions include: (i) a gradual closure of the output gap and increase in the inflation rate to 1.7% by 2022, which will be conducive to revenue dynamics; (ii) an attrition rule of 1:1 in 2019 and beyond and contained growth in the average public wage, limiting the overall growth of the public sector wage bill; (iii) growth in health care spending in line with real GDP; and (iv) the underlying dynamics of certain spending categories (e.g. drawing of EU funds and the related investment growing in line with the EU multiannual financial framework, completion of large scale investment projects in line with the current schedule, contractual constraints for purchases of military equipment, etc.).

The fiscal baseline is subject to uncertainty. The projection is based on the assumption of full execution of the budget ceilings, which in recent years proved difficult to reach and is therefore an important potential upside. It is also worth pointing out that the forecast does not include any yields from the large number of administrative and structural fiscal reforms in the SMoU, notably those to improve revenue administration that are showing strong progress in some areas in excess of the key performance indicators set under the programme. Downside risks are related mainly to potential slippages in the yields of measures already legislated under the programme

but still to be implemented in 2019, including the expected alignment of property values with market prices affecting the yield of property taxes in 2018 and beyond. Last but not least, despite positive assessments provided by independent legal experts on most of the flagship reforms adopted under the programme, some of them are under a final scrutiny of the Council of State, which would suggest prudence in terms of committing the fiscal space that is projected to emerge over the next years.

The authorities have adopted the 2018 Medium Term Fiscal Strategy as a prior action for the fourth review of the ESM programme. The fiscal strategy presents a commitment to comply with the agreed primary surplus target of 3.5% in 2018 and for the medium term, until 2022. The authorities predict a primary surplus in programme terms of 3.6% of GDP in 2018, rising to 5.2% of GDP by 2022. The fiscal strategy is underpinned by a macroeconomic scenario that is closely aligned to that of the European institutions. Both projections also paint a broadly similar picture regarding the development of general government revenues, except for 2022 where the European institutions expect a less optimistic (slower) take up of funds from the 2020-2026 programming period for the European Structural and Investment Funds. Most of the differences concern the medium-term trends in public expenditure: the authorities assume that it will be possible to sustain the current low expenditure growth even in the post-programme period, in particular in social spending and the wage bill; by contrast, the assessment of the European institutions accounts for some increase in spending on these items. The authorities also decided that the above-mentioned transport equivalent subsidy can be funded from the persistently under-used resources in the public investment budget, while the European institutions treat the subsidy as an additional current expenditure so as not to allow squeezing out public investment.

Table 2. Main drivers of the baseline fiscal projections 2018-2022

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Act.	Proj.	Proj.	Proj.	Proj.	Proj.
Total revenues, bn EUR	87.2	88.4	88.8	90.3	92.3	94.1
Total revenues, % of GDP	49.1	48.4	46.9	45.9	45.2	44.4
	<i>Level</i>		<i>y-o-y change (bn EUR)</i>			
Total revenues, bn EUR	87.2	1.2	0.4	1.5	2.0	1.8
Macro		1.1	1.6	2.0	2.1	2.2
Revenue measures		0.1	-0.4	-0.1	0.0	0.0
Non-tax revenues & claims on EU funds		1.2	-0.3	-0.3	0.1	-0.3
Other adjustments 2/		-1.1	-0.4	-0.1	-0.2	-0.1
Total primary expenditures, bn EUR	79.6	82.0	81.6	82.9	84.0	85.1
Total primary expenditures, % of GDP	44.8	44.9	43.1	42.1	41.1	40.2
	<i>Level</i>		<i>y-o-y change (bn EUR)</i>			
Total primary expenditures, bn EUR	79.6	2.4	-0.4	1.3	1.1	1.1
Compensation of employees		21.5	0.5	0.4	0.5	0.3
Social transfers 3/		38.3	-1.3	-1.7	0.6	0.5
Investments 4/		8.1	-2.0	1.5	0.1	-0.3
Intermediate consumption		9.0	0.1	0.1	0.0	0.7
Other expenditure & reserve 4/ 5/		2.7	5.0	-0.7	0.1	0.0
Primary balance, bn EUR 1/	7.5	6.4	7.2	7.5	8.3	9.0
Primary balance, % of GDP 1/	4.2	3.5	3.8	3.8	4.1	4.3
Memo items						
Nominal GDP growth (%)	2.0	2.8	3.6	3.9	3.7	3.6
CPI (%)	1.1	0.5	1.2	1.3	1.5	1.7
Output gap (% pot. GDP)	-7.7	-5.2	-2.8	-1.8	-0.9	0.0
Headline balance (% of GDP)	0.8	0.4	0.2	0.4	0.7	1.1
Structural balance (% of GDP)	4.2	2.6	1.6	1.4	1.2	1.2
Pension reforms (net savings, bn EUR)	2.2	3.0	5.5	5.6	5.8	5.8
of which: from recalibration (bn EUR)	0.0	0.3	2.6	2.5	2.4	2.4

1/ Primary balance in programme terms.

2/ The decrease in 2018 reflects a negative carry-over from revenues collected in 2017 that were considered temporary.

3/ The decrease in 2018 reflects the one-off measures paid in 2017: the social dividend and a refund of miscalculated health contributions.

4/ The 2017 levels of investment and other expenditure reflect a completion of highway construction projects (move from inventories to investment).

5/ Includes subsidies and transfers.

Source: European Commission

3.2 FISCAL STRUCTURAL REFORMS

3.2.1 Tax policy reforms

Important progress has been made on tax policy, including the modernisation of the business tax incentives, improvements to the Income Tax Code and VAT Code to combat tax evasion, and a major revaluation of property tax values used for the ENFIA property tax assessments in 2018. In line with existing legislation, the VAT discount on the islands will be fully eliminated by July 2018.

The authorities have reported on the agreement reached with DG Competition in the long-standing negotiations on shipping taxation. The voluntary contribution of the shipping community will be extended, a new tax will be introduced for repatriated profits, and various loopholes will be closed. This legislation will be finalised and legislated in July 2018.

The authorities, benefitting from technical support, have also made a number of technical corrections to the Income Tax Code to reduce opportunities for tax avoidance and to simplify reporting procedures. This exercise will be repeated on an annual basis. The authorities with technical support reviewed the interest rate regime of the Tax Procedures Code and decided not to make any changes.

The business tax incentives for employment, environmental expenditures, and films and other audio-visual media have been modernised. These provisions replace existing legislation that were insufficiently targeted or in the case of environmental incentives was unimplemented. Employer social security contributions will be tax deductible for the employment of the long-term unemployed and unemployed youths under 30; higher depreciation rates will be available for environmental investments in energy- and water-saving technologies; and the former incentives for investments in films have been reduced in percentage terms, but made more accessible to small film makers through the elimination of the high minimum spend requirement and their extension to other audio-visual media.

Important improvements have been introduced to the VAT Code. The Authorities have reviewed the legislation on VAT re-registration and business start-up procedures to make re-registration more difficult for natural persons previously involved in bankruptcies or tax evasion and fraud. The VAT Code also has been reviewed and streamlined to eliminate loopholes and apply Transfer pricing rules where appropriate for VAT purposes.

The authorities have modified the Code of Revenue Collection (the KEDE) to allow the IAPR and other public sector agencies to use the e-auction system. A programme of e-auctions has been started by the IAPR and regular reports are being produced on progress made. The IAPR have started to use market valuations rather than tax prices as the starting values for auctions, improving the prospect of achieving a sale. The IAPR have issued a circular that will allow public authorities to use the new process in Code of Civil Procedure to apply for valuation reductions after an unsuccessful auction.

The authorities have undertaken a major revaluation exercise of property objective tax values using property valuers with the aim to gradually align property tax values with market prices. The full revaluation of downwards price revisions and partial alignment of upward price revisions in 2018 resulted in a small increase in overall tax values. ENFIA tax rates and thresholds were adjusted to partly offset this increase in property values whilst broadly ensuring revenue-neutrality of the reform in 2018. The authorities have committed to gradually adjust property assessment values by at least 50% of the remaining difference with market prices in 2019 and to fully align them with market prices by 2020. They have taken further necessary steps to enable the updating of property tax valuations: a property valuation unit has been created in the Ministry of Finance and an IT system is under development to support the future property valuation work.

3.2.2 Public revenue reforms

Following the establishment of the Independent Authority for Public Revenue (IAPR) as of 1 January 2017 and important reforms implemented under the third review, the authorities have further improved the operational capacity of IAPR. All cabinet acts needed to start the staff recruitment process to fill 2000 vacant positions in the IAPR as part of the one-off injection of resources agreed in October 2016 have now been

passed. This should allow the IAPR, which has been constantly losing staff since 2010, to progressively reach a staff level of 13.322 by 2021. This level is considered appropriate also taking into account weaknesses in the IT infrastructure and current staff qualifications. The injection of new and more qualified staff will also help the IAPR to consolidate the transformation into a modern, fair and independent tax and customs administration agency.

The reorganization of the fight against financial crime has continued. The IAPR has sent back to the prosecutors for further analysis and decision 7 200 low value cases. The IAPR focuses now on investigating the 1271 high-value prosecutor cases and the other tax cases which have been prioritised on the basis of risk analysis.

The improvement of the IT tools needed to reinforce collection actions has continued. The authorities have implemented a key procedural step for the procurement of the software allowing for further automation of debt collection, embracing notably a fully automatic garnishment procedure. The software is to become fully functional by 2021.

The fight against smuggling has continued. The authorities have passed legislation to reinforce the responsibility of domestic tobacco manufacturers for their supply chain.

The authorities continued the centralisation of the collection of the social security contributions and debt into EFKA (for contributions) and KEAO (which is part of EFKA, for SS contributions debt). All social security contributions debt of debtors of the former social security funds which were in instalment schemes and monitored by EFKA have been integrated into the single centre for social security debt collection (KEAO). The timeline and plan for integrating into KEAO the other debt remaining in the paper files of the former social security funds has been agreed.

3.2.3 Public financial management and public procurement

Public financial management

The government is in the process of implementing a new government budget classification structure and Chart of Accounts (both referred to as CoA). In order to adopt the new economic and administrative classifications in the 2019 State budget, the authorities are updating their IT system. As a prior action, the design of the integration of the new CoA into the financial management information system (FMIS) of the central administration has been finalised with the IT contractor. After a testing phase, which will occur in autumn, the IT system will be able to support the new CoA for the central administration. In the meantime, the authorities are working on the remaining segments such as the fund, functional, programme and project classifications also in line with the performance budgeting framework. The adoption of the new CoA will prepare the grounds for supporting the new cash management functions. The fund and functional classifications for the central government are expected to be implemented in the State budget as from the 2020 and 2021 budget respectively. The general government entities are expected to adopt the new classifications in their budgeting and accounting as of 1 January 2023.

The authorities have made satisfactory progress in clearing arrears to the private sector with a view to fully clear the outstanding stock. In order to address the structural weaknesses of the administration in dealing with arrears clearance, the authorities have presented a preliminary action plan to improve payment discipline and address structural shortcomings which are leading to the accumulation of new arrears. The action plan builds on the recommendations issued by the Hellenic Court of Auditors (HCA) following its audit of arrears of general government entities to third parties. The time-bound action plan was prepared under the coordination of the General Accounting Office (GAO) in cooperation with the audited entities and the relevant ministries. The IAPR has developed its own action plan to address shortcomings in the payment process of tax refund arrears based on the HCA report. Both action plans will be finalised and implementation dates will be agreed with the institutions in July 2018. The implementation of the recommendations will be ensured through constant monitoring by GAO and the supervising Ministries, followed-up by a HCA compliance audit in 2019. Moreover, the Ministry of Finance has amended the structure of the information recorded in the commitment registers and collected via the e-portal, with a view to implementing a comprehensive system for the monitoring of spending commitments, accounts payable and arrears. Under the improved reporting framework, entities of the central administration and

the general government are asked to report regularly to the Minister of Economy not only financial informations but also explanations for any new arrears accumulation and to compliance with any arrears clearance plan that may have agreed with the supervising ministries.

The government is working to improve the fragmented cash management system that will ensure the transferring of cash reserves to the treasury accounts system in the Bank of Greece. A new legal framework for the cash management system has been approved under the Omnibus Bill. All central administration entities will mandatorily maintain their accounts in the Bank of Greece, within the Treasury Single Account (TSA). The other central government entities and the entities belonging to the general government will mandatorily participate in the Treasury Accounts System (TAS) by transferring their surplus cash reserves to the Bank of Greece. More than EUR 3 billion has been transferred since July 2017. The Minister of Finance and the entities will determine, through cash flow forecasting, the financing needs of the entities and the amount of surplus reserves available for the State's debt management purposes. Accounts outside the Bank of Greece will be allowed only for general government entities and limited to the lowest possible level required for the smooth conduct of their operations. The concentration of surplus reserves will make government's liquidity management more efficient while strengthening debt management. The overall impact on the commercial banks' liquidity will be neutralised through the PDMA auctions of deposits to commercial banks.

The authorities are making progress in the implementation of the action plan to improve the management of State guarantees. The management of the State guarantees granted to individuals and enterprises for natural disasters or to private enterprises operating in geographical areas characterized by exceptionally low economic activity is particularly cumbersome. The authorities have defined a series of actions to improve their administrative capacity for handling guarantee claims by creating an electronic repository of borrowers, by agreeing on settlement schemes, and through improved interoperability with local tax offices. The Omnibus Bill has modernised the legislative framework in compliance with the EU Treaties and the regulations on state aid. In particular, the authorities clarified the conditions under which the guarantee can be issued and called, and asked the credit institutions to ensure a constant and adequate flow of information on each borrower.

Public procurement

The authorities have completed all agreed reforms in the area of public procurement. Following the completion of the legislative reform (simplification, codification, consolidation of Greek legislation on public procurement and concessions), the reforms in the area of remedies system, centralised procurement and e-procurement and the adoption of the National Strategy on Public Procurement under previous programme reviews, the authorities have completed the actions for the establishment and full operation of the Remedies Review Body (pre-judicial remedies system).

The Remedies Review Body has been established and operates as single specialised administrative body, entrusted with reviewing remedy applications arising in the context of public tendering procedures for the award of public contracts (supply, service and works) and concessions. The authorities have appointed the members of the Remedies Review Body and have completed the selection procedure for the appointment of its scientific and administrative personnel.

3.2.4 Sustainable social welfare

Pensions

The authorities have continued to make good progress in the implementation of the 2016 pension reform (Law 4387/2016). The recalibration of pension payments has been finalised for over 2 million pensioners. The treatment of so called international pensions, where pensions are being paid both from abroad and from Greece (some 55.000 cases) is going to be resolved by mid-September 2018. The authorities have also calculated and processed all pension applications submitted in 2016 that were legally and technically feasible and 66% of main pension applications submitted in 2017, well over the target of 30%. Also, the target of 13.800 processed supplementary pension applications has been met.

The pensioners' social solidarity grant (EKAS) is being gradually phased out by end-2019. The EKAS awarding rules for 2019 have been issued in June 2018, reducing the annual cost of EKAS by EUR 853 million compared to its level in 2016

The merge of all insured persons and related data into the single pension fund (EFKA) was fully completed in May 2018. The relevant staff, databases, software and IT infrastructure was transferred from the General Accounting Office (GAO) to EFKA. To exploit efficiency gains from the merger of fragmented pension funds into EFKA, the authorities will implement the action plan adopted as part of the second review.

Moreover, as part of the omnibus bill, the pension rules of the journalists fund (EDOEAP) were fully aligned to the rules of the unified supplementary pension fund (ETEAP), which also ensures that no public funding of EDOEAP's deficit can occur.

In the context of the Omnibus bill adopted in mid-June, the authorities also took action for the diversification of the investment portfolio of EFKA, with the objective that EFKA does not hold a controlling stake in any private company going forward. Specifically, the authorities have provided a written commitment that EFKA and HFSF will enter into a special agreement no later than by end-July to make the transfer of voting rights to the HFSF operational and effective, while protecting the independence of the HFSF.

Health care

The authorities fulfilled their commitment to continue rationalising overall health care expenditure. In the context of the fourth review, the authorities delivered results on various work streams, aiming to increase the efficiency of spending from several angles. The authorities have met the targets set in the MoU for the ongoing roll-out of primary health care, one of the most ambitious reform projects, launching patient registration with family doctors with gatekeeping. This is a crucial step to achieve further efficiency gains by reducing the excessive reliance on hospital care. In the coming two years, 240 primary health care centres are planned to be opened. Equally ambitious and important is the re-introduction of centralised procurement in health care, with the potential to generate important additional efficiency savings. Actions to fulfil the commitments in this area have also been finalised, with the start of the recruitment procedure to staff the responsible public body (EKAPY) launched as a prior action³. The proportion of goods and services under centralised procurement is expected to increase according to the agreed plan. The expansion of existing prescription and therapeutic protocols incorporated by HDIKA in the e-prescription system, aimed at countering supply-induced demand, consolidates the set of additional efficiency-oriented measures.

Further steps were taken to contain pharmaceutical spending. The authorities fulfilled their commitment to regularly revise pharmaceutical prices downwards, and they published the May 2018 price bulletin as agreed⁴. They also took measures to increase the penetration of generics by reducing the amount of patient participation for this category of drugs (Law 4549/2018, FEK A' 105). This was implemented through a targeted exemption from the co-payment for patients suffering from chronic conditions, financed through a rebate on pharmacies' sales of off-patent drugs. To the same end, the authorities revised and improved the existing regulation concerning pharmacies to ensure that a guaranteed amount of generics is always available in stock (FEK B' 2285) and enable patient choice.

The authorities took significant steps to improve the governance of the health care system. By adopting several measures in a wide set of areas, ranging from improved auditing to the creation of patient registries and to the implementation of pre-approval for high cost drugs, the authorities have met all the targets originally included in the EOPYY action plan. The measures in the Action Plan of EOPYY, which was adopted as a prior action, also included new diagnostic protocols/rules to be incorporated in the e-system HDIKA to improve monitoring and control of prescriptions, a needs-based reallocation of expenditure ceilings, the creation of registries of reimbursable items, the introduction of tariffs for new categories of services, progress on

³ Published in Diavgeia [ΑΔΑ: 60Y8465ΦΥΟ-Ξ9Κ <https://diavgeia.gov.gr/decision/view/60%CE%A58465%CE%A6%CE%A5%CE%9F-%CE%9E9%CE%9A>].

⁴ Αριθμ. Πρωτ: Δ3(α)/44071, σφελ: 43818, <http://www.moh.gov.gr/articles/times-farmakwn/deltia-timwn/5546-deltio-timwn-farmakwn-anthrwpinhs-xrhshs-maioy-2018-11062018>.

implementation of real-time auditing, and, importantly, a revision of the Single Regulation of Health Services (EKPY) FEK B' 2315. The adoption of these measures entailed numerous administrative acts and pieces of legislation, some included in the Omnibus Bill, timely completed and documented.

Under the fourth review, the authorities committed to the extension of the fiscal safety nets. Given their important role in the fiscal viability of the health care sector, the authorities committed to the extension of all closed budgets (clawbacks) up to 2022 (included). This refers to pharmaceuticals, both outpatient and inpatient and to all the "Other Items" of spending in the EOPYY budget under clawback (including the newly added categories of providers of special education services and optometrists, FEK B' 2284). The maximum admissible yearly increase in the expenditure ceiling will reflect the real GDP growth forecast for the year at the time of the adoption of the budget. This commitment materialised through the adoption of primary legislation (Law 4549/2018, FEK A 105) and, within it, with the commitment to issue secondary legislation (a Ministerial Decision to set the detailed ceilings by category for 2019 is envisaged in the Omnibus Bill and due for publication 30 days after its adoption). The Omnibus Bill sets the ceilings for each of the categories of pharmaceuticals, outpatient and inpatient care and "Other Items" of spending in the EOPYY budget for 2019. As mentioned above, not only were all existing expenditure ceilings extended, but new categories (providers of special education services and optometrists) were also added to the expenditure ceiling on "Other Items" in the budget of EOPYY. Notably, the authorities have completed the collection of long-outstanding clawbacks (2013-2015), and legislated additional provisions (FEK B'2214 for pharmaceutical providers and FEK B' 4313/11.12.2017 for other private providers, previously adopted) to speed up the collection/offset of recent ones (2016-2017) including a defined timeline.

Box 1. Reform of the primary health care system

When Greece entered the crisis, the Greek health care system was characterised by the lack of universal coverage of its citizens. The economic crisis revealed several weaknesses in the health care system design. Indeed and importantly, despite the authorities' claims of universal health care coverage (reflected in the literature and e.g. in OECD indicators on population coverage pre-crisis), it became clear that loss of employment was in fact associated with the loss of health insurance and coverage for a range of health care benefits offered by the social security funds (SSFs) notably pharmaceuticals, diagnostic tests and inpatient care.

Lack of universal coverage led to lack of access to health care services and to social inequalities. The crisis showed that the coverage available to the unemployed for health care benefits offered by SSFs was in fact uneven across funds and largely temporary in the case of some professions. While some groups continued to have coverage two years after becoming unemployed (e.g. those insured by IKA fund), certain groups lost coverage immediately (e.g. many of the self-employed professions). During that time, the National Health Service (ESY) continued to provide basic services such as access to outpatient consultations and emergency care and vaccination programmes to all residents and citizens in ESY facilities. In addition, some low income groups had access to the whole range of health care services for free. However, the situation was not sustainable and the design of the system needed to be addressed more systematically.

Universal coverage was set as a priority structural reform and brought Greece in line with EU health systems. Ensuring universal access to care was set as an explicit objective of the health reforms under the first and the second economic adjustment programmes. Moreover, the Commission under the coordination of the Task Force for Greece (now Structural Reform Support Service) has made universal coverage a priority for technical assistance funding its provision to support work at the national level. This led to the adoption of new legislation introducing universal coverage in Greece, which brought it in line with modern EU health care systems in terms of potential access. According to this new legislative framework, all Greek citizens are entitled to universal health care coverage. Uninsured Greeks, as well as other vulnerable categories, are entitled to receive public health care and medicines under the same conditions as insured citizens. The coverage includes clinical and diagnostic tests, hospital treatment, prenatal care, rehabilitation, transfer abroad for specialist treatment and the handing out of medicines and other consumables.

The implementation of a comprehensive reform of the primary health care (PHC) system. Greece has historically suffered from inefficiencies linked to an overutilization of secondary health care, i.e. hospital services, at the expense of a rational use of resources such as what a well-developed primary health care system would allow for. Aside from efficiency, primary health care is a crucial component of the system, as the first point of contact with citizens, to ensure access to health care services is possible for the whole population. The authorities, following the adoption of Law 4486/2017, have established a system of primary health care delivery based on the creation of a network of multi-specialty PHC centres (the so-called TOMYs), built around the figure of the family doctor, who will be in charge of managing the patient health care file. Family doctors will be the first point of contact between patients and the health care system. Based on their assessment, family doctors will decide whether or not to refer the patient to higher levels of care (specialist doctors) and patients will not

be allowed to visit specialists without a referral nor be reimbursed for the cost of that visit. This new arrangement, the so-called gatekeeping applied by family doctors, is intended to reduce the scope for providers to generate supply-induced demand, hence contributing to rationalising health care expenditure.

Social safety nets

Following its launch at national level in February 2017, the implementation of the Social Solidarity Income (SSI) continues smoothly. The programme provides income support to the poorest households and the number of approved applications has stabilised around 290 000, corresponding to about 600 000 individuals, for an annual projected expenditure of about EUR 750 million. The operations of the scheme are constantly being improved. In particular, re-certification procedures have been simplified, a disputes resolution system has been established, and an internal capacity to provide risk assessment, auditing, and inspections has been developed. Furthermore, a new benefits agency (OPEKA) has been established, becoming the single authority responsible for the payment of all welfare benefits.

In addition to income support, the SSI scheme promotes social inclusion and labour market reintegration, facilitating access to available social services and supporting unemployed beneficiaries in their search for jobs. An operational strategy for the delivery of the social inclusion pillar is being implemented. The provision of social services is being ensured by a network of Community Centres which has been set up throughout the country, and single registries of all social services and service providers have been created. With respect to labour market reintegration, all adult beneficiaries able to work are now required to register as job-seekers. The public employment service treats SSI beneficiaries as a priority group, and will gradually offer personalised services and targeted support. Further improvements, including to the social inclusion component (second pillar) and the activation component (third pillar) are expected to be rolled out in line with agreed action plans.

A gradual reform of the system of disability benefits has commenced benefitting from technical support provided by the World Bank. New streamlined administrative procedures for disability assessment have been tested, and will be rolled out to the entire country. A pilot project is being implemented with the support of the World Bank to test the move from an assessment based solely on medical criteria towards an assessment which takes into account functional ability. The pilot is expected to run until autumn, and its geographical coverage is being expanded to allow the collection of more data. On the basis of the pilot evaluation, a new disability assessment should be applied to all contributory disability and welfare benefits by end-2018.

A roadmap to review the system of subsidised fares for local public transport has been agreed. The system of free or reduced fares for certain categories of public transport users (such as the disabled, the unemployed and large families) is being reviewed. The first stage of the process consists in pricing correctly the cost of such policies on the basis of new detailed data on transport usage which is now possible following the introduction of electronic ticketing by local public transport companies. The amount of the transfers from the central government to the local transport companies will now be determined on the basis of actual transport usage by these categories of beneficiaries.

A new means-tested housing benefit has been legislated, to be introduced in 2019. The benefit provides support to low-income households who live in rented accommodation or bear the cost of servicing a loan for their primary residence. The introduction of this new benefit fills an important gap in the Greek social safety net, and it is expected to reduce considerably the rate of housing cost overburden. The basic design of the benefit was adopted with a joint ministerial decision as part of the fourth review's prior actions, and some further procedural details will be added before the call for applications is launched in November.

4. Pillar II: Safeguarding financial stability and Justice

The reform of the financial sector in Greece has three main objectives: i) normalising liquidity and payment conditions and strengthening capital, ii) addressing the high level of non-performing exposures (NPEs) on banks' balance sheets, and iii) enhancing governance. The fourth review of the programme aimed at ensuring that progress is made in all three areas.

The improved liquidity situation of banks in Greece allowed the authorities to make further steps towards the liberalisation of capital controls in line with the roadmap published by the authorities on 15 May 2017.

The monthly limit of cash withdrawals was increased to EUR 5,000 (from the previous EUR 2,300) as of 1 June 2018 and travellers can now transfer EUR 3,000 of cash abroad (from EUR 2,300) per travel in domestic or foreign currency. Equally, the daily limit for companies that make fund transfers abroad in the context of their business operations increases to EUR 40,000 per customer (from EUR 20,000). As of 1 July 2018 banking customers will be allowed to transfer EUR 4,000 (from EUR 2,000) every two months to accounts abroad.

The institutions supported the capital control relaxation proposals by the Greek authorities. Liquidity conditions of banks are stronger thanks to the moderate but constant increase in deposits in the past twelve months, the improved access of the Greek banks to the capital markets and the ensuing reduced dependence on ELA, which was also benefiting from the deleveraging efforts of the banks. The results of the 2018 stress test of Greek significant banks, published on 5 May 2018, also did not lead to any disruption.

The four Greek significant institutions were subject to a supervisory stress test in 2018. The stress test assessed the resilience of the four banks under a baseline and an adverse scenario, covering a three-year period until end-2020. The stress test was closely aligned with the EBA stress test 2018 as regards the applicable methodology, assumptions and scenarios. The final results were published on 5 May 2018 on the ECB Supervision website.⁵ They indicate an average capital depletion of the four banks in the adverse scenario of around nine percentage points in terms of Common Equity Tier 1 (CET1) capital, equivalent to EUR 15.5 billion, mainly driven by credit risk and net interest income. The CET1 ratios of the four banks were projected to fall to the levels of 9.7% (Alpha Bank), 6.8% (Eurobank), 6.9% (NBG) and 5.9% (Piraeus Bank) under the adverse scenario. The results of the stress test are used by the SSM, together with other relevant supervisory information, to form an overall supervisory assessment of the banks' situation.

The programme has achieved to establish a framework to enable non-performing exposures (NPE) reduction and the banks have started to take action. Banks have broadly met the SSM's NPE reduction targets so far mainly through write-offs and sales. The targets are backloaded, with more ambitious reductions envisaged for the latter half of 2018 and 2019. Should the targets be met by end-2019, the aggregate NPE ratio should be around 35%. Continuous efforts are needed to further reduce the NPE ratio in Greece in the years ahead, until it approaches the euro area average.

At end-March 2018, the stock of NPEs decreased by 2.1% compared to end-December 2017, but were still very high at a level of EUR 92.4 billion or 48.5% of total exposures, excluding off-balance sheet exposures and thus hardly improved compared to end-December 2017 (EUR 94.4 billion or 48.6%). Provision coverage increased by 2.8 pp to 49.0% during Q1 2018, mainly driven by the introduction of IFRS 9. In the first quarter of 2018 the reduction of NPEs decelerated and was mainly driven by write-offs while the default rate (1.9%) increased the cure rate (1.8%).

⁵ <https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/pr/date/2018/html/ssm.pr180505.en.html>

Table 3: Operational targets for non-performing exposures and actual figures

	June 2016	March 2017	June 2017	Sept 2017	Dec 2017	March 2018	June 2018	Sept 2018	Dec 2018	2019
NPE volume target in €bn		105.2	103.4	99.9	95.9	93.6	90.2	87.6	81.5	64.6
NPE ratio		50.6%	50.0%	49.9%	48.5%	48.1%	46.9%	45.9%	43.1%	35.2%
NPE volume actual in €bn	106.9	103.9	101.8	99.1	94.4	92.4				
NPE ratio	50.5%	50.6%	50.6%	50.1%	48.6%	48.5%				

Source: BoG

The Greek NPL market has developed positively in recent quarters. The two first NPL sales of Greek banks under the NPL market law were conducted in the second half of 2017 and the first quarter 2018 and involved highly provisioned unsecured loan portfolios, with a focus on consumer loans. Several additional NPL transactions are underway in 2018. In May the sale of the first major NPL transaction involving secured loans in Greece was announced by a Greek bank, marking an important next step in the creation of a dynamic NPL market in Greece. The transaction includes the sale of non-performing real-estate backed corporate credit exposures with a gross amount of around EUR 1,961 million.

Under the fourth review, the authorities have made selective amendments to several legislations that are of key relevance for the reduction of non-performing loans. In particular, reviews have been conducted of the functioning of the NPL secondary market, the out-of-court workout (OCW) scheme, the household insolvency law and the e-auction framework, also following earlier reforms implemented during the ESM programme.

A few targeted improvements have been made to the functioning of the NPL secondary market. The authorities made some clarifications of the framework in line with the practice applied so far, such as on the VAT exemption of NPL sales and the possibility for licensed servicers to act both under the NPL law and the Securitisation law. The authorities have also adopted amendments to law 4345/2016, to reduce administrative costs and regulate the notification modalities for loan portfolio transfers. A legal amendment has been adopted to restrict the scope of the restructuring proposal to be made by the seller to consumers and to clarify that the notification of the transfer to each of the debtors of the portfolio may be done by any appropriate means, including electronic means. Finally, the authorities committed to the effective protection from criminal liabilities of officials or staff involved in the context of NPL sales and restructurings. Further work will be undertaken by the authorities to assess the “higher recovery” criterion or introduce other criteria for the protection from criminal liability in the cases of sale of portfolios.

The adoption of an out-of-court workout (OCW) mechanism in April 2017, added an important instrument for banks and debtors for debt restructurings and NPL resolution. The OCW framework aims at tackling the specificity of the Greek situation, where many firms have large debt both towards banks and the State (tax administration and social security entities). The OCW law provides incentives for creditors and viable debtors to engage in voluntary negotiations and reach agreements on restructuring solutions, encompassing public and private debts.

An electronic platform for the submission and processing of OCW applications became operational in August 2017. Data gathered during the first nine months of its operation, however, show a low processing rate and results well below initial expectations in terms of complete applications submitted and debt restructurings achieved, which are attributable to both procedural and substantive issues. Hence, in the context of the fourth review, selective changes were made to the primary law and secondary legislation of the OCW framework to increase the effectiveness of the system, in particular through facilitating applications. The respective legal amendments can be categorized in three groups:

- **The first group of amendments aims at simplifying procedures and reducing formal requirements so as to facilitate all parties involved in OCW proceedings.** Measures provide for (i) the abolition of the requirement to produce supporting documents already available electronically from other sources, (ii) the conditional possibility of producing additional documents after the filing of the application, (iii) the possibility of taking into account debt fluctuations after the filing of the application due to interest accruals, and finally (iv) the possibility of withdrawal and resubmission of applications burdened by no longer corrigible deficiencies or errors.

- **The second group of amendments broadens the scope of the law**, by including categories of hitherto ineligible debtors or debt and providing for additional incentives. Thus, among others, the temporal limit to debt eligible for restructuring was extended to cover 2017, the amount of public debt of self-employed persons for rescheduling was raised, and members of general partnerships are now allowed to settle also their personal debt under certain conditions.
- **The third group of amendments aims at enhancing the cooperation between debtors and creditors and among the various categories of creditors.** This is envisaged by temporarily extending the suspension of enforcement measures, providing for the conditional lifting of interim coercion measures, clarifying the manner of voting in cases where only public creditors are parties to the proceedings, extending the use of the electronic platform to certain categories of hitherto ineligible debtors regarding bilateral settlement of their private debt and authorising the extension of time limits in cases of force majeure.

Finally the authorities have passed secondary legislation necessary to propose debt settlement solutions to debtors who are exempt from the scope of the OCW law similar to those that the tax administration or the Centre for social security debt collection (KEAO) can accept or counter-propose in the context of this extrajudicial debt settlement process, as provided for by paragraph 21 of article 15 of the law.

The household insolvency law was revised under the fourth review with a view to addressing existing procedural problems, and filter out strategic defaulters (see Box 2). In relation to the first objective of removing procedural bottlenecks, the authorities have adopted measures to allow for the collection of electronically available information through banks and to eliminate the procedural requirement to horizontally re-examine, on a six-monthly basis, the extension of suspension measures (given that failure to comply with the conditions laid down by the courts will henceforth result in an automatic extinction of the suspension). Furthermore, in relation to more effectively filtering strategic defaulters, a fundamental change has been adopted to remove the restriction of debtors' bank secrecy so as to allow creditors involved in the process to obtain, process and exchange information on the debtor's relevant assets and transactions.

The authorities have also taken action to accelerate legal proceedings and reduce the backlog of household insolvency cases. The authorities have designed and submitted an action plan detailing specific actions needed to attain compliance with the six-month deadline between the filing of the petition and the hearing, minimise the risk of procedural abuses and eliminate the backlog of cases by no later than 2021.

Box 2. Amendments of the Household insolvency law

With the background of the economic crisis in 2010 and in an effort to shield citizens facing the consequences of their sudden inability to service their debt-related obligations, the Greek authorities adopted Law 3869/2010 on Household Insolvency Liquidation in September 2010. The law sought to institute for the first time in Greece a personal insolvency regime in Greece. The law allowed for debt relief in the form of debt reduction and the provision of a repayment schedule comprising all of a person's debt to credit institutions and/or private creditors; it also provided for the exemption from liquidation of the debtor's primary residence. In a subsequent amendment adopted in 2015, the scope of protection was extended to include debt to the public sector (tax and social security dues) and to provide for the contribution by the State to repayment schedules applicable to the most vulnerable citizens.

While the original intention of the legislator was the swift processing of applications under the law, the high number of applications, combined with infrastructure insufficiencies and the low degree of IT penetration in the workings of Greek Justice, almost immediately clogged the system and resulted in the accumulation of considerable backlogs. Still as of 2018, in several courts, hearing dates can be as distant as ten or even more years from the filing of the application. This situation, which emerged during the crisis years and further deepened over time, resulted in frequent extraordinary extensions of interim relief measures granted for the period between the filing of the application and its hearing. Such relief, originally meant to last for no longer than up to six months, effectively extended to several years. . The flipside of the extended protection was to create possibilities of debtors to abuse the system. Essentially, the above-described insufficiencies resulted in imperfect screenings of the applications and proved a boon to strategic defaulters, who rushed to seek protection under the law in full knowledge of their ineligibility, in order to benefit from the extended protection up to the distant date of the hearing of their case.

The amendments introduced to the law in the context of the fourth review follow two main directions The first focuses on vulnerable citizens and seeks to enable them to cope with their obligations and protect their main residence, while also addressing infrastructure and procedural issues to enhance the rate of processing pending cases and address the accumulated backlog. The second aims at removing strategic defaulters from the scope of the law and thus to lift their protection from

creditor enforcement actions.

The first group of amendments includes the following measures:

- The possibility to encourage and simplify the subsidization of the mortgage loans by the State, by allowing for the relevant procedure to be carried out directly by creditors, even in cases where the debtor fails to apply or ignores that s/he is entitled to it.
- The burden for the provision of documents by debtors is alleviated, with the obligation of credit institutions to submit relevant information on loan agreements to the court.
- Facilitation of the debtor in paying the difference between the lowest instalment initially fixed by the court and the possible higher rate determined post-appeal.
- Guarantors who have fulfilled their obligation under the guarantee may substitute the creditor under the repayment plan to the extent that their payments to the latter also covered amounts due under the repayment plan.
- The protection of the first residence will be provided on the basis of its commercial value (as opposed to the so-called objective, State-defined one) as determined by an independent expert report. Should the valuation of the commercial value result in the main residence not being excluded from the liquidation, then the first bidding price in a potential auction may not be inferior to the threshold for the law-defined maximum value of the first residence in regard to its eligibility for exemption from liquidation.
- The debt repayment plan for the protection of the main residence will be allowed to be reformed, according to fluctuations in the actual repayment capacity of the debtor.
- It will be ensured that the instalments for general debt relief (three-year settlement) and those for the protection of the main residence (twenty-year arrangements or longer) do not exceed the debtor's repayment capacity while also protecting the interests of the creditors.
- The repeated, six-monthly, mandatory renewal of interim suspension of enforcement measures was abolished.

The second group of the changes aims at identifying strategic defaulters and removing their protection.

- A fundamental change is the lifting of debtors' bank secrecy so as to allow creditors involved in the process to obtain, process and exchange information on the debtor's relevant assets and transactions.
- Beneficiaries whose applications for protection were rejected or who deliberately became insolvent (for example, by fraudulent property transfers to third parties) or who deliberately misrepresented their financial situation by concealing property rights will not be eligible for protection.
- Failure to comply either with the conditions subject to which a suspension of coercion measures was granted pending the hearing of the petition or with the court-defined repayment schedule, and subsequent failure to remedy such default pursuant to receipt of a notice by the affected creditor, will automatically entail extinction of the suspension or cancellation of the repayment schedule.
- Debtors applying under the law despite having a declared income from business activities will be flagged by court secretaries for a specific investigation of their eligibility for temporary protection by the judge.
- No temporary protection from coercion measures may be provided to applicants who have twice withdrawn an application or who have failed to ask timely for the appointment of a new hearing date in the event of a cancellation of the appointed hearing.
- In the event of a final rejection of the application, the suspension or limitation of interest accrual shall be retroactively cancelled.

The authorities made important efforts to support the unimpeded flow of electronic auctions (e-auctions).

E-auctions have been introduced in Greece in 2017, in the context of the second and third reviews of the ESM programme. The first e-auctions were conducted in late November 2017. Based on legislative amendments introduced by the Greek authorities in January 2018, all physical auctions were replaced by e-auctions starting from 21 February 2018. During the period February to June 2018, the authorities provided regular detailed updates to the Institutions regarding the conduct of e-auctions and their notifications, including the geographical coverage. The monitoring data showed that the flow significantly increased in March and April, and even more so, in June, while the geographical coverage of e-auctions improved as well. By 31 May 2018, a total of 4,349 e-auctions had been conducted in Greece, with a total of 2,079 in May alone (double the number of auctions conducted in April). The number of notified auctions for the coming months reached 9,458 on 25 May.

The geographical breakdown of e-auctions shows a gradual increase in activity across most regional notary associations, while notary subrogation is being also used in jurisdictions with lower but increasing activity. Eight of the nine notary associations have conducted e-auctions up to May 2018, of which around 60% have been conducted by the Athens association. Only the notary association of Corfu is still not participating, yet notaries from other regions are substituted to conduct auctions of assets located in Corfu as well. Overall, 230 instances of substitution were recorded with respect to auctions conducted, ensuring the appropriate functioning of the system even in areas where no registered notaries or not enough notaries are available.

Overall, the number of notaries registered across the country (437 on 20 April) significantly exceeds the number of 330 notaries traditionally involved in auctions across Greece in the past.

Security issues related to the conduct of auctions have predictably and reliably decreased following the abolition of physical auctions, although tensions still flare up occasionally. The latest attempted obstructions or attacks on notaries' offices were immediately and effectively contained by police. Overall, the authorities seem to have taken the appropriate action to enhance the flow of e-auctions across the country.

In the context of the fourth review, the authorities enacted an amendment to the CCP, reviewing the judicial mechanism for decreasing the asking price in the event of failed auctions, specifically requiring the filing of a valuation report with the competent court.

NPL resolution is expected to be further enhanced and facilitated through the completion of the establishment of the e-justice system throughout the territory of the country in line with the agreed 3-year strategic plan for Justice, as updated in June 2018.

The authorities also extended as a prior action, the mandate of the Hellenic Financial Stability Fund (HFSF) from June 2020 to end-2022 and expanded its responsibility to provide for the *ipso jure* transfer of any future ordinary shareholdings of the state in banks to the HFSF. Specifically, following potential conversions of deferred tax credits (DTCs) the HFSF would receive all ownership rights, including voting rights, to the bank shares that the Greek State would receive, while the economic benefit from the shares, including any proceeds from their sale, would be retransferred to the State. The HFSF should cease to exist, once it has completed its mandate and disposed of its stakes in the systemic banks.

Since June 2017, progress has been achieved in several work streams of the HFSF, resulting among other things in the approval of the Fund's new strategy as well as in the implementation of the necessary organisational changes set out in this new strategy. In addition, the Fund has recently come up with several initiatives to improve the governance standards of the systemic banks along certain topics. The Executive Board of the HFSF is now fully constituted, with the appointment of the third member in January 2018. The new Chairman of the General Council has been appointed most recently, with an effective date of 15 June, 2018. These changes enable the HFSF to better focus on its strategic goals, particularly on strengthening its active shareholder role in the four systemic banks, including developing defined exit strategies for its stakes in the banks.

Concerning the governance reform of the systemic banks, the reconstitution process in their boards of directors has been materially completed. Looking ahead, more work will need to be done, primarily by the banks themselves, to further enhance their governance standards and practices. The latest board performance and governance evaluation, conducted by the HFSF in 2017, provided specific recommendations for further governance improvements, which the banks are currently implementing. The recommendations aim, among others, at improvements in risk culture, implementing succession plans, developing robust and comprehensive NPL sales policies, aligning risk appetite frameworks with business strategies, developing a merit-based performance culture and linking performance with risk-adjusted remuneration. The role of the HFSF is crucial in achieving these objectives.

5. Pillar III: Structural policies to enhance competitiveness and growth

5.1 LABOUR MARKET REFORMS

A reliable mechanism to measure representativeness of collective agreements at sectoral level has been established. The possibility to extend the application of collective agreements to the entire sector or occupation had been suspended for the duration of the economic adjustment programme. According to the Law (currently suspended), the possibility to extend sectoral or occupational collective agreements relies on their coverage of at least 51% of the workforce in the respective sector or occupation. In view of the lifting of the suspension after the end of the ESM programme, the Greek authorities have established a clear administrative procedure, in agreement with the social partners, to verify compliance with this criterion in the case of sectoral agreements.

A set of measures has been taken to improve the process of mediation and arbitration. These are based on the recommendations of an independent expert and on the outcome the consultations with the social partners. The aim is to ensure that the mediation and arbitration process is unbiased, and that the unilateral recourse to compulsory arbitration for the resolution of collective bargaining disputes (which is constitutionally protected) is effectively exercised as an option of last resort.

Greece has made considerable progress during successive programmes to regain wage and cost competitiveness which needs to be safeguarded in coming years in order to achieve sustained economic growth that substantially lowers unemployment and increases employment rates. To this end, social partners have a key role to play in ensuring that wage formation through the framework for collective bargaining takes due account of economic conditions in Greece and adequately caters for differing circumstances at firm level. It will also be essential that the application of the minimum wage framework, which was legislated in 2012 as part of the EFSF programme is applied fully, in line with provisions of law 4172/2019: this first application can take place in 2019.

In order to streamline and rationalise the existing body of labour legislation, the existing laws are being codified into a Labour Law Code. A dedicated technical support project was launched for this purpose, and a first draft of the new Labour Law Code has been delivered in May 2018 with a view to be adopted in 2019.

The implementation of the action plan to fight against undeclared work continues to proceed smoothly. The plan promotes an integrated approach to undeclared work, reinforcing the cooperation among different institutions, improving the knowledge about and the capacity to detect the phenomenon, reviewing the system of incentives to promote a transition to the formal economy and strengthening the capacity of the labour inspectorate. The effectiveness of inspections is being reinforced with the introduction of the automatic exchange of information across different administrative databases. The system of fines for undeclared work has been revised, strengthening incentives for compliance and sanctioning recidivism more severely. The action plan is expected to be fully implemented by 2019.

The system of active labour market policies (ALMPs) is being strengthened. A strategy to improve the design, impact and efficiency of ALMPs has been adopted and is being implemented with the support of the World Bank. In particular, a pilot project has been launched to test the introduction of a new delivery model for ALMPs, encompassing open framework programmes to ensure the continuous availability of measures and services, enhancing role for the employment counsellors in referring jobseekers to the most appropriate ALMPs based on individual profiling. In parallel, the capacity of the public employment service to deliver individualised services is being reinforced.

The expansion of vocational education and training (VET) is a key element to support growth and job creation. Several steps have been taken to implement the reform of the VET system, following the adoption of

an overall strategy and the finalisation of an implementation plan, which includes specific quantitative targets for the number of apprenticeship places in the newly reformed vocational lyceums for the next school years. The successful development of a well-functioning VET system depends on the capacity to involve and mobilise the business community. For this, a series of partnerships have been established, with the objective of supporting employers in offering quality work-based learning placements, ensuring the sustainable expansion of apprenticeships and serving as the main effective outreach to companies.

The authorities have also taken steps to further modernise the education system. The OECD has prepared a study assessing the performance of the Greek education system with recommendations for its improvement⁶. The authorities will address the recommendations of the OECD report through a concrete action plan that will be prepared by July 2018. The authorities have adopted as a prior action legislation on the appointment and evaluation of head teachers and senior education executives in line with the general public administration principles on de-politicisation. They have also legislated the rationalisation of education support structures leading to the liberation of about 750 posts to be re-deployed in the classrooms.

5.2 PRODUCT MARKETS AND BUSINESS ENVIRONMENT

An important part of the structural policy package is the reform of product markets. More open markets are essential to create economic opportunities and improve social fairness, by curtailing rent-seeking and monopolistic behaviour, which has translated into higher prices and lower living standards.

With the support of the World Bank, the scope and depth of the investment licensing reform has been enhanced during the fourth review. New legislation has been adopted on installation licensing, operational licensing and environmental activities along with supporting activities in the areas of inspections, ICT systems and sectoral mapping.

As for the legislative part, the installation licensing reform has reached its third phase in this review, with three main achievements: a new regime has been introduced to protect businesses from relocation after changes in land use, differentiated by type of business and area where it was originally located; the procedure to locate in clearly defined industrial areas has been simplified, now requiring only a notification for any type of business, thus effectively limiting the need for an installation licence only in areas whose land use is not clear (since activities of low and medium nuisance in any zoned areas have been included in the regime of notification in the course of the third review); a legal commitment has been legislated to pass secondary legislation to review the nuisance classification for businesses, which is currently outdated and not harmonised with environmental classification. In this context, special provisions have been included for environmental activities in order to facilitate their location, including secondary legislation to be finalised within four months, given the urgent need to establish these activities and the previous legislated gap on the area. The categorisation of nuisance will be revised in the coming years and possibly harmonised with an updated environmental classification in order to have the same basic classification for environmental, operation and installation licensing, where the latter can be further refined to include additional urban planning elements. As for operational licensing, this licence before the current reform was the equivalent of a blanket *ex-ante* inspection on every new establishment and on facilities upgrading their machineries. With the current reform, this system based on *ex-ante* controls has been kept only for high-environmental impact activities and other activities with clear potential risks (such as offshore drilling, SEVESO and pipes with hazardous liquids). For the rest of activities, *ex-ante* controls have been replaced with the new framework on risk-based *ex-post* inspections.

Progress has also been made on the supporting activities to foster the new investment licensing framework, including on inspections, first steps to set up an ICT system and the mapping of the licensing status of all economic sectors. The new regime of risk-based inspections legislated early this year still requires the corresponding secondary legislation and documentation (e.g., risk criteria, checklist and inspections guidelines for each sector). To this end, a roadmap of pilot inspections has been drawn by the authorities. The first three sectors covered during this review have been hygiene inspections slaughterhouses and food and service businesses, and fire safety inspections in the accommodation sector. In addition, the tender for the ICT

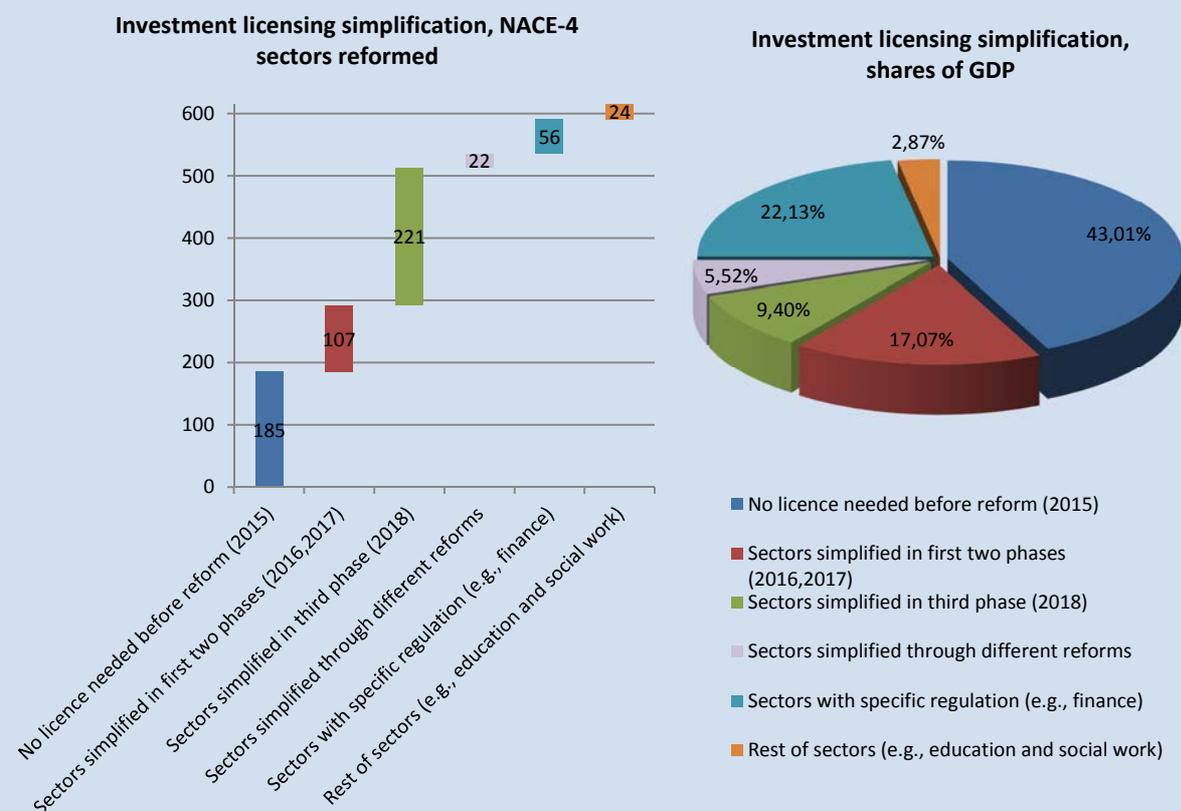
⁶ <http://www.oecd.org/education/education-for-a-bright-future-in-greece-9789264298750-en.htm>

system for investment licensing has been launched. The system will include allow businesses to notify their activities and request authorisations online, it will be inter-connected with the digital business registries and will be used to monitor and define risk levels for the inspection framework. In addition, the Greek authorities have conducted a full mapping of the licensing status of all the sectors of the Greek economy with the support of the World Bank, classifying sectors into sectors not requiring license, sectors simplified in the previous phases of investment licensing, sectors simplified in these years through different projects, sectors with specific regulations, and the "rest of sectors". This mapping has been endorsed by KYSOIP and the relevant ministries (i.e. the ministries responsible for the sectors identified as still having licences) with a commitment to review them for the next phase of investment licensing.

Box 3. Investment licensing reform

With the technical support of the World Bank, an ambitious reform agenda has been launched in October 2015. The reform aimed at simplifying and streamlining investment licensing procedures focusing both on legislation and implementation. The reform has addressed different parts of the licensing system to make it more efficient and effective, increasing compliance through an increase in the sense of procedural fairness. First of all, as a general principle, preliminary authorisations to locate and start business activities have been replaced with a system of notifications and risk-based ex-post inspections, unless motivated by clear risk criteria. To this end, the requirements associated with locating and starting operations have been simplified and clarified both horizontally and on a sector-by-sector basis. This process covered the entire economy and resulted in the simplification of 328 sectors between 2016 and 2018, out of the 615 NACE-4 sectors of the economy, which have to be seen together with the 185 sectors where licensing for establishment and operation was not needed even before the reform and the 22 sectors that have been simplified through other reforms in the same period. The remaining sectors are either sectors with specific regulation (such as banking and finance) or sectors of minor size with specific barriers to investment that will be simplified in the next phase of investment licensing (24 sectors accounting for slightly less than 3% of GDP). Overall, the sectors without licence or reformed in 2016-2018 represent 87% of all the sectors of the economy accounting for 75% of GDP.

Graph 3.1: Coverage of the investment licensing reform

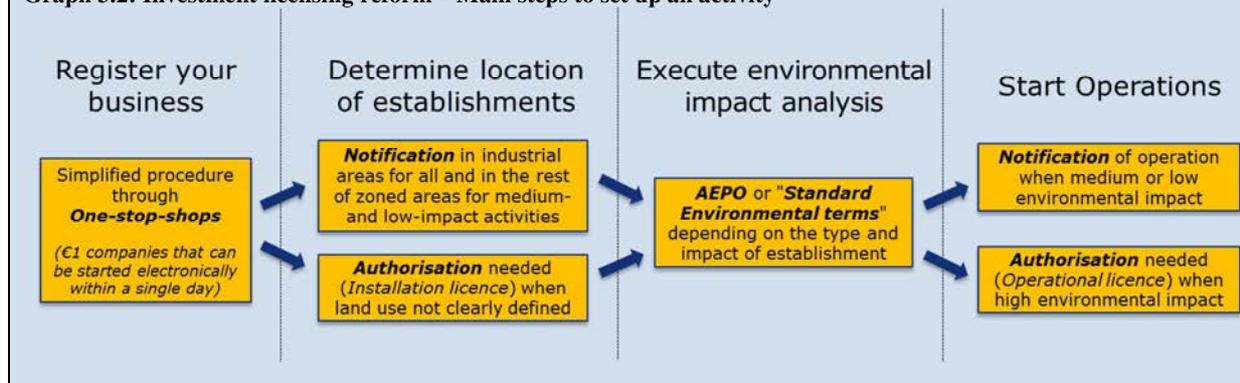


In order to make the new framework easily accessible and clear, all the main aspects of the legislation have been enshrined in one piece of legislation, law 4442/2016. This law consolidates all the procedural guidelines for notification and authorisation, the horizontal provisions for business licensing, the guidelines for inspections and the sectoral requirements. Later pieces of related legislation have been introduced as new chapters. The legislation also describes the characteristics of the new ICT system for investment licensing, which will include allow businesses to notify their activities

and request authorisations online, will be inter-connected with the digital business registries and will be used to monitor and define risk levels for the inspection framework.

The general architecture of the business licensing system resulting from this reform can be summed up in three main steps to establish an activity in Greece (see . First, businesses need to **determine the location** of their activities. If the activity is of a particularly low impact (such as a workshop) or if they want to locate in an industrial area, then no authorisation is needed and a notification suffices. Second, they need to ensure compliance with **environmental norms**, with a differentiated level of reporting depending on the impact of the activity. Third, activities of high environmental impact need to have one final check of compliance for their machineries and buildings before **starting operations**. The rest of activities just need to notify operation to the authorities through the ICT system. From that moment, following a risk-based approach, the authorities can send inspectors to verify the compliance with the relevant requirements and documentation, which is also clearly indicated in the law through a definite list of items and does not allow for additional unforeseen requests. Summing up, small business activities in industrial areas can start operation almost immediately. A clear system of authorisations kicks in when departing from this typology, either to ensure that land use is consistent with the activity or to verify that adequate mitigation measures are taken in case of high potential environmental impact of the activity.

Graph 3.2: Investment licensing reform – Main steps to set up an activity



The authorities have completed the remaining actions under the OECD Toolkit I recommendations to enhance competition. In particular, in the area of standardisation of building materials, following the completion of the process for the harmonisation of 70 technical standards (project 1), the authorities have entered into a contract with the Standardisation Body for the harmonisation of additional 372 technical specifications (project 2).

On regulated professions, the authorities continued the reforms to remove unjustified and disproportionate restrictions. In particular, the authorities have implemented measures to reduce restrictions on the establishment and operation of day clinics (including measures to allow mixed operations and different medical specialties) and agreed with the institutions and put in public consultation a draft law to modernise the legislative framework for the establishment and operation of private clinics.

Work has continued regarding the implementation of recommendations of the first and second round of ex-post assessments on selected policies in relation to competition and business environment. In particular, following the completion of the second round ex-post assessment on tourism, the authorities have adopted measures to remove a number of restrictions on touristic buses, recreational buses, car rental with a driver, as well as measures to improve administrative procedures for investments in the area of tourism. Further, following the completion of the second round ex-post assessment on book prices, the authorities have adopted measures to improve market conditions in the area of book sales. In addition, the authorities have addressed the last two pending recommendations on business parks by adopting a circular outlining all the procedural steps to set up a business park and issuing a recommendation from the Government Council for Economic Policy (KYSOIP) outlining an operational plan for the future development of business parks and the organisation of the economic activity in specialised areas providing adequate business services.

The authorities have modernised company law legislation. The relevant statutes have been in force for a very long time; despite repeated amendments over the years, they were in need of modernization, to streamline administrative and supervisory proceedings, reduce red tape, address recent developments in financial and corporate matters and increase the systemic coherence of codified laws as well as to gather and codify widely dispersed provisions governing the same subject matter (especially in the case of mergers and acquisitions. To

this end, the authorities adopted amendments to law 3190/1955 on limited liability companies (law 4541/2018, OJ A 93/2018); to law 2190/1920 on sociétés anonymes (law 4548/2018, OJ A 104/13.6.2018); and submitted two interim progress reports, one on mergers and one on corporate divisions, with a view to adopting the relevant legislation by October 2018.

The authorities have pursued further reforms in the area of land use and cadastre (see Box 4). They have started implementing the transition towards the new cadastral agency according to the law adopted as part of the third review. It is crucial to implement this transition in a timely fashion and without undesirable side-effects. For that purpose, the authorities have produced a road map, a timetable and a risk matrix that will be monitored regularly. The roadmap foresees the completion of the transition to the new cadastral agency by mid-2020 and the completion and ratification of the cadastral mapping by mid-2021. The World Bank is providing technical support. The authorities have also applied for EU co-financing of the cadastral mapping.

Regarding forest maps, in addition to the maps covering 35.7% of the country that were uploaded in 2017, an additional 9% of the country's surface has been uploaded for public consultation during the first semester of 2018. The ratification is following a prescribed process. To date, 32.2% of the country has ratified and definitive maps. Another 8% is planned to be uploaded until September 2018, while the drafting of forest maps for the rest of the country has been procured and the drafting will take place until summer 2019. Forest maps are foreseen to be completed and ratified by mid-2021.

Box 4. Establishment of a cadastre

Greece needs to complete its appropriate land registry system. The completion of the cadastral project covering all land and buildings in the country is essential not only to secure fiscal revenues from the real estate tax but also to attract new investment, including foreign direct investments, by providing the legal certainty of the domestic real estate market.

The cadastre project in Greece started in 1994. With an estimated total of 39 million real property rights in the country, the progress of the Greek Cadastral project since its commencement has been the following:

The development of the cadastre has been completed for about 29% of the real property rights of the country. This corresponds to about 10.300 km² (8%) covering 10,344,000 real property rights. At the end of 2017, there were 44 contracts under implementation covering an area of 36.500 km² (27.6%) and 10,350,000 rights.

Latest developments: In December 2017, a new generation of twenty seven additional contracts covering the cadastral mapping of the remaining area of the country were signed, such that full cadastral mapping data for 93% of the country will be available by mid-2021. The remaining contracts have been legally challenged and will be signed after the issuance of the relevant court decisions. A feasibility study for the completion of the cadastre has been updated and submitted to the European Commission for co-funding of about 83 million.

To be able to operate the cadastre in the long-term, a new Agency, Hellenic Cadastre that will integrate the company that was executing the cadastral mapping and the mortgage offices has been established in January 2018. The 398 mortgage offices that keep deeds and mortgages and work independently from the cadastre will gradually be integrated into the Hellenic Cadastre and progressively reduced to 17 cadastral offices. All deeds and mortgages will be digitised and inserted in the cadastre. The whole exercise is expected to be completed in June 2020.

The World Bank is providing technical support for this major reform through the SRSS. A contract for a second phase of WB support is in the process of being signed.

One factor that was delaying the cadastre was the absence of forest maps. By today, forest maps covering 32.2% of the area of the country have been ratified and have thus become definitive. About 150,000 objections have been raised are currently being treated. Maps covering another 9% of the territory have been uploaded for public consultation. These are planned to be ratified by mid-2019. The development of the forest maps for the remaining 45% of the Country has been procured, so that by June 2020, the whole country will be covered by forest maps. Some problematic areas which include a high concentration of illegal constructions are excluded from the maps without however blocking the finalisation of the rest of the map (which was a major problem in the past). These only cover a limited part of the country (approximate 3%) and will probably have to go through

lengthy legal challenges in parallel.

Although huge progress has been made in the past two years, there is still a long way until the reform is completed. There are still 72% of the property rights to be registered. Many of these are in remote areas and provinces where property titles are often weak or missing. The transformation of the former cadastre company into the new entity may lead to delays in implementation (appointment of managers, new organisation, absorption of mortgage offices).

In order to continue closely monitoring progress until the finalisation of the project, a detailed timetable, a road map and a risk matrix have been agreed as part of the fourth review. A mechanism of follow up on the cadastre progress, with monthly reporting will be set-up and a second phase of technical support by the World Bank is in the process of being signed.

On structural funds, the authorities have as a prior action adopted a Ministerial Decision establishing a registry of experts that will strengthen the supervision of municipal engineering projects in smaller municipalities that do not have sufficient technical capacity. Going beyond the prior action, the authorities have approved nine major new projects for a total budget of 1.7 billion EUR. In addition, progress has been made on the application of sound public administration principles related to the appointment of managers in National Strategic Reference Framework (NSRF) structures: the submission of candidatures has been completed, the selection committee has been established and exams are scheduled to take place by the end of June. The evaluation exercise of the staff is underway; the NSRF structures participate in the wider public-sector mobility scheme and will also launch an internal mobility scheme. Finally, the authorities have taken steps to fortify and improve the use of the electronic platform for state aid schemes (PSKE). The system has been simplified, timeframes have been shortened and a simplified procedure has been set for schemes of a value under 10 million EUR.

On agriculture, with the view to limiting the risk of financial corrections relating to direct aid, the Greek Payment Authority of Common Agricultural Policy Aid Schemes (OPEKEPE) has updated 100% of the ortho-photo maps with the most recent imagery and digitised and updated the corresponding reference parcel boundaries and eligible areas. In order to do this the relevant department has been strengthened with the necessary specialised staff (technicians, agronomists and surveyors).

5.3 REGULATED NETWORK INDUSTRIES (ENERGY, WATER, TRANSPORT)

Energy

Reforms in the Greek energy markets are progressing and 2018 has seen the achievement of key elements of the reforms, including the launch of the divestiture tender of the Public Power Corporation (PPC) for two lignite plants. They are expected to lead to greater competition, a decrease of distortions and an increase in investment, bringing benefits to all consumers, who currently directly or indirectly have to shoulder the cost of these inefficiencies. In the electricity market, the dominance of the incumbent PPC is being reduced through several instruments in parallel to a rebalancing of the regulatory system. In contrast, the introduction of the Target Model for the electricity markets has been postponed beyond the end of the program and is now expected to be launched by April 2019.

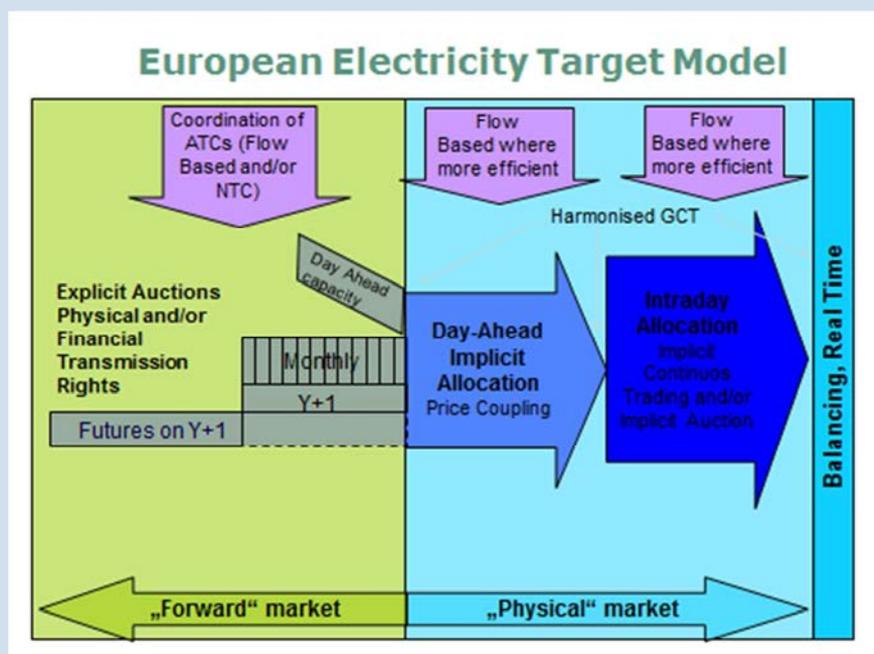
A decisive step to achieve the structural measure to allow for new actors to have access to and being able to supply electricity generated from lignite was achieved through the adoption of Commission Decision (C(2018) 2104 of 17 April 2018) and the law adopted by the Hellenic Parliament on "Structural measures on access to lignite and the further opening of the wholesale electricity market and other provisions" (FEK: A 75/2018). This followed a ruling by the European Court of Justice in December 2016 to bring around 40% of PPC's lignite-fired generation capacity under the control of other market participants. As part of the fourth review, the corporate steps required (and also set out in the adopted law) for the two spin-off companies were taken allowing for the international tender to be launched by PPC on 30 May 2018. The divestment is expected to be completed by end-2018. At the same time, the electricity auctions by PPC continue to be carried out through the NOME auction system. The fourth review agreed upon a gradual de-escalation of the quantities

coupled with concrete criteria related to the progress of the lignite divestiture tender (Art. 42, FEK: A 105/2018), in order for quantities to reflect – upon the successful completion of the tender – the actual capacity that will still be under PPC's control and hence, beyond direct access to other market participants. A joint assessment of the NOME auction system by the Greek authorities and the institutions is planned to take place in September 2019, which will assess the impact of the lignite divestiture and launch of the Target Model (both expected to happen during first quarter of 2019, see below for details on the Target Model). This joint assessment, also referred to in the updated and signed KYSOIP action plan for NOME (FEK: B 2266/2018) will form the basis to allow for decisions to be taken on the future of the existing electricity auctions, including the possible need for other measures to be taken. Finally, a Joint Ministerial Decision was adopted (FEK: B 2280/2018) to confirm the so called 'reserve price' for the NOME auctions to be carried out during the next 12 months.

Progress has been made during the fourth review on the Target Model with the four markets (day-ahead, intraday, balancing and forward) now scheduled to enter into operation in April 2019 (initially envisaged to have been in place by August 2018) and to be coupled thereafter with Bulgarian and Italian markets. During the fourth review it was agreed that the market rulebooks to be adopted by September 2018 for the four markets will remove any bidding restrictions, such as maximum and minimum bidding and clearing prices, in order to be fully compliant with EU legislation. In terms of progress made as part of the fourth review this included three key elements that have all been met, namely: (i) the establishment of an energy exchange (HeNex); (ii) submission of the market Rulebooks for the day-ahead, intraday and balancing markets to the Greek Energy Regulatory Authority (RAE) for approval; and (iii) defining the technical specifications of the relevant IT systems for day ahead and intraday markets. The box below provides a summary of the Target Model.

Box 5. The transition of the Greek electricity market towards the EU Target model

The Target Model for the European electricity market is the vision shared across all stakeholders on the future market design. The model is the blueprint with top-down guidance for regional market integration projects and is being implemented bottom-up through regional market coupling projects and top-down through the network codes that the European Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER), the European Commission and the European Network of Transmission System Operators (ENTSO-E) develop which are then applied at the Member State level. The figure below presents a flow chart of the Target Model and its design to set the essential harmonisation requirements while allowing justified regional flexibility for the regional and inter-regional integration initiatives.



Note: (i) NTC - Net Transfer Capacity; and (ii) GCT - Gate Closure Time

The transition of Greece towards implementing the EU Target Model has been and continues to be an important priority among the structural reforms carried out in the energy sector under the ESM Programme. The overall aim of the Target Model is to facilitate cross-border trade and ensure security of energy supply in Greece and across Europe.

Throughout Europe today, cross-border electricity networks abide by specific grid operation and trading rules that were once set at the national level, but are now drawn up at the EU-level. The EU-wide rules allow for a more efficient management of electricity flows, as interconnections between countries increase.

To that end, the redesign of the electricity market and of the regulatory framework in Greece has been necessary, in order for the markets to become compliant with the EU legislation on cross-border trade. This entails the harmonisation of the Greek electricity market with the provisions of Network Codes and Guidelines (NCG) in order to allow for Europe-wide coupling with the other European wholesale electricity markets, in accordance with the Target Model. The reform of the Greek electricity market pursued under the ESM programme has therefore sought to address the regulatory and technical changes required to comply with the Regulation establishing a guideline on *Capacity Allocation and Congestion Management (CACM)* that entered into force on 15 August 2015 as well as the Regulation establishing a guideline on *Electricity Balancing (EB)* that entered into force on 18 December 2017.

- **The provisions of Capacity Allocation and Congestion Management (CACM)** govern the establishment of cross-border EU electricity markets in the day-ahead and intraday timeframes, as well as methods for the calculation of interconnection capacity.
- **The Electricity Balancing guideline** is about creating a market where countries can share the resources used by their transmission system operators to make generation equal demand always. It sets down rules on the operation of balancing market that Transmission System Operators (TSOs) use to procure energy and capacity to keep the system in balance in real time. The objectives of the guideline include increasing the opportunities for cross-border trading, the efficiency of balancing markets, increase security of supply, limit emissions and diminish costs to customers.

Once the Target Model is operational by April 2019 and enables the full functioning and interconnection of the Greek energy market, it is expected to result in improved competitiveness, which will be to the benefit of the Greek consumers, as purchasing prices should become more affordable and at the same security of energy supply will be strengthened.

Other reforms in the electricity market have also advanced during the review, including agreement to a more gradual phasing out of the so-called supplier surcharge, in order to ensure that the Renewable Energy Sources (RES) account will be maintained in balance. As a consequence, the already applied reduction of the supplier surcharge for 2018 (35%) will be followed by further gradual de-escalation to take place in 2019 (50%) and 2020 (70%), while it will cease to be applied as of 2021, as set out in the legal provision adopted (Art. 40, FEK: A 105/2018).

An element which is being addressed is the public sector arrears toward PPC, while limited progress has been achieved concerning private sector arrears as the company still suffers from its long-standing inability to collect overdue revenues from its customers (incl. the public sector). For the public sector a supplier contract has been agreed as part of the fourth review, which resulted in PPC receiving a substantial part of the arrears owed by the public entities (EUR 62 million). Further, a supply contract for a specific number of public entities was agreed between the Government and PPC that means that through paying PPC in advance and taking advantage of a specific discount for large consumers, the Government will be able to reduce its annual electricity bill (FEK: B 2279/2018).

Further reforms were made to avoid any fiscal risks occurring as a result of the Social Residential Tariff scheme (SRT). The authorities reformed the SRT scheme in February 2018 to make the scheme more targeted with a focus on supporting GMI recipients as well as with specific income-tests and lower benefits for non-GMI recipients. Nevertheless, the new scheme represented a potential fiscal risk to the Public Service Obligation (PSO) account since the allocated budget did not fully take into account of potential substantial future increases in take-up rates. In order to avoid any adverse fiscal risks, the authorities adopted two legal provisions in the Omnibus law. The first provision (Article 41, FEK: A 105/2018) limits the maximum government appropriation to the PSO budget to EUR 0 million in 2018, EUR 59 million in 2019 and EUR 68 million in 2020. The second provision (Article 124, FEK: A 105/2018) ensures a six monthly review of the PSO account by the energy regulator to allow for timely adjustment of the special account levy. In addition, the authorities have asked technical support providers from the World Bank to investigate the relatively low take up of the SRT by GMI recipients.

In the gas market, the liberalisation process is ongoing, with full ability for all customers to choose their own supplier from January 2018. Improved competition is being ensured by the unbundling of distribution from supply, improved regulation and the increase in the quantities auctioned by the incumbent DEPA under the gas release programme. The fourth review agreed on a tender structure to be followed for DEPA that will result

on an overall corporate restructuring with networks and international projects to be part of a separate entity where the state will maintain sole control, whereas the wholesale and retail will form a separate entity with the State selling a majority/controlling stake of 50% + 1 share. The agreed tender process includes specific measures to ensure that progress towards unbundling is maintained as well as to mitigate the risk of vertical conflict of interest. For example, a legal provision has been adopted (Art. 125, FEK A 105/2018) to ensure the interrupted continuation of the gas release programme following the privatisation of the 'commercial' part of DEPA. This will ensure that Greek consumers' interests are protected through facilitating a level playing field to suppliers that should attract new market actors to enter.

Another key step in liberalising the gas market was the selection of the preferred bidder for the natural gas transmission system operator (DESFA). The selected tenderer that will own 66% of DESFA is currently carrying out the notification and certification processes that are expected to be completed by October 2018.

Water and transport

Further consolidation of recent reforms in the water sector has been achieved in the course of the fourth review. The Greek authorities have amended law 3199/2003 to strengthen the inclusiveness, transparency, and efficiency of the decision-making process in the water supply system by reviewing the composition and functioning of the National Water Committee, the National Water Council, and the Advisory Commission for Water. To this end, the National Water Committee has been expanded to include the Minister of Labour, Social Insurance and Social Solidarity and the Minister for Administrative Reforms; two representatives of social and environmental NGOs have been added to the National Water Council (which now should meet at least twice a year, will publicly available minutes of the meetings); and a representative has been added to the Advisory Commission for Water of each the Ministry of Labour, Social Insurance and Social Solidarity.

In addition, the new unit on "Costing & Pricing of Water Services" of the Special Secretariat for Water has been staffed and made operational. The Special Secretariat for Water, member of the network of European Water Regulators, is now better equipped to fulfil its role of supervision of the Greek water system through the regular collection of information on all the water companies of the country, including the water companies of Athens (EYDAP) and Thessaloniki (EYATH). Two evaluation reports have been finalised in the course of the fourth review with technical support: one on the existing system of regular collection of information and on the progress towards the development of the Full Information System and another on the business plans and concession agreements of EYDAP and EYATH. Furthermore, the authorities have finalised a tender to draft the multi-annual strategic plan for SSW, aimed at strengthening its governance, administrative capacity and financial autonomy, and the corresponding annual operational plan outlining specific actions, steps, timelines that will contribute to the implementation of the strategic plan. To that end, the authorities have provided input to the plans specifying the role, mission and competences for the SSW in relation to other organisations in the water sector.

The Authorities have also ensured that SSW will have access to information from the relevant ministries and local authorities on all the water companies of the country. This will allow SSW to have a full picture of the sustainability and needs of the water system by analysing data on water quality and data and projections on detailed administration costs and revenues, physical assets and investments of water companies.

Strategic changes are underway in the transport and logistics sector with the preparation of a general transport master plan and the implementation of the logistics action plan. The authorities, with technical support, are preparing a general transport master plan for Greece covering all transport modes (road, railways, maritime, air and multi-modal, including logistics) that will contain infrastructure, organisational, institutional and operational measures to improve efficiency in the transport sector. The master plan by March 2019 will establish a long-term strategy for the sector with a horizon year of 2037. This project, which is supported by the SRSS is being managed by the EIB and has two components: the drafting of a comprehensive multi-modal transport plan and the development of capacity building, institutional support, data management, etc. On logistics, the authorities have continued the implementation of the logistics action plan. Some of the priorities are the facilitation of transit procedures and added value services; the creation of agro-logistics centres; supporting the Athens International Airport to become an international logistics hub and completion of the Thriassio multimodal complex.

Box 6. Reform of the water sector

Major reforms have been undertaken in the water sector under the ESM programme to ensure its sustainability, reliability and accountability. In order to achieve this objective, five major actions have been undertaken by the authorities in the context of the ESM programme: (i) the issuance of a Joint Ministerial decision on water costing and pricing rules applying to all the water companies in the country; (ii) the creation of a Special Secretariat for Water to supervise the application of such rules; (iii) the realisation of a database to collect and compare data from all the water companies; (iv) the professionalization of the management of local water companies; (v) the adaptation of the composition of the National Water Committee and the rules of the National Water Council. This box discusses each of these elements.

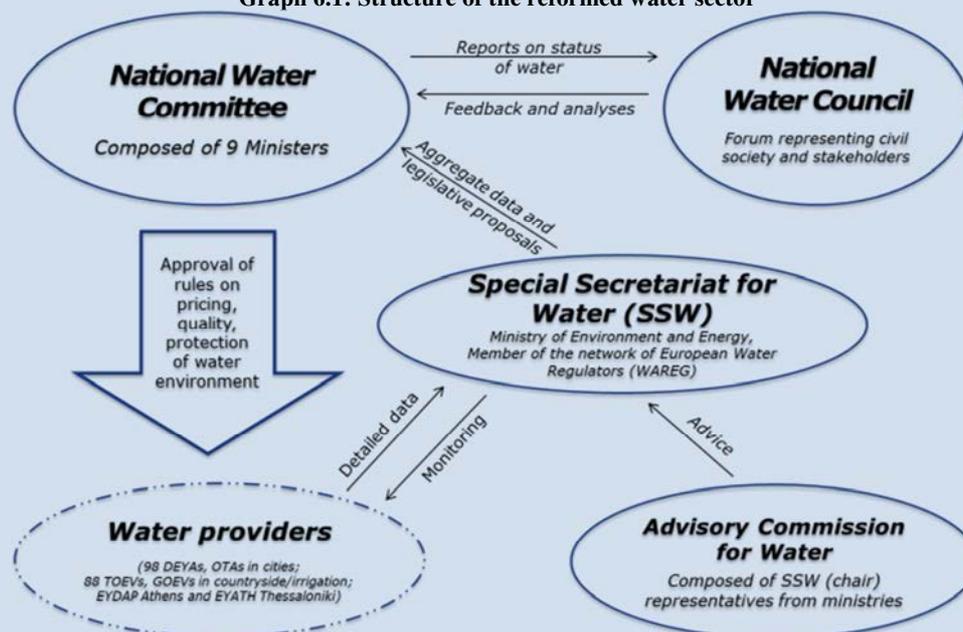
The Joint Ministerial Decision on water costing and pricing rules aimed at ensuring that the price of water reflects its full cost. The rationale behind this provision adopted by the National Water Committee is that if water users pay a lower price than the full cost, then it will be the society at large to integrate the bill, transferring the burden to finance the system to every citizen and implicitly subsidizing heavy water users. In addition, a price consistent with the cost of supplying water also contributes to minimise the waste of a scarce resource and to incentivise businesses to adopt water-saving technologies and practices. Finally, by ensuring that water companies are in a condition of financial equilibrium, with adequate plans for investments and human resources, also the sustainability, independence and continuity of the service is guaranteed.

The Special Secretariat for Water is the institution tasked with the coordination of the management and the protection of water resources, the implementation of rules on costing and pricing, and the monitoring of water services, among other tasks. Its current organisational structure has been defined in the Joint Ministerial Decision 322/2013 and in the course of the third review it has been adequately staffed to perform its functions. The need for a supervisor of the water services stemmed from the complexity and articulation of the system, which is composed of a large number of agents with different institutional nature and organisational structure, with different practices and heterogeneous standards of performance.

Within the Special Secretariat for Water, a database has been realised, and is currently being expanded, to collect and compare data across water companies. Through this digital database it will be possible to consistently monitor and compare the performance of water companies across the country through a full range of indicators on physical assets, human and financial resources, collection rates, frequency of service disruption. This tool will thus support the authorities in ensuring the sustainability of the system by prioritising investments and planning in advance for future human resource needs.

The professionalization of the management of local water companies has been achieved through legislation in 2017 on the competences of the water companies' directors and the composition of boards. The boards of the local water companies have been transformed significantly by opening them to public scrutiny by introducing at least one member of environmental or social organisations of the area and by ensuring professionalism of independent board members and board chairs are selected through transparent calls for interest with minimum competence standards and competitive appointments.

Graph 6.1: Structure of the reformed water sector



The adaptation of the composition of the National Water Committee and the rules of the National Water Council aims at further strengthening the accountability of the water system. The National Water Committee, which is the inter-

ministerial authority entrusted the implementation of the guidelines on the sustainability of the water system, including water pricing, has been expanded with the inclusion of the Ministers of Administrative Reforms and of Labour, Social Insurance and Social Solidarity in order to ensure that special pricing rules and other social policies be implemented coherently across different areas of the country. The National Water Council, which is an advisory body designed to guarantee the participation of all the relevant stakeholders in the water system during the decision making by the National Water Committee, has been expanded to include two representatives of social and environmental NGOs and will have to meet at least twice a year and make the minutes of the debate publicly available. This change should make the institution more relevant in the public debate on water policies and in the analysis of the reports on the status of waters and implementation of the relevant legislation submitted by National Water Committee to the National Water Council and to the Parliament.

5.4 PRIVATISATION

Hellenic Corporation of Assets and Participations

The Hellenic Corporation of Assets and Participations (HCAP) was established at the time of the first review through law 4389/2016 in line with the statement of the Euro Summit of 12 July 2015. The purpose of HCAP is to manage valuable Greek assets; to maximize their value, which it will monetize in order to contribute to strengthening the development of the Greek economy and reduce the financial obligations of the Hellenic Republic. HCAP became fully operational under the second review with the appointment of the Supervisory Board and of the Board of Directors and the elaboration of the key internal regulations for the functioning of HCAP.

As part of the fourth review, a number of prior actions have been adopted to enable HCAP to deliver upon its potential. These actions are resolving the main remaining outstanding issues for the full operation of HCAP, namely (i) the finalisation of the internal regulations; (ii) the completion of the transfer of the SOEs agreed under the second review and the transfer of additional real estate assets to HCAP; (iii) the review of the boards of HCAP's subsidiaries OASA and ELTA; (iv) the submission of business plans by the SOEs transferred to HCAP, in which HCAP is the majority shareholder, in line with the strategic plan of HCAP; (v) amendment of the articles of association of the SOEs transferred to HCAP, in which HCAP has the majority shareholding, so that there is compliance with the codified company law 2190/1920.

Following the adoption of the most important chapters of the internal regulations as part of the second review of the ESM programme, a number of chapters were prepared and adopted by the General Assembly as prior actions for the third review. As a prior action for the fourth review, the General Assembly has adopted the last pending chapter related to HCAP's investment policy on 19 June 2018.

Based on the amended HCAP law, several types of investments are envisaged: (i) investments by the Greek State (art 200(3)) and (ii) investments by HCAP, comprising (a) investments into the own assets of HCAP (article 200(2)(a) of the HCAP Law) and (b) investment in companies or assets which are not direct subsidiaries or other subsidiaries of HCAP (article 200(2)(b)). The relevant chapter of the internal regulations on the investment policy includes, inter alia, the scope of the investment policy, the policy objectives and the risk appetite of the Corporation as well as diversification/allocation/concentration considerations.

The transfer of the SOEs agreed under the second review and the transfer of additional real estate assets to HCAP in accordance with the process agreed under the third review have been completed. As a prior action for the fourth review the HCAP Law has been amended for the transfer of the shares of GAIAOSE to HCAP. The transfer will be effective from 1 July 2018 for the avoidance of financial consolidation issues. GAIAOSE manages the State's rolling stock and the real estate assets of OSE, whereas it manages also a number of real estate assets, which are under its possession. With a view to transferring OAKA (Olympic Athletic Centre of Athens) to HCAP by the end of 2018, as a prior action for the fourth review, the authorities have provided a detailed list of actions needed to achieve this transfer, and a timetable for their completion. The list includes actions for the determination and funding of the amounts needed to maintain or overhaul OAKA facilities as applicable, conversion of OAKA to a sufficiently capitalised *societe anonyme* and transfer to HCAP. In addition, the authorities have established a working group, including representatives of HCAP, to oversee implementation

of those actions. Finally, based on the process agreed among the authorities and the institutions, within the framework of the third review, a significant package of real estate assets has been identified by the consultants of HCAP, following a screening of the relevant data bases. Subsequent to the identification, the list of the real estate assets to be transferred to HCAP has been submitted to the Minister of Finance for approval. The Minister issued the relevant decision on 19 June 2018, following the relevant authorisation by KYSOIP (FEK B' 2317/19.05.2018). The decision is the legal title for the transfer of the assets to ETAD/HCAP.

The boards of HCAP's other subsidiaries OASA and ELTA have been reviewed as a prior action under the fourth review. The Board of Directors of HCAP has reviewed the Boards of OASA and ELTA with the support of external consultants, who provided the assessment report. Following the review, the BoD of HCAP is in the final stages of completing the procedure for replacing members of the two BoDs. The process of the review of the boards of the remaining SOEs and appointment of directors to any vacancies will be one of the primary tasks of HCAP for the coming months.

SOEs which had been transferred to HCAP and in which HCAP is the majority shareholder have submitted their business plans. The unlisted SOEs, in which HCAP is the majority shareholder, submitted their business plans by end-April 2018. For listed companies the management of the companies has confirmed that they have updated business plans. Thus, the prior action is done. Following the submission of the business plans, HCAP has proceeded to the phase of assessing the submitted business plans, inter alia whether they are in line with the strategic plan of HCAP.

The articles of association of the SOEs transferred to HCAP, in which HCAP has the majority shareholding have been amended. The amendments foresee a change in the appointment procedure of the members of the BoD of the SOEs, resulting from the relevant amendment in the HCAP Law in January 2018 as well as changes needed to achieve compliance with the codified Company Law. Amendments in the articles of association of SOEs have been agreed at Board level of HCAP and approved by General Assemblies of the SOEs.

Privatisation Projects

Privatisation helps to make the economy more efficient and contributes to reducing public debt. Implementation of the Asset Development Plan (ADP) of the Hellenic Republic Asset Development Fund (TAIPED) regarding all its core assets is key to stimulate private investment, increase efficiency, and provide financing to the State. Progress has been made in several areas, notably on the financial closing of the sale and transfer of 67% of the shares of the Thessaloniki Port Authority S.A.; the financial closing for the sale of 5% of the telecommunication company OTE; the selection of the preferred bidder for the acquisition of 66% of the Hellenic Gas Transmission System Operator (DESFA); the preliminary view of DG COMP that the pre-notified agreement on the extension of the concession agreement for the Athens International Airport, does not involve unlawful State aid within the meaning of Article 107(1) of the Treaty on the Functioning of the European Union; the acceptance by the BoD of TAIPED of the improved financial offer for the acquisition of 100% stake in EESSTY (ROSCO) S.A., submitted by TRAINOSE S.A. - ROSCO provides rolling stock maintenance and availability services to train operating companies; the launching and the conclusion of the expression of interest phase for the joint sale of a majority stake (50.1%) in Hellenic Petroleum (HELPE) by the State and the other strategic shareholder of HELPE, PanEuropean Oil and Industrial Holdings S.A. (POITH); and the launching of the binding offers phase for the long-term concession of the Egnatia motorway. It should be noted, however, that there were delays over the past two years in the implementation of the privatisation programme as laid down in the Asset Development Plan in August 2015 which was scheduled to be completed prior to the conclusion of the ESM Programme.

As part of the fourth review, the authorities have committed to take the necessary measures to move forward with key privatisation projects. As prior actions for the fourth review, TAIPED has proceeded to the updating of its ADP, whereas the Government Council for Economic Policy (KYSOIP) has endorsed the ADP approved by TAIPED. The ADP is expected to be implemented after the end of the programme according to its agreed timeline. Further, within the same framework, the Board of Directors of TAIPED, with the help of

external advisors, has reviewed the corporate governance structure of DEPA and Egnatia S.A. and assessed the Board of Directors of the specific companies. In the case of DEPA the review assessed the current members positively and thus no replacement was necessary. In the case of Egnatia, there was a need for filling vacant posts. Two new members were appointed in the BoD of Egnatia on 19 June 2018.

Progress on key ongoing privatisation projects is presented below. It should be noted that the financial closure of a number of transactions included in the privatisation programme can only be achieved in the post programme period.

Hellenic Gas Transmission System Operator (DESFA): On 16 February 2018, two binding offers were submitted for the acquisition of 66% (31% stake owned by TAIPED and 35% stake owned by HELPE) of DESFA's share capital. The Board of Directors of TAIPED selected the preferred bidder on 19 April 2018. The tender folder has been submitted to the Court of Audit for approval on 30 May 2018. The transaction is scheduled to be completed before the end of the year. This follows up on delays in the implementation of the transaction. The SMOU signed in July 2017 was providing for the nomination of the preferred bidder by August 2017 and the financial closing of the transaction by the end of 2017.

Egnatia motorway: The privatisation process for the Egnatia motorway has been characterised by systematic delays. Over the past weeks steps have been taken to overcome obstacles in the effective launching of the binding offers phase, which arose in January 2018, following the launch by the Ministry of Infrastructure of the process for the expression of interest for the procurement, design and installation of an electronic system of tolls (e-tolls). More specifically, as a prior action for the fourth review, the Joint Ministerial Decision (JMD) 6686/2014 (as in force) was revised to provide for the disconnection/exemption of the Egnatia motorway concession from the ongoing e-tolls tendering process of the Ministry of Infrastructure and Transport. The revised JMD was published in the FEK on 24 May 2018 (FEK B' 1893/24.05.2018). The JMD will be confirmed in the next phase of the tendering procedure of the Ministry of Infrastructure. Following the adoption of the revised JMD and the amendment of the tender documents, TAIPED and its consultants have drafted the Concession Agreement, which was approved by the BoD of TAIPED and along with the Request for Binding Offers have been sent to the Prequalified Investors on 15 June 2018. On 22 May, the Ministry of Infrastructure and Transport, in cooperation and in agreement with TAIPED, has submitted its response to the clarification questions sent by DG MOVE regarding the new tolling policy that will be implemented in the Egnatia motorway and its vertical axes. Furthermore, on 7 June, the Ministers of Infrastructure and Transport and Finance have issued a JMD providing for the new toll pricing policy for the Egnatia motorway and its vertical axes. This new tolling policy will enter into force in Egnatia motorway on 1 January 2019 subject to clearance by DG MOVE. It also provides that the applicable exemptions granted to residents and businesses in several prefectures and municipalities adjacent to the Egnatia motorway from payment of tolls will cease to apply as from 1 January 2019. On 2 March, Egnatia S.A, signed the contract for the construction of the Asprovalta toll station. Egnatia SA has additionally instructed the contractor of the two, new Operations and Maintenance Contracts (O&M) to commence construction of the Frontal Toll Stations of Strymoniko and Kavala. Furthermore, the Ministry for Energy & Environment approved the environmental terms for all remaining frontal and for all lateral toll stations (except four). The construction for all toll stations will commence as soon as the environmental terms for the remaining 4 toll stations are also approved, based on the specific option of the contract. Last but not least, on 15 June, the Inter-ministerial Committee of Assets Restructurings and Privatizations has issued a decision (text agreed with TAIPED – FEK B' 2274/15.06.2018), in accordance with article 2 par. 5 of Law 3986/2011, pursuant to which TAIPED is entitled to include in the scope of the services concession agreement of the Egnatia tender the obligation of the concessionaire to finance, study and perform all the necessary works pertaining to the upgrade of motorway standards of (a) the Halastra – Polykastro section of the Halastra – Evzoni vertical road axis and (b) the Christos – Ambela section of the Thessaloniki – Serres – Promachonas vertical road axis, such sections measuring approximately 54 km in total. The financial closing of the Egnatia transaction is expected before the end of 2019.

Hellinikon (land development project of the site of the former airport of Athens): The project, when implemented, is expected to have a significant positive impact for the Greek economy (creation of a large

number of jobs and added value generation). However, the project was recurrently facing headwinds (forestry, archaeology issues). A very positive development under the third review has been the signing and publication on 1 March 2018 of the Presidential Decree (PD), regarding the approval of the Integrated Development Plan. The PD is providing clarity on all potential disputed area issues (heights of the high-rise buildings, procedure to be followed for the handling and preservation of any new archaeological findings within the site etc.). Within the framework of the fourth review, the authorities have completed the enactment of a law for the establishment of the management authority of open and public areas and facilities (the relevant legislation was included in the Omnibus Law approved by Parliament on 14 June 2018 (FEK A' 105/14.06.2018)); and continue to implement without delays the revised timetable agreed in the working group on the fulfilment of all Conditions Precedent relating to the adoption of the necessary ministerial decisions (urban planning, approval of studies) and the award of the casino licence (actions included in the GPAs) to ensure financial closing by December 2018.⁷

Thessaloniki Port: Following a long delay of the privatisation process, binding bids were submitted on 24 March 2017. The selection of the highest bidder and reserve bidder was taken on 24 April 2017, whereas on 20 November 2017 the Court of Audit confirmed that TAIPED can proceed to executing the transaction's legal documents (Share Purchase and Shareholders' Agreement). The Share Purchase Agreement and Shareholders' Agreement were signed on 21 December 2017. The concession agreement was ratified by Parliament on 22 February 2018. The financial closing of the OLTH transaction took place on 23 March 2018 with the transfer of the majority stake of 67% of Thessaloniki Port Authority S.A.'s (ThPA) shares to the South Europe Gateway Thessaloniki Limited against the payment of EUR 231.926 million.

Athens International Airport (AIA): The TAIPED Board of Directors approved on 30 May 2017 the extension of the Concession Agreement of AIA following bilateral negotiations between HRADF and AIA. The financial closure of the transaction is subject to clearance by DG Competition of the European Commission in the context of a State aid notification (Articles 107-109 TFEU). The Greek authorities have pre-notified the transaction to DG Competition for preliminary assessment before formal notification. DG Competition has sent a series of questions and requests for clarifications and several meetings took place between the two sides. A very positive development has been that on 15 June 2018 the Directorate-General for Competition has come to the preliminary view that the pre-notified agreement for the extension of the concession agreement, does not involve unlawful State aid within the meaning of Article 107(1) of the Treaty on the Functioning of the European Union.

Other projects: TAIPED is working on preparatory actions for the implementation of all privatisation transactions included in the Asset Development Plan. Within the framework of the fourth review, The OTE tender process was completed on 15 March 2018 without the submission of any offers. As per Deutsche Telekom's (DT) right of first refusal under the Shareholders' Agreement, a notice was sent to DT on 16 March 2018 based on the 20-day VWAP. Following the notice sent on 16 March 2018, Deutsche Telekom AG exercised its right of first refusal for the acquisition of 5% of OTE's shares for EUR 284.052 million. The transaction on OTE has been financially closed on 30 May 2018, with the transfer of the 5% shares to Deutsche Telekom AG against a payment of EUR 284.052 million.

On Hellenic Petroleum (HELPE), an agreement has been reached between PanEuropean, TAIPED and the Greek authorities on the terms of the sale of 50.1% of HELPE. The Expression of Interest phase was launched on 18 April 2018 via an international open tender process for the joint sale (the State along with the other strategic shareholder of HELPE, PanEuropean Oil and Industrial Holdings S.A. (POITH) of a majority stake (50.1%) in

⁷ As to the Condition Precedent relating to the relocation of users, the Greek authorities have made significant progress with the relocation of the existing public users (actions included in the GPAs) in line with the agreed timetable. In particular, (i) relocation was completed for Customs Department and all other services supervised by the Ministry of Finance; all services supervised by the Ministry of Defence including the Aviation Factory, the National Meteorology Centre and the Air Force Procurement Unit; all services supervised by the Ministry of Culture and Sports including all Sports Organisations; services supervised by the Ministry of Health including the Hospital of American Military Basis; and services of the Municipality of Alimos; (ii) significant progress has been made in relation to the relocation of OSY (buses depot) (70% until today - completion by end of June according to the timetable); Civil Service Aviation (75% until today - completion by end of June according to the timetable); services of the Attica Regional Authority (75% until today - completion by end of June according to the timetable); the Fish Research Centre (75% completion of the administrative process to ensure physical relocation by November 2018 as agreed); and the services of the Municipality of Elliniko-Argrypoli (50% until today); and (iii) special relocation arrangements were agreed with the investor/developer for social welfare organisations; police and fire police departments.

HELPE according to an MoU signed between the Greek Authorities, POITH and TAIPED. The deadline for the submission of expressions of interest was 30 May 2018. Five investment schemes submitted expressions of interest. The financial closing of the transaction is expected in the first half of 2019.

On Public Gas Corporation (DEPA): TAIPED has hired legal and financial advisors since April (in alignment with the respective SMOU requirement) with the mandate to assist TAIPED in the privatization of DEPA's stake. The privatization transaction structure has been agreed between the Greek Authorities and the institutions (see also section 5.3 Energy above). The tendering process for the commercial activities will be launched in November 2018, whereas the financial closing is expected by the end of 2019. For the network activities the tendering process is expected by the end of 2019.

Overall, the picture in the implementation of the privatisation programme is mixed with progress in some areas and delays elsewhere. Proceeds in 2017 amounted to EUR 1.4 billion. The financial closing of the sale of 67% of the share capital of the port of Thessaloniki and the finalisation of the sale of 5% of OTE (telecom company) shares mean that the proceeds for the first half of 2018 amounted to EUR 734 million. The transactions of Hellinikon and the extension of the Concession Agreement of AIA have not yet been financially closed due to reasons which are largely beyond the control of the Greek Authorities. In the case of Hellenikon the timetable has been revised to December 2018 due to several delays accumulated since the onset of the ESM programme; the latter delay was due to objective reasons, beyond the control of the Greek Authorities, whereas the transaction for the extension of the concession agreement has been subject to DG COMP clearance and acceptance of the terms of the extension by the investors. Besides the Hellinikon and the extension of the concession agreement for the AIA, the DESFA and the ROSCO transactions are also expected to be financially closed before the end of 2018. Should these four transactions be financially closed by the end of the year, additional proceeds of over EUR 1.5 billion are expected in the second half of 2018, which would give a cumulative yield of some EUR 4.5 billion since the start of the ESM programme. It remains feasible to complete additional key tenders in 2019 which could generate potentially significant yields. The estimated financial yield of transactions which are now being finalised are being upgraded, against the background of positive economic growth and the emergence of Greece from the stability support programme. This is in the interest of Greece and its creditors as these proceeds are directed to loan servicing.

6. Pillar IV: A modern State and Public Administration

6.1 PUBLIC ADMINISTRATION

Public administration reforms are a key pillar of the ESM programme. The package of legislative reforms which was agreed under the programme was largely completed as part of the third review, while the fourth review has focused mainly on delivery through the actual implementation of these important reforms covering broad aspects of the Greek public administration. A key reform has been to set the corner stones for the development of a comprehensive Human Resource Management System, through the introduction of a mobility scheme (incl. development of organigrams and job descriptions) and annual performance assessments. Other reforms include the launch of a transparent and open selection process for the appointments of senior management and adoption of an Inter-Ministerial Coordination Manual to enhance overall coordination at the central government level.

A key element in developing a Human Resource Management System has been the introduction of a modern mobility scheme allowing for public officials to be transferred where the most urgent needs are. This scheme has replaced a cumbersome and non-transparent process which mainly relied on secondments as the mode of mobility, even if the needs of the receiving entity were of a more permanent nature. Under the new legal framework, secondments are not excluded, but rather are regulated by limiting their period to 12 months (with the possibility to be extended for three additional months). A first mobility cycle was launched in November 2017 and the second cycle was launched in April 2018. In the first cycle, more than 800 vacancies were published; 2,000 candidates expressed an interest in 90% of the available positions. Some delays incurred in terms of the originating entity submitting the needed administrative documentation required of the candidates shortlisted, and in order to ensure a smoother process a legal amendment was passed, setting specific time limits to the originating entities to submit the required documentation. In order to ensure that the period between selection and actual transfer is kept to one month, a legal amendment was adopted to facilitate the process of appropriations, thereby allowing for the selected public official to take up her/his new position. The first mobility cycle is close to finalisation, with selection certificates issued for 234 out of 456 vacancies for permanent transfers and actual transfers expected to be completed by July 2018. The reasons why not all vacant positions being filled include (i) the 'receiving entity' not satisfied with qualifications/experience of the candidates; (ii) candidates withdrawing interest and/or opting for another position. There are encouraging signs that the second mobility cycle will be completed more quickly than the 1st cycle and that there is increased interest, both in terms of participating entities and candidates applying. Ministries and Independent Authorities are the entities with the vast majority of vacancies during the initial two mobility cycles, while secondments still account for a relatively high number, but seem to be decreasing. The third mobility cycle is planned to start after the actual transfers of the previous cycles are completed.

2018 has seen significant progress being made by public entities completing their organigrams and job descriptions. An electronic platform has been developed by the Ministry of Administrative Reform (MAR) providing a single platform where each entity uploads its digital organigram and will allow for each job description to be connected with the corresponding employee. The response rate regarding the digital organigrams is satisfactory, while the completion of job descriptions is currently behind schedule. It should be noted that this is an exercise performed for the first time for the majority of public entities and it is important that this exercise is completed to fully reflect the structure and needs of the respective entity. The target set for June 2018 for 53 entities to have completed both organigrams and job descriptions was met and actually exceeded, as 60 entities had to date completed this exercise. In order to facilitate the process, a manual was circulated by MAR to all public sector entities and a training programme started on how to populate the database. In addition, a selective number of pilot entities completed their digital organigrams and job descriptions through setting out at the unit level respective job descriptions for all unit positions. MAR plans to expand on this platform, which

by 2019 should include all entities of the general government and their public officials to be identified in a specific unit and number.

Significant improvements have been made in the implementation of annual performance assessments. Besides the authorities' intention to cover the entire scope of the law (i.e. around 230,000 employees), the performance assessment of 2017 will be conducted electronically for the first time. The annual assessment was initiated in May and is expected to be finalised by July 2018 (as per FEK: B 1882/2018 with an extension granted through FEK: B 2271/2018). It entails the following steps, all carried out using an online tool: (i) self-assessment by the public official; (ii) assessment by the public official's immediate superior; and (iii) assessment by a manager/director two levels above the public official. By mid-June the self-assessment step has been completed for c. 56% of all officials having been registered by the respective HR departments on the online database (i.e. 90,808 out of 161,252 in total). According to the authorities the reason why only 161,252 employees were registered in the database from the initially estimated 230,000 was the limited time provided to the respective HR departments to complete the registration. The authorities have also indicated that a number of these will proceed to do the performance assessment using paper, although the authorities were not in a position to provide an estimate of how many.

Box 7. Towards a comprehensive Human Resources Management System

A significant reform to enhance the Greek public administration is the development of a comprehensive Human Resource Management System (HRMS) which will allow for the effective and efficient allocation and management of resources. The key elements of HRMS are now in place through the mobility scheme (incl. development of organigrams and job descriptions), annual performance assessment of public officials and a transparent selection process of all senior managers.

- The mobility law (4440/2016) introduced a uniform system of mobility in the public administration and local government.** This law replaced the previous system that almost exclusively relied on secondments with a new transparent and systematic system open to all public servants. In order to allow a public entity to be part of the mobility scheme, the entity is required to prepare an organigram and job descriptions (see Art.4). Job descriptions need to be prepared for each position which specifies the profession, policy area, main responsibilities, required qualifications and desirable skills for the relevant position. Both organigrams and job descriptions are uploaded to the mobility platform. The mobility scheme is currently carried out in three cycles per year with the second cycle having being launched in April 2018. Before the beginning of each mobility cycle, each entity sends its requests for transfers and secondments to the Central Mobility Committee which evaluates them. Once evaluated, the approved vacancies are published on an electronic platform with the public servants having the required qualifications for the specific vacant position invited to electronically submit an application to the receiving entity within 15 days. The submitted applications shall be assessed within 45 days (see table below for a complete timeline per mobility cycle). Candidates' evaluation shall take into account the relevance of their formal and substantive qualifications, their past performance assessments, their experience in exercising the respective duties and each item of their staff record demonstrating the suitability for the position.

Table 7.1: Timeline for mobility cycles

	Dec-18	Jan-19	Feb-19	Mar-19	Apr-19	May-19	Jun-19	Jul-19	Aug-19	Sep-19	Oct-19	Nov-19	Dec-19	Jan-20
Requests by entity														
Evaluation of requests														
Candidates Application														
Evaluation of applications														
Completion of transfer														

- A new performance assessment system introduced (Law 4369/2016) aiming at the continuous improvement of the individual performance of public servants and enhancing the overall efficiency of the public service.** Each public official is assessed each year by his/her two hierarchical supervisors. The assessment criteria are classified into: (a) administrative ability (e.g. professional competence, initiative); (b) collaboration with co-workers and service-minded

towards citizens; and (c) effectiveness (quantitative and qualitative work performance). The law also sets out the requirement of an advisory interview, which allow for each employee to discuss with his/her supervisor ways to improve his/her performance, through developing new abilities/skills for the benefit of himself/herself as well as for the unit. The first performance assessment under the new system was conducted in 2017, while in 2018 it will be conducted electronically.

- 3. A new system for recruitment of senior managers based on full transparency and objectivity (Law 4369/2016).** The new selection system of top civil servants will be performed through a non-political panel chaired/supervised by the Supreme Council for Civil Personnel Selection (ASEP), thereby ensuring the de-politicization of the public administration. The new selection mechanism is based on formal qualifications, including professional and managerial experience, also for the first time recognising experience obtained from the private sector when applying for these managerial positions.

The Ministry of Administrative Reform (MAR) has confirmed its intention to complete by end-2019, the "Digital Organizational Chart of the Public Administration and Local Government", which will contain the structure and staffing of all public entities. This will entail all the organisational units of the entities of the general government, with each public official being linked to a specific unit and corresponding job description. The main purpose of completing job descriptions and subsequently linking them with the existing personnel is to provide a comprehensive and accurate picture of the allocation of human resources across the public administration, thereby facilitate the identification of staff shortages based on existing needs and the drafting of a medium-term recruitment plan both in terms of the priority areas and the required qualifications. The "Digital Organizational Chart of the Public Administration and Local Government" will be based on an integrated management information system that will also enable each public servant to have a unified identification number.

Following completion of the digital platform, this will form the basis for the establishment of medium-term Human Resource Management System (HRMS), which will mark a significant achievement in modernising the Greek public administration and enabling it to carry out its responsibilities in a professional and dedicated manner towards its citizens and the private sector.

An important reform underway concerns the process for appointing middle and senior managers in the public administration. The reform is related to the application of a new selection procedure set out in Law 4369/2016 to all levels of management, including the replacement of politically appointed Secretaries General with Administrative Secretaries, an initiative raised by the Greek authorities and agreed with the institutions. According to the legislation, the Administrative, Sectoral and Special Secretaries will have fixed-term mandates and cannot be replaced on a discretionary basis. However, the implementation of this reform encountered some challenges due to the lack of a minimum set of eligibility criteria for the Administrative, Sectoral and Special Secretary positions as was in place for the remaining management positions (Directors-General, Directors and Heads of Unit). In order to address this identified shortcoming and to ensure a sufficient level of homogeneity across calls, specific measures were taken as regards eligibility requirements, thereby ensuring that the appointment process shall lead to appointments being made on pre-defined objective criteria focusing solely upon competence and getting the right person for the job. Therefore, during the fourth review corrective actions were taken in order to ensure that all appointments are made in a coherent and objective manner, thereby ensuring the overall integrity of this key reform. This involved a review of the eligibility condition in all 69 calls by a joint working group set up by the Ministry of Administrative Reform (MAR) and its technical assistance providers, *Expertise France*. Minimum criteria set up in accordance to the existing legal provisions and EU practices, included education levels, languages, work experience and management experience. On the basis of this review, and in order to be fully aligned with the aforementioned actions, 22 calls were agreed to be relaunched by July 2018. This will also entail that the so called ASEP grid will be updated accordingly and thereafter be applied for all 69 calls. It is therefore expected that the appointments of all 69 Administrative Secretaries posts will be finalised until December 2018. It was also agreed that an independent review (with technical assistance support) is to be carried out following completion of this round of appointments and that the authorities will proceed with actions on the basis of the review's possible recommendations, including changes to the underlying legislation. The aim is to ensure that future appointment exercises shall remain in line with the spirit as well as the letter of the agreed legal framework.

Notwithstanding the difficulties encountered in the appointment process of the Administrative Secretaries, overall good progress has been made in the appointments of Directors-General. Until mid-June 62 Directors-General have been appointed with the remaining 28 to be appointed by July 2018. Regarding Directors, the calls for the initial 223 Director positions across all Ministries were launched by mid-June, with the remaining 172 calls to be launched by July, while all the appointments are expected to be completed by

October 2018. Finally, calls for all Heads of Division will be launched in October 2018 with a view to completing the appointments by December 2018.

Other reforms to improve the efficiency of the public administration include the preparation of a Manual for Inter-Ministerial Coordination and a review of the hazardous allowance scheme. The Manual sets out the current bodies and processes in place to ensure efficient coordination, but is also complemented by an implementation plan setting out specific actions (e.g. strengthening the General Secretariat for Coordination and couple the annual Action Plan for each Ministry and the Comprehensive Government Programme with the adoption of the budget) to further improve the coordination and cooperation at the central government level. The 4th review also saw some progress as concerns initiating the review of the current hazardous allowance scheme, with an inter-ministerial committee presenting a detailed study, including a methodology on provisional quantifications regarding allowances for hazardous and dangerous work. On the basis of this study, ministerial guidance has been provided to the Committee, in agreement with the institutions. This is expected to lead to a revised system to be finalised by early 2019, which will also take into consideration practices currently applied in other EU Member States, and could in the medium- to long-term result in some cost-savings.

Codification of Greek legislation is a major project which is expected to last several years. The authorities have already started working on the legal codification of the labour law. A National Gateway for Codification is expected to be completed by mid-2022.

6.3 ANTI-CORRUPTION

The authorities have revised the Strategic plan against corruption. This is the third version of the plan published in 2013 and already revised in 2015. The actions implemented under the former plan remain visible on the website of the General Secretariat against corruption. The actions from the former plan which were not yet completed are introduced in the new plan, along with a series of new actions including a large number aiming at fully implementing past actions. As concerns Greece's international binding commitments (OECD convention, GRECO), the plan includes the commitment to take all necessary steps to close the gaps and fulfil binding recommendations from international institutions and organisations by end of 2020. Finally, the input of technical support in the plan has been considered and, for instance, the authorities commit to publish all of the OECD technical support deliverables upon the conclusion of the project by end of 2018. The authorities have also completed the legal framework necessary for controlling the financing of political parties by publishing the required secondary legislation.

6.4 INDEPENDENT AGENCIES

The process for reviewing and subsequently strengthening the legislative framework for independent agencies has progressed. However the exercise has proven to be more complex than expected and adjustments have been made to some implementation deadlines. The authorities have submitted draft horizontal legislation, accompanied by an explanatory memorandum; in consideration of the large number of entities involved and the complexity of issues to be assessed in cooperation with the European Commission for compatibility with EU legislation and best practices, the draft will be revised internally by the relevant Commission services and further revised and elaborated upon by the authorities to address comments and to set forth proposals for reorganizing the field, including, where appropriate, merging eligible entities and abolishing redundant ones, reassigning functions to relevant services of the central administration and abolishing redundant entities. In light of the above, the principles of future legislation on the Hellenic Competition Commission and the Regulatory Authority for Energy will be laid down upon finalization of the horizontal legislation. Finally, the authorities have submitted a report setting forth the principles of future legislation on the Regulatory Authority for Passenger Transport (RAEM).

ANNEX: Debt sustainability analysis and programme financing

1. DEBT SUSTAINABILITY ANALYSIS

Greece's debt-to-GDP decreased from 180.8 % in 2016 to 178.6 % in 2017 and it is expected to decrease further from 2019. The DSA projections assume that Greece will continue its arrears clearance programme in 2018 such that it would have cleared all remaining arrears by the end of 2018. The projections build on the final disbursement of EUR 15 billion; thereby, the total programme disbursement amounts EUR 61.9 billion, which is EUR 24.1 billion lower than the original envelope of the programme. The DSA also incorporates all the short-term relief debt measures outlined in the Eurogroup statement of May 2016, and implemented by the ESM. The assumptions in the DSA baseline scenario regarding the other main input parameters are the following:

- Short-term real GDP growth has been updated, and assumed to be in line with the Commission's 2018 spring forecast. Long-term real GDP growth is projected to level off to 1% after 2022, when the output gap has closed also reflecting the effects of population ageing. Inflation is projected to gradually converge from 0.9% in 2018 to about 2% in 2023 and to maintain this level thereafter. As a result, nominal growth is projected to level off at about 3% over the long run.
- Total privatisation revenues from bank and non-bank assets are estimated at about EUR 14 billion between 2018 and 2060, of which EUR 11.5 billion from the privatisation of non-bank assets. These projections for privatisation proceeds are based on already agreed sales and concessions. No further bank recapitalisation is foreseen at this stage and it is assumed that more than three-quarters of the funds used for bank recapitalisation in 2015 can be recovered from the privatisation of bank assets (EUR 4.5 billion), of which EUR 2 billion have been already repaid in February 2017.
- In terms of the primary balance path, the analysis assumes that Greece reaches the programme targets of a primary surplus of 3.5% of GDP in 2018. Afterwards, Greece is expected to maintain the 3.5% of GDP primary surplus until 2022, after which the primary surplus starts to decrease 0.5 pps. per year levelling off at 2.2% of GDP as of 2025.
- Market rates modelled as the expected risk-free rate plus a risk premium, are expected to reach 4.1% in 2019, to gradually increase to 5.4% by 2030 in line with the projected increase in the risk free rate, and to reach 5.1% in 2060. The average market re-financing rate after the end of the programme stands at 5.1%.
- It is assumed that Greece will gradually use part of the available cash reserves to partially cover its debt servicing obligations, drawing its cash balance down to EUR 12 billion by 2022.

Based on these assumptions Greece's debt-to-GDP ratio is expected to reach 188.6% in 2018, 169.9% in 2020, 136.6% in 2030 and 127% in 2060. The gross financing need (GFN) is forecast at 21.8% of GDP in 2018, before strongly decreasing to 9.6 % in 2020. The GFN-to-GDP rate is projected to increase from the 2020s onwards, reaching 28.1% in 2060. This is above the thresholds levels which the Eurogroup, in its statement of May 2016, considered to be sustainable. Given the high debt-to-GDP and GFN-to-GDP levels, concerns remain regarding Greece's debt sustainability under this scenario.

A more conservative scenario was also simulated to reflect a more unfavourable economic environment. In this scenario, nominal GDP growth is reduced by 0.2 p.p. per year on average compared to the baseline scenario between 2023 and 2060, reaching a long-run level of 2.8%. The primary surplus is assumed to follow the baseline scenario path until 2022 and then immediately decrease to 1.5% as of 2023. The rest of the assumptions are unchanged. In this adverse scenario:

- The debt dynamics become explosive from the 2032 onwards and debt reaches around 235% of GDP in 2060.
- The picture is similar for GFN-to-GDP: it exceeds 20% from 2033 onwards and exceeds 50% by 2060.

The high debt and gross financing needs ratios resulting from the DSA analysis points to serious concerns regarding the sustainability of Greek public debt. These concerns should be addressed inter alia through the continued implementation of the far-reaching reform programme initiated during the ESM programme, a process which requires strong ownership on the part of the Greek authorities. It will also require the implementation of the additional debt-mitigating measures agreed by the Eurogroup on 22 June 2018, building upon the conditions and commitments set down in the Eurogroup statements of 25 May 2016 and 15 June 2017.

In detail, the Eurogroup agreed to implement the following debt relief measures:

- The abolition of the step-up interest rate margin related to the debt buy-back tranche of the 2nd Greek programme from 2018 onwards.
- The use of 2014 SMP profits from the ESM segregated account and the restoration of the transfer of ANFA and SMP income equivalent amounts to Greece (as of budget year 2017).
- A further deferral of EFSF interest and amortization by 10 years and an extension of the maximum weighted average maturity (WAM) by 10 years, respecting the programme authorized amount.

These measures are sufficient to restore sustainability under the baseline scenario as gross financing needs would remain below 15% of GDP over the medium term and would comply with the 20% threshold in the long run. At the same time, the debt-to-GDP ratio would remain on a downward path dropping to below 100% of GDP by 2060.

Debt sustainability, and thus the need for additional debt measures, should be assessed in a manner that caters for a number of downside risks. There is uncertainty surrounding the capacity of the Greek government to sustain high primary surpluses over several decades. In addition, there are significant downside risks to growth linked to ageing populations and trends in total factor productivity. All these factors are captured in the adverse scenario summarised above. Under this adverse scenario, the medium-term measures agreed by the Eurogroup would make a positive contribution to debt sustainability for some time but would only ensure GFN ratios remain below the agreed thresholds until 2036.

The Eurogroup will review at the end of the EFSF grace period in 2032, whether additional debt measures are needed to ensure the respect of the agreed GFN targets, provided that the EU fiscal framework is respected, and will take appropriate action, if needed. The Eurogroup will take into account a positive assessment in the post programme surveillance, particularly in the fiscal area and economic reform policies.

In this context for the long term, the Eurogroup also recalled the May 2016 agreement on a contingency mechanism on debt which could be activated in the case of an unexpectedly more adverse scenario. If activated by the Eurogroup, it could entail measures such as a further re-profiling and capping and deferral of interest payments of the EFSF to the extent needed to meet the GFN benchmarks defined above.

Table 4. Greece: main DSA results

		2018	2019	2020	2030	2040	2050	2060
Debt-to-GDP	Baseline	188.6	178.3	169.9	136.6	127.8	124.9	127.0
	Adverse	188.4	179.7	172.6	149.8	158.9	186.6	234.8
GFN-to-GDP	Baseline	21.8	11.6	9.6	15.4	21.0	25.6	28.1
	Adverse	21.8	11.7	9.8	18.1	28.2	40.2	53.3

Source: European Commission

Table 5. Greece: underlying assumptions

Assumptions		2018	2019	2020	2030	2040	2050	2060	Average (2019-2060)	Average (2023-2060)
		Primary surplus (% of GDP)	Baseline	3.5	3.5	3.5	2.2	2.2	2.2	2.2
	Adverse	3.5	3.5	3.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.7	1.5
Nominal growth (%)	Baseline	2.8	3.6	3.9	3.0	3.0	3.0	3.0	3.1	3.0
	Adverse	2.9	2.8	3.2	2.8	2.8	2.8	2.8	2.9	2.9
Re-financing rates (%)	Baseline	3.2	4.1	4.3	5.4	5.1	5.0	5.1	5.1	5.2
	Adverse	3.2	4.1	4.4	5.7	6.0	6.0	6.0	5.7	5.9

Source: European Commission

Table 6. Debt and gross financing needs (% of GDP) under the baseline before and after medium-term measures

		2018	2019	2020	2030	2040	2050	2060
Debt-to-GDP	Before measures	188.6	178.3	169.9	136.6	127.8	124.9	127.0
	After measures	188.6	177.5	168.9	131.4	116.9	106.6	96.8
GFN-to-GDP	Before measures	21.8	11.6	9.6	15.4	21.0	25.6	28.1
	After measures	21.8	10.8	9.4	11.1	16.2	18.4	19.8

2. Programme financing

The ESM programme with an envelope up to EUR 86 billion was agreed with the Greek authorities in August 2015. A total of EUR 46.9 billion have been released up to the third review, split in many disbursements from August 2015 until June 2018 (see Table 7). Of the total disbursed amount, EUR 30.8 billion covered debt servicing needs, EUR 8.8 billion covered other fiscal needs (including EUR 7.0 billion for arrears clearance and EUR 0.5 billion for structural funds needs) and EUR 5.4 billion covered bank recapitalisation needs, of which EUR 2 billion have already been repaid to the ESM. Overall, EUR 39.1 billion out of the EUR 86 billion available under the ESM programme envelope have not yet been disbursed.

Table 7. Greece disbursements under the ESM programme (August 2015 –June 2018), in EUR billion

Dates of disbursement	Amount disbursed	Purpose	Review
20/08/2015	12.0	Debt service needs	Launch of the programme
20/08/2015	1.0	Fiscal needs	Launch of the programme
24/11/2015	1.3	Debt service needs	Launch of the programme
24/11/2015	0.4	Arrears clearance	Launch of the programme
24/11/2015	0.3	Structural funds needs	Launch of the programme
01/12/2015	2.7	Bank recapitalisation	Launch of the programme
08/12/2015	2.7	Bank recapitalisation	Launch of the programme
23/12/2015	0.5	Debt service needs	Launch of the programme
23/12/2015	0.3	Fiscal needs	Launch of the programme
23/12/2015	0.2	Structural funds needs	Launch of the programme
21/06/2016	5.7	Debt service needs	1 st review
21/06/2016	1.8	Arrears clearance	1 st review
26/10/2016	1.1	Debt service needs	1 st review
26/10/2016	1.7	Arrears clearance	1 st review
10/07/2017	6.9	Debt service needs	2 nd review
10/07/2017	0.8	Arrears clearance	2 nd review
30/10/2017	0.8	Arrears clearance	2 nd review
28/03/2018	3.3	Debt service needs	3 rd review
28/03/2018	1.9	Cash buffer	3 rd review
28/03/2018	0.5	Arrears clearance	3 rd review
15/06/2018	1.0	Arrears clearance	3 rd review
Total Aug-15 to June 18	46.9		

Satisfactory performance on net arrears clearance unlocked the final EUR 1 billion from the ESM programme envelope dedicated to arrears clearance. This disbursement was linked to the third review and was released on 15th June 2018 on the basis of a positive assessment on the progress in net arrears clearance and e-auctions by the European institutions. Overall, ESM has disbursed EUR 7 billion for arrears clearance, as envisaged in the beginning of the programme. Until early June 2018, the total stock of net arrears has been reduced to below EUR 3 billion from EUR 9.7 billion in end-June 2016. The authorities need to continue with arrears clearance with a view to eliminate all arrears.

Greece's debt service needs amount to EUR 3.9 billion for six months, EUR 15.6 billion for 12 months and EUR 19.2 billion for 16 months after the programme ends. Financing needs – which include the latest state primary balance projections of the European institutions – amount to EUR 2 billion in the first six months, gradually increase to EUR 14.3 billion for 12 months and reach EUR 17.6 billion for 16 months after the programme ends (Table 8).

Table 8. Greece post-programme needs, cumulative starting from September 2018 (in billion EUR)

	4 months (Dec-18)	6 months (Feb-19)	10 months (Jun-19)	12 months (Aug-19)	16 months (Dec-19)	24 months (Aug-20)	28 months (Dec-20)
Debt service	1.6	3.9	9.3	15.6	19.2	27.7	29.7
Financing needs	0.9	2.0	8.9	14.3	17.6	25.4	27.1

Note: Financing needs include the projected state cash primary balance. No liability management exercise is assumed.

With a view to further contribute to market confidence as Greece exits the programme, the ESM governing bodies are expected to approve the disbursement of the fifth and last tranche of the ESM programme amounting to EUR 15 billion. This would lead to an end-programme cash balance of EUR 24.1 billion⁸, which is considered appropriate and would facilitate Greece's market access after the end of the programme. This cash buffer would cover the financing needs for around 22 months following the end of the programme in August 2018. This cash balance includes domestic proceeds from previous market issuances totalling EUR 4.4 billion⁹ and other domestic resources of almost an equal amount. No future market issuances are taken into account.

Of the final tranche, EUR 5.5 billion are expected to be disbursed in the segregated account to cover for the debt service needs until the end of the year and the remaining EUR 9.5 billion are expected to be disbursed in the cash buffer account. The latter amount would be governed by safeguards concerning the use of it. The disbursement of the fifth tranche would leave an unused buffer from the ESM financing envelope of EUR 24.1 billion at the end of the programme. The unused amount derives mainly from the substantially lower public bank recapitalisation needs compared to what was originally foreseen¹⁰ and from higher domestic proceeds from the cash management of the General government resources through increased repo operations.

Table 9. Greece overview of financing needs during the programme period (billion EUR)

	2015	2016	2017	2018				Aug 15 -
	Aug-Dec	Jan-Dec	Jan-Dec	Jan-May	Jun	Jul	Aug	Aug 18
A. Financing needs	22.7	11.7	21.0	2.7	3.4	2.6	1.6	65.7
State cash primary balance ('-'= surplus)	2.4	-3.9	0.3	-0.6	1.2	-1.5	-0.1	-2.2
Debt service	14.5	12.5	17.7	2.7	1.2	3.1	0.7	52.5
Amortisation and maturing debt	13.4	7.5	12.1	0.6	0.8	2.4	0.0	36.8
Interest payments	1.1	5.0	5.6	2.0	0.4	0.7	0.7	15.7
Arrears clearance (Total)	0.4	3.1	3.0	0.6	1.0	1.0	1.0	10.0
B. Financing sources	22.7	11.7	21.0	2.7	3.4	2.6	1.6	65.7
State deposit financing	-1.6	-1.0	3.7	-14.4	2.1	-12.4	1.6	-22.0
Privatisation revenues	0.0	0.5	3.4	0.4	0.3	0.0	0.0	4.6
ANFA/SMP profits	0.0	0.4	0.3	0.3	0.0	0.0	0.0	1.0
Use of subsector deposits through repo operations	0.3	1.4	3.6	8.6	0.0	0.0	0.0	13.8
Bond issuances	0.0	0.0	1.4	3.0	0.0	0.0	0.0	4.3
Programme financing	21.4	10.3	8.5	5.7	1.0	15.0	0.0	61.9
Total State Deposit Stock (end-of-month)	2.2	3.2	0.9	15.3	13.2	25.6	24.1	24.1

⁸ The end-programme cash balance includes all state deposits and not only those in the cash buffer account.

⁹ Greece raised EUR 1.4 bn through the issuance of a 5-year bond in July 2017 and EUR 3 bn through a 7-year bond in February 2018.

¹⁰ Only EUR 5.4 bn were used for bank recapitalisation out of an estimated total of EUR 25 bn, of which EUR 2 bn have been already repaid.



EUROPEAN COMMISSION
DIRECTORATE GENERAL
ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS

Implementation of Prior Actions – state of play as of 20 June 2018

	SMoU action	Status	State of play
	I. Delivering sustainable public finances		
	2.1 Fiscal policy		
1	MTFS 2018-2022. Adopt the MTFS 2019-2022.	Done	A final draft was assessed and agreed with the institutions, and adopted as part of the Omnibus Bill.
2	Post-programme package. The authorities will bring forward the implementation of the personal income tax measures to 2019 if the IMF, in cooperation with the European Institutions and the Greek authorities consider that a frontloaded implementation is needed in order to reach the agreed 3.5% primary surplus fiscal target in 2019 without growth-detrimental measures, and if needed will adopt legislation, in agreement with the institutions, to ensure the exact achievement of the fiscal target, in a manner that is positive for growth. In addition and based on an assessment and agreement by all institutions and in consultation with the Greek authorities, following a transparent process, the authorities will adopt the necessary secondary legislation for the implementation of the expansionary package starting in 2019.	Done	Frontloading of the implementation of the personal income tax is not needed and secondary legislation determining the size of the expansionary package is to be agreed before the measures are implemented. Timeline for the preparation of the relevant JMDs was submitted, including a brief description of the JMDs.
	2.2 Tax policy reforms		
3	Tax codes. (a) Review preferential tax treatments for the shipping industry in the light of the indications of the European Commission; (b) undertake a technical review of the ITC provisions after its 3-year application, identifying problems and loopholes and proposing	Done	The authorities have taken following actions to fulfil the prior action: (a) Report of review received from authorities on 19 June 2018. (b) Law 4549/2018 of 13 June 2018, article 115 (c) Law 4549/2018 of 14 June 2018, articles 116-7 (d) Law 4549/2018 of 14 June 2018, article 111 (VAT Code)

	SMoU action	Status	State of play
	amendments with the objective of clarifying and ameliorating its application and eliminating conflicting provisions, (c) reform the business tax incentives for employment, environmental protection, and the production of audio-visual work in agreement with the institutions; (d) codify and simplify the VAT legislation, aligning it with the TPC and eliminating outstanding loopholes and (e) review the TPC interest regime and (f) the authorities have amended the Code of Public Revenue Collection to provide for the extension of the e-auctions mechanism to auctions conducted by the revenue authorities under the Code of Public Revenue Collection under its provisions.		and 112 (TPC Articles 10 and 11); (e) Report on Interest Rate Regime of 15 June; (f) IAPR circular issued on changes in KEDE and Code of Civil Procedure: POL 1011/2018 of 18 January 2018.
4	Tax policies. Review KEDE. In parallel with the review by the Ministry of Justice, the IAPR will review the effectiveness of the application of the KEDE for auctions and e-auctions; and, if needed, adopt legal or procedural amendments.	Done	IAPR Reports have been prepared on e-auctions activities for April and May. IAPR circular on Application of new CCP Rules has been adopted: POL 1115/2018 of 18 June 2018.
5	ENFIA. (i) The authorities with the aid of technical support will align property tax assessment zonal values with market prices, through legislation if needed and will issue legislation for a permanent unit dedicated to property revaluation; (ii) the authorities will legislate to adjust tax rates and broaden the property tax base if necessary in a revenue neutral way in order to issue ENFIA bills by August 2018.	Done	The authorities have taken following actions to fulfil the prior action: (i) Law 4549/2018 of 13 June 2018, article 126 for the new ENFIA tax rates and thresholds, (ii) a distributional analysis of the proposal, the 2-year convergence plan of objective values to market prices, (iii) Law 4549/2018 of 13 June 2018, article 127-29 for new unit (iv) Report on a IT system and role of GSIS, 15 June 2018 (v) Report on Two year strategy for valuation received on 17 June.
6	VAT. The authorities will ensure that the VAT discount on the remaining islands is eliminated by end-June 2018	Done	As per Art. 74 of Law 4509/2017, which extended the VAT discount for the 5 islands in December 2017, the discount is set to expire on 30 June 2018. The MTFSS has confirmed the elimination of the discount.
	2.3 Public revenue reforms		
7	IAPR. The authorities will proceed with the hiring plan for 2017 – 2018, as agreed with the one-off injection of resources through the Supreme Council for Civil Personnel Selection (ASEP).	Done	The authorities produced a hiring plan for IAPR for the period 2018-2019 which includes details about the various expected inflows and outflows. The expected result would bring the IAPR staffing level to 13322 staff at end 2019 (which is the target). Among the inflows are included 560 hiring through the proper competitive procedure in 2018, and 998 in 2019. ASEP produced timelines for its recruitments. These hiring are launched by cabinet acts (ΔΠΑΑΑ/Φ.ΕΓΚΡ. /21/791 - 20.3.18; ΔΠΑΑΑ/Φ.ΕΓΚΡ. /36/18674π.ε. - 4.4.2017; ΔΠΑΑΑ/Φ.ΕΓΚΡ. /36/18674π.ε. - 4.4.2017 ΔΠΑΑΑ/Φ.ΕΓΚΡ. /42/37999 - 5.3.2018; ΔΠΑΑΑ/Φ.ΕΓΚΡ. / 168 /17034 -

	SMoU action	Status	State of play
			11.6.2018, and ΔΠΙΑΑΔ/Φ.ΕΓΚΡ. 33/2006 18.06.2018 Authorities sent to the institutions on 15 June 2018 an agreed template with data on the prosecutor cases sent out of IAPR to the prosecutor's office. The 7133 cases considered as low value have been sent back to the prosecutor for further evaluation. (As agreed IAPR has kept for full investigation 1271 cases considered as high value cases).
8	Improving fight against tax evasion. Cooperation Justice – IAPR. The previously received pending orders not in their final stage of audit will be transferred back to the prosecutors.	Done	Decision to appoint the evaluation committee for the bids: Ref. No: A.T.A. A 1005271 EE 2018/12.1.2018
9	Improving public revenue collection and debt management. The procurement of the software allowing for further automation of the debt collection, embracing notably fully automatized garnishment procedure, with a key procedural step as specified in the TMU.	Done	The process to create supply chain responsibility for tobacco manufacturer is taken through three legal instruments: - a Ministerial Decision on due diligence measures (Official Gazette no 1813/21-5-2018). - article 116 of the law L. 4537/2018, amending the Article 3 of law 4410/2016, which has added an article 100C to the Customs National Code. - article 110 of the Law L4549/2018 "omnibus bill" making compulsory the payments of penalties by modification of the art. 119B of the Customs National Code (in law 2960/2001).
10	Fight smuggling and improve customs efficiency. The authorities will pass, if necessary, legislation to reinforce domestic tobacco manufacturers' responsibility of their distributors by supply chain.	Done	The prior action encompasses two types of former social security contributions debt to be transferred to the single centre for social security contributions debt collection KEAO: - Debt included in paper files still stored in the old social security funds: Authorities produced on 27 February 2018 the decision nominating the committee needed to sort out the paper files in the former funds and to estimate how long for this debt to be sent to KEAO. The report from the committee was sent to the institutions on 20 April 2018. - Debt in instalments still present in the former funds and monitored by KEAO: Authorities sent to institutions on 15 June 2018 a report from KEAO mentioning that 557 Million have been transferred to KEAO (and 43 million of instalment debt were relative to drop out from instalments). Authorities completed the report on 18 June 2018 by producing data showing a relevant increase of the stock of debt in KEAO up to 33.7 billion euros of debt (with surcharges) in KEAO, completed the report on 18 June 2018 by producing data showing a relevant increase of the stock of debt in KEAO.
11	EFKA. Single SSC debt database. (In order to ensure full completion of the registration of all social security contributions debts in the single social-security-contribution debt database managed by KEAO, the authorities will set up a dedicated team, by December 2017, to start clearing the paper cases and introduce the relevant information into KEAO database). (i) The team will produce a report about the cases that have been dealt with and, based on the number of the remaining cases to be checked, will propose a timeplan for completion of the integration into KEAO debt database; (ii) all social security contributors debt in all instalments will be entirely transferred to KEAO.	Done	

	SMoU action	Status	State of play
	2.4 Public Financial Management and Public Procurement		
	2.4.1 Public Financial Management		
12	<p>Chart of Accounts - Financial Management Information System. Finalise the design of the integration of the Financial Management Information System (FMIS) and the new Chart of Accounts so as to ensure the full use of the FMIS to support the implementation of the new Chart of Accounts in the 2019 State budget.</p>	Done	<ul style="list-style-type: none"> - IT contractor officially accepted to incorporate the new specifications of the Chart of Accounts (administrative and economic classifications) into the FMIS system within the timeline required for the preparation and execution of the State Budget 2019. - This ensures that the new CoA will be adopted in the budget preparation already this year and its execution in 2019. - The PD on the new CoA is published: PD 54/2018. The PD incorporates the necessary amendments after the first testing phase.
13	<p>Arrears audit. Measures to tackle structural problems. Based on the recommendations of the final report presented to the authorities and the institutions, the authorities will take corrective actions to address structural shortcomings leading to the accumulation of new arrears.</p>	Done	<ul style="list-style-type: none"> - GAO coordinated with the entities audited by the Hellenic Court of Audit (HCA) and the relevant ministries a draft action plan for the implementation of recommendations of systemic nature made by HCA. The draft was shared with the institutions on 15 June 2018. - Along the same lines, IAPR developed its own draft action plan based on the HCA recommendations and shared it with the institutions on 15 June 2018. - Following the HCA recommendations under GAO's responsibility, GAO issued two circulars in order to ameliorate: i) the Commitment Registry (Ref # 2/47972/0026) and ii) the monthly reporting arrears' accumulation (Ref # 2/47972/0026).
	2.4.2 Public Procurement		

	SMoU action	Status	State of play
14	Remedies Review Body. The authorities will appoint the remaining members of the Body and complete the selection procedure and appoint its scientific and administrative personnel.	Done	(a) Appointment of remaining members: The appointment of the remaining members of the Remedies Review Body has been completed. FEK number has been sent to the institutions. (b) Scientific personnel: List of selected candidates sent. (c) Administrative personnel; EL authorities sent the requested documentation to show that the selection process is mature and that all necessary posts have been covered with temporary contracts).
	2.5 Sustainable Social Welfare		
	2.5.1 Sustainable Social Welfare: Pensions		
15	Recalibrate pension benefits. The cross-check between digital records and paper documents will be completed.	Done	The authorities have completed the cross-check between digital records and paper documents. The treatment of international pensions (some 55.000 cases) is going to be resolved by mid- September 2018.
16	Recalculate and process pension applications. The authorities will calculate and process all main pension applications of 2016 and 30% of main pensions applications submitted in 2017 and at least 13.800 of supplementary pension applications submitted from 1.1.2015 and 31.12.2016.	Done	A letter from the Vice Governor of EFKA received on 11 June 2018 confirming that 66% of main pension applications submitted in 2017 have been processed, well above the 30% target. A letter from the Vice Governor of EFKA received on 25 June 2018 confirming that all pension applications submitted in 2016 that were technically and legally feasible have been processed. A letter from the Deputy Governor of ETEAEP confirming the target of 13.800 processed supplementary pension applications has been reached was received on 17 May 2018.
17	EKAS, The Ministerial Decision setting all the details for the awarding of EKAS in 2019 will be adopted.	Done	The MD was issued 15 June 2018 (FEK B 2227/2018).
18	EFKA. Full merge. (i) The full merge of all insured persons and related data into the single pension fund EFKA including transfers of relevant staff from GAO and any legal or administrative step required for the actual transfer of databases, software and IT infrastructure, will be fully completed; (ii) On 2 May 2018, Eurostat has published its official opinion on the classification of the journalists pension fund (EDOEAP) within the general government periphery. In light of this opinion, the authorities, within one month following the publication, will adopt the necessary measures in consultation with the institutions and in compliance with the supreme court ruling (5/2002), including measures to ensure the full alignment to ETEAEP rules as defined in Articles 96	Done	i) A letter from the Vice Governor of EFKA confirming the full merge was received on 17 May 2018. ii) As part of the omnibus bill the pension rules of the journalists fund (EDOEAP) were fully aligned to the rules of the unified supplementary pension fund (ETEAEAP), which also ensures that no public funding of EDOEAP's deficit can occur. Additional revenues can only fund health care services offered by EDOEAP.

	SMoU action	Status	State of play
	and 97 of law 4387/2016 and any other measure necessary to guarantee that no public funding of EDOEAP's deficit can occur. Additional revenues (if any) can only fund health care services offered by EDOEAP.		
19	EFKA. Portfolio. EFKA will take concrete steps for the diversification of its investment portfolio in line with best practices, to ensure that it holds no controlling stakes in any private company.	Done	EFKA transferred shares to TMEDE via Ministerial Decision on 15 June (without informing the institutions before or after the event). As a result EFKA's stake decreased to 46.2% according to the BoG (to be confirmed). The second phase of the capital raising exercise for Attica ongoing which may, if successful, lead to further dilution of EFKA. Law in place to shift EFKA's voting rights above 33% to HFSF. The authorities have provided a written commitment that EFKA and HFSF will enter into a special agreement no later than by end-July to make the transfer of voting rights to the HFSF operational and effective, while protecting the independence of the HFSF.
	2.5.2 Sustainable Social Welfare: Health care		
20	Rationalisation of health-care expenditure. In order to address the remaining part of the recent overspending on "other items" in the EOPYY budget for "Other Illness Benefits" (125 million in 2017) EOPYY will extend the clawback to include optometrist services and special education services.	Done	Secondary legislation issued (FEK B 2284).
21	Rationalisation of health-care expenditure. The authorities will implement the 14 measures included in the EOPYY Action Plan to reduce the amount of excess spending.	Done	The authorities implemented all the measures in the mutually agreed EOPYY action plan. We have received all the deliverables for the measures (these consist of several board decisions, as well as elements included in the Omnibus Bill. For measure 11, which needed secondary legislation, the FEK number is B' 2315.
22	Rationalisation of health-care expenditure. At least new additional 20 of the therapeutic protocols for patient care pathways (primary and secondary care) will be introduced in the e-prescription system compared to their December 2017 number.	Done	HDIKA has introduced 20 additional protocols that are operational in the e-prescription system.
23	Rationalisation of health-care expenditure. (a) the complete matching of all Social Security Number (AMKA) holders with the available family doctors will be finalised by May 2018 and (b) the compulsory patient registration system with a family doctor, who will act as a gatekeeper, will be in place and fully operational by end of May 2018, with gatekeeping to be gradually implemented over 2018.	Done	All materials received (AMKA GP matching, publication of information on MoH and EOPYY websites, communication strategy and materials, list of registered patients, evidence of launched calls). Agreement on revised MD on referrals. ADA number 9161465ΦΥΟ-ΦΧΟ.
24	Execution of clawbacks. As a prior action, (i) EOPYY will finalise the legal procedure for the offsetting of the residual outstanding clawback	Done	Institutions have received official documentation of the uncollectable amounts and of outstanding clawback with an official statement by EOPYY. Detailed

	SMoU action	Status	State of play
	(2013-2015) for all outstanding amounts except those for which it is not legally/technically possible to perform the offset; (ii) any outstanding uncollected clawback amount related to 2016 will be offset and collected for health care providers and (iii) the authorities will extend the clawback ceilings for diagnostics, private clinics, pharmaceuticals to the next four years up to 2022; (iv) the clawbacks of 2017 (and for 2016, for pharmaceutical companies) will be collected/offset according to the timetable specified in the TMU (Section P).		figures have been provided for clawbacks of 2016 and 2017 and so have the legislative pieces to speed up their collection (Omnibus Bill, FEK number B'2214 for pharmaceutical instalments and FEK B' 4313/11.12.2017 for other private providers). The clawbacks have been extended to 2022 with the Omnibus Bill, with an MD to set the 2019 ceilings envisaged in the legislation.
25	Centralised procurement. In May 2018 present the plan to increase the proportion of centralised procurement further in 2019; the appointment procedures under the rules set by Law 4369/2016 must be started as a prior action.	Done	Institutions received operational plan and strategic plan, launch of the call for the expression of interest (which needed to wait to refer to the FEK of the omnibus), staffing of the selection committee with MD (FEK B 4125 as amended by FEK B773), official board document adopting operational and strategic plans).
26	Reducing pharmaceuticals spending. Publish a revised price bulletin in May 2018.	Done	Institutions received the spreadsheet of the repricing and received the link from the website of the MoH with the relevant MD Απθµ. Πρωτ: Δ3(α)/44071, σγστ: 43818)
27	Reducing pharmaceuticals spending. The authorities will adopt further measures to improve cost-effectiveness of pharmaceutical spending with a view to reaching the 40% generics penetration target.	Done	MD on generics stocks agreed and FEK available (FEK B 2285) Legislation on equalisation finalised. FEK number B 2308. Definition of rebate included in the Omnibus, quantification of impact provided.
	2.5.3 Sustainable Social Welfare: Social safety nets		
28	SSI. Activation pillar. The requirement will be introduced for all individuals in SSI-beneficiary households who are able to work and are not employed nor in education or training, to register as jobseekers at OAED.	Done	Authorities submitted revised draft JMD. Assessed as compliant. JMD published on 15 June 2018.
29	Social Welfare Review. Disability benefits. With the view to apply a new disability assessment to all contributory disability and welfare benefits (including under Law 4387/2016) by end-2018, on the basis of the results from the on-going pilot programme, adopt legislation to extend gradually to the entire country the new business processes for disability welfare benefits and to expand the pilot testing of the new functional disability assessment;	Done	The draft legislation for the national roll-out of the new administrative procedures and the expansion of the pilot has been received and assessed positively. Provision voted on 14 June 2018 (Omnibus bill, Art. 17 and 18).
30	Social Welfare Review. Transport benefits. Commence the implementation of the reform of the system of transport subsidies,	Done	Authorities submitted a draft JMD and a roadmap for the conclusion of the contracts between OASA and the Ministry of Labour (adoption by

	SMoU action	Status	State of play
	following the introduction of the electronic ticket reform by transportation companies, starting from the city of Athens.		KYSOIP/KYSKOIP). Assessed as compliant.
31	Social Welfare Review. Housing benefits. Adopt new legislation to specify the design of a means-tested housing benefit, developed with advice from the World Bank, to be fully rolled out as part of the growth-enhancing measures.	Done	Authorities submitted draft JMD specifying the design of the new benefit. Assessed as compliant. JMD published on 15 June 2018.
	III. Safeguarding financial stability		
	3.1 Enable an active NPL secondary market		
32	NPL secondary market. The authorities will continue to take any necessary actions to enhance the functioning of a dynamic NPLs' secondary market.	Done	Building on the discussion paper regarding remaining impediments to the Greek NPL market prepared by the authorities and following consultations with the institutions, the authorities have adopted legal amendments through the provision included in the omnibus law 4549/2018 (OJ A 105, article 69).
	3.2 Debt restructuring and insolvency procedures		
33	OCW. Impediments identified in the OCW assessment will be addressed, including through necessary legal amendments.	Done	The authorities have prepared a concept paper and a draft proposal on legal provisions amending the OCW law (primary and secondary legislation). Amendments were adopted, following consultation with the institutions, through the omnibus law (articles 45-55 of law 4549/2018). A ministerial decision (MD) allowing the state creditors (IAPR and KEAO) to propose debt settlement solutions similar to those they accept or counter-propose in the context of the OCW to debtors not in scope of the OCW has been published (FEK B 2319, 19.06.2018)
34	Insolvency legislation. Household insolvency. The authorities will amend the household insolvency law and take additional actions to address the identified shortcomings as specified in the Technical Memorandum of Understanding.	Done	The authorities have prepared a concept paper and draft legal provisions amending the Household Insolvency law. Amendments were adopted, following consultation with the institutions, through provisions included in the omnibus law 4549/2018 (OJ A 105, articles 56-68). In addition, the authorities submitted on 15 June the action plan for enhancing the processing of household insolvency cases which has been agreed .
	3.3 Governance of the HFSF and banks		
35	Shareholdings. The authorities will take all necessary actions to ensure that any future ordinary shareholdings of the central administration (State) in credit institutions will be transferred <i>ipso jure</i> to the HFSF.	Done	Draft legal amendments of the DTC law and HFSF law agreed with the institutions and adopted as part of the omnibus bill.
36	HFSF. The mandate of the HFSF shall be extended until end-2022.	Done	Draft legal amendments agreed and adopted as part of the omnibus bill.

	SMoU action	Status	State of play
	IV. Structural policies to enhance competitiveness and growth		
	4.1 Labour market and human capital		
37	Review of labour market institutions. Representativeness mechanism. With a view to promote and monitor the representativeness of sectoral collective agreements, the government, after consultation with the social partners and in agreement with the institutions, will issue a circular specifying the administrative procedure to assess representativeness at sectoral level.	Done	Authorities adopted the circular establishing the administrative procedures to measure representativeness. Assessed as compliant.
38	Review of labour market institutions. Arbitration in collective bargaining. the authorities, taking account of the independent legal report and the outcome of the consultations with the social partners, will adopt legislation to : (a) reintroduce the discretion of the mediator to submit a proposal to allow parties to resume bilateral negotiations; (b) allow the unilateral recourse to arbitration only for the party that has accepted a mediation proposal while the other refused it, or in case that the other party had refused to enter in the mediation procedure; (c) extend the duration of the term of the OMED Board members; and (d) review the list of criteria to be taken into account in the arbitration decision to add the purchasing power of wages.	Done	Authorities submitted draft legislation, assessed as compliant. Provision voted on 14 June 2018 (Omnibus bill, Art. 15 and 16).
39	Undeclared work. Information exchange. Complete the automatic exchange of information between the databases of the Ministry of Labour, the Ministry of Finance, SEPE, IAPR, OAED, IKA (EFKA) and the Greek police.	Done	Formal confirmation of the completion of the project provided by the General Secretary for Digital Policy.
40	ALMP. Introduce the new delivery model for ALMPs, starting with the launch of a pilot project as a prior action.	Done	Authorities are working on the implementation of the pilot with the assistance of the World Bank. The JMD and OAED Board decision for the launch of the calls for the set of new active labour market measures designed specifically for the pilot have been published.

	SMoU action	Status	State of play
41	Education. By March 2018, (i) adopt legislative measures on future appointments and evaluation of head teachers and senior ministry of education staff to ensure a depoliticised, transparent and meritocratic process including the involvement of ASEP in relevant committees and upgrade their role within the school units and specifying their career prospects (ii) pass a law on upgrading the bodies responsible for evaluations and (iii) pass a law on the evaluation of senior education staff, school self-evaluation and rational use of resources.	Done	Bill adopted. Law 4547/2018 (A' 102). FEK 102 of 12/6/2018.
	4.2 Product markets and business environment		
42	Toolkit I. Building materials. On building materials, the authorities will enter into a contract with the Standardisation Body in order to start by June 2018 the harmonisation of the 372 technical specifications according to its categorisation (Project 2).	Done	The contract between the Ministry of Infrastructure and ELOT has been formally signed (execution date: date of signature).
43	Investment licencing. Follow-up phase. The authorities have agreed with the institutions to implement: (i) horizontal reforms on specific sectors; (ii) launch of the tender to renew the licensing IT system for notifications, approvals and inspections; (iii) the second phase of installation licencing.	Done	- Agreed primary and secondary legislation on Environmental industries, installation and operational licence. Articles 70 to 79 of Omnibus bill in line with agreement following three corrections adopted on 20 June. - IT system (ILIMS): ILIMS tender has been published on 12 June 2018
44	Investment licencing. A mapping of the status of investment licencing reform in the Greek economy will be completed, including sectors included in law 4442/2016 as well as the rest of the economy.	Done	Mapping received
45	Investment licencing. Following the adoption of a time-bound action plan for the promotion of effective and coordinated ex-post controls and inspections for businesses, for slaughterhouses, the training activities will be finalised and pilot inspections will be launched as prior action.	Done	- Human resources: done. - Slaughterhouses: done. - Hygiene in KYE: 8 pilot inspections were realised between April 16-18 and 19-20 in Thessaloniki and Athens respectively with the participation of Public Health inspectors and representatives from World Bank. The institutions received a progress report on 15 May 2018. - Fire safety: 4 pilot inspections were realized in April 23-27 in Nafplion and Athens with the participation of 20 officials from the Hellenic Fire Safety from 13 different regions and representatives from World Bank. The institutions received a progress report on 15 May 2018.
46	Ex-post assessments. By May 2018, the government will address (i) the pending recommendations no. 4 and 17 of the ex-post assessment on business parks through the publication of a KYSOIP decision and the	Done	Business Parks: The authorities have adopted the following legislation to address the recommendations:-Rec 4:KYSOIP: FEK-2231-14/06/2018

	SMoU action	Status	State of play
	issuance of a circular; and (ii) the recommendations of the ex-post assessments on book prices and tourism by May 2018; (iii) address the recommendations of the ex-post assessments on tourism.		<p>-Rec 17: Circular: ADA-ΩΣΧΝ465X18-ΛΦΘ</p> <p>Tourism:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Recommendations on tourist coaches; admin. procedure: agreement reached between the institutions and the EL authorities – provisions agreed and adopted in the Omnibus law; • Recommendations on recreational vessels: agreement reached - relevant provisions implementing the agreement agreed and enacted in the Omnibus law • Recommendation re the minimum duration on car rental with a driver: Agreement with the Ministry of Infrastructure. Provision adopted in the Omnibus Law - provisions of MD on car rental agreed and adopted (FEK 2311 B' 18/6/2018) <p>Book prices: The study on book prices has been completed. Provisions agreed with the EL authorities and enacted in the Omnibus law</p>
47	<p>Modernise the Company Law. The government a) has prepared a review on changes needed to bring Law 3190/1955 in line with best practices. Based on the recommendations of the review, the government will, as a prior action, amend Law 3190/1955;</p> <p>b) has prepared an assessment in cooperation with the European Commission and involving the consultation of key stakeholders. Based on the recommendations of the review, the government will, as a prior action, submit a progress report, along with draft provisions on mergers and acquisitions, with a view to adopting legislation by October 2018;</p> <p>c) has prepared a review on changes needed to bring Law 2190/1920 in line with best practices. Based on the recommendations of the review, the government will, as a prior action amend Law 2190/1920.</p> <p>Regulated professions. Private clinics. The authorities will, following agreement with the institutions, as a prior action, place under public consultation the draft law relating to the requirements and procedure for the establishment of private clinics with a view to adopting it by mid-July 2018.</p>	Done	<p>(a) Law 3190/1955: The authorities submitted the review, explanatory report and proposed amendments to law 3190/1955 on limited liability companies; the law was enacted on 31.5.2018 and was published in the OJ (law 4541/2018, OJ A 93/2018).</p> <p>(b) Mergers and acquisitions: a law-drafting committee was formed on 9 February 2018 for the assessment of provisions in force and the preparation of consolidated legislation grouping them. An interim report and accompanying document were submitted, the latter containing draft provisions on corporate transformations. on 8 June.</p> <p>(c) Sociétés Anonymes: The authorities have reviewed law 2190/1920 on sociétés anonymes and amended it as appropriate. The law was enacted on 4 June 2018 and published in the OJ (law 4548/2018, OJ A 104/13.6.2018).</p>
48		Done	Draft has been agreed with the institutions and officially put into public consultation.
49	Regulated professions. One-day clinics. The authorities will amend the	Done	(i) MD on urban planning and MDs on medical acts re ophthalmology and

	SMoU action	Status	State of play
	legal framework in agreement with the institutions in order to reduce restrictions (including on different medical specialties and on mixed operations) to the establishment and operation of one-day clinics, taking into consideration EU best practices.		plastic surgery have been adopted. (ii) MD on medical acts (4 specialties): enacted (iii) Provisions of Omnibus Law on mixed operations; EOPYY coverage; and hospital use medicines in ODCs adopted; (iv) MD on technical specifications (FEK 2283B/15.6.2018)
50	Cadastrre. By April 2018, the authorities will produce and agree with the Institutions a roadmap and timetable with key steps for a) the completion of the cadastral mapping and b) the completion and ratification of the forest maps, with a final deadline 31/06/2021 for both.	Done	Timetables, revised road map and risk matrix submitted and approved.
51	Agriculture. Ensure that the Greek Payment Authority of Common Agricultural Policy Aid Schemes (OPEKEPE) is staffed with the necessary permanent staff in specific fields (technicians, agronomists and surveyors) trained in Geographic Information System and photo-interpretation in order to perform the regular update of the Land Parcel Information System (LPIS) and assure the correct yearly execution of the LPIS Quality Assessment, including the definition of appropriate remedial action when so required	Done	Ortho-photos renewed covering 100% of the country, parcel information digitised and updated. Organigramme of OPEKEPE modified, department strengthened with 25 full time jobs. Note 37672 of 11 May 2018.
52	Structural funds. The Ministerial Decision associated with legislation setting up a registry of experts to ensure the supervision of co-financed projects will be agreed with the institutions and adopted.	Done	The authorities have issued the MD (FEK 2046) on 6 June 2018.
	4.3 Regulated Network Industries (Energy, Water, Transport)		
53	Energy. Lignite. Following the adoption of Law 4533/2018, the Hellenic Republic will fully, timely and correctly implement all the necessary steps for the effective divestment to the purchaser(s) of the Divestment Business(es) in accordance with the Commission Decision (C(2018) 2104) and the adopted law "Structural measures on access to lignite and the further opening of the wholesale electricity market and other provisions" (FEK A 75/2018, Law 4533/2018), including the necessary regulatory and corporate measures and/or resolutions, the carve-out and spin-off of the Divestment Business(es), as well as the official launch of the international open tender procedure run by PPC,	Done	- EC decision adopted by the College on 17 April 2018 (C(2018) 2104) - law adopted on 25 April 2018, "Structural measures on access to lignite and the further opening of the wholesale electricity market and other provisions" (FEK A 75/2018, Law 4533/2018). - International tender: procurement notice published on PPC's website on 30 May 2018; - PPC BoD approved (24 May 2018) corporate steps required for two spin-off businesses. GEMI (General business registry) announcement for two spin-off businesses done on 25 May 2018.

	SMoU action	Status	State of play
54	<p>that will be based on a fair valuation and will ensure the legitimate financial interests of the company and its shareholders</p> <p>Energy. NOME. (a) The authorities will, as a prior action, revise the reserve price of the auctions based on RAE's proposal, to incorporate (i) CO₂ prices as specified in law 4389/2016, as amended by law 4393/2016, and (ii) updated data for PPC production costs, in line with the methodology deriving the initial Reserve Price. (b) Following the first joint assessment with the Institutions, taking into account the lignite structural measures and the indicative plan for the introduction of the forward market under the Target Model, the authorities will amend the KYSOIP action plan and legislation related to NOME. See details in the SMoU.</p>	Done	<p>The authorities have completed all parts of this prior action:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Legal provision adopted amending Art. 135, Law 4389/2016 (FEK: A 105/2018); - Adopted update of KYSOIP NOME Action Plan signed by Ministers on 11 June 2018 (FEK: B 2266/2018); - Joint Ministerial Decision to revise the reserve price for NOME auctions for next 12 months (FEK: B 2280/2018) . <p>Note: agreed joint assessment to take place in September 2019 (i.e. following completion of divestiture) and depending on PPC's shares (capacity and retail), to agree on what measures (e.g. continuation of NOME, other structural measures).</p>
55	<p>Energy. PPC financial situation. The authorities will , finalise the electricity supply contract between the Hellenic Republic and PPC for public entities as agreed in the 3rd review and clear all arrears of public sector entities covered by this supply contract.</p>	Done	<p>Prior action contained following:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ministerial Decision issued for all electricity suppliers setting out rules/procedures for Government to pay electricity suppliers in advance in return for discounted prices (FEK B 1942/2018, 31 May 2018). 2. Ministerial Decision issued on how to pay arrears owed by the general Government to electricity suppliers (FEB B 2008/2018, 4 June 2018). 3. Legal provision adopted (following review/clearance by the institutions) to allow GAO to clear/pay arrears of public entities directly to PPC (and then claim back). (FEK A 93/2018, 31 May 2018). 4. Payments carried out by GAO on arrears due as of 30 April 2018 for public entities part of the supply contract. Total payment of c. EUR 62 million. 5. MoU between PPC-GAO: setting out how the discount will be provided and listing all public entities the supply contract will apply for. Overall discount/saving estimated at EUR 90 million. 6. Ministerial Decision confirming/approving supply contract with PPC as per arrangements agreed/set out in the MoU (FEK: B 2279/2018).

	SMoU action	Status	State of play
56	Energy. Social Residential Tariff. As a prior action the authorities will introduce a legislative amendment in the Law 4067/2012 that will ensure that no fiscal issue will arise for the years 2018, 2019 and 2020 from the review of the Social Residential Tariff for electricity that is part of the PSO account.	Done	<p>Prior action consists of two parts:</p> <ul style="list-style-type: none"> -authorities adopted two legal provisions in the Omnibus law. First provision (Article 41, FEK: A 105/2018) limits the maximum government appropriation to the PSO budget to €0 million in 2018, €59 million in 2019 and €68 million in 2020. Second provision (Article 124, FEK: A 105/2018) ensures that the PSO account will be balanced every half year through adjusting the special account levy. -Low take up by GMI beneficiaries taken up with World Bank TA on 18 June.
57	Energy. RES account. (i) The supplier surcharge will be reduced by the forecast annual surplus in the RES account for 2018 (Step 1 – amendment adopted on 25 April 2018 by the Hellenic Parliament, Article 143 of Law 4001/2011, included as Article 12 of FEK A 75/2018); (ii) the supplier surcharge will be further reduced and equal (a) by 1 January 2019, 50% of the total charge; and (b) further reduced by 1 January 2020, 30% of the total charge; and (c) will be completely phased out by end of 2020; (iii) the CO ₂ permission rights (current revenue stream of RES account) will be set at least at 65% for 2019 and 2020; (iv) any surplus of the RES account, beyond the buffer, until full removal of the supplier surcharge will be allocated to the reduction of the supplier surcharge; (v) commitment to maintain a buffer of EUR 70 million; and (vi) if a deficit arises of the RES account other revenue streams, including the ETMEAR will need to be increased accordingly. Further, the authorities commit to maintain the RES account in balance, for example through committing to notify to EC and introduce a new RES revenue scheme that will become operational in 2021 and be fully compliant with the Energy and Environmental Guidelines (EEAG).	Done	<ul style="list-style-type: none"> - Step 1 agreed and amendment adopted on 25 April 2018. Main changes: (i) reduction of PCHEFEL by 35% and effective as of 1 April 2018; (ii) introducing a buffer of EUR 70 million; and (iii) confirm that any over-performance of RES Account for 2018 will exclusively be allocated to reduce PCHEFEL further. - Step 2 agreed and draft law amendment submitted by authorities on 25 May 2018. Legal provision adopted:.) <p>Main changes: (i) PCHEFEL extended till end of 2020 (at the latest) with gradual de-escalation; (ii) CO₂ permission rights revenue charged to RES account to be increased from 60% to 65% for 2019 and 2020; (iii) any surplus of RES account to be exclusively allocated to the further reduction of PCHEFEL; (iv) buffer maintained at EUR 70 million for 2018-2020; and (v) any deficit of RES account needs to be balanced through increase of ETMEAR (or other RES revenue – except for PCHEFEL).</p>
58	Energy. Capacity mechanism. The new capacity mechanism will be notified.	Done	DG COMP informed authorities that it can proceed to notify the mechanism on 15 June.
59	Gas market. The authorities will, agree with the institutions on the overall corporate restructuring and tender structure for DEPA assuming the successful completion of transactions for the EPAs and in a way that will eliminate any horizontal or vertical conflict of interest for the entity(ies) to be sold and, if/where applicable, propose specific and effective mitigating measures. The agreement reached as concerns the	Done	<p>Completed actions for this Prior Action:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Term Sheet: setting out corporate restructuring, specific market design features and measures, shares of 'networks part' and 'commercial part' to be sold. - Legal provision adopted on gas release programme (market measure), Art.

	SMoU action	Status	State of play
	<p>overall tender structure of DEPA will need to be consistent with the agreed privatisation commitments of HELPE.</p>		<p>125, FEK: 105/2018. - ADP updated (part of privatisation PA).</p> <p>In summary, outcome should lead to a more conducive market design features, while at the same maintain strategic assets (i.e. networks) under State control. Commercial part (wholesale and retail) will be sold with private investor given sole controlling right, with the State maintaining a minority share (c. 15%) and with well-defined veto right as concerns security of supply. Note: as concerns the transactions DEPA is involved in: (a) SPA with ENI (EPA Thess) signed on 16 May 2018 and ENI has proceeded with notification to HCC; and (b) SPA with Shell (EPA Attiki has been signed with notification by EPA Attiki taking place by end of June (note: the SPAs/notifications are outside scope of this Prior Action).</p>
60	<p>Energy. Target model. The authorities will launch the Target Model, including the day-ahead, intraday, forward and balancing markets by April 2019. To implement this, the authorities will, (i) set up the entity to be created as a successor of LAGIE (i.e. HENEX¹¹); (ii) ensure that HENEX and IPTO will submit to the Regulator all market Rulebooks for day-ahead, intraday and balancing markets, removing any bidding restrictions such as maximum and minimum bidding and clearing prices without prejudice to the maximum and minimum technical limits set in accordance with Article 41(1) and 54(1) of Regulation 2015/1222, in order to be fully compliant with EU legislation at the time the Target Model will be launched in April 2019; (iii) ensure that HENEX will complete the functional design specifications for the IT systems for the day-ahead and intraday market; and (iv) undertake a joint assessment with the institutions on the progress made regarding the corporate and technical aspects of the project, and take the necessary actions in line with the agreed roadmap to ensure that the Target Model is functioning will be launched by April 2019.</p>	Done	<p>Prior Action consisted of three parts: - LAGIE proceeded with GEMI (General business registry) announcement for HeNex on 14 May 2018. HENEX to be 'formally' operational as of 14 June 2018; - HENEX to submit to RAE market Rulebooks for day-ahead, intra-day and balancing (removing any bidding restrictions). - HENEX shared functional design specifications for IT system(s) with the institutions / authorities</p>
61	<p>Water utilities. (i) The SSW, with technical support, will deliver an evaluation report on the existing system of regular collection of information and on the progress towards the development of the Full Information System. It will also finalise the assessment of the business</p>	Done	<p>(i) Done. (ii) ii.a, ii.b and ii.c: Done; ii.d: data request circular sent, ADA number 66BZ4653Π8-ΓΣ7 (iii) Done: Law 4519/2018, art. 29 for composition of administrative bodies</p>

¹¹ In accordance with the omnibus law (FEK A 5/2018, Law 4512/2018, Article 96, 15th January 2018) the electricity exchange should have been established by 15 April 2018.

	SMoU action	Status	State of play
	<p>plans of the Athens Water Company (EYDAP) and the Thessaloniki Water Company (EYATH); (ii) the authorities, with technical support, will launch: (ii.a) the strategic plan for SSW for a six year period, from 2018 to 2023, with the aim to strengthen the governance, the administrative capacity and the financial autonomy of the SSW within the Ministry of Environment and Energy; (ii.b) an operational plan for the years of 2018-2019 including specific actions, steps, timelines for the remainder of 2018 and for 2019, that will contribute to the implementation of the 6 year Strategic Plan. (ii.c) The authorities will provide input to the Plans specifying the role, mission and competences for the SSW in relation to other organisations in the water sector. (ii.d) In the context of the preparation of the Strategic Plan, the Authorities will ensure access to information to SSW from the relevant ministries and local authorities on water companies, in order for them to have a full picture of the sustainability and needs of the water system. Inter alia, the required information set includes data on water quality and data and projections on detailed administration costs and revenues, physical assets and investments of water companies; (iii) the authorities will amend law 3199/2003 to further strengthening the inclusiveness, transparency, and efficiency of the decision-making process in the water system by reviewing the composition and functioning of the National Water Commission, the National Water Committee and the Advisory Commission for Water; (iv) the new unit "Costing & Pricing of Water Services" of SSW will be operational.</p>		<p>and ΦΕΚ 2213 Β'/13-06-2018 for nomination of NGO representatives (environment: "Δίκτυο Μεσογείου SOS"; social: "Παθδικά Χωριά SOS Ελλάδας"). (iv) Done.</p>
	4.4 Privatisation		
62	The Asset Development Plan (ADP). The ADP will be updated on a semi-annual basis and approved by TAIPED. KYSOIP will endorse the updated plan.	Done	The ADP has been approved by the BoD of TAIPED and endorsed by KYSOIP.
63	Government Pending Actions. The authorities will conclude the remaining Government Pending Actions identified by the institutions and TAIPED and which are due by May 2018 and that are not listed in this section.	Done	
64	Tenders. DESFA. On DESFA , the nomination of the preferred bidder has been completed on 19 April 2018. The Share Purchase Agreement and Shareholders' Agreement will be signed (subject to approval by the	Done	Binding offers were submitted on the 16 February. Following the review of Dossiers A, the financial offers of the two consortia were unsealed on 29 March 2018. The BoD decided to invite both of the bidders to submit an

	SMoU action	Status	State of play
	<p>Court of Audit), with a view to achieve a financial closing by the end of 2018.</p>		<p>improved offer by the 11th of April. The BoD of TAIPED selected the preferred bidder on 19 April 2018. The tender folder was submitted to the Court of Audit for approval on 30 May 2018. As the signing of the Share Purchase Agreement and the Shareholders' Agreement was subject to approval by the Court of Audit (outside the control of the executive), and this approval has not yet been given, the prior action can be considered as done.</p>
65	<p>Tenders. Egnatia. (a) <u>By 22 May</u>, the Minister for Infrastructure and Transport and the Minister for Finance in agreement with the institutions and TAIPED will revise Joint Ministerial Decision (JMD) 6686/2014 (as in force) to provide for the disconnection/exemption of the Egnatia motorway concession from the ongoing e-tolls tendering process of the Ministry of Infrastructure and Transport. The Concession Agreement for Egnatia will provide that the EGNATIA concessionaire will be: (1) free to select, design/procure, finance, install, and operate a distance-based e-toll system (GNSS technology for heavy vehicles over 3.5 tons, ANPR technology for all other vehicle) or decide to join the system procured by the Ministry of Infrastructure and Transport for the other motorways, if applicable; (2) allowed to design and operate the above system as a barrier controlled system; (3) exclusively responsible for the management and control of Egnatia toll revenue collection; (4) required to ensure that the tolls system implemented in Egnatia is compliant with applicable EU law; and (5) required to ensure that the tolls system implemented in Egnatia is interoperable and compatible with the electronic tolls system of the Ministry of Infrastructure, if applicable, and those of other EU member states systems. The revised JMD should also guarantee the above under 1-5. The JMD will be accompanied by a relevant amendment of the tender documents of the ongoing e-tolls tendering procedure of the Ministry of Infrastructure to implement the disconnection of the two projects by <u>15 June 2018</u>. (b) Following the adoption of the revised JMD and the amendment of the tender documents, TAIPED will release the draft Concession Agreement to the tender participants by <u>15 June</u>; in this regard, by <u>30 May</u>, the Ministry of Infrastructure and Transport will provide to TAIPED all necessary technical specifications to allow TAIPED prepare the draft Concession Agreement. (c) <u>By 22 May</u>, the Ministry of Infrastructure and Transport, in cooperation and in agreement with TAIPED, will submit its response to the clarification questions sent by DG MOVE regarding the new</p>	<p>Done</p>	<p>On (a) Joint Ministerial Decision (JMD) 6686/2014 (as in force) to provide for the disconnection/exemption of the Egnatia motorway concession from the ongoing e-tolls tendering process of the Ministry of Infrastructure and Transport was revised and published in the FEK on 24 May 2018. The JMD will be confirmed in the next phase of the tendering procedure of the Ministry of Infrastructure. – Done.</p> <p>On (b) TAIPED and its consultants have drafted the Concession Agreement, which was approved by the BoD of TAIPED and along with the Request for Binding Offers have been sent to the Prequalified Investors on 15 June 2018. – Done.</p> <p>On (c) the new toll pricing policy was submitted to DG MOVE for approval in January 2018. Clarification questions have been sent by DG MOVE on 12 March 2018. On 23 March, TAIPED sent to the Ministry draft answers to DG Move's follow up questions of 12 March. On <u>22 May 2018</u>, the Ministry of Infrastructure and Transport, in cooperation and in agreement with TAIPED, has submitted its response to the clarification questions sent by DG MOVE regarding the new tolling policy that will be implemented in the Egnatia motorway and its vertical axes.</p> <p>- Done.</p> <p>On (d) the JMD providing for the new toll pricing policy for the Egnatia motorway and its vertical axes was signed on 4 June 2018 (and published in FEK on 7 June 2018). The JMD will stipulate that this new tolling policy will enter into force in Egnatia motorway on 1 January 2019 subject to clearance by DG MOVE. It also provides that the applicable exemptions granted to residents and businesses in several prefectures and municipalities adjacent to the Egnatia motorway from payment of tolls will cease to apply as from 1/1/2019. – Done.</p> <p>On (e) Signing of the contract for the construction of the Asprovalta toll station took place on 2 March 2018.</p> <p>The Thessaloniki frontal toll station is also under construction.- Done.</p> <p>On (f), Egnatia SA has instructed the contractor the two, new Operations & Maintenance Contracts (O&M) to commence construction of the Frontal Toll</p>

	SMoU action	Status	State of play
	<p>tolling policy that will be implemented in the Egnatia motorway and its vertical axes. (d) <u>By 30 May</u>, the Ministers of Infrastructure and Transport and Finance will issue a JMD providing for the new toll pricing policy for the Egnatia motorway and its vertical axes. The JMD will provide for the implementation of the toll pricing policy which was approved by the Board of TAIPED and notified by the Greek Authorities to DG MOVE for clearance. The JMD will stipulate that this new tolling policy will enter into force in Egnatia motorway on 1/1/2019 subject to clearance by DG MOVE. If DG MOVE's decision clears a different pricing policy, the JMD and the draft Concession Agreement will be revised accordingly. The Ministry of Transport and Infrastructure will issue a new MD (or amend the existing MD) providing that the applicable exemptions granted to residents and businesses in several prefectures and municipalities adjacent to the Egnatia motorway from payment of tolls will apply until 31/12/2018 and no further extension will be given. (e) <u>By 22 May</u>, Egnatia S.A. will sign the contract for the construction of the Asprovalta toll station with the preferred bidder and instruct the contractor to commence its construction immediately. Within a week upon completion of the construction of the toll stations of Asprovalta and Thessaloniki (Oreokastro), the Minister for Infrastructure and Transport and the Minister of Finance will adopt, in agreement with TAIPED, a JMD by virtue of which (i) the abovementioned toll stations will be put in operation and (ii) the toll rates to be applied respectively shall be determined based on the current toll pricing policy applied to the already existing Egnatia toll stations. (f) <u>By 22 May</u>, Egnatia SA will immediately instruct the contractor of the two, new Operations & Maintenance Contracts (O&M) to commence construction of the Frontal Toll Stations of Strymoniko and Kavala. (g) Upon the approval of the modification of environmental terms permits by the competent Ministry for Energy & Environment (no later than mid-June 2018), Egnatia SA will immediately trigger and put in effect the options of the two O&M contracts for the immediate commencement of construction of all remaining Frontal Toll Stations and of all Lateral Toll Stations (except four, for which the commencement of the construction will follow by the end of July) envisaged in JMD 6686/29.5.2017 (no later than end-June 2018). (h) <u>By 30 May</u>, the Inter-ministerial Committee of Assets Restructurings and Privatizations will issue a decision (text to be agreed</p>		<p>Stations of Strymoniko and Kavala – Done.</p> <p>On (g) the Ministry for Energy & Environment approved the environmental terms for all remaining frontal and for all lateral toll stations (except four). The construction will commence as soon as the environmental terms for the remaining 4 toll stations are also approved based on the specific option of the contract. Thus, the specific action can be considered as done.</p> <p>On (h) the Inter-ministerial Committee of Assets Restructurings and Privatizations issued a decision (text has been agreed with TAIPED), in accordance with article 2 par. 5 of Law 3986/2011, pursuant to which TAIPED is entitled to include in the scope of the services concession agreement of the Egnatia tender the obligation of the concessionaire to finance, study and perform all the necessary works pertaining to the upgrade of motorway standards of (a) the Halastra – Polykastro section of the Halastra – Evzoni vertical road axis and (b) the Christos – Ambela section of the Thessaloniki – Serres – Promachonas vertical road axis, such sections measuring approximately 54 km in total. The decision was issued on 15 June 2018 (FEK B' 2274/15.06.2018) – Done.</p>

	SMoU action	Status	State of play
	<p>with TAIPED), in accordance with article 2 par. 5 of Law 3986/2011, pursuant to which TAIPED shall be entitled to include in the scope of the services concession agreement of the Egnatia tender the obligation of the concessionaire to finance, study and perform all the necessary works pertaining to the upgrade of motorway standards of (a) the Halastra – Polykastro section of the Halastra – Evzoni vertical road axis and (b) the Christos – Ambela section of the Thessaloniki – Serres – Promachonas vertical road axis, such sections measuring approximately 54 km in total. Egnatia S.A. will be transferred to the Ministry of Infrastructure and Transport following the date of commencement of the concession.</p>		
66	<p>Tenders. Hellenikon. The authorities will complete (a) the relocation of the existing users (actions included in the GPAs); (b) the enactment of a law for the establishment of the management authority of open and public areas and facilities and (c) implement the revised timetable agreed in the working group on the fulfilment of all Conditions Precedent relating to the adoption of the necessary ministerial decisions and the award of the casino licence (actions included in the GPAs) to ensure financial closing by December 2018.</p>	Done	<p>A revised detailed timetable for the completion of Conditions Precedent has been finalised and agreed with all stakeholders. The revised timetable includes a detailed roadmap concerning (a) the issuance of all necessary administrative acts; (b) completion of the award procedure for the casino licence; (c) relocation of existing users; and (d) the enactment of law for the establishment of the management authority of open and public areas and facilities as well as the Metropolitan Park of Hellenikon.</p> <p>Until today, the EL authorities meet all deadlines for all Condition Precedents (see (a), (b) and (d) above) according to the Revised Timetable agreed. Relocation has been completed for the majority of public users (all services of Ministry of Finance, Defence, Culture and Sports, Health. Significant progress has been made in relation to the large users supervised by the Ministry of Infrastructure (buses depot and Civil Service Aviation) where relocation will be completed by end of June according to the timetable. Special arrangements were agreed with the investor for the relocation of police and fire police departments as well as social welfare organisations. Progress has been made in case of the Fish Research Institute and the services of the Municipality of Elliniko, where completion is scheduled ahead of the financial closing deadline.</p> <p>On (b) the relevant legislation was included in the Omnibus Law approved by Parliament on 14 June 2018 (FEK A' 105/14.06.2018. – Done.</p>
67	<p>Tenders. Other projects. (a) The authorities have launched the tender</p>	Done	<p>On (a): The OTE tender process was completed on 15 March 2018 without the</p>

	SMoU action	Status	State of play
	for the sale of 5% of OTE and for the joint sale (by PANEUROPEAN and TAIPED) of at least 50.1% of HELPE . The unsold stake of TAIPED (15.5%) will be transferred to HCAP . They will launch the tender for the sale of 30% of AIA (subject to clearance of the extension of the concession agreement by DG COMP). (b) On DEPA : the updated ADP will provide for the sale of 65 percent of DEPA or another form of transaction of equivalent effect. To this end, the ADP will provide for the agreed privatization transaction structure between the Greek Authorities and the institutions. The tender will be launched once the assessment of potential obstacles to competition, as a result of the exit of any of the current shareholders of the EPAs , will be concluded. (c) On PPC : the launch of the tender for the sale or other form of monetization of 17% of PPC provided it generates at least equivalent financial benefits to the Hellenic Republic compared to the sale will follow at a subsequent stage.		<p>submission of any offers. As per DT's right of first refusal under the Shareholders' Agreement, a Notice was sent to DT on 16 March 2018 based on the 20-day VWAP. Following the notice sent on 16 March 2018, Deutsche Telekom AG exercised its right of first refusal for the acquisition of 5% of OTE's shares. - Done</p> <p>On AIA – the transaction cannot proceed unless there has been a formal completion of the extension of the concession agreement. – Thus it can be considered as done.</p> <p>On HELPE – An agreement has been reached on the terms of the sale of 50.1% of HELPE between PANEUROPEAN, TAIPED and the Greek authorities. The EoI phase was launched on 18 April 2018. – Done.</p> <p>On (b) DEPA: TAIPED has hired the legal and financial advisors for DEPA. The institutions and the Greek authorities agreed on the privatisation transaction structure in first week of June. The updated ADP has incorporated the agreed privatization transaction structure. – Done.</p> <p>On (c) PPC: the tender cannot proceed prior to the completion of the divestment of the lignite units (tender launched on 30 May 2018 and expected to be completed end 2018). Thus, it can be considered as done.</p> <p>The draft agreement on the extension has been pre-notified to DG COMP. On 15 June 2018 the Directorate-General for Competition has come to the preliminary view that the pre-notified agreement for the extension of the concession agreement, does not involve unlawful State aid within the meaning of Article 107(1) of the Treaty on the Functioning of the European Union. However, several steps are required till the ratification, which include DG COMP's official clearance, the amendment of the Concession Agreement and the approval by the Court of Audit.</p> <p>Delays on this transaction arose from the lengthy procedure of DG COMP clearance. The lengthy procedure is leading, however, to significantly higher proceeds from the transaction. Thus, the prior action can be considered as done.</p>
68	Tenders. AIA . The extension of the concession agreement will be ratified in parliament (subject to the prior issuance of the required decisions by the relevant European authorities).	Done	
69	Tenders. OLTH . The concession agreement will be ratified in Parliament by March 2018.	Done	The concession agreement was ratified on the 22 February.

	SMoU action	Status	State of play
70	<p>Tenders. Review of DEPA and Egnatia boards. The Board of Directors of TAIPED, with the help of external advisors, will (a) review the corporate governance structure of DEPA and Egnatia S.A. and assess the Board of Directors of the specific companies and (b) replace executive and non-executive members if needed.</p>	Done	<p>TAIPED hired advisors for a review of the corporate governance structure of DEPA and Egnatia S.A. and assessment of the BoDs. The respective reports have been completed and submitted by the Advisors to TAIPED's management in mid-March. In the case of DEPA the review assessed the current members positively and thus no replacement was necessary. In the case of Egnatia, there was a need for filling vacant posts. On 15 June, the BoD of TAIPED decided to fill two open vacancies from a pool of candidates as provided by an external Human Resources advisor. On 18 June TAIPED advised the Chairman of Egnatia Odos S.A. BoD for the appointment of the selected (and approved by the BoD of TAIPED) non-executive members and called for a General Meeting, according to Law 2190/1920, in order to nominate and elect the new BoD members. A General Meeting to that purpose took place on 19 June appointing the new members.</p>
71	<p>HCAP. Internal Regulations. The General Assembly shall adopt the chapter of the company's internal regulation on the investment policy, following agreement with the institutions on the specific content of this document.</p>	Done	<p>The General Assembly adopted the chapter on the investment policy on 19 June 2018, following preparatory work involving consultants and in agreement with the institutions.</p>
72	<p>HCAP. SOEs business plans. Submission of business plans to HCAP by the SOEs transferred to HCAP, in which HCAP is the majority shareholder.</p>	Done	<p>HCAP has notified the BoDs of the SOEs of the need for the preparation of business plans. The non-listed SOEs, in which HCAP is the majority shareholder, have submitted their business plans. For listed companies the management of the companies has confirmed that they have updated business plans.</p>
73	<p>HCAP. Boards of SOEs The Board of Directors of HCAP will review the Boards of ELTA, OASA, and replace executive and non-executive members if needed. For the listed companies, the review and replacement of executive and non-executive members if needed, will be in full compliance with the regulatory framework in place.</p>	Done	<p>The HCAP BoD on 9 March 2018 decided to initiate the process for selecting advisors to assist with the BoDs' assessment. The advisors have been selected and the process for the review of the BoDs of OASA and ELTA has been launched. The report of the consultants has been submitted to the BoD of HCAP. The BoD has decided as to which members should be replaced and the Candidates Committee has elaborated a long list of potential candidates. The Candidates Committee will hold the interviews between 18 – 22 June 2018, with a view to having the final decision by the end of June.</p>
74	<p>HCAP. Boards of Directors. The additional non-executive members of the Board of Directors of HCAP will be appointed.</p>	Done	<p>Invitation for interest for candidates has been published. The SB selected and appointed two new board members on 31 March 2018. The new members assumed their duties on 16 April.</p>

	SMoU action	Status	State of play
75	HCAP. Real estate transfer. Based on the process agreed among the authorities and the institutions, identification of the real estate assets to be transferred and completion of the transfer of the real estate assets.	Done	Consultants have been hired by HCAP. The consultants of HCAP have requested more detailed data on the assets included in the national cadastre on the assets belonging to the state or to an unknown owner to HCAP so as to proceed with the screening process. The additional data has been provided to HCAP at the end of March and the screening has started. The identification of assets has been completed by the consultants. Following the identification, the list of the real estate assets to be transferred to HCAP was submitted to the Minister for approval. The Minister issued the relevant decision, following the relevant authorisation by KYSOIP (FEK B' 2317/19.06.2018). The decision is the legal title for the transfer of the assets to ETAD/HCAP.
76	HCAP. SOEs transfer to HCAP. (i) Amendment of the articles of association of the SOEs transferred to HCAP, in which HCAP has the majority shareholding, so that there is compliance with the codified company law 2190/1920.	Done	Amendments in the articles of association of SOEs have been agreed at Board level of HCAP and is in the process of organizing the General Assembly meetings of the SOEs for approval by HCAP of the amended and codified articles of association. The new text has been agreed with the subsidiaries. The General Assemblies for the adoption of the new Articles of Association have been convened and approved the amendments.
77	HCAP. SOEs transfer to HCAP. (ii) Due to implementation difficulties related to the carve-out of GAIAOSE assets and rights from the company as set out in the TMU of July 2017, the HCAP law will be amended for the transfer of the shares of GAIAOSE to HCAP. Policy goals relevant to the company will be addressed in accordance with the HCAP coordination mechanism. The transfer will be effective from 1 July 2018.	Done	The relevant amendment of the HCAP Law was included in the Omnibus Bill approved by Parliament on 14 June 2018 (FEK A' 105/14.06.2018).
78	HCAP. SOEs transfer to HCAP. (iii) With a view to transferring OAKA to HCAP by the end of 2018, and as a prior action, the authorities shall provide a list of actions needed to achieve this transfer, and a timetable for their completion. The list shall include the determination of the amounts needed to maintain or overhaul OAKA facilities as applicable, provision for these amounts by the State in compliance with any applicable legal constraints, conversion of OAKA to a sufficiently capitalised <i>societe anonyme</i> , and transfer to HCAP. As a further prior action, the authorities shall establish a committee or working group, including representatives of HCAP, to oversee implementation of those actions.	Done	The authorities have prepared and given to the institutions a detailed list of actions needed to achieve this transfer, and a timetable for their completion. The list includes the actions for the determination and funding of the amounts needed to maintain or overhaul OAKA facilities as applicable, conversion of OAKA to a sufficiently capitalised <i>societe anonyme</i> , and transfer to HCAP. The authorities have set up a working group, including representatives of HCAP, to oversee implementation of those actions (relevant ministerial decision published on 6 June 2018).

	SMoU action	Status	State of play
	V. A modern State and Public Administration		
	5.1 Public administration		
79	<p>Mobility. The authorities are already implementing the new mobility scheme. The appointing authorities of the receiving services will (i) issue the selection certificates regarding the first cycle signifying the completion of the selection process and (ii) adopt a legal amendment to facilitate the swift completion of the salary fiche allowing for the actual transfer to take place without the risk of the originating entity holding it up. Actual transfers will be completed by July 2018. Final decision on employee mobility will be taken by the receiving service with a vacant position, without involvement of the political level, and according to pre-defined rules to limit disruption in the departing service. This will rationalize the allocation of resources as well as the staffing across the general government. According to Law 4440/2016, mobility is primarily carried out in the form of transfers, whereas secondments are only allowed in special circumstances and for strict time periods that cannot be extended.</p>	Done	<p>The prior action included two steps:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Law amendment (Art. 120, FEK: A 105/2018) to facilitate the process of appropriations, thereby shortening the time needed for the actual transfer to happen following the selection decision. - Issuing of all selection certificates for permanent transfer positions part of first mobility cycle. In total 234 selection certificates issued (for 456 positions open for transfers). <p>Second mobility cycle has started (with increased number of vacancies and participating entities). A growing concern is the continued use of secondments, which should really just be used for exceptional/special circumstances. The third mobility cycle is planned to start after the actual transfers of the previous cycles are completed</p>
80	<p>Appointments. (a) The authorities will complete a study in conjunction with technical support of the minimum requirements of the job announcements for all Administrative, Alternate Administrative and (Special) Sector-Level Secretaries positions listed in the TMU, taking into account the factors included in Article 7 of 4369/2016. Based on the results of the study the authorities will take appropriate actions where needed by July 2018; (b) the appointments of 55 thematic Directors General will be completed with the remaining 35 thematic Directors General by July; and (c) the call for 220 of all Directors will be launched with the remaining 175 by July.</p>	Done	<p>Prior actions contained three parts:</p> <p>a) Administrative Secretaries (incl. Special and Sectoral Secretaries): study carried out in order to address calls lack of homogeneity, specifically for the job descriptions issued by each Ministry. Study suggested the following minimum eligibility criteria to be applied on current call, through updating of the ASEP grid: (i) education: Bachelor degree (at least); (ii) a foreign language (besides Greek); (iii) working experience: 5-20 years; and (iv) management experience: 1-8 years (calls must not have the explicit requirement that management experience must be obtained in the public sector).</p> <p>Applying these criteria it was assessed that 22 calls were non-compliant. Authorities committed to: (i) update the ASEP grid and re-launch these 22 calls by July 2018 (all 69 calls will be assessed on the basis of the revised ASEP grid); and (ii) following completion (by end of 2018) of the appointments of 69 Administrative Secretaries (incl. Special and Sectoral Secretaries) carry out an independent review with technical assistance support that will recommend improvements (e.g. amendments of existing legal provisions).</p>

	SMoU action	Status	State of play
			<p>b) Directors-General (DGs): confirmation of 62 appointment decisions (remaining 28 DGs to be appointed by July 2018); c) Directors: launch of 223 calls for Director (remaining calls (172) to be done by July 2018).</p>
81	<p>Performance assessment. (i) the web-based/online tool/platform for performance assessment, at the initiative of M.A.R., has been launched and is fully operational; (ii) a Ministerial Decision, setting the timeframe for the second performance assessment will be issued; and iii) the first step (self-assessment by the employee) will be completed for the majority of positions, with the remaining steps to be completed by July.</p>	Done	<p>Prior action contains three steps: Completed: (i) web-based/online platform used for the performance assessment: as a consequence now covers the entire scope of the law in the performance assessment of 2018 (this eliminates the need for a roll-out plan). (ii) Ministerial Decisions issued (FEK: B 1882/2018 with an extension granted, FEK: B 2271/2018) that sets the timeframe for the second performance assessment: (a) until 3 June 2018, HR departments should have completed procedure registration of officials (161,252) and assign two evaluators; (b) self-assessment, 4-18 June 2018; (c) 1st evaluator should have completed the assessment until 4 July 2018; and (d) 2nd evaluator until 18 July 2018. (iii) confirmation by MAR that majority of officials (90,808 out of 161,252) have completed online the self-assessment part of the performance assessment.</p> <p>Notes: (a) according to authorities the reason why the overall number of employees registered did not reach 230,000 was the limited time given to HR departments to complete the registration. A number of these (unclear at this stage how many) will proceed to do the performance assessment using paper; (b) employees opting not to complete the self-assessment will still be evaluated by the hierarchy (1st evaluator and 2nd evaluator) as provided by law (the law provides for specific sanctions for the evaluators that opt not to do the assessment).</p>
82	<p>Organigrams and job descriptions. A comprehensive Human Resource Management System (HRMS) will be created that will allow for the effective management of the all public administration's personnel. As a first step the authorities will initiate a platform in which both digital organigrams and job descriptions will be interconnected. As a prior action a manual will be circulated to all public sector entities and a training programme started on populating the database; and a selective number of pilot entities will complete organigrams and job descriptions thorough setting out at the unit level respective job descriptions for all unit positions</p>	Done	<p>Prior action contained two steps: (a) manual and training programme: manual has been circulated to all public entities providing clear instructions on how to populate needed information (i.e. organigram and job descriptions) into the platform and training programme has been initiated by MAR. (b) pilot entities have completed digital organigram and job descriptions: this will provide a digital organigram at the unit level covering all job descriptions/positions.</p> <p>According to the authorities, at least 6 months are needed in order to upgrade the electronic platform so as to interconnect data from census database and</p>

	SMoU action	Status	State of play
			<p>mobility platform. The ultimate goal is linking job descriptions with the existing positions and have a comprehensive picture of the public sector employment (identify staff shortages, draft a medium-term recruitment plan both in terms of the priority areas and the required qualifications).</p> <p>To date, 209 entities have entered the platform and the first 60 'pilot entities' have uploaded all their job descriptions.</p> <p>Prior action contained three parts/deliverables:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Short-term plan on protection and prevention: prepared by the Hellenic Labour Inspection under the auspices of the Directorate of Health and Safety at Work, Ministry of Employment). - Initial opinion/report of Committee: the report was prepared by a 17-member committee representing various Ministries and stakeholders. - Guidance provided by Ministers to Committee – providing direction for the Committee to continue its work, in order to have a JMD in place by February 2019. Guidance also included a high-level timeplan and will set out that the revised scheme needs to be budget neutral.
83	<p>Hazardous job allowances. The authorities will (i) publish the short-term plan on protection and prevention as specified in the law, (ii) provide to the institutions the initial opinion of the Committee regarding allowances for hazardous and dangerous work, together with the detailed study and provisional quantifications, as specified in the law, and (iii) agree with the institutions the guidance provided by the ministers to the Committee.</p>	Done	
84	<p>Coordination. Following the submission of an Inter-Ministerial Coordination Manual in April 2018, the authorities will (i) formally adopt the Manual to enhance structures and procedures within the government and the public administration, which includes the preparation, coordination and arbitration of policies, and (ii) commit to an implementation plan of how the structure and procedures will be applied by the government, notably by re-enforcing the role of the existing Secretariat General for Coordination.</p>	Done	<p>Authorities have sent the Coordination Manual in Greek on 19 April 2018 (EF prepared translated version into English). The manual has been sent to all ministries and uploaded at the General Secretariat of the Government's website (http://www.ggk.gov.gr/wp-content/uploads/2018/06/Εγχειρίδιο-για-τις-διαδικασίες-διπλοσυγκού-συntonισμού-της-Ελληνικής-Κυβέρνησης.pdf).</p> <p>Implementation plan has been prepared and submitted, which includes that the Action Plan for each Ministry will be issued in October each year along with the draft budget being submitted to the Parliament while the comprehensive Government plan will be issued in December each year with the adoption of the budget by the Parliament.</p>
	5.2 Justice		
85	<p>E-auctions. Legal and technical impediments. In order to support lenders' capacity to auction foreclosed properties, the authorities will make an assessment of potential legal and technical impediments to the further improvement of electronic auctions by May 2018, including a review of the mechanism for decreasing the asking price in the event of failed auctions. These impediments, if any, will be addressed, by</p>	Done	<p>Following recently submitted reports on the progress of e-auctions, including new registrations of notaries across the territory, the authorities have been submitting periodic reports on a regular basis. The reports detail the latest developments on the number of auctions conducted, auctions projected and substitutions effected in regions where no registered notaries are available; the authorities provided an updated monthly report in the agreed format covering</p>

	SMoU action	Status	State of play
	adopting necessary legal amendments including a review of the mechanism for decreasing the asking price in the event of failed auctions.		the period up to 31 May and followed with an update on 11 June 2018. The report shows good progress overall, confirming the positive trend in all respects (number of auctions conducted, number of auctions announced on the platform, distribution of auctions (conducted or future ones) as well as of registered notaries throughout the territory. Authorities have adopted legislation allowing for the adjustment of auction prices based on an expert valuation report in the event of failed auction through a provision t included in the omnibus law 4549/2018 (OJ A 105, article 23).
	5.3 Anticorruption		Authorities passed legislation. These secondary legislations are several decisions, taken in application of: - article 7 para 4 "indicative act with exact amounts of coupons per party". This is done by Indicative Act No. 251/130/10.01.2018. (AAA: 04-0525). - article 7 para 4 and "decision on procedure to return coupons". Decision of the President of the Audit Committee. Protocol Number: 14014/8582/28.11.2017. Date: 28-11-2017. (AAA: 02-0509). - in application of art 21 para 1 sub para e which allows for needed secondary legislation, a decision of chairman of committee, a Decision on form of financial data. This option has been used in the case of JMD No. 41648/22-12-2016 (GG II 4394/30-12-2016) regarding the form of the financial data provided in art. 16 of L. 3023/2002. - article 16A para 1: decision on draft documents and details on special report on elections income and expenditures. Decision of the President of the Audit Committee. Protocol Number: 4462/3082/27-3-2018. (GG II 1166/29.03.2018).
86	Political parties financing. The authorities will fully implement the legal framework for the financing of the political parties, notably by ensuring that all necessary secondary legislation is adopted.	Done	
87	National anticorruption plan. The update of the national anti-corruption plan will include a commitment to assess the implementation of the Code of Conduct of members of Parliament and, based on this assessment, it will be revised, if needed, by June 2018.	Done	The Third National anti- corruption Plan (NACAP) has been agreed and published on the General secretariat against corruption website: http://www.gsac.gov.gr/index.php/el/ethniko-sxedio/ethniko-stratigiko-sxedio-kata-tis-diafthoras-2018-2021
88	Independent entities. The authorities and independent agencies will, enact legislation to reorganize the field, including merging eligible entities, reassigning, where appropriate, functions to relevant services of the central administration and abolishing redundant entities; and finalize	Done	On 13 March, the authorities submitted a revised partial version of the draft law, along with a partial draft explanatory report; according to the SMoU conditionality, they should also have submitted a horizontal review, whose findings were intended to provide guidance for the drafting of the law; The

	SMoU action	Status	State of play
	<p>and enact, after consultation with the institutions, the legislation on bringing horizontal provisions in line with the results of the horizontal review and best practices. With a view to amending any primary and secondary legislation to bring these in line with best practices by July 2018, the authorities will agree with the institutions the principles of future legislation, included detailed drafting where possible relating to (i) the Hellenic Competition Commission; (ii) the energy regulator RAE and (iii) the Regulatory Authority for Passenger Transport (RAEM).</p>		<p>authorities submitted further additions to the draft law on 15 May, 31 May and 4 June. The institutions' comments were submitted on 23 May and additional ones on 28 May. While agreement was reached on a number of issues, several pending ones remained, including important issues of compatibility with EU legislation. Given that the draft still requires work in consultation with the relevant DGs, it was resolved that it would not be adopted but subjected to COMM for internal consultation; following its completion, the draft should be further revised and completed by the Authorities.</p> <p>Regarding individual entities, in light of this situation, the principles of future legislation on the Hellenic Competition Commission and the Regulatory Authority for Energy should be laid down upon finalization of the horizontal legislation. On 17 June, the authorities submitted to the institutions a report setting forth the principles of future legislation on the Regulatory Authority for Passenger Transport (RAEM). Further to exchanges between COMM and the authorities, a revised report was agreed on 19 June.</p>



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION
WIRTSCHAFT UND FINANZEN

23. JUNI 2018

Überprüfungsbericht ESM-Stabilitätshilfeprogramm für Griechenland

Vierte Überprüfung Juni 2018



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION
WIRTSCHAFT UND FINANZEN

1. Einleitung

Nach der Beendigung des vorangegangenen, über die EFSF finanzierten Programms beantragte Griechenland im Juli 2015 Finanzhilfen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen, die Risiken für seine eigene und die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets abzuwenden, nachhaltiges Wachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen, Ungleichheiten abzubauen und den Staat und die öffentliche Verwaltung zu modernisieren. Im August 2015 schloss Griechenland eine Vereinbarung über Stabilitätshilfe in Form eines Darlehens des ESM mit einem Bereitstellungszeitraum von drei Jahren. In Übereinstimmung mit dem ESM-Vertrag unterzeichnete die Europäische Kommission im Namen des ESM ein Memorandum of Understanding (MoU), in dem die mit der Finanzhilfefazilität für den Zeitraum 2015 bis 2018 verbundenen Auflagen im Einzelnen aufgeführt werden. Die Einhaltung der Auflagen wird in regelmäßigen Überprüfungen unter Berücksichtigung der Reformfortschritte bewertet.

Die Maßnahmen gemäß MoU lassen sich vier Säulen zuordnen:

- Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen,
- Wahrung der Finanzstabilität,
- Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen,
- Modernisierung von Staat und öffentlicher Verwaltung.

Das ESM-Programm endet am 20. August 2018. Die erste Überprüfung des ESM-Programms wurde im Juni 2016 abgeschlossen und im Oktober 2016 wurden eine Reihe von Meilensteinen erfüllt. Die zweite und dritte Überprüfung wurden im Juli 2017 bzw. im März 2018 abgeschlossen. Zusätzlich zu den von den europäischen Partnern aus früheren Finanzhilfeprogrammen ausgezahlten 194,7 Mrd. EUR wurden aus dem im Rahmen des ESM-Programms verfügbaren Programmvolumen von 86 Mrd. EUR bis jetzt 46,9 Mrd. EUR ausgezahlt.¹

Die griechischen Behörden und die europäischen Institutionen erzielten eine Einigung über die politischen Auflagen für die vierte Überprüfung des ESM-Programms, die in einem Entwurf für ein ergänzendes MoU festgehalten sind. Die Einigung stützt sich auf die Ergebnisse der Besuche, die die Kommission Griechenland zwischen im Februar/März sowie im Mai 2018 zusammen mit Vertretern von EZB, ESM und IWF abgestattet hat. Der vorliegende Bericht über den Stand der Erfüllung des ergänzenden MoU nach Abschluss der vierten Überprüfung des ESM-Programms wurde von Vertretern der Kommission im Benehmen mit Vertretern der EZB erstellt. Vertreter des ESM wurden ebenfalls hinzugezogen.

Die griechische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen zur Erfüllung der im ergänzenden MoU vereinbarten Vorabmaßnahmen ergriffen, die Voraussetzung für die Auszahlung der vierten Tranche des

¹ Die angegebenen Beträge sind Bruttoauszahlungsbeträge. Von diesen Beträgen wurden im März 2012 auf den HFSF übertragene EFSF-Anleihen im Wert von 10,9 Mrd. EUR im Februar 2015 zurückgegeben und weitere 2 Mrd. EUR an Bankenrekapitalisierungskosten im Februar 2017 zurückgezahlt.

ESM-Programms sind. Insbesondere hat das griechische Parlament in Form mehrerer Rechtsvorschriften, v. a. durch ein am 14. Juni 2018 verabschiedetes Sammelgesetz (Gesetz 4549/2018), Rechtsakte zur Umsetzung eines Teils der im ergänzenden MoU vereinbarten Maßnahmen erlassen. Wie mit den Institutionen vereinbart hat die Regierung außerdem sekundäre Rechtsvorschriften erlassen und nichtlegislative Maßnahmen ergriffen.

Ausgehend von der vorliegenden Bewertung des Stands der Erfüllung des Entwurfs für ein ergänzendes MoU lässt sich feststellen, dass sämtliche für den Abschluss der vierten Überprüfung erforderlichen Vorabmaßnahmen erfüllt wurden.

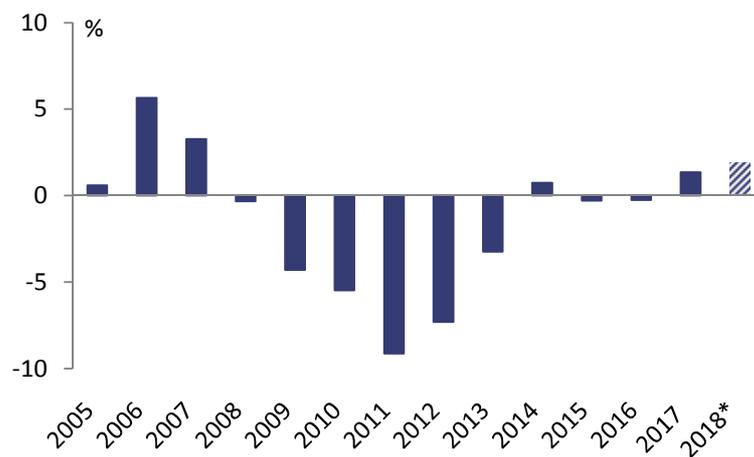
Aufgrund der vorstehenden Erwägungen kann davon ausgegangen werden, dass das ESM-Programm im Zeitplan liegt. Dies ebnet den Weg für die letzte Auszahlung an Griechenland in Höhe eines Betrags, der zur Deckung des Schuldendienstes erforderlich ist, sowie eines Betrags zum Aufbau eines Liquiditätspuffers.

Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss des ESM-Programms sind vorhanden. Griechenland muss an die im Rahmen des ESM-Programms erreichten Fortschritte anknüpfen und das Fundament für eine nachhaltige Erholung stärken, insbesondere dadurch, dass die im Rahmen des Programms eingeleiteten Reformen weitergeführt und abgeschlossen und die Ziele der verabschiedeten Reformen gewahrt werden. Eine verstärkte Überwachung im Sinne des Artikels 2 der Verordnung (EU) 472/2013 kann einen soliden und stabilen Rahmen bieten, um sicherzustellen, dass die Reformen in allen von dem ESM-Programm abgedeckten Bereichen erfolgreich abgeschlossen und fortgeführt werden. Die griechische Regierung ist fest entschlossen, anknüpfend an die im Rahmen des ESM-Programms verabschiedeten Reformen weiterhin eine langfristig solide Wirtschafts- und Haushaltspolitik zu betreiben. Sie hat der Eurogruppe eine umfassende Wachstumsstrategie vorgelegt. Durch einen von der griechischen Regierung und dem Dienst der Kommission zur Unterstützung von Strukturreformen unterzeichneten Kooperations- und Unterstützungsplan (Cooperation and Support Plan) wird die Reformumsetzung zusätzlich gefördert, damit in den kommenden Jahren bei der Umsetzung der Reformen weiterhin technische Unterstützung geleistet werden kann.

2. Wirtschaftliche Entwicklungen

Die griechische Wirtschaft ist seit 2017 wieder auf Wachstumskurs. Dies ist nach dem starken Rückgang des realen BIP von insgesamt 26 % seit Beginn der Krise eine erfreuliche Entwicklung. Nach 2009 und während der früheren Stabilitätsprogramme wurden in Griechenland hohe negative Wachstumsraten verzeichnet (s. Abb. 1). Erste Erholungstendenzen, die 2014 erkennbar waren, schwächten sich 2015 aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheit und der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen wieder ab. Nach einer Phase ohne Wachstum wurden 2017 wieder positive Wachstumsraten verzeichnet. 2017 ist das reale BIP zum ersten Mal seit 2006 wieder in allen vier Quartalen gestiegen und erstmals seit 2007 betrug das Wachstum wieder mehr als 1 %. Die erfreulichen Wachstumsraten für das erste Quartal 2018 deuten auf eine Verfestigung des Aufschwungs hin.

Abb. 1. Reales BIP-Wachstum

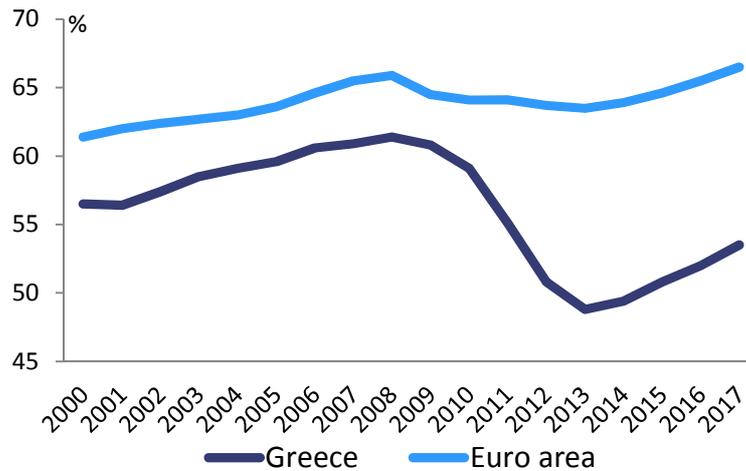


Hinweise: Europäische Kommission 2018, Frühjahrsprognose für 2018

Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich einige Anzeichen für eine Erholung, wenngleich die Arbeitslosigkeit auf einem inakzeptablen Niveau verharrt und bedeutender Spielraum für eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit besteht. Im Einklang mit der steigenden Wirtschaftstätigkeit ist die Erwerbstätigkeit im Jahr 2017 gestiegen und hat nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein jährliches Wachstum von 2,1 % erreicht. Mit einem jährlichen Anstieg von 1,7 % hat sich das Beschäftigungswachstum im ersten Quartal 2018 fortgesetzt, wenn auch etwas verlangsamt. Die Arbeitslosenquote ist von 23,6 % im Jahr 2016 auf 21,5 % im Jahr 2017 gesunken und hat im März einen Wert von 20,1 % erreicht, sie liegt dennoch deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 8,6 %. Die Erwerbsquote Griechenlands steigt langsam an und lag 2017 bei 53,5 %, d. h. es müssen noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um den Durchschnitt des Euroraums von 66,5 % zu erreichen (s. Abb. 2).

Abb. 2. Erwerbsquote



Hinweise: 15 bis 64 Jahre, als Prozentsatz der Gesamtbevölkerung

Quelle: Eurostat

Das reale BIP-Wachstum dürfte 2018 einen Wert von 1,9 % erreichen und 2019 weiter steigen. Das reale BIP-Wachstum betrug 2017 1,4 % und lag damit leicht unter der Prognose von 1,6 % zum Zeitpunkt der dritten Überprüfung. Beim Verbrauch wird für 2018 ein moderater Anstieg erwartet, was durch die Daten für das erste Quartal 2018 gestützt wird, die gegenüber dem Vorquartal einen Anstieg von 0,3 % aufweisen. Getragen von dem laufenden Privatisierungsprogramm und einer weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Einschätzung nach Abschluss der vierten Überprüfung sowie einer erfolgreichen Beendigung des Programms im August dürften die Investitionen und Exporte 2018 und 2019 weiterhin ein dynamisches Wachstum verzeichnen. Der Anstieg der inländischen Investitionen wird auch von den Fähigkeiten der Banken abhängen, neue Kredite zu vergeben, was wiederum mit dem Abbau der notleidenden Kredite zusammenhängt. Die Maßnahmen der Regierung zum Abbau ihrer Zahlungsrückstände dürften zu mehr Liquidität führen, wodurch eine höhere Geschäftstätigkeit gefördert werden kann. Höhere Investitionen führen jedoch auch zu einer zusätzlichen Nachfrage nach Importen, wodurch die Beiträge des Außenhandelssektors zum Wachstum wieder aufgewogen werden.

Bei der makroökonomischen Prognose im Basisszenario wird von einem reibungslosen Abschluss der vierten und letzten Programmüberprüfung ausgegangen und der erfolgreiche Abschluss des ESM-Stabilitätshilfeprogramms im August 2018 vorausgesetzt. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Abschluss der vierten Überprüfung des ESM-Programms zu einer dauerhaften Verbesserung der wirtschaftlichen Einschätzung und der Fähigkeit Griechenlands, ausländische Investitionen zu gewinnen, beitragen wird. Die Risiken bei dieser Prognose halten sich die Waage. Die Abwärtsrisiken stehen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Investitionen und regionalen politischen Entwicklungen. Bei den Aufwärtsrisiken könnte ein dauerhaft günstiges externes Wirtschaftsklima dem Sektor der handelbaren Güter zusätzlichen Auftrieb verleihen, was zu positiven Wachstumsbeiträgen führen könnte.

Tabelle 1. Makroökonomisches Szenario: Wichtigste Kennzahlen (2017-2022)

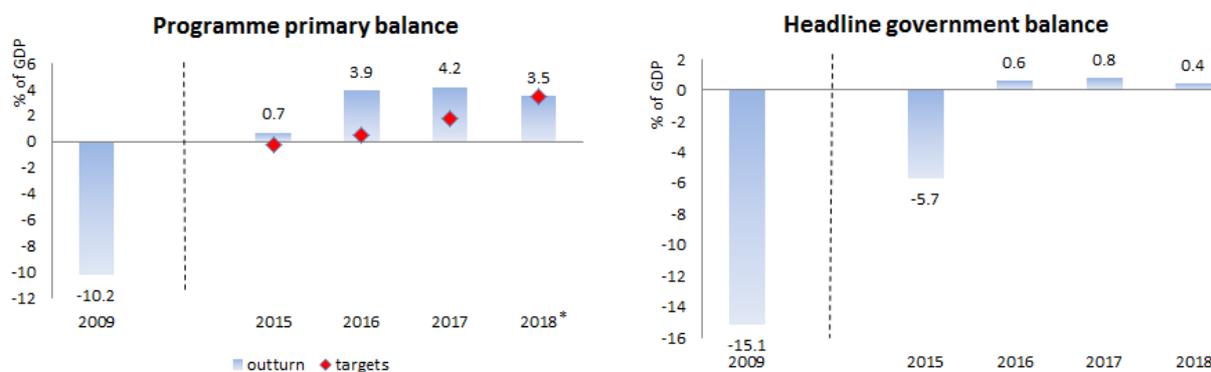
	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Reales BIP (Wachstumsrate)	1,4	1,9	2,3	2,3	2,1	1,8
Letzter Stand Beitrag Binnennachfrage (1)	1,0	1,9	2,3	2,3	2,1	1,8
Nettobetrag Handel	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Beschäftigung (Wachstumsrate)	2,1	1,7	1,8	1,4	1,0	0,7
Arbeitslosenquote	21,5	20,1	18,4	17,0	15,8	14,9
Löhne und Gehälter pro Arbeitnehmer (Wachstumsrate)	0,1	0,8	1,3	2,0	2,3	2,4
HVPI-Inflation (Wachstumsrate)	1,1	0,5	1,2	1,3	1,5	1,7
BIP-Deflator (Wachstumsrate)	0,7	0,9	1,3	1,6	1,6	1,8

3. Säule I: Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

3.1 HAUSHALTSENTWICKLUNG UND -POLITIK

Aufbauend auf den soliden Haushaltsergebnissen der Vorjahre belief sich der Primärüberschuss 2017 auf 4,2 % des BIP und hat das im ESM-Programm festgelegte Haushaltsziel um fast 2½ % des BIP übertroffen. Der staatliche Finanzierungssaldo weist einen Überschuss von 0,8 % des BIP auf und Griechenland hat somit zum zweiten Mal in Folge einen Überschuss erzielt. Dies ist auf die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen aus der zweiten Überprüfung sowie auf positive konjunkturelle Entwicklungen, einen Anstieg bei der Beitreibung ausstehender Steuern und bedeutende Minderausgaben zurückzuführen. Wenn man bedenkt, dass Griechenlands Defizit im Jahr 2009 15 % des BIP betrug, ist das Erreichen eines nominalen Überschusses im Jahr 2016 und 2017 eine erfreuliche Nachricht, die die erheblichen Anstrengungen Griechenlands zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und Reformierung der Wirtschaft widerspiegelt. Der Übertrag aus den übertroffenen Haushaltszielen für 2017 dürfte insgesamt positiv ausfallen, da ein Teil der Einsparungen, die zu diesem Ergebnis geführt haben, wohl permanenter Natur sein dürfte.²

Abb. 3: Deutliche Verbesserung der Finanzierungssalden seit 2009, Übererfüllung der Ziele



Hinweise: Der Primärsaldo 2009 wurde um die Nettokosten staatlicher Interventionen zur Unterstützung von Finanzinstituten bereinigt, wie von Eurostat ausgewiesen, wonach die Nettokosten als Primärausgaben abzüglich Einnahmen ohne ausstehende Gebühren für Garantien definiert werden. Die Primärsalden für 2015 und darüber hinaus entsprechen den Programmbedingungen gemäß Definition in der Technischen Absichtserklärung (TMU). (*) Prognosen.

Quelle: Europäische Kommission 2018, Frühjahrsprognose für 2018

Nach den aktualisierten und zwischen den europäischen Institutionen abgestimmten Haushaltsprognosen sollte Griechenland 2018 das Ziel eines Primärüberschusses von 3,5 % des BIP erreichen. Die Prognose basiert auf dem in Abschnitt 2 enthaltenen makroökonomischen Szenario, in dem die Prognosen für die wichtigsten haushaltspolitisch relevanten Gesamtgrößen gegenüber den Prognosen der dritten Überprüfung

² Der 2017 erreichte Primärüberschuss von 4,2 % des BIP hat den im Rahmen der dritten Überprüfung für das Jahr prognostizierten Wert von 2,3 % des BIP deutlich übertroffen. Dies ist vornehmlich auf Minderausgaben für Investitionen und Betriebsausgaben zurückzuführen. Zu den anderen Faktoren, die zu einer Verbesserung des Primärsaldos beigetragen haben, zählen die gesunkenen Ausgaben für Rentenpauschalzahlungen, über den Erwartungen liegende Sozialbeiträge sowie eine Reihe von Einzelfaktoren, darunter eine erhebliche Zahlung zur Begleichung von Steuerrückständen im Rahmen der erfolgreichen Initiative zur Selbstanzeige, die 2017 ins Leben gerufen wurde.

gesenkt wurden, darunter die Arbeitnehmerentgelte und der private Konsum. Die Auswirkungen auf den Staatshaushalt belaufen sich in dem korrigierten makroökonomischen Szenario auf etwa -0,2 % des BIP für 2018 und steigen bis 2022 kumulativ auf -0,5 % des BIP an. Zudem wird in der Prognose die Rückzahlung falsch berechneter AKAGE-Sozialbeiträge, die laut den Behörden 2018 ausgeführt werden soll (wodurch der Saldo 2018 mit etwa 100 Mio. EUR und in den weiteren Jahren mit etwa 40 Mio. EUR belastet wird), sowie die Erfassung der 2017 erfolgten Barvorauszahlung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung an die staatliche Stromversorgungsgesellschaft PPC (63 Mio. EUR) in 2018 gemäß VGR auf der Grundlage der Ergebnisse der VÜD-Meldung berücksichtigt. Diese Korrekturen mit negativen Auswirkungen auf den Saldo wurden durch die positive Übertragungswirkung der Ergebnisse für 2017 und der regelmäßigen Aktualisierungen basierend auf eingehenden Daten und den von der Regierung während der Überprüfungen bereitgestellten Informationen, darunter die durch die Dividende der griechischen Zentralbank erzielten Einnahmen und die höheren Einnahmen aus der Beitreibung ausstehender ENFIA-Zahlungen, wieder ausgeglichen.

In die Prognose für 2018 fließen im Rahmen vorheriger Überprüfungen verabschiedete haushaltspolitische Maßnahmen mit einer Nettoauswirkung von 0,4 % des BIP ein. Zu den wesentlichen Maßnahmen, die 2018 umgesetzt werden, zählen die Rentenreform von 2015-2016, Maßnahmen zum Ausgleich der Einführung des SSI-Systems (Reduzierung der Steuergutschriften für Krankheitskosten, Abschaffung der Einkommensteuervergünstigung in Höhe von 1,5 % auf die Quellensteuer, Senkung des Heizkostenzuschusses und anderer Sozialleistungen sowie kleinere Maßnahmen), die Abschaffung der Mehrwertsteuerrabatte für Inseln und die Reform der Übernachtungssteuer. Darüber hinaus ist in der Prognose die Umsetzung einer neuen Subvention zur Angleichung der Beförderungskosten vorgesehen, um die Beförderungskosten für auf den Inseln registrierte natürliche Personen und Unternehmen an die Kosten für die Beförderung von Personen und Waren auf dem Festland anzugleichen. Die Subvention wird 2018 getestet und im darauffolgenden Jahr auf der Mehrzahl der Inseln eingeführt.

Ferner wird in der Prognose die Begleichung von Verbindlichkeiten aufgrund von Beschlüssen des griechischen Verfassungsgerichts berücksichtigt, wozu sich die Regierung in ihrer aktualisierten mittelfristigen Haushaltsstrategie verpflichtet hat. Mehrere Entscheidungen des obersten Verwaltungsgerichts, die in letzter Zeit endgültig ergangen sind oder bestätigt wurden, haben zu finanziellen Nettoverbindlichkeiten für die griechische Regierung in Höhe von 0,4 % des BIP geführt, die in naher Zukunft beglichen werden müssen. Insbesondere wurden in den Entscheidungen die 2012 auferlegten Lohn- und Gehaltskürzungen für uniformierte Beamte und bestimmte andere Berufe für verfassungswidrig erklärt und die betroffenen Berufsgruppen haben nun das Recht, für die Jahre vor der 2017 für diese Berufe eingeführten Lohn- und Gehaltsreform ihre Löhne bzw. Gehälter zurückzufordern. Die mittelfristige Haushaltsstrategie enthält eine Verpflichtung, die finanziellen Risiken im Zusammenhang mit diesen Verbindlichkeiten 2018 auszuräumen. Die für die Nachzahlung der Löhne und Gehälter erforderlichen Finanzmittel wurden aus dem öffentlichen Investitionsprogramm umgeschichtet.

Im Hinblick auf aktuelle politische Maßnahmen wird davon ausgegangen, dass beim Primärüberschuss das Haushaltsziel von 3,5 % des BIP erreicht und es mittelfristig vielleicht sogar übertroffen wird, wodurch das Paket für den Zeitraum nach Programmabschluss 2019 und 2020 geradlinig umgesetzt werden kann. Das Paket für den Zeitraum nach Programmabschluss wurde im Rahmen der zweiten Überprüfung verabschiedet und enthält einen Abschnitt zur Konsolidierung sowie einen Abschnitt zu den expansiven Maßnahmen, wobei für Letztere mittelfristig ein Primärüberschuss von 3,5 % des BIP erreicht werden muss. In Bezug auf die Konsolidierung besteht das Paket aus einer Rentenreform, die 2019 Nettoeinsparungen von 1 % des BIP erzielt, sowie aus einer Senkung des Einkommensteuerfreibetrags zur Ausweitung der Bemessungsgrundlage im Jahr 2020. Wenn das mittelfristige Ziel erreicht wird, werden die Maßnahmen durch ein gezieltes Ausgabenpaket und wachstumsfördernde Steuermaßnahmen ergänzt, die 2019 und 2020 in Kraft treten. Die Regierung hat als Vorabmaßnahme einen Zeitplan für die Verabschiedung sekundärrechtlicher Vorschriften vorgelegt, in dem die Parameter für die 2019 umzusetzenden Kompensationsmaßnahmen festgelegt werden.

Um den in den Prognosen der europäischen Institutionen und der Regierung für 2019 entstehenden Haushaltsspielraum auszunutzen, hat die Regierung in der mittelfristigen Haushaltsstrategie angedeutet,

dass ggf. weitere Maßnahmen verabschiedet werden. Diese Maßnahmen werden derzeit noch nicht in den Prognosen berücksichtigt. In der Regel sind wachstumsfördernde Steuersenkungen und gezielte Sozialmaßnahmen Bestandteil dieses Pakets, die Einzelheiten wurden jedoch noch nicht festgelegt. Im Einklang mit der üblichen Annahme einer unveränderten Politik haben die europäischen Institutionen in ihrer Prognose ausschließlich Maßnahmen berücksichtigt, die sowohl offiziell angekündigt als auch hinreichend erläutert wurden. Diese zusätzlichen Maßnahmen sind daher zu diesem Zeitpunkt noch von der Prognose der europäischen Institutionen ausgenommen und müssten mit dem Haushalt 2019 Ende des Jahres vereinbart werden.

In den kommenden Jahren werden den Haushaltsprognosen der europäischen Institutionen die folgenden vorläufigen Annahmen zugrunde gelegt: i) allmähliche Schließung der Produktionslücke und Anstieg der Inflation auf 1,7 % bis 2022, was sich positiv auf die Einnahmen auswirken wird; ii) eine Personalabbauquote von 1:1 für 2019 und darüber hinaus und eingedämmter Anstieg der durchschnittlichen Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und somit begrenzter Anstieg der gesamten Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst; iii) Anstieg der Gesundheitsausgaben im Einklang mit dem realen BIP und iv) die zugrunde liegende Dynamik bestimmter Ausgabenkategorien (z. B. Ausschöpfung von EU-Mitteln und die damit zusammenhängenden Investitionen steigen im Einklang mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen der EU, Fertigstellung großer Investitionsprojekte gemäß aktuellem Zeitplan, vertragliche Einschränkungen für den Erwerb militärischer Ausrüstung usw.).

Das haushaltspolitische Basisszenario ist mit Unsicherheiten behaftet. Die Prognose basiert auf der Annahme, dass die Haushaltsobergrenzen voll ausgeschöpft werden, was sich in den letzten Jahren als schwer erreichbar erwies und daher ein erhebliches Aufwärtspotenzial darstellt. Des Weiteren sollte auch darauf hingewiesen werden, dass die Prognose keine Erträge aus der Vielzahl an administrativen und strukturellen Haushaltsreformen im ergänzenden MoU berücksichtigt; dies gilt insbesondere für die Reformen zur Verbesserung der Steuerverwaltung, die in einigen Bereichen große Fortschritte über die zentralen Leistungsindikatoren aus dem Programm hinaus erzielen. Abwärtsrisiken stehen im Wesentlichen in Zusammenhang mit potenziellen Abweichungen bei den Erträgen aus den im Rahmen des Programms bereits verabschiedeten, jedoch 2019 noch umzusetzenden Maßnahmen, darunter der erwarteten Anpassung der Immobilienwerte an die Marktpreise, die die Erträge aus der Grundsteuer 2018 und darüber hinaus beeinflussen werden. Nicht zuletzt werden trotz der positiven Bewertungen eines Großteils der im Rahmen des Programms verabschiedeten Schlüsselreformen durch unabhängige Rechtsexperten einige der Maßnahmen vom obersten Verwaltungsgericht endgültig geprüft, weswegen der laut Prognosen in den nächsten Jahren verfügbare Haushaltsspielraum nur unter Vorbehalt verplant werden sollte.

Die Regierung hat die mittelfristige Haushaltsstrategie 2018 als Vorabmaßnahme für die vierte Überprüfung des ESM-Programms verabschiedet. Die Haushaltsstrategie enthält eine Verpflichtung zur Einhaltung des vereinbarten Ziels eines Primärüberschusses von 3,5 % im Jahr 2018 und mittelfristig bis 2022. Die Regierung prognostiziert für 2018 einen Primärüberschuss gemäß Programmdefinition in Höhe von 3,6 % des BIP, der bis 2022 auf 5,2 % des BIP ansteigen soll. Die Haushaltsstrategie beruht auf einem makroökonomischen Szenario, das sich eng an dem Szenario der europäischen Institutionen orientiert. Beide Prognosen zeichnen im Wesentlichen ein ähnliches Bild von der Entwicklung der gesamtstaatlichen Einnahmen, außer für das Jahr 2022, in dem die europäischen Institutionen mit einer weniger optimistischen (langsameren) Aufnahme von Mitteln im Planungszeitraum 2020-2026 aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds rechnen. Unterschiedliche Erwartungen bestehen vornehmlich bei der mittelfristigen Entwicklung der öffentlichen Ausgaben: die Regierung geht davon aus, dass das derzeit niedrige Ausgabenwachstum auch nach Programmablauf aufrecht erhalten werden kann, insbesondere im Bereich der Sozialausgaben und der Lohn- und Gehaltskosten; im Gegensatz dazu rechnen die europäischen Institutionen bei diesen Posten mit einem gewissen Anstieg der Ausgaben. Zudem hat die Regierung beschlossen, dass die bereits erwähnte Subvention zur Angleichung der Beförderungskosten aus dem ohnehin kaum ausgeschöpften öffentlichen Investitionshaushalt finanziert werden kann, wohingegen die europäischen Institutionen die Subvention als zusätzliche laufende Ausgabe behandeln, um zu vermeiden, dass öffentliche Investitionen gestrichen werden.

Tabelle 2. Hauptfaktoren der haushaltspolitischen Basisprognosen 2018–2022

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Tats.	Progn.	Progn.	Progn.	Progn.	Progn.
Gesamteinnahmen in Mrd. EUR	87,2	88,4	88,8	90,3	92,3	94,1
Gesamteinnahmen in % des BIP	49,1	48,4	46,9	45,9	45,2	44,4
	<i>Ausgangswert</i>	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in Mrd. EUR)</i>				
	<i>t</i>					
Gesamteinnahmen in Mrd. EUR	87,2	1,2	0,4	1,5	2,0	1,8
Makro		1,1	1,6	2,0	2,1	2,2
Einnahmenwirksame Maßnahmen		0,1	-0,4	-0,1	0,0	0,0
Nichtsteuerliche Einnahmen & Anträge auf EU-Mittel		1,2	-0,3	-0,3	0,1	-0,3
Sonstige Anpassungen 2/		-1,1	-0,4	-0,1	-0,2	-0,1
Primärausgaben gesamt in Mrd. EUR	79,6	82,0	81,6	82,9	84,0	85,1
Primärausgaben gesamt in % des BIP	44,8	44,9	43,1	42,1	41,1	40,2
	<i>Ausgangswert</i>	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in Mrd. EUR)</i>				
	<i>t</i>					
Primärausgaben gesamt in Mrd. EUR	79,6	2,4	-0,4	1,3	1,1	1,1
Arbeitnehmerentgelte		21,5	0,5	0,4	0,3	0,3
Soziale Transferleistungen 3/		38,3	-1,3	-1,7	0,6	0,5
Investitionen 4/		8,1	-2,0	1,5	0,1	-0,3
Vorleistungen		9,0	0,1	0,1	0,0	0,7
Sonstige Ausgaben & Rückstellungen 4/5/		2,7	5,0	-0,7	0,1	0,0
Primärsaldo in Mrd. EUR 1/	7,5	6,4	7,2	7,5	8,3	9,0
Primärsaldo in % des BIP 1/	4,2	3,5	3,8	3,8	4,1	4,3
Nachrichtliche Positionen						
Nominales BIP-Wachstum (in %)	2,0	2,8	3,6	3,9	3,7	3,6
VPI (in %)	1,1	0,5	1,2	1,3	1,5	1,7
Produktionslücke (in % des pot. BIP)	-7,7	-5,2	-2,8	-1,8	-0,9	0,0
Gesamtsaldo (in % des BIP)	0,8	0,4	0,2	0,4	0,7	1,1
struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)	4,2	2,6	1,6	1,4	1,2	1,2
Rentenreformen (Nettoeinsparungen, in Mrd. EUR)	2,2	3,0	5,5	5,6	5,8	5,8
davon: von der Umgestaltung (in Mrd. EUR)	0,0	0,3	2,6	2,5	2,4	2,4

1/ Primärsaldo gemäß Programmdefinition.

2/ Der Rückgang 2018 spiegelt den negativen Übertrag aus den 2017 erzielten Einnahmen wider, die als befristet angesehen wurden.

3/ Der Rückgang 2018 spiegelt die 2017 beglichenen Einmalmaßnahmen wider, und zwar die Sozialdividende sowie eine Erstattung falsch berechneter Krankenversicherungsbeiträge.

4/ Die Investitionstätigkeit für 2017 und andere Ausgaben spiegeln den Abschluss des Baus von Fernstraßen wider (Verschiebung von Vorratsvermögen zu Investitionen).

5/ Einschließlich Zuschüssen und Transferleistungen.

Quelle: Europäische Kommission

3.2 HAUSHALTPOLITISCHE STRUKTURREFORMEN

3.2.1 Steuerreformen

Im Bereich der Steuerpolitik wurden bedeutende Fortschritte erzielt, darunter die Modernisierung der unternehmensteuerlichen Anreize, Verbesserungen des Einkommen- und Mehrwertsteuergesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung sowie eine umfassende Neubewertung der Grundsteuerwerte für die Festsetzung der Grundsteuer 2018 durch die ENFIA. Im Einklang mit bestehenden Rechtsvorschriften wird der Mehrwertsteuerrabatt auf den Inseln bis Juli 2018 vollständig abgeschafft.

Die Regierung hat von der mit der GD Wettbewerb erzielten Einigung in den langwierigen Verhandlungen zur Besteuerung von Schifffahrtsunternehmen berichtet. Der vorübergehende freiwillige Beitrag der Schifffahrtsbranche wird verlängert, eine neue Steuer auf zurückgeführte Gewinne wird eingeführt und diverse Schlupflöcher werden geschlossen. Die Rechtsvorschriften werden im Juli 2018 fertiggestellt und verabschiedet.

Die Behörden haben darüber hinaus mithilfe der technischen Unterstützung eine Reihe technischer Korrekturen am Einkommensteuergesetz vorgenommen, um die Möglichkeiten zur Steuervermeidung

einzuschränken und die Meldeverfahren zu vereinfachen. Die Überprüfung wird jedes Jahr wiederholt. Die Behörden haben mit technischer Unterstützung die Verzinsungsregelung des Steuerverfahrensgesetzes überprüft und beschlossen, keine Änderungen vorzunehmen.

Die unternehmensteuerlichen Anreize für Beschäftigung, Umweltausgaben und Filme sowie andere audiovisuelle Produktionen wurden modernisiert. Die Bestimmungen treten an die Stelle bestehender Rechtsvorschriften, die nicht hinreichend zielgerichtet waren oder, wie bei den Umwelтанreizen, nicht umgesetzt wurden. Sozialbeiträge von Arbeitgebern für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen jungen Menschen unter 30 werden steuerlich abziehbar sein, für Umweltinvestitionen in energie- und wassersparende Technologien werden höhere Abschreibungssätze verfügbar sein und die vorherigen Anreize für Investitionen in Filme wurden prozentual gesenkt, sind jedoch durch die Abschaffung der hohen Mindestanforderungen bezüglich der Ausgaben und der Ausweitung auf andere audiovisuelle Medien für kleine Filmproduzenten besser zugänglich.

Beim Mehrwertsteuergesetz wurden bedeutende Verbesserungen vorgenommen. Die Behörden haben die Rechtsvorschriften zur erneuten Mehrwertsteuerregistrierung und zu den Verfahren für Unternehmensgründungen überprüft, um für natürliche Personen, die zuvor Insolvenz angemeldet hatten oder in Steuerhinterziehung bzw. -betrug verwickelt waren, eine erneute Registrierung zu erschweren. Außerdem wurde das Mehrwertsteuergesetz überprüft und optimiert, um Schlupflöcher zu schließen und die Verrechnungspreisvorschriften ggf. für Mehrwertsteuerzwecke anzuwenden.

Die Behörden haben das Gesetz über die Erhebung öffentlicher Einnahmen (KEDE) dahingehend geändert, dass die IAPR und andere Behörden das System elektronischer Auktionen nutzen können. Die IAPR hat ein Programm für elektronische Auktionen aufgelegt und es werden regelmäßige Berichte über die erzielten Fortschritte erstellt. Die IAPR hat damit begonnen, bei den Auktionen die Startpreise nicht mehr nach dem steuerrechtlichen Preis festzulegen, sondern anhand der Marktbewertung, wodurch die Chancen für einen erfolgreichen Verkauf gestiegen sind. Die IAPR hat ein Rundschreiben herausgegeben, das öffentliche Behörden künftig ermächtigt, das neue Verfahren der Zivilprozessordnung zu nutzen, um eine Preisminderung nach einer erfolglosen Auktion zu beantragen.

Die Behörden haben eine umfassende Neubewertung der Grundsteuerwerte mit Unterstützung von Immobiliensachverständigen vorgenommen, um die Grundsteuerwerte schrittweise an die Marktpreise anzupassen. Die vollständige Neubewertung der nach unten korrigierten Preise und die partielle Angleichung der nach oben korrigierte Preise im Jahr 2018 führte zu einem leichten Anstieg der Steuerwerte insgesamt. Die ENFIA-Steuersätze und Schwellenwerte wurden angepasst, um den Anstieg der Immobilienwerte teilweise wieder auszugleichen, wobei die Einnahmenneutralität der Reform in 2018 weitestgehend gewährleistet ist. Die Behörden haben zugesagt, 2019 die Werte für die Immobilienbewertung schrittweise mindestens zur Hälfte an die Marktpreise anzupassen und die vollständige Angleichung an die Marktpreise bis 2020 vorzunehmen. Sie haben außerdem noch weitere Maßnahmen zur Aktualisierung der Grundsteuerbewertung ergriffen: im Finanzministerium wurde eine Immobilienbewertungseinheit eingerichtet und es wird ein IT-System zur künftigen Unterstützung der Immobilienbewertung entwickelt.

3.2.2 Reform der Finanzverwaltung

Nach Einrichtung der unabhängigen Steuerbehörde (IAPR) zum 1. Januar 2017 und Umsetzung wichtiger Reformen im Rahmen der dritten Überprüfung, haben die Behörden die Leistungsfähigkeit der IAPR weiter verbessert. Sämtliche Kabinettsgesetze, die für die Einleitung des Einstellungsverfahrens zur Besetzung von 2000 freien Stellen innerhalb der IAPR als Teil der im Oktober 2016 vereinbarten einmaligen Mittelzuführung erforderlich sind, wurden nun verabschiedet. Die IAPR, die seit 2010 konstant Personal verliert, sollte somit bis 2021 schrittweise einen Personalbestand von 13.322 erreichen. Diese Zahl wird angesichts der Schwächen in der IT-Infrastruktur und der Qualifikationen der derzeitigen Bediensteten als angemessen angesehen. Die Einstellung neuer und qualifizierterer Mitarbeiter dürfte zudem zur Transformation der IAPR in eine moderne, gerechte und unabhängige Steuer- und Zollverwaltung beitragen.

Die Reorganisation der Bekämpfung von Finanzkriminalität wurde fortgeführt. Die IAPR hat 7.200 Fälle mit geringem Streitwert zur weiteren Untersuchung und abschließenden Beurteilung an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben. Sie konzentriert sich nun auf die Untersuchung der 1.271 Rechtssachen der Staatsanwaltschaft mit hohem Streitwert und der anderen Steuerfälle, die anhand von Risikoanalysen also prioritär eingestuft wurden.

Die zur Verstärkung der Beitreibungsmaßnahmen erforderlichen IT-Systeme wurden weiter verbessert. Die Behörden haben eine zentrale verfahrenstechnische Maßnahme zur Beschaffung der Software zur weiteren Automatisierung der Beitreibung, insbesondere mit einem voll automatisierten Pfändungsverfahren, umgesetzt. Die Software soll bis 2021 vollständig einsatzbereit sein.

Der Kampf gegen Schmuggel wurde fortgesetzt. Die Behörden haben eine Rechtsvorschrift zur Stärkung der Verantwortung inländischer Tabakhersteller für ihre Lieferkette erlassen.

Die Behörden haben die Zentralisierung der Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen und Verbindlichkeiten durch EFKA (Beiträge) sowie KEAO (Teil der EFKA, ausstehende Sozialversicherungsbeiträge) weiter vorangetrieben. Sämtliche ausstehenden Sozialversicherungsbeiträge von Schuldner der früheren Sozialversicherungsträger, für die Ratenzahlungen vereinbart und die von EFKA überwacht wurden, wurden in die einheitliche Stelle für die Erhebung von Sozialversicherungsschulden (KEAO) überführt. Der Zeitplan und die Vorgehensweise zur Überführung der übrigen Schulden, die noch in den Papierakten der früheren Sozialversicherungsträger bestehen, wurden abgestimmt.

3.2.3 Öffentliches Finanz- und Beschaffungswesen

Öffentliches Finanzwesen

Die Regierung führt derzeit eine neue Haushaltsgliederung und Kontendarstellung ein. Die Behörden modernisieren derzeit ihr IT-System, um die neuen wirtschaftlichen und administrativen Gliederungen im Staatshaushalt 2019 zu berücksichtigen. Das Konzept für die Integration der neuen Kontendarstellung in das Finanzmanagement-Informationssystem (FMIS) der Zentralverwaltung wurde als Vorabmaßnahme mit dem IT-Unternehmen endgültig vereinbart. Nach einer Testphase im Herbst wird das IT-System die neue Kontendarstellung für die Zentralverwaltung unterstützen können. In der Zwischenzeit arbeiten die Behörden an den verbleibenden Segmenten wie den Mittel-, Funktions-, Programm- und Projektgliederungen entsprechend dem leistungsorientierten Haushaltsführungsrahmen. Die Übernahme der neuen Kontendarstellung bildet die Grundlage für die Unterstützung der neuen Aufgaben im Bereich des Kassenwesens. Die Mittel- und Funktionsgliederungen für die Zentralverwaltung sollen jeweils mit dem Staatshaushalt 2020 bzw. 2021 übernommen werden. Die gesamtstaatlichen Einrichtungen sollen die neuen Gliederungen ab dem 1. Januar 2023 in ihr Haushalts- und Rechnungssystem übernehmen.

Die Behörden haben bei der Begleichung von Zahlungsrückständen gegenüber dem Privatsektor mit dem Ziel der vollständigen Begleichung des ausstehenden Bestands ausreichende Fortschritte erzielt. Um die strukturellen Schwächen der Verwaltung bei der Begleichung der Zahlungsrückstände zu beheben, haben die Behörden einen vorläufigen Aktionsplan zur Verbesserung der Zahlungsdisziplin und Beseitigung der Schwachstellen, die zu neuen Zahlungsrückständen führen, vorgelegt. Der Aktionsplan stützt sich auf die vom griechischen Rechnungshof im Anschluss an dessen Prüfung der Zahlungsrückstände der gesamtstaatlichen Einrichtungen gegenüber Dritten ausgesprochenen Empfehlungen. Der Aktionsplan mit Terminvorgaben wurde in Abstimmung mit dem Obersten Rechnungshof und in Zusammenarbeit mit den überprüften Einrichtungen und zuständigen Ministerien erstellt. Die IAPR hat auf der Grundlage des Berichts vom griechischen Rechnungshof ihren eigenen Aktionsplan zur Beseitigung der Schwachstellen bei der Auszahlung der ausstehenden Steuererstattungen erstellt. Die beiden Aktionspläne werden im Juli 2018 endgültig fertiggestellt und die Termine für die Umsetzung werden mit den Institutionen abgestimmt. Die Umsetzung der Empfehlungen wird durch eine kontinuierliche Überwachung durch den Obersten Rechnungshof und die aufsichtführenden Ministerien sichergestellt und 2019 wird der griechische Rechnungshof eine Compliance-Prüfung durchführen. Darüber hinaus hat das Finanzministerium die Struktur der im Verpflichtungsregister gespeicherten und über das

E-Portal gesammelten Informationen zwecks Einrichtung eines umfassenden Überwachungssystems für Ausgabenverpflichtungen, Verbindlichkeiten und Zahlungsrückstände geändert. Im Rahmen des verbesserten Meldesystems sind die gesamtstaatlichen Einrichtungen und die Einrichtungen der Zentralverwaltung angehalten, dem Wirtschaftsminister regelmäßig nicht nur Finanzinformationen zu übermitteln, sondern auch Erklärungen zu neu entstandenen Zahlungsrückständen und zur Einhaltung von ggf. mit den aufsichtführenden Ministerien vereinbarten Rückzahlungsplänen.

Die Regierung arbeitet derzeit an der Verbesserung des fragmentierten Kassenwesens, mit dem die Übertragung von Barreserven an die Staatskasse bei der griechischen Zentralbank sichergestellt wird. Im Rahmen des Artikelgesetzes wurde ein neuer Rechtsrahmen für das Kassenwesen gebilligt. Alle Einrichtungen der Zentralverwaltung sind verpflichtet, ihre Konten innerhalb des zentralen Haushaltskontos bei der griechischen Zentralbank zu führen. Die anderen zentral- bzw. gesamtstaatlichen Einrichtungen sind verpflichtet, das Kontensystem der Staatskasse nutzen, indem sie ihre überschüssigen Barreserven an die griechische Zentralbank überweisen. Seit Juli 2017 wurden mehr als 3 Mrd. EUR überwiesen. Der Finanzminister und die Einrichtungen werden anhand von Cashflow-Prognosen den Finanzbedarf der Einrichtungen und die für das Schuldenmanagement des Staates verfügbaren Überschussreserven bestimmen. Konten außerhalb der griechischen Zentralbank dürfen nur von gesamtstaatlichen Einrichtungen geführt werden und der Kontostand darf nur so hoch sein, um die reibungslose Wahrnehmung der Aufgaben nicht zu gefährden. Durch die Zusammenführung der Überschussreserven wird das Liquiditätsmanagement der Regierung effizienter gestaltet und gleichzeitig das Schuldenmanagement gestärkt. Die Auswirkungen auf die Liquidität der Geschäftsbanken werden durch die Auktionen der PDMA von Einlagen an Geschäftsbanken neutralisiert.

Die Behörden erzielen bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der Verwaltung von Staatsgarantien weitere Fortschritte. Die Verwaltung der Staatsgarantien, die natürlichen Personen und Unternehmen bei Naturkatastrophen oder Privatunternehmen in Gegenden mit außergewöhnlich geringer Wirtschaftsaktivität gewährt werden, ist besonders umständlich. Die Behörden haben eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Verwaltungskapazitäten hinsichtlich der Bearbeitung von Garantieforderungen entwickelt, indem sie ein Zentralregister der Schuldner erstellt, Vergleichsregelungen vereinbart und die Interoperabilität mit den Finanzämtern verbessert haben. Mit dem Artikelgesetz wurde der Rechtsrahmen unter Einhaltung der EU-Verträge und der Verordnungen über staatliche Beihilfen modernisiert. Die Behörden haben insbesondere klargestellt, unter welchen Voraussetzungen die Garantie ausgestellt und abgerufen werden kann, und haben die Kreditinstitute aufgefordert, regelmäßig zweckdienliche Informationen über jeden Schuldner zu übermitteln.

Öffentliches Beschaffungswesen

Die Behörden haben im Bereich öffentliches Beschaffungswesen alle vereinbarten Reformen abgeschlossen. Nach Abschluss der Gesetzesreform (Vereinfachung, Kodifizierung und Konsolidierung der griechischen Rechtsvorschriften zum öffentlichen Beschaffungswesen und zu Konzessionen) und der Reformen in den Bereichen Rechtsbehelfe, zentrale Beschaffung und elektronische Beschaffung sowie der Verabschiedung einer nationalen Strategie zum öffentlichen Beschaffungswesen im Rahmen früherer Programme haben die Behörden die Maßnahmen zur Einrichtung und vollständigen Arbeitsfähigkeit des Gremiums zur Prüfung von Rechtsbehelfen (vorgerichtliches Rechtsbehelfssystem) abgeschlossen.

Das Gremium zur Prüfung von Rechtsbehelfen wurde eingerichtet und fungiert als spezialisiertes Verwaltungsorgan, das mit der Überprüfung von Anträgen auf Rechtsbehelfe im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungsverfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge (Lieferungen, Dienstleistungen und Bauarbeiten) und Konzessionen betraut ist. Die Behörden haben die Mitglieder des Gremiums zur Prüfung von Rechtsbehelfen ernannt und das Auswahlverfahren für die Ernennung des wissenschaftlichen und Verwaltungspersonals abgeschlossen.

3.2.4 Nachhaltigkeit der Sozialfürsorge

Renten

Die Behörden haben bei der Umsetzung der Rentenreform von 2016 (Gesetz 4387/2016) weiterhin gute Fortschritte erzielt. Die Umgestaltung der Rentenzahlung wurde für über 2 Millionen Rentner abgeschlossen. Die Behandlung so genannter internationaler Renten, die sowohl aus dem Ausland als auch aus Griechenland gezahlt werden (etwa 55.000 Fälle), wird bis Mitte September 2018 geregelt. Die Behörden haben darüber hinaus alle rechtlich und technisch machbaren Rentenanträge aus dem Jahr 2016 und 66 Prozent der Anträge auf eine Hauptrente aus dem Jahr 2017 berechnet und bearbeitet, womit sie das Ziel um 30 % übertroffen haben. Das Ziel der Bearbeitung von 13.800 Anträgen auf eine Zusatzrente wurde ebenfalls erreicht.

Die Solidaritätszulage (EKAS) für Rentner wird bis Ende 2019 schrittweise abgeschafft. Die Anspruchsvoraussetzungen für die Solidaritätszulage für 2019 wurden im Juni 2018 veröffentlicht, wodurch die jährlichen Kosten für die EKAS im Vergleich zu 2016 um 853 Mio. EUR reduziert werden.

Die Zusammenführung aller Versicherten und der dazugehörigen Daten in den einheitlichen Rentenversicherungsträger (EFKA) wurde im Mai 2018 vollständig abgeschlossen. Die betreffenden Mitarbeiter und Datenbanken sowie die Software- und IT-Infrastruktur wurden vom Obersten Rechnungshof in die EFKA überführt. Die Behörden haben den im Rahmen der zweiten Überprüfung verabschiedeten Aktionsplan umgesetzt, um die aus der Zusammenführung der fragmentierten Rentenversicherungsträger in die EFKA entstandenen Effizienzgewinne auszunutzen.

Darüber hinaus wurden als Teil des Artikelgesetzes die Regelungen für den Pensionsfonds für Journalisten (EDOEAP) vollständig an die Regelungen des zusammengeführten Zusatz-Rentenfonds (ETEAEP) angepasst, wodurch auch sichergestellt wird, dass es nicht zu einer staatlichen Finanzierung des EDOEAP-Defizits kommen kann.

Im Rahmen des Mitte Juni verabschiedeten Artikelgesetzes haben die Behörden ebenfalls die Diversifizierung des Anlageportfolios der EFKA vorangetrieben, damit sie keine beherrschenden Anteile an privaten Unternehmen hält. Die Behörden haben insbesondere schriftlich zugesichert, dass EFKA und HFSF bis spätestens Ende Juli eine Sondervereinbarung treffen werden, um die Übertragung der Stimmrechte auf den HFSF bei gleichzeitiger Wahrung seiner Unabhängigkeit wirksam umzusetzen.

Gesundheitswesen

Die Behörden haben ihre Verpflichtung, die Ausgaben im Gesundheitswesen insgesamt weiter zu rationalisieren, erfüllt. Im Rahmen der vierten Überprüfung haben die Behörden Ergebnisse in diversen

Arbeitsbereichen geliefert mit dem Ziel, die Ausgabeneffizienz auf verschiedene Art und Weise zu steigern. Die Behörden haben die im MoU festgelegten Ziele für die laufende Einführung der primären Gesundheitsversorgung erreicht. Dies ist eine der ehrgeizigsten Reformen, bei der sich die Patienten bei Hausärzten registrieren müssen, der die Überweisungen an Fachärzte steuert. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu weiteren Effizienzgewinnen durch Reduzierung der übermäßigen Abhängigkeit von der Versorgung durch Krankenhäuser. In den nächsten zwei Jahren sollen 240 Zentren für die medizinische Grundversorgung eröffnet werden. Ebenso ehrgeizig und wichtig ist die Wiedereinführung der zentralen Beschaffung im Gesundheitswesen, womit weitere wichtige Einsparungen durch mehr Effizienz erzielt werden können. Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen in diesem Bereich wurden ebenfalls abgeschlossen und das Einstellungsverfahren zur Besetzung der zuständigen öffentlichen Stelle (EKAPY) wurde als Vorabmaßnahme eingeleitet.³ Das Verhältnis von Waren und Dienstleistungen dürfte im Rahmen der zentralen Beschaffung gemäß dem vereinbarten Plan ansteigen. Mit der Ausweitung bestehender, von HDIKA in das elektronische Verschreibungssystem aufgenommener Verschreibungs- und Therapieprotokolle mit dem Ziel, der angebotsinduzierten Nachfrage zu begegnen, werden die zusätzlich ergriffenen effizienzsteigernden Maßnahmen gebündelt.

Zur Eindämmung der Arzneimittelausgaben wurden weitere Maßnahmen ergriffen. Die Behörden sind ihrer Verpflichtung, die Preise für Arzneimittel in regelmäßigen Abständen nach unten zu korrigieren, nachgekommen und sie haben die Preisliste für Mai 2018 wie vereinbart veröffentlicht.⁴ Sie haben zudem Maßnahmen zur weiteren Verbreitung von Generika ergriffen, indem die Patientenbeteiligung für diese Arzneimittelkategorie eingeschränkt wurde (Law 4549/2018, FEK A' 105). Dies wurde durch eine gezielte Befreiung von der Zuzahlung für chronisch kranke Patienten erreicht, finanziert durch einen Rabatt auf den Verkauf von patenfreien Arzneimitteln für Apotheken. Zum selben Zweck haben die Behörden die bestehende Apothekenverordnung überarbeitet und verbessert, um sicherzustellen, dass eine festgelegte Menge an Generika stets vorrätig ist (FEK B' 2285) und um die Wahlmöglichkeiten für Patienten zu gewährleisten.

Die Behörden haben bedeutende Schritte zur Verbesserung der Verwaltung des Gesundheitssystems unternommen. Durch die Verabschiedung zahlreicher Maßnahmen in verschiedenen Bereichen, von verbesserten Prüfungen über die Erstellung von Patientenregistern bis hin zur Einführung von Vorabgenehmigungen für hochpreisige Arzneimittel, haben die Behörden sämtliche im EOPYY-Aktionsplan festgelegten Ziele erreicht. Zu den im EOPYY-Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen, der als Vorabmaßnahme verabschiedet wurde, zählten ebenfalls die Aufnahme neuer Diagnostikprotokolle/-regelungen in das elektronische HDIKA-System zur verbesserten Überwachung und Kontrolle von Rezeptausstellungen, eine bedarfsgerechte Neufestsetzung der Ausgabenobergrenzen, die Erstellung von Registern für erstattungsfähige Posten, die Einführung von Tarifen für neue Dienstleistungskategorien, Fortschritte bei der Durchführung von Echtzeit-Prüfungen und, nicht zuletzt, die einheitliche Verordnung von Gesundheitsdienstleistungen (EKPY, FEK B' 2315). Diese Maßnahmen umfassen zahlreiche fristgerecht umgesetzte und dokumentierte Verwaltungsakte und Rechtsvorschriften, wovon einige Teil des Artikelgesetzes sind.

Die Behörden haben sich im Rahmen der vierten Überprüfung verpflichtet, die Sicherheitsnetze im Haushalt zu erweitern. Angesichts ihrer Bedeutung für die finanzielle Tragfähigkeit des Gesundheitswesens, haben die Behörden die Ausweitung sämtlicher geschlossener Haushalte (Rückforderungen) bis einschließlich 2022 zugesagt. Dies betrifft Arzneimittel, ambulante und stationäre Behandlungen sowie alle „sonstigen Posten“ bei den Ausgaben im EOPYY-Haushalt, für die bereits Rückforderungen geltend gemacht werden (einschließlich der neu hinzugefügten Kategorien für Optiker- und Sonderpädagogikleistungen, FEK B' 2284). Der maximal zulässige Anstieg der Ausgabenobergrenzen pro Jahr wird sich in der Prognose für das reale BIP-Wachstum für das betreffende Jahr zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts widerspiegeln. Die

³ Veröffentlicht in Diavgeia [AAA: 60Y8465ΦYO-Ε9K

<https://diavgeia.gov.gr/decision/view/60%CE%A58465%CE%A6%CE%A5%CE%9F-%CE%9E9%CE%9A>.

⁴ Αριθμ. Πρωτ: Δ3(α)/44071, σελ: 43818, <http://www.moh.gov.gr/articles/times-farmakwn/deltia-timwn/5546-deltio-timwn-farmakwn-anthrwpinhs-xrhshs-maioy-2018-11062018>.

Verpflichtung hat sich in der Verabschiedung primärer Rechtsvorschriften (Gesetz 4549/2018, FEK A 105) niedergeschlagen, worin wiederum die Verpflichtung zum Erlass sekundärer Rechtsvorschriften enthalten ist (ein Ministerialerlass zur Festlegung detaillierter, in Kategorien unterteilter Obergrenzen für 2019 ist im Artikelgesetz vorgesehen und 30 Tage nach Verabschiedung zu veröffentlichen). Im Artikelgesetz werden die Obergrenzen für jede Ausgabenkategorie in Bezug auf Arzneimittel, ambulante und stationäre Behandlungen und „sonstige Posten“ im EOPYY-Haushalt für 2019 festgelegt. Wie bereits erwähnt wurden nicht nur alle bestehenden Ausgabenobergrenzen erweitert, sondern den Ausgabenobergrenzen wurden im EOPYY-Haushalt unter „sonstige Posten“ neue Kategorien (Optiker- und Sonderpädagogikleistungen) hinzugefügt. Die Behörden haben insbesondere die Beitreibung bereits seit Langem ausstehender Rückforderungen (2013-2015) abgeschlossen und weitere Bestimmungen erlassen (FEK B'2214 für Arzneimittelanbieter und FEK B' 4313/11.12.2017 für andere private Anbieter, bereits verabschiedet), um die Beitreibung bzw. Verrechnung aktueller Rückforderungen (2016-2017) zu beschleunigen, einschließlich eines festgelegten Zeitplans.

Kasten 1. Reform der medizinischen Grundversorgung

Als Griechenland von der Krise erfasst wurde, zeichnete sich das griechische Gesundheitssystem im Wesentlichen durch das Fehlen einer flächendeckenden Versorgung seiner Bürger aus. Die Wirtschaftskrise offenbarte mehrere Schwachstellen in der Konzeption des Gesundheitssystems. Entgegen den Angaben der Behörden, eine flächendeckende medizinische Versorgung sei vorhanden (Angaben in der Fachliteratur und z. B. in OECD-Indikatoren über die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung vor Ausbruch der Krise), stellte sich heraus und ist hervorzuheben, dass der Verlust des Arbeitsplatzes tatsächlich den Verlust der Krankenversicherung bedeutete sowie auch des Versicherungsschutzes bezüglich einer Reihe von Gesundheitsleistungen die von den Sozialversicherungsträgern (*social security funds*, SSFs) bereitgestellt werden, darunter insbesondere Arzneimittel, Untersuchungsmethoden und stationäre Versorgung.

Das Fehlen eines kollektiven Gesundheitsfürsorgesystems hat zu einem fehlendem Zugang zu Gesundheitsleistungen und zu sozialer Ungleichheit geführt. Die Krise hat gezeigt, dass der Versicherungsschutz, der Arbeitslosen bezüglich der von den Sozialversicherungsträgern angebotenen Gesundheitsleistungen zur Verfügung steht, tatsächlich durchweg uneinheitlich und bei manchen Berufen größtenteils befristet war. Zwar behielten einige Berufsgruppen ihren Versicherungsschutz nach Eintritt der Arbeitslosigkeit noch für zwei Jahre (z. B. beim Versicherungsträger IKA versicherte Personen), bei anderen dagegen (z. B. viele der selbständigen Berufe) entfiel der Versicherungsschutz unmittelbar. In dieser Zeit bot der nationale Gesundheitsdienst (ESY) weiterhin allen Inländern und Bürgern in seinen Einrichtungen Grundleistungen wie Zugang zu ambulanter Behandlung, medizinischer Notfallhilfe und Impfprogrammen an. Außerdem hatten einige einkommensschwache Gruppen kostenfreien Zugang zum gesamten Angebot an Gesundheitsleistungen. Die Situation war jedoch nicht haltbar und die Ausgestaltung des Gesundheitswesens musste systematischer angegangen werden.

Die flächendeckende Versorgung wurde als prioritäre Strukturreform eingestuft und hat Griechenland zu den Gesundheitssystemen in der EU aufschließen lassen. Es war ein ausdrückliches Ziel der Gesundheitsreformen im Rahmen des ersten und zweiten wirtschaftlichen Anpassungsprogramms, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus hat die Kommission die flächendeckende Versorgung zu einer Priorität für die technische Unterstützung gemacht und sie finanziert die Bereitstellung technischer Unterstützung, um die Arbeiten auf nationaler Ebene zu fördern, wobei die Koordinierung durch die Task Force für Griechenland (heute Dienst zur Unterstützung von Strukturreformen) erfolgt. Dies hat zur Verabschiedung neuer Gesetze geführt, mit denen die flächendeckende Versorgung in Griechenland eingeführt und das griechische Gesundheitssystem hinsichtlich des potenziellen Zugangs zu Gesundheitsleistungen mit den modernen Gesundheitssystemen in der EU in Einklang gebracht wurde. Gemäß diesem neuen Gesetzesrahmen haben alle griechischen Bürger Anspruch auf eine Einwohnerkrankenversicherung. Griechen ohne Versicherungsschutz und andere schwache Bevölkerungsgruppen haben Anspruch auf staatliche medizinische Versorgung und Arzneimittel zu denselben Konditionen wie versicherte Bürger. Die Gesundheitsschutz umfasst klinische und diagnostische Tests, Krankenhausbehandlung, Schwangerschaftsvorsorge, Wiedereingliederung, Überweisung ins Ausland zur speziellen Facharztbehandlung und Bereitstellung von Arzneimitteln und anderer Hilfsmittel.

Umsetzung einer umfassenden Reform der medizinischen Grundversorgung. Griechenland leidet traditionell unter Ineffizienzen und zugleich unter einer übermäßigen Inanspruchnahme der sekundären Gesundheitsversorgung (d. h. Krankenhausleistungen) zu Lasten eines zweckmäßigen Ressourceneinsatzes, wie er dem Leistungsangebot im Rahmen einer gut konzipierten primären Gesundheitsversorgung entspricht. Die primäre Gesundheitsversorgung ist, abgesehen vom Aspekt der Effizienz, als erste Anlaufstelle für die Bürger auch eine entscheidende Komponente des Systems, wenn es darum geht, den Zugang der gesamten Bevölkerung zu Gesundheitsleistungen sicherzustellen. Im Zuge der Verabschiedung des Gesetzes 4486/2017 haben die Behörden ein System zur Bereitstellung der medizinischen Grundversorgung errichtet, das auf der Einrichtung eines Netzes an mehrfach spezialisierten Grundversorgungs-Zentren (multi-specialty PHC centres) beruht. Bei diesen auch als TOMYs bekannten Einrichtungen fungiert der Hausarzt als zentrale Stelle und führt die Gesundheitsakte des Patienten. Der Hausarzt ist für Patienten die erste Anlaufstelle im Gesundheitssystem. Der Hausarzt entscheidet anhand des

Befundes, ob ein Patient an die nächste Ebene der Versorgung (fachärztliche Behandlung) überwiesen wird, zudem benötigen Patienten für einen Facharztbesuch eine Überweisung oder sie müssen die Kosten des Facharztbesuchs selbst tragen. Mit diesem neuen Modell, das auch als Hausarztregelung bekannt ist, sollen die Möglichkeiten der Anbieter von Gesundheitsleistungen reduziert werden, angebotsinduzierte Nachfrage zu erzeugen, wodurch zur Straffung der Gesundheitsausgaben beigetragen wird.

Soziale Sicherungssysteme

Die Umsetzung des garantierten Mindesteinkommens (SSI) kommt nach der Einführung auf nationaler Ebene im Februar 2017 weiter problemlos voran. Das Programm bietet den ärmsten Haushalten Einkommensunterstützung und die Anzahl der bewilligten Anträge hat sich bei etwa 290.000 stabilisiert, was ca. 600.000 Personen entspricht; die Ausgaben dürften sich somit jährlich auf ca. 750 Mio. EUR belaufen. Die Verwaltung des Programms wird fortlaufend verbessert. Insbesondere wurden die Rezertifizierungsverfahren vereinfacht, ein Streitbeilegungssystem eingerichtet und interne Kompetenzen für die Risikobewertung, Prüfungen und Kontrollen aufgebaut. Des Weiteren wurde eine neue Leistungsagentur (OPEKA) als zentrale Zahlstelle für alle Sozialleistungen eingerichtet.

Zusätzlich zur Einkommensunterstützung fördert das SSI-Programm die soziale Teilhabe und die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, es erleichtert den Zugang zu verfügbaren Sozialdienstleistungen und unterstützt arbeitslose Begünstigte bei der Arbeitssuche. Eine operative Strategie zur Verwirklichung der sozialen Teilhabe wird derzeit umgesetzt. Die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen wird durch ein Netz von Gemeindezentren sichergestellt, die im ganzen Land gegründet wurden, und es wurden einheitliche Register aller sozialen Dienstleistungen und deren Anbieter erstellt. Im Hinblick auf die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sind alle arbeitsfähigen volljährigen Begünstigten nun verpflichtet, sich als arbeitssuchend zu registrieren. Die öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen behandeln SSI-Begünstigte prioritär und werden nach und nach personalisierte Dienstleistungen und gezielte Unterstützung anbieten. Weitere Verbesserungen, auch im Hinblick auf die soziale Teilhabe (zweite Säule) und die Aktivierung (dritte Säule), sollen im Einklang mit dem vereinbarten Aktionsplan realisiert werden.

Eine schrittweise Reform des Systems der Erwerbsunfähigkeitsleistungen wurde mit technischer Unterstützung der Weltbank eingeleitet. Neue rationalisierte Verwaltungsverfahren für die Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit wurden getestet und werden im ganzen Land eingeführt. Ein Pilotprojekt wird derzeit mit Unterstützung der Weltbank umgesetzt, um die Beurteilung nicht mehr nur anhand medizinischer Kriterien, sondern auch unter Berücksichtigung funktionaler Merkmale zu testen. Das Pilotprojekt soll bis Herbst laufen und wird derzeit auf zusätzliche Regionen ausgeweitet, um noch mehr Daten erheben zu können. Auf der Grundlage der Pilotauswertung soll das neue Verfahren für die Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit bis Ende 2018 für alle beitragsfinanzierten Erwerbsunfähigkeits- und Sozialleistungen angewendet werden.

Ein Fahrplan zur Überprüfung der subventionierten Tickets für den öffentlichen Nahverkehr wurde vereinbart. Das Programm für kostenlose oder ermäßigte Fahrpreise für bestimmte Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs (z. B. Behinderte, Arbeitslose und kinderreiche Familien) wird derzeit überprüft. Die erste Phase dieses Prozesses besteht darin, die Kosten solcher Maßnahmen auf der Grundlage neuer detaillierter Daten zur Nutzung des Nahverkehrs korrekt zu kalkulieren, was nach der Einführung elektronischer Tickets durch Nahverkehrsunternehmen nun möglich ist. Die Höhe der Transferleistungen von der Zentralregierung an die Nahverkehrsunternehmen wird jetzt anhand der tatsächlichen Nutzung des Nahverkehrs durch diese Personengruppen festgelegt.

Ein neues bedarfsorientiertes Wohngeld wurde verabschiedet und soll 2019 eingeführt werden. Die Leistung dient als Unterstützung für Haushalte mit niedrigem Einkommen, die zur Miete wohnen oder einen Kredit für ihre Erstwohnung bedienen. Die Einführung dieser neuen Sozialleistung füllt eine wichtige Lücke im griechischen Sozialversicherungssystem und damit dürfte die Überlastung durch Wohnkosten deutlich gemildert werden. Die grundsätzliche Ausgestaltung dieser Sozialleistung wurde durch einen gemeinsamen

Ministerialbeschluss im Rahmen der Vorabmaßnahmen der vierten Überprüfung verabschiedet und es werden noch einige verfahrenstechnische Details hinzukommen, bevor die Anträge im November freigegeben werden.

4. Säule II: Wahrung der Finanzstabilität und Justiz

Mit der Reform des Finanzsektors in Griechenland werden drei wesentliche Ziele verfolgt: i) Normalisierung der Liquiditäts- und Zahlungslage sowie Verbesserung der Kapitalausstattung, ii) Abbau des hohen Anteils an notleidenden Risikopositionen (NPEs) in Bankbilanzen und iii) Stärkung der Governance. Im Rahmen der vierten Überprüfung des Programms sollte sichergestellt werden, dass in allen drei Bereichen Fortschritte erzielt werden.

Aufgrund der besseren Liquiditätslage der Banken in Griechenland konnten die Behörden im Einklang mit dem von ihnen am 15. Mai 2017 veröffentlichten Fahrplan weitere Schritte hin zu einer Liberalisierung der Kapitalverkehrskontrollen unternehmen. Die Obergrenze für monatliche Bargeldabhebungen wurde zum 1. Juni 2018 auf 5.000 EUR erhöht (von bisher 2.300 EUR) und Reisende können nun pro Reise 3.000 EUR Bargeld in Landes- oder Fremdwährung ins Ausland mitnehmen (bisher 2.300 EUR). Ebenso wurde das Tageslimit für Unternehmen, die im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Finanzmittel ins Ausland überweisen, auf 40.000 EUR pro Kunde erhöht (von bisher 20.000 EUR). Ab dem 1. Juli 2018 dürfen Bankkunden alle zwei Monate 4.000 EUR (bisher 2.000 EUR) auf Kontos im Ausland überweisen.

Die Institutionen haben die von den griechischen Behörden vorgeschlagene Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen unterstützt. Die Liquiditätslage der Banken hat sich dank des moderaten, aber stetigen Anstiegs der Einlagen in den vergangenen zwölf Monaten, des besseren Zugangs der griechischen Banken zu den Kapitalmärkten und der sich daraus ergebenden geringeren Abhängigkeit von Notfall-Liquiditätshilfe verbessert. Dies wurde auch durch die Anstrengungen der Banken zum Schuldenabbau gefördert. Die am 5. Mai 2018 veröffentlichten Ergebnisse des Stresstests 2018 für wichtige griechische Banken haben ebenfalls nicht zu Verwerfungen geführt.

Die vier wichtigsten griechischen Institute mussten sich 2018 einem aufsichtsrechtlichen Stresstest unterziehen. Im Rahmen des Stresstests wurde über einen Zeitraum von drei Jahren bis Ende 2020 die Widerstandskraft der vier Banken in einem Basis- und einem adversen Szenario geprüft. Der Stresstest hat sich bezüglich anzuwendender Methoden, Annahmen und Szenarien eng am Stresstest 2018 der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) orientiert. Die Endergebnisse wurden am 5. Mai 2018 auf der EZB-Website zur Bankenaufsicht veröffentlicht.⁵ Sie deuten auf eine durchschnittliche Kapitalaufzehrung der vier Banken im adversen Szenario von circa neun Prozentpunkten in Bezug auf das harte Kernkapital (CET1) hin (entspricht 15,5 Mrd. EUR), was sich hauptsächlich auf das Kreditrisiko und die Nettozinserträge zurückführen lässt. Im adversen Szenario wurde ein Rückgang der harten Kernkapitalquote (CET1) der vier Banken auf 9,7 % (Alpha Bank), 6,8 % (Eurobank), 6,9 % (NBG) und 5,9 % (Piraeus Bank) prognostiziert. Der einheitliche Aufsichtsmechanismus (SSM) wird die Ergebnisse des Stresstests zusammen mit sonstigen einschlägigen aufsichtsrechtlichen Informationen dazu nutzen, eine aufsichtsbehördliche Gesamtbewertung der Lage der Banken vorzunehmen.

Dank des Programms wurde ein Rahmen zum Abbau notleidender Risikopositionen geschaffen und die Banken haben damit begonnen, Maßnahmen zu ergreifen. Die Banken haben die Zielvorgaben des einheitlichen Aufsichtsmechanismus zum Abbau notleidender Risikopositionen bisher hauptsächlich durch Abschreibungen und Veräußerungen weitgehend erreicht. Die Erreichung der Ziele wird auf einen späteren Zeitraum verlagert, wobei ehrgeizigere Verringerungen in der zweiten Jahreshälfte 2018 und 2019 vorgesehen sind. Werden die Zielvorgaben bis Ende 2019 erreicht, sollte der Gesamtanteil der notleidenden Risikopositionen circa 35 % betragen. Es bedarf kontinuierlicher Anstrengungen, um den Anteil der notleidenden

⁵ <https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/pr/date/2018/html/ssm.pr180505.en.html>

Risikopositionen in Griechenland in den kommenden Jahren weiter abzubauen, bis sich dieser dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets annähert.

Ende März 2018 ist der Bestand an notleidenden Risikopositionen im Vergleich zu Ende Dezember 2017 um 2,1 % **zurückgegangen**, mit 92,4 Mrd. EUR bzw. 48,5 % aller Risikopositionen ohne außerbilanzielle Risiken blieb er jedoch auf einem sehr hohen Niveau und hat sich daher im Vergleich zu Ende Dezember 2017 (94,4 Mrd. EUR bzw. 48,6 %) kaum verbessert. Die Deckung durch Rückstellungen ist im ersten Quartal 2018 um 2,8 Prozentpunkte auf 49,0 % gestiegen und wurde hauptsächlich durch die Einführung von IFRS 9 getragen. Im ersten Quartal 2018 hat sich der Abbau der notleidenden Risikopositionen verlangsamt und wurde hauptsächlich durch Abschreibungen getragen, während sich die Gesundungsrate (1,8 %) aufgrund der Ausfallrate (1,9 %) erhöht hat.

Tabelle 3: Operative Ziele für notleidende Risikopositionen und tatsächliche Zahlen

	Juni 2016	März 2017	Juni 2017	Sept. 2017	Dez. 2017	März 2018	Juni 2018	Sept. 2018	Dez. 2018	2019
Ziel für das Volumen notleidender Risikopositionen in Mrd. EUR		105,2	103,4	99,9	95,9	93,6	90,2	87,6	81,5	64,6
Anteil der notleidenden Risikopositionen		50,6 %	50,0 %	49,9 %	48,5 %	48,1 %	46,9 %	45,9 %	43,1 %	35,2 %
Tatsächliches Volumen notleidender Risikopositionen in Mrd. EUR	106,9	103,9	101,8	99,1	94,4	92,4				
Anteil der notleidenden Risikopositionen	50,5 %	50,6 %	50,6 %	50,1 %	48,6 %	48,5 %				

Quelle: Griechische Notenbank

Der griechische Markt für notleidende Kredite hat sich in den letzten Quartalen positiv entwickelt. Die beiden ersten Veräußerungen notleidender Kredite von griechischen Banken gemäß dem Gesetz über den Markt für notleidende Kredite wurden in der zweiten Jahreshälfte 2017 bzw. im ersten Quartal 2018 durchgeführt und umfassten stark wertberichtigte unbesicherte Kreditportfolios mit einem Schwerpunkt auf Verbraucherkredite. Mehrere zusätzliche Transaktionen mit notleidenden Krediten (NPL-Transaktionen) sind 2018 angelaufen. Im Mai wurde die Veräußerung der ersten wichtigen NPL-Transaktion in Griechenland, die besicherte Kredite umfasste, durch eine griechische Bank bekanntgegeben, was einen wichtigen nächsten Schritt bei der Schaffung eines dynamischen Marktes für notleidende Kredite darstellt. Die Transaktion umfasst den Verkauf eines notleidenden und immobilienbesicherten Firmenkreditengagements mit einem Bruttobetrag von circa 1.961 Mio. EUR.

Im Rahmen der vierten Überprüfung haben die Behörden ausgewählte Änderungen an verschiedenen Gesetzen vorgenommen, die für den Abbau notleidender Kredite von entscheidender Bedeutung sind. Im Anschluss an frühere im Rahmen des ESM-Programms umgesetzte Reformen wurde insbesondere das Funktionieren des Sekundärmarktes für notleidende Kredite, des Systems für außergerichtliche Abwicklungen (OCW), des Gesetzes über Privatinsolvenzen und des Rahmens für elektronische Auktionen überprüft.

Die Funktionsweise des Sekundärmarktes für notleidende Kredite wurde in einigen Punkten gezielt verbessert. Die Behörden haben die Rahmenbedingungen im Einklang mit der bisherigen Praxis in einigen Punkten näher erläutert, wie z. B. die Umsatzsteuerbefreiung von Veräußerungen notleidender Kredite und die Möglichkeit lizenzierter Dienstleister, sowohl nach dem Gesetz über notleidende Kredite als auch nach dem Verbriefungsgesetz tätig zu sein. Die Behörden haben außerdem Änderungen am Gesetz 4345/2016 verabschiedet, um Verwaltungskosten zu senken und die Mitteilungsmodalitäten bei Übertragungen von Kreditportfolios zu regulieren. Es wurde eine Gesetzesänderung verabschiedet, um den Anwendungsbereich des

vom Verkäufer an die Verbraucher zu unterbreitenden Umstrukturierungsvorschlags zu beschränken und klarzustellen, dass die Mitteilung der Übertragung an jeden der Schuldner im Portfolio über sämtliche ordnungsgemäßen Wege einschließlich elektronischer Wege erfolgen kann. Schließlich haben sich die Behörden dazu verpflichtet, die mit dem Verkauf und der Umstrukturierung notleidender Kredite befassten Mitarbeiter wirksam gegen strafrechtliche Verfolgung zu schützen. Die Behörden werden weitere Schritte zur Beurteilung des „Higher Recovery“-Kriteriums oder zur Einführung weiterer Kriterien für den Schutz gegen strafrechtliche Verfolgung bei Verkäufen von Portfolios unternehmen.

Durch die Verabschiedung des Mechanismus für außergerichtliche Abwicklungen (OCW) im April 2017 wurde Banken und Schuldner zusätzlich ein wichtiges Instrument für Umschuldungen und die Abwicklung notleidender Kredite zur Verfügung gestellt. Der Rahmen für außergerichtliche Abwicklungen hat die Bewältigung der besonderen Situation in Griechenland zum Ziel: Viele Firmen haben hohe Schulden bei Banken und beim Staat (Steuerverwaltung und Sozialversicherungsträger). Das Gesetz über die außergerichtliche Abwicklung (OCW-Gesetz) bietet Gläubigern und zahlungsfähigen Schuldnern Anreize, in freiwillige Verhandlungen einzutreten und sich auf Umschuldungslösungen, die öffentliche und private Schulden umfassen, zu einigen.

Eine elektronische Plattform für die Abgabe und Bearbeitung von Anträgen für die außergerichtliche Abwicklung wurde im August 2017 in Betrieb genommen. Während der ersten neun Monate nach Inbetriebnahme gesammelte Daten weisen jedoch eine niedrige Bearbeitungsrate und weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgebliebene Ergebnisse in Bezug auf die Abgabe vollständiger Anträge und erreichte Umschuldungen auf, was sich sowohl auf verfahrenstechnische als auch auf inhaltliche Probleme zurückführen lässt. Im Rahmen der vierten Überprüfung wurden daher zur Steigerung der Wirksamkeit des Systems ausgewählte Änderungen an den primär- und sekundärrechtlichen Vorschriften über den Rahmen für außergerichtliche Abwicklungen vorgenommen, insbesondere durch die Vereinfachung von Anträgen. Die jeweiligen gesetzlichen Änderungen können in drei Gruppen unterteilt werden:

- **Mit der ersten Gruppe von Änderungen sollen Verfahren vereinfacht und formale Anforderungen verringert werden, um alle mit außergerichtlichen Abwicklungen befassten Parteien zu unterstützen.** Die Maßnahmen sehen Folgendes vor: i) die Beseitigung des Erfordernisses zur Vorlage von Zusatzdokumenten, die elektronisch bereits aus anderen Quellen vorliegen, ii) die bedingte Möglichkeit zur Vorlage zusätzlicher Dokumente nach Abgabe des Antrags, iii) die Möglichkeit zur Berücksichtigung von Schwankungen bei den Schulden aufgrund von aufgelaufenen Zinsen nach Abgabe des Antrags, und schließlich iv) die Möglichkeit zur Rücknahme oder erneuten Abgabe von Anträgen mit nicht mehr korrigierbaren Mängeln oder Fehlern.
- **Durch die zweite Gruppe von Änderungen wird der Geltungsbereich des Gesetzes erweitert,** indem bisher nicht berechnete Schuldner oder Schulden aufgenommen und zusätzliche Anreize geschaffen werden. So wurde u. a. die Frist für Schulden, die für eine Umschuldung in Frage kommen, um das Jahr 2017 verlängert, der Betrag öffentlicher Schulden von Selbständigen für Umschuldungen erhöht und Mitgliedern von offenen Handelsgesellschaften nunmehr gestattet, unter bestimmten Bedingungen auch ihre Privatschulden zu begleichen.
- **Mit der dritten Gruppe von Änderungen soll die Zusammenarbeit zwischen Schuldnern und Gläubigern und zwischen den verschiedenen Gläubigerkategorien verbessert werden.** Dies soll durch vorübergehende Verlängerung der Aussetzung von Durchsetzungsmaßnahmen, Schaffung der Voraussetzungen für die bedingte Aufhebung vorläufiger Zwangsmaßnahmen, Klärung der Art der Abstimmung, wenn es sich bei den Beteiligten ausschließlich um öffentliche Gläubiger handelt, Ausweitung der Nutzung der elektronischen Plattform auf bestimmte Kategorien bisher nicht berechtigter Schuldner in Bezug auf die bilaterale Begleichung ihrer Privatschulden und Genehmigung der Verlängerung von Fristen im Fall höherer Gewalt erreicht werden.

Schließlich haben die Behörden sekundärrechtliche Vorschriften verabschiedet, um Schuldnern, die nicht in den Geltungsbereich des OCW-Gesetzes fallen, Lösungen zur Schuldenbereinigung vorzuschlagen, die denjenigen ähneln, die die Steuerverwaltung oder die Inkassostelle für Sozialversicherungsschulden (KEAO) im Rahmen

dieses außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens nach Art. 15 Abs. 21 des Gesetzes akzeptieren oder als Gegenvorschlag unterbreiten kann.

Im Rahmen der vierten Überprüfung wurde das Gesetz über Privatinsolvenzen überarbeitet, um bestehende Verfahrensschwierigkeiten zu beseitigen und vorsätzlich säumige Schuldner zu erkennen (siehe Kasten 2). In Bezug auf das erste Ziel der Beseitigung verfahrenstechnischer Engpässe haben die Behörden Maßnahmen ergriffen, die es den Banken gestatten, elektronisch verfügbare Informationen einzuholen, und die Verfahrensanforderung beseitigt, alle sechs Monate die Verlängerung der Aussetzungsmaßnahmen erneut horizontal zu überprüfen (da die Nichterfüllung der von den Gerichten festgelegten Bedingungen künftig automatisch zum Erlöschen der Aussetzung führt). In Bezug auf die wirksamere Ermittlung vorsätzlich säumiger Schuldner wurde außerdem eine wesentliche Änderung zur Aufhebung des Bankgeheimnisses für Schuldner verabschiedet, sodass an dem Prozess beteiligte Gläubiger Informationen über die relevanten Vermögenswerte und Transaktionen des Schuldners beschaffen, verarbeiten und austauschen können.

Die Behörden haben außerdem Maßnahmen zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren und zum Abbau des Bearbeitungsrückstands bei Privatinsolvenzverfahren ergriffen. Die Behörden haben einen Aktionsplan mit genauen Angaben zu konkreten Maßnahmen, die für die Einhaltung der Frist von sechs Monaten zwischen der Antragsstellung und der Anhörung, die Reduzierung des Risikos des Verfahrensmisbrauchs und den Abbau des Bearbeitungsrückstands bis spätestens 2021 erforderlich sind, erstellt und vorgelegt.

Kasten 2. Änderungen des Gesetzes über Privatinsolvenzen

Angesichts der Wirtschaftskrise im Jahr 2010 und in dem Bestreben, die Bürger zu schützen, die damit konfrontiert sind, ihren Schuldenverpflichtungen plötzlich nicht mehr nachkommen zu können, haben die griechischen Behörden im September 2010 das Gesetz 3869/2010 über Privatinsolvenzen verabschiedet. Mit diesem Gesetz sollte erstmalig eine Privatinsolvenzregelung in Griechenland eingeführt werden. Das Gesetz sah Schuldenerleichterungen in Form von Schuldenreduzierungen, die Bereitstellung eines Rückzahlungsplans, der sämtliche Schulden einer Person bei Kreditinstituten und/oder Privatgläubigern umfasst, und den Ausschluss der Hauptwohnung des Schuldners von der Liquidation vor. Durch eine im Jahr 2015 verabschiedete Änderung wurde der Schutzzumfang erweitert, um Schulden gegenüber dem öffentlichen Sektor (Steuer- und Sozialversicherungszahlungen) aufzunehmen und Beiträge des Staates zu den Rückzahlungsplänen für die schwächsten Bevölkerungsgruppen vorzusehen.

Die ursprüngliche Absicht des Gesetzgebers war die zügige Bearbeitung von Anträgen nach dem Gesetz, allerdings hat die hohe Anzahl an Anträgen in Kombination mit Infrastrukturmängeln und der geringen IT-Durchdringung innerhalb der griechischen Justiz das System nahezu sofort blockiert und zum Aufbau eines erheblichen Bearbeitungsrückstands geführt. Selbst 2018 liegen in verschiedenen Gerichten zwischen Antragsstellung und Verhandlungstermin zehn oder sogar mehr Jahre. Die Situation, die während der Krisenjahre entstanden ist und sich mit der Zeit verfestigt hat, führte häufig zur außerordentlichen Verlängerung vorläufiger Schutzmaßnahmen, die für den Zeitraum zwischen Antragstellung und Verhandlungstermin gewährt wurden. Diese Maßnahmen, die ursprünglich nicht länger als sechs Monate andauern sollten, verlängerten sich tatsächlich um mehrere Jahre. Die Kehrseite des erweiterten Schutzes war die Schaffung von Möglichkeiten für Schuldner, das System auszunutzen. Im Wesentlichen führten die oben beschriebenen Mängel zur unzureichenden Prüfung der Anträge und erwiesen sich als Segen für vorsätzlich säumige Schuldner, die den gesetzlichen Schutz zügig in Anspruch nahmen, obwohl sie wussten, dass sie keinen Anspruch haben, um bis zu ihrer Gerichtsverhandlung in ferner Zukunft von dem erweiterten Schutz zu profitieren.

Die im Rahmen der vierten Überprüfung eingeführten Änderungen am Gesetz gehen in zwei wesentliche Richtungen: Die erste Gruppe von Änderungen konzentriert sich auf schutzbedürftige Bürger und zielt darauf ab, sie bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu unterstützen und ihre Hauptwohnung zu schützen, während gleichzeitig Infrastruktur- und Verfahrensprobleme angegangen werden, um die Bearbeitung anhängiger Fälle zu beschleunigen und den entstandenen Bearbeitungsrückstand abzubauen. Die zweite Gruppe von Änderungen zielt darauf ab, vorsätzlich säumige Gläubiger aus dem Geltungsbereich des Gesetzes auszuschließen und ihren Schutz vor Durchsetzungsmaßnahmen von Gläubigern folglich aufzuheben.

Die erste Gruppe von Änderungen umfasst folgende Maßnahmen:

- Die Möglichkeit, die staatliche Subventionierung der Hypothekenkredite zu fördern und zu erleichtern, indem die Gläubiger das einschlägige Verfahren direkt ausführen können, selbst wenn der Schuldner keinen Antrag stellt oder nicht beachtet, dass er/sie dazu berechtigt ist.
- Durch die Verpflichtung der Kreditinstitute zur Vorlage von einschlägigen Informationen über Kreditvereinbarungen bei den Gerichten werden die Schuldner bei der Vorlage von Unterlagen entlastet.
- Unterstützung des Schuldners bei der Zahlung der Differenz zwischen der ursprünglich vom Gericht festgelegten

niedrigsten Rate und der ggf. höheren Rate nach einer Berufung.

- Bürgen, die ihrer Verpflichtung im Rahmen der Bürgschaft nachgekommen sind, können den Gläubiger im Rückzahlungsplan soweit ersetzen, wie ihre Zahlungen an Letzteren auch im Rahmen des Rückzahlungsplans fällige Beträge umfassten.
- Der Schutz der Erstwohnung wird auf der Grundlage ihres im Rahmen eines unabhängigen Sachverständigengutachtens festgelegten Handelswerts (im Gegensatz zum sog. objektiven, staatlich definierten Wert) gewährt. Führt die Bestimmung des Handelswerts dazu, dass die Hauptwohnung nicht von der Liquidation ausgeschlossen wird, darf das Erstangebot in einer möglichen Auktion den Schwellenwert für den gesetzlich definierten Höchstwert der Erstwohnung in Bezug auf deren Berechtigung, von der Liquidation ausgenommen zu werden, nicht unterschreiten.
- Der Schuldentilgungsplan zum Schutz der Hauptwohnung darf in Abhängigkeit von Änderungen bei der tatsächlichen Rückzahlungsfähigkeit des Schuldners angepasst werden.
- Es wird sichergestellt, dass die Raten für die allgemeine Schuldenerleichterung (drei-Jahres Tilgung) und die für den Schutz der Hauptwohnung (Regelungen über zwanzig oder mehr Jahre) die Rückzahlungsfähigkeit des Schuldners bei gleichzeitiger Wahrung der Interessen der Gläubiger nicht überschreiten.
- Die alle sechs Monate erfolgende obligatorische Verlängerung der vorläufigen Aussetzung der Durchsetzungsmaßnahmen wurde abgeschafft.

Die zweite Gruppe von Änderungen zielt darauf ab, vorsätzlich säumige Schuldner zu ermitteln und ihren Schutz aufzuheben.

- Eine wesentliche Änderung betrifft die Aufhebung des Bankgeheimnisses für Schuldner, sodass an dem Prozess beteiligte Gläubiger Informationen über die relevanten Vermögenswerte und Transaktionen des Schuldners beschaffen, verarbeiten und austauschen können.
- Begünstigte, deren Anträge auf Schutz abgelehnt wurden, die vorsätzlich zahlungsunfähig geworden sind (z. B. durch betrügerische Vermögensübertragungen an Dritte) oder die ihre finanzielle Lage durch das Verschweigen von Eigentumsrechten vorsätzlich falsch dargestellt haben, haben keinen Schutzanspruch.
- Die Nichteinhaltung der Auflagen, an die die Aussetzung der Zwangsmaßnahmen bis zur Verhandlung des Antrags geknüpft war, oder des gerichtlich festgelegten Rückzahlungsplans sowie das anschließende Versäumnis, diesen Zahlungsverzug nach Erhalt einer Mitteilung des betroffenen Gläubigers zu beseitigen, hat automatisch das Erlöschen der Aussetzung oder die Aufhebung des Rückzahlungsplans zur Folge.
- Schuldner, die einen Antrag nach dem Gesetz stellen, obwohl sie über erklärte Einkünfte aus einer Geschäftstätigkeit verfügen, werden von den Gerichtsssekretären für eine Sonderuntersuchung ihres Anspruchs auf vorübergehenden Schutz durch den Richter vorgemerkt.
- Der vorübergehende Schutz vor Zwangsmaßnahmen darf Antragstellern nicht gewährt werden, die zweimal einen Antrag zurückgezogen oder es versäumt haben, im Fall der Absage der anberaumten Verhandlung fristgerecht einen neuen Verhandlungstermin zu beantragen.
- Im Fall der endgültigen Ablehnung des Antrags ist die Aussetzung oder Begrenzung der Verzinsung nachträglich aufzuheben.

Die Behörden haben wichtige Anstrengungen zur Unterstützung des ungehinderten Ablaufs elektronischer Auktionen (E-Auktionen) unternommen. E-Auktionen wurden 2017 im Rahmen der zweiten und dritten Überprüfung des ESM-Programms in Griechenland eingeführt. Die ersten E-Auktionen wurden Ende November 2017 durchgeführt. Auf der Grundlage von Gesetzesänderungen, die im Januar 2018 von den griechischen Behörden eingeführt wurden, sind ab dem 21. Februar 2018 alle Präsenzauktionen durch E-Auktionen ersetzt worden. Von Februar bis Juni 2018 haben die Behörden den Institutionen regelmäßig aktualisierte Daten über die Durchführung von E-Auktionen und ihre Bekanntmachung, einschließlich geografischer Abdeckung, vorgelegt. Aus den Überwachungsdaten geht ein deutlicher Anstieg im März und April und insbesondere im Juni hervor, wobei sich auch die geografische Abdeckung durch E-Auktionen verbessert hat. Bis zum 31. Mai 2018 wurden insgesamt 4.349 E-Auktionen durchgeführt, 2.079 davon allein im Mai (eine Verdoppelung der im April durchgeführten Aktionen). Die Zahl der für die kommenden Monate bekanntgegebenen Auktionen erreichte am 25. Mai 9.458.

Die geografische Aufschlüsselung der E-Auktionen zeigt einen allmählichen Anstieg der Tätigkeit in den meisten regionalen Notarverbänden, während das Eintreten eines Notars anstelle eines anderen auch in Staaten mit geringerer, aber zunehmender Tätigkeit zum Einsatz kommt. Bis Mai 2018 haben acht von neun Notarverbänden E-Auktionen durchgeführt, wovon etwa 60 % auf den Athener Verband entfielen. Nur der Notarverband von Korfu beteiligt sich weiterhin nicht, allerdings werden Notare aus anderen Regionen ersatzweise bestellt, um Auktionen von in Korfu gelegenen Vermögenswerten durchzuführen. Insgesamt wurden in 230 Fällen ersatzweise Bestellungen in Bezug auf durchgeführte Auktionen vorgenommen, sodass das

angemessene Funktionieren des Systems selbst in Gebieten ohne zugelassene Notare oder mit nicht ausreichenden Notaren sichergestellt wurde. Insgesamt übersteigt die Zahl der im gesamten Land zugelassenen Notare (437 am 20. April) deutlich die 330 Notare, die in der Vergangenheit traditionell an Auktionen in Griechenland beteiligt waren.

Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit der Durchführung von Auktionen haben nach der Abschaffung von Präsenzauktionen erwartungsgemäß und verlässlich abgenommen, obwohl Spannungen gelegentlich noch auftreten. Die jüngsten Hinderungsversuche oder Angriffe auf Notariate wurden unverzüglich und wirksam von der Polizei eingedämmt. Insgesamt haben die Behörden scheinbar die geeigneten Maßnahmen ergriffen, um den Ablauf von E-Auktionen landesweit zu verbessern.

Im Rahmen der vierten Überprüfung haben die Behörden eine Änderung der Zivilprozessordnung erlassen, durch die das gerichtliche Verfahren zur Senkung des Startpreises bei nicht erfolgreichen Auktionen geprüft wird, einschließlich der ausdrücklichen Anforderung zur Einreichung eines Bewertungsberichts beim zuständigen Gericht.

Die Abwicklung notleidender Kredite wird durch die abschließende landesweite Einrichtung des E-Justizsystems im Einklang mit dem vereinbarten und im Juni 2018 aktualisierten Drei-Jahres-Strategieplans für die Justiz voraussichtlich weiter verbessert und erleichtert.

Als Vorabmaßnahme haben die Behörden außerdem das Mandat des griechischen Finanzstabilisierungsfonds (HFSF) von Juni 2020 auf Ende 2022 verlängert und dessen Zuständigkeiten erweitert, damit künftige Stammbeteiligungen des Staates an Banken von Rechts wegen auf den HFSF übertragen werden können. Nach der möglichen Umwandlung latenter Steuergutschriften würde der HFSF sämtliche Eigentumsrechte einschließlich der Stimmrechte an den Bankanteilen erhalten, die der griechische Staat erhielt, während der wirtschaftliche Nutzen im Zusammenhang mit den Anteilen einschließlich etwaiger Erlöse aus deren Veräußerung wieder an den Staat übertragen würde. Der HFSF sollte aufgelöst werden, sobald er sein Mandat erfüllt und seine Beteiligungen an den systemrelevanten Banken verkauft hat.

Seit Juni 2017 wurden in verschiedenen Arbeitsbereichen des HFSF Fortschritte erzielt, wodurch u. a. die neue Strategie des Fonds genehmigt und die darin enthaltenen erforderlichen organisatorischen Änderungen umgesetzt wurden. Darüber hinaus hat der Fonds kürzlich verschiedene Initiativen entwickelt, um die Governance-Standards der systemrelevanten Banken anhand bestimmter Themen zu verbessern. Die Geschäftsführung des HFSF ist nach der Ernennung des dritten Mitglieds im Januar 2018 nun vollständig. Der neue Vorsitzende des Allgemeinen Rates wurde jüngst ernannt (Tag des Wirksamwerdens 15. Juni 2018). Durch diese Änderungen kann sich der HFSF besser auf seine strategischen Ziele konzentrieren, insbesondere die Stärkung seiner Rolle als aktiver Anteilseigner der vier systemrelevanten Banken einschließlich der Entwicklung von Exitstrategien für seine Beteiligungen an den Banken.

In Bezug auf die Governance-Reform der systemrelevanten Banken wurde der Prozess der Neukonstituierung der Vorstände im Wesentlichen abgeschlossen. Mit Blick auf die Zukunft bedarf es noch weiterer Anstrengungen hauptsächlich durch die Banken selbst, um ihre Governance-Standards und -Verfahren weiter zu verbessern. Die 2017 vom HFSF durchgeführte jüngste Bewertung der Leistung und Governance des Vorstands enthält konkrete Empfehlungen für weitere Verbesserungen im Bereich Governance, die die Banken derzeit umsetzen. Die Empfehlungen haben u. a. Folgendes zum Ziel: Verbesserung der Risikokultur, Umsetzung von Nachfolgeregelungen, Entwicklung robuster und umfassender Strategien für die Veräußerung notleidender Kredite, Anpassung des Risikobereitschaftsrahmens an Geschäftsstrategien, Entwicklung einer leistungsorientierten Arbeitskultur und Verknüpfung von Leistung mit risikobasierter Vergütung. Der HFSF spielt bei der Erreichung dieser Ziele eine entscheidende Rolle.

5. Säule III: Strukturpolitische Maßnahmen zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum

5.1 REFORMEN DES ARBEITSMARKTES

Es wurde ein zuverlässiges System zur Ermittlung der Repräsentativität von Branchentarifverträgen eingerichtet. Die Möglichkeit, den Geltungsbereich von Tarifverträgen auf den gesamten Sektor bzw. Berufszweig auszuweiten, war für die Dauer des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms ausgesetzt worden. Nach Maßgabe des (derzeit ausgesetzten) Gesetzes können branchen- und berufsbezogene Tarifverträge ausgeweitet werden, wenn mindestens 51 % der Beschäftigten des jeweiligen Sektors bzw. Berufszweigs davon abgedeckt sind. Mit Blick auf die Beendigung der Aussetzung nach Ablauf des ESM-Programms haben die griechischen Behörden in Absprache mit den Sozialpartnern ein klares Verwaltungsverfahren eingerichtet, um die Einhaltung dieses Kriteriums bei Branchentarifverträgen zu überprüfen.

Es wurden Maßnahmen zur Verbesserung von Schlichtungs- und Schiedsverfahren ergriffen. Diese orientieren sich an den Empfehlungen eines unabhängigen Sachverständigen sowie an den Ergebnissen aus der Abstimmung mit den Sozialpartnern. Es soll sichergestellt werden, dass Schlichtungs- und Schiedsverfahren unvoreingenommen sind und dass die (verfassungsrechtlich geschützte) Möglichkeit der einseitigen Einleitung von obligatorischen Schiedsverfahren zur Beilegung von Streitigkeiten bei Tarifverhandlungen effektiv als letztes Mittel eingesetzt wird.

Im Laufe der aufeinanderfolgenden Programme hat Griechenland beachtliche Fortschritte bei der Wiedererlangung der Lohn- und Kostenwettbewerbsfähigkeit erzielt. Diese gilt es in den nächsten Jahren zu sichern, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen und so die Arbeitslosigkeit erheblich zu reduzieren sowie die Erwerbsquote zu erhöhen. Hierbei kommt den Sozialpartnern eine wichtige Rolle zu. Sie sollen sicherstellen, dass im Rahmen der Tarifverhandlungsregelungen die wirtschaftliche Lage Griechenlands sowie die unterschiedlichen Situationen bei den Unternehmen in der Lohnbildung angemessen berücksichtigt werden. Darüber hinaus ist die vollständige Anwendung der 2012 im Rahmen des EFSF-Programms erlassenen gesetzlichen Regelungen zum Mindestlohn in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Gesetzes 4172/2019 von wesentlicher Bedeutung. Die erstmalige Anwendung soll 2019 erfolgen.

Zur Straffung und Rationalisierung des Bestands an arbeitsrechtlichen Vorschriften werden die bestehenden Gesetze in einem Arbeitsgesetzbuch kodifiziert. Speziell für diesen Zweck wurde ein technisches Unterstützungsprojekt auf den Weg gebracht. Das neue Arbeitsgesetzbuch wurde im Mai 2018 im ersten Entwurf vorgelegt und soll 2019 verabschiedet werden.

Die Umsetzung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Schwarzarbeit schreitet reibungslos voran. Der Plan fördert einen integrierten Ansatz im Kampf gegen Schwarzarbeit: Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen wird intensiviert, das Wissen über das Phänomen erweitert, die Aufdeckung von Schwarzarbeit verbessert, das Anreizsystem zur Förderung eines Wechsels in den regulären Sektor überprüft und die Befugnisse der Arbeitsaufsicht gestärkt. Durch die Einführung eines automatischen Informationsaustauschs zwischen verschiedenen Verwaltungsdatenbanken wird die Wirksamkeit von Kontrollen verbessert. Das bestehende Geldbußensystem für Schwarzarbeit wurde dahingehend überarbeitet, dass die Anreize für vorschriftskonformes Verhalten gestärkt und Sanktionen für Rückfälle verschärft wurden. Der Aktionsplan soll bis 2019 vollständig umgesetzt werden.

Das System aktiver Arbeitsmarktprogramme wird gestärkt. Zur Verbesserung der Ausgestaltung, Wirkung und Effizienz der aktiven Arbeitsmarktprogramme wurde eine Strategie verabschiedet, die nun mit Unterstützung der Weltbank umgesetzt wird. Dazu gehört insbesondere ein Pilotprojekt zur Einführung eines

neuen Bereitstellungsmodells für aktive Arbeitsmarktprogramme. Dieses umfasst offene Rahmenprogramme, um zu gewährleisten, dass dauerhaft Maßnahmen und Angebote zur Verfügung stehen, und weist Arbeitsvermittlern eine stärkere Rolle bei der Überweisung von Arbeitssuchenden in aktive Arbeitsmarktprogramme auf der Grundlage individueller Profile zu. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten öffentlicher Arbeitsvermittlungsstellen zur Bereitstellung individualisierter Dienstleistungen ausgeweitet.

Die Ausweitung der beruflichen Aus- und Weiterbildung spielt bei der Förderung des Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen eine zentrale Rolle. Es wurden mehrere Schritte unternommen, um die Reform des beruflichen Aus- und Weiterbildungssystems nach der Verabschiedung einer Gesamtstrategie und der Fertigstellung eines Umsetzungsplans mit spezifischen quantitativen Zielvorgaben bezüglich der Anzahl an Lehrstellen in den kürzlich reformierten Beruflichen Lyzeen für die kommenden Schuljahre umzusetzen. Die erfolgreiche Entwicklung eines gut funktionierenden beruflichen Aus- und Weiterbildungssystems hängt von der Fähigkeit zur Einbeziehung und Mobilisierung der Geschäftswelt ab. Hierfür wurden diverse Partnerschaften mit dem Ziel geknüpft, Arbeitgeber bei dem Angebot hochwertiger Bildungsmaßnahmen am Arbeitsplatz, der Sicherstellung eines nachhaltigen Lehrstellenausbaus und ihrer Funktion als erster Ansprechpartner für Unternehmen zu unterstützen.

Die Behörden haben darüber hinaus Schritte für eine weitere Modernisierung des Bildungssystems unternommen. Die OECD hat im Rahmen einer Studie die Leistung des griechischen Bildungssystems bewertet und Empfehlungen zu dessen Verbesserung erarbeitet.⁶ Die Behörden werden die Empfehlungen durch einen konkreten Maßnahmenplan umsetzen, der bis Juli 2018 erstellt werden soll. Im Einklang mit den allgemeinen Prinzipien zur Entpolitisierung der öffentlichen Verwaltung haben die Behörden als Vorabmaßnahme Rechtsvorschriften für die Ernennung und Beurteilung von Schulleitern und Führungskräften im Bildungsbereich verabschiedet. Außerdem wurden Rechtsvorschriften zur Straffung von Unterstützungsstrukturen in der Bildung erlassen, wodurch ca. 750 Stellen frei werden, die mit Lehrkräften besetzt werden sollen.

5.2 PRODUKTMÄRKTE UND WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Ein wesentlicher Bestandteil des Pakets strukturpolitischer Maßnahmen ist die Reform der Produktmärkte. Offenere Märkte sind unabdingbare Voraussetzung für mehr Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit und erschweren Rent-Seeking-Verhalten und monopolistische Strategien, die zu Preissteigerungen und einem Absinken des Lebensstandards geführt haben.

Während der vierten Überprüfung wurde die Reform der Verfahren zur Genehmigung von Investitionen mit Unterstützung der Weltbank erweitert und vertieft. Es wurden neue Rechtsvorschriften zu Anlagengenehmigungen, Betriebslizenzen sowie Umweltaktivitäten verabschiedet, einschließlich unterstützender Tätigkeiten in den Bereichen Kontrollen, IKT-Systeme und Branchenbestandsaufnahmen.

Das Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Anlagengenehmigungen hat während dieser Überprüfung die dritte Phase erreicht, dabei wurden drei wichtige Erfolge erzielt: Erstens wurde eine neue Regelung eingeführt, die Unternehmen nach Änderungen der Flächennutzung vor Umsiedlungen schützen soll. Dabei wird nach Unternehmensart und ursprünglichem Standort differenziert. Zweitens wurde das Verfahren zur Ansiedlung in eindeutig festgelegten Industriegebieten dahingehend vereinfacht, dass nun bei allen Unternehmensarten nur eine Anmeldung benötigt wird, so dass eine Anlagengenehmigung nunmehr nur an Standorten ohne eindeutige Flächennutzung nötig ist (da Tätigkeiten mit niedriger oder mittlerer Lärmbelastung in Industriegebieten während der dritten Überprüfung in das Anmeldeverfahren miteinbezogen wurden). Drittens hat sich Griechenland rechtlich dazu verpflichtet, sekundärrechtliche Vorschriften zur Überarbeitung des Klassifizierungssystems für die Lärmbelastung von Unternehmen zu erlassen, da das aktuelle System überholt ist und nicht mit den Umweltkategorien übereinstimmt. In diesem Zusammenhang wurden besondere Bestimmungen für Umweltaktivitäten eingeführt, die deren Ansiedlung erleichtern sollen. Die dazugehörigen

⁶ <http://www.oecd.org/education/education-for-a-bright-future-in-greece-9789264298750-en.htm>

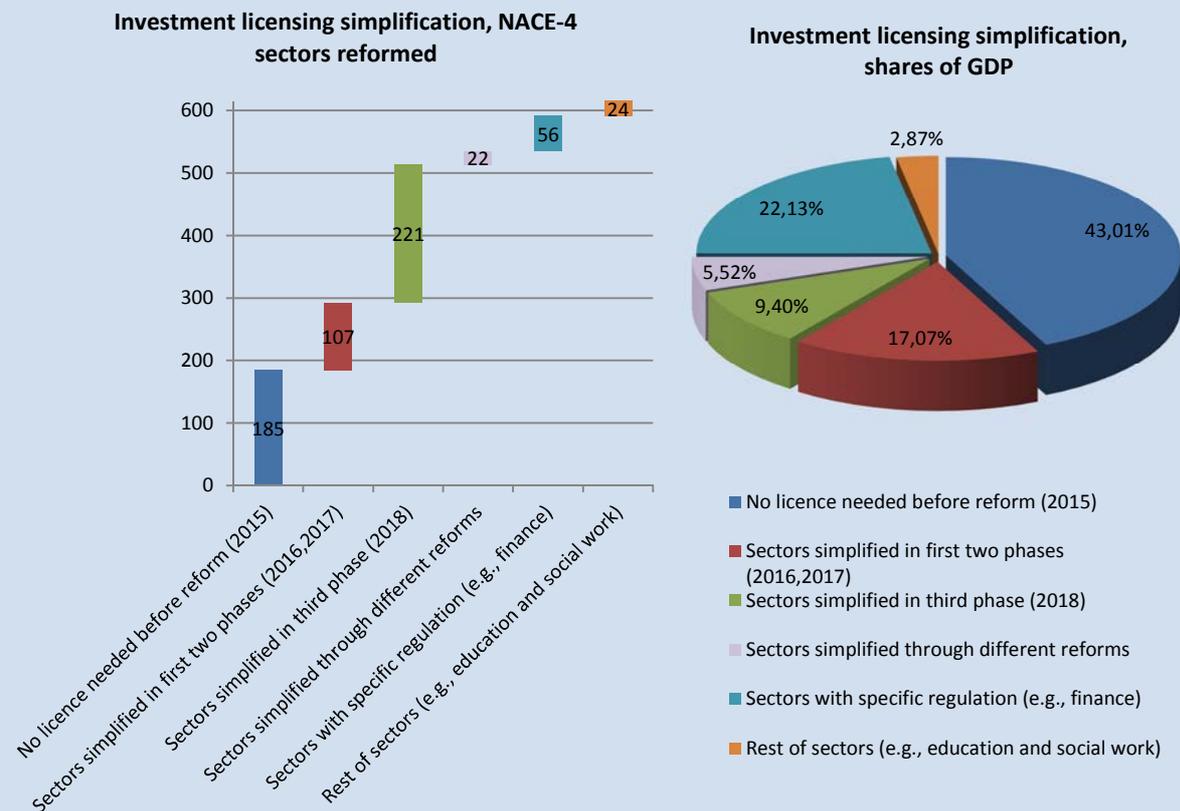
sekundärrechtlichen Vorschriften sollen angesichts der dringenden Notwendigkeit, diese Aktivitäten zu etablieren sowie angesichts der bisherigen Gesetzeslücke in diesem Bereich innerhalb von vier Monaten verabschiedet werden. Das Klassifizierungssystem für die Lärmbelastung wird in den nächsten Jahren überarbeitet und u. U. mit einer aktualisierten Umweltklassifizierung harmonisiert, um eine einheitliche Grundklassifizierung für Umweltgenehmigungen, Betriebslizenzen und Anlagengenehmigungen zu erreichen, wobei Letztere in Zukunft um städtebauliche Aspekte erweitert werden können. Vor der aktuellen Reform stellten Betriebslizenzen im Grunde allgemeine Ex-ante-Kontrollen aller neuen Betriebe sowie aller Einrichtungen dar, die ihre Maschinen modernisieren wollten. Im Zuge der Reform wurde das System der Ex-ante-Kontrollen auf Aktivitäten mit hoher Umweltbelastung sowie auf andere Tätigkeiten mit eindeutigen potenziellen Risiken (z. B. Offshore-Bohrungen, SEVESO und Leitungen mit gefährlichen Flüssigkeiten) beschränkt. Für alle anderen Tätigkeiten wurden die Ex-ante-Kontrollen nun durch einen neuen Rahmen für risikobasierte Ex-post-Kontrollen ersetzt.

Bei den unterstützenden Tätigkeiten zur Förderung des neuen Rahmens für die Genehmigung von Investitionen sind ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen, u. a. bei Kontrollen, den ersten Schritten zur Einrichtung eines IKT-Systems und der Bestandsaufnahme des Status von Genehmigungen in allen Wirtschaftszweigen. Die neuen Regelungen zu risikobasierten Ex-post-Kontrollen, die Anfang des Jahres verabschiedet wurden, müssen noch durch entsprechende sekundärrechtliche Vorschriften und Dokumentation (z. B. Risikokriterien, Checkliste und Kontrolleitlinien für jede Branche) ergänzt werden. Hierzu haben die Behörden einen Fahrplan für Pilotkontrollen erarbeitet. Im Rahmen dieser Überprüfung waren zunächst drei Branchen betroffen: Hygienekontrollen bei Schlachthöfen sowie bei Lebensmittel- und Dienstleistungsunternehmen und Brandschutzkontrollen in der Beherbergungsbranche. Außerdem wurde die Ausschreibung für das IKT-System für die Genehmigung von Investitionen veröffentlicht. Mit dem neuen System können Unternehmen zukünftig online ihre Tätigkeiten anmelden und Zulassungsanträge stellen. Das System soll mit digitalen Handelsregistern verbunden und zur Überwachung und Festlegung von Risikokategorien für den Kontrollrahmen eingesetzt werden. Mit Unterstützung der Weltbank haben die griechischen Behörden eine vollständige Betrachtung aller Wirtschaftszweige durchgeführt und sie dabei in Branchen ohne Genehmigungspflicht, in den vorherigen beiden Phasen der Investitionsgenehmigungsreform vereinfachte Branchen, in diesen Jahren durch andere Projekte vereinfachte Branchen, Branchen mit besonderen Vorschriften sowie „übrige Branchen“ eingeteilt. Diese Betrachtung wurde durch KYSOIP und die zuständigen Ministerien gebilligt (d. h. von den für die Branchen zuständigen Ministerien, in denen nach wie vor eine Genehmigungspflicht besteht) und geht mit der Verpflichtung einher, diese Branchen im Rahmen der nächsten Phase der Investitionsgenehmigungen zu überprüfen.

Kasten 3. Reform der Investitionsgenehmigungen

Mit technischer Unterstützung der Weltbank wurde im Oktober 2015 ein ehrgeiziges Reformprogramm ins Leben gerufen. Die Reform verfolgt das Ziel, die Genehmigungsverfahren für Investitionen sowohl über die Gesetzgebung als auch die Umsetzung zu vereinfachen und zu straffen. Die Reform konzentriert sich auf unterschiedliche Teile des Genehmigungssystems, um dessen Effizienz und Wirksamkeit zu steigern und die Einhaltung der Vorschriften im Sinne der Verfahrensgerechtigkeit zu verbessern. Zunächst wurden die vorläufigen Genehmigungen für die Ansiedlung und die Aufnahme von Geschäftstätigkeiten generell durch ein System der Anmeldungen und risikobasierten Ex-post-Inspektionen ersetzt, sofern keine eindeutigen Risikokriterien greifen. Zu diesem Zweck wurden die Anforderungen an die Ansiedlung und Aufnahme von Geschäftstätigkeiten sowohl horizontal als auch in Bezug auf die einzelnen Sektoren vereinfacht und verdeutlicht. Dieser Prozess erfasste die gesamte Wirtschaft und führte zwischen den Jahren 2016 und 2018 zur Vereinfachung von 328 Sektoren von den 615 NACE-4-Wirtschaftszweigen, die im Zusammenhang mit den 185 Sektoren zu sehen sind, für die auch schon im Vorfeld der Reform keine Niederlassungs- und Betriebsgenehmigungen erforderlich waren, und den 22 Sektoren, die in demselben Zeitraum im Rahmen anderer Reformen vereinfacht wurden. Die verbleibenden Sektoren sind entweder Wirtschaftszweige, für die besondere Vorschriften gelten (beispielsweise Bank- und Finanzwesen), oder untergeordnete Sektoren mit spezifischen Investitionshemmnissen, die in der nächsten Phase der Investitionsgenehmigungen vereinfacht werden (24 Sektoren, die etwas weniger als 3 % des BIP entsprechen). Insgesamt nehmen die Sektoren ohne Genehmigungspflicht bzw. die in dem Zeitraum 2016–2018 reformierten Sektoren 87 % aller Wirtschaftszweige ein, was 75 % des BIP entspricht.

Abb. 3.1: Umfang der Reform der Investitionsgenehmigungen

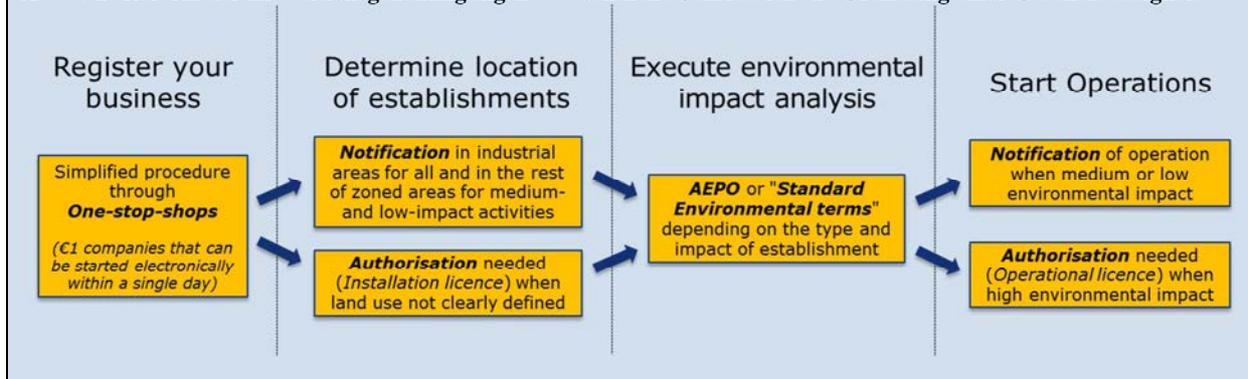


Um den neuen Rahmen übersichtlich und eindeutig zu gestalten, wurden die wesentlichen Aspekte der Rechtsvorschriften in einem einzelnen Rechtsakt, dem Gesetz 4442/2016, verankert. Dieses Gesetz konsolidiert alle Verfahrensrichtlinien für die Anmeldung und Zulassung, die horizontalen Bestimmungen für die Geschäftsgenehmigung, die Richtlinien für Inspektionen und die sektorspezifischen Vorschriften. Spätere Rechtsakte in diesem Zusammenhang wurden als neue Kapitel eingeführt. Die Rechtsvorschriften beschreiben zudem die Merkmale des neuen IKT-Systems für Investitionsgenehmigungen, über das Unternehmen unter anderem online Geschäftstätigkeiten anmelden und Zulassungen beantragen können, das mit den digitalen Unternehmensregistern verknüpft und für die Überwachung und Festlegung von Risikostufen für den Inspektionsrahmen herangezogen wird.

Die allgemeine Struktur des aus dieser Reform hervorgehenden Geschäftsgenehmigungssystems lässt sich in drei wesentlichen Schritten für die Gründung einer Geschäftstätigkeit in Griechenland zusammenfassen (siehe). Zunächst

müssen Unternehmen **den Standort** ihrer Geschäftstätigkeiten **bestimmen**. Wenn die Geschäftstätigkeit von geringem Ausmaß ist (wie beispielsweise eine Werkstatt) oder wenn diese in einem Industriegebiet angesiedelt werden soll, ist keine Zulassung erforderlich und es genügt eine Anmeldung. Zweitens muss eine Einhaltung der **Umweltnormen** gewährleistet sein, unter Berücksichtigung einer differenzierten Berichterstattung abhängig vom Ausmaß der Tätigkeit. Drittens müssen Tätigkeiten mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt einer abschließenden Konformitätsprüfung für ihre Maschinen und Gebäude unterzogen werden, bevor sie die **Geschäftstätigkeit aufnehmen** können. Die übrigen Tätigkeiten müssen lediglich gegenüber den Behörden über das IKT-System angemeldet werden. Ab diesem Zeitpunkt können die Behörden gemäß einem risikobasierten Ansatz Inspektoren aussenden, die die Einhaltung der entsprechenden Anforderungen und Dokumentation prüfen, was zudem eindeutig über eine klar umrissene Auflistung im Gesetz ausgewiesen ist und zusätzliche unvorhergesehene Erfordernisse ausschließt. Zusammenfassend können demnach Geschäftstätigkeiten von geringem Ausmaß in Industriegebieten praktisch sofort den Betrieb aufnehmen. Ein eindeutiges System der Genehmigungen greift, wenn von dieser Typologie abgewichen wird, um entweder sicherzustellen, dass die Flächennutzung der Tätigkeit entspricht oder um zu prüfen, ob bei Tätigkeiten mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt angemessene Maßnahmen zur Risikominderung ergriffen werden.

Abb. 3.2: Reform der Investitionsgenehmigungen – wesentliche Schritte für die Gründung einer Geschäftstätigkeit



Die Behörden haben die restlichen im Rahmen des Toolkit I von der OECD empfohlenen Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs abgeschlossen. Im Bereich der Standardisierung von Baustoffen haben die Behörden nach Abschluss der Harmonisierung von 70 technischen Standards (Projekt 1) mit der Agentur für Normung einen Vertrag über die Kategorisierung der übrigen 372 technischen Standards geschlossen (Projekt 2).

Bei den reglementierten Berufen haben die Behörden die Reformen zur Beseitigung ungerechtfertigter und unverhältnismäßiger Beschränkungen fortgeführt. Insbesondere haben die Behörden Maßnahmen getroffen, um Beschränkungen bei der Errichtung und dem Betrieb von Tageskliniken abzubauen (einschließlich Maßnahmen, die den gemischte Betrieb sowie unterschiedliche medizinische Fachrichtungen ermöglichen). Ein Gesetzesentwurf zur Modernisierung des Rechtsrahmens für Privatkliniken wurde mit den Institutionen abgestimmt und zur öffentlichen Konsultation gestellt.

Die Arbeiten zur Umsetzung der Empfehlungen der ersten und zweiten Runde der Ex-post-Bewertungen ausgewählter Maßnahmen in den Bereichen Wettbewerb und Geschäftsumfeld wurden fortgesetzt. Insbesondere haben die Behörden nach Beendigung der in der zweiten Runde durchgeführten Ex-post-Bewertung zum Tourismus Maßnahmen zur Beseitigung einiger Beschränkungen im Bereich der Reisebusse, Ausflugsbusse und Pkw-Anmietungen mit Fahrer sowie zur Verbesserung der Verwaltungsverfahren für Investitionen im Tourismus ergriffen. Außerdem haben die Behörden nach Beendigung der in der zweiten Runde durchgeführten Ex-post-Bewertung zu Buchpreisen Schritte zur Verbesserung der Marktbedingungen im Buchhandel unternommen. Darüber hinaus wurden die letzten beiden noch offenen Empfehlungen zu Gewerbeparks umgesetzt, und zwar durch Herausgabe eines Rundschreibens, in dem alle Verfahrensschritte für die Gründung eines Gewerbeparks dargelegt werden, sowie durch Veröffentlichung eines Beschlusses des Regierungsrats für Wirtschaftspolitik (KYSOIP), in dem ein operativer Plan für die weitere Entwicklung von Gewerbeparks aufgestellt und die Organisation von wirtschaftlichen Tätigkeiten auf spezialisierten Geländen mit Bereitstellung angemessener Unternehmensdienstleistungen skizziert wird.

Die Behörden haben das Unternehmensrecht modernisiert. Die einschlägigen Bestimmungen gelten schon seit langer Zeit. Obgleich sie im Laufe der Jahre mehrmals geändert worden waren, war eine Modernisierung nötig, um Verwaltungs- und Aufsichtsverfahren zu straffen, Bürokratie abzubauen, aktuelle finanzielle und gesellschaftsrechtliche Entwicklungen abzubilden, die Kohärenz des kodifizierten Rechts zu erhöhen und verteilte Bestimmungen zum gleichen Thema (insbesondere im Bereich der Fusionen und Übernahmen) zu kodifizieren. Dazu haben die Behörden Änderungen an Gesetz 3190/1955 zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Gesetz 4541/2018, Amtsblatt A 93/2018) und an Gesetz 2190/1920 zu Aktiengesellschaften (Gesetz 4548/2018, Amtsblatt A 104/13.6.2018) verabschiedet und zwei Zwischenberichte vorgelegt, einen zu Fusionen und einen zur Unternehmensspaltung, zu denen die entsprechenden Gesetze bis Oktober 2018 erlassen werden sollen.

Die Behörden haben weitere Reformen im Bereich Flächennutzung und Kataster verfolgt (siehe Kasten 4). Gemäß den im Rahmen der dritten Überprüfung verabschiedeten Rechtsvorschriften wurde mit der Umstellung auf die neue Katasterbehörde begonnen. Diese Umstellung muss fristgerecht und ohne unerwünschte Nebeneffekte abgeschlossen werden. Dazu haben die Behörden einen Zeit- und Fahrplan sowie eine Risikomatrix vorgelegt, die regelmäßig überwacht werden sollen. Laut Fahrplan soll die Umstellung auf die neue Katasterbehörde bis Mitte 2020 und die Fertigstellung und Genehmigung der katastermäßigen Erfassung bis Mitte 2021 erfolgen. Die Weltbank leistet dabei technische Unterstützung. Die Behörden haben außerdem EU-Kofinanzierung für die katastermäßige Erfassung beantragt.

Waldkarten: Zusätzlich zu den 2017 hochgeladenen Karten, auf denen 35,72 % des Landes erfasst sind, wurden im ersten Halbjahr 2018 Karten zu weiteren 9 % der Landesfläche zur öffentlichen Konsultation hochgeladen. Die Genehmigung erfolgt nach einem vorgegebenen Verfahren. Aktuell liegen zu 32,2 % der Landesfläche genehmigte endgültige Karten vor. Weitere 8 % sollen bis September 2018 hochgeladen werden. Das Beschaffungsverfahren für die Waldkarten zur übrigen Landesfläche ist abgeschlossen, die Erstellung der Karten soll bis Sommer 2019 erfolgen. Die Waldkarten sollen bis Mitte 2021 fertiggestellt und genehmigt werden.

Kasten 4. Einrichtung eines Katasters

Griechenland muss den Aufbau eines angemessenen Katastersystems abschließen. Der Abschluss des Katasterprojekts, das alle Grundstücke und Gebäude innerhalb des Landes umfasst, ist nicht nur zur Gewährleistung der Steuereinnahmen aus Immobilienabgaben unerlässlich, sondern auch um dank der Rechtssicherheit des inländischen Immobilienmarkts neue Investitionen, einschließlich ausländischer Direktinvestitionen, anzuziehen.

Das Katasterprojekt in Griechenland wurde 1994 ins Leben gerufen. Mit geschätzten 39 Millionen dinglichen Rechten an Immobilien innerhalb des Landes ist das griechische Katasterprojekt seit seiner Einleitung wie folgt vorangeschritten:

Die Entwicklung des Katasters wurde für rund 29 % der dinglichen Rechten an Immobilien des Landes abgeschlossen. Das entspricht etwa 10.300 km² (8 %), die 10.344.000 dingliche Rechte an Immobilien abdecken. Ende 2017 befanden sich 44 Verträge in Durchführung, die ein Gebiet von 36.500 km² (27,6 %) und 10.350.000 Rechte erfassen.

Jüngste Entwicklungen: Im Dezember 2017 wurde eine neue Generation von siebenundzwanzig Verträgen über die Katasterkartierung des verbleibenden Gebiets des Landes unterzeichnet, die festlegen, dass bis Mitte 2021 vollständige Daten der Katasterkartierung für 93 % des Landes zur Verfügung stehen. Die übrigen Verträge wurden rechtlich angefochten und werden im Anschluss an die betreffenden Gerichtsentscheidungen unterzeichnet. Eine Machbarkeitsstudie für die Vollendung des Katasters wurde aktualisiert und der Europäischen Kommission für die Kofinanzierung von rund 83 Millionen vorgelegt.

Um das Kataster langfristig führen zu können, wurde im Januar 2018 eine neue Stelle, die griechische Katasterbehörde, eingerichtet, die die Gesellschaft, die die Katasterkartierung vorgenommen hat, sowie die Grundbuchämter einbindet. Die 398 Grundbuchämter, die Urkunden und Hypotheken aufbewahren und unabhängig vom Kataster arbeiten, werden allmählich in die griechische Katasterbehörde integriert und zunehmend auf 17 Katasterämter reduziert. Alle Urkunden und Hypotheken werden digitalisiert und ins Kataster aufgenommen. Mit dem Abschluss des gesamten Prozesses wird im Juni 2020 gerechnet.

Die Weltbank leistet über den Dienst zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSS) technische Unterstützung für diese umfassende Reform. Ein Vertrag für eine zweite Phase der Weltbankunterstützung wird derzeit unterzeichnet.

Ein Faktor, der zur Verzögerung des Katasters beitrug, war das Fehlen von Waldkarten. Bis zum heutigen Zeitpunkt

wurden Waldkarten von 32,2 % der Landesfläche genehmigt und sind damit endgültig. In rund 150.000 Fällen wurden Einwände vorgebracht, die derzeit bearbeitet werden. Karten, die weitere 9 % der Landesfläche abdecken, wurden zur öffentlichen Konsultation hochgeladen. Eine Genehmigung dieser Karten soll bis Mitte 2019 erfolgen. Die Entwicklung der Waldkarten für die verbleibenden 45 % der Landesfläche wurde in Auftrag gegeben, so dass die gesamte Landesfläche bis Juni 2020 in Waldkarten erfasst ist. Einige problematische Gebiete, die eine hohe Dichte illegaler Bauten aufweisen, sind von den Karten ausgenommen, ohne die endgültige Festlegung der übrigen Karte zu blockieren (was in der Vergangenheit ein großes Problem darstellte). Diese Gebiete decken lediglich einen geringen Teil der Landesfläche ab (etwa 3 %) und sind aller Wahrscheinlichkeit nach parallel Gegenstand langwieriger Rechtsstreitigkeiten.

Wenngleich in den letzten zwei Jahren enorme Fortschritte zu verzeichnen waren, liegt der Abschluss der Reform noch in weiter Ferne. 72 % der dinglichen Rechte sind noch einzutragen. Viele von diesen sind mit entlegenen Gebieten und Provinzen verbunden, zu denen häufig Eigentumstitel fehlen oder ungenügend sind. Die Umwandlung der vormaligen Katastergesellschaft in die neue Behörde könnte zu Verzögerungen bei der Umsetzung (Ernennung von Führungskräften, neue Organisation, Eingliederung der Grundbuchämter) führen.

Um die Fortschritte bis zum Abschluss des Projekts weiter aufmerksam zu überwachen, wurde ein detaillierter Zeitplan, ein Fahrplan und eine Risikomatrix als Bestandteil der vierten Überprüfung vereinbart. Zur Verfolgung der Katasterfortschritte wird ein Follow-up-Mechanismus mit monatlicher Berichterstattung eingerichtet, und derzeit wird eine zweite Phase der technischen Unterstützung durch die Weltbank unterzeichnet.

Strukturfonds: Als Vorabmaßnahme haben die Behörden einen Ministerialbeschluss zur Einrichtung eines Sachverständigenregisters erlassen, der die Überwachung kommunaler Bauprojekte in kleineren Kommunen stärken soll, die nicht über ausreichende technische Kapazitäten verfügen. Über die Vorabmaßnahme hinaus haben die Behörden neun neue Großprojekte mit einem Gesamtbudget von 1,7 Mrd. EUR bewilligt. Fortschritte wurden auch bei der Anwendung der Grundsätze der ordnungsgemäßen Verwaltung im Zusammenhang mit der Ernennung von Führungskräften in Strukturen des einzelstaatlichen strategischen Rahmenplans (National Strategic Reference Framework; NSRF) erzielt: Die Bewerbungen sind eingegangen, das Auswahlkomitee wurde aufgestellt und Prüfungen sollen bis Ende Juni stattfinden. Die Beurteilungsrunde des Personals ist angelaufen. Die NSRF-Strukturen sind Teil des allgemeinen Mobilitätsprogramms des öffentlichen Sektors und werden außerdem ein internes Mobilitätsprogramm einführen. Schließlich haben die Behörden Schritte unternommen, um den Einsatz der elektronischen Plattform für staatliche Beihilfeprogramme (PSKE) zu fördern und zu verbessern. Das System wurde vereinfacht, die Zeitrahmen verkürzt und ein vereinfachtes Verfahren für Programme mit einem Wert von unter 10 Mio. EUR eingerichtet.

Landwirtschaft: Um das Risiko finanzieller Korrekturen in Bezug auf direkte Beihilfen zu begrenzen hat die griechische Zahlstelle für landwirtschaftliche Gemeinschaftsbeihilfen (OPEKEPE) 100 % der Orthofoto-Karten erneuert und durch die aktuellsten Bilder ersetzt sowie die entsprechenden Grenzen der Referenzparzellen sowie die beihilfefähigen Höchstflächen digitalisiert und aktualisiert. Hierzu wurde der entsprechende Fachbereich mit dem nötigen Fachpersonal (Techniker, Agrarwissenschaftler und Vermessungsingenieure) ausgestattet.

5.3 REGULIERTE NETZINDUSTRIEN (ENERGIE, WASSER, VERKEHR)

Energie

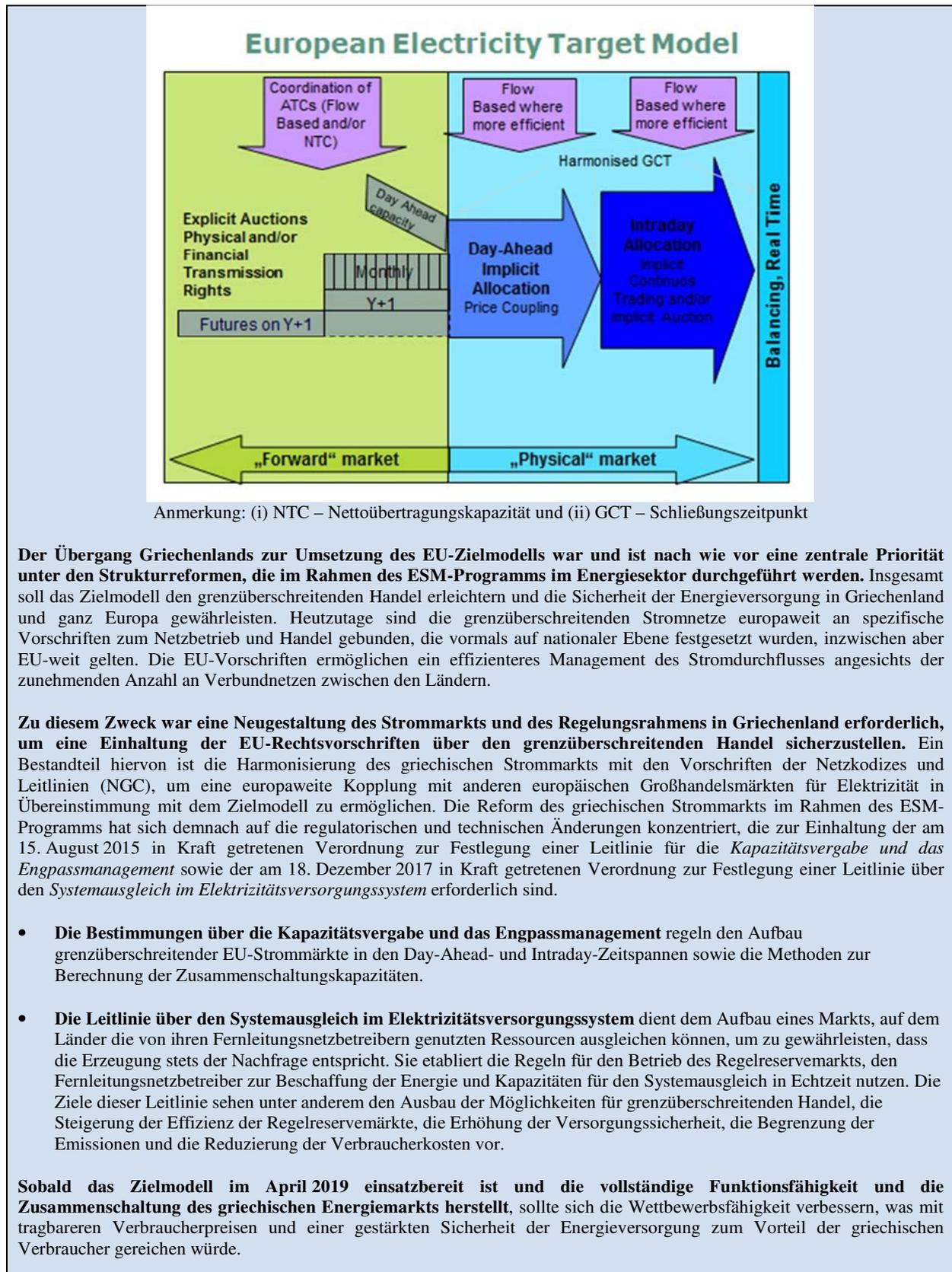
Die Reformen auf den griechischen Energiemärkten schreiten voran; 2018 wurden wesentliche Bestandteile der Reformen umgesetzt, u. a. wurde die Ausschreibung für die Veräußerung von zwei Braunkohlekraftwerken der staatlichen Stromversorgungsgesellschaft PPC veröffentlicht. Es wird erwartet, dass die Reformen einen verstärkten Wettbewerb, eine Verringerung von Verzerrungen und eine Steigerung der Investitionen nach sich ziehen und somit allen Verbrauchern zugutekommen werden, die derzeit direkt oder indirekt die Kosten dieser Ineffizienzen tragen müssen. Die Dominanz der auf dem Strommarkt etablierten PPC wird durch diverse Instrumente und eine Neuausrichtung des regulatorischen Systems eingedämmt. Dagegen wurde die Einführung des Zielmodells für die Strommärkte auf die Zeit nach Ende des Programms verschoben, sie wird nun voraussichtlich bis April 2019 auf den Weg gebracht.

Ein entscheidender Schritt zur Umsetzung der Strukturmaßnahme, neuen Akteuren die Möglichkeit einzuräumen, Braunkohle zu nutzen und Strom aus Braunkohle zu liefern, wurde durch den Kommissionsbeschluss C(2018) 2104 vom 17. April 2018 und das vom griechischen Parlament verabschiedete Gesetz „Strukturmaßnahmen betreffend den Braunkohlezugang und die weitere Öffnung des Stromgroßhandelsmarkts sowie weitere Bestimmungen“ (FEK A 75/2018) getan. Damit wurde einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom Dezember 2016 Rechnung getragen, wonach rund 40 % der Braunkohlekapazitäten von PPC unter die Kontrolle anderer Marktteilnehmer gestellt werden sollen. Im Rahmen der vierten Überprüfung wurden die erforderlichen (auch im verabschiedeten Gesetz festgelegten) geschäftlichen Schritte in Bezug auf die beiden abzuspaltenden Unternehmen durchgeführt, sodass die internationale Ausschreibung durch PPC am 30. Mai 2018 erfolgen konnte. Die Veräußerung wird voraussichtlich bis Ende 2018 abgeschlossen. Gleichzeitig werden die Stromauktionen durch PPC über das NOME-Auktionssystem weiter fortgesetzt. Im Rahmen der vierten Überprüfung wurde eine schrittweise Senkung der Mengen in Abhängigkeit von konkreten Kriterien betreffend die Fortschritte bei der Ausschreibung für die Veräußerung der Braunkohleunternehmen vereinbart (Art. 42 FEK A 105/2018), damit die Mengen – nach erfolgreichem Abschluss der Ausschreibung – die tatsächlichen Kapazitäten widerspiegeln, die noch PPC gehören und auf die andere Marktteilnehmer somit keinen direkten Zugriff haben. Für September 2019 ist eine gemeinsame Auswertung des NOME-Auktionssystems durch die griechischen Behörden und die Institutionen geplant; dabei sollen die Auswirkungen der Veräußerung der Braunkohleunternehmen sowie der Einführung des Zielmodells (beides voraussichtlich im ersten Quartal 2019, nähere Einzelheiten zum Zielmodell siehe unten) analysiert werden. Diese gemeinsame Auswertung, die auch im aktualisierten und unterzeichneten KYSOIP-Aktionsplan für NOME (FEK B 2266/2018) erwähnt wird, wird die Grundlage für Entscheidungen über die Zukunft der derzeitigen Stromauktionen sowie über die etwaige Notwendigkeit weiterer Maßnahmen bilden. Und schließlich wurde ein gemeinsamer Ministerialbeschluss erlassen (FEK B 2280/2018), in dem der sogenannte Mindestpreis für die in den kommenden 12 Monaten stattfindenden NOME-Auktionen bestätigt wird.

Beim Zielmodell mit den vier Märkten (Day-Ahead-, Intraday-, Regelreserve- und Terminmarkt), das nun im April 2019 (ursprünglicher Termin war August 2018) in Betrieb genommen und anschließend mit dem bulgarischen und italienischen Markt gekoppelt werden soll, wurden im Rahmen der vierten Überprüfung Fortschritte erzielt. Während der vierten Überprüfung wurde vereinbart, dass durch die bis September 2018 zu verabschiedenden Vorschriften für die vier Märkte jegliche Gebotseinschränkungen wie Höchst- und Mindestgebots- und -clearingpreise abgeschafft werden müssen, damit alle EU-Rechtsvorschriften vollständig erfüllt werden. Konkret wurden im Rahmen der Überprüfung die folgenden drei wesentlichen Punkte erfüllt: i) Einrichtung einer Energiebörse (HeNex), ii) Vorlage der Vorschriften für den Day-Ahead-, Intraday- und Regelreservemarkt bei der griechischen Regulierungsbehörde für Energie (RAE) zur Genehmigung sowie iii) Festlegung der technischen Spezifikationen zu den maßgeblichen IT-Systemen für den Day-Ahead- und den Intraday-Markt. Im folgenden Kasten wird das Zielmodell zusammenfassend erläutert.

Kasten 5. Übergang des griechischen Strommarkts zum EU-Zielmodell

Das Zielmodell für den europäischen Strommarkt entspricht der Vision aller Beteiligten für die künftige Marktgestaltung. Das Modell ist das Konzept mit Top-down-Lenkung für Projekte zur Integration regionaler Märkte und wird nach dem Bottom-up-Ansatz über regionale Marktkopplungsprojekte sowie nach dem Top-down-Ansatz über die von der europäischen Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), der Europäischen Kommission und dem Europäischen Netz der Fernleitungsnetzbetreiber (ENTSO-E) entwickelten Netzkodizes, die dann auf Mitgliedstaatsebene angewandt werden, umgesetzt. Die nachstehende Abbildung zeigt ein Flussdiagramm des Zielmodells und dessen Struktur, die die wesentlichen Harmonisierungsanforderungen festlegt und gleichzeitig ein berechtigtes Maß an regionaler Flexibilität für regionale und interregionale Integrationsinitiativen einräumt.



Bei weiteren Reformen auf dem Strommarkt ist man im Laufe der Überprüfung ebenfalls vorangekommen: So wurde eine Vereinbarung über eine allmählichere Abschaffung des sogenannten

Lieferantenzuschlags erzielt, damit sichergestellt ist, dass das Konto für erneuerbare Energiequellen (RES-Konto) ausgeglichen bleibt. Aufgrund dessen wird nach der bereits erfolgten Kürzung des Lieferantenzuschlags für 2018 (35 %) eine weitere schrittweise Senkung in den Jahren 2019 (50 %) und 2020 (70 %) stattfinden; ab 2021 entfällt der Lieferantenzuschlag komplett. Dies ist auch in der verabschiedeten Rechtsvorschrift festgelegt (Art. 40 FEK A 105/2018).

Ein Punkt, an dem derzeit noch gearbeitet wird, sind die Zahlungsrückstände des öffentlichen Sektors gegenüber PPC; hinsichtlich der Zahlungsrückstände der Privatwirtschaft wurden begrenzte Fortschritte erzielt. Dem Stromversorger gelingt es nach wie vor nicht, überfällige Zahlungen seiner Kunden (einschließlich des öffentlichen Sektors) beizutreiben. Für den öffentlichen Sektor wurde im Rahmen der vierten Überprüfung ein Lieferantenvertrag geschlossen, der bewirkt hat, dass PPC inzwischen einen wesentlichen Teil der Zahlungsrückstände öffentlicher Stellen (62 Mio. EUR) erhalten hat. Darüber hinaus haben die Regierung und PPC für eine bestimmte Anzahl öffentlicher Stellen einen Liefervertrag geschlossen, der Vorauszahlungen an PPC sowie einen bestimmten Preisnachlass für Großkunden vorsieht, wodurch die Regierung ihre jährlichen Stromkosten senken kann (FEK B 2279/2018).

Es wurden weitere Reformen durchgeführt, um Haushaltsrisiken infolge des Sozialtarifs zu vermeiden. Im Februar 2018 haben die Behörden den Sozialtarif dahingehend umgestaltet, dass er gezielter auf Empfänger des garantierten Mindesteinkommens ausgerichtet ist und bestimmte Einkommenskriterien sowie geringere Leistungen für andere Personengruppen vorsieht. Dennoch stellte der neue Sozialtarif ein potenzielles Risiko für das Konto für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen (PSO-Konto) dar, da in den dafür vorgesehenen Haushaltsmitteln mögliche erheblich höhere Inanspruchnahmen in der Zukunft nicht vollständig berücksichtigt waren. Zur Vermeidung von Haushaltsproblemen haben die Behörden im Rahmen des Artikelgesetzes zwei Rechtsvorschriften verabschiedet. Mit der ersten Vorschrift (Art. 41 FEK A 105/2018) werden die maximalen öffentlichen Mittelbereitstellungen für den PSO-Haushalt (gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen) auf 0 Mio. EUR im Jahr 2018, 59 Mio. EUR im Jahr 2019 und 68 Mio. EUR im Jahr 2020 begrenzt. Mit der zweiten Vorschrift (Art. 124 FEK A 105/2018) wird eine halbjährliche Überprüfung des Kontos für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen durch die Energieregulierungsbehörde gewährleistet, damit die Sonderkontoabgabe rechtzeitig angepasst werden kann. Ferner haben die Behörden Experten der Weltbank, die technische Unterstützung erbringen, gebeten, die relativ geringe Inanspruchnahme des Sozialtarifs durch Empfänger des garantierten Mindesteinkommens zu untersuchen.

Am Gasmarkt läuft der Liberalisierungsprozess: Seit Januar 2018 haben alle Kunden die Möglichkeit, ihren eigenen Anbieter uneingeschränkt frei zu wählen. Ein verbesserter Wettbewerb wird durch die Entflechtung von Gaslieferung und Gasvertrieb, verbesserte Vorschriften und eine Erhöhung der im Rahmen des Programms zur Freigabe von Gasmengen durch den etablierten Gasversorger DEPA versteigerten Mengen sichergestellt. Im Zuge der vierten Überprüfung wurde eine von DEPA einzuhaltende Ausschreibungsstruktur vereinbart, die zu einer umfassenden Unternehmensumstrukturierung führt, nach der Netze und internationale Projekte zu einer gesonderten Gesellschaft gehören werden, die weiterhin im Alleineigentum des Staates steht, und das Großhandels- und Endkundengeschäft ebenfalls eine gesonderte Gesellschaft bilden werden, von der der Staat einen Mehrheits- bzw. beherrschenden Anteil von 50 % + 1 Aktie verkauft. Das vereinbarte Ausschreibungsverfahren sieht konkrete Maßnahmen vor, durch die eine weitere Entflechtung gewährleistet und das Risiko vertikaler Interessenkonflikte gesenkt wird. So wurde eine Rechtsvorschrift verabschiedet (Art. 125 FEK A 105/2018), um die Fortführung des Programms zur Freigabe von Gasmengen mit Unterbrechungen im Anschluss an die Privatisierung des „geschäftlichen“ Teils von DEPA sicherzustellen. Dadurch sollen die Interessen der griechischen Verbraucher geschützt werden, indem gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Lieferanten geschaffen werden, sodass neue Akteure auf den Markt treten dürften.

Ein weiterer wichtiger Schritt hin zur Liberalisierung des Gasmarkts war die Auswahl des bevorzugten Bieters für den Erdgasnetzbetreiber DESFA. Diesem werden 66 % von DESFA gehören; derzeit führt er die Anmelde- und Zertifizierungsverfahren durch, die voraussichtlich bis Oktober 2018 abgeschlossen werden.

Wasser und Verkehr

Im Zuge der vierten Überprüfung konnte eine weitere Konsolidierung der jüngsten Reformen im Wassersektor erzielt werden. Zur Erzielung eines noch inklusiveren, transparenteren und effizienteren Entscheidungsprozesses im Wasserversorgungssektor durch Prüfung der Zusammensetzung und Arbeitsweise des nationalen Wasserausschusses, des nationalen Wasserrates und des Beratungsausschusses für Wasser haben die griechischen Behörden das Gesetz 3199/2003 geändert. Der nationale Wasserausschuss wurde vergrößert, sodass ihm nun auch der Minister für Arbeit, Sozialversicherung und sozialen Zusammenhalt sowie der Minister für Verwaltungsreformen angehören, der nationale Wasserrat (der nun mindestens zweimal jährlich zusammenkommen sollte und dessen Sitzungsprotokolle künftig öffentlich zugänglich sein werden) wurde um zwei Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Soziales und Umwelt erweitert, und dem Beratungsausschuss für Wasser gehört nun auch ein Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Sozialversicherung und sozialen Zusammenhalt an.

Ferner wurde die neue Organisationseinheit „Kosten- und Preisgestaltung der Wasserversorgung“ des Sondersekretariats für Wasser (SSW) mit Personal ausgestattet und arbeitsfähig gemacht. Dadurch ist das SSW, das Mitglied des Netzwerks europäischer Wasserregulierungsbehörden ist, nun besser in der Lage, seine Funktion als Aufsichtsbehörde über das griechische Wassernetz zu erfüllen, indem es regelmäßig Informationen zu allen Wasserwirtschaftsunternehmen des Landes – einschließlich der Wasserwirtschaftsunternehmen Athen (EYDAP) und Thessaloniki (EYATH) erhebt. Im Zuge der vierten Überprüfung wurden mit technischer Unterstützung zwei Evaluierungsberichte erstellt: einer über das bestehende System zur regelmäßigen Informationserhebung sowie die bei der Entwicklung eines umfassenden Informationssystems erzielten Fortschritte und einer über die Geschäftspläne und Konzessionsverträge von EYDAP und EYATH. Darüber hinaus haben die Behörden eine Ausschreibung für die Erarbeitung des mehrjährigen Strategieplans für das SSW, mit dem dessen Governance, Verwaltungskapazitäten und finanzielle Unabhängigkeit gestärkt werden sollen, sowie des dazugehörigen jährlichen operativen Plans mit konkreten Maßnahmen, Schritten und Fristen, der die Umsetzung des Strategieplans unterstützen soll, abgeschlossen. In diesem Zusammenhang haben die Behörden für die Pläne nähere Informationen zur Funktion, Aufgabe und den Zuständigkeiten des SSW im Verhältnis zu anderen Einrichtungen im Wassersektor bereitgestellt.

Außerdem haben die Behörden dafür gesorgt, dass das SSW Zugang zu Informationen der einschlägigen Ministerien und Kommunalbehörden zu allen Wasserwirtschaftsunternehmen des Landes erhält. Dadurch kann sich das SSW ein vollständiges Bild von der Nachhaltigkeit und den Anforderungen des Wassernetzes machen, indem es Daten zur Wasserqualität sowie Daten und Prognosen zu detaillierten Verwaltungskosten und -einnahmen, Sachvermögen sowie Investitionen von Wasserwirtschaftsunternehmen analysiert.

Im Verkehrs- und Logistikbereich finden derzeit strategische Veränderungen statt: So wird ein allgemeiner Verkehrsmasterplan erstellt und der Logistikaktionsplan umgesetzt. Die Behörden erstellen aktuell mit technischer Unterstützung einen allgemeinen Verkehrsmasterplan für Griechenland, der alle Verkehrsmittel umfasst (Straßen-, Schienen-, Schifffahrts- und Luftfahrtverkehr sowie multimodalen Verkehr, einschließlich Logistik) und Infrastruktur-, Organisations-, institutionelle sowie operative Maßnahmen zur Effizienzsteigerung im Verkehrssektor vorsieht. Bis März 2019 soll im Rahmen des Masterplans eine langfristige Strategie für den Sektor mit einem Zeithorizont bis 2037 erarbeitet werden. Das Projekt, das durch den EU-Dienst zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSS) unterstützt wird, steht unter der Leitung der Europäischen Investitionsbank und umfasst zwei Bestandteile: die Erarbeitung eines umfassenden multimodalen Verkehrsplans sowie die Entwicklung von Kapazitätsaufbau, institutioneller Unterstützung, Datenmanagement usw. Im Logistikbereich haben die Behörden den Logistikaktionsplan weiter umgesetzt. Zu den Schwerpunkten zählen die Vereinfachung von Transitverfahren und Mehrwertleistungen, die Schaffung von Agrarlogistikzentren, die Unterstützung des Internationalen Flughafens Athen bei dessen Entwicklung zu einem internationalen Logistiknotenpunkt sowie die Fertigstellung des multimodalen Thriassio-Komplexes.

Kasten 6. Reform des Wassersektors

Im Wassersektor wurden im Rahmen des ESM-Programms umfassende Reformen eingeleitet, um die Nachhaltigkeit, Zuverlässigkeit und Rechenschaftspflicht des Sektors zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wurden von den Behörden im Zusammenhang mit dem ESM-Programm fünf wichtige Maßnahmen ergriffen: (i) Erlass eines gemeinsamen Ministerialbeschlusses über die Kostenrechnungs- und Preisbildungsregeln für Wasser, die für alle Wasserwerke innerhalb des Landes gelten, (ii) Einrichtung eines Sondersekretariats für Wasser zur Überwachung der Anwendung dieser Regeln, (iii) Realisierung einer Datenbank zur Erfassung und zum Vergleich der Daten aller Wasserwerke, (iv) Professionalisierung der Leitung der lokalen Wasserwerke, (v) Anpassung der Zusammensetzung der nationalen Wasserkommission und der Regeln des nationalen Wasserrats. Dieser Kasten behandelt alle dieser Elemente.

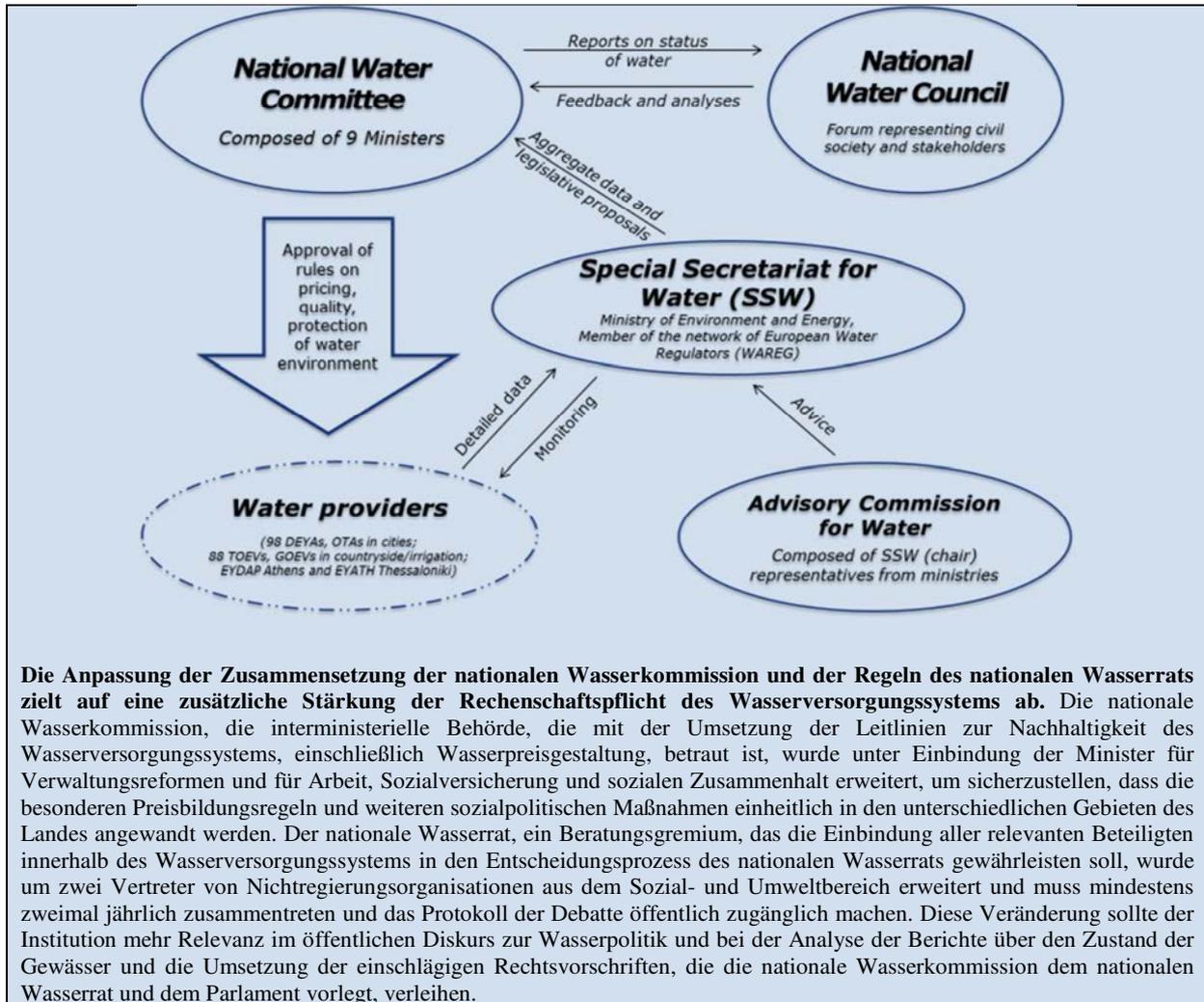
Der gemeinsame Ministerialbeschluss über die Kostenrechnungs- und Preisbildungsregeln für Wasser soll gewährleisten, dass der Preis für Wasser den tatsächlichen Kosten in vollem Umfang entspricht. Der Grundgedanke dieser von der nationalen Wasserkommission erlassenen Bestimmung ist der, dass wenn Wassernutzer einen unter den Gesamtkosten liegenden Preis zahlen, die Gesellschaft an sich die Rechnung ausgleichen muss, wobei die Last der Systemfinanzierung auf jeden einzelnen Bürger übertragen wird und starke Wasserverbraucher damit implizit subventioniert werden. Darüber hinaus leistet ein den Kosten der Wasserversorgung entsprechender Preis zudem einen Beitrag dazu, die Verschwendung einer seltenen Ressource zu minimieren und Unternehmen anzuregen, Wasserspartechnologien und -praktiken einzuführen. Ein gewährleistetestes finanzielles Gleichgewicht der Wasserwerke mit angemessener Investitions- und Personalplanung würde außerdem die Nachhaltigkeit, Unabhängigkeit und Kontinuität der Versorgungsleistung garantieren.

Das Sondersekretariat für Wasser ist die Institution, die unter anderem mit der Aufgabe der Koordinierung der Wasserbewirtschaftung und des Schutzes der Wasserressourcen, der Anwendung der Kostenrechnungs- und Preisbildungsregeln und der Überwachung der Wasserversorgung betraut ist. Die gegenwärtige Organisationsstruktur des Sondersekretariats wurde im gemeinsamen Ministerialbeschluss 322/2013 festgelegt und im Laufe der dritten Überprüfung mit ausreichenden personellen Ressourcen ausgestattet, um seine Funktionen wahrzunehmen. Die Notwendigkeit einer Aufsicht für die Wasserversorgung ergab sich aus der Komplexität und Gliederung des Systems, das sich aus zahlreichen Akteuren mit unterschiedlicher institutioneller Ausgestaltung und Organisationsstruktur, mit unterschiedlichen Vorgehensweisen und heterogenen Leistungsstandards zusammensetzt.

Innerhalb des Sondersekretariats für Wasser wurde eine Datenbank zur Erfassung und zum Vergleich der Daten aller Wasserwerke einrichtet, die derzeit ausgeweitet wird. Dank dieser digitalen Datenbank wird es möglich sein, die Leistung der Wasserwerke innerhalb des Landes anhand einer umfassenden Reihe an Indikatoren zu Sachwerten, personellen und finanziellen Ressourcen, Einziehungsquoten, Häufigkeit der Versorgungsunterbrechung beständig zu überwachen und zu vergleichen. Dieses Instrument soll demnach der Unterstützung der Behörden dienen, die Nachhaltigkeit des Systems durch Priorisierung der Investitionen und Vorausplanung des künftigen Personalbedarfs sicherzustellen.

Die Professionalisierung der Leitung der lokalen Wasserwerke wurde durch 2017 erlassene Rechtsvorschriften über die Qualifikation der Geschäftsführer der Wasserwerke und die Zusammensetzung der Vorstände erreicht. Die Vorstände der lokalen Wasserwerke wurden erheblich umgestaltet und für die Bewertung durch die Öffentlichkeit geöffnet, indem mindestens ein Mitglied einer Umwelt- oder sozialen Organisation aus der Umgebung eingebunden und die Professionalität der unabhängigen Vorstandsmitglieder gewährleistet wird und die Vorstandsvorsitzenden durch transparente Interessenbekundungen mit Mindestanforderungen in Bezug auf ihre Qualifikation und unter wettbewerblichen Konditionen ausgewählt werden.

Abb. 6.1: Struktur des reformierten Wassersektors



5.4 PRIVATISIERUNGEN

Privatisierungs- und Investitionsfonds HCAP

Der Privatisierungs- und Investitionsfonds HCAP wurde im Rahmen der ersten Überprüfung per Gesetz 4389/2016 im Einklang mit der Erklärung des Euro-Gipfels vom 12. Juli 2015 eingerichtet. Der Zweck des HCAP besteht in der Verwaltung werthaltiger griechischer Vermögenswerte, der Maximierung ihres Werts mit dem Ziel ihrer anschließenden Verwertung zur Stützung der Entwicklung der griechischen Wirtschaft sowie der Verringerung der finanziellen Verpflichtungen Griechenlands. Der HCAP wurde im Zuge der zweiten Überprüfung mit der Ernennung des Aufsichtsrats und des Vorstands sowie der Ausarbeitung der wesentlichen Punkte der Geschäftsordnung für die Funktionsweise des HCAP vollständig arbeitsfähig.

Im Rahmen der vierten Überprüfung wurden eine Reihe von Vorabmaßnahmen getroffen, damit der HCAP sein volles Potenzial ausschöpfen kann. Diese Maßnahmen dienten der Klärung der wichtigsten noch offenen Punkte betreffend die vollständige Arbeitsaufnahme durch den HCAP und umfassten insbesondere i) die Fertigstellung der Geschäftsordnung, ii) den Abschluss der Übertragung der im Rahmen der zweiten Überprüfung vereinbarten staatseigenen Unternehmen und der Übertragung zusätzlicher Immobilien auf den HCAP, iii) die Überprüfung der Vorstände der HCAP-Tochtergesellschaften OASA und ELTA, iv) die Vorlage der Geschäftspläne der auf den HCAP übertragenen staatseigenen Unternehmen, bei denen der HCAP

Mehrheitseigner ist, gemäß dem Strategieplan des HCAP sowie v) die Änderung der Satzungen der auf den HCAP übertragenen staatseigenen Unternehmen, bei denen der HCAP Mehrheitseigner ist, zur Einhaltung des kodifizierten Unternehmensgesetzes 2190/1920.

Im Anschluss an die Verabschiedung der Hauptkapitel der Geschäftsordnung im Rahmen der zweiten Überprüfung des ESM-Programms wurden als Vorabmaßnahme für die dritte Überprüfung eine Reihe von Kapiteln ausgearbeitet und von der Hauptversammlung verabschiedet. Als Vorabmaßnahme für die vierte Überprüfung hat die Hauptversammlung am 19. Juni 2018 das letzte noch offene Kapitel zur Anlagepolitik des HCAP verabschiedet.

Auf Grundlage des geänderten HCAP-Gesetzes sind mehrere Arten von Investitionen geplant: i) Investitionen durch den griechischen Staat (Art. 200 Abs. 3) sowie ii) Investitionen durch den HCAP, darunter a) Investitionen in eigene Vermögenswerte des HCAP (Art. 200 Abs. 2 Buchst. a HCAP-Gesetz) und b) Investitionen in Unternehmen oder Vermögenswerte, die keine direkten oder sonstigen Tochtergesellschaften des HCAP sind (Art. 200 Abs. 2 Buchst. b). Das entsprechende Kapitel der Geschäftsordnung zur Anlagepolitik umfasst u. a. das Spektrum der Anlagepolitik, die politischen Ziele und die Risikobereitschaft des Fonds sowie Überlegungen zu Diversifizierung/Verteilung/Konzentration.

Die Übertragung der im Rahmen der zweiten Überprüfung vereinbarten staatseigenen Unternehmen und die Übertragung zusätzlicher Immobilien auf den HCAP gemäß dem im Rahmen der dritten Überprüfung vereinbarten Verfahren wurden abgeschlossen. Als Vorabmaßnahme für die vierte Überprüfung wurde das HCAP-Gesetz dahingehend geändert, dass die GAIAOSE-Anteile auf den HCAP übertragen werden. Zur Vermeidung von Bilanzkonsolidierungsproblemen wird die Übertragung am 1. Juli 2018 wirksam. GAIAOSE verwaltet das rollende Material des Staates und das Immobilienvermögen von OSE, gleichzeitig jedoch auch eine Reihe von Immobilien in eigenem Besitz. Zwecks Übertragung des Athener Olympia-Sportkomplexes OAKA auf den HCAP bis Ende 2018 haben die Behörden als Vorabmaßnahme für die vierte Überprüfung eine detaillierte Liste der für die Übertragung erforderlichen Maßnahmen sowie einen Zeitplan für deren Durchführung vorgelegt. Die Liste umfasst Maßnahmen zur Ermittlung und Finanzierung der für die Instandhaltung bzw. Instandsetzung der OAKA-Einrichtungen benötigten Mittel, zur Umwandlung von OAKA in eine Aktiengesellschaft mit ausreichender Kapitalausstattung sowie zur Übertragung auf den HCAP. Ferner haben die Behörden eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der auch Vertreter des HCAP angehören und die die Umsetzung dieser Maßnahmen überwacht. Und schließlich wurde auf Grundlage des im Rahmen der dritten Überprüfung zwischen den Behörden und den Institutionen vereinbarten Verfahrens von den Beratern des HCAP nach Sichtung der einschlägigen Datenbanken ein bedeutendes Immobilienpaket ermittelt. Anschließend wurde die Liste der auf den HCAP zu übertragenden Immobilien dem Finanzminister zur Genehmigung vorgelegt. Nach entsprechender Ermächtigung durch KYSOIP (FEK B' 2317/19.05.2018) hat der Minister am 19. Juni 2018 den entsprechenden Beschluss erlassen. Dieser stellt den Rechtstitel für die Übertragung der Vermögenswerte auf ETAD/HCAP dar.

Als Vorabmaßnahme für die vierte Überprüfung wurden die Vorstände der beiden anderen HCAP-Tochtergesellschaften OASA und ELTA überprüft. Der HCAP-Vorstand überprüfte die Vorstände von OASA und ELTA mit Unterstützung externer Berater, die den Evaluierungsbericht vorlegten. Nach der Überprüfung führt der HCAP-Vorstand derzeit die letzten Schritte zum Abschluss des Verfahrens zum Austausch von Mitgliedern der beiden Vorstände durch. Die Überprüfung der Vorstände der übrigen staatseigenen Unternehmen und die Besetzung offener Vorstandsposten wird in den kommenden Monaten eine der Hauptaufgaben des HCAP sein.

Die auf den HCAP übertragenen staatseigenen Unternehmen, bei denen der HCAP Mehrheitseigner ist, haben ihre Geschäftspläne vorgelegt. Die nicht börsennotierten staatseigenen Unternehmen, bei denen der HCAP Mehrheitseigner ist, legten ihre Geschäftspläne bis Ende April 2018 vor. Bei den börsennotierten Unternehmen hat die Geschäftsleitung jeweils bestätigt, dass aktualisierte Geschäftspläne vorliegen. Somit ist

die Vorabmaßnahme erledigt. Nach Vorlage der Geschäftspläne hat der HCAP inzwischen mit deren Auswertung begonnen, bei der u. a. geprüft wird, ob sie mit dem Strategieplan des HCAP in Einklang stehen.

Die Satzungen der auf den HCAP übertragenen staatseigenen Unternehmen, bei denen der HCAP Mehrheitseigner ist, wurden geändert. Die Änderungen sehen eine Abwandlung des Verfahrens zur Ernennung der Vorstandsmitglieder der staatseigenen Unternehmen vor, die sich aus der entsprechenden Änderung des HCAP-Gesetzes vom Januar 2018 ergibt, sowie Neuerungen, die zur Einhaltung des kodifizierten Unternehmensgesetzes erforderlich sind. Die Änderungen der Satzungen von staatseigenen Unternehmen wurden auf Ebene des HCAP-Vorstands vereinbart und von den Hauptversammlungen der staatseigenen Unternehmen genehmigt.

Privatisierungsprojekte

Privatisierungen können dazu beitragen, die Wirtschaft effizienter zu gestalten und die Staatsverschuldung zu verringern. Die Umsetzung des Vermögensentwicklungsplans des griechischen Privatisierungsfonds TAIPED in Bezug auf alle wesentlichen Vermögenswerte ist für die Ankurbelung von Privatinvestitionen, Effizienzsteigerungen und als Finanzierungsquelle für den Staat entscheidend. In mehreren Bereichen wurden Fortschritte erzielt, besonders hervorzuheben sind folgende Punkte: finanzieller Abschluss der Veräußerung und Übertragung von 67 % der Anteile an der Thessaloniki Port Authority S.A.; finanzieller Abschluss der Veräußerung von 5 % an der Telekommunikationsgesellschaft OTE; Auswahl des bevorzugten Bieters für den Erwerb von 66 % des Erdgasnetzbetreibers DESFA; erste Einschätzung der GD Wettbewerb, dass die vorangemeldete Vereinbarung über die Konzessionsverlängerung für den Internationalen Flughafen Athen keine rechtswidrige staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union darstellt; Annahme des von der TRAINOSE S.A. vorgelegten verbesserten finanziellen Angebots für den Erwerb einer 100 %-igen Beteiligung an der EESSTY (ROSCO) S.A. durch den TAIPED-Vorstand – ROSCO erbringt Wartungs- und Bereitstellungsleistungen für das rollende Material von Schienenverkehrsbetreibern; Einleitung und Abschluss der Interessensbekundungsphase für den gemeinsamen Verkauf einer Mehrheitsbeteiligung (50,1 %) an Hellenic Petroleum (HELPE) durch den Staat und den anderen strategischen Anteilseigner von HELPE, die PanEuropean Oil and Industrial Holdings S.A. (POITH); Einleitung der Phase für die Abgabe verbindlicher Angebote für die langfristige Konzession für die Egnatia-Autobahn. Es ist jedoch anzumerken, dass es in den vergangenen zwei Jahren bei der Umsetzung des im August 2015 im Vermögensentwicklungsplan festgelegten Privatisierungsprogramms, das planmäßig vor dem Ende des ESM-Programms hätte abgeschlossen werden sollen, zu Verzögerungen gekommen ist.

Im Rahmen der vierten Überprüfung haben sich die Behörden zur Ergreifung der Maßnahmen verpflichtet, die für die Erzielung von Fortschritten bei wichtigen Privatisierungsprojekten erforderlich sind. Als Vorabmaßnahmen für die vierte Überprüfung hat TAIPED den Vermögensentwicklungsplan aktualisiert und der Regierungsrat für Wirtschaftspolitik (KYSOIP) den von TAIPED genehmigten Vermögensentwicklungsplan verabschiedet. Voraussichtlich wird der Vermögensentwicklungsplan nach Programmende entsprechend dem vereinbarten Zeitplan umgesetzt. Ferner hat der TAIPED-Vorstand innerhalb desselben Rahmens mithilfe externer Berater die Leitungsstrukturen von DEPA und Egnatia S.A. überprüft und den Vorstand dieser Unternehmen bewertet. Im Fall von DEPA wurden die derzeitigen Vorstandsmitglieder positiv bewertet, sodass keine Auswechslungen erforderlich waren. Im Fall von Egnatia mussten offene Stellen besetzt werden. Am 19. Juni 2018 wurden zwei neue Egnatia-Vorstandsmitglieder ernannt.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Fortschritte bei den wichtigsten laufenden Privatisierungsprojekten gegeben. Es ist anzumerken, dass der finanzielle Abschluss einer Reihe der im Privatisierungsprogramm vorgesehenen Transaktionen erst nach Programmablauf erfolgen kann.

Erdgasnetzbetreiber DESFA: Am 16. Februar 2018 wurden zwei verbindliche Angebote für den Erwerb von 66 % der DESFA-Anteile (31 %-ige Beteiligung von TAIPED, 35 %-ige Beteiligung von HELPE) vorgelegt. Am 19. April 2018 hat der TAIPED-Vorstand den bevorzugten Bieter ausgewählt. Am 30. Mai 2018 wurden die

Angebotsunterlagen dem Rechnungshof zur Genehmigung vorgelegt. Die Transaktion vor Jahresende abgeschlossen werden. Dies ist auf Verzögerungen bei der Abwicklung der Transaktion zurückzuführen. Das im Juli 2017 unterzeichnete ergänzende MoU sah die Benennung des bevorzugten Bieters bis August 2017 und den finanziellen Abschluss der Transaktion bis Ende 2017 vor.

Egnatia-Autobahn: Der Prozess zur Privatisierung der Egnatia-Autobahn war von systematischen Verzögerungen gekennzeichnet. In den vergangenen Wochen wurden Schritte zur Überwindung der Hürden bei der wirksamen Einleitung der Phase zur Abgabe verbindlicher Angebote ergriffen, die im Januar 2018 nach Einleitung des Verfahrens zur Interessensbekundung für die Beschaffung, Konstruktion und Installation eines elektronischen Mautsystems (E-Maut) durch das Infrastrukturministerium aufgetreten waren. Konkret wurde als Vorabmaßnahme für die vierte Überprüfung der gemeinsame Ministerialbeschluss 6686/2014 (in der geltenden Fassung) geändert, um die Konzession für die Egnatia-Autobahn vom laufenden E-Maut-Ausschreibungsverfahren des Ministeriums für Infrastruktur und Verkehr zu trennen/auszunehmen. Der geänderte gemeinsamer Ministerialbeschluss wurde am 24. Mai 2018 im Amtsblatt veröffentlicht (FEK B' 1893/24.05.2018). In der nächsten Phase des Ausschreibungsverfahrens des Infrastrukturministeriums soll er bestätigt werden. Nach Verabschiedung des geänderten gemeinsamen Ministerialbeschlusses und Anpassung der Ausschreibungsunterlagen haben TAIPED und seine Berater den Konzessionsvertrag aufgesetzt, der vom TAIPED-Vorstand genehmigt und am 15. Juni 2018 zusammen mit der Aufforderung zur Abgabe verbindlicher Angebote an die präqualifizierten Investoren übermittelt wurde. Am 22. Mai hat das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr in Zusammenarbeit und Abstimmung mit TAIPED seine Antworten auf die von der GD Mobilität und Verkehr eingereichten Klärungsfragen zum neuen Mautsystem auf der Egnatia-Autobahn und ihren Vertikalachsen vorgelegt. Ferner haben der Minister für Infrastruktur und Verkehr und der Finanzminister am 7. Juni einen gemeinsamen Ministerialbeschluss über die neue Mautgebührenrichtlinie für die Egnatia-Autobahn und ihre Vertikalachsen erlassen. Diese neue Mautgebührenrichtlinie wird vorbehaltlich der Billigung durch die GD Mobilität und Verkehr am 1. Januar 2019 auf der Egnatia-Autobahn in Kraft treten. Der Ministerialbeschluss sieht außerdem vor, dass die geltende Befreiung der Anwohner und Unternehmen in mehreren an die Egnatia-Autobahn angrenzenden Präfekturen und Gemeinden von der Maut am 1. Januar 2019 außer Kraft tritt. Am 2. März hat die Egnatia S.A. den Vertrag über den Bau der Mautstation Asprovalta unterzeichnet. Außerdem hat die Egnatia S.A. den Auftragnehmer der zwei neuen Betriebs- und Instandhaltungsverträge angewiesen, mit dem Bau der frontalen Mautstationen Strymoniko und Kavala zu beginnen. Darüber hinaus hat das Ministerium für Energie und Umwelt die Umweltauflagen für alle verbleibenden frontalen sowie alle lateralen Mautstationen (bis auf vier) genehmigt. Mit dem Bau sämtlicher Mautstationen wird begonnen sobald die Umweltauflagen für die übrigen 4 Mautstationen ebenfalls genehmigt wurden, und zwar auf Grundlage der konkreten Vertragsoption. Und schließlich hat der Interministerielle Ausschuss für Vermögensumstrukturierung und Privatisierung am 15. Juni einen Beschluss gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes 3986/2011 erlassen (Wortlaut mit TAIPED vereinbart – FEK B' 2274/15.06.2018), der TAIPED dazu berechtigt, in den Servicekonzessionsvertrag der Egnatia-Ausschreibung die Pflicht des Konzessionsinhabers aufzunehmen, alle notwendigen Arbeiten im Zusammenhang mit der Verbesserung der Autobahnstandards a) des Abschnitts Halastra-Polykastro der vertikalen Straßenachse Halastra-Evzoni und b) des Abschnitts Christos-Ambela der vertikalen Straßenachse Thessaloniki-Serres-Promachonas, die zusammen etwa 54 km lang sind, zu finanzieren, zu ermitteln und durchzuführen. Der finanzielle Abschluss der Egnatia-Transaktion wird voraussichtlich vor Ende 2019 erfolgen.

Hellinikon (Erschließungsprojekt auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Athen): Das Projekt dürfte sich bei seiner Umsetzung stark positiv auf die griechische Wirtschaft auswirken (Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze und Wertschöpfung). Allerdings traten während des Projekts immer wieder Hindernisse auf (Forstwirtschaft, archäologische Funde). Eine äußerst positive Entwicklung im Rahmen der dritten Überprüfung war die Unterzeichnung und Veröffentlichung des Präsidialerlasses über die Genehmigung des integrierten Entwicklungsplans am 1. März 2018. Der Erlass schafft Klarheit in Bezug auf alle potenziellen Streitpunkte (Höhe von Hochhäusern, vorgeschriebenes Verfahren in Bezug auf archäologische Funde auf dem Gelände und den Umgang mit diesen bzw. ihre Erhaltung). Im Rahmen der vierten Überprüfung haben die Behörden den Erlass eines Gesetzes über die Einrichtung der Verwaltungsstelle für offene und öffentliche Bereiche und

Einrichtungen abgeschlossen (die betreffende Rechtsvorschrift ist Teil des am 14. Juni 2018 vom Parlament verabschiedeten Artikelgesetzes (FEK A‘ 105/14.06.2018)); außerdem setzten sie weiterhin ohne Verzögerungen den in der Arbeitsgruppe vereinbarten überarbeiteten Zeitplan für die Erfüllung aller Vorbedingungen für den Erlass der erforderlichen Ministerialbeschlüsse (Stadtplanung, Genehmigung von Studien) und die Vergabe der Casinolizenz um (Maßnahmen siehe Liste der ausstehenden Regierungsmaßnahmen), damit ein finanzieller Abschluss bis Dezember 2018 gewährleistet ist.⁷

Hafen Thessaloniki: Nach einer langen Verzögerung des Privatisierungsprozesses wurden am 24. März 2017 verbindliche Angebote vorgelegt. Der Höchstbieter und der Vorbehaltsbieter wurden am 24. April 2017 ausgewählt. Am 20. November 2017 bestätigte der Rechnungshof, dass TAIPED mit die Rechtsdokumente für die Transaktion ausfertigen kann (Anteilskaufvertrag und Gesellschaftervertrag). Der Anteilskaufvertrag und der Gesellschaftervertrag wurden am 21. Dezember 2017 unterzeichnet. Der Konzessionsvertrag wurde am 22. Februar 2018 vom Parlament ratifiziert. Der finanzielle Abschluss der OLTH-Transaktion erfolgte am 23. März 2018 mit der Übertragung der Mehrheitsbeteiligung von 67 % an der Thessaloniki Port Authority S.A. (ThPA) auf die South Europe Gateway Thessaloniki Limited gegen Zahlung von 231,926 Mio. EUR.

Internationaler Flughafen Athen (AIA): Der TAIPED-Vorstand stimmte am 30. Mai 2017 im Anschluss an bilaterale Verhandlungen zwischen TAIPED und AIA der Verlängerung des Konzessionsvertrags des AIA zu. Der finanzielle Abschluss der Transaktion steht noch unter dem Vorbehalt der Genehmigung der GD Wettbewerb der Europäischen Kommission im Rahmen der Anmeldung staatlicher Beihilfen (Artikel 107–109 AEUV). Die griechischen Behörden haben der GD Wettbewerb die Transaktion zwecks einer vorläufigen Einschätzung vor der formellen Anmeldung vorab vorgelegt. Die GD Wettbewerb hat eine Reihe von Fragen und Klärungersuchen übermittelt, und es haben mehrere Treffen der beiden Seiten stattgefunden. Eine äußerst positive Entwicklung war, dass die Generaldirektion Wettbewerb am 15. Juni 2018 zu der vorläufigen Einschätzung gelangt ist, dass die vorangemeldete Vereinbarung über die Konzessionsverlängerung keine rechtswidrige staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union darstellt.

Sonstige Projekte: TAIPED arbeitet derzeit an vorbereitenden Maßnahmen für die Umsetzung aller im Vermögensentwicklungsplan enthaltenen Privatisierungstransaktionen. Am 15. März 2018 wurde im Rahmen der vierten Überprüfung das Ausschreibungsverfahren für die Telekommunikationsgesellschaft OTE abgeschlossen, ohne dass Angebote abgegeben wurden. Da die Deutsche Telekom AG nach dem Gesellschaftervertrag ein Vorkaufsrecht besitzt, wurde ihr am 16. März 2018 eine Mitteilung auf Grundlage des 20-tägigen volumengewichteten Durchschnittskurses zugestellt. Daraufhin übte die Deutsche Telekom AG ihr Vorkaufsrecht auf den Erwerb von 5 % der OTE-Anteile für 284,052 Mio. EUR aus. Mit der Übertragung der 5 %-igen Beteiligung auf die Deutsche Telekom AG gegen Zahlung von 284,052 Mio. EUR erfolgte am 30. Mai 2018 der finanzielle Abschluss der OTE-Transaktion.

Hellenic Petroleum (HELPE): Hinsichtlich der Konditionen des Verkaufs von 50,1 % an HELPE wurde zwischen PanEuropean, TAIPED und den griechischen Behörden eine Einigung erzielt. Am 18. April 2018 wurde über eine internationale offene Ausschreibung für den gemeinsamen Verkauf (des Staates zusammen mit

⁷ Zur Vorbedingung des Umzugs der Nutzer: In Bezug auf den Umzug der derzeitigen Nutzer des öffentlichen Sektors (Maßnahmen siehe Liste der ausstehenden Regierungsmaßnahmen) gemäß dem vereinbarten Zeitplan haben die griechischen Behörden erhebliche Fortschritte erzielt. Konkret wurde Folgendes erreicht: i) Abgeschlossen werden konnten der Umzug des Zolls und aller übrigen dem Finanzministerium unterstehenden Einrichtungen, der Umzug aller dem Verteidigungsministerium unterstehenden Einrichtungen einschließlich des Flugzeugwerks, des nationalen Meteorologiezentrums und der Beschaffungsstelle der Luftwaffe, der Umzug aller dem Kultur- und Sportministerium unterstehenden Einrichtungen einschließlich aller Sportorganisationen, der Umzug aller dem Gesundheitsministerium unterstehenden Einrichtungen einschließlich des Krankenhauses der US-Militärbasis sowie der Umzug der Einrichtungen der Gemeinde Alimos. ii) Erhebliche Fortschritte wurden erzielt hinsichtlich des Umzugs von OSY (Busdepot) (bislang 70 % – Abschluss bis Ende Juni gemäß Zeitplan), des Umzugs der Zivilluftfahrt (bislang 75 % – Abschluss bis Ende Juni gemäß Zeitplan), des Umzugs der Einrichtungen der Regionalbehörde Attica (bislang 75 % – Abschluss bis Ende Juni gemäß Zeitplan), des Umzugs des Fischforschungszentrums (Abschluss von 75 % des Verfahrens zur Sicherstellung des physischen Umzugs bis November 2018 wie vereinbart) sowie des Umzugs der Einrichtungen der Gemeinde Elliniko-Argyroupoli (bislang 50 %). iii) In Bezug auf gemeinnützige Organisationen, Polizei und Feuerwehr wurden mit dem Investor/Bauträger besondere Umzugsabsprachen getroffen.

dem anderen strategischen HELPE-Anteilseigner, der PanEuropean Oil and Industrial Holdings S.A. (POITH)) einer Mehrheitsbeteiligung (50,1 %) an HELPE gemäß einem von den griechischen Behörden, POITH und TAIPED unterzeichneten MoU die Interessensbekundungsphase eingeleitet. Die Frist für die Abgabe von Interessensbekundungen endete am 30. Mai 2018. Fünf Investitionsmodelle haben ihr Interesse bekundet. Der finanzielle Abschluss der Transaktion wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2019 erfolgen.

Staatlicher Gasversorger DEPA: TAIPED hat seit April Rechts- und Finanzberater damit beauftragt, TAIPED bei der Privatisierung der DEPA-Beteiligung zu unterstützen (entsprechend der Vorgabe im ergänzenden MoU). Die griechischen Behörden und die Institutionen haben sich auf die Struktur der Privatisierungstransaktion geeinigt (siehe auch Abschnitt 5.3 Energie). Mit der Ausschreibung der geschäftlichen Aktivitäten soll im November 2018 begonnen werden, der finanzielle Abschluss ist für Ende 2019 vorgesehen. Die Ausschreibung des Netzbetriebs soll bis Ende 2019 erfolgen.

Insgesamt zeichnet sich bei der Umsetzung des Privatisierungsprogramms ein uneinheitliches Bild ab, das Fortschritte in einigen Bereichen und Verzögerungen in anderen Bereichen zeigt. Im Jahr 2017 beliefen sich die Erlöse auf 1,4 Mrd. EUR. Durch den finanziellen Abschluss der Veräußerung von 67 % des Grundkapitals des Hafens Thessaloniki sowie den Abschluss der Veräußerung einer 5 %-igen Beteiligung an der Telekommunikationsgesellschaft OTE konnten im ersten Halbjahr 2018 Erlöse in Höhe von 734 Mio. EUR erzielt werden. Die Hellinikon-Transaktionen und die Konzessionsverlängerung für den Internationalen Flughafen Athen konnten aus Gründen, auf die die griechischen Behörden keinerlei Einfluss haben, bislang noch nicht zum finanziellen Abschluss gebracht werden. Im Fall Hellinikon wurde der Zeitplan aufgrund mehrerer Verzögerungen seit Beginn des ESM-Programms bis Dezember 2018 verlängert; die letzte Verzögerung war auf objektive Gründe zurückzuführen, auf die die griechischen Behörden keinen Einfluss hatten, während die Transaktion zur Konzessionsverlängerung unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die GD Wettbewerb und der Annahme der Verlängerungskonditionen seitens der Investoren stand. Neben Hellinikon und der Konzessionsverlängerung für den Internationalen Flughafen Athen werden voraussichtlich auch die DESFA- und die ROSCO-Transaktion noch vor Ende 2018 zum finanziellen Abschluss gebracht. Sollte der finanzielle Abschluss dieser vier Transaktionen noch bis Jahresende erfolgen, sind für das zweite Halbjahr 2018 zusätzliche Erlöse in Höhe von über 1,5 Mrd. EUR zu erwarten, was insgesamt einen Ertrag von rund 4,5 Mrd. EUR seit Beginn des ESM-Programms bedeuten würde. Der Abschluss weiterer wichtiger Ausschreibungen im Jahr 2019 ist möglich, woraus sich potenziell beachtliche Erträge ergeben könnten. Der geschätzte finanzielle Ertrag aus den Transaktionen, die derzeit abgeschlossen werden, wurde vor dem Hintergrund des positiven Wirtschaftswachstums und des Auslaufens des Stabilitätshilfeprogramms für Griechenland nach oben korrigiert. Dies liegt im Interesse Griechenlands und seiner Gläubiger, da die Erlöse in den Schuldendienst fließen.

6. Säule IV: Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung

6.1 ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Reformen der öffentlichen Verwaltung sind eine wichtige Säule des ESM-Programms. Das im Rahmen des Programms vereinbarte Paket an Rechtsreformen wurde im Zusammenhang mit der dritten Überprüfung größtenteils abgeschlossen; die vierte Überprüfung konzentriert sich dagegen in erster Linie auf die Erfüllung im Wege der eigentlichen Umsetzung dieser wichtigen Reformen, die ein breites Spektrum an Aspekten der öffentlichen Verwaltung Griechenlands erfassen. Eine zentrale Reform befasst sich mit der Festlegung der Eckpunkte für die Entwicklung eines umfassenden Personalmanagementsystems im Wege der Einführung eines Mobilitätsprogramms (einschließlich der Erarbeitung von Organigrammen und Tätigkeitsbeschreibungen) und jährlicher Leistungsbeurteilungen. Zu den weiteren Reformen gehören die Einführung eines transparenten und offenen Auswahlverfahrens für Ernennungen auf der höheren Führungsebene und die Verabschiedung eines interministeriellen Koordinierungshandbuchs zur Verbesserung der Gesamtkoordinierung auf zentralstaatlicher Ebene.

Ein wesentliches Element der Entwicklung des Personalmanagementsystems war die Einführung eines modernen Mobilitätsprogramms, das die Versetzung von öffentlichen Bediensteten auf dringend zu besetzende Stellen ermöglicht. Dieses Programm ersetzt einen schwerfälligen und intransparenten Prozess, der sich im Wesentlichen auf vorübergehende Entsendungen als Form der Mobilität stützte, selbst wenn die aufnehmende Stelle einen dauerhaften Bedarf hatte. Vorübergehende Entsendungen sind gemäß dem neuen Rechtsrahmen nicht ausgeschlossen, vielmehr auf eine Dauer von 12 Monaten (mit der Möglichkeit der Verlängerung um weitere drei Monate) beschränkt. Der erste Mobilitätszyklus wurde im November 2017 eingeleitet, und der zweite Zyklus nahm seinen Anfang im April 2018. Im ersten Zyklus wurden mehr als 800 offene Stellen veröffentlicht, wobei für mehr als 90 % der zu besetzenden Positionen 2.000 Bewerber Interesse anmeldeten. Dabei traten Verzögerungen bei der Vorlage der erforderlichen Verwaltungsunterlagen in Bezug auf die Bewerber in der engeren Auswahl durch die veranlassende Stelle auf, und um einen reibungslosen Prozess zu gewährleisten, wurde eine Gesetzesänderung verabschiedet, die bestimmte Fristen festsetzt, in denen die veranlassende Stelle die erforderlichen Unterlagen vorlegen muss. Um sicherzustellen, dass der Zeitraum zwischen der Auswahl und der eigentlichen Versetzung auf einen Monat beschränkt ist, wurde eine Gesetzesänderung zur Erleichterung des Prozesses der Mittelzuweisung verabschiedet, damit der ausgewählte öffentliche Bedienstete seine neue Stelle tatsächlich antreten kann. Der erste Mobilitätszyklus steht kurz vor dem Abschluss, für 234 von 456 offenen Stellen wurden Auswahlbescheinigungen für die dauerhafte Versetzung ausgestellt, und die eigentliche Versetzung sollte bis Juli 2018 abgeschlossen sein. Zu den Gründen, warum nicht alle offenen Stellen besetzt wurden, zählen, dass (i) die aufnehmende Stelle nicht von der Qualifikation/Erfahrung der Bewerber überzeugt war, (ii) Bewerber ihre Bewerbung zurückgezogen und/oder sich für eine andere Position entschieden haben. Es gibt ermutigende Anzeichen, dass der zweite Mobilitätszyklus schneller als der erste Zyklus abgeschlossen wird, und dass das Interesse sowohl in Bezug auf die beteiligten Stellen als auch auf die Bewerber gestiegen ist. Ministerien und unabhängige Behörden sind die Einheiten mit den meisten zu besetzenden Stellen in den ersten beiden Mobilitätszyklen, wobei vorübergehende Entsendungen immer noch einen hohen Anteil einnehmen, der jedoch augenscheinlich abnimmt. Der dritte Mobilitätszyklus ist für den Zeitpunkt nach dem Abschluss der eigentlichen Versetzungen aus den vorangegangenen Zyklen vorgesehen.

2018 waren bislang deutliche Fortschritte bei der Aufstellung von Organigrammen und Tätigkeitsbeschreibungen durch die öffentlichen Stellen zu verzeichnen. Das Ministerium für Verwaltungsreformen hat eine elektronische Plattform entwickelt, die als zentrale Plattform dient, auf die alle Stellen ihre digitalen Organigramme hochladen und Tätigkeitsbeschreibungen mit dem entsprechenden

Beschäftigten verknüpft werden können. Die Rücklaufquote bezüglich der digitalen Organigramme ist zufriedenstellend, wohingegen die Erarbeitung der Tätigkeitsbeschreibungen derzeit hinter dem Zeitplan liegt. Dabei ist anzumerken, dass es sich hierbei nicht um eine Aufgabe handelt, die erstmalig von der Mehrheit der öffentlichen Stellen durchgeführt wird, und es ist von größter Bedeutung, dass dieser Prozess abgeschlossen wird, um die Struktur und den Bedarf der entsprechenden Stellen uneingeschränkt widerzuspiegeln. Das für Juni 2018 gesetzte Ziel für 53 Stellen zum Abschluss der Organigramme und Tätigkeitsbeschreibungen wurde erreicht und tatsächlich überschritten, da 60 Stellen bis dato diesen Prozess abgeschlossen haben. Um den Prozess zu unterstützen, wurde vom Ministerium für Verwaltungsreformen ein Handbuch an alle Einheiten des öffentlichen Sektors ausgegeben und ein Schulungsprogramm für die Befüllung der Datenbank in die Wege geleitet. Darüber hinaus hat eine ausgewählte Anzahl von Piloteinrichtungen ihre digitalen Organigramme und Tätigkeitsbeschreibungen erstellt, indem auf Referatsebene entsprechende Tätigkeitsbeschreibungen zu allen Referatsstellen angefertigt wurden. Das Ministerium für Verwaltungsreformen plant eine Ausweitung dieser Plattform, die bis 2019 alle staatlichen Stellen und ihre öffentlichen Bediensteten, ausgewiesen nach spezifischem Referat und spezifischer Nummer, umfassen soll.

Bei der Umsetzung der jährlichen Leistungsbeurteilungen sind erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen. Neben der Absicht der Behörden, das Recht in seiner gesamten Bandbreite (d. h. rund 230.000 Beschäftigte) zu erfassen, wird die Leistungsbeurteilung 2017 zum ersten Mal elektronisch vorgenommen. Die jährliche Beurteilung wurde im Mai eingeleitet und wird voraussichtlich bis Juli 2018 zum Abschluss gebracht (gemäß FEK: B 1882/2018 mit Gewähr einer Verlängerung gemäß FEK: B 2271/2018). Die Beurteilung umfasst die folgenden Schritte, die alle mithilfe eines Online-Tools durchgeführt werden: (i) Selbstbeurteilung durch den öffentlichen Bediensteten, (ii) Beurteilung durch den unmittelbaren Vorgesetzten des öffentlichen Bediensteten und (iii) Beurteilung durch einen Vorgesetzten/Direktor zwei Rangstufen oberhalb des öffentlichen Bediensteten. Bis Mitte Juni wurde der Schritt der Selbstbeurteilung für ca. 56 % aller Bediensteten, die von der zuständigen Personalabteilung in der Online-Datenbank eingetragen wurden (d. h. 90.808 von insgesamt 161.252), abgeschlossen. Laut den Behörden ist der Grund, warum lediglich 161.252 Beschäftigte von den zuvor geschätzten 230.000 Beschäftigten in der Datenbank eingetragen wurden, in der engen Frist zu finden, die den zuständigen Personalabteilungen für den Abschluss der Eintragung gesetzt wurde. Zudem gaben die Behörden an, dass eine Anzahl dieser die Leistungsbeurteilung nach wie vor auf Papier vornehmen wird, allerdings waren die Behörden nicht in der Lage, eine Schätzung dieser Anzahl vorzunehmen.

Kasten 7. Übergang zu einem umfassenden Personalmanagementsystem

Eine wichtige Reform zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung Griechenlands ist die Entwicklung eines umfassenden Personalmanagementsystems, das eine wirksame und effiziente Zuweisung und Verwaltung von Ressourcen ermöglicht. Die zentralen Elemente des Personalmanagementsystems sind inzwischen im Wege des Mobilitätsprogramms (einschließlich der Erarbeitung von Organigrammen und Tätigkeitsbeschreibungen), der jährlichen Leistungsbeurteilung der öffentlichen Bediensteten und eines transparenten Auswahlverfahrens aller hochrangigen Führungskräfte etabliert.

- 1. Das Mobilitätsgesetz (4440/2016) führt ein einheitliches Mobilitätssystem für die öffentliche Verwaltung und Kommunalverwaltung ein.** Dieses Gesetz ersetzt das vorangegangene System, das sich fast ausschließlich auf vorübergehende Entsendungen stützte, durch ein transparentes, systematisches System, das allen öffentlichen Bediensteten offensteht. Um sich am Mobilitätsprogramm beteiligen zu können, muss die jeweilige öffentliche Stelle ein Organigramm und Tätigkeitsbeschreibungen erstellen (siehe Art. 4). Tätigkeitsbeschreibungen sind für jede Position zu erarbeiten und müssen den Beruf, den Politikbereich, die Hauptverantwortlichkeiten, erforderlichen Qualifikationen und erwünschten Kompetenzen für die entsprechende Position nennen. Sowohl die Organigramme als auch die Tätigkeitsbeschreibungen werden auf der Mobilitätsplattform eingestellt. Das Mobilitätsprogramm wird derzeit in drei Zyklen pro Jahr durchgeführt, wobei der zweite Zyklus im April 2018 eingeleitet wurde. Vor Beginn der einzelnen Mobilitätszyklen übermittelt jede Stelle ihre Anträge auf Versetzung und vorübergehende Entsendung an den zentralen Mobilitätsausschuss, der diese Anträge bewertet. Nach der Bewertung werden die genehmigten zu besetzenden Stellen auf einer elektronischen Plattform veröffentlicht und die öffentlichen Bediensteten, die die für die spezifische offene Position erforderlichen Qualifikationen aufweisen, sind aufgerufen, der aufnehmenden Stelle innerhalb von 15 Tagen elektronisch eine Bewerbung zu übermitteln. Die übermittelten Bewerbungen werden innerhalb von 45 Tagen bewertet (siehe nachstehende Tabelle bezüglich der vollständigen Zeitachse pro Mobilitätszyklus). Die Bewertung der Bewerber berücksichtigt die formalen und fachlichen Qualifikationen, vorangegangene Leistungsbeurteilungen, Erfahrung bezüglich der entsprechenden Aufgabenerfüllung und sämtliche Posten innerhalb der Personalakten, die die Befähigung

für die entsprechende Position nachweisen.

Tabelle 7.1: Zeitachse für Mobilitätszyklen

	Dez. 18	Jan. 19	Feb. 19	Mär. 19	Apr. 19	Mai 19	Jun. 19	Jul. 19	Aug. 19	Sep. 19	Okt. 19	Nov. 19	Dez. 19	Jan. 20
Anträge der Stelle														
Bewertung der Anträge														
Bewerbungen der Kandidaten														
Bewertung der Bewerbungen														
Abschluss der Versetzung														

- 2. Ein neues Leistungsbeurteilungssystem wurde eingeführt (Gesetz 4369/2016), das zum Ziel hat, die individuelle Leistung der öffentlichen Bediensteten kontinuierlich zu steigern und die Gesamteffizienz des öffentlichen Dienstes zu verbessern.** Alle öffentlichen Bediensteten werden jährlich von zwei ihrer Vorgesetzten beurteilt. Die Beurteilungskriterien sind wie folgt unterteilt: (a) administrative Fähigkeiten (z. B. berufliche Kompetenz, Initiative), (b) Zusammenarbeit mit Kollegen und Dienstleistungsorientierung gegenüber Bürgern und (c) Leistungsfähigkeit (quantitative und qualitative Arbeitsleistung). Das Gesetz legt zudem die Vorgabe eines Beratungsgesprächs fest, das jedem Beschäftigten die Möglichkeit gibt, mit seinem Vorgesetzten Wege zu erörtern, die eigene Leistung durch die Aneignung neuer Fähigkeiten/Kompetenzen zum eigenen Nutzen und zum Nutzen des Referats zu verbessern. Die erste Leistungsbeurteilung im Rahmen des neuen Systems wurde 2017 durchgeführt, für 2018 ist eine elektronische Durchführung vorgesehen.
- 3. Ein neues System für die Einstellung von Führungskräften basiert auf der Grundlage vollständiger Transparenz und Objektivität (Gesetz 4369/2016).** Das neue Auswahlverfahren für hochrangige Beamte erfolgt über ein unpolitisches Gremium, bei dem die Einstellungsbehörde für den öffentlichen Dienst (ASEP) den Vorsitz/die Aufsicht führt, um die Entpolitisierung der öffentlichen Verwaltung sicherzustellen. Der neue Auswahlmechanismus stützt sich auf Befähigungsnachweise, einschließlich Berufs- und Führungserfahrung, und berücksichtigt erstmalig auch die im privaten Sektor gewonnenen Erfahrungen für die Bewerbung auf eine Führungsposition.

Das Ministerium für Verwaltungsreformen hat seine Absicht bekräftigt, bis Ende 2019 das „digitale Organigramm der öffentlichen Verwaltung und Kommunalverwaltung“ fertigzustellen, das die Struktur und Personalausstattung aller öffentlichen Stellen umfasst. Dies umfasst alle Organisationseinheiten der staatlichen Stellen, und alle öffentlichen Bediensteten sind mit einer spezifischen Einheit und einer entsprechenden Tätigkeitsbeschreibung verknüpft. Die Fertigstellung der Tätigkeitsbeschreibungen und der anschließenden Verknüpfung dieser Beschreibungen mit dem bestehenden Personal dient in erster Linie dazu, einen umfassenden und korrekten Überblick über die Zuweisung von Personalressourcen innerhalb der öffentlichen Verwaltung zu erhalten und damit Personalengpässe aufgrund des konkreten Bedarfs ausmachen und einen mittelfristigen Einstellungsplan in Bezug auf die Schwerpunktbereiche und erforderlichen Qualifikationen erarbeiten zu können. Das „digitale Organigramm der öffentlichen Verwaltung und Kommunalverwaltung“ stützt sich auf ein integriertes Managementinformationssystem, über das jeder öffentliche Bedienstete zudem eine einheitliche Identifikationsnummer zugewiesen bekommt.

Die digitale Plattform bildet nach ihrer Fertigstellung die Grundlage für die Entwicklung eines mittelfristigen Personalmanagementsystems, welches eine bedeutende Errungenschaft bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung Griechenlands darstellen wird, die damit befähigt wird, ihre Aufgaben professionell und engagiert gegenüber Bürgern und dem privaten Sektor wahrzunehmen.

Eine derzeit laufende Reform befasst sich mit dem Verfahren zur Ernennung von Bediensteten der mittleren und höheren Führungsebene in der öffentlichen Verwaltung. Die Reform steht im Zusammenhang mit der Anwendung eines neuen im Gesetz 4369/2016 festgelegten Auswahlverfahrens auf alle Führungsebenen, darunter auch der Ersatz der politisch ernannten Generalsekretäre durch Verwaltungssekretäre, einer von den griechischen Behörden eingeleiteten und mit den Institutionen abgestimmten Initiative. Gemäß den Rechtsvorschriften erhalten die Generalsekretäre, Fachsekretäre und Fachsondersekretäre ein Mandat mit

festgelegter Amtsperiode und können nicht aufgrund von Ermessensentscheidungen ersetzt werden. Die Umsetzung dieser Reform sah sich jedoch einigen Herausforderungen aufgrund einer fehlenden Aufstellung von Qualifikationskriterien für die Positionen der Generalsekretäre, Fachsekretäre und Fachsondersekretäre, die für die verbleibenden Führungspositionen (Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter und Referatsleiter) galten, gegenüber. Um diese aufgedeckten Lücken zu schließen und ein ausreichendes Maß an Homogenität innerhalb der Ausschreibungen sicherzustellen, wurden spezifische Maßnahmen in Bezug auf die Qualifikationsanforderungen ergriffen, um somit zu gewährleisten, dass das Ernennungsverfahren zu Ernennungen auf der Grundlage vorab festgelegter objektiver Kriterien, die sich ausschließlich auf Kompetenzen und die Suche nach der geeigneten Person für die jeweilige Position konzentrieren, führt. Daher wurden im Rahmen der vierten Überprüfung Korrekturmaßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass alle Ernennungen auf kohärente und objektive Weise erfolgen und damit die Gesamtintegrität dieser wichtigen Reform gewährleistet ist. Dies umfasste eine Prüfung der Qualifikationsbedingungen in allen 69 Ausschreibungen durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe, die sich aus dem Ministerium für Verwaltungsreformen und dessen Dienstleistungsanbieter für technische Unterstützung, *Expertise France*, zusammensetzt. Zu den gemäß bestehenden Rechtsvorschriften und EU-Praktiken festgelegten Mindestkriterien gehörten Ausbildungsniveau, Sprachen, Arbeitserfahrung und Führungserfahrung. Auf der Grundlage dieser Prüfung und zur vollumfänglichen Abstimmung mit den vorstehend genannten Maßnahmen wurde entschieden, 22 Ausschreibungen bis Juli 2018 erneut zu veröffentlichen. Das bedeutet auch, dass das so genannte Raster der Einstellungsbehörde für den öffentlichen Dienst (ASEP) entsprechend aktualisiert und anschließend auf alle 69 Ausschreibungen angewandt wird. Daher ist zu erwarten, dass die Ernennung aller 69 Posten für Verwaltungssekretäre bis Dezember 2018 abgeschlossen wird. Außerdem wurde vereinbart, dass nach Abschluss dieser Ernennungsrunde eine unabhängige Prüfung (mit technischer Unterstützung) durchzuführen ist und dass die Behörden Maßnahmen auf der Grundlage der möglichen Empfehlungen dieser Prüfung ergreifen werden, einschließlich einer Änderung der zugrunde liegenden Rechtsvorschriften. Ziel ist, sicherzustellen, dass künftige Ernennungsverfahren mit Geist und Buchstaben des vereinbarten Rechtsrahmens übereinstimmen.

Ungeachtet der Schwierigkeiten bezüglich des Ernennungsverfahrens der Verwaltungssekretäre sind insgesamt gute Fortschritte bei der Ernennung der Abteilungsleiter zu verzeichnen. Bis Mitte Juni wurden 62 Abteilungsleiter ernannt, und die verbleibenden 28 Positionen werden bis Juli 2018 besetzt. Bezüglich der Unterabteilungsleiter wurden die Ausschreibungen für die ursprünglichen 223 Positionen in allen Ministerien bis Mitte Juni veröffentlicht, während die verbleibenden 172 Ausschreibungen bis Juli veröffentlicht werden und der Abschluss der Ernennungen bis Oktober 2018 erwartet wird. Alle Referatsleiterstellen werden im Oktober 2018 ausgeschrieben, alle Ernennungen erfolgen bis Dezember 2018.

Zu den weiteren Reformen zur Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung gehören die Erarbeitung eines Handbuchs für die interministerielle Koordinierung und eine Prüfung des Systems der Gefahrenzulagen. Das Handbuch legt die aktuellen Stellen und Verfahren zur Gewährleistung einer effizienten Koordinierung dar und wird zudem um einen Umsetzungsplan ergänzt, der die spezifischen Maßnahmen aufführt (z. B. Stärkung des Generalsekretariats für Koordinierung und Kopplung des jährlichen Aktionsplans für die einzelnen Ministerien und dem umfassenden Regierungsprogramm mit der Verabschiedung des Haushalts), um die Koordinierung und Zusammenarbeit auf zentralstaatlicher Ebene weiter zu verbessern. Im Rahmen der vierten Überprüfung wurden einige Fortschritte hinsichtlich der Prüfung des gegenwärtigen Systems der Gefahrenzulagen festgestellt, diesbezüglich legte ein interministerieller Ausschuss eine ausführliche Studie vor, einschließlich einer Methodik zu vorläufigen Quantifizierungen im Zusammenhang mit Gefahrenzulagen. Auf der Grundlage dieser Studie wurde dem Ausschuss in Abstimmung mit den Institutionen eine ministerielle Weisung vorgelegt. Hieraus wird sich aller Voraussicht nach ein überarbeitetes System ergeben, das Anfang 2019 fertiggestellt sein sollte und zudem die derzeit in anderen EU-Mitgliedstaaten angewandten Praktiken berücksichtigt und mittel- bis langfristig zu Kosteneinsparungen führen könnte.

Die Kodifizierung der griechischen Rechtsvorschriften ist ein umfangreiches Projekt, das voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Die Behörden haben bereits mit der Arbeit an der Kodifizierung des Arbeitsrechts begonnen. Ein nationales Gateway für die Kodifizierung wird voraussichtlich bis Mitte 2022 abgeschlossen.

6.3 KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Die Behörden haben den strategischen Plan zur Korruptionsbekämpfung überarbeitet. Hierbei handelt es sich um die dritte Version des 2013 veröffentlichten und bereits 2015 überarbeiteten Plans. Die im Rahmen des vorangegangenen Plans umgesetzten Maßnahmen sind nach wie vor auf der Website des Generalsekretariats für die Korruptionsbekämpfung einzusehen. Die noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen des vorangegangenen Plans werden im neuen Plan erneut aufgenommen, zusammen mit einer Reihe neuer Maßnahmen, einschließlich einer großen Anzahl von Schritten zur vollständigen Umsetzung früherer Maßnahmen. Im Zusammenhang mit den verbindlichen internationalen Verpflichtungen Griechenlands (OECD-Übereinkommen, GRECO) umfasst der Plan die Verpflichtung, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Lücken zu schließen und verbindliche Empfehlungen von internationalen Institutionen und Organisationen bis Ende 2020 zu befolgen. Schließlich wurden die Empfehlungen aus der technischen Unterstützung im Plan berücksichtigt, und die Behörden verpflichten sich beispielsweise dazu, alle Forderungen aus der technischen Unterstützung der OECD nach Abschluss des Projekts Ende 2018 zu veröffentlichen. Die Behörden haben zudem den für die Kontrolle der Finanzierung von politischen Parteien erforderlichen Rechtsrahmen durch den Erlass der notwendigen Durchführungsvorschriften verabschiedet.

6.4 UNABHÄNGIGE STELLEN

Der Prozess zur Prüfung und anschließenden Stärkung des Rechtsrahmens für unabhängige Stellen ist fortgeschritten. Allerdings hat sich dieser Prozess als komplexer als erwartet erwiesen, entsprechend wurden einige Umsetzungsfristen angepasst. Die Behörden haben einen horizontalen Gesetzesentwurf, begleitet von einem erläuternden Memorandum, vorgelegt; angesichts der großen Anzahl an beteiligten Stellen und der Komplexität der Aspekte, die in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission auf Vereinbarkeit mit EU-Recht und bewährten Verfahren geprüft werden, wird der Entwurf intern von den zuständigen Dienststellen der Kommission überarbeitet und anschließend von den Behörden weiter überarbeitet und ausgearbeitet, um Anmerkungen einzuarbeiten und Vorschläge für die Umstrukturierung des Bereichs zu erstellen, gegebenenfalls unter anderem zur Zusammenlegung bzw. Abschaffung von Behörden und zur Aufgabenübertragung an die zuständigen Stellen der Zentralverwaltung. Unter Berücksichtigung des Vorstehenden werden im Anschluss an die Verabschiedung der horizontalen Rechtsvorschriften die Grundsätze künftiger Rechtsvorschriften in Bezug auf die griechische Wettbewerbsbehörde und die Regulierungsbehörde für Energie verankert. Die Behörden haben einen Bericht vorgelegt, der die Grundsätze künftiger Rechtsvorschriften in Bezug auf die Regulierungsbehörde für Personenbeförderung (RAEM) festlegt.

ANLAGE: Schuldentragfähigkeitsanalyse und Programmfinanzierung

1. SCHULDENTRAGFÄHIGKEITSANALYSE

Die hohe Schuldenstandquote Griechenlands ist von 180,8 % im Jahr 2016 auch 178,6 % gesunken und dürfte ab 2019 weiter abnehmen. In den Prognosen der Schuldentragfähigkeitsanalyse wird davon ausgegangen, dass Griechenland sein Programm zum Abbau von Zahlungsrückständen 2018 fortführt, sodass das Land Ende 2018 alle verbleibenden Rückstände abgebaut haben dürfte. In den Prognosen wurde die letzte Auszahlung in Höhe von 15 Mrd. EUR vorausgesetzt; die Auszahlungen im Rahmen des Programm belaufen sich auf insgesamt 61,9 Mrd. EUR und fallen damit um 24,1 Mrd. EUR niedriger aus als das ursprüngliche Finanzierungsvolumen des Programms. Die Schuldentragfähigkeitsanalyse beinhaltet zudem alle kurzfristigen Schuldenerleichterungsmaßnahmen, die in der Erklärung der Eurogruppe von Mai 2016 dargelegt und vom ESM umgesetzt wurden. Im Basisszenario der Schuldentragfähigkeitsanalyse wurde bei den anderen Haupteingabeparametern von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Das kurzfristige Wachstum des realen BIP wurde aktualisiert und es wird davon ausgegangen, dass es der Frühjahrsprognose 2018 der Kommission entspricht. Das langfristige Wachstum des realen BIP wird sich den Prognosen zufolge nach 2022 mit der dann geschlossenen Produktionslücke bei 1 % einpendeln, was auch die Auswirkung der Bevölkerungsalterung widerspiegelt. Bei der Inflation wird ein schrittweiser Anstieg von 0,9 % im Jahr 2018 auf rund 2 % im Jahr 2023 und ihr anschließendes Verharren auf diesem Niveau prognostiziert. Infolgedessen wird sich das Nominalwachstum den Prognosen zufolge langfristig bei rund 3 % einpendeln.
- Die Erlöse aus der Privatisierung von Bankaktiva und nicht zum Bankgeschäft gehörenden Vermögenswerten werden auf insgesamt rund 14 Mrd. EUR im Zeitraum zwischen 2018 und 2060 geschätzt, wobei 11,5 Mrd. EUR aus der Privatisierung von nicht zum Bankgeschäft gehörenden Vermögenswerten stammen. Diese Prognosen zu Privatisierungserlösen basieren auf bereits vereinbarten Verkäufen und Konzessionen. Zum heutigen Zeitpunkt wird keine weitere Bankenrekapitalisierung erwartet und es wird davon ausgegangen, dass mehr als drei Viertel der 2015 für die Bankenrekapitalisierung verwendeten Mittel durch die Privatisierung von Bankvermögen (4,5 Mrd. EUR) wieder ausgeglichen werden können, wobei von diesen bereits 2 Mrd. EUR im Februar 2017 zurückgezahlt wurden.
- Bei der Entwicklung des Primärsaldos wird in der Analyse davon ausgegangen, dass Griechenland die Programmziele eines Primärüberschusses von 3,5 % des BIP im Jahr 2018 erreichen wird. Danach wird Griechenland der Erwartung nach den Primärüberschuss von 3,5 % bis 2022 beibehalten; danach wird der Primärüberschuss jährlich um 0,5 Prozentpunkte sinken und sich ab 2025 bei 2,2 % des BIP einpendeln.
- Die Marktsätze, die als erwarteter risikofreier Zinssatz zuzüglich eines Risikoaufschlags modelliert werden, werden 2019 voraussichtlich 4,1 % erreichen, entsprechend dem prognostizierten Anstieg des risikofreien Zinssatzes bis 2030 schrittweise auf 5,4 % ansteigen und bis 2060 auf 5,1 % sinken. Der marktübliche Refinanzierungssatz nach Abschluss des Programms liegt im Durchschnitt bei 5,1 %.
- Es wird davon ausgegangen, dass Griechenland nach und nach einen Teil der verfügbaren Barreserven zur teilweisen Deckung seiner Schuldendienstpflichten nutzen wird, wodurch sein Kassenbestand bis 2022 auf 12 Mrd. EUR sinkt.

Ausgehend von diesen Annahmen wird die Schuldenstandquote Griechenlands im Jahr 2018 voraussichtlich 188,6 %, 2020 169,9 %, 2030 136,6 % und 2060 127 % betragen. Der Bruttofinanzierungsbedarf wird für das Jahr 2018 mit 21,8 % des BIP veranschlagt, bevor er deutlich zurückgeht und 2020 bei 9,6 % liegt. Die Bruttofinanzierungsquote (GFN-to-GDP) steigt der Prognose zufolge ab den 2020er Jahren und erreicht im Jahr 2060 den Wert von 28,1 %. Damit liegt sie über den Schwellenwerten, die die Eurogruppe in ihrer Erklärung von Mai 2016 als tragfähig ansieht. Angesichts der Höhe von Schuldenstandquote und Bruttofinanzierungsquote bleiben in diesem Szenario Bedenken hinsichtlich der Schuldentragfähigkeit Griechenlands bestehen.

Ein konservativeres Szenario wurde ebenfalls simuliert, um ein ungünstigeres wirtschaftliches Umfeld widerzuspiegeln. In diesem Szenario ist das Wachstum des nominalen BIP zwischen 2023 und 2060 um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte niedriger und erreicht langfristig ein Niveau von 2,8 %. Beim Primärüberschuss wird davon ausgegangen, dass seine Entwicklung bis 2022 der des Basisszenarios folgt und dann ab 2023 sofort auf 1,5 % sinkt. Alle übrigen Annahmen sind unverändert. In diesem negativen Szenario –

- besitzt die Schuldendynamik ab 2032 Sprengkraft und der Schuldenstand erreicht im Jahr 2060 rund 235 % des BIP.
- zeigt sich ein ähnliches Bild bei der Bruttofinanzierungsquote, die ab 2033 den Wert von 20 % übersteigt und bis 2060 über 50 % hinausgeht.

Die hohe Schulden- und Bruttofinanzierungsquote laut Schuldentragfähigkeitsanalyse geben Anlass zu ernsthaften Bedenken im Hinblick auf die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung. Diesen Bedenken sollte u. a. durch eine Fortführung der Umsetzung des während des ESM-Programms in Gang gesetzten weitreichenden Reformprogramms Rechnung getragen werden – ein Prozess, der ein klares Bekenntnis zur Reformverantwortung seitens der griechischen Behörden erfordert. Ebenfalls erforderlich ist die Umsetzung der zusätzlichen Schuldensenkungsmaßnahmen, die am 22. Juni 2018 auf Grundlage der in den Erklärungen der Eurogruppe vom 25. Mai 2016 und 15. Juni 2017 aufgeführten Bedingungen und Zusagen von der Eurogruppe vereinbart wurden.

Im Einzelnen hat die Eurogruppe die Umsetzung folgender Schuldenerleichterungsmaßnahmen beschlossen:

- Abschaffung der gestaffelten Zinsmarge bei der Schuldenrückkauftranche des zweiten Programms für Griechenland ab 2018
- Verwendung von SMP-Gewinnen des Jahres 2014 aus dem ESM-Sonderkonto und Wiederaufnahme der Überweisung der den ANFA- und SMP-Gewinnen entsprechenden Beträge an Griechenland (ab dem Haushaltsjahr 2017)
- weitere Stundung der EFSF-Zinsen und -Tilgung über 10 Jahre sowie Verlängerung der maximalen gewichteten durchschnittlichen Laufzeit um 10 Jahre unter Einhaltung des genehmigten Programmbetrags

Im Basisszenario reichen diese Maßnahmen zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit aus, da der Bruttofinanzierungsbedarf mittelfristig bei unter 15 % des BIP bleiben würde und langfristig der Grenzwert von 20 % eingehalten würde. Gleichzeitig würde die Schuldenquote weiter sinken und bis 2060 auf unter 100 % des BIP zurückgehen.

Die Beurteilung der Schuldentragfähigkeit und damit auch des Bedarfs an weiteren Schuldenmaßnahmen sollte unter Berücksichtigung zahlreicher Abwärtsrisiken erfolgen. Es ist nicht sicher, ob die griechische Regierung in der Lage ist, über mehrere Jahrzehnte hinweg hohe Primärüberschüsse zu erzielen. Darüber hinaus bestehen aufgrund der Bevölkerungsalterung und der Entwicklung der totalen Faktorproduktivität erhebliche Wachstumsrisiken. Alle diese Faktoren sind im oben zusammengefassten Negativszenario berücksichtigt. In diesem Negativszenario würden sich die von der Eurogruppe beschlossene mittelfristigen Maßnahmen eine Zeit

lang positiv auf die Schuldentragfähigkeit auswirken, jedoch lediglich gewährleisten, dass die Bruttofinanzierungsquote bis 2036 unter den vereinbarten Grenzwerten bleibt.

Am Ende der tilgungsfreien Zeit für die EFSF-Darlehen im Jahr 2032 wird die Eurogruppe prüfen, ob – unter der Voraussetzung der Einhaltung des EU-Haushaltsrahmens – zusätzliche Schuldenmaßnahmen erforderlich sind, um die Einhaltung der vereinbarten Ziele für den Bruttofinanzierungsbedarf zu gewährleisten, und gegebenenfalls geeignete Schritte einleiten. Bei der Nachprogrammüberwachung wird die Eurogruppe eine positive Bewertung insbesondere in den Bereichen Haushaltspolitik und Wirtschaftsreformen berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang hat die Eurogruppe auf längere Sicht auch an die Absprache vom Mai 2016 bezüglich eines Eventualmechanismus für die Verschuldung erinnert, der im Fall eines unerwartet negativ ausfallenden Szenarios aktiviert werden kann. Wird dieser Eventualmechanismus von der Eurogruppe aktiviert, könnten dies Maßnahmen wie weitere Anpassungen am Darlehensprofil sowie eine Obergrenze für und den Aufschub von Zinszahlungen auf die EFSF-Darlehen nach sich ziehen, soweit dies zur Erfüllung der o. g. Benchmarks für den Bruttofinanzierungsbedarf erforderlich ist.

Tabelle 4. Griechenland: Die wichtigsten Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsanalyse

		2018	2019	2020	2030	2040	2050	2060
Schuldenquote	Basisszenario	188,6	178,3	169,9	136,6	127,8	124,9	127,0
	Negativszenario	188,4	179,7	172,6	149,8	158,9	186,6	234,8
Bruttofinanzierungsquote	Basisszenario	21,8	11,6	9,6	15,4	21,0	25,6	28,1
	Negativszenario	21,8	11,7	9,8	18,1	28,2	40,2	53,3

Quelle: Europäische Kommission

Tabelle 5. Griechenland: Zugrunde liegende Annahmen

Annahmen		2018	2019	2020	2030	2040	2050	2060	Durchschnitt 2019-60	Durchschnitt 2023-60
		Primärüberschuss (in % des BIP)	Basisszenario	3,5	3,5	3,5	2,2	2,2	2,2	2,2
Negativszenario	3,5		3,5	3,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,7	1,5
Nominales Wachstum (in %)	Basisszenario	2,8	3,6	3,9	3,0	3,0	3,0	3,0	3,1	3,0
	Negativszenario	2,9	2,8	3,2	2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,9
Refinanzierungssätze (in %)	Basisszenario	3,2	4,1	4,3	5,4	5,1	5,0	5,1	5,1	5,2
	Negativszenario	3,2	4,1	4,4	5,7	6,0	6,0	6,0	5,7	5,9

Quelle: Europäische Kommission

Tabelle 6. Verschuldung und Bruttofinanzierungsbedarf (in % des BIP) im Basisszenario vor und nach den mittelfristigen Maßnahmen

		2018	2019	2020	2030	2040	2050	2060
Debt-to-GDP	Before measures	188.6	178.3	169.9	136.6	127.8	124.9	127.0
	After measures	188.6	177.5	168.9	131.4	116.9	106.6	96.8
GFN-to-GDP	Before measures	21.8	11.6	9.6	15.4	21.0	25.6	28.1
	After measures	21.8	10.8	9.4	11.1	16.2	18.4	19.8

2. Programmfinanzierung

Das ESM-Programm mit einem Volumen von bis zu 86 Mrd. EUR wurde mit den griechischen Behörden im August 2015 vereinbart. Bis zur dritten Überprüfung wurden in mehreren Auszahlungen von August 2015 bis Juni 2018 insgesamt 46,9 Mrd. EUR freigegeben (siehe Tabelle 7). Von dem insgesamt ausgezahlten Betrag wurden 30,8 Mrd. EUR für den Schuldendienst verwendet, 8,8 Mrd. EUR wurden für sonstigen Haushaltsbedarf eingesetzt (inkl. 7,0 Mrd. EUR für die Begleichung von Zahlungsrückständen und 0,5 Mrd. EUR für Strukturfonds); 5,4 Mrd. EUR wurden für die Rekapitalisierung der Banken eingesetzt, davon wurden bereits 2 Mrd. EUR an den ESM zurückgezahlt. Insgesamt wurden von den im Rahmen des ESM-Programms verfügbaren 86 Mrd. EUR bislang 39,1 Mrd. EUR nicht ausgezahlt.

Tabelle 7. Auszahlungen an Griechenland im Rahmen des ESM-Programms (August 2015 – Juni 2018) in Mrd. EUR

Auszahlungstermine	Auszahlungsbetrag	Zweck	Überprüfung
20.08.2015	12,0	Schuldendienst	Programmstart
20.08.2015	1,0	Finanzbedarf	Programmstart
24.11.2015	1,3	Schuldendienst	Programmstart
24.11.2015	0,4	Abbau von Zahlungsrückständen	Programmstart
24.11.2015	0,3	Strukturfonds	Programmstart
01.12.2015	2,7	Bankenrekapitalisierung	Programmstart
08.12.2015	2,7	Bankenrekapitalisierung	Programmstart
23.12.2015	0,5	Schuldendienst	Programmstart
23.12.2015	0,3	Finanzbedarf	Programmstart
23.12.2015	0,2	Strukturfonds	Programmstart
21.06.2016	5,7	Schuldendienst	Erste Überprüfung
21.06.2016	1,8	Abbau von Zahlungsrückständen	Erste Überprüfung
26.10.2016	1,1	Schuldendienst	Erste Überprüfung
26.10.2016	1,7	Abbau von Zahlungsrückständen	Erste Überprüfung
10.07.2017	6,9	Schuldendienst	Zweite Überprüfung
10.07.2017	0,8	Abbau von Zahlungsrückständen	Zweite Überprüfung
30.10.2017	0,8	Abbau von Zahlungsrückständen	Zweite Überprüfung
28.03.2018	3,3	Schuldendienst	Dritte Überprüfung
28.03.2018	1,9	Liquiditätspuffer	Dritte Überprüfung
28.03.2018	0,5	Abbau von Zahlungsrückständen	Dritte Überprüfung
15.06.2018	1,0	Abbau von Zahlungsrückständen	Dritte Überprüfung
Gesamt Aug. 15 bis Jun. 18	46,9		

Aufgrund der zufriedenstellenden Erfolge beim Abbau der Nettozahlungsrückstände wurde aus dem für die Begleichung von Zahlungsrückständen vorgesehenen ESM-Programmvolumen 1 Mrd. EUR

freigegeben. Die Auszahlung war mit der dritten Überprüfung verbunden und wurde am 15. Juni 2018 auf der Grundlage einer positiven Bewertung der Fortschritte beim Abbau der Nettozahlungsrückstände sowie bei den elektronischen Auktionen durch die europäischen Institutionen freigegeben. Insgesamt hat der ESM, wie zu Programmbeginn vorgesehen, 7 Mrd. EUR für die Begleichung von Zahlungsrückständen ausgezahlt. Der Bestand der Nettozahlungsrückstände wurde von 9,7 Mrd. EUR im Juni 2016 bis Anfang Juni 2018 auf unter 3 Mrd. Euro reduziert. Die Behörden müssen den Abbau der Zahlungsrückstände weiterführen, um sämtliche Zahlungsrückstände zu beseitigen.

Der Bedarf Griechenlands zur Deckung des Schuldendienstes beläuft sich nach Programmende für sechs Monate auf 3,9 Mrd. EUR, für 12 Monate auf 15,6 Mrd. EUR und für 16 Monate auf 19,2 Mrd. EUR. Der Finanzierungsbedarf – in dem die jüngsten Prognosen der europäischen Institutionen für den staatlichen Primärsaldo berücksichtigt wurden – beträgt in den ersten sechs Monaten 2 Mrd. EUR, steigt anschließend für 12 Monate schrittweise auf 14,3 Mrd. EUR an und erreicht 16 Monate nach Programmende 17,6 Mrd. EUR (Tabelle 8).

Tabelle 8. Finanzierungsbedarf Griechenlands nach Programmende, kumulativ ab September 2018 (in Mrd. EUR)

	4 Monate Dez. 18	6 Monate Feb. 19	10 Monate Juni 19	12 Monate Aug. 19	16 Monate Dez. 19	24 Monate Aug. 20	28 Monate Dez. 20
Schuldendienst	1,6	3,9	9,3	15,6	19,2	27,7	29,7
Finanzierungsbedarf	0,9	2,0	8,9	14,3	17,6	25,4	27,1

Hinweis: Der Finanzierungsbedarf umfasst den prognostizierten staatlichen Primärsaldo auf Kassenbasis. Es wurden keine Schuldenmanagement-Maßnahmen eingerechnet.

Im Hinblick auf eine weitere Steigerung des Marktvertrauens im Zuge der Beendigung des Programms für Griechenland wird davon ausgegangen, dass die Leitungsgremien des ESM die Auszahlung der fünften und letzten Tranche des ESM-Programms in Höhe von 15 Mrd. EUR genehmigen. Demzufolge wird der Kassensaldo zum Programmende 24,1 Mrd. EUR betragen⁸, was als angemessen betrachtet wird und den Marktzugang Griechenlands nach Programmende erleichtern dürfte. Dieser Liquiditätspuffer würde den Finanzierungsbedarf für ca. 22 Monate nach Ablauf des Programms im August 2018 decken. Dieser Kassensaldo umfasst die inländischen Erlöse aus früheren Marktmissionen in Höhe von insgesamt 4,4 Mrd. EUR⁹ und andere inländische Mittel in nahezu gleicher Höhe. Es wurden keine zukünftigen Marktmissionen berücksichtigt.

Von der letzten Tranche sollen 5,5 Mrd. EUR auf das Sonderkonto überwiesen werden, um den Schuldenbedarf bis Ende des Jahres decken zu können, und die übrigen 9,5 Mrd. EUR sollen auf das Liquiditätspufferkonto eingezahlt werden. Für den letzteren Betrag gelten Schutzvorkehrungen hinsichtlich seiner Verwendung. Nach Auszahlung der fünften Tranche würde am Ende der Programmlaufzeit ein Puffer aus der ESM-Finanzierung in Höhe von 24,1 Mrd. EUR ungenutzt bleiben. Der nicht in Anspruch genommene Betrag ist im Wesentlichen auf den erheblich geringeren Bankenrekapitalisierungsbedarf im Vergleich zur ursprünglichen Planung¹⁰ und höhere inländische Erlöse aus dem Kassenmanagement der gesamtstaatlichen Ressourcen durch vermehrte Repogeschäfte zurückzuführen.

⁸ Der Kassensaldo zu Programmende umfasst alle staatlichen Einlagen und nicht nur diejenigen im Liquiditätspufferkonto.

⁹ Griechenland hat durch die Emission einer fünfjährigen Anleihe im Juli 2017 1,4 Mrd. EUR und durch eine siebenjährige Anleihe im Februar 2018 3 Mrd. EUR erzielt.

¹⁰ Für die Bankenrekapitalisierung wurden von schätzungsweise insgesamt 25 Mrd. EUR nur 5,4 Mrd. EUR in Anspruch genommen, wovon 2 Mrd. EUR bereits zurückgezahlt wurden.

Tabelle 9. Überblick über den Finanzierungsbedarf Griechenlands im Programmablauf (Mrd. EUR)

	2015	2016	2017	2018				Aug 15 -
	Aug - Dez	Jan - Dez	Jan - Dez	Jan - Mai	Jun	Jul	Aug	Aug 18
A. Finanzierungsbedarf	22,7	11,7	21,0	2,7	3,4	2,6	1,6	65,7
Gesamtstaatl. Primärsaldo auf Kassenbasis (-'= Überschuss)	2,4	-3,9	0,3	-0,6	1,2	-1,5	-0,1	-2,2
Schuldendienst	14,5	12,5	17,7	2,7	1,2	3,1	0,7	52,5
Tilgung und auslaufende Verbindlichkeiten	13,4	7,5	12,1	0,6	0,8	2,4	0,0	36,8
Zinszahlungen	1,1	5,0	5,6	2,0	0,4	0,7	0,7	15,7
Abbau von Zahlungsrückständen (Gesamt)	0,4	3,1	3,0	0,6	1,0	1,0	1,0	10,0
B. Finanzierungsquellen	22,7	11,7	21,0	2,7	3,4	2,6	1,6	65,7
Finanzierung durch Staatseinlagen	-1,6	-1,0	3,7	-14,4	2,1	-12,4	1,6	-22,0
Privatisierungserlöse	0,0	0,5	3,4	0,4	0,3	0,0	0,0	4,6
ANFA/SMP-Gewinne	0,0	0,4	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0	1,0
Inanspruchnahme der Einlagen von Teilektoren durch Repo-Geschäfte	0,3	1,4	3,6	8,6	0,0	0,0	0,0	13,8
Emission von Anleihen	0,0	0,0	1,4	3,0	0,0	0,0	0,0	4,3
Programmfinanzierung	21,4	10,3	8,5	5,7	1,0	15,0	0,0	61,9
Gesamtbestand an staatlichen Einlagen (zum Monatsende)	2,2	3,2	0,9	15,3	13,2	25,6	24,1	24,1



EUROPÄISCHE KOMMISSION
 GENERALDIREKTION
 WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Umsetzung von Vorabmaßnahmen – Sachstand zum 20. Juni 2018

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	I. Schaffung tragfähiger Staatsfinanzen		
	2.1 Haushaltspolitik		
1	Mittelfristige Haushaltsstrategie 2018-2022. Verabschiedung der mittelfristigen Haushaltsstrategie 2019-2022	Erledigt	Eine endgültige Fassung wurde geprüft, mit den Institutionen abgestimmt und als Teil des Artikelgesetzes verabschiedet.
2	Paket für den Zeitraum nach Programmabschluss. Die Behörden werden die Umsetzung der Maßnahmen zur Einkommensteuer auf das Jahr 2019 vorziehen, wenn der IWF in Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und den griechischen Behörden zu dem Schluss gelangt, dass eine vorgezogene Umsetzung erforderlich ist, um ohne wachstumsschädliche Maßnahmen das vereinbarte Haushaltsziel eines Primärüberschusses von 3,5 Prozent des BIP im Jahr 2019 zu erreichen; sofern erforderlich, werden sie im Einvernehmen mit den Institutionen außerdem Rechtsvorschriften erlassen, um sicherzustellen, dass das Haushaltsziel auf wachstumsfördernde Weise genau erreicht wird. Zusätzlich werden die Behörden auf Grundlage einer Bewertung und Vereinbarung durch alle Institutionen in Absprache mit den griechischen Behörden im Anschluss an ein transparentes Verfahren die sekundärrechtlichen Vorschriften erlassen, die zur Umsetzung des expansiven Pakets erforderlich sind, das im Jahr 2019 anlaufen soll.	Erledigt	Eine vorgezogene Umsetzung der Maßnahmen zur Einkommensteuer ist nicht erforderlich und die sekundärrechtlichen Vorschriften über den Umfang des expansiven Pakets werden vor der Umsetzung der Maßnahmen vereinbart. Ein Zeitplan für die Erarbeitung der einschlägigen gemeinsamen Ministerialbeschlüsse wurde mit einer kurzen Beschreibung ihres Inhalts vorgelegt.

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	2.2 Reform der Steuerpolitik		
3	<p>Steuergesetze. a) die steuerlichen Vergünstigungen für die Schifffahrtsbranche vor dem Hintergrund der Hinweise der Europäischen Kommission überprüfen, b) nach dreijähriger Anwendung eine technische Überprüfung des Einkommensteuergesetzes vornehmen und dabei Schwachstellen und Schlupflöcher aufzeigen sowie Änderungsvorschläge machen, um die Anwendung des Gesetzes zu klären und zu verbessern und widersprüchliche Bestimmungen zu beseitigen,</p> <p>c) unternehmensteuerliche Anreize für Beschäftigung, Umweltschutz und audiovisuelle Produktionen in Abstimmung mit den Institutionen reformieren, d) das Mehrwertsteuerrecht kodifizieren und vereinfachen, es an das Steuerverfahrensgesetz anpassen und die noch vorhandenen Schlupflöcher schließen, e) die Verzinsungsregelung des Steuerverfahrensgesetzes überprüfen, und f) die Behörden haben das Gesetz über die Erhebung öffentlicher Einnahmen dahingehend geändert, dass auch Auktionen der Finanzbehörden nach diesem Gesetz im Rahmen des Verfahrens für elektronische Auktionen durchgeführt werden können.</p> <p>Steuerpolitik. Überprüfung des Gesetzes über die Erhebung öffentlicher Einnahmen (KEDE). Parallel zur Überprüfung durch das Justizministerium wird die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) die Effizienz der Anwendung des Gesetzes über die Erhebung öffentlicher Einnahmen auf Auktionen und elektronische Auktionen überprüfen und, falls erforderlich, entsprechende gesetzliche oder verfahrensrechtliche Änderungen vornehmen.</p>	Erledigt	<p>Die Behörden haben folgende Maßnahmen zur Umsetzung der Vorabmaßnahme auf den Weg gebracht.</p> <p>a) Überprüfungsbericht von den Behörden erhalten am 19. Juni 2018, b) Gesetz 4549/2018 vom 13. Juni 2018, Art. 115; c) Gesetz 4549/2018 vom 14. Juni 2018, Art. 116-7; d) Gesetz 4549/2018 vom 14. Juni 2018, Art. 111 (Mehrwertsteuergesetz) und 112 (Steuerverfahrensgesetz Art. 10 und 11); e) Bericht über Verzinsungsregelung vom 15. Juni; f) Veröffentlichung eines IAPR-Rundschreibens über Änderungen des Gesetzes über die Erhebung öffentlicher Einnahmen (KEDE) und der Zivilprozessordnung: POL 1011/2018 vom 18. Januar 2018.</p>
4	<p>Steuerpolitik. Überprüfung des Gesetzes über die Erhebung öffentlicher Einnahmen (KEDE). Parallel zur Überprüfung durch das Justizministerium wird die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) die Effizienz der Anwendung des Gesetzes über die Erhebung öffentlicher Einnahmen auf Auktionen und elektronische Auktionen überprüfen und, falls erforderlich, entsprechende gesetzliche oder verfahrensrechtliche Änderungen vornehmen.</p>	Erledigt	<p>Die unabhängige Steuerbehörde (IAPR) hat für die Monate April und Mai Berichte über die erfolgten elektronischen Auktionen erstellt. Das IAPR-Rundschreiben über die Anwendung der neuen Vorschriften der Zivilprozessordnung wurde angenommen: POL 1115/2018 vom 18. Juni 2018.</p>
5	<p>ENFIA. i) Die Behörden werden mithilfe technischer Unterstützung die bei der Grundsteueranlagung zugrunde gelegten gebietsbezogenen Werte an die Marktpreise anpassen und ggf. entsprechende Rechtsvorschriften erlassen sowie Rechtsvorschriften zur Schaffung einer dauerhaften Arbeitseinheit für die Neubewertung von Immobilien erlassen, ii) Rechtsvorschriften erlassen, durch die erforderlichenfalls einnahmenneutral die Steuersätze angepasst und die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer erweitert werden, damit bis August 2018 die ENFIA-Bescheide erstellt werden können.</p>	Erledigt	<p>Die Behörden haben folgende Maßnahmen zur Umsetzung der Vorabmaßnahme auf den Weg gebracht.</p> <p>i) Gesetz 4549/2018 vom 13. Juni 2018, Art. 126 für die neuen ENFIA-Steuersätze und Schwellenwerte; ii) eine Verteilungsanalyse des Vorschlags, die objektiven Werte und die Marktpreise über einen Zeitraum von 2 Jahren konvergieren zu lassen; iii) Gesetz 4549/2018 vom 13. Juni 2018, Art. 127-29 für die neue Arbeitseinheit; iv) Bericht über das IT-System und die Rolle des Generalsekretariats für Informationssysteme (GSIS) vom 15. Juni 2018; v) Abgabe des Berichts über die Zweijahres-Strategie für die Bewertung am 17. Juni.</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
6	Mehrwertsteuer. Die Behörden werden sicherstellen, dass die auf den verbleibenden Inseln noch geltenden Mehrwertsteuerrabatte bis Ende Juni 2018 beseitigt werden.	Erledigt	Nach Art. 74 des Gesetzes 4509/2017, auf dessen Grundlage die Mehrwertsteuerrabatte für die fünf Inseln im Dezember 2017 ausgeweitet wurden, soll die Ermäßigung am 30. Juni 2018 auslaufen. Die Beseitigung der Rabatte ist in der mittelfristigen Haushaltsstrategie bestätigt worden.
	2.3 Reform der öffentlichen Einnahmen		
7	Unabhängige Behörde für öffentliche Einnahmen (IAPR) Die Behörden werden entsprechend der einmaligen Mittelführung den Einstellungsplan 2017/2018 über die Einstellungsbehörde für den öffentlichen Dienst (ASEP) umsetzen.	Erledigt	Die Behörden haben für die IAPR einen Einstellungsplan 2018/2019 mit Einzelheiten zu den erwarteten Zu- und Abgängen vorgelegt. Nach dem zu erwartenden Ergebnis wird sich die Personaldecke der IAPR Ende 2019 auf 13.322 Beschäftigte belaufen (was der Zielsetzung entspricht). Die Zugänge berücksichtigen 560 Einstellungen im Jahr 2018 und 998 im Jahr 2019 über das eigene wettbewerbliche Verfahren. ASEP hat Zeitpläne für die Einstellungen vorgelegt. Diese Einstellungen werden durch Kabinettsentse auf den Weg gebracht (ΔΠΠΑΑΔ/Φ.ΕΓΚΡ./21/791 - 20.3.18; ΔΠΠΑΑΔ/Φ.ΕΓΚΡ./36/18674π.ε. - 4.4.2017; ΔΠΠΑΑΔ/Φ.ΕΓΚΡ./36/18674π.ε. - 4.4.2017 ΔΠΠΑΑΔ/Φ.ΕΓΚΡ./42/37999 - 5.3.2018; ΔΠΠΑΑΔ/Φ.ΕΓΚΡ./168/17034 - 11.6.2018, und ΔΠΠΑΑΔ/Φ.ΕΓΚΡ. 33/2006 18.06.2018 Die Behörden haben den Institutionen am 15. Juni 2018 die abgestimmte Berichtsvorlage mit Angaben zu den Rechtssachen übersandt, die von IAPR an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben wurden. Diese 7.133 als geringfügig eingestufteten Rechtssachen wurden der Staatsanwaltschaft zur weiteren Prüfung übermittelt. (IAPR behält vereinbarungsgemäß 1.271 Rechtssachen mit hohem Streitwert für umfassende Ermittlungen.)
8	Verbesserung der Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Zusammenarbeit Justizministerium - unabhängige Steuerbehörde IAPR. Die bereits erhaltenen, aber noch nicht abschließend umgesetzten Anordnungen, die sich noch nicht in der letzten Prüfphase befinden, werden wieder der Staatsanwaltschaft übergeben.	Erledigt	
9	Verbesserung der Beitreibung öffentlicher Einnahmen und des Forderungsmanagements. Die Beschaffung der Software zur weiteren Automatisierung der Beitreibung von Steuerforderungen, insbesondere mit einem voll automatisierten Pfändungsverfahren, als zentraler verfahrenstechnischer Schritt nach der Technischen Absichtserklärung (TMU).	Erledigt	Beschluss zur Einsetzung des Bewertungsausschusses für die Gebote: Az: A.T.Δ. A 1005271 EE 2018/12.1.2018
10	Bekämpfung des Schmuggels und Steigerung der Effizienz der Zollverwaltung. Sofern erforderlich, werden die Behörden eine Rechtsvorschrift erlassen zur Stärkung der Verantwortung inländischer Tabakersteller für ihre Händler durch Lieferkettenvereinbarungen.	Erledigt	Die Stärkung der Verantwortung der Tabakersteller in der Lieferkette wird durch drei Rechtsinstrumente erreicht: - Ministerialbeschluss über die Sorgfaltspflichten (Amtsblatt Nr. 1813/21-5-2018). - Art. 116 des Gesetzes L. 4537/2018, zur Änderung von Art. 3 des Gesetzes

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
			<p>4410/2016, durch den ein neuer Art. 100C in das nationale Zollgesetz aufgenommen wurde.</p> <p>- Art.110 des Gesetzes L4549/2018 (Artikelgesetz), durch den die verpflichtende Zahlung von Bußgeldern durch eine Änderung von Art. 119B des nationalen Zollgesetzes (in Gesetz 2960/2001) eingeführt wird.</p>
11	<p>EFKA. Einheitliche Sozialversicherungsschuldendatenbank. (Um den vollständigen Abschluss der Erfassung aller Sozialversicherungsschulden in der von der KEAO verwalteten einheitlichen Schuldendatenbank zu gewährleisten, werden die Behörden bis Dezember 2017 ein eigenes Team einrichten, das mit der Bearbeitung der Papierfälle beginnt und die entsprechenden Informationen in die KEAO-Datenbank einpflegt). i) Das Team wird einen Bericht über die bereits bearbeiteten Fälle erstellen und auf Grundlage der Anzahl der verbleibenden zu prüfenden Fälle einen Zeitplan für den Abschluss der Integration in die KEAO-Schuldendatenbank vorschlagen; ii) alle Sozialversicherungsschulden werden mit allen Raten vollständig auf KEAO übertragen.</p>	<p>Erledigt</p>	<p>Die Vorabmaßnahme umfasst zwei Arten von früheren Sozialversicherungsschulden, die auf die einheitliche Stelle für die Erhebung von Sozialversicherungsschulden (KEAO) zu übertragen sind.</p> <p>- Schulden aus Papierakten, die noch bei den alten Sozialversicherungsfonds aufbewahrt werden: Die Behörden haben am 27. Februar 2018 den Beschluss für die Einsetzung des Ausschusses vorgelegt, der die Papierakten der ehemaligen Fonds sichten und eine Einschätzung abgeben soll, innerhalb welches Zeitraums die Übertragung dieser Schulden auf KEAO erfolgen kann. Der Bericht dieses Ausschusses wurde den Institutionen am 20. April 2018 übersandt.</p> <p>- Schulden aus Ratenzahlungsregelungen, die mit den ehemaligen Fonds vereinbart wurden und von KEAO überwacht werden: Die Behörden haben den Institutionen am 15. Juni 2018 einen Bericht von KEAO übermittelt, demzufolge 557 Millionen auf die KEAO übertragen wurden (und 43 Millionen Schulden aus Ratenzahlungen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus der Ratenzahlungsregelung).</p> <p>Die Behörden haben den Bericht am 18. Juni 2018 um Daten ergänzt, die einen entsprechenden Anstieg des Schuldenstandes bei der KEAO auf 33,7 Mrd. Euro Schulden (und Zuschläge) ausweisen.</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	2.4 Öffentliches Finanz- und Beschaffungswesen		
	2.4.1 Öffentliches Finanzwesen		
12	<p>Kontendarstellung - Finanzmanagement-Informationssystem (FMIS) Fertigstellung des Konzepts für die Integration des Finanzmanagement-Informationssystems (FMIS) und der neuen Kontendarstellung, sodass das FMIS bei Umsetzung der neuen Kontendarstellung im Staatshaushalt 2019 voll einsatzfähig ist.</p>	Erledigt	<ul style="list-style-type: none"> - Das IT-Unternehmen hat offiziell zugesagt, die neuen Spezifikationen der Kontendarstellung (administrative und ökonomische Klassifizierung) fristgerecht im Hinblick auf die Aufstellung und Ausführung des Staatshaushalts 2019 in das FMIS-System zu übernehmen. - Dadurch ist sichergestellt, dass die neue Kontendarstellung bereits in diesem Jahr bei der Aufstellung und 2019 bei der Ausführung des Haushalts angewandt wird. - Der Präsidentialerlass über die neue Kontendarstellung ist veröffentlicht worden: PD 54/2018. Der Präsidentialerlass sieht die erforderlichen Änderungen für die Zeit nach der ersten Testphase vor.
13	<p>Prüfung der Zahlungsrückstände. Maßnahmen zur Bewältigung struktureller Probleme. Auf Grundlage der Empfehlungen des den Behörden und den Institutionen vorgelegten Abschlussberichts werden die Behörden Korrekturmaßnahmen ergreifen, um strukturelle Defizite, die zum Aufbau neuer Zahlungsrückstände führen können, zu beheben.</p>	Erledigt	<ul style="list-style-type: none"> - Der Oberste Rechnungshof (GAO) hat in Abstimmung mit den vom griechischen Rechnungshof (HCA) geprüften Behörden und den einschlägigen Ministerien den Entwurf eines Aktionsplans zur Umsetzung der systemrelevanten Empfehlungen des HCA vorgelegt. Dieser Entwurf wurde den Institutionen am 15. Juni 2018 übermittelt. - Die IAPR hat auf Grundlage der HCA-Empfehlungen einen eigenen Entwurf eines Aktionsplans erarbeitet, der in die gleiche Richtung geht und den Behörden ebenfalls am 15. Juni 2018 übermittelt wurde. - Gemäß den unter seiner Federführung erarbeiteten Empfehlungen des HCA hat der Oberste Rechnungshof zwei Rundschreiben veröffentlicht, um in zwei Bereichen Verbesserungen zu erzielen: i) beim Verpflichtungsregister (Ref # 2/47972/0026) und ii) dem monatlichen Berichtssystem über die Anhäufung von Zahlungsrückständen (Ref # 2/47972/0026).
	2.4.2 Öffentliches Beschaffungswesen		

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
14	Gremium zur Prüfung von Rechtsbehelfen. Die Behörden werden die übrigen Mitglieder des Gremiums ernennen und das Auswahlverfahren abschließen und das wissenschaftliche und Verwaltungspersonal einstellen.	Erledigt	a) Ernennung der übrigen Mitglieder: Die Ernennung der übrigen Mitglieder des Gremiums zur Prüfung von Rechtsbehelfen wurde abgeschlossen. Die FEK-Nummer wurde an die Institutionen gesandt. b) Wissenschaftliches Personal: Die Liste mit ausgewählten Bewerbern wurde versandt. c) Verwaltungspersonal: Die griechischen Behörden haben die erforderliche Dokumentation übermittelt, aus welcher hervorgeht, dass der Auswahlprozess ausgereift ist und dass alle erforderlichen Stellen über befristete Verträge besetzt wurden.
	2.5 Nachhaltigkeit der Sozialfürsorge		
	2.5.1 Nachhaltigkeit der Sozialfürsorge: Renten		
15	Umgestaltung von Rentenleistungen. Der Datenabgleich zwischen elektronischer und Papierakte wird abgeschlossen.	Erledigt	Die Behörden haben den Datenabgleich zwischen elektronischer und Papierakte abgeschlossen. Die Behandlung internationaler Renten (rund 55.000 Fälle) wird bis Mitte September 2018 geklärt sein.
16	Neuberechnung und Bearbeitung von Rentenanträgen. Die Behörden werden alle Anträge auf eine Hauptrente aus dem Jahr 2016 und 30 % der Anträge auf eine Hauptrente aus dem Jahr 2017 sowie mindestens 13.800 Anträge auf eine Zusatzrente, die im Zeitraum 1.1.2015 bis 31.12.2016 gestellt wurden, berechnen und bearbeiten.	Erledigt	Das am 11. Juni 2018 eingegangene Schreiben des EFKA-Vize-Gouverneurs bestätigt, dass 66% der in 2017 eingereichten Anträge auf eine Hauptrente bearbeitet wurden; somit wurde das 30%-Ziel mehr als erreicht. Das am 25. Juni 2018 eingegangene Schreiben des EFKA-Vize-Gouverneurs bestätigt, dass alle in 2016 eingereichten Anträge auf eine Hauptrente bearbeitet wurden, sofern es fachlich und rechtlich möglich war. Das am 17. Mai 2018 eingegangene Schreiben des stellvertretenden Gouverneurs von ETEAEP bestätigt, dass das Ziel von 13.800 bearbeiteten Anträgen auf Zusatzrente erreicht wurde.
17	EKAS. Verabschiedung des Ministerialbeschlusses über die Anspruchsvoraussetzungen für die Solidaritätszulage EKAS in 2019.	Erledigt	Der Ministerialbeschluss wurde am 15. Juni 2018 veröffentlicht (FEK B 2227/2018).
18	EFKA. Vollständige Zusammenführung. i) Abschluss der vollständigen Zusammenführung aller Versicherten und der dazugehörigen Daten in dem einheitlichen Rentenversicherungsträger EFKA, einschließlich der Versetzung der entsprechenden Mitarbeiter des Obersten Rechnungshofs und aller für die effektive Übertragung von Datenbanken, Software und IT-Infrastruktur erforderlichen gesetzlichen oder administrativen Maßnahmen; ii) am 2. Mai 2018 hat Eurostat seine offizielle Stellungnahme zur Zuordnung des Pensionsfonds der	Erledigt	i) Das am 17. Mai 2018 eingegangene Schreiben des EFKA-Vize-Gouverneurs bestätigt den Abschluss der vollständigen Zusammenführung. ii) Als Teil des Artikelgesetzes wurden die Regelungen für den Pensionsfonds für Journalisten (EDOEAP) vollständig an die Regelungen des zusammengeführten Zusatz-Rentenfonds (ETEAP) angepasst, wodurch auch sichergestellt wird, dass es nicht zu einer staatlichen Finanzierung des EDOEAP-Defizits kommen kann. Zusätzliche Einnahmen können nur zur

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	Journalisten (EDOEAP) im gesamtstaatlichen Umfeld veröffentlicht. Angesichts dieser Stellungnahme werden die Behörden in Abstimmung mit den Institutionen und gemäß Urteil 5/2002 des Obersten Gerichtshofs innerhalb eines Monats nach ihrer Veröffentlichung die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, darunter solche, mit denen die vollständige Anpassung an die ETEAEP-Vorschriften im Sinne der Art. 96 und 97 des Gesetzes 4387/2016 sichergestellt wird, sowie weitere erforderliche Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass es nicht zu einer staatlichen Finanzierung des EDOEAP-Defizits kommen kann. Zusätzliche Einnahmen können ggf. nur zur Finanzierung von EDOEAP-Gesundheitsleistungen verwendet werden.		Finanzierung von EDOEAP-Gesundheitsleistungen verwendet werden.
19	EFKA. Portfolio. EFKA wird konkrete Schritte zur Diversifizierung ihres Anlageportfolios im Einklang mit den bewährten Verfahren vornehmen, um sicherzustellen, dass sie keine beherrschenden Anteile an privaten Unternehmen hält.	Erledigt	EFKA hat auf Grundlage eines Ministerialbeschlusses am 15. Juni Anteile auf TMEDE übertragen (ohne die Institutionen vorher oder im Nachgang zu unterrichten). Nach Angaben der griechischen Zentralbank sank der Anteil von EFKA dadurch auf 46,2% (Bestätigung steht noch aus). Die zweite Phase der Kapitalaufnahme für die Region Attika läuft und kann bei erfolgreichem Abschluss zu einer weiteren Verwässerung der EFKA-Anteile führen. Gesetzgebung zur Übertragung der 33% übersteigenden Stimmrechte von EFKA auf den HFSF. Die Behörden haben sich schriftlich verpflichtet, dass EFKA und HFSF bis spätestens Ende Juli eine Sondervereinbarung treffen werden, um die Übertragung der Stimmrechte auf den HFSF bei gleichzeitiger Wahrung seiner Unabhängigkeit wirksam umzusetzen.
2.5.2 Nachhaltigkeit der Sozialfürsorge: Gesundheitsversorgung			
20	Rationalisierung der Gesundheitsausgaben. EOPYY wird die Rückforderung auf Optiker- und Sonderpädagogikleistungen ausweiten, um den verbleibenden Anteil der kürzlichen Mehrausgaben für „sonstige Posten“ im EOPYY-Haushalt für „sonstige Gesundheitsleistungen“ (125 Mio. im Jahr 2017) abzubauen.	Erledigt	Sekundärrechtliche Vorschriften wurden veröffentlicht (FEK B2284).
21	Rationalisierung der Gesundheitsausgaben. Die Behörden werden die 14 Maßnahmen des EOPYY-Aktionsplans zur Reduzierung der Mehrausgaben umsetzen.	Erledigt	Die Behörden haben alle Maßnahmen des gemeinsam vereinbarten EOPYY-Aktionsplans umgesetzt. Wir haben alle Vorgaben für die Maßnahmen erhalten (sie bestehen aus verschiedenen Vorstandsbeschlüssen und Elementen aus dem Artikelgesetz). Für Maßnahme 11, für die eine sekundärrechtliche Vorschrift erforderlich war, lautet die FEK-Nummer B' 2315.
22	Rationalisierung der Gesundheitsausgaben. Bezogen auf ihre Anzahl	Erledigt	HDIKA hat 20 weitere Therapieprotokolle in das elektronische

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	vom Dezember 2017 werden mindestens 20 neue zusätzliche Therapieprotokolle für Wege der Patientenversorgung (Primär- und Sekundärversorgung) in das elektronische Verschreibungssystem eingeführt.		Verschreibungssystem eingeführt.
23	Rationalisierung der Gesundheitsausgaben. a) die Zuweisung sämtlicher Inhaber einer Sozialversicherungsnummer (AMKA) zu verfügbaren Hausärzten wird bis Mai 2018 abgeschlossen und b) die obligatorische Patientenregistrierung bei einem die Überweisungen an Fachärzte steuernden Hausarzt wird bis Ende Mai 2018 eingerichtet und voll funktionsfähig sein, wobei die Steuerung der Überweisungen an Fachärzte durch Hausärzte im Laufe des Jahres 2018 schrittweise eingeführt werden soll.	Erledigt	Das Material ist vollständig eingegangen (Zuweisung der AMKA an den Hausarzt, Veröffentlichung von Informationen auf der Homepage des Gesundheitsministeriums und der EOPYY, Öffentlichkeitsarbeit und entsprechende Materialien, Liste der registrierten Patienten, Nachweis über die erfolgten Ausschreibungen).
24	Geltendmachung der Rückforderungen. Als Vorabmaßnahme i) schließt EOPYY das Rechtsverfahren zur Verrechnung der verbleibenden offenen Rückforderungen (2013-2015) für alle ausstehenden Beträge ab, soweit eine Verrechnung rechtlich/technisch möglich ist, ii) werden alle offenen, nicht begetriebenen Rückforderungsbeträge aus 2016 für Gesundheitsdienstleister verrechnet und begetrieben, iii) verlängern die Behörden die Rückforderungsgrenzen für Diagnostik, Privatkliniken und Arzneimittel für die nächsten vier Jahre bis 2022; iv) werden die Rückforderungen aus 2017 (und aus 2016 für Pharmaunternehmen) gemäß TMU-Zeitplan (Abschnitt P) begetrieben/verrechnet.	Erledigt	Die Institutionen haben amtliche Unterlagen über uneinbringliche Beträge und offene Rückforderungen mit einer offiziellen Erklärung des EOPYY erhalten. Es wurden detaillierte Zahlen für die Rückforderungen aus 2016 und 2017 und die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Beschleunigung ihrer Beibehaltung vorgelegt (Artikelgesetz, FEK-Nummer B'2214 in Bezug auf Ratenzahlungsregelungen bei Pharmaunternehmen und FEK-Nummer B'4313/11.12.2017 bei sonstigen privaten Gesundheitsdienstleistern). Die Rückforderungsgrenzen wurden durch das Artikelgesetz und einen Ministerialbeschluss zur Festlegung der im Gesetz vorgesehenen Obergrenzen für 2019 bis 2022 verlängert.
25	Zentrales Beschaffungswesen. Im Mai 2018 Vorlage eines Plans zur weiteren Erhöhung des Anteils der zentralisierten Beschaffung im Jahr 2019; die Ernennungsverfahren gemäß den Vorschriften des Gesetzes 4369/2016 müssen als Vorabmaßnahme auf den Weg gebracht werden.	Erledigt	Der operative und strategische Plan wurde den Institutionen vorgelegt; Veröffentlichung des Aufrufs zur Abgabe von Interessensbekundungen (musste warten, um auf die FEK-Nummer des Artikelgesetzes Bezug nehmen zu können), personelle Besetzung des Auswahlkomitees durch Ministerialbeschluss (FEK B 4125, geändert durch FEK B 773), offizielles Vorstandsprotokoll über die Annahme des operativen und strategischen Plans.
26	Reduzierung der Arzneimittelausgaben. Veröffentlichung einer überarbeiteten Preislite im Mai 2018	Erledigt	Die Institutionen haben die Tabelle mit den überarbeiteten Preisen und den Link zum entsprechenden Ministerialbeschluss auf der Website des Gesundheitsministeriums erhalten (Απόφ. Πρωτ: Δ3(α)/44071, σφ.ε: 43818)
27	Reduzierung der Arzneimittelausgaben. Die Behörden werden weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Kosteneffizienz von Arzneimittelausgaben verabschieden, um die Zielgröße von 40% bei der Verbreitung von Generika zu erreichen.	Erledigt	Ministerialbeschluss über den Bestand an Generika abgestimmt und FEK verfügbar (FEK B2285). Gesetzgebung über die Angleichung abgeschlossen. FEK-Nummer B 2308.

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
			Eine Definition der Preisnachlässe wurde ins Artikelgesetz aufgenommen und eine Quantifizierung der Auswirkungen vorgelegt.
	2.5.3 Nachhaltigkeit der Sozialfürsorge Soziale Sicherungssysteme.		
28	Garantiertes Mindesteinkommen SSL. Aktivierungssäule. Für alle SSI-Bezieher, die arbeitsfähig sind und sich weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in Aus- oder Fortbildung befinden, wird die Verpflichtung eingeführt, sich bei der OAED als arbeitsuchend registrieren zu lassen.	Erledigt	Die Behörden haben den überarbeiteten Entwurf des gemeinsamen Ministerialbeschluss vorgelegt. Maßnahme gilt als erfüllt. Veröffentlichung des gemeinsamen Ministerialbeschlusses am 15. Juni 2018
29	Überprüfung der Sozialfürsorge (Social Welfare Review – SWR). Leistungen bei Erwerbsunfähigkeit. Erlass von Rechtsvorschriften zur allmählichen Einführung der neuen Geschäftsabläufe für Erwerbsunfähigkeits- und Sozialleistungen im ganzen Land sowie Ausweitung des Pilotprojekts für die neue Beurteilung funktionaler Beeinträchtigungen, um bis Ende 2018 auf Grundlage der Ergebnisse des laufenden Pilotprojekts eine neue Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit auf alle beitragsfinanzierten Erwerbsunfähigkeits- und Sozialleistungen (u. a. nach Gesetz 4387/2016) anzuwenden.	Erledigt	Der Gesetzentwurf über die landesweite Einführung der neuen Verwaltungsverfahren und die Ausweitung des Pilotprojekts wurde vorgelegt und positiv bewertet. Vorschrift wurde am 14. Juni 2018 verabschiedet (Artikelgesetz, Art. 17 und 18).
30	Überprüfung der Sozialfürsorge (Social Welfare Review – SWR). Zuschüsse im Beförderungswesen. Beginn der Umsetzung der Reform der Subventionen im Beförderungswesen nach Einführung elektronischer Fahrausweise durch die Verkehrsgesellschaften, zunächst in Athen.	Erledigt	Die Behörden haben den Entwurf eines gemeinsamen Ministerialbeschlusses und einen Zeitplan für den Abschluss der Verträge zwischen OASA und dem Arbeitsministerium vorgelegt (Verabschiedung durch KYSOIP/KYSKOIP). Maßnahme gilt als erfüllt.
31	Überprüfung der Sozialfürsorge (Social Welfare Review – SWR). Wohngeld. Erlass neuer Rechtsvorschriften zur konkreten Ausgestaltung eines bedarfsorientierten Wohngelds, das in Beratung mit der Weltbank konzipiert wurde und als Teil der wachstumsfördernden Maßnahmen flächendeckend eingeführt werden soll.	Erledigt	Die Behörden haben den Entwurf eines gemeinsamen Ministerialbeschlusses über die konkrete Ausgestaltung des neuen Wohngelds vorgelegt. Maßnahme gilt als erfüllt. Veröffentlichung des gemeinsamen Ministerialbeschlusses am 15. Juni 2018
	III. Wahrung der Stabilität des Finanzsystems		
	3.1 Einen aktiven Sekundärmarkt für notleidende Kredite ermöglichen		
32	Sekundärmarkt für notleidende Kredite. Die Behörden werden weiterhin sämtliche Maßnahmen ergreifen, die für das bessere Funktionieren eines dynamischen Sekundärmarkts für notleidende Kredite erforderlich sind.	Erledigt	Auf Grundlage des von den Behörden vorgelegten und mit dem Institutionen abgestimmten Diskussionspapiers zu den verbleibenden Hindernissen auf dem griechischen Markt für notleidende Kredite haben die Behörden Gesetzesänderungen über die im Artikelgesetz 4549/2018 enthaltene Vorschrift

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
			(Amtsblatt A 105, Art. 69) verabschiedet.
	3.2.3 Schuldenumstrukturierung und Insolvenzverfahren		
33	Außergerichtliche Schuldenregulierung (OCW). Die in der OCW-Analyse aufgezeigten Hürden werden angegangen, auch durch entsprechende Gesetzesänderungen.	Erledigt	Die Behörden haben ein Konzeptpapier und einen Gesetzentwurf zur Änderung des OCW-Gesetzes (primär- und sekundärrechtliche Regelung) erarbeitet. Die Änderungsvorschläge wurden nach Abstimmung mit den Institutionen durch das Artikelgesetz (Art. 45-55 des Gesetzes 4549/2018) verabschiedet. Es wurde ein Ministerialbeschluss (FEK B 2319 vom 19. 06.2018) veröffentlicht, auf dessen Grundlage staatliche Gläubiger (IAPR und KEAO) ermächtigt werden, Schuldnern, die nicht unter die außergerichtliche Schuldenregulierung fallen, ähnliche Lösungen anzubieten wie sie sie ihm Rahmen der OWC akzeptieren oder als Gegenvorschlag unterbreiten.
34	Insolvenzrecht. Privatinsovenz. Die Behörden werden das Gesetz über Privatinsovenzen ändern und zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um die in der Technischen Absichtserklärung genannten Probleme zu beheben.	Erledigt	Die Behörden haben ein Konzeptpapier und einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Privatinsovenzen erarbeitet. Die Änderungsvorschläge wurden nach Abstimmung mit den Institutionen durch Vorschriften im Artikelgesetz 4549/2018 (Amtsblatt A 105, Art. 56-68) verabschiedet. Darüber hinaus haben die Behörden am 15. Juni einen Aktionsplan zur beschleunigten Bearbeitung von Privatinsovenzen, über die Einigkeit erzielt wurde, vorgelegt.
	3.3 Governance des HFSF und der Banken		
35	Beteiligungen. Die Behörden werden alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, damit künftige Stammbeteiligungen der Zentralverwaltung (Staat) an Kreditinstituten von Rechts wegen auf den HFSF übergehen.	Erledigt	Gesetzentwürfe zur Änderung des Einkommensteuer- und HFSF-Gesetzes wurden mit den Institutionen abgestimmt und als Teil des Artikelgesetzes verabschiedet.
36	HFSF. Das Mandat des HFSF wird bis Ende 2022 verlängert.	Erledigt	Die Entwürfe der Änderungsgesetze wurden abgestimmt und als Teil des Artikelgesetzes verabschiedet.
	IV. Strukturpolitische Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsförderung		
	4.1 Arbeitsmarkt und Humankapital		
37	Prüfung der Arbeitsmarktinstitutionen. System zur Analyse der Repräsentativität. Zur Förderung und Überwachung der	Erledigt	Die Behörden haben das Rundschreiben über die Schaffung der Verfahrensverfahren zur Messung der Repräsentativität verabschiedet.

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	<p>Repräsentativität von Branchentarifverträgen wird die Regierung nach Abstimmung mit den Sozialpartnern und im Einvernehmen mit den Institutionen ein Rundschreiben herausgeben, in dem das Verwaltungsverfahren zur Beurteilung der Repräsentativität auf Branchenebene erläutert wird.</p>		Maßnahme gilt als erfüllt.
38	<p>Prüfung der Arbeitsmarktinstitutionen. Schlichtung bei Tarifverhandlungen. Die Behörden werden auf Grundlage des unabhängigen Rechtsgutachtens und des Ergebnisses aus der Abstimmung mit den Sozialpartnern Rechtsvorschriften erlassen, die Folgendes vorsehen: a) Wiedereinführung der Möglichkeit für den Vermittler, einen Vorschlag vorzulegen, damit die Verhandlungspartner erneut in bilaterale Verhandlungen treten können; b) Möglichkeit der einseitigen Einleitung des Schlichtungsverfahrens nur für den Verhandlungspartner, der einen Vermittlungsvorschlag angenommen hat, während der andere Verhandlungspartner ihn abgelehnt hat, oder im Fall der Ablehnung eines Vermittlungsvorschlags durch den anderen Verhandlungspartner; c) Verlängerung der Amtszeit der Vorstandsmitglieder der griechischen Vermittlungs- und Schlichtungsstelle (OMED); und d) Überarbeitung der Liste der bei der Schlichtungsentscheidung zu berücksichtigenden Kriterien zur Aufnahme der Kaufkraft der Löhne</p>	Erledigt	Die Behörden haben einen Gesetzesänderungsentwurf vorgelegt; die Maßnahme gilt als erfüllt. Vorschrift wurde am 14. Juni 2018 verabschiedet (Artikelgesetz, Art. 15 und 16).
39	<p>Schwarzarbeit. Informationsaustausch. Fertigstellung des automatischen Informationsaustauschs zwischen den Datenbanken von Arbeitsministerium, Finanzministerium, SEPE, IAPR, OAED, IKA (EFKA) und griechischer Polizei.</p>	Erledigt	Die offizielle Bestätigung des Projektabschlusses wurde durch den Generalsekretär für Digitalisierung vorgelegt.
40	<p>Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (ALMP). Einführung eines neuen Bereitstellungsmodells für aktive Arbeitsmarktprogramme, beginnend mit dem Start eines Pilotprojekts als Vorabmaßnahme.</p>	Erledigt	Die Behörden arbeiten an der Umsetzung des Pilotprojekts mit Unterstützung der Weltbank. Der gemeinsame Ministerialbeschluss und der OAED-Vorstandsbeschluss zur Veröffentlichung der Ausschreibung der eigens für das Pilotprojekt konzipierten neuen aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wurden herausgegeben.

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
41	<p>Bildung. Bis März 2018 werden i) Rechtsvorschriften für die künftige Ernennung und Beurteilung von Schulleitern und Führungskräften des Bildungsministeriums erlassen, um einen unpolitischen, transparenten und auf dem Leistungsprinzip beruhenden Prozess zu gewährleisten, einschließlich der Einbeziehung der Einstellungsbehörde ASEP in die entsprechenden Gremien, der Aufwertung ihrer Rolle innerhalb der schulischen Einrichtungen und der Klärung ihrer Karrierechancen; ferner werden ii) ein Gesetz über die Aufwertung der Beurteilungsgremien und iii) ein Gesetz über die Beurteilung von Führungskräften im Bildungswesen, die Selbstbewertung von Schulen und den effizienten Ressourceneinsatz verabschiedet.</p>	Erledigt	Das Gesetz wurde verabschiedet. Gesetz 4547/2018 (A´ 102). FEK 102 vom 12.06.2018.
4.2 Produktmärkte und wirtschaftliche Rahmenbedingungen			
42	<p>Toolkit I. Baustoffe. Im Bereich Baustoffe werden die Behörden einen Vertrag mit dem Normungsausschuss schließen, um bis Juni 2018 mit der Harmonisierung der 372 technischen Spezifikationen entsprechend der Klassifizierung beginnen zu können (Projekt 2).</p>	Erledigt	Der Vertrag zwischen dem Infrastrukturministerium und ELOT (Normungsausschuss) wurde förmlich unterzeichnet (Inkrafttreten am Tag der Unterzeichnung).
43	<p>Investitionsgenehmigungen. Follow-up-Phase. Die Behörden haben sich mit den Institutionen auf die Umsetzung folgender Maßnahmen verständigt: i) horizontale Reformen in bestimmten Branchen; ii) Veröffentlichung der Ausschreibung für die Verlängerung des IT-Genehmigungssystems für Bekanntmachungen, Zulassungen und Inspektionen; iii) zweite Phase der Anlagenehmigungen.</p>	Erledigt	<ul style="list-style-type: none"> - Einigung auf primär- und sekundärrechtliche Vorschriften in Bezug auf Umweltindustrie, Anlagen und Betriebslizenzen. Art. 70-79 des Artikelgesetzes stimmen nach drei Korrekturen vom 20. Juni mit Vereinbarung überein. - IT-System (ILIMS): Veröffentlichung der ILIMS-Ausschreibung am 12. Juni 2018
44	<p>Investitionsgenehmigungen. Abschluss einer Bestandsaufnahme der Investitionsgenehmigungsreform in der griechischen Wirtschaft, sowohl in den unter das Gesetz 4442/2016 fallenden Branchen als auch in den übrigen Wirtschaftszweigen.</p>	Erledigt	Bestandsaufnahme wurde vorgelegt.
45	<p>Investitionsgenehmigungen. Nach der Verabschiedung des Aktionsplans mit Terminvorgaben zur Förderung effektiver und koordinierter Ex-post-Kontrollen und Inspektionen bei Unternehmen werden die Schulungen für Schlichthöfe abgeschlossen und Pilotkontrollen als Vorabmaßnahme aufgenommen.</p>	Erledigt	<ul style="list-style-type: none"> - Personal: Erledigt. - Schlichthöfe: Erledigt. - Hygiene in KYE: 8 Pilotkontrollen wurden vom 16.-18. April und vom 19.-20. April in Thessaloniki bzw. Athen mit Kontrollleuten des öffentlichen Gesundheitswesens und Vertretern der Weltbank durchgeführt. Den Institutionen wurde am 15. Mai 2018 ein Sachstandsbericht übermittelt. - Brandschutz: 4 Pilotkontrollen wurden vom 23.-27. April in Nafplion und

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
46	<p>Ex-post-Bewertungen. Bis Mai 2018 wird die Regierung i) durch Veröffentlichung eines KYSOIP-Beschlusses und Herausgabe eines Rundschreibens die noch offenen Empfehlungen Nr. 4 und 17 aus den Ex-post-Bewertungen zu Buchpreisen und ii) die Empfehlungen aus den Ex-post-Bewertungen zu Buchpreisen und Tourismus umsetzen, und iii) und Maßnahmen zu den Empfehlungen aus den Ex-post-Bewertungen zum Tourismus ergreifen.</p>	Erledigt	<p>Athen mit 20 Vertretern der griechischen Feuerwehr aus 13 verschiedenen Regionen und Vertretern der Weltbank durchgeführt. Den Institutionen wurde am 15. Mai 2018 ein Sachstandsbericht übermittelt.</p> <p>Gewerbeparks: Die Behörden haben zur Umsetzung der Empfehlungen folgende Vorschriften erlassen: -Nr. 4 KYSOIP-Beschluss FEK-2231 vom 14. 06.2018 -Nr. 17: Rundschreiben: ADA-ΩΣΧΝ465ΧΙ8-ΛΦΦ,</p> <p>Tourismus:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Empfehlungen zu Reisebussen; Verwaltungsverfahren: Es wurde eine Einigung zwischen den Institutionen und den griechischen Behörden erzielt; die vereinbarten Vorschriften wurden im Rahmen des Artikelgesetzes erlassen. • Empfehlungen zu Freizeitbooten: Einigung erzielt; die einschlägigen Vorschriften zur Umsetzung der Einigung wurden im Rahmen des Artikelgesetzes erlassen. • Empfehlung zur Mindestdauer der Dienstleistung bei Fahrzeugvermietung mit Fahrer: Einigung mit dem Infrastrukturministerium. Vorschrift im Rahmen des Artikelgesetzes verabschiedet - Vorschriften des Ministerialbeschlusses zur Fahrzeugvermietung vereinbart und verabschiedet (FEK 2311 B' vom 18.06.2018). <p>Buchpreise: Die Untersuchung zu den Buchpreisen wurde abgeschlossen. Regelungen wurden mit den griechischen Behörden vereinbart und im Rahmen des Artikelgesetzes erlassen.</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
47	<p>Modernisierung des Unternehmensrechts. Die Regierung hat a) das Gesetz 3190/1955 auf erforderliche Änderungen geprüft, um es an bewährte Modelle anzugleichen. Als Vorabmaßnahme wird die Regierung auf Grundlage der Empfehlungen aus der Prüfung das Gesetz 3190/1955 ändern.</p> <p>b) in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission eine Evaluierung durchgeführt, in deren Rahmen auch wichtige Akteure konsultiert wurden. Auf Grundlage der Empfehlungen aus der Evaluierung wird die Regierung als Vorabmaßnahme einen Sachstandsbericht sowie einen Entwurf für Bestimmungen zu Fusionen und Übernahmen vorlegen, damit bis Oktober 2018 eine Rechtsvorschrift verabschiedet werden kann.</p> <p>c) das Gesetz 2190/1920 auf erforderliche Änderungen geprüft, um es an bewährte Modelle anzugleichen. Als Vorabmaßnahme wird die Regierung auf Grundlage der Empfehlungen aus der Prüfung das Gesetz 2190/1920 ändern.</p>	Erledigt	<p>a) Gesetz 3190/1955: Die Behörden haben den Prüfbericht mit Erläuterungen vorgelegt und Änderungsvorschläge zu Gesetz 3190/1955 über Gesellschaften mit beschränkter Haftung gemacht; das Gesetz wurde am 31.5.2018 erlassen und im Amtsblatt (Gesetz 4541/2018, Amtsblatt A 93/2018) veröffentlicht.</p> <p>b) Fusionen und Übernahmen: Ein Ausschuss für die Abfassung von Gesetzestexten wurde am 9. Februar 2018 eingerichtet und beauftragt, die geltenden Vorschriften zu evaluieren und in einem konsolidierten Regelwerk zusammenzuführen. Ein Zwischenbericht und ein Begleitdokument wurden am 8. Juni vorgelegt; das Begleitdokument enthält den Entwurf eines Regelwerks für Unternehmensumwandlungen.</p> <p>c) Aktiengesellschaften: Die Behörden haben Gesetz 2190/1920 über Aktiengesellschaften geprüft und, soweit erforderlich, geändert. Das Gesetz wurde am 4. Juni 2018 erlassen und im Amtsblatt (Gesetz 4548/2018, Amtsblatt A 104 vom 13.6.2018) veröffentlicht.</p>
48	<p>Reglementierte Berufe. Privatkliniken. Als Vorabmaßnahme werden die Behörden nach Abstimmung mit den Institutionen den Gesetzentwurf über die Voraussetzungen und das Verfahren für die Errichtung von Privatkliniken zur öffentlichen Konsultation stellen, damit das Gesetz bis Mitte Juli 2018 verabschiedet werden kann.</p>	Erledigt	<p>Der Entwurf wurde mit den Institutionen abgestimmt und offiziell zur öffentlichen Konsultation gestellt.</p>
49	<p>Reglementierte Berufe. Tageskliniken. Die Behörden werden in Abstimmung mit den Institutionen die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern, um Beschränkungen (u. a. bei verschiedenen medizinischen Fachrichtungen und gemischtem Betrieb) bei der Errichtung und dem Betrieb von Tageskliniken abzubauen, wobei die in der EU bewährten Verfahren zu berücksichtigen sind.</p>	Erledigt	<p>i) Ministerialbeschluss zur Stadtplanung und Ministerialbeschlüsse zu medizinischen Vorgängen im Bereich Augenheilkunde und Plastische Chirurgie wurden verabschiedet</p> <p>ii) Ministerialbeschluss zu medizinischen Vorgängen (4 Fachrichtungen): erlassen</p> <p>iii) Vorschriften im Artikelgesetz zu gemischtem Betrieb; EOPYY - Versicherung und Arzneimittelverwendung in Tageskliniken verabschiedet</p> <p>iv) Ministerialbeschluss zu technischen Spezifikationen (FEK 2283B vom 15.6.2018)</p>
50	<p>Kataster Bis April 2018 werden die Behörden einen Zeit- und Fahrplan mit wesentlichen Schritten für a) den Abschluss der katastermäßigen</p>	Erledigt	<p>Zeitpläne, überarbeiteter Fahrplan und Risikomatrix wurden vorgelegt und genehmigt.</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	Erfassung und b) die Fertigstellung und Ratifizierung der Waldkarten vorlegen und mit den Institutionen abstimmen; Frist für beide Endfassungen 31.06.2021 [sic].		
51	Landwirtschaft. Es wird sichergestellt, dass die griechische Zahl- und Kontrollstelle für gemeinschaftliche Ausrichtungs- und Garantiefonds (OPEKEPE) in spezifischen Bereichen mit dem nötigen Stammpersonal (Techniker, Agrarwissenschaftler und Vermessungstechniker) ausgestattet wird, das zudem über die nötigen Kompetenzen in Bezug auf das geographische Informationssystem und Bildauswertung verfügt, um das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen (LPIS) in regelmäßigen Abständen zu aktualisieren und die korrekte Durchführung der jährlichen LPIS- Qualitätsprüfung zu gewährleisten, einschließlich der Bestimmung angemessener Abhilfemaßnahmen, sofern erforderlich.	Erledigt	Ortho-Photos, die 100% der Landesfläche erfassen, wurden erneuert; Parzellendaten wurden digitalisiert und aktualisiert. Das Organigramm der OPEKEPE wurde geändert; bessere personelle Ausstattung der Abteilung mit 25 Vollzeitstellen. Vermerk 37672 vom 11.Mai 2018.
52	Strukturfonds. Der Ministerialbeschluss im Zusammenhang mit der Rechtsvorschrift über die Einrichtung eines Sachverständigenregisters zur Gewährleistung der Überwachung kofinanzierter Projekte wird mit den Institutionen abgestimmt und verabschiedet.	Erledigt	Die Behörden haben den Ministerialbeschluss (FEK 2046) am 6. Juni 2018 herausgegeben.
	4.3 Regulierte Netzindustrien (Energie, Wasser, Verkehr)		
53	Energie, Braunkohle Nach Verabschiedung des Gesetzes 4533/2018 wird Griechenland alle notwendigen Schritte für die effektive Veräußerung des/der zu veräußernden Unternehmen(s) an den/die Käufer gemäß dem Kommissionsbeschluss C(2018) 2104 und dem verabschiedeten Gesetz „Strukturmaßnahmen betreffend den Braunkohlezugang und die weitere Öffnung des Stromgroßhandelsmarktes sowie weitere Bestimmungen“ (FEK A75/2018, Gesetz 4533/2018) umsetzen, darunter die Verabschiedung aller erforderlichen Gesetzes-, Regulierungs- und Unternehmensmaßnahmen bzw. -beschlüsse, die Ausgliederung und Abspaltung des/der zu veräußernden Unternehmen(s) sowie die offizielle Einleitung des internationalen offenen Ausschreibungsverfahrens durch PPC, das auf einer angemessenen Bewertung beruhen wird und bei dem die berechtigten finanziellen Interessen der Gesellschaft und ihrer Anteilseigner gewahrt bleiben.	Erledigt	- Verabschiedung des Kommissionsbeschlusses durch das Kollegium am 17. April 2018 (C(2018) 2104) - Verabschiedung des Gesetzes „Strukturmaßnahmen betreffend den Braunkohlezugang und die weitere Öffnung des Stromgroßhandelsmarktes sowie weitere Bestimmungen“ (FEK A75/2018, Gesetz 4533/2018) am 25. April 2018 - Internationale Ausschreibung: Veröffentlichung der Vergabebekanntmachung auf der Website des PPC am 30. Mai 2018 - Der PPC-Vorstand genehmigte (24. Mai 2018) die geschäftlichen Schritte in Bezug auf die beiden abzuspaltenden Unternehmen. Bekanntgabe der beiden abzuspaltenden Unternehmen im allgemeinen Handelsregister (GEMI) am 25. Mai 2018.

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
54	<p>Energie. NOME. a) Die Behörden werden als Vorabmaßnahme den Mindestpreis für die Auktionen auf der Grundlage eines Vorschlags der RAE neu festsetzen und dabei i) die CO₂-Preise gemäß Gesetz 4389/2016 in der durch Gesetz 4393/2016 geänderten Fassung und ii) aktuelle Angaben zu den Produktionskosten von PPC gemäß der Methode zur Ableitung des ersten Mindestpreises berücksichtigen. b) Nach der ersten gemeinsamen Evaluierung mit den Institutionen werden die Behörden unter Berücksichtigung der Strukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Braunkohle sowie des Leitplans für die Einführung des Terminmarkts nach dem Zielmodell den KYSOIP-Aktionsplan und die NOME-bezogenen Rechtsvorschriften ändern. Vgl. Einzelheiten im Ergänzenden MoU</p>	Erledigt	<p>Die Behörden haben diese Vorabmaßnahme in allen Teilen vollständig umgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verabschiedung von Rechtsvorschriften zur Änderung von Art. 135 des Gesetzes 4389/2016 (FEK A 105/2018); - Verabschiedung des aktualisierten KYSOIP-/NOME-Aktionsplans; - Unterzeichnung durch die Minister am 11. Juni 2018 (FEK B 2266/2018); - Gemeinsamer Ministerialbeschluss über die Neufestsetzung des Mindestpreises für NOME-Auktionen für die kommenden 12 Monate (FEK B 2280/2018) . <p>Anmerkung: Es wurde vereinbart, dass die gemeinsame Evaluierung im September 2019 stattfinden soll (d.h. nach Abschluss der Veräußerung) und dass mögliche Maßnahmen abhängig von den Beteiligungen des PPC (Kapazität und Einzelhandel) noch vereinbart werden (z.B. Fortführung des NOME; andere strukturelle Maßnahmen).</p>
55	<p>Energie. Finanzlage von PPC. Die Behörden werden den Stromliefervertrag zwischen dem griechischen Staat und PPC für öffentliche Stellen wie im Rahmen der 3. Überprüfung vereinbart fertigstellen und alle Zahlungsrückstände der unter diesen Liefervertrag fallenden öffentlichen Stellen begleichen.</p>	Erledigt	<p>Die Vorabmaßnahme beinhaltet Folgendes:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Veröffentlichung eines Ministerialbeschlusses für alle Stromanbieter mit Regeln/Verfahren in Bezug auf die Möglichkeit, der Regierung als Gegenleistung für Vorauszahlungen Preisnachlässe zu gewähren (FEK B 1942/2018 vom 31. Mai 2018) 2. Veröffentlichung eines Ministerialbeschlusses über die Begleichung von gesamtstaatlichen Rückständen gegenüber den Stromanbietern (FEK B 2008/2018 vom 4. Juni 2018). 3. Verabschiedung einer Rechtsvorschrift (nach Überprüfung/Genehmigung durch die Institutionen), die den Obersten Rechnungshof ermächtigt, Rückstände öffentlicher Stellen unmittelbar gegenüber dem PPC zu begleichen/bezahlen (und anschließend zurückzufordern). FEK A 93/2018 vom 31. Mai 2018). 4. Zahlungen des Obersten Rechnungshofs zur Begleichung von Zahlungsrückständen der unter den Liefervertrag fallenden öffentlichen Stellen, die zum 30. April 2018 fällig wurden. Gesamtzahlungen in Höhe von rund 62 Mio. Euro. 5. MoU zwischen PPC und Oberstem Rechnungshof mit einer Erläuterung zur

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
56	<p>Energie. Sozialtarif. Als Vorabmaßnahme werden die Behörden eine Änderung des Gesetzes 4067/2012 vornehmen, mit der gewährleistet ist, dass sich aus der Überprüfung des Sozialtarifs für Strom, der zum Konto für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen (PSO) gehört, für die Jahre 2018, 2019 und 2020 keine Haushaltsprobleme ergeben.</p>	Erledigt	<p>Gewährung von Preisnachlässen und einer Liste aller unter den Liefervertrag fallenden öffentlichen Stellen. Der Preisnachlass/die Ersparnis wird mit insgesamt 90 Mio. Euro veranschlagt.</p> <p>6. Ministerialbeschluss zur Bestätigung/Genehmigung des Liefervertrags mit PPC gemäß den im MoU getroffenen/erläuterten Vereinbarungen (FEK: B 2279/2018).</p> <p>Die Vorabmaßnahme besteht aus zwei Teilen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verabschiedung von zwei Rechtsvorschriften im Artikelgesetz durch die Behörden. Mit der ersten Vorschrift (Art. 41 FEK A 105/2018) werden die maximalen öffentlichen Mittelbereitstellungen für den PSO-Haushalt (gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen) auf 0 Mio. EUR im Jahr 2018, 59 Mio. EUR im Jahr 2019 und 68 Mio. EUR im Jahr 2020 begrenzt. Mit der zweiten Vorschrift (Art. 124 FEK A 105/2018) wird sichergestellt, dass das Konto für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen durch Anpassung der Sonderkontenabgabe halbjährlich ausgeglichen wird. - Geringe Inanspruchnahme durch Bezieher des garantierten Mindesteinkommens am 18. Juni mit Weltbank-TA (technische Unterstützung) thematisiert.
57	<p>Energie. Konto für erneuerbare Energiequellen (RES-Konto) i) Der Lieferantenzuschlag wird um den prognostizierten Jahresüberschuss auf dem RES-Konto für 2018 reduziert (Schritt 1 – Änderung wurde vom griechischen Parlament am 25. April 2018 verabschiedet, Art. 143 des Gesetzes 4001/2011, enthalten als Art. 12 des FEK A 75/2018), ii) der Lieferantenzuschlag wird a) weiter reduziert und entspricht bis zum 1. Januar 2019 50 % der Gesamtgebühr, b) bis zum 1. Januar 2020 weiter reduziert, 30 % der Gesamtgebühr und c) bis Ende 2020 sukzessiv vollständig abgeschafft, iii) die CO₂-Berechtigungen (aktuelle Einnahmezufüsse des RES-Kontos) werden für 2019 und 2020 mit mindestens 65 % festgesetzt, iv) sämtliche Überschüsse auf dem RES-Konto, die den Sicherheitspuffer übersteigen, fließen bis zur vollständigen Abschaffung des Lieferantenzuschlags in seine Reduzierung, v) Verpflichtung zur Beibehaltung eines Sicherheitspuffers in Höhe von 70 Mio. EUR beizubehalten und vi) Verpflichtung, andere Einnahmen, darunter die Sonderabgabe für erneuerbare Energien (ETMEAR), im Fall eines Minderbetrags auf dem RES-Konto</p>	Erledigt	<ul style="list-style-type: none"> - Schritt 1 vereinbart und Änderung verabschiedet am 25. April 2018. Wichtigste Veränderungen: i) Reduzierung des PCHEFEL um 35 % und ab dem 1. April 2018 wirksam, ii) Einführung eines Puffers i.H.v. 70 Mio. EUR und iii) Bestätigung, dass eine Übererfüllung des RES-Kontos im Jahr 2018 ausschließlich einer weiteren Reduzierung des PCHEFEL zugeführt wird. - Schritt 2 vereinbart und Entwurf für eine Gesetzesänderung von den Behörden am 25. Mai 2018 vorgelegt. Rechtsvorschrift verabschiedet. <p>Wichtigste Veränderungen: i) PCHEFEL verlängert bis Ende 2020 (spätestens mit stufenweiser Absenkung; ii) auf dem RES-Konto verbuchte Einnahmen aus CO₂-Berechtigungen werden für 2019 und 2020 von 60 % auf 65 % angehoben, iii) Überschüsse auf dem RES-Konto werden ausschließlich zur weiteren Reduzierung des PCHEFEL verwendet, iv) Puffer i.H.v. 70 Mio. EUR wird 2018-2020 beibehalten und v) Minderbeträge des RES-Kontos sind auszugleichen durch Anhebung der Sonderabgabe für erneuerbare Energien (ETMEAR) (oder anderer RES-Einnahmen unter Ausnahme des PCHEFEL).</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
58	entsprechend zu erhöhen. Darüber hinaus verpflichten sich die Behörden, das RES-Konto ausgleichlich zu halten, z. B. durch die Verpflichtung zur Meldung an die Europäische Kommission und Einführung eines neuen RES-Einnahmenmodells, das ab 2021 angewendet wird und vollständig den Leitlinien für Energie- und Umweltschutzbeihilfen entspricht.	Erledigt	Die GD Wettbewerb hat die Behörden unterrichtet, dass die Anmeldung des Mechanismus am 15. Juni erfolgen kann.
59	Energie. Kapazitätsmechanismus Der neue Kapazitätsmechanismus wird bis März 2018 angemeldet. Gasmarkt. Die Behörden werden sich mit den Institutionen auf die allgemeine Umstrukturierung der Gesellschaft und die Gestaltung der Ausschreibung für den Gasversorger DEPA verständigen und gehen dabei von einem erfolgreichen Abschluss der Transaktionen betreffend die Gasverteilungsunternehmen (EPAs) aus und in einer Weise vor, dass horizontale wie vertikale Interessenkonflikte betreffend das/die zu veräußernde(n) Unternehmen beseitigt werden; ggf. schlagen sie konkrete wirksame Abhilfemaßnahmen vor. Die hinsichtlich der Gestaltung der Ausschreibung für DEPA erzielte Einigung muss mit den vereinbarten Privatisierungszusagen von HELPE in Einklang stehen.	Erledigt	Abgeschlossene Maßnahmen im Rahmen dieser Vorabmaßnahme: - Konditionsvereinbarung (Term Sheet): Festlegung von Unternehmenssanierung, konkreten Grundzügen der Marktgestaltung, zu veräußernden Anteilen von „Netzbereich“ und „Vertriebsbereich“. - Rechtsvorschriften verabschiedet zum Programm für die Freigabe von Gasmengen (Marktmaßnahme), Art. 125 FEK 105/2018. - Vermögensentwicklungsplan (ADP) aktualisiert (gehört zur Vorabmaßnahme Privatisierung) Insgesamt sollte das Ergebnis zu förderlicheren Grundzügen der Marktgestaltung führen und gleichzeitig strategische Vermögenswerte (z. B. Netz) unter staatlicher Kontrolle belassen. Vertriebsbereich (Großkunden und Kleingeschäft) wird veräußert, wobei der Privatanleger die Kapitalmehrheit erhält und der Staat einen Minderheitsanteil (ca. 15 %) und mit Blick auf die Versorgungssicherheit ein genau definiertes Vetorecht beibehält. Hinweis: zu den Transaktionen unter Beteiligung von DEPA: a) Aktienerbetsvereinbarung (SPA) mit ENI (EPA Thess) unterzeichnet am 16. Mai 2018 und von ENI anschließend der griechischen Wettbewerbsbehörde (HCC) gemeldet, b) Aktienerbetsvereinbarung mit Shell (EPA Attiki) wurde unterzeichnet, und Meldung durch EPA Attiki erfolgt bis Ende Juni (Hinweis: die Aktienerbetsvereinbarungen/Meldungen fallen nicht in den Umfang dieser Vorabmaßnahme).
60	Energie. Zielmodell. Die Behörden werden das Zielmodell einschließlich des Day-Ahead-, Intraday-, Termin- und	Erledigt	Die Vorabmaßnahme umfasste drei Teile: - LAGIE hat die Bekanntgabe für HeNex im allgemeinen Handelsregister

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	<p>Regelreservemarkts bis April 2019 einführen. Dazu werden die Behörden i) die Nachfolgestelle der LAGIE (d. h. HENEX) einrichten¹⁾, ii) dafür sorgen, dass HENEX und IPTO der Regulierungsbehörde alle Vorschriften für den Day-Ahead-, Intraday- und Regelreservemarkt vorlegen, durch die jegliche Gebotseinschränkungen wie Höchst- und Mindestgebotspreise sowie Clearingpreise abgeschafft werden, jedoch unbeschadet der technischen Höchst- und Mindestgrenzen nach Art. 41 Abs. 1 und Art. 54 Abs. 1 der Verordnung 2015/1222, damit bei Einführung des Zielmodells im April 2019 alle EU-Rechtsvorschriften vollständig erfüllt werden, iii) dafür sorgen, dass HENEX die Spezifikationen zur funktionalen Gestaltung der IT-Systeme für den Day-Ahead- und Intraday-Markt fertigstellt, und iv) mit den Institutionen eine gemeinsame Evaluierung der Fortschritte bei den unternehmensrechtlichen und technischen Aspekten des Projekts durchführen und im Einklang mit dem vereinbarten Fahrplan die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit das Zielmodell bis April 2019 funktionsfähig ist und eingeführt werden kann.</p>		<p>(GEM) am 14. Mai 2018 vorgenommen. HeNex ist seit 14. Juni 2018 „offiziell“ operativ. - HeNex legt der griechischen Regulierungsbehörde für Energie (RAE) Vorschriften für den Day-Ahead-, Intraday- und Regelreservemarkt vor (Beseitigung von Beschränkungen der Gebotsabgabe). - HeNex hat den Institutionen / Behörden Konstruktionspezifikationen für das IT-System bzw. die IT-Systeme vorgelegt.</p>
61	<p>Wasserversorgung. i) Das Sondersekretariat für Wasser (SSW) wird, mit technischer Unterstützung, einen Evaluierungsbericht über das bestehende System zur regelmäßigen Erhebung von Informationen sowie über die bei der Entwicklung eines umfassenden Informationssystems erzielten Fortschritte vorlegen. Außerdem wird es die Bewertung der Geschäftspläne der Wasserwerke von Athen (EYDAP) und Thessaloniki (EYATH) abschließen, ii) die Behörden werden, mit technischer Unterstützung, Folgendes auf den Weg bringen: ii.a) den strategischen Plan für das SSW für den 6-Jahres-Zeitraum 2018 bis 2023 mit dem Ziel, die Governance, die Verwaltungskapazitäten und die finanzielle Unabhängigkeit des SSW innerhalb des Ministeriums für Umwelt und Energie zu stärken, ii.b) einen operativen Plan für die Jahre 2018 und 2019, der konkrete Maßnahmen, Schritte und Zeitpläne bis Ende 2018 und für das Jahr 2019 umfasst und zur Umsetzung des auf sechs Jahre ausgelegten strategischen Plans beiträgt, ii.c) die Behörden werden für</p>	Erledigt	<p>i) erledigt ii) i.i.a, ii.b und ii.c: erledigt; ii.d: Datenanforderungsgrundschreiben versendet, ADA-Nummer 66BZ4653Π18-ΓΣ7 iii) erledigt: Gesetz 4519/2018 Art. 29 über die Zusammensetzung der Verwaltungsorgane und ΦΕΚ 2213 Β'/13-06-2018 über die Nominierung von Vertretern von NGOs (Umwelt: “Δίκτυο Μεσογαίας SOS”; sozial: “Παιδικά Χωριά SOS Ελλάδας”). iv) erledigt.</p>

¹⁾Gemäß dem Artikelgesetz (FEK A 5/2018, Gesetz 4512/2018, Art. 96, 15. Januar 2018) hätte die Strombörse bis zum 15. April 2018 eingerichtet werden müssen.

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	<p>die Pläne Informationen zur Funktion, Aufgabe und den Zuständigkeiten des SSW im Verhältnis zu anderen Einrichtungen im Wassersektor beisteuern, ii.d) im Kontext der Ausarbeitung des strategischen Plans werden die Behörden dafür sorgen, dass das SSW Zugang zu den Informationen der einschlägigen Ministerien und kommunalen Behörden über Wasserwirtschaftsunternehmen erhält, damit es sich ein vollständiges Bild von der Nachhaltigkeit und den Anforderungen des Wasserversorgungssystems machen kann. Zu den benötigten Informationen gehören unter anderem Daten zur Wasserqualität sowie Daten und Prognosen zu detaillierten Verwaltungskosten und -einnahmen, Sachvermögen und Investitionen der Wasserwirtschaftsunternehmen, iii) die Behörden werden das Gesetz 3199/2003 ändern, um die Inklusivität, Transparenz und Effizienz des Entscheidungsprozesses im Wasserversorgungssystem durch eine Überprüfung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der nationalen Wasserkommission, des nationalen Wasserrates und des Beratungsausschusses für Wasser zu verbessern, iv) die neue Organisationseinheit „Costing & Pricing of Water Services“ („Kalkulation und Tarife der Wasserversorgungseinrichtungen“) des SSW wird arbeitsfähig sein.</p>		
	4.4 Privatisierung		
62	<p>Der Vermögensentwicklungsplan (Asset Development Plan, ADP). Der ADP ist halbjährlich zu aktualisieren und von der Hellenic Republic Asset Development Fund S.A. (HRADF bzw. TAIPED) zu genehmigen. Der aktualisierte Plan wird vom wirtschaftspolitischen Rat der Regierung (Government Council for Economic Policy, KYSOIP) gebilligt.</p>	Erledigt	Der ADP wurde vom Board of Directors der TAIPED genehmigt und von KYSOIP gebilligt.
63	<p>Ausstehende Maßnahmen der Regierung Die Behörden schließen die von den Institutionen und der TAIPED als noch ausstehend identifizierten Maßnahmen der Regierung ab, die bis Mai 2018 umzusetzen und in diesem Abschnitt nicht aufgeführt sind.</p>	Erledigt	
64	<p>Ausschreibungen. DESFA. Zu DESFA: Die Benennung des bevorzugten Bieters erfolgte am 19. April 2018. Der Anteilskaufvertrag und der Gesellschaftsvertrag sind zu unterzeichnen (vorbehaltlich der Genehmigung durch den Rechnungshof), damit der finanzielle</p>	Erledigt	Am 16. Februar wurden verbindliche Angebote vorgelegt. Nach der Überprüfung von Dossier A wurden die finanziellen Angebote der beiden Konsortien am 29. März 2018 geöffnet. Der Vorstand entschied, beide Bieter zur Vorlage eines verbesserten Angebots bis 11. April aufzufordern. Am

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	Geschäftsabschluss bis Ende 2018 erfolgen kann.		19. April 2018 hat der TAIPED-Vorstand den bevorzugten Bieter ausgewählt. Am 30. Mai 2018 wurden die Angebotsunterlagen dem Rechnungshof zur Genehmigung vorgelegt. Die Unterzeichnung des Anteilskaufvertrags und des Gesellschaftsvertrags unterliegt der Genehmigung durch den Rechnungshof (was nicht durch die Regierung kontrolliert werden kann); auch wenn diese Genehmigung noch nicht vorliegt, gilt die Vorabmaßnahme als erledigt.
65	<p>Ausschreibungen. Egnatia a) Bis zum <u>22. Mai</u> überarbeiten der Minister für Infrastruktur und Verkehr und der Finanzminister in Abstimmung mit den Institutionen und TAIPED den gemeinsamen Ministerialbeschluss 6686/2014 (in der geltenden Fassung), um die Konzession für die Egnatia-Autobahn vom Egnatia-Autobahn vom laufenden E-Maut-Ausschreibungsverfahren des Ministeriums für Infrastruktur und Verkehr zu trennen/auszunehmen. Der Konzessionsvertrag für Egnatia wird vorsehen, dass der Egnatia-Konzessionsinhaber 1) frei entscheiden kann, ob er ein entfernungsabhängiges E-Maut-System (GNSS-Technologie bei schweren Fahrzeugen über 3,5 Tonnen, ANPR-Technologie bei allen anderen Fahrzeugen) auswählt, konstruiert/beschafft, finanziert, installiert und betreibt oder sich dem vom Ministerium für Infrastruktur und Verkehr ggf. für die übrigen Autobahnen beschafften System anschließt;</p> <p>2) das oben genannte System als schrankengesteuertes System konstruieren und betreiben darf; 3) ausschließlich für die Verwaltung und Überwachung der Mauterhebung auf der Egnatia-Autobahn zuständig ist; 4) dafür sorgen muss, dass das auf der Egnatia-Autobahn angewandte Mautsystem mit geltendem EU-Recht übereinstimmt und 5) dafür sorgen muss, dass das auf der Egnatia-Autobahn angewandte Mautsystem mit dem etwaigen elektronischen Mautsystem des Ministeriums für Infrastruktur und den Systemen anderer EU-Mitgliedstaaten interfunktionsfähig und kompatibel ist. Im überarbeiteten gemeinsamen Ministerialbeschluss sollten die Punkte 1 bis 5 ebenfalls garantiert werden. Parallel zum gemeinsamen Ministerialbeschluss werden die Ausschreibungsunterlagen des laufenden E-Maut-Ausschreibungsverfahrens des Ministeriums für Infrastruktur entsprechend geändert, sodass die Trennung der beiden Projekte <u>bis zum 15. Juni 2018</u> umgesetzt werden kann. b) Nach Erlass des überarbeiteten gemeinsamen Ministerialbeschlusses und Änderung der</p>	Erledigt	<p>Zu a) Der gemeinsame Ministerialbeschluss 6686/2014 (in der geltenden Fassung) wurde geändert, um die Konzession für die Egnatia-Autobahn vom laufenden E-Maut-Ausschreibungsverfahren des Ministeriums für Infrastruktur und Verkehr zu trennen/auszunehmen, und am 24. Mai 2018 im FEK veröffentlicht. In der nächsten Phase des Ausschreibungsverfahrens des Infrastrukturministeriums soll er bestätigt werden. - erledigt</p> <p>Zu b) TAIPED und seine Berater haben den Konzessionsvertrag aufgesetzt, der vom TAIPED-Vorstand genehmigt und am 15. Juni 2018 zusammen mit der Aufforderung zur Abgabe verbindlicher Angebote an die präqualifizierten Investoren übermittelt wurde. - erledigt</p> <p>Zu c) Die neue Mautgebührenrichtlinie wurde der GD Mobilität und Verkehr im Januar 2018 zur Billigung vorgelegt. Die GD Mobilität und Verkehr hat am 12. März 2018 Klärungsfragen übermittelt. Am 23. März hat TAIPED dem Ministerium einen Antwortentwurf auf die Klärungsfragen der GD Mobilität und Verkehr vom 12. März übersandt. Am <u>22. Mai 2018</u> hat das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr in Zusammenarbeit und Abstimmung mit TAIPED seine Antworten auf die von der GD Mobilität und Verkehr eingereichten Klärungsfragen zur neuen Mautgebührenrichtlinie auf der Egnatia-Autobahn und ihren Vertikalachsen vorgelegt. - erledigt</p> <p>Zu d) Der gemeinsame Ministerialbeschluss über die neue Mautgebührenrichtlinie für die Egnatia-Autobahn und ihre Vertikalachsen wurde am 4. Juni 2018 unterzeichnet (und im FEK am 6. Juni veröffentlicht). In dem Beschluss wird geregelt sein, dass die neue Mautgebührenrichtlinie vorbehaltlich der Billigung durch die GD Mobilität und Verkehr am 1. Januar 2019 auf der Egnatia-Autobahn in Kraft treten wird. Der Ministerialbeschluss sieht außerdem vor, dass die geltende Befreiung der Anwohner und Unternehmen in mehreren an die Egnatia-Autobahn angrenzenden Präfekturen und Gemeinden von der Maut am <u>01.01.2019</u> außer Kraft tritt. - erledigt</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	<p>Ausschreibungsunterlagen wird TAIPED bis zum 15. Juni den Entwurf des Konzessionsvertrags für die Ausschreibungsteilnehmer freigeben; dazu wird das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr TAIPED bis zum 30. Mai alle erforderlichen technischen Spezifikationen vorlegen, damit TAIPED den Entwurf des Konzessionsvertrags aufsetzen kann. c) Bis zum 22. Mai legt das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr in Zusammenarbeit und Abstimmung mit TAIPED seine Antworten auf die von der GD Mobilität und Verkehr eingereichten Klärungsfragen zum neuen Mautsystem auf der Egnatia-Autobahn und ihren Vertikalachsen vor. d) Bis zum 30. Mai erlassen der Minister für Infrastruktur und Verkehr und der Finanzminister einen gemeinsamen Ministerialbeschluss über die neue Mautgebührenrichtlinie für die Egnatia-Autobahn und ihre Vertikalachsen. Dieser Beschluss wird die Umsetzung der Mautgebührenrichtlinie vorsehen, die vom TAIPED-Vorstand genehmigt und der GD Mobilität und Verkehr von den griechischen Behörden zur Billigung übermittelt wurde. In dem Beschluss wird geregelt sein, dass die neue Mautgebührenrichtlinie vorbehaltlich der Billigung durch die GD Mobilität und Verkehr am 01.01.2019 auf der Egnatia-Autobahn in Kraft treten wird. Falls sich die GD Mobilität und Verkehr in ihrer Entscheidung für eine andere Gebührenstruktur ausspricht, werden der gemeinsame Ministerialbeschluss und der Entwurf des Konzessionsvertrags entsprechend abgeändert. Das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr wird einen neuen Ministerialbeschluss erlassen (oder den bestehenden Ministerialbeschluss ändern), dem zufolge die geltende Befreiung der Anwohner und Unternehmen in mehreren an die Egnatia-Autobahn angrenzenden Präfekturen und Gemeinden von der Maut noch bis zum 31.12.2018 gilt und nicht weiter verlängert wird. e) Bis zum 22. Mai wird die Egnatia S.A. den Vertrag über den Bau der Mautstation Asprovalta mit dem bevorzugten Bieter unterzeichnen und den Bauträger anweisen, unverzüglich mit den Bauarbeiten zu beginnen. Innerhalb einer Woche nach Fertigstellung der Mautstationen Asprovalta und Thessaloniki (Oreokastro) werden der Minister für Infrastruktur und Verkehr und der Finanzminister in Abstimmung mit TAIPED einen gemeinsamen Ministerialbeschluss erlassen, nach dem i) die genannten Mautstationen in Betrieb genommen werden und ii) auf Grundlage der</p>		<p>Zu e) Die Unterzeichnung des Vertrags über den Bau der Mautstation Asprovalta erfolgte am 2. März 2018. Die Bauarbeiten an der frontalen Mautstation Thessaloniki haben ebenfalls begonnen. - erledigt.</p> <p>Zu f) Die Egnatia S.A. hat den Auftragnehmer der zwei neuen Betriebs- und Instandhaltungsverträge angewiesen, mit dem Bau der frontalen Mautstationen Strymoniko und Kavala zu beginnen. -erledigt.</p> <p>Zu g) Das Ministerium für Energie und Umwelt hat die Umweltauflagen für alle verbleibenden frontalen sowie alle lateralen Mautstationen (bis auf vier) genehmigt. Mit dem Bau wird begonnen sobald die Umweltauflagen für die übrigen 4 Mautstationen ebenfalls genehmigt wurden, und zwar auf Grundlage der konkreten Vertragsoption. Somit kann die besondere Maßnahme als erledigt gelten.</p> <p>Zu h) Der Interministerielle Ausschuss für Vermögensumstrukturierung und Privatisierung hat einen Beschluss (Wortlaut wurde mit TAIPED vereinbart) gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes 3986/2011 erlassen, der TAIPED dazu berechtigt, in den Servicekonzessionsvertrag der Egnatia-Ausschreibung die Pflicht des Konzessionsinhabers aufzunehmen, alle notwendigen Arbeiten im Zusammenhang mit der Verbesserung der Autobahnstandards a) des Abschnitts Halastra-Polykastro der vertikalen Straßenachse Halastra-Evzoni und b) des Abschnitts Christos-Ambela der vertikalen Straßenachse Thessaloniki-Serres-Promachonas, die zusammen etwa 54 km lang sind, zu finanzieren, zu ermitteln und durchzuführen. Der Ministerialbeschluss wurde am 15. Juni 2018 veröffentlicht (FEK B 2274 vom 15.06.2018) - erledigt.</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	<p>aktuellen Mautgebührenrichtlinie für die bereits bestehenden Mautstationen auf der Egnatia-Autobahn die jeweils zu erhebenden Mautgebühren festgelegt werden. f) <u>Bis zum 22. Mai</u> wird die Egnatia S.A. den Auftragnehmer der zwei neuen Betriebs- und Instandhaltungsverträge unverzüglich anweisen, mit dem Bau der frontalen Mautstationen Strymoniko und Kavala zu beginnen. g) Nach Billigung der Änderung der Genehmigungen zu Umweltauflagen durch das zuständige Ministerium für Energie und Umwelt (spätestens Mitte Juni 2018) wird die Egnatia S.A. unverzüglich die Optionen der beiden Betriebs- und Instandhaltungsverträge für den sofortigen Beginn des Baus aller verbleibenden frontalen Mautstationen sowie aller lateralen Mautstationen (bis auf vier, mit deren Bau bis Ende Juli begonnen wird) gemäß dem gemeinsamen Ministerialbeschluss 6686/29.5.2017 auslösen und umsetzen (spätestens Ende Juni 2018). h) <u>Bis zum 30. Mai</u> erlässt der Interministerielle Ausschuss für Vermögensumstrukturierung und Privatisierung einen Beschluss (Wortlaut mit TAIPED zu vereinbaren) gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes 3986/2011, der TAIPED dazu berechtigt, in den Servicekonzessionsvertrag der Egnatia-Ausschreibung die Pflicht des Konzessionsinhabers aufzunehmen, alle notwendigen Arbeiten im Zusammenhang mit der Verbesserung der Autobahnstandards a) des Abschnitts Halastra-Polykastro der vertikalen Straßenachse Halastra-Evzoni und b) des Abschnitts Christos-Ambela der vertikalen Straßenachse Thessaloniki-Serres-Promachonas, die zusammen etwa 54 km lang sind, zu finanzieren, zu ermitteln und durchzuführen. Nach dem Laufzeitbeginn der Konzession wird die Egnatia S.A. auf das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr übertragen.</p>		
66	<p>Ausschreibungen. Hellenikon. Die Behörden werden a) den Umzug der derzeitigen Nutzer abschließen (Maßnahmen siehe Liste der ausstehenden Regierungsmaßnahmen), b) ein Gesetz über die Errichtung der Verwaltungsstelle für offene und öffentliche Bereiche und Einrichtungen erlassen sowie c) den in der Arbeitsgruppe vereinbarten überarbeiteten Zeitplan für die Erfüllung aller Vorbedingungen für den Erlass der erforderlichen Ministerialbeschlüsse und die Vergabe der Casinolizenz.</p>	Erledigt	<p>Ein überarbeiteter detaillierter Zeitplan für die Erfüllung der Vorbedingungen wurde fertiggestellt und mit allen Gesellschaftern vereinbart. Der überarbeitete Zeitplan enthält detaillierte Vorgaben für a) die Veröffentlichung aller erforderlichen Verwaltungsakte; b) den Abschluss des Vergabeverfahrens der Casinolizenz; c) den Umzug der derzeitigen Nutzer und d) den Erlass eines Gesetzes über die Errichtung der Verwaltungsstelle für offene und öffentliche Bereiche und Einrichtungen sowie den Metropolitan Park von Hellenikon.</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	umsetzen (Maßnahmen siehe Liste der ausstehenden Regierungsmaßnahmen), damit ein finanzieller Geschäftsabschluss bis Dezember 2018 gewährleistet ist.		<p>Bisher halten die griechischen Behörden alle Fristen für sämtliche Vorbedingungen (siehe a), b) und d) oben) nach dem vereinbarten überarbeiteten Zeitplan ein. Der Umzug eines Großteils der öffentlichen Nutzer (alle Einrichtungen des Finanz-, Verteidigungs-, Kultur- und Sport- sowie Gesundheitsministeriums) ist abgeschlossen. Erhebliche Fortschritte wurden bei den Großnutzern unter der Aufsicht des Infrastrukturministeriums (Bus-Betriebshof und Zivilluftfahrt) erzielt, deren Umzug dem Zeitplan entsprechend bis Ende Juni abgeschlossen sein wird. In Bezug auf den Umzug von Polizei und Feuerwehr und gemeinnützigen Organisationen wurden besondere Absprachen mit dem Investor getroffen. Fortschritte wurden erzielt in Bezug auf das Fischforschungsinstitut und die Einrichtungen der Gemeinde Elliniko, deren Umzug vor Ablauf der Frist für den finanziellen Abschluss durchgeführt wird.</p> <p>Zu b) Die einschlägigen Vorschriften wurden in das vom Parlament am 14. Juni 2018 verabschiedete Artikelgesetz (FEK A' 105 vom 14.06.2018) aufgenommen. - erledigt</p>
67	<p>Ausschreibungen. Sonstige Projekte. a) Die Behörden haben die Ausschreibung für den Verkauf von 5 % an der Telekommunikationsgesellschaft OTE sowie für den gemeinsamen Verkauf (durch PANEUROPEAN und TAIPED) von mindestens 50,1 % am Ölkonzern HELPE veröffentlicht. Der unverkaufte Anteil von TAIPED (15,5 %) wird auf den Privatisierungs- und Investitionsfonds HCAP übertragen. Sie werden die Ausschreibung für den Verkauf von 30 % an der Flughafengesellschaft AIA veröffentlichten (vorbehaltlich der Genehmigung der Verlängerung des Konzessionsvertrags durch die GD Wettbewerb). b) zu DEPA: Der aktualisierte Vermögensentwicklungsplan wird den Verkauf von 65 % am Gasversorger DEPA oder eine andere Art von Transaktion mit demselben Effekt vorsehen. Zu diesem Zweck wird der Vermögensentwicklungsplan Angaben zur Struktur der zwischen den griechischen Behörden und den Institutionen vereinbarten Privatisierung enthalten. Die Ausschreibung wird veröffentlicht, sobald die Analyse der potenziellen Wettbewerbshindernisse infolge des Ausscheidens eines der derzeitigen</p>	Erledigt	<p>Zu a): Am 15. März 2018 wurde das Ausschreibungsverfahren für die Telekommunikationsgesellschaft OTE abgeschlossen, ohne dass Angebote abgegeben wurden. Da DT nach dem Gesellschaftervertrag ein Vorkaufsrecht besitzt, wurde ihr am 16. März 2018 eine Mitteilung auf Grundlage des 20-tägigen volumengewichteten Durchschnittskurses zugestellt. Daraufhin übe die Deutsche Telekom AG ihr Vorkaufsrecht auf den Erwerb von 5 % der OTE-Anteile aus. - erledigt</p> <p>Zu AIA: Die Transaktionen kann nicht fortgesetzt werden, solange die Verlängerung des Konzessionsvertrags nicht offiziell abgeschlossen ist. - Daher gilt sie als erledigt.</p> <p>Zu HELPE: PANEUROPEAN, TAIPED und die griechischen Behörden haben sich auf die Konditionen des Verkaufs von 50,1% am Ölkonzern HELPE geeinigt. Der Aufruf zur Abgabe von Interessensbekundungen erfolgte am 18. April 2018. - erledigt</p> <p>Zu b) DEPA: TAIPED hat Rechts- und Finanzberater mit der DEPA-Ausschreibung beauftragt. Die Institutionen und die griechischen Behörden</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	<p>Anteilseigner der Gasverteilungsunternehmen (EPAs) abgeschlossen ist. c) zu PPC: Die Ausschreibung für den Verkauf von 17 % am Stromversorger PPC oder eine andere Art der Verwertung, sofern Griechenland damit einen im Vergleich zum Verkauf mindestens gleichwertigen finanziellen Erlös erzielt, folgt in einer späteren Phase.</p>		<p>haben sich in der ersten Juni-Woche auf die Struktur der Privatisierungstransaktion geeinigt. Die vereinbarte Privatisierungstransaktionsstruktur wurde in den aktualisierten Vermögensentwicklungsplan aufgenommen. - erledigt</p> <p>Zu c) PPC: Die Ausschreibung kann nicht fortgesetzt werden, solange die Veräußerung der Braunkohle-Einheiten nicht abgeschlossen ist (Veröffentlichung der Ausschreibung am 30. Mai 2018; ihr Abschluss wird für Ende 2018 erwartet). - Daher gilt die Maßnahme als erledigt.</p>
68	<p>Ausschreibungen. AIA (Internationaler Flughafen Athen) Die Konzessionsverlängerung wird vom Parlament ratifiziert (vorbehaltlich der vorherigen Bekanntgabe der erforderlichen Beschlüsse der einschlägigen europäischen Behörden).</p>	Erledigt	<p>Der Entwurf der Konzessionsverlängerung wurde der GD Wettbewerb vorab vorgelegt. Am 15. Juni 2018 ist die Generaldirektion Wettbewerb zu der vorläufigen Einschätzung gelangt, dass die vorangemeldete Vereinbarung über die Konzessionsverlängerung keine rechtswidrige staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union darstellt. Es sind jedoch noch mehrere Schritte bis zur Ratifizierung erforderlich, u.a. die offizielle Billigung durch die GD Wettbewerb, die Änderung des Konzessionsvertrags und die Genehmigung durch den Rechnungshof.</p> <p>Verzögerungen bei dieser Transaktion sind auf das langwierige Genehmigungsverfahren der GD Wettbewerb zurückzuführen. Dieses langwierige Verfahren führt jedoch zu erheblich höheren Erlösen. Daher gilt die Vorabmaßnahme als erledigt.</p>
69	<p>Ausschreibungen. OLTH. Der Konzessionsvertrag wird bis März 2018 durch das Parlament ratifiziert.</p>	Erledigt	<p>Der Konzessionsvertrag wurde am 22. Februar ratifiziert.</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
70	Ausschreibungen. Überprüfung des Vorstands von DEPA und Egnatia. Der TAIPED-Vorstand wird mithilfe externer Berater a) die Leitungsstrukturen von DEPA und Egnatia S.A. überprüfen und den Vorstand dieser Unternehmen bewerten sowie b) geschäftsführende und nicht geschäftsführende Mitglieder ggf. ersetzen.	Erledigt	TAIPED hat Berater zur Überprüfung der Leitungsstrukturen von DEPA und Egnatia S.A. sowie zur Beurteilung der Vorstände eingestellt. Die entsprechenden Berichte wurden fertiggestellt und der Geschäftsleitung von TAIPED Mitte März von den Beratern vorgelegt. Im Fall von DEPA wurden die derzeitigen Vorstandsmitglieder positiv bewertet, sodass keine Auswechslungen erforderlich waren. Im Fall von Egnatia mussten offene Stellen besetzt werden. Am 15. Juni beschloss der TAIPED-Vorstand, zwei offene Stellen aus einem Kandidatenkreis eines externen Personalberaters zu besetzen. Am 18. Juni empfahl TAIPED dem Vorsitzenden des Vorstands von Egnatia Odos S.A., die ausgewählten (und vom TAIPED-Vorstand genehmigten) nicht geschäftsführenden Mitglieder zu ernennen, und berief eine Hauptversammlung gemäß Gesetz 2190/1920 ein, um die neuen Vorstandsmitglieder zu nominieren und zu wählen. Am 19. Juni fand zu diesem Zweck eine Hauptversammlung statt, auf der die neuen Mitglieder ernannt wurden.
71	HCAP. Interne Vorschriften. Die Hauptversammlung wird – nach Einigung mit den Institutionen über den konkreten Inhalt – das Kapitel zur Anlagepolitik in die Geschäftsordnung aufnehmen.	Erledigt	Das Kapitel zur Anlagepolitik wurde im Anschluss an Vorarbeiten unter Beteiligung von Beratern und in Abstimmung mit den Institutionen am 19. Juni 2018 auf der Hauptversammlung angenommen.
72	HCAP. Geschäftspläne der staatseigenen Unternehmen. Die auf den HCAP übertragene staatseigenen Unternehmen, bei denen dieser Mehrheitseigner ist, legen dem HCAP Geschäftspläne vor.	Erledigt	Der HCAP hat die Vorstände der staatseigenen Unternehmen über die Notwendigkeit zur Erstellung von Geschäftsplänen unterrichtet. Die nicht börsennotierten staatseigenen Unternehmen, bei denen der HCAP Mehrheitseigner ist, legten ihre Geschäftspläne vor. Bei den börsennotierten Unternehmen hat die Geschäftsleitung jeweils bestätigt, dass aktualisierte Geschäftspläne vorliegen.
73	HCAP. Vorstände der staatseigenen Unternehmen. Der Vorstand des HCAP wird den Vorstand von ELTA und OASA überprüfen und geschäftsführende und nicht geschäftsführende Mitglieder ggf. ersetzen. Bei den börsennotierten Unternehmen erfolgt die Überprüfung der geschäftsführenden und nicht geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sowie deren ggf. erforderliche Austausch in voller Übereinstimmung mit dem geltenden Regulierungsrahmen.	Erledigt	Der HCAP-Vorstand hat am 9. März 2018 beschlossen, das Auswahlverfahren für Berater zur Unterstützung bei der Beurteilung der Vorstände einzuleiten. Die Berater wurden ausgewählt und das Verfahren zur Überprüfung des Vorstands von OASA und ELTA wurde eingeleitet. Der Bericht der Berater wurde dem HCAP-Vorstand vorgelegt. Der Vorstand hat entschieden, welche Mitglieder ersetzt werden sollen, und der Kandidatenausschuss hat eine lange Liste potenzieller Kandidaten ausgearbeitet. Der Kandidatenausschuss wird die Bewerbungsgespräche zwischen dem 18. und 22. Juni 2018 führen, damit bis Ende Juni eine endgültige Entscheidung vorliegt.
74	HCAP. Vorstand. Die zusätzlichen nicht geschäftsführenden Mitglieder des HCAP-Vorstands werden ernannt.	Erledigt	Der Aufruf zur Interessenbekundung für Kandidaten wurde veröffentlicht. Der Aufsichtsrat hat am 31. März 2018 zwei neue Vorstandsmitglieder ausgewählt und ernannt. Die beiden neuen Mitglieder haben ihre Arbeit am 16. April

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
75	<p>HCAP. Übertragung von Immobilienvermögen. Ermittlung des zu übertragenden Immobilienvermögens anhand des zwischen den Behörden und den Institutionen vereinbarten Verfahrens sowie Abschluss der Übertragung des Immobilienvermögens.</p>	Erledigt	<p>aufgenommen.</p> <p>Der griechische Privatisierungs- und Investitionsfonds (HCAP) hat Berater beauftragt. Die Berater des HCAP haben detailliertere Daten zu den im nationalen Kataster als Staatseigentum oder mit unbekanntem Eigentümer eingetragenen Vermögenswerten für den HCAP angefordert, um zur Überprüfung übergehen zu können. Die zusätzlichen Daten wurden dem HCAP Ende März übermittelt und die Überprüfung hat begonnen. Die Berater haben die Ermittlung von Vermögenswerten abgeschlossen. Anschließend wurde die Liste des auf den HCAP zu übertragenden Immobilienvermögens dem Minister zur Genehmigung vorgelegt. Nach entsprechender Ermächtigung durch den wirtschaftspolitischen Rat der Regierung (KYSOIP) (FEK B' 2317/19.06.2018) hat der Minister den entsprechenden Beschluss erlassen. Dieser stellt den Rechtstitel für die Übertragung der Vermögenswerte auf ETAD/HCAP dar.</p>
76	<p>HCAP. Übertragung staatseigener Unternehmen auf den HCAP.</p> <p>i) Änderung der Satzungen der auf den HCAP übertragene staatseigenen Unternehmen, bei denen der HCAP Mehrheitseigner ist, zur Einhaltung des kodifizierten Gesellschaftsgesetzes 2190/1920.</p>	Erledigt	<p>Änderungen der Satzungen von staatseigenen Unternehmen wurden auf Ebene des HCAP-Vorstands vereinbart und derzeit werden die Hauptversammlungen der staatseigenen Unternehmen zwecks Genehmigung der geänderten und kodifizierten Satzungen durch den HCAP vorbereitet. Der neue Wortlaut wurde mit den Tochtergesellschaften vereinbart. Die Hauptversammlungen zur Verabschiedung der neuen Satzungen wurden einberufen und haben die Änderungen bestätigt.</p>
77	<p>HCAP. Übertragung staatseigener Unternehmen auf den HCAP.</p> <p>ii) Aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ausgliederung der GAIAOSE-Vermögenswerte und -Rechte aus dem Unternehmen gemäß dem TMU vom Juli 2017 wird das HCAP-Gesetz dahingehend geändert, dass es die Übertragung der Anteile an GAIAOSE auf den HCAP vorsieht. Die das Unternehmen betreffenden politischen Ziele werden im Einklang mit dem HCAP-Koordinierungsmechanismus angegangen. Die Übertragung wird am 1. Juli 2018 wirksam.</p>	Erledigt	<p>Die maßgebliche Änderung des HCAP-Gesetzes wurde in das vom Parlament am 14. Juni 2018 verabschiedete Artikelgesetz (FEK A' 105 vom 14.06.2018) aufgenommen.</p>
78	<p>HCAP. Übertragung staatseigener Unternehmen auf den HCAP.</p> <p>iii) Zwecks Übertragung des Olympia-Sportkomplexes OAKA auf den HCAP bis Ende 2018 und als Vorabmaßnahme legen die Behörden eine Liste der für die Übertragung erforderlichen Maßnahmen sowie einen Zeitplan für deren Durchführung vor. Die Liste muss folgende Punkte umfassen: Ermittlung der für die Instandhaltung bzw. Instandsetzung der OAKA-Einrichtungen benötigten Mittel, Bereitstellung dieser Mittel</p>	Erledigt	<p>Die Behörden haben eine detaillierte Liste der zur Durchführung der Übertragung erforderlichen Maßnahmen sowie einen Zeitplan für den Abschluss dieser Maßnahmen erstellt und den Institutionen übergeben. Die Liste umfasst die Maßnahmen zur Ermittlung und Finanzierung der Beträge, die für die Instandhaltung oder Instandsetzung der OAKA-Einrichtungen erforderlich sind, zur Umwandlung von OAKA in eine <i>société anonyme</i> mit ausreichender Kapitalausstattung sowie zur Übertragung auf den HCAP.</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	<p>durch den Staat unter Beachtung geltender rechtlicher Beschränkungen, Umwandlung von OAKA in eine <i>société anonyme</i> mit ausreichender Kapitalausstattung sowie Übertragung auf den HCAP. Als weitere Vorabmaßnahme gründen die Behörden einen Ausschuss/eine Arbeitsgruppe, dem/der Vertreter des HCAP angehören und der/die die Umsetzung dieser Maßnahmen überwacht.</p>		<p>Die Behörden haben eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des HCAP zur Überwachung der Umsetzung dieser Maßnahmen eingerichtet (einschlägiger Ministerialbeschluss, veröffentlicht am 6. Juni 2018).</p>
	<p>V. Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung.</p>		
	<p>5.1 Öffentliche Verwaltung</p>		
79	<p>Mobilität. Das neue Mobilitätsprogramm wird bereits umgesetzt. Die ernennenden Behörden der aufnehmenden Dienststellen werden i) die Auswahlbescheinigungen zum ersten Zyklus ausstellen, um damit den Abschluss des Auswahlverfahrens anzuzeigen, und ii) eine Gesetzesänderung beschließen, um die zügige Fertigstellung der Gehaltstabelle zu ermöglichen, damit die tatsächliche Versetzung vorgenommen werden kann, ohne dass die Gefahr besteht, dass sie von der veranlassenden Stelle verzögert wird. Die tatsächlichen Versetzungen werden bis Juli 2018 abgeschlossen. Die endgültige Entscheidung über eine Umsetzung wird von der aufnehmenden Dienststelle getroffen, die eine freie Stelle hat; dies erfolgt ohne Beteiligung der politischen Ebene und nach vorab festgelegten Regeln, um Störungen bei der entscheidenden Stelle gering zu halten. Dadurch wird die Ressourcenverteilung und Personalausstattung auf gesamtstaatlicher Ebene rationalisiert. Gemäß dem Gesetz 4440/2016 wird Mobilität in erster Linie durch Versetzungen hergestellt; Abordnungen sind nur unter besonderen Umständen und nur für ganz bestimmte Zeiträume zulässig, die nicht verlängert werden können.</p>	<p>Erledigt</p>	<p>Die Vorabmaßnahme umfasst zwei Schritte: - Gesetzesänderung (Art. 120, FEK: A 105/2018) zur Erleichterung der Bereitstellung von Mitteln; somit wird die tatsächliche Versetzung nach erfolgter Auswahlentscheidung beschleunigt. - Im Zuge des ersten Mobilitätszyklus wurden sämtliche Auswahlbescheinigungen für Stellen für die dauerhafte Versetzung erstellt. Insgesamt wurden 234 Versetzungsbescheinigungen erstellt (von 456 für die Versetzung zur Verfügung stehenden Stellen)</p> <p>Der zweite Mobilitätszyklus läuft (mit einer größeren Anzahl von offenen Stellen und teilnehmenden Stellen). Er wächst die Sorge, dass Abordnungen weiterhin in Anspruch genommen werden; dies sollte nur in Ausnahmefällen oder unter besonderen Umständen geschehen. Der dritte Mobilitätszyklus soll beginnen, wenn die tatsächlichen Versetzungen im Zuge der ersten zwei Zyklen abgeschlossen sind.</p>
80	<p>Ernennungen. a) Die Behörden werden mithilfe technischer Unterstützung eine Studie zu den Mindestanforderungen der Stellenausschreibungen für alle im TMU aufgeführten Stellen für Verwaltungsssekretäre, stellvertretende Verwaltungsssekretäre und Fach- bzw. Fachsondersekretäre durchführen und dabei die in Artikel 7 des Gesetzes 4369/2016 genannten Faktoren berücksichtigen. Auf Grundlage</p>	<p>Erledigt</p>	<p>Die Vorabmaßnahmen bestanden aus drei Teilen: a) Verwaltungsssekretäre (einschließlich Fach- und Fachsondersekretäre): Es wurde eine Studie eingeführt, in der auf die mangelnde Einheitlichkeit der Ausschreibungen eingegangen wurde, insbesondere bezüglich der von den jeweiligen Ministerien erstellten Tätigkeitsbeschreibungen. In der Studie wurde vorgeschlagen, im laufenden Ausschreibungsverfahren die folgenden</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
82	<p>Organigramme und Tätigkeitsbeschreibungen. Es wird ein umfassendes Personalverwaltungssystem eingerichtet, das die effektive Verwaltung aller Bediensteten der öffentlichen Verwaltung ermöglicht. Im ersten Schritt werden die Behörden eine Plattform schaffen, auf der digitale Organigramme und Tätigkeitsbeschreibungen verknüpft werden. Als Vorabmaßnahme wird an alle öffentlichen Stellen ein Handbuch zum Ausfüllen der Datenbank verteilt und ein entsprechendes Schulungsprogramm gestartet; außerdem wird eine ausgewählte Anzahl von Pilotstellen Organigramme und Tätigkeitsbeschreibungen erstellen, indem auf Referatebene entsprechende Tätigkeitsbeschreibungen zu allen Referatsstellen angefertigt werden.</p>	Erledigt	<p>Anmerkung: (a) Grund für das Nichterreichen der 230.000 Marke für eingeschriebenen Beschäftigten war, laut den Behörden, der knappe Zeitrahmen, der den Personalabteilungen für die Einschreibungen zur Verfügung stand. Ein Teil dieser Beschäftigten (aktuell ist die genaue Zahl unbekannt) wird sich der Leistungsbeurteilung auf Papier unterziehen; b) Beschäftigte, die keine Selbstbeurteilung wünschen, müssen sich dennoch einer Beurteilung durch die Vorgesetzten unterziehen (erster und zweiter Gutachter); dies ist gesetzlich geregelt, da spezifische gesetzliche Sanktionen für Gutachter vorgeschrieben sind, die keine Beurteilung wählen.</p> <p>Die Vorabmaßnahme umfasste zwei Schritte:</p> <p>(a) Handbuch und Schulungsprogramm: Sämtliche öffentlichen Stellen haben ein Handbuch erhalten, welches klare Anleitungen zur Eingabe der benötigten Information auf der Plattform enthält (z.B. zu den Organigrammen und den Tätigkeitsbeschreibungen); das Ministerium für die Reform der öffentlichen Verwaltung hat das Schulungsprogramm eingeleitet.</p> <p>(b) Die Pilotstellen füllen das digitale Organigramm und die Tätigkeitsbeschreibungen aus: Dies wird ein digitales Organigramm auf der Referatebene ermöglichen, aus dem sämtliche Tätigkeitsbeschreibungen/Stellen ersichtlich werden.</p> <p>Den Behörden zufolge werden mindestens 6 Monate benötigt, um die elektronische Plattform aufzurüsten, und damit die Verknüpfung der Daten aus der Zensus-Datenbank und der Mobilitätsplattform zu ermöglichen. Endziel ist es, die Tätigkeitsbeschreibungen mit den bestehenden Stellen zu verknüpfen und ein umfassendes Bild der Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu erstellen (Feststellung von Personalmängeln, Erstellung eines mittelfristigen Personalgewinnungsplans mit Hinblick auf Prioritätsbereiche und benötigte Qualifizierungen).</p> <p>Aktuell sind 209 Stellen in die Plattform eingebunden, die 60 ersten sog. Pilotstellen haben sämtliche Tätigkeitsbeschreibungen heraufgeladen.</p>
83	<p>Gefahrenzulagen. Die Behörden werden i) wie im Gesetz festgelegt den kurzfristigen Schutz- und Präventionsplan veröffentlichen, ii) wie im Gesetz festgelegt den Institutionen die erste Stellungsmaßnahme des</p>	Erledigt	<p>Die Vorabmaßnahme bestand aus drei Teilen/Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ein kurzfristiger Schutz- und Präventionsplan wurde von der griechischen Arbeitsinspektion unter der Ägide der Abteilung für Gesundheit und Sicherheit

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	Ausschusses zu Gefahrezulagen mitsamt der genauen Studie und vorläufigen Quantifizierungen vorlegen und iii) sich mit den Institutionen auf die ministeriellen Weisungen an den Ausschuss verständigen.		<p>am Arbeitsplatz (Arbeitsministerium) entwickelt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erste/r Stellungnahme/Bericht des Ausschusses: Der Bericht wurde von einem Ausschuss erstellt, der aus siebzehn Vertretern verschiedener Ministerien und Beteiligter bestand. - Ministerielle Anweisung an den Ausschuss, die Arbeiten fortzuführen, damit bis Februar 2019 ein gemeinsamer Ministerialbeschluss erlassen werden kann. <p>Die ministerielle Anweisung enthielt auch einen übergeordneten Zeitplan und wird die Vorgabe enthalten, dass das überarbeitete Programm haushaltsneutral sein muss.</p>
84	Koordinierung. Die Behörden werden nach Vorlage eines interministeriellen Koordinierungshandbuchs im April 2018 i) dieses Handbuch offiziell beschließen, um die Strukturen und Verfahren innerhalb der Regierung und öffentlichen Verwaltung, einschließlich der Ausarbeitung, Koordinierung und Abstimmung von Maßnahmen, zu optimieren, und ii) sich zu einem Umsetzungsplan bekennen, der die Anwendung der Strukturen und Verfahren durch die Regierung regelt, insbesondere durch Stärkung der Rolle des derzeitigen Generalsekretariats für Koordinierung.	Erledigt	<p>Die Behörden haben das Koordinierungshandbuch auf Griechisch am 19. April 2018 verschickt (EUROFISC hat eine englische Übersetzung angefertigt). Das Handbuch ist an alle Ministerien verteilt worden und heraufgeladen worden.</p> <p>Der Umsetzungsplan ist erstellt und eingereicht worden.</p>
	5.2 Justiz		
85	Elektronische Auktionen. Rechtliche und technische Hindernisse. Um die Versteigerung zwangsvollstreckter Immobilien durch die Gläubiger zu erleichtern, werden die Behörden bis Mai 2018 prüfen, ob rechtliche und technische Hürden für eine weitere Verbesserung von E-Auktionen bestehen; dies wird auch eine Überprüfung des Verfahrens zur Senkung des Startpreises bei nicht erfolgreichen Auktionen enthalten. Diese Hürden sind ggf. durch entsprechende Gesetzesänderungen zu beseitigen; u. a. ist das Verfahren zur Senkung des Startpreises bei nicht erfolgreichen Auktionen zu überprüfen.	Erledigt	<p>Nachdem kürzlich Berichte zum Fortschritt elektronischer Auktionen, einschließlich neuer Eintragungen von Notaren im gesamten Gebiet, vorgelegt wurden, haben die Behörden regelmäßig periodische Berichte vorgelegt. Die Berichte detaillieren die jüngsten Entwicklungen zur Anzahl der durchgeführten und voraussichtlich stattfindenden Auktionen und der ersatzweise anstelle von regionalen Notaren bestellten Notare; die Behörden haben einen aktualisierten Monatsbericht im vereinbarten Format für den Zeitraum bis zum 31. Mai mit anschließender Aktualisierung am 11. Juni 2018 bereitgestellt. Der Bericht zeigt insgesamt gute Fortschritte, welches den positiven Trend in jeder Hinsicht bestätigt (Anzahl der durchgeführten Auktionen, Anzahl der auf der Plattform angekündigten Auktionen, Verteilung der durchgeführten oder künftigen Auktionen, Anzahl der bestellten Notare im gesamten Gebiet).</p> <p>Mit einer Regelung im Artikelgesetz 4549/2018 (Amtsblatt 105, Art. 23) haben die Behörden eine Rechtsvorschrift verabschiedet, die eine Anpassung der Auktionspreise auf der Grundlage eines Bewertungsgutachtens durch einen</p>

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
			Sachverständigen im Falle einer nicht erfolgreichen Auktion ermöglichen
	5.3 Korruptionsbekämpfung		
86	Parteienfinanzierung. Die Behörden setzen den Rechtsrahmen zur Parteienfinanzierung vollständig um, insbesondere durch Sicherstellung der Verabschiedung aller notwendigen sekundärrechtlichen Vorschriften.	Erledigt	Die Behörden haben eine Rechtsvorschrift erlassen. Die sekundärrechtlichen Vorschriften umfassen mehrere Entscheidungen, welche die folgenden Artikel anwenden: - Artikel 7 Absatz 4, „Leitlinie mit der genauen Anzahl an Kupons pro Partei“. Dies wird durch Leitlinie Nr. 251/130/10.01.2018. (AAA: 04-0525) ausgeführt. - Artikel 7 Absatz 4 und „Entscheidung zum Verfahren für die Kuponrückgabe“. Entscheidung des Präsidenten des Prüfungsausschusses. Protokollnummer: 14014 8582 28.11 2017 Datum: 28. 11. 2017. (AAA: 02-0509). - in Anwendung des Artikel 21 Absatz 1, Buchstabe e, welcher sekundärrechtliche Vorschriften ermöglicht, erfolgt eine Entscheidung durch den Vorsitzenden des Ausschusses, Entscheidung zur Form der Finanzdaten. Diese Option wurde für den Ministerialbeschluss Nr. 41648/22-12-2016 (GG II 4394/30-12-2016) bezüglich der Form der Finanzdaten in Artikel 16 des Gesetzes 3023/2002 verwendet. - Artikel 16A Absatz 1: Entscheidung zu Entwürfen und Details zum Sonderbericht zu Wahlgeldern und -ausgaben. Entscheidung des Präsidenten des Prüfungsausschusses. Protokollnummer: 4462/3082/27-3-2018 (GG II 1166/29.03.2018).
87	Nationaler Korruptionsbekämpfungsplan. Die Aktualisierung des nationalen Plans zur Korruptionsbekämpfung wird eine Verpflichtung beinhalten, die Umsetzung des Verhaltenskodex für Abgeordnete zu evaluieren und diesen auf Grundlage dieser Evaluierung bei Bedarf bis Juni 2018 zu überarbeiten.	Erledigt	Der Dritte Nationale Anti-Korruptionsplan (NACAP) ist beschlossen worden und auf der Webseite des Generalsekretariats für Korruptionsbekämpfung veröffentlicht worden: http://www.gsac.gov.gr/index.php/el/ethniko-sxedio/ethniko-stratigiko-sxedio-kata-tis-diafthoras-2018-2021
88	Unabhängige Stellen. Die Behörden und unabhängigen Stellen werden Rechtsvorschriften zur Umstrukturierung erlassen, u.a. durch Zusammenlegung bzw. Abschaffung von Behörden und ggf. Aufgabenübertragung an die Zentralverwaltung, und dann in Abstimmung mit den Institutionen die endgültigen Vorschriften zu den horizontalen Bestimmungen im Einklang mit den Ergebnissen der horizontalen Überprüfung und bewährten Modellen finalisieren und gesetzlich verankern. Um primär- und sekundärrechtliche Vorschriften	Erledigt	Am 13. März haben die Behörden einen überarbeiteten Teilentwurf des Gesetzes vorgelegt, zusammen mit einem Teilentwurf für einen Bericht mit Erläuterungen; laut MoU Auflagen sollen die Behörden ebenfalls eine horizontale Überprüfung vorgelegt haben, der Erkenntnisse mit Leitlinien für den Gesetzesentwurf enthalten sollten. Weitere Ergänzungen zum Gesetzesentwurf haben die Behörden am 15. Mai, 31. Mai und 4. Juni vorgelegt. Die Anmerkungen der Institutionen wurden am 23. Mai vorgelegt, zusätzliche Anmerkungen wurden am 28. Mai vorgelegt. . Obwohl zu vielen

	Maßnahmen nach dem ergänzenden MoU	Status	Sachstand
	<p>bis Juli 2018 an bewährte Modelle anzupassen, werden die Behörden mit den Institutionen Grundsätze für künftige Rechtsvorschriften vereinbaren; dies wird nach Möglichkeit detaillierte Entwürfe beinhalten bezüglich (i) der griechischen Wettbewerbskommission; (ii) der Regulierungsbehörde für Energie (RAE) und (iii) der Regulierungsbehörde für Personenbeförderung (RAEM).</p>		<p>Punkten Vereinbarungen getroffen wurden, bleiben mehrere Punkte, auch zu wichtigen Fragen der Vereinbarkeit mit EU-Recht, offen. Da der Entwurf noch weiterer Ausarbeitung in Abstimmung mit den zuständigen Abteilungen bedarf, wurde beschlossen, dass der Entwurf nicht erlassen wird, sondern internen Beratungen bei der KOM unterzogen werden soll; nach Beendigung soll der Entwurf von den Behörden weiter überarbeitet und dann fertiggestellt werden. Was die einzelnen Stellen angeht, sollen angesichts dieser Situation die Grundsätze künftiger Rechtsvorschriften für die griechische Wettbewerbskommission und die Regulierungsbehörde für Energie (RAE) nach Fertigstellung der horizontalen Gesetzgebung festgelegt werden. Am 17. Juni haben die Behörden den Institutionen einen Bericht vorgelegt, der die Grundsätze künftiger Rechtsvorschriften für die Regulierungsbehörde für Personenbeförderung (RAEM) enthält. Nach Austausch zwischen der KOMM und den Behörden wurde am 19. Juni ein überarbeiteter Bericht beschlossen.</p>



[xx] June 2018

ESM proposal for the terms of the fifth Tranche of €15 billion under the Financial Assistance Facility Agreement for Greece

1. Proposal

On 19 August 2015, the ESM entered into a Financial Assistance Facility Agreement ('FFA') with the Hellenic Republic ('Greece'), the Bank of Greece and the Hellenic Financial Stability Fund ('HFSF') for an amount of up to €86 billion. On 21 June 2018 the FFA was amended, by adding the Hellenic Corporation of Assets and Participations ('HCAP') as a party, bringing it into the lending structure. The funds under the FFA are available, until 20 August 2018, to cover general financing needs of the public sector as well as bank recapitalisation and/or resolution costs.

Since the beginning of the programme, a total of €46.9 billion have been provided to Greece in four tranches, upon compliance with conditionality and prior actions defined in the Memorandum of Understanding ('MoU'). Currently Greece's outstanding loan amounts to €44.9 billion, following a prepayment of €2 billion on 20 February 2017 related to the redemption of contingent convertible bonds used for the recapitalisation of National Bank of Greece.

Following the approval of the FFA, the ESM Board of Directors ('BoD') approved on 19 August 2015 the first tranche in an amount of €26 billion. It comprised two sub-tranches, disbursed over the period August 2015 to January 2016. Sub-tranche A was provided in cash for budget financing and debt servicing needs, in an amount of up to €16 billion. The first cash disbursement of €13 billion was transferred on 20 August 2015, while the second and third cash disbursements of €2 billion and €1 billion were transferred on 24 November and 23 December 2015 respectively. Sub-tranche B was made available in a segregated account and in the form of ESM Notes, to cover bank recapitalisation and/or resolution costs of up to €10 billion. The first and second bank recapitalisation disbursements, each in an amount of €2.7 billion, were released to the HFSF on 1 and 8 December 2015, in order to cover recapitalisation costs of Piraeus Bank and National Bank of Greece respectively. The remaining unutilised ESM notes (€4.6 billion) were cancelled after the expiration of the availability period at the end of January 2016.

The ESM BoD approved the second tranche under the FFA for Greece for an amount of €10.3 billion on 17 June 2016. The ESM released the first disbursement, in an amount of €7.5 billion, under this second tranche on 21 June 2016. Out of the total first disbursement, €5.7 billion were disbursed for debt servicing needs and €1.8 billion were disbursed for arrears clearance. On 26 October 2016, the ESM released the second disbursement under this second tranche, in the amount of €2.8 billion, out of which €1.1 billion were disbursed for debt servicing needs and €1.7 billion were disbursed for arrears clearance.

The third tranche under the FFA for Greece was approved by the ESM BoD on 7 July 2017, in an amount of €8.5 billion. On 10 July 2017, the ESM released the first disbursement under this third tranche, in the amount of €7.7 billion, out of which €6.9 billion were disbursed for debt servicing needs and €0.8 billion were disbursed for arrears clearance. On 30 October 2017, the ESM



released the second disbursement under this third tranche, in the amount of €0.8 billion, for arrears clearance.

On 27 March 2018, the ESM BoD approved the fourth tranche under the FFA for Greece for an amount of €6.7 billion. The ESM released the first disbursement under this fourth tranche on 28 March 2018, in the amount of €5.7 billion, out of which €3.3 billion were disbursed for debt servicing needs, €1.9 billion were disbursed to contribute to the building up of the cash buffer and €0.5 billion were disbursed for arrears clearance. On 15 June 2018, following an assessment of Greece's satisfactory performance in arrears clearance and the effectiveness of the e-auctions system, the ESM released the second disbursement under this fourth tranche, in the amount of €1 billion for arrears clearance.

On [xx] July 2018 the European Commission, in liaison with the European Central Bank, circulated its final report on Greece's compliance with the prior actions of the MoU under the fourth review of the ESM programme.

On this basis, the ESM proposes the disbursement of the fifth tranche under the Greek FFA.

The fifth tranche amounts to €15 billion and is subject to compliance with prior actions, as defined in the supplemental MoU. In accordance with the assessment of Greece's financing needs carried out in August 2015 (at the time of the FFA approval), as well as the most recent appraisal of the current financing needs, the €15 billion under the fifth tranche is expected to be disbursed for the following needs:

- €5.5 billion for debt service
- €9.5 billion as a cash buffer

The availability period for the fifth tranche expires on 20 August 2018, alongside the ESM programme.

2. Specific terms of the tranche

A. Amounts to be disbursed and usage:

- The maximum amount of this fifth tranche will be €15 billion and may be disbursed to Greece in separate disbursements.
- Out of the total of the fifth tranche, an amount of up to €5.5 billion, to be used for debt servicing needs, will be disbursed to the segregated account and an amount of up to €9.5 billion, to contribute to the building up of the cash buffer, will be disbursed to the dedicated cash buffer account set up for this purpose.
- Further safeguards related to the monitoring of the dedicated cash buffer account and use of the disbursement proceeds will be defined in the relevant Acceptance Notice. These will ensure that the legal status and mechanics of the account are preserved and that sufficient monitoring and information requirements are in place. They will allow for



sufficient flexibility regarding the use of the cash buffer while warranting that financing needs are covered using Greece's own resources as well, and require ESM's consent and a remedy plan when the cash buffer is used in excess of what was foreseen. The ESM will at any time be entitled to repurpose any funds remaining in the cash buffer account, following an assessment of whether they are needed as a cash buffer, and of the benefits of an alternative use of such funds, and following a decision of the BoD.

B. Instruments

- The ESM proposes to disburse the amounts requested in cash and/or in the form of ESM Notes. This will be defined in the relevant Acceptance and Confirmation Notices.

C. Main characteristics of the fifth tranche

- An up-front Service Fee of 50 bps will be deducted directly from each disbursement under the fifth tranche. Otherwise this fee will have to be paid by Greece following the receipt of an invoice sent by the ESM.
- An Annual Service Fee of 0.5 bps will accrue day to day, to be paid in arrears with effect from the first interest payment date of each disbursement, as part of the ESM Cost of Funding. It will follow the interest payment schedule.
- A Margin of 10 bps will accrue day to day, to be paid in arrears with effect from the date of each disbursement. It will follow the interest payment schedule.
- The Commitment Fee allocated to Greece will be payable following the receipt of an invoice, as part of the ESM Cost of Funding.
- The term/Maturity will be determined at the time of issuance of each Confirmation Notice, taking into account the overall maximum average maturity of 32.5 years.
- The repayment profile for each disbursement will be bullet or amortising, as may be defined in the relevant Confirmation Notice.

For the avoidance of doubt, all elements affecting the pricing may be adjusted throughout the life of the loan in line with the FFA.





[xx]. Juni 2018

ESM-Vorschlag für die Konditionen der fünften Tranche in Höhe von 15 Mrd. EUR im Rahmen der Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität für Griechenland

1. Vorschlag

Am 19. August 2015 schloss der ESM eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität („FFA“) mit der Hellenischen Republik („Griechenland“), der griechischen Notenbank und dem griechischen Finanzstabilisierungsfonds („HFSF“) über einen Betrag von bis zu 86 Mrd. EUR. Am 21. Juni 2018 wurde die FFA geändert, indem der griechische Privatisierungs- und Investitionsfonds („HCAP“) als zusätzliche Vertragspartei aufgenommen wurde und nun an der Darlehensvergabestruktur beteiligt ist. Die im Rahmen der FFA bereitgestellten Mittel stehen bis zum 20. August 2018 zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs des öffentlichen Sektors sowie zur Rekapitalisierung und/oder Abwicklung von Banken zur Verfügung.

Seit Beginn des Programms hat Griechenland durch Auszahlung von vier Tranchen nach Erfüllung der jeweils im Memorandum of Understanding („MoU“) festgelegten Auflagen und Vorabmaßnahmen mittlerweile einen Gesamtbetrag von 46,9 Mrd. EUR erhalten. Nach der vorzeitigen Rückzahlung von 2 Mrd. EUR am 20. Februar 2017 in Zusammenhang mit der Tilgung der zur Rekapitalisierung der National Bank of Greece genutzten CoCo-Anleihen beläuft sich der ausstehende Betrag des Griechenland-Darlehens derzeit auf 44,9 Mrd. EUR.

Nach Billigung der FFA genehmigte das ESM-Direktorium am 19. August 2015 die erste Tranche in Höhe von 26 Mrd. EUR. Diese umfasste zwei Teiltranchen, die im Zeitraum August 2015 bis Januar 2016 ausgezahlt wurden. Die Teiltranche A für die Haushaltsfinanzierung und den Schuldendienst wurde in Form von Geldmitteln in Höhe von bis zu 16 Mrd. EUR bereitgestellt. Die erste Mittelauszahlung in Höhe von 13 Mrd. EUR wurde am 20. August 2015 überwiesen, die Überweisung der zweiten und dritten Mittelauszahlung in Höhe von 2 Mrd. bzw. 1 Mrd. EUR erfolgte am 24. November bzw. 23. Dezember 2015. Die Teiltranche B wurde über ein Sonderkonto in Form von ESM-Papieren zur Deckung der Bankenrekapitalisierungs- und/oder -abwicklungskosten in Höhe von bis zu 10 Mrd. EUR bereitgestellt. Die erste und zweite Auszahlung in Höhe von jeweils 2,7 Mrd. EUR zur Deckung der Rekapitalisierungskosten der Piraeus Bank und der National Bank of Greece wurde am 1. bzw. 8. Dezember 2015 auf den HFSF übertragen. Die verbleibenden, ungenutzten ESM-Papiere (4,6 Mrd. EUR) wurden nach Ablauf des Bereitstellungszeitraums Ende Januar 2016 annulliert.

Am 17. Juni 2016 genehmigte das ESM-Direktorium die zweite Tranche im Rahmen der FFA für Griechenland in Höhe von 10,3 Mrd. EUR. Am 21. Juni 2016 gab der ESM die erste Auszahlung dieser zweiten Tranche in Höhe von 7,5 Mrd. EUR frei. Davon wurden 5,7 Mrd. EUR für den Schuldendienst und 1,8 Mrd. EUR zur Begleichung von Zahlungsrückständen bereitgestellt. Am 26. Oktober 2016 gab der ESM die zweite Auszahlung dieser zweiten Tranche in Höhe von 2,8 Mrd. EUR frei, wovon 1,1 Mrd. EUR für den Schuldendienst und 1,7 Mrd. EUR zur Begleichung von Zahlungsrückständen bereitgestellt wurden.



Die dritte Tranche im Rahmen der FFA für Griechenland in Höhe von 8,5 Mrd. EUR wurde am 7. Juli 2017 vom ESM-Direktorium genehmigt. Am 10. Juli 2017 gab der ESM die erste Auszahlung dieser dritten Tranche in Höhe von 7,7 Mrd. EUR frei, wovon 6,9 Mrd. EUR für den Schuldendienst und 0,8 Mrd. EUR zur Begleichung von Zahlungsrückständen bereitgestellt wurden. Am 30. Oktober 2017 gab der ESM die zweite Auszahlung der dritten Tranche in Höhe von 0,8 Mrd. EUR zur Begleichung von Zahlungsrückständen frei.

Am 27. März 2018 genehmigte das ESM-Direktorium die vierte Tranche im Rahmen der FFA für Griechenland in Höhe von 6,7 Mrd. EUR. Am 28. März 2018 gab der ESM die erste Auszahlung dieser vierten Tranche in Höhe von 5,7 Mrd. EUR frei, wovon 3,3 Mrd. EUR für den Schuldendienst, 1,9 Mrd. EUR als Beitrag zum Aufbau des Liquiditätspuffers und 0,5 Mrd. EUR zur Begleichung von Zahlungsrückständen bereitgestellt wurden. Nach Feststellung der zufriedenstellenden Erfolge Griechenlands bei der Begleichung von Zahlungsrückständen und der Wirksamkeit des Systems elektronischer Auktionen gab der ESM am 15. Juni 2018 die zweite Auszahlung der vierten Tranche in Höhe von 1 Mrd. EUR zur Begleichung von Zahlungsrückständen frei.

Am [xx]. Juli 2018 hat die Europäische Kommission im Benehmen mit der Europäischen Zentralbank ihren Abschlussbericht über die Erfüllung der im MoU festgelegten Vorabmaßnahmen durch Griechenland im Rahmen der vierten Überprüfung des ESM-Programms vorgelegt.

Auf dieser Grundlage schlägt der ESM die Auszahlung der fünften Tranche gemäß der FFA mit Griechenland vor.

Die fünfte Tranche beträgt 15 Mrd. EUR, ihre Auszahlung erfolgt vorbehaltlich der vollständigen Umsetzung der im ergänzenden MoU festgelegten Vorabmaßnahmen. Im Einklang mit der im August 2015 (bei Billigung der FFA) durchgeführten Ermittlung des Finanzbedarfs Griechenlands sowie der jüngsten Feststellung des aktuellen Finanzbedarfs sollen die 15 Mrd. EUR der fünften Tranche für folgende Zwecke ausgezahlt werden:

- 5,5 Mrd. EUR für den Schuldendienst
- 9,5 Mrd. EUR als Liquiditätspuffer

Der Bereitstellungszeitraum für die fünfte Tranche läuft zusammen mit dem ESM-Programm am 20. August 2018 ab.

2. Konkrete Konditionen der Tranche

A. Auszahlungsbeträge und Verwendung

- Die fünfte Tranche beträgt maximal 15 Mrd. EUR und kann in mehreren Teilbeträgen an Griechenland ausgezahlt werden.
- Vom Gesamtbetrag der fünften Tranche werden bis zu 5,5 Mrd. EUR, die für den Schuldendienst vorgesehen sind, auf das Sonderkonto und bis zu 9,5 Mrd. EUR, die als



Beitrag zum Aufbau des Liquiditätspuffers dienen sollen, auf das eigens zu diesem Zweck eingerichtete Liquiditätspufferkonto ausgezahlt.

- Im betreffenden Bewilligungsbescheid werden weitere Schutzvorkehrungen zur Überwachung des Liquiditätspufferkontos und Verwendung der Auszahlungserträge festgelegt. Dadurch ist gewährleistet, dass der Rechtsstatus und die Mechanismen des Kontos gewahrt bleiben und ausreichende Überwachungs- und Informationsvorschriften gelten. Die Schutzvorkehrungen werden hinsichtlich der Verwendung des Liquiditätspuffers ausreichend Flexibilität ermöglichen und gleichzeitig sicherstellen, dass der Finanzbedarf auch aus griechischen Eigenmitteln gedeckt wird. Außerdem wird durch sie geregelt, dass in dem Fall, dass der Liquiditätspuffer über das vorgesehene Maß hinaus in Anspruch genommen wird, die Zustimmung des ESM sowie ein Abhilfeplan erforderlich sind. Der ESM ist jederzeit berechtigt, auf dem Liquiditätspufferkonto vorhandene Mittel nach Prüfung ihrer Notwendigkeit als Liquiditätspuffer sowie der Vorteile einer alternativen Verwendung dieser Mittel per Beschluss des ESM-Direktoriums umzuwidmen.

B. Instrumente

- Der ESM schlägt vor, die beantragten Mittel als Geldmittel und/oder in Form von ESM-Papieren auszuzahlen. Dies wird im betreffenden Bewilligungs- und Bestätigungsbescheid festgelegt.

C. Hauptmerkmale der fünften Tranche

- Von jeder Auszahlung im Rahmen der fünften Tranche wird unmittelbar eine Vorab-Bearbeitungsgebühr in Höhe von 50 Basispunkten abgezogen. Andernfalls ist diese Gebühr von Griechenland nach Erhalt einer Rechnung des ESM zu entrichten.
- Es entsteht fortlaufend eine jährliche Servicegebühr in Höhe von 0,5 Basispunkten, die ab dem ersten Zinszahlungstermin jeder Auszahlung als Teil der ESM-Refinanzierungskosten rückwirkend zu entrichten ist. Für sie gilt der Zinszahlungsplan.
- Es entsteht fortlaufend eine Marge in Höhe von 10 Basispunkten, die ab dem jeweiligen Auszahlungstermin rückwirkend zu entrichten ist. Für sie gilt der Zinszahlungsplan.
- Die für Griechenland geltende Bereitstellungsgebühr ist nach Rechnungseingang als Teil der ESM-Refinanzierungskosten zu entrichten.
- Die Laufzeit/Fälligkeit wird zum Zeitpunkt der Ausstellung des jeweiligen Bestätigungsbescheids unter Berücksichtigung der maximalen durchschnittlichen Laufzeit von insgesamt 32,5 Jahren festgelegt.
- Das Rückzahlungsprofil für jede Auszahlung wird je nach Festlegung im jeweiligen Bestätigungsbescheid als endfällige oder laufende Tilgung ausgestaltet.

European Stability Mechanism



Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass sämtliche gebührenwirksamen Faktoren während der Laufzeit des Darlehens im Einklang mit der FFA angepasst werden können.

PRESS RELEASE NO. 18/252

Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Greece

June 21, 2018

Ms. Christine Lagarde, Managing Director of the International Monetary Fund (IMF), issued the following statement today at the conclusion of the Eurogroup meeting in Luxembourg:

“We commend Greece and its European partners on the completion of the fourth and final review under the European Stability Mechanism (ESM) program. The additional debt relief measures announced today will mitigate Greece’s medium-term refinancing risks and improve its medium-term debt prospects, both of which are very welcome results. This will be good for Greece and good for the euro area.

“We also take note of the commitment by Greece’s European partners to keep debt sustainability under review and to take additional debt relief measures if needed. This would provide important safeguards if the more optimistic long-run macroeconomic assumptions of the European institutions were not realized.

“We will examine the sustainability of Greece’s debt in the course of our upcoming Article IV Consultation with Greece, which starts next week.

“While time has clearly run out to enter into a Stand-by Arrangement, we will remain fully engaged in supporting Greece in sustaining its economic recovery and achieving more robust growth in the post-program period. IMF engagement will include post-program monitoring, which has been used in other similar cases, notably Cyprus, Ireland and Portugal.”

IMF Communications Department
MEDIA RELATIONS
PRESS OFFICER: ANDREAS ADRIANO
PHONE: +1 202 623-7100
EMAIL: MEDIA@IMF.ORG

Erklärung von Christine Lagarde, geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), zu Griechenland – 21. Juni 2018

Christine Lagarde, geschäftsführende Direktorin des IWF, gab heute zum Abschluss der Sitzung der Eurogruppe in Luxemburg folgende Erklärung ab:

„Wir beglückwünschen Griechenland und seine europäischen Partner zum Abschluss der vierten und letzten Überprüfung im Rahmen des ESM-Programms. Dank der heute bekannt gegebenen zusätzlichen Schuldenerleichterungsmaßnahmen werden die mittelfristigen Refinanzierungsrisiken Griechenlands abgeschwächt und die mittelfristigen Perspektiven für die Schuldentragfähigkeit verbessert. Beides sind sehr erfreuliche Ergebnisse. Dies wird sowohl für Griechenland als auch für den Euroraum eine positive Entwicklung sein.

Wir nehmen außerdem die Zusage der europäischen Partner Griechenlands zur Kenntnis, die Schuldentragfähigkeit auch in Zukunft zu überprüfen und ggf. zusätzliche Maßnahmen zur Schuldenerleichterung zu ergreifen. Damit wurden wichtige Schutzvorkehrungen getroffen für den Fall, dass sich die optimistischeren langfristigen makroökonomischen Annahmen der europäischen Institutionen nicht erfüllen.

Wir werden die Tragfähigkeit der Schulden Griechenlands im Rahmen unserer Artikel-IV-Konsultation, die nächste Woche beginnt, untersuchen.

Wenngleich die Zeit für eine Bereitschaftskredit-Vereinbarung mittlerweile abgelaufen ist, werden wir Griechenland bei der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Erholung und Stärkung des Wachstums nach Programmende weiterhin unsere volle Unterstützung zukommen lassen. Die Beteiligung des IWF wird die Überwachung nach Ablauf des Programms umfassen, die bereits in ähnlichen Fällen, darunter Zypern, Irland und Portugal, angewendet wurde.“

IMF Communications Department
MEDIA RELATIONS
PRESS OFFICER: ANDREAS ADRIANO
PHONE: +1 202 623-7100
EMAIL: MEDIA@IMF.ORG

